

Der welfische Gesandte Jakob Lampadius auf dem Westfälischen Friedenskongress (1644-1649)

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der
Philosophischen Fakultät
der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Bonn

vorgelegt von

Tina Braun

aus

Bielefeld

Bonn 2015

Gedruckt mit der Genehmigung der Philosophischen Fakultät
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Zusammensetzung der Prüfungskommission:

Vorsitzender: Prof. Dr. Dittmar Dahlmann

Betreuer und Gutachter: PD Dr. Dr. Guido Braun

Gutachter: Prof. Dr. Matthias Becher

Weiteres prüfungsberechtigtes Mitglied: Prof. Dr. Dominik Geppert

Tag der mündlichen Prüfung: 5. Februar 2015

Inhalt

Einleitung	S. 4
1. Jakob Lampadius – eine biographische Skizze	S. 20
Herkunft und Ausbildung	S. 20
In den Diensten Herzog Friedrich Ulrichs von Braunschweig-Lüneburg	S. 31
Wechsel in die Dienste der cellischen Linie nach Hannover	S. 43
2. Der erste Aufenthalt von Lampadius in Osnabrück 1644	S. 57
Die Verhandlungen mit den schwedischen Gesandten	S. 57
Erste Kontakte zu den kaiserlichen Gesandten in Osnabrück	S. 68
Die Position der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg	S. 74
3. Der Beginn der Friedensverhandlungen für das Welfenhaus	S. 77
Bemühungen der Welfenherzöge um andere evangelische Reichsstände	S. 77
Lampadius' Rückkehr nach Osnabrück und Herzog August	S. 81
Die Interpositionsfrage und Möglichkeiten der Beteiligung	S. 85
Überlegungen in Hannover und Celle	S. 90
Zurückhaltung am Kongress	S. 94
Lampadius' Gutachten über die Verhandlungsgegenstände 1644/45	S. 98
Die Instruktion vom 8. Januar 1645 und weitere Zurückhaltung am Kongress	S. 109
4. Die Bemühungen der Reichsstände um Mitbestimmung	S. 122
Der Frankfurter Deputationstag	S. 122
Weitere Bemühungen um Zulassung der Reichsstände im Sommer 1645	S. 129
Lampadius' Reise nach Münster	S. 136
Instruktionen vom Sommer 1645	S. 139
Zulassung der Exclusi	S. 141
5. Gravamina und Gutachten der Evangelischen	S. 145
Lampadius' Gutachten über die Propositionen und die kaiserliche Replik	S. 145
Das Gutachten der Fürstlich-Evangelischen in Osnabrück	S. 149
Überlegungen im Welfenhaus	S. 155
Umsetzung der Anweisungen?	S. 162
6. Die Satisfaktions- und Entschädigungsverhandlungen	S. 169
Die Repliken der Schweden und Franzosen von Januar 1646	S. 169
Die ersten Ausläufer der Satisfaktionsverhandlungen	S. 173
Der Beginn der Satisfaktionsverhandlungen 1646	S. 179
Exkurs: Die Ankunft weiterer welfischer Gesandter	S. 186
Die Satisfaktionsverhandlungen und Pommern	S. 190

Kurbrandenburgische Entschädigungsforderungen 1647	S. 194
Welfische Entschädigungsforderungen	S. 205
Die letzte Version der Forderungen Langenbecks und Lampadius'	S. 223
Einigung mit Problemen	S. 229
Neue Tauschvorschläge und weitere Regelungen	S. 234
7. Die Verhandlungen über die Reichssachen	S. 241
Kontakte zu katholischen Gesandten und gemeinsame Beratungen in Osnabrück	S. 241
Reichsständische Verhandlungen über die konfessionellen Gravamina	S. 250
Kaiserliche und schwedische Vermittlung	S. 256
Interne Absprachen und Briefe des Kaisers und des Kurfürsten zu Sachsen	S. 260
Verhandlungen im Sommer 1646	S. 268
Lampadius' Gutachten vom Sommer 1646	S. 273
Schwierige Verhandlungen im Herbst 1646	S. 276
Erste Geheimverhandlungen zwischen Protestanten und Katholiken	S. 280
Weitere Absprachen im Welfenhaus im Herbst und Winter 1646	S. 283
Die Verhandlungen über die Reichssachen im Frühjahr und Sommer 1647	S. 292
Erneuerte evangelische Kooperation	S. 304
Verhandlungen mit Volmar	S. 311
Mit parallelen Verhandlungen zum Erfolg	S. 317
8. Die schwedische Militärsatisfaktion	S. 335
Verhandlungen über die schwedische Militärsatisfaktion	S. 344
Reichsständische Beratungen	S. 346
Verhandlungen zwischen Schweden und Reichsständen	S. 354
Die Zahlungsbedingungen	S. 358
9. Die letzten Fragen am Kongress	S. 363
Verhandlungen mit Frankreich	S. 370
Verlegung nach Münster	S. 376
Die Zeit bis zur Unterzeichnung der Friedensverträge	S. 378
Die Zeit bis zum Austausch der Ratifikationen	S. 383
Lampadius' Krankheit und Tod	S. 391
Schluss	S. 395
Quellen- und Literaturverzeichnis	S. 419

Einleitung

Vor Kurzem erst wurde festgestellt, dass „zum Westfälischen Friedenskongress eine kaum mehr überblickbare Fülle von Einzelstudien sowohl der deutschsprachigen wie auch der europäischen Forschung entstanden“ sei.¹ Dabei handelt es sich keineswegs um ein Einzelurteil.² Schon aufgrund der eindeutig vorhandenen „Bellizität“ der Epoche³ ist mit der Frage nach Mechanismen der Wiederherstellung und Sicherung des Friedens „eine Kernfrage der frühneuzeitlichen Reichsgeschichte“ berührt.⁴ Unter diesem Aspekt standen und stehen auch Friedenskongresse grundsätzlich im Fokus des wissenschaftlichen Interesses. Daher mag die intensive Erforschung der Verhandlungen, die zwischen 1643 und 1649 in Osnabrück und Münster stattfanden, wenig überraschen. In der Tat hat sich diese Forschung bislang als sehr ertragreich erwiesen: Eine Bibliographie, die einen Überblick über die Literatur zum Westfälischen Friedenskongress bis Ende des Jahres 1994 bietet, erfasst bereits weit über 4000 Titel.⁵ Unter diesen sei besonders auf die 1959 erstmals erschienene Pionierarbeit von DICKMANN verwiesen, die noch immer das Standardwerk für den Gang der allgemeinen Verhandlungen und die Verhandlungsergebnisse ist.⁶ Die Bedeutung des Westfälischen Friedens für die Geschichte des Alten Reiches und Europas ist außerdem im Umfeld des 350-jährigen Jubiläums im Jahr 1998 noch einmal intensiv diskutiert worden.⁷ Und auch in jüngster Zeit hat die Erforschung dieses Friedensschlusses noch einmal einen deutlichen Schub erfahren.⁸

Warum also eine weitere Untersuchung zum Westfälischen Friedenskongress? Die Antwort ist einfach: Es gibt noch immer Forschungsdesiderate, die der wissenschaftlichen Aufarbeitung harren. So sind trotz der großen Aufmerksamkeit, die man den Friedensverhandlungen in Westfalen auch in den letzten Jahren gewidmet hat, „kaum mehr solche Studien erschienen, die sich

¹ NEUBURGER: Konfessionskonflikt, S. 5.

² S. etwa ROHRSCHEIDER: Tendenzen, S. 103, GOETZE: Bündnispraxis, S. 259.

³ Dazu grundlegend BURKHARDT: Friedlosigkeit, passim. Zur grundsätzlichen Anerkennung dieser These s. zuletzt etwa TISCHER: Kriegstyp, S. 18-20, BURKHARDT: Entfesselung, S. 33f, KAMPMANN u.a.: Kunst, S. 9f, BRAUN; STROHMEYER: Einleitung, S. IX.

⁴ BRAUN; STROHMEYER: Einleitung, S. XIII. Ähnlich auch ROHRSCHEIDER: Sicherheitskonzeptionen, S. 186.

⁵ DUCHHARDT (Hg.): Bibliographie, passim.

⁶ DICKMANN: Frieden, passim. Diese Einschätzung teilen etwa BRAUN: Fremdsprachen, S. 204, KLEINEHAGENBROCK: Ideen, S. 400, WEIAND: Weg, S. 173f, GOETZE: Bündnispraxis, S. 260.

⁷ Exemplarisch sei auf folgende Sammelbände verwiesen: BUSSMANN; SCHILLING (Hg.): 1648, DUCHHARDT (Hg.): Friede 1, HEY (Hg.): Frieden, BOSBACH; KAMPMANN (Hg.): Krieg, SCHRÖDER (Hg.): 350 Jahre. Zur Einordnung der Ergebnisse des Jubiläumsjahrs s. etwa: DUCHHARDT: System, passim, KAISER: 1648, passim, DUCHHARDT: Friede 2, passim.

⁸ Diese Feststellung so schon etwa bei: DUCHHARDT: Friede 3, passim, ROHRSCHEIDER: Tendenzen, S. 103, 105, SCHMIDT-VOGES; WESTPHAL: Frieden, passim, NEUBURGER: Konfessionskonflikt, S. 5. Für die letzten Jahre sei exemplarisch verwiesen auf folgende Sammelbände: BABEL (Hg.): diplomate, ROHRSCHEIDER; STROHMEYER (Hg.): Wahrnehmungen, BABEL; BRAUN; NICKLAS (Hg.): Bourbon, BRUNERT; LANZINNER (Hg.): Diplomatie, HARTMANN; SCHULLER (Hg.): Krieg, SCHMIDT-VOGES u.a. (Hg.): Pax, KAMPMANN u.a. (Hg.): L'art, BRAUN; STROHMEYER (Hg.): Frieden.

aus der Perspektive der Reichsstände mit den Friedensverhandlungen befassen.“⁹ Zwar existieren ältere Monografien zur Politik der Kurfürsten von Sachsen,¹⁰ Bayern¹¹ und Köln¹² auf dem Westfälischen Friedenskongress, doch gibt es nur wenige Arbeiten zum Agieren mittel- oder minder-mächtiger Reichsstände.¹³ Erst in letzter Zeit hat man sich mit neuem Blick etwa dem Schwäbischen Reichskreis¹⁴ und der Rolle Hessen-Kassels¹⁵ zugewendet. Dabei wurde gefordert, auch die Tätigkeit der Gesandten des Hauses Braunschweig-Lüneburg am Kongress einer näheren Untersuchung zu unterziehen.¹⁶

Wie unterbelichtet die Rolle der Reichsstände bei den Westfälischen Friedensverhandlungen noch immer ist, zeigen auch Urteile aus jüngster Zeit: So wurde erst kürzlich in der Forschung die Meinung geäußert, die Reichsstände hätten erst nach Abschluss aller „kontroversen Verhandlungspunkte“ im April 1648 erstmals die Initiative übernommen.¹⁷ Nun wirft schon der Begriff der ‚kontroversen Verhandlungspunkte‘ Fragen auf, denn Verhandlungen über nichtkontroverse Gegenstände dürften an sich unsinnig sein – wenn keine Kontroversen vorhanden sind, herrscht Einigkeit und muss nicht verhandelt werden. Abgesehen von der Schwäche der Begrifflichkeit unterschlägt diese Einschätzung die mannigfach vorhandenen Bemühungen der Reichsstände um das Gelingen des Friedensschlusses, wie sie hier exemplarisch an der Betätigung des welfischen Gesandten Jakob Lampadius gezeigt werden sollen. Angeknüpft werden soll dabei an aktuelle Forschungsansätze im Zeichen der neueren Kulturgeschichte, die im Folgenden kurz skizziert werden:

Die theoretische Grundlage der historischen Anthropologie und der neueren Kulturgeschichte besteht in der Prämisse, „daß eine gesellschaftliche Realität nicht unabhängig vom Handeln, von der Wahrnehmung und den Sinnzuschreibungen der Akteure selbst beschrieben werden kann.“¹⁸ Daher wird mit der akteursorientierten Perspektive auch das Denken und Handeln einzelner Personen in den Blick genommen und deren Einfluss untersucht.¹⁹ Dies ist für den hier untersuchten Zeitraum eine lohnende Perspektive: Gerade das politische Gefüge des Reiches in der Frühen Neuzeit war besonders von den wechselseitigen Beziehungen seiner einzelnen Glieder

⁹ NEUBURGER: Konfessionskonflikt, S. 5.

¹⁰ SCHRECKENBACH: Kursachsen, passim.

¹¹ IMMLER: Kurfürst, passim.

¹² FOERSTER: Kurfürst, passim.

¹³ Eine Ausnahme stellt eine Monografie zur Landgräfin von Hessen-Kassel aus den 1980er-Jahren dar:

BETTENHÄUSER: Landgrafschaft, passim.

¹⁴ NEUBURGER: Konfessionskonflikt, passim.

¹⁵ WEIAND: Hessen-Kassel, passim, WEIAND: Weg, passim.

¹⁶ WEIAND: Hessen-Kassel, S. 172.

¹⁷ HAUG-MORITZ: Friedenskongresse, S. 167.

¹⁸ STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 235. Ähnlich REICHARDT: Feindbild, S. 256-260, GABRIEL: Soziologie, S. 17f, STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 505, STOLLBERG-RILINGER: Kulturgeschichte, S. 12, EXTERNBRINK: Politik, S. 19, STROHMEYER: Wahrnehmungen, S. 2f, STOLLBERG-RILINGER: Verfassungsgeschichte, S. 7f, THIESSEN; WINDLER: Einleitung, S. 5f, STOLLBERG-RILINGER: Einleitung 2, S. 41. Zu Grenzen und Problemen dieses Ansatzes s. etwa RÖDDER: Kleider, passim.

¹⁹ BRAUN; STROHMEYER: Einleitung, S. XXIIIff.

geprägt, die sich nicht anonym und abstrakt gestalteten, sondern in besonderem Maße von der direkten Interaktion der Akteure abhängig waren.²⁰ Angesichts dieser starken personalen Prägung hat sich die neuere Forschung vermehrt kulturhistorischen Themen zugewendet: Zu nennen sind etwa Klientel- und Patronageverhältnisse, die unter anderem in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Herrschaft untersucht werden,²¹ sowie die Bedeutung von Ehrkonzepten,²² die nicht zuletzt in den internationalen Beziehungen und der Diplomatie der Frühen Neuzeit eine große Rolle spielten.²³ Die spezielle Perspektive auf die Akteure kann folgendermaßen umrissen werden: „Alle [Akteure, Anm. T. B.] handelten in ihren historischen Kontexten, bestimmten diese aber selbst – wenn auch noch so minimal – mit. Sie nahmen Teil an einer historischen Auseinandersetzung um Rollen und Identität, um öffentliche Ordnung und kulturelle Spielräume“.²⁴ Das solcherart skizzierte Spannungsfeld soll auch in der vorliegenden Untersuchung am Beispiel des reichsständischen Gesandten Lampadius ausgelotet werden, der als Akteur in seinem historischen Kontext zu verorten ist, innerhalb dessen ihm ein gewisser Handlungsspielraum zur Verfügung stand.

Die Forschung zur menschlichen Wahrnehmung verweist darauf, dass das Handeln der Akteure wiederum durch ihre Perzeptionen beeinflusst wurde und wird, also durch das, was sie für die Wirklichkeit halten. Die Erforschung von Fremd- und Selbstwahrnehmung in historischen Prozessen beruht auf der Erkenntnis, dass die Realität an sich in ihrer Gesamtheit und Komplexität nicht zu fassen ist: weder für den Zeitgenossen noch für den Historiker.²⁵ Die Perzeption der Wirklichkeit kann – ebenso wie ihre Rekonstruktion – also immer nur selektiv erfolgen.²⁶ Die Perzeption ist dabei ein Prozess, an dem der Wahrnehmende aktiv beteiligt ist, da er automatisch versucht, das Wahrgenommene in sein bereits vorhandenes Selbst- und Weltbild einzufügen und ihm dadurch ‚Sinn‘ verleiht.²⁷ Für die Rekonstruktion vergangener menschlicher Handlungen und

²⁰ TISCHER: Diplomatie, S. 54, STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 244f, FREVERT: Politikgeschichte, S. 16, BÉLY: L'art: S. 7-15, HEUSER: Ars, S. 284-286, SCHLÖGL: Politik, S. 585, KLEINEHAGENBROCK: Reich, S. 133, STOLLBERG-RILINGER: Status, S. 152f, HAUG-MORITZ: Frieden, S. 16.

²¹ S. dazu etwa die Diskussion zum Stand der Forschung bei DROSTE: Patronage, passim, EMICH u.a.: Stand, passim, und HENGERER: Amtsträger, passim, sowie die Sammelbände von BRAKENSIEK; WUNDER (Hg.): Diener, BUTZ; HIRSCHBIEGEL (Hg.): Strukturen. Zum Westfälischen Frieden wurden Patronageverhältnisse bereits innerhalb der französischen Gesandtschaft untersucht: TISCHER: Diplomaten, passim.

²² S. dazu etwa die verschiedenen Sammelbände: SCHREINER; SCHWERHOFF (Hg.): Ehre, BACKMANN u.a. (Hg.): Ehrkonzepte, außerdem Erwägungen bei STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 245, GARNIER: Injurien, 525f.

²³ KAMPMANN: Europa, S. 184-187, ROHRSCHEIDER: Reputation, passim, KAMPMANN: Friede, S. 147f, FUCHS: Ehre, passim, TISCHER: Kriegsbegründungen, S. 151-158, ROHRSCHEIDER: Sicherheitskonzeptionen, S. 194f. Insgesamt sei zur Untersuchung von Akteuren in den Außenbeziehungen auch auf folgende Sammelbände verwiesen: THIESSEN; WINDLER (Hg.): Nähe, THIESSEN; WINDLER (Hg.): Akteure.

²⁴ DINGES: Ehre, S. 61. Ähnlich STOLLBERG-RILINGER: Verfassungsgeschichte, S. 6.

²⁵ NIETHARD: Wahrnehmung, S. 141f, REHBERG: Weltrepräsentanz, S. 4, STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 496f, STOLLBERG-RILINGER: Einleitung 2, S. 19, 40.

²⁶ NIETHARD: Wahrnehmung, S. 146, STOLLBERG-RILINGER: Einleitung 2, S. 19, 40f, LUHMANN: Struktur, S. 194.

²⁷ NIETHARD: Wahrnehmung, S. 144, ROECK: Wahrnehmung, S. 526, REHBERG: Weltrepräsentanz, S. 5, STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 490f, TSCHOPP: Unsichtbare, S. 52-55, 78-80, STROHMEYER: Wahrnehmungen, S. 26f, 33, STOLLBERG-RILINGER: Einleitung 2, S. 20, LUHMANN: Struktur, S. 193f. Zu den

deren Ursachen ist somit die Erforschung der von den Akteuren perzipierten Realität von großem Interesse, also ihr je eigenes Bild von bestimmten Ereignissen oder Gegebenheiten.²⁸ Dabei sind Fremd- und Selbstwahrnehmung – das Bild vom anderen und die eigenen Interessen – zu unterscheiden, von denen sich mal das eine, mal das andere in den Vordergrund schieben und das Verhalten bestimmen kann.²⁹ Perzeptionen und Handeln hängen zusammen, doch existiert nicht zwangsläufig ein kausales Verhältnis: So muss je nach Einzelfall untersucht werden, welcher Einfluss tatsächlich bestanden hat.³⁰ Allerdings lässt sich sowohl für ausgeprägt negative wie positive Fremdbilder – sobald sie sich etwa im Vorurteil oder Feindbild verfestigt haben – konstatieren, dass sie nicht nur relativ stabil sind, sondern oft erkennbar auf das Handeln einwirken.³¹ Dieser Einfluss kann allerdings durch die Selbstwahrnehmung, also die eigenen Interessen, wieder aufgehoben werden, denen ein gewisser Vorrang für die Entscheidungsfindung zukommt.³² Für den Westfälischen Friedenskongress ist dieser Ansatz bereits bei Untersuchungen der französischen und spanischen Gesandtschaften von TISCHER und ROHRSCHEIDER fruchtbar gemacht worden.³³ Auf einen wichtigen Aspekt, der auch für die vorliegende Untersuchung gilt, hat ROHRSCHEIDER dabei bereits hingewiesen: Es stehen diplomatische Korrespondenzen im Zentrum, die „nicht auf propagandistische Außenwirkung hin konzipiert, sondern streng geheim waren“, weshalb man davon ausgehen darf, „daß die in diesen Briefen greifbare Perzeption des Kriegsgegners im großen und ganzen der subjektiven Überzeugung der jeweiligen Korrespondenzpartner entsprach.“³⁴ Mit anderen Worten: In der Korrespondenz treten deutlich die einzelnen Meinungen und Überzeugungen der Betreffenden zutage. Dies lässt sich auf die Korrespondenz von Lampadius voll und ganz übertragen.

Mit der Korrespondenz steht auch die sprachliche Kommunikation der Akteure im Fokus der Aufmerksamkeit. Dieser Untersuchung liegt das Kommunikationsmodell von SCHULZ VON THUN zugrunde, dem zufolge eine sprachliche Nachricht über vier Aspekte verfügt: Neben dem Sachinhalt und dem Appellcharakter – also dem, was der ‚Sender‘ aussagt und was er beim

verschiedenen Dimensionen von ‚Sinn‘ unter Berücksichtigung von Sach-, Zeit- und Sozialaspekten s. etwa LUHMANN: Struktur, S. 206f.

²⁸ SCHULZE: Ego-Dokumente, S. 12f, NIETHARD: Wahrnehmung, S. 147, STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 235f, STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 491, ROHRSCHEIDER: Frieden, S. 13, 279, ROHRSCHEIDER: Terrible, S. 246, ROHRSCHEIDER: Republik, S. 183f, STOLLBERG-RILINGER: Einleitung 2, S. 41. S. außerdem den Sammelband von ROHRSCHEIDER; STROHMEYER (Hg.): Wahrnehmungen.

²⁹ NIETHARD: Wahrnehmung, S. 150f, REICHARDT: Feindbild, S. 251f, STROHMEYER: Wahrnehmungen, S. 27-33.

³⁰ NIETHARD: Wahrnehmung, S. 154f, REICHARDT: Feindbild, S. 265.

³¹ NIETHARD: Wahrnehmung, S. 154, REICHARDT: Feindbild, S. 250f, 264f, STROHMEYER: Wahrnehmungen, S. 27-34.

³² NIETHARD: Wahrnehmung, S. 155.

³³ ROHRSCHEIDER: Tradition, passim, ROHRSCHEIDER: Frieden, S. 278-298, ROHRSCHEIDER: Terrible, passim, TISCHER, Fremdwahrnehmung, passim, ROHRSCHEIDER: Republik, passim.

³⁴ ROHRSCHEIDER: Tradition, S. 262. Ähnlich auch ROHRSCHEIDER: Frieden, S. 280, ROHRSCHEIDER: Republik, S. 198. Die Korrespondenzen lassen sich so gesehen als Ego-Dokumente lesen, SCHULZE: Ego-Dokumente, S. 21, 28. Zum Spannungsfeld zwischen Geheimhaltung und Aufrichtigkeit, das diplomatische Missionen bestimmte, s. etwa KUGELER: Spione, passim.

‚Empfänger‘ erreichen will – enthält eine Botschaft außerdem auch Informationen über den ‚Sender‘ selbst (Selbstoffenbarungsaspekt) sowie das Verhältnis, in dem sich der ‚Sender‘ zum ‚Empfänger‘ verortet (Beziehungsaspekt).³⁵ All diese vier Aspekte sind in sprachlicher Kommunikation auch untersuchbar. In der historischen Forschung wird dies bereits meist selbstverständlich berücksichtigt, deshalb soll der Verweis auf die erkenntnistheoretischen Grundlagen an dieser Stelle nur knapp ausfallen. Festzuhalten ist nur, dass dieses Modell bei allen Analysen als im Hintergrund präsent mitgedacht werden kann.

Die Erforschung von Kommunikation hat sich insgesamt zu einem wichtigen Feld der neueren kulturhistorischen Forschungsansätze entwickelt. Der Kommunikationsbegriff an sich hat dabei eine bedeutende Erweiterung erfahren, insofern menschliches Handeln teilweise auch jenseits der Sprache als Kommunikation verstanden werden kann, nämlich als wechselseitiges, durch Zeichen vermitteltes In-Kontakt-Treten von Personen.³⁶ Im Zuge der Erforschung von Kommunikation sind in letzter Zeit unter anderem das „Geflecht von Kommunikationsbeziehungen“, „kommunikative Praktiken“ und die performativen „Akte selbst“ in den Blick der historischen Forschung geraten.³⁷ In diesem Rahmen ist ein breites Spektrum von Fragestellungen untersucht worden, das von den Bedingungen für Kommunikation – etwa der mediengebundenen Form von Informationsverbreitung im zeitlichen Wandel³⁸ – bis hin zu den durch Kommunikation sichtbar werdenden Veränderungen von Wahrnehmungen,³⁹ Wertvorstellungen und Handlungsnormen reicht.⁴⁰

Vor allem der symbolischen Kommunikation in der Frühen Neuzeit hat sich die neuere Forschung, allen voran STOLLBERG-RILINGER, intensiv gewidmet und sie als besondere Grundlage der politisch-sozialen Ordnung erkannt.⁴¹ So werden Phänomene wie etwa die häufigen frühneuzeitlichen Rang- und Sessionskonflikte als solche ernst genommen und ihre Bedeutung für die Zeitgenossen hinterfragt.⁴² Man wendet sich somit der „Zeichenhaftigkeit des sozialen und politischen Handelns“ mit der Erkenntnis zu, „daß alles politische Handeln stets auch eine symbo-

³⁵ SCHULZ VON THUN: reden, S. 14f.

³⁶ STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 492f, SCHORN-SCHÜTTE: Einleitung, S. 5, LANZINNER: Kommunikationsraum, S. 227, STOLLBERG-RILINGER: Kulturgeschichte, S. 10f, FRIEDRICH: Drehscheibe, S. 17, RICHTER: Öffentlichkeit, S. 467f, STOLLBERG-RILINGER: Verfassungsgeschichte, S. 5f.

³⁷ STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 495. Ähnlich STOLLBERG-RILINGER: Verfassungsgeschichte, S. 6.

³⁸ S. etwa BEHRINGER: Zeichen, passim, KÖRBER: Frühe Neuzeit, passim.

³⁹ S. etwa BEHRINGER: Zeichen, passim, LANZINNER: Kommunikationsraum, S. 230-235, FRIEDRICH: Drehscheibe, S. 18, RICHTER: Öffentlichkeit, S. 469-473.

⁴⁰ S. etwa SCHORN-SCHÜTTE: Einleitung, passim, STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 496, FRIEDRICH: Drehscheibe, S. 18.

⁴¹ STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 236, STOLLBERG-RILINGER: Kleider, S. 9, 17, LUTTENBERGER: Sessionskonflikte, S. 233, BRUNERT: Kommunikation, S. 284.

⁴² STOLLBERG-RILINGER: Zeremoniell, S. 92f, STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 239f, ZWIERLEIN: Normativität, S. 101, HEIL: Reichstag, S. 251-253, STOLLBERG-RILINGER: Kleider, S. 9, ROHRSCHEIDER: Friedenskongress, S. 228, ROHRSCHEIDER: Präzedenzstreben, S. 138f, WEINFURTER: Versammlungen, S. 275.

liche Dimension besitzt.⁴³ Dabei ist festgestellt worden, dass frühneuzeitliche europäische Gesellschaften im hier betrachteten Zeitraum zeremoniellem Handeln – also symbolischer Kommunikation – einen besonderen Stellenwert beimaßen, ja, beimessen mussten, da der im Wesentlichen Macht und Einfluss repräsentierende und wiederum bestimmende Rang als solcher immateriell war und im Zeremoniell nicht nur bestätigt, sondern darin überhaupt erst hergestellt wurde.⁴⁴ Da „soziale und politische Existenz sich in der frühneuzeitlichen Gesellschaft nicht voneinander trennen ließen,“ war „die Behauptung dieses Ranges, des ‚symbolischen Kapitals‘, ein politisches Motiv sui generis und nicht nur Mittel zum Zweck“.⁴⁵ Zeremonielles Handeln folgte dabei bestimmten Regeln, ließ aber auch Spielräume, die Möglichkeiten zur Veränderung eröffneten.⁴⁶ Deshalb mussten der einmal erworbene Rang und zugehörige Rechte gegen Eingriffe verteidigt werden, denn wurden Veränderungen toleriert, konnten Rang und Rechte verloren werden: Durch den unwidersprochen hingenommenen Eingriff wurde die Linie des gewohnheitsmäßigen Gebrauchs – des rechtlich bindenden ‚Herkommens‘ – unterbrochen und neue Ansprüche geschaffen.⁴⁷ Die bloße körperliche Anwesenheit ohne Protest bedeutete Akzeptanz: „Wer an einem öffentlichen symbolisch-rituellen Akt teilnahm, bekundete seine Zustimmung dazu und gab zu erkennen, dass er sich in Zukunft an die damit verbundenen Erwartungen halten würde.“⁴⁸ Dies stand ganz in der Logik der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen „Präsenzkultur“.⁴⁹ Auch die Weise, in der im Heiligen Römischen Reich Politik betrieben wurde und in der die Reichsstände in die Entscheidungsfindung eingebunden waren, war durch symbolische Kommunikation mitbestimmt: Die Konstituierung und Verfestigung der drei Reichstagskorpora Kurfürsten-, Fürsten- und Städterat geschah durch zeremonielle Akte, die auch die Form

⁴³ STOLLBERG-RILINGER: Zeremoniell, S. 93. Ähnlich auch STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 236, HAUG-MORITZ: Bund, S. 33f, STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 490, FRIEDRICH: Drehscheibe, S. 17, RICHTER: Öffentlichkeit, S. 461f, STOLLBERG-RILINGER: Kleider, S. 9, KÖHLER: Strategie, S. 7, STROHMMEYER: Theatralität, S. 413.

⁴⁴ STOLLBERG-RILINGER: Wissenschaft, S. 127, 132f, 140, GARNIER: Injurien, S. 528, STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 239, 245, STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 509, RICHTER: Öffentlichkeit, S. 465f, LUTTENBERGER: Sessionskonflikte, S. 234, ROHRSCHEIDER: Friedenskongress, S. 228, LANZINNER: Juristen, S. 354, ROHRSCHEIDER: Reputation, S. 337f, STOLLBERG-RILINGER: Verfassungsgeschichte, S. 24, ROHRSCHEIDER: Tendenzen, S. 116f, KAMPMANN u.a.: Kunst, S. 11, KAMPMANN: Friedensvermittlung, S. 151f, STROHMMEYER: Theatralität, S. 413. Bereits zuvor wurde dieser Umstand für frühneuzeitliche Rechtsakte festgestellt: BRAUNGART: Hofberedsamkeit, S. 24-26. WAQUET weist demgemäß darauf hin, dass sich Verhandlungen auch als „Aushandeln von Identitäten“ verstehen lassen: WAQUET: Verhandeln, S. 123.

⁴⁵ STOLLBERG-RILINGER: Zeremoniell, S. 107. Ähnlich auch STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 244, STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 522f, HEIL: Reichstag, S. 250, STOLLBERG-RILINGER: Kleider, S. 15, 300-302, KRISCHER: Inszenierung, S. 190, WEINFURTER: Versammlungen, S. 274f, LUTTENBERGER: Sessionskonflikte, S. 234.

⁴⁶ STOLLBERG-RILINGER: Zeremoniell, S. 95f, STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 508, STOLLBERG-RILINGER: Kulturgeschichte, S. 20, LUTTENBERGER: Sessionskonflikte, S. 252, WEINFURTER: Versammlungen, S. 274, ROHRSCHEIDER: Reputation, S. 337f, STOLLBERG-RILINGER: Verfassungsgeschichte, S. 31f.

⁴⁷ STOLLBERG-RILINGER: Zeremoniell, S. 105, STOLLBERG-RILINGER: Wissenschaft, S. 133, STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 242f, STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 518f, STOLLBERG-RILINGER: Vermittler, S. 130.

⁴⁸ STOLLBERG-RILINGER: Kleider, S. 11. Ähnlich auch STOLLBERG-RILINGER: Vermittler, S. 130f.

⁴⁹ STOLLBERG-RILINGER: Kleider, S. 11, 299, 301f. Ähnlich auch SCHLÖGL: Politik, S. 584f, STOLLBERG-RILINGER: Status, S. 152f.

der Beratungen selbst prägten und dadurch überhaupt erst zur Schaffung formalisierter Verfahren beitrugen.⁵⁰ So verfügten die frühneuzeitlichen Reichstage nicht über eine schriftlich fixierte Ordnung im modernen Sinne, doch bot das herkömmliche Zeremoniell den Zeitgenossen dafür Orientierung im ausreichenden Maße und stellte quasi eine symbolische – wenn auch prinzipiell veränderliche – Verfahrensordnung dar.⁵¹ Äußerlich sichtbar wurden die bestehenden Ansprüche auf einen bestimmten Rang bei Reichszusammenkünften durch die Sitzordnung und das Recht des Vortritts, die Präzedenz, welche die Rangfolge der Reichsstände untereinander abbildeten.⁵² Auch hier galt, dass Ansprüche durch die (symbolische) Einnahme des gebührenden Platzes und die Ausübung der Rechte gewahrt werden mussten; auch hier gab es die prinzipielle Offenheit für Veränderungen, in der durch jede bedeutsame Abweichung vom Herkommen Präjudize geschaffen werden konnten, wenngleich sich das Verfahren langsam verfestigte.⁵³ Bei der Entscheidungsfindung der reichsständischen Gremien blieb wiederum Konsens das Ziel, also prinzipielle Einhelligkeit; Mehrheitsentscheidungen wurden hingegen auch deshalb oft kritisch gesehen, da Dissentierende sich ihnen teils durch Abwesenheit entziehen konnten und ihre Durchsetzbarkeit mangels einer zentralen Exekutionsgewalt nicht sicher gewährleistet war.⁵⁴ Darüber hinaus verweist der Wille zum Konsens noch auf ein weiteres wichtiges Charakteristikum: „Zwischen Kaiser, Kurfürsten und Fürsten herrschte ein relativ geringes Machtgefälle, weil sie alle über ähnliche Ressourcen und Herrschaft gegenüber Dritten verfügten“; deshalb war „[l]egitime Machtausübung des Oberhauptes [...] grundsätzlich an den Konsens und die Mitwirkung der anderen gebunden.“⁵⁵ Anders formuliert: „Kaiser und Reichsstände waren [...] gleichgeordnete Partner im Verfahren.“⁵⁶ So empfand es auch Lampadius, wie gezeigt werden wird. Die kaiserliche Würde verlieh ihrem Träger ‚lediglich‘ einen Zugewinn an Autorität, die auf

⁵⁰ STOLLBERG-RILINGER: Zeremoniell, S. 98, HEIL: Reichstag, S. 253-262, LANZINNER: Einleitung, S. 11-13, STOLLBERG-RILINGER: Kleider, S. 10, KRISCHER: Inszenierung, S. 181-183, LUTTENBERGER: Sessionskonflikte, S. 233f, LANZINNER: Juristen, S. 357.

⁵¹ STOLLBERG-RILINGER: Zeremoniell, S. 98f, 117, GOTTHARD: Inszenierung, S. 316, STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 237f, 244, HEIL: Reichstag, S. 253-260, LANZINNER: Einleitung, S. 12f, STOLLBERG-RILINGER: Kleider, S. 21, KRISCHER: Inszenierung, S. 181f, STOLLBERG-RILINGER: Verfassungsgeschichte, S. 11f, FEUCHTER: Redekultur, S. 187-190, STOLLBERG-RILINGER: Partizipation, S. 201-203.

⁵² STOLLBERG-RILINGER: Zeremoniell, S. 102-106, STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 244, LUTTENBERGER: Sessionskonflikte, S. 234.

⁵³ STOLLBERG-RILINGER: Zeremoniell, S. 117, GOTTHARD: Inszenierung, S. 318f, STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 242-244, LANZINNER: Einleitung, S. 14f, STOLLBERG-RILINGER: Kleider, S. 308, STOLLBERG-RILINGER: Partizipation, S. 208f.

⁵⁴ STOLLBERG-RILINGER: Zeremoniell, S. 110f, HAUG-MORITZ: Bund, S. 586f, STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 245, STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 518, HEIL: Reichstag, S. 257, STOLLBERG-RILINGER: Kleider, S. 304, KRISCHER: Inszenierung, S. 189-192, KAMPMANN: Europa, S. 114, WEINFURTER: Versammlungen, S. 276, STOLLBERG-RILINGER: Verfassungsgeschichte, S. 11.

⁵⁵ STOLLBERG-RILINGER: Kleider, S. 301. Ähnlich auch REINHARD: Staat, S. 350-356, HAUG-MORITZ: Bund, S. 586f, SCHORN-SCHÜTTE: Einleitung, S. 8, HEIL: Reichstag, S. 253.

⁵⁶ LANZINNER: Juristen, S. 358.

wechselseitiger Anerkennung beruhte – der Kaiser hatte im Gegenzug also auch Rang und Rechte der Reichsstände zu respektieren und konnte gegen ihren Willen kaum regieren.⁵⁷ Selbstverständlich lassen sich unter dem Blickwinkel der symbolischen Kommunikation nicht nur Reichstage, sondern auch Friedenskongresse auf ihre kulturellen Dimensionen hin untersuchen.⁵⁸ Relativ aktuell sind Forderungen, diesen Ansatz und die hier dargelegten Ergebnisse auch für die Untersuchung von Gesandtenkorrespondenzen fruchtbar zu machen und so auch die „Männer im zweiten Glied“ als Akteure in den Blick zu bekommen.⁵⁹ Dies soll hier aufgegriffen werden; der Forschungsansatz und seine Ergebnisse liefern wichtige Anknüpfungspunkte auch für die vorliegende Studie. Zwar sind Zeremoniell und symbolisches Handeln im engeren Sinne nicht ihre Hauptgegenstände, was auch daran liegt, dass Lampadius entsprechende Akte kaum beschrieb – sie waren wohl zu selbstverständlich, um für ihn berichtenswert zu sein.⁶⁰ Hinzu kam der geringe Stellenwert der mit ihnen verknüpften Probleme für den welfischen Gesandten: Wenn sich Lampadius doch einmal etwa über die Rang- und Sessionsstreitigkeiten am Friedenskongress äußerte, so konnte er sich den Luxus erlauben, sie mit Geringschätzung zu behandeln, denn seine eigenen Herren waren davon nicht unmittelbar betroffen. Andernfalls hätte er sie aufgrund ihrer Bedeutung wohl ernster nehmen müssen.⁶¹ Jedoch war Lampadius' Handeln und das seiner Herren implizit durchaus von Erwägungen geprägt, die den Regeln der symbolischen Kommunikation gehorchten: so etwa in ihrem Bemühen, anderen Reichsständen am Kongress nicht vorzugreifen, da dies als Präjudiz und damit als Affront hätte verstanden werden können. Daher finden sich auf dieser Ebene doch bedeutende Parallelen zu Forschungsergebnissen bezüglich der symbolischen Kommunikation. Dass die dem Handeln zugrunde liegenden Werte und Normen nicht explizit thematisiert wurden, ist wenig überraschend, galten sie den Zeitgenossen doch als selbstverständlich gegeben und wurden kaum hinterfragt.⁶² Nicht zuletzt soll an die neuere Forschung bezüglich Mechanismen der Friedenssicherung und Verfahren der Entscheidungsfindung angeknüpft werden und damit an Themen, „denen die

⁵⁷ STOLLBERG-RILINGER: Kleider, S. 301, LANZINNER: Juristen, S. 358.

⁵⁸ STOLLBERG-RILINGER: Zeremoniell, S. 94, STOLLBERG-RILINGER: Inszenierung, S. 239, ESPENHORST: Einführung, S. 3.

⁵⁹ EXTERNBRINK: Politik, S. 28, 38, GOTTHARD: Krieg, S. 81. Zitat bei GOTTHARD.

⁶⁰ Ähnliches stellt auch LANZINNER für Berichte von Reichstagen fest: Das Hauptaugenmerk lag auf den im engeren Sinne ‚politischen‘ Aspekten, um derentwillen die Gesandten schließlich entsandt worden waren: LANZINNER: Fürsten, S. 81. Der Friedenskongress in Westfalen ist bereits vergleichend in zeremonieller Hinsicht untersucht worden: MAY: Zeremoniell, passim. Auch wird die zentrale Bedeutung von Zeremoniell für den Kongress hervorgehoben: STOLLBERG-RILINGER: Status, S. 150.

⁶¹ In analoger Weise wird vom päpstlichen Legaten Chigi berichtet, dieser habe angesichts der Rangstreitigkeiten geäußert, er wäre bereit, jeden Gesandten mit ‚eure Majestät‘ anzusprechen, wenn dies zum Frieden beitragen würde – auch Chigi war von den Auseinandersetzungen nicht direkt betroffen, wodurch sich die polemische Äußerung erklärt: STOLLBERG-RILINGER: Vermittler, S. 138f.

⁶² STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 505f, STOLLBERG-RILINGER: Kleider, S. 10, STOLLBERG-RILINGER: Einleitung 2, S. 40.

jüngere Geschichtswissenschaft verstärkt ihre Aufmerksamkeit zuwendet“.⁶³ In Anlehnung an die Theorien LUHMANN⁶⁴ beschäftigt man sich in neuerer Zeit vermehrt mit der Herstellung und Darstellung von bindenden Entscheidungen durch Verfahren im Raum des Politischen.⁶⁵ Unter Verfahren wird dabei eine Handlungssequenz verstanden, die gewissen formalen Regeln gehorcht und der Herstellung verbindlicher Entscheidungen dient.⁶⁶ Bislang ist festgestellt worden, dass die im offenen Prozess erzielten Entscheidungen für die Beteiligten schon durch ihre Einbindung in den Prozess verbindlich wurden; in der Frühen Neuzeit kam verstärkend noch das schon genannte Bemühen um Konsens hinzu.⁶⁷ Die Ergebnisoffenheit des Verfahrens bis zur Entscheidung war und ist dabei ein wesentlich legitimierender Aspekt.⁶⁸ Für die Frühe Neuzeit lässt sich zudem konstatieren, dass die Grenzen zwischen Verfahren und Verhandeln oftmals fließend verliefen, wie insgesamt auch Norm und Praxis kaum voneinander zu trennen waren.⁶⁹ „Entscheidungsfindungsverfahren [waren] nicht, wie in der Moderne, rechtlich geregelt“, ihnen wurde stattdessen selbst „rechtlicher Bedeutungsgehalt zugeschrieben“ – nicht zuletzt aufgrund ihres hohen symbolischen Anteils.⁷⁰ Verfahrensfragen kam in der Frühen Neuzeit daher ein besonderes Gewicht zu, welches sie als Untersuchungsgegenstände interessant macht.⁷¹ Für das Geschehen am Westfälischen Friedenskongress ist diesbezüglich bereits festgestellt worden, dass nicht erst die Regelungen in den Friedensverträgen, sondern schon die am Kongress ablaufenden Prozesse die Weichen für das künftige Verhältnis zwischen Kaiser und Reichsständen stellten: So zeichnete sich bereits mit der Zulassung aller Reichsstände zum Kongress die bald darauf in den Verträgen festgehaltene Stärkung der reichsständischen Mitbestimmungsrechte ab.⁷² Trotz ihrer Bedeutung für die Ergebnisse des Westfälischen Friedenskongresses sind „alle Formen des Miteinanderumgehens, die jenseits der offiziellen ‚Geschäftsordnung‘ liegen, bislang keiner

⁶³ BRAUN; STROHMEYER: Einleitung, S. XVI. S. etwa auch die Sammelbände von JUCKER; KINTZINGER; SCHWINGES (Hg.): Rechtsformen, BRAUN; STROHMEYER (Hg.): Frieden.

⁶⁴ Es sind vor allem LUHMANNs Theorien zu sozialen Systemen und zur Legitimation durch Verfahren zu nennen: S. etwa LUHMANN: Systeme, passim, LUHMANN: Legitimation, passim. Es sei darauf hingewiesen, dass LUHMANN im Rahmen des von ihm vorgestellten Modells sozialer Systeme weitere Untersuchungen vorgenommen hat, deren Ergebnisse ebenfalls für die historische Forschung fruchtbar gemacht werden können: So etwa die Arbeit zu ‚Vertrauen‘, das LUHMANN als soziale Beziehung fasst, die der Verringerung von Komplexität dient, LUHMANN: Vertrauen, S. 4-9. S. auch unten, Schluss, S. 415.

⁶⁵ S. dazu etwa den Sammelband von STOLLBERG-RILINGER; KRISCHER (Hg.): Herstellung. Zum Begriff des ‚Politischen‘ auch STOLLBERG-RILINGER: Kulturgeschichte, S. 13f.

⁶⁶ STOLLBERG-RILINGER: Einleitung 1, S. 9, KRISCHER: Inszenierung, S. 199.

⁶⁷ GOTTHARD: Inszenierung, S. 306, KALIPKE: Weitläufigkeiten, S. 424-429, KRISCHER: Inszenierung, S. 184, 199, KRISCHER: Problem, S. 38-42, STOLLBERG-RILINGER: Einleitung 1, S. 11.

⁶⁸ KALIPKE: Weitläufigkeiten, S. 425, KRISCHER: Problem, S. 41, KRISCHER: Inszenierung, S. 197f.

⁶⁹ STOLLBERG-RILINGER: Einleitung 1, S. 16, 24f, 27, FEUCHTER: Redekultur, S. 189f, STOLLBERG-RILINGER: Partizipation, S. 203f.

⁷⁰ HAUG-MORITZ: Friedenskongresse, S. 129. Ähnlich auch KRISCHER: Inszenierung, S. 183, 195, FEUCHTER: Redekultur, S. 189f, STOLLBERG-RILINGER: Partizipation, S. 201-203, KINTZINGER: Recht, S. 22, KRISCHER: Gesandtschaftswesen, S. 199f.

⁷¹ HAUG-MORITZ: Friedenskongresse, S. 129.

⁷² NEUHAUS: Reichstag(en), S. 142f, STOLLBERG-RILINGER: Status, S. 158.

näheren Betrachtung unterworfen“ worden.⁷³ Es existiert also ein Forschungsdefizit hinsichtlich des Verfahrens/Verhandelns am Westfälischen Friedenskongress, gerade wenn man sich der Frage aus der Perspektive eines Reichsstands nähert. Insbesondere die Beziehungen zwischen Schweden und den protestantischen Reichsständen sind trotz ihrer Bedeutung für den Gang der Verhandlungen „weithin noch unerforscht[...]“.⁷⁴ In der vorliegenden Untersuchung sollen genau diese Beziehungen zwischen einem evangelischen Reichsstand und den Schweden exemplarisch untersucht werden, ebenso sollen insgesamt Kommunikations- und Verhandlungsstrategien eines mittleren Reichsstands in den Blick genommen werden. Hinzu kommen die internen Entscheidungsprozesse innerhalb des Welfenhauses, die als solche zu berücksichtigen sind und die Rückschlüsse auf die Stellung von Lampadius als Vizekanzler und wichtigem Mitglied des (Geheimen) Rates als oberster Regierungsbehörde⁷⁵ zulassen. Im Gegensatz zu anderen Funktioniären im Fürstendienst in ganz ähnlicher Position⁷⁶ lassen sich bei Lampadius sehr gut sein eigenständiger Beitrag zur politischen Linie, sein politisches Profil und sein Selbstverständnis erfassen. Durch die Verbindung der hier skizzierten Forschungsansätze werden neuere Forderungen aufgegriffen, laut denen eine „Analyse des Themenkomplexes ‚Friedenssicherung‘“ unter anderem hinsichtlich der „verwendeten Analysekategorien und Methoden mehrgleisig verfahren muss.“⁷⁷ Ein regelrechtes Bemessen von Lampadius’ Anteil an den Ergebnissen des Kongresses kann allerdings nicht Ziel dieser Arbeit sein. Das kann die vorliegende Untersuchung nicht leisten, schon aufgrund der multiplen Faktoren, die auf die Entscheidungsprozesse am Kongress und an den einzelnen Höfen Einfluss nahmen und die kaum vollgültig rekonstruierbar sind. Es ist nicht zu erfassen, in welchem Ausmaß genau Lampadius durch seine bewussten Handlungen die Friedensverträge mitgestaltete. Untersuchbar und darstellbar allerdings sind seine Bemühungen, auf das Geschehen einzuwirken, seine Handlungsstrategien und Argumentationsweisen zwischen Welfenherzögen, fürstlichen Regierungen und den Gesandten am Kongress. Lampadius wird somit quasi als Knotenpunkt sichtbar, als Mensch, der mit eigenen, individuellen Vorstellungen an den Kongress kam, zugleich mit bestimmten Aufträgen seiner Herren versehen, und in Westfalen in Interaktion mit Dritten versuchte, diesen Vorstellungen und Aufträgen gerecht zu werden. So zielt die vorliegende Untersuchung letztlich auch darauf, am Beispiel des Akteurs Lampadius⁷⁸ die „politische Kultur“ seiner Zeit in den Blick zu nehmen.⁷⁹

⁷³ HAUG-MORITZ: Friedenskongresse, S. 128f.

⁷⁴ BRUNERT: Kommunikation, S. 291.

⁷⁵ Zur Bedeutung des (Geheimen) Rates s. etwa LANZINNER: Sozialstruktur, passim.

⁷⁶ LANZINNER stellt fest, dass dies etwa für Johann Georg von Herwarth d. Ä., der gegen Ende des 16. Jahrhunderts am bayrischen Hof das Amt des Oberstkanzlers bekleidete, nur punktuell möglich ist. LANZINNER: Herwarth, S. 310-316, 326.

⁷⁷ BRAUN; STROHMEYER: Einleitung, S. XXIV.

⁷⁸ Neueren Forderungen entsprechend sollen die in die Außenbeziehungen involvierten Akteure in den Blick genommen und ihr Handlungsspielraum unabhängig von ihren Fürsten ausgelotet werden: S. etwa THIESSEN: Diplomatie, S. 475.

Für den hier untersuchten Gegenstand, Jakob Lampadius und seine Tätigkeit am Westfälischen Friedenskongress, dienen vor allem Akten als Quellengrundlage, die aus dem Staatsarchiv Wolfenbüttel sowie dem Hauptstaatsarchiv Hannover stammen. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass Lampadius zunächst in Wolfenbüttel, anschließend in Hannover verschiedenen Regierungen der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg angehörte. Für den Westfälischen Friedenskongress sind Akten – gemäß den Sammlungsgewohnheiten der Zeit – unabhängig von ihrer Provenienz in einem Großbestand⁸⁰ zusammengezogen worden. Dieser umfasst somit nicht nur die Relationen von Lampadius samt Beilagen sowie seine Korrespondenz mit seinem Heimathof in Hannover und seinem Dienstherrn, Herzog Christian Ludwig, obgleich entsprechende Stücke den größeren Teil ausmachen. Darüber hinaus sind Korrespondenzen Lampadius' mit den anderen beiden seinerzeit regierenden Welfenherzögen – Herzog Friedrich und Herzog August dem Jüngeren – enthalten, außerdem Korrespondenzen der Herzöge und ihrer Regierungen untereinander. Zudem sind Instruktionen, umfangreiche Gutachten und sogar Ratsprotokolle vorhanden. Hinzu kommen diverse Korrespondenzen mit anderen Reichsständen vor allem evangelischer Konfession, aber auch mit dem Kaiser. Es lassen sich somit weit über Lampadius' eigentliche Tätigkeit am Kongress hinaus auch die Interaktionen an den Welfenhöfen sowie der Welfenherzöge mit Dritten erfassen. Entscheidungswege lassen sich in vielen Fällen ebenfalls rekonstruieren. Dabei ist nicht zuletzt Lampadius' Anteil an einigen Entscheidungen deutlich zu identifizieren. Da bereits vor Lampadius' Tod Vorkehrungen getroffen wurden, damit der Bestand möglichst vollständig und unverändert ins fürstliche Archiv gelange,⁸¹ ist die berufliche Tätigkeit des welfischen Vizekanzlers am Kongress sehr gut rekonstruierbar. Leider gilt das nicht für sein Privatleben, da seine Privatkorrespondenz ausdrücklich nicht Bestandteil der Sammlung werden sollte.⁸² So muss Lampadius' Familien- und Sozialleben ganz außen vor bleiben. Zwar war auch Lampadius' Familie am Kongress anwesend: Sein Sohn Christian wirkte seit März 1646 als Protokollant im Fürstenrat Osnabrück.⁸³ Lampadius' Frau brachte außerdem am 22. März 1647 ein Mädchen zur Welt, das bereits im September desselben Jahres verstarb und

⁷⁹ Zum Begriff der „politischen Kultur“ in einem weiten Verständnis s. zuletzt etwa ROHRSCHEIDER: Tendenzen, S. 106f, ROHRSCHEIDER: Republik, S. 196f, BRAUN; STROHMEYER: Einleitung, S. XXV. Eine Untersuchung der politischen Kultur am Westfälischen Friedenskongress unter Berücksichtigung der neuen kulturgeschichtlichen Ansätze mit Fragen nach politischen Leitvorstellungen und Gedankenwelt, Konzepten und konkreten Wirkungsweisen der Diplomatie ist erst kürzlich gefordert worden: KAMPMANN u.a.: Kunst, S. 14f.

⁸⁰ HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499 bis Nr. 512. Dieser Bestand liegt im Zentrum für Historische Friedensforschung (ZHF) der Universität Bonn auf Mikrofilm vor. Für die vorliegende Arbeit wurde hauptsächlich auf diese verfilmten Akten zurückgegriffen.

⁸¹ Kammersekretär Julius Augustus Vitus an Sekretär Paul Julius Körner, Hannover 1649 März 25, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 552, fol. 1-1'.

⁸² Ebd.

⁸³ MEIERN: Acta, Bd. 2, S. 460.

später gemeinsam mit seinem Vater in Hannover bestattet wurde.⁸⁴ Doch selbst zu solchen Schicksalsschlägen sind kaum Belege erhalten.

Für den Zeitraum zwischen dem 11. Januar und dem 22. Mai 1647 musste in Form von Lampadius' Kopien seiner Relationen⁸⁵ auf eine alternative Überlieferung zurückgegriffen werden, da die Akte, die diesen Zeitraum umfasst,⁸⁶ aufgrund massiven Schimmelbefalls und ihres insgesamt schlechten Erhaltungszustands nicht mehr für die Forschung zur Verfügung steht. Immerhin gibt es für die Berichte des welfischen Gesandten eine Ersatzüberlieferung, doch die gesamte Korrespondenz dieses Zeitraums konnte nicht berücksichtigt werden. Dies schränkt die Möglichkeiten etwas ein, die Interaktion von Lampadius und der Regierung zu Hannover bezüglich der Entschädigung für das Haus Braunschweig-Lüneburg zu rekonstruieren. Aber die wesentlichen Linien und Konsequenzen lassen sich auch in dieser Frage fassen.

Die aus den Akten aus Hannover und Wolfenbüttel gewonnenen Erkenntnisse werden ergänzt durch die Editionen der *Acta Pacis Westphalicae* (APW).⁸⁷ Die edierten kaiserlichen, schwedischen und französischen Korrespondenzen vervollständigen das Bild und lassen einige Ereignisse in einem neuen Licht erscheinen. Die Ergänzung durch die andere Perspektive lässt nicht nur Rückschlüsse darauf zu, wie Kaiserliche, Schweden und Franzosen Lampadius und den Welfenherzögen gegenüberstanden und welche Absichten sie hegten. Darüber hinaus kommen auch Missverständnisse, Vorurteile und Kommunikationspannen in den Blick. Hinzu kommen die ebenfalls im Rahmen der APW edierten Protokolle des Fürstenrats Osnabrück,⁸⁸ die vor allem die reichsständische Zusammenarbeit in demjenigen Reichsrat beleuchten, in welchem Lampadius seine Herren – neben Christian Ludwig auch Friedrich – hauptsächlich vertrat. Auch die edierten Friedensverträge selbst dienen als weitere Quellen. Ergänzend werden die bei MEIERN⁸⁹ edierten Verhandlungsunterlagen herangezogen, sodass neben den Kommunikations- und Verhandlungswegen eines mittleren Reichsstands, Lampadius' persönlichen Einstellungen sowie der internen Kommunikation und Entscheidungsfindung zwischen den Welfenhöfen und den welfischen Gesandten am Kongress auch die wesentlichen inhaltlichen Stationen der Verhandlungen in den Blick treten.

⁸⁴ GESENIUS: Buechlein, S. 188. Die Anwesenheit der Familie am Kongress war auch für reichsständische Gesandte nicht ungewöhnlich: So weilte dort etwa auch die Familie des Sachsen-Altenburgers Wolf Conrad von Thumbshirn: LÖWE; HUMMEL: Thumbshirn, S. 8, sowie diejenige des bayrischen Gesandten Christoph Freiherr von Haslang: GREINDL: Vertretung, S. 53, 56f. Zu weiteren Familienmitgliedern der Gesandten in Osnabrück s. etwa STEINWASCHER: Osnabrück, S. 184-187.

⁸⁵ HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517 und Nr. 518.

⁸⁶ HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 505.

⁸⁷ Zu den APW s. etwa LANZINNER: Acta 1, passim, LANZINNER: Acta 2, passim, BRAUN; STROHMEYER: Einleitung, S. XXIf, LANZINNER: Editionsprojekt, passim.

⁸⁸ Zu den Protokollen des Fürstenrats Osnabrück s. BRUNERT: Protokolle, passim.

⁸⁹ MEIERN: Acta, passim. Zur Edition Meierns s. auch OSCHMANN: Meiern, passim.

Für die Rekonstruktion von Lampadius' Lebensweg vor dem Westfälischen Friedenskongress liefert vor allem die 1649 auf Lampadius gehaltene und ein Jahr später im Druck erschienene Leichenpredigt des Hofpredigers zu Hannover, Justus GESENIUS, äußerst wertvolle Hinweise.⁹⁰ Wenngleich darin für Lampadius' Studienzeit einige zeitliche Unsicherheiten auftreten, so ist die Darstellung doch für seine Hofkarriere sehr zuverlässig, wie sich durch weitere Quellen belegen lässt. Für die Einordnung von Lampadius hinsichtlich der politischen Ideen seiner Zeit – angesichts der Wechselwirkungen zwischen politischen Ideen und politischem Geschehen⁹¹ eine unumgängliche Frage – bietet bereits seine juristische ‚Dissertatio‘ umfangreiche Informationen, die daher ebenfalls herangezogen wird.

Neben den genannten Quellen existiert noch eine weitere, die jedoch aus verschiedenen Gründen nicht berücksichtigt wurde: So gibt es ein Diarium zum Geschehen am Westfälischen Friedenskongress, das Lampadius zugeschrieben wird. Von diesem Diarium sind lediglich Abschriften erhalten,⁹² deren Entstehungszusammenhang völlig unklar ist – ein wesentlicher Grund dafür, nicht darauf zurückzugreifen. Sicher ist nur, dass dem oder den Verfasser(n) die Relationen von Lampadius bekannt gewesen sein müssen, da große Teile des Diariums bis auf den Wortlaut mit den Relationen übereinstimmen. Woher die darüber hinaus enthaltenen Informationen stammen, lässt sich nicht klären. Neben der unbekannten Herkunft spricht noch ein weiterer Grund gegen eine Auswertung des Diariums: Gerade aufgrund der vielfältigen Überschneidungen bietet das Diarium für die in der vorliegenden Untersuchung behandelten Fragen kaum Erkenntniswert über die Originalrelationen hinaus. Im Gegenteil lassen sich etwa die persönlichen Ansichten von Lampadius sehr viel besser in den Relationen fassen, da im Diarium die Ereignisschilderung im Vordergrund steht.

Alle Daten wurden zur besseren Lesbarkeit nach dem gregorianischen Kalender modernisiert, obgleich die Evangelischen – und mit ihnen Lampadius – noch nach dem alten julianischen Kalender datierten und ihre Datumsangaben damit zehn Tage Rückstand auf den von den Katholischen bereits verwendeten gregorianischen Kalender aufwiesen.

In Kapitel eins soll nun zunächst der biographische Werdegang von Lampadius skizziert werden. Dabei werden gemäß chronologischer Reihenfolge zunächst seine Herkunft und sein Ausbildungsweg beleuchtet, der ihm den sozialen Aufstieg vom Sohn eines wohlhabenden Bauern hinein in höchste Ämter der Regierung zu Hannover ermöglichte. Bereits früh wurden dabei

⁹⁰ GESENIUS: Buechlein, S. 178-189.

⁹¹ S. unten, Kap. 1, S. 27-29.

⁹² Mindestens zwei verschiedene Exemplare sind erhalten, und zwar im Staatsarchiv Wolfenbüttel (StA Wolfenbüttel, 15 Alt Nr. 110), sowie im Privatarhiv der Grafen zu Oeynhausen-Sierstorpff, wobei eine Kopie von Letzterem im Zentrum für Historische Friedensforschung (ZHF) der Universität Bonn zugänglich ist. Den Hinweis auf die Kopie des Diariums im ZHF verdanke ich Dr. Maria-Elisabeth Brunert.

zudem Lampadius' politische Überzeugungen geformt, wie sich anhand seiner juristischen ‚Dissertatio‘ zeigen lässt. Der zeitlichen Ordnung weiter folgend soll anschließend Lampadius' lange politische Karriere in den Diensten der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg beleuchtet werden, wobei die politischen Ereignisse der Zeit im Vordergrund stehen. Auch die Aktivitäten von Lampadius etwa als Gesandtem der Welfenherzöge bei den diversen Zusammenkünften von Reichsständen kommen in den Blick. Neben einer biographischen ist dies somit auch eine Skizze der Geschichte des Hauses Braunschweig-Lüneburg zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges.

In einem zweiten Kapitel soll dann konkret ein erster Aufenthalt von Lampadius und einem Kollegen am Westfälischen Friedenskongress im Sommer 1644 beschrieben werden, der noch nicht der Vertretung der Welfenherzöge am eigentlichen Kongress diente. Insbesondere die Beziehungen zu den Schweden und den Kaiserlichen werden thematisiert, da diese das Schicksal des Hauses Braunschweig-Lüneburg maßgeblich mit beeinflussten. Darin ist bereits eine Konstante vorgezeichnet, denn die Formen der Zusammenarbeit und der Auseinandersetzungen mit Schweden und Kaiserlichen prägten das Geschehen für Lampadius in allen Phasen des Kongresses.

Als dritte Konstante, dies zeigt bereits das dritte Kapitel über den Beginn der Verhandlungen für die Welfenherzöge, treten daneben noch die Kontakte und Konflikte mit anderen Reichsständen. Es werden die Grundlinien dessen sichtbar, wie man sich im Welfenhaus die eigene Beteiligung am Kongress vorstellte und welche wesentliche Rolle dabei der Zusammenarbeit mit anderen Reichsständen zukam. Ebenso treten erste Divergenzen zwischen Lampadius und den Welfenhöfen zutage, die eine bedeutende Grundsatzentscheidung von Lampadius betrafen.

Im vierten Kapitel werden die Bemühungen der Reichsstände um Mitbestimmung am Friedenskongress beleuchtet. Mit gewissen Entscheidungen seiner Herren bezüglich der Weise, in der die Reichsstände ihre Mitbestimmungsrechte am Kongress ausüben sollten, war Lampadius nicht einverstanden, musste diese Entscheidungen jedoch Dritten gegenüber verteidigen. Beim Bemühen evangelisch-reichsständischer Gesandter um die Zulassung der Reichsstände zum Kongress mit vollem Stimmrecht werden Formen reichsständischer Kooperation sichtbar.

Dies gilt auch für das fünfte Kapitel, in dem das Hauptaugenmerk auf dem Zustandekommen des Gutachtens über die evangelischen Gravamina liegt. Hier wird demgemäß vor allem die Zusammenarbeit zwischen den evangelischen Reichsständen gezeigt. Auch Differenzen im evangelischen Lager lassen sich erkennen. Neben den Geschehnissen am Kongress treten die Rücksprachen mit den Welfenherzögen, von deren Entscheidungen sich Lampadius zum Teil persönlich betroffen sah. Auch Schwierigkeiten bei der Kommunikation sowie Meinungsverschiedenheiten in Hauptfragen zwischen Osnabrück, Hannover und Celle werden greifbar.

Da sich die Verhandlungen am Kongress für Lampadius in der folgenden Zeit in zwei Hauptstränge aufteilten, soll dieser Perspektive gefolgt werden. Es schließen sich mit Kapitel sechs und

sieben somit Darstellungen der Satisfaktions- bzw. Entschädigungsverhandlungen sowie der Verhandlungen über die ‚Reichssachen‘ aus welfischer Sicht an, die sich zeitlich überschneiden. Obgleich Lampadius sich und seine Herren aus den Verhandlungen über die Satisfaktionen für die schwedische und französische Krone heraushalten wollte, sah er das Welfenhaus schon bald unmittelbar durch die an die Satisfaktionsverhandlungen anschließenden Entschädigungsverhandlungen betroffen. Hier wird das Agieren von Lampadius und seinen welfischen Kollegen – deren Ankunft ein kleiner Exkurs gewidmet ist – in einem Fall deutlich, in dem sie am Kongress nur wenig reichsständische Unterstützung fanden und die ‚Privatanliegen‘ ihrer Herren auf sich gestellt vertreten mussten. Zudem kommt das Konfliktverhalten zweier evangelischer Reichsstände ins Visier, die aufgrund divergierender materieller Interessen zu Widersachern wurden. Es werden dabei durchaus inhaltliche Erwägungen in den Blick genommen, so neben den welfischen Entschädigungsforderungen an sich etwa auch die Begründungen, welche die Rechtmäßigkeit der verlangten Entschädigung belegen sollten sowie das dahinterliegende Selbstverständnis. Nicht zuletzt geraten einmal mehr die Beziehungen der welfischen Gesandten zu Schweden und Kaiserlichen in den Blick, zwischen denen es zu lavieren galt.

Dem folgt das Kapitel sieben über die ‚Reichssachen‘. Dieser Begriff bedarf der Erläuterung: Lampadius unterschied in seinem Gutachten, das er seinen Herren kurz nach seiner zweiten Ankunft am Kongress über die Verhandlungsgegenstände zukommen ließ, zwar en détail die kirchlichen von den weltlichen Gravamina. Zugleich stellte er jedoch den wechselseitigen Einfluss der Streitfragen aufeinander fest und belegte diesen mit dem Beispiel, die Verteilung des Besitzstands im Reich bestimme maßgeblich darüber, welche Konfession in den einzelnen Territorien ausgeübt werde.⁹³ In seinen Berichten über die späteren Verhandlungen unterschied er beide Bereiche nicht mehr grundsätzlich, sondern schrieb über die einzelnen Fort- und Rückschritte in den ‚Reichssachen‘.⁹⁴ Zu den ‚Reichssachen‘ zählten für Lampadius neben den Gravamina zudem die vielen Einzelfragen, die oft jedoch von allgemeiner Bedeutung waren: etwa die Frage, wie mit dem Kurfürsten von der Pfalz umgegangen werden sollte und ob der Kurfürst von Bayern die auf ihn übertragene pfälzische Kur würde behalten können. Neben den inhaltlichen Verhandlungsfortschritten sollen hier die am Kongress ausgeübten Kommunikations- und Verfahrensweisen aus Sicht eines Reichsstands untersucht werden, deren Prinzipien sich in kirchlichen wie weltlichen Streitfragen im Kern nicht unterschieden. Beide Großbereiche wurden gemeinsam abgehandelt; eine Ausnahme bildeten nur einige übrig gebliebene Einzelfragen, die kurz vor Friedensschluss noch behandelt wurden. Hinzu kommen in diesem Kapitel Aspekte

⁹³ S. unten, Kap. 3, S. 99-107.

⁹⁴ Diese generelle Zuordnung der Gravamina zu den ‚Reichssachen‘ war kein Spezifikum von Lampadius, sondern wurde zumindest von den evangelisch-reichsständischen Gesandten am Kongress geteilt, die daher ebenfalls insgesamt auf Erledigung der ‚Reichssachen‘ drangen, ohne die (konfessionellen) Gravamina darunter noch extra hervorzuheben: BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/3, S. LXXVIII.

etwa der (Fremd-)Wahrnehmung, welche einmal mehr die Dauerhaftigkeit vorhandener Vorurteile und Feindbilder belegen. Deren Einfluss auf die Beziehungen zu anderen Gesandten ist für Lampadius nachweisbar, allerdings ebenso ihr ‚Abschalten‘ (wenn auch nicht endgültiges ‚Ausschalten‘) in der Entscheidung für das Einnehmen einer gewissermaßen ‚professionellen‘, die Sachebene in den Blick nehmenden Haltung. Insgesamt zeigt dieses Kapitel den doch bedeutenden Einfluss der Reichsstände auf das Verhandlungsgeschehen, den sie vor allem vereint geltend machen konnten. Es wäre wünschenswert, wenn dieses Ergebnis durch die Erforschung der Perspektive weiterer beteiligter (reichsständischer) Gesandter bestätigt oder ggf. korrigiert werden könnte, was in der vorliegenden Arbeit nicht zu leisten war.

Im achten Kapitel zur schwedischen Militärsatisfaktion kommen vorrangig inhaltliche Aspekte in den Blick, ebenso erneut die Kontakte zu den Schweden, die sich für Lampadius nun als zwiespältig erwiesen. Dazu wird die streckenweise gestörte Kommunikation Lampadius’ mit den Welfenhöfen thematisiert, die sich als folgenreich bezeichnen lässt. Nicht nur Missverständnisse traten auf, die Welfenherzöge erlagen in wichtigen Fragen gewissermaßen auch ihren Fehleinschätzungen, die ein anderes Verständnis von den Prozessen am Kongress offenbaren, als es Lampadius an den Tag legte.

Im abschließenden neunten Kapitel werden sowohl die letzten noch offenen Einzelfragen bis zur Unterzeichnung des Friedens sowie der schwierige Weg bis zum Austausch der Ratifikationen beleuchtet. Hier kommen neben den Verhandlungsinhalten ein letztes Mal die Beziehungen von Lampadius zu den Schweden und den Kaiserlichen, aber auch zum Kurfürsten von Bayern in den Fokus. Insbesondere die Schweden zogen nun erstmals den anhaltenden Unmut Lampadius’ auf sich, der sich allerdings auch deshalb nicht mehr auf die Beziehungen auswirken konnte, da Lampadius bereits kurz nach Übergabe der Ratifikationen im Frühjahr 1649 am Kongress verstarb.

1. Jakob Lampadius – eine biografische Skizze

Herkunft und Ausbildung

Jakob Lampadius wurde am 1. Dezember 1593 in Heinsen geboren, einem kleinen Dorf, das zum Amt Lauenstein im welfischen Fürstentum Braunschweig-Calenberg(-Göttingen) gehörte¹ – und damit zu einem evangelisch-lutherisch geprägten Territorium im nordwestdeutschen Raum.² In Heinsen, das etwas südlich zwischen Hameln und Hildesheim liegt und heute Teil der Gemeinde Eime im Landkreis Hildesheim ist, stand der bäuerliche Hof seines Vaters.³ Da man an Lampadius schon als Kind „ein sonderlich ingenium“ bemerkte, wurde er zur Schule zunächst nach Hildesheim, später auch nach Hameln und Herford geschickt, bevor er ab 1611 die Universität in Helmstedt besuchte.⁴ Diese Universität war zwar erst 1576 gegründet worden, sie war jedoch bis 1618 mit bis zu 500 eingeschriebenen Studenten die drittgrößte Universität im Reich nach Wittenberg und Leipzig. Helmstedt gilt als eine Stätte des deutschen Späthumanismus mit lutherischer Prägung. Der 1614 an die Universität berufene Theologe Georg Calixt, mit dem Lampadius freundschaftliche Beziehungen unterhielt, setzte sich für einen versöhnenden Ausgleich zwischen Katholiken und Protestanten ein.⁵ Lampadius kam also bereits frühzeitig in Kontakt mit irenischen Vorstellungen.

An der Universität Helmstedt dürfte Lampadius zudem einen der späteren schwedischen Gesandten am Westfälischen Friedenskongress, Johan Adler Salvius,⁶ kennengelernt haben. Salvius hielt sich dort seit 1613 auf und erwarb im Juli 1614 seinen Magistergrad.⁷ Diese Bekanntschaft, dies sei vorweggenommen, erbrachte für Lampadius am Westfälischen Friedenskongress allerdings keinen ersichtlichen Verhandlungsvorteil. Die Kontakte zu Johan Oxenstierna, dem Sohn des schwedischen Reichskanzlers Axel Oxenstierna und zweiten schwedischen Gesandten am Friedenskongress,⁸ scheinen größtenteils intensiver und insgesamt ergiebiger für die Umsetzung der welfischen Forderungen gewesen zu sein als diejenigen zu Salvius. Dabei gab es auch vor dem Westfälischen Friedenskongress Gelegenheiten, bei denen sich Lampadius und Salvius erneut begegnet sein mögen und ihre Bekanntschaft hätten vertiefen können. So vertrat Salvius

¹ GESENIUS: Buechlein, S. 178f.

² ZIEGLER: Braunschweig-Lüneburg, S. 14-34.

³ Supplik Jakob Lampadius an Herzog Christian d. Ä. von Braunschweig-Lüneburg, Braunschweig 1626 Oktober 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Celle Br. 59 Nr. 55, fol. 2-2'.

⁴ GESENIUS: Buechlein, S. 179.

⁵ KÖCHER: Geschichte, S. 5, ZIEGLER: Braunschweig-Lüneburg, S. 35f, OTTMANN: Schulphilosophie, S. 219f, STROHM: Calvinismus, S. 4, STOLLEIS: Bedeutung, S. 173f, 183.

⁶ Zu Johan Adler Salvius s. DICKMANN: Frieden, S. 194, 197f, ÖHMAN: Kampf, S. 227-229, DROSTE: Dienst, S. 378, DERS.: Diplomat, passim.

⁷ DROSTE: Dienst, S. 378.

⁸ DICKMANN: Frieden, S. 120, 194, 197f, ZIRR: Oxenstierna, S. 17-19. Zur schwierigen Zusammenarbeit der beiden schwedischen Gesandten am Kongress und auch schon in dessen Vorfeld s. ÖHMAN: Kampf, S. 168-206.

die Interessen der schwedischen Krone etwa 1631 gegenüber den Ständen des Niedersächsischen Kreises und Herzog Christian dem Älteren, dem derzeit regierenden Welfenherzog in Celle.⁹ Sehr wahrscheinlich sind Lampadius und Salvius somit mehrfach aufeinandergetroffen. Ob die beiden Männer über die Bekanntschaft hinaus auch eine Freundschaft verband, ist ungewiss. Sollte dies der Fall gewesen sein, so hat sie sich offenkundig nicht auf die Arbeitsebene ausgewirkt.

Anfang April 1616 berief Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig-Lüneburg, der unter anderem das Fürstentum Braunschweig-Calenberg regierte,¹⁰ das Landeskind Lampadius aufgrund einer Empfehlung zum Präzeptor für seinen jüngeren Bruder Rudolf.¹¹ Rudolf, 1602 geboren, war Administrator des Stifts Halberstadt.¹² Da der vorige Präzeptor des jungen Prinzen kurzfristig um seine Entlassung gebeten hatte,¹³ musste schnell Ersatz gefunden werden, denn Rudolf sollte bald in Begleitung seines Hofmeisters und seines Präzeptors nach Tübingen reisen, um dort seine Studien fortzusetzen.¹⁴ Diese Abreise an den neuen Studienort erfolgte dann kurz nach Lampadius' Amtsantritt als Präzeptor gegen Mitte April 1616.¹⁵ Da die weitere Erziehung des jungen Prinzen fern des heimischen Hofes erfolgen musste, wurde seinem Hofmeister und seinem neuen Lehrmeister Lampadius eine ausführliche Instruktion an die Hand gegeben, welche die zu vermittelnden Lektionen und Herrschertugenden aufführte.¹⁶ Allerdings währte Lampadius' Tätigkeit als Präzeptor nicht lange. Rudolf verstarb etwa ein halbes Jahr nach der gemeinsamen Ankunft in Tübingen.¹⁷

Über die anschließenden Stationen in Lampadius' Leben herrscht eine gewisse zeitliche Unklarheit. Folgt man der später vom Hofprediger zu Hannover, Justus GESENIUS, auf Lampadius gehaltenen Leichenpredigt, so reiste er nach dem Tod Herzog Rudolfs von Tübingen weiter nach Marburg und Gießen, um seine eigenen Studien fortzusetzen. Diese soll er schließlich nach mehrjährigem Aufenthalt in Heidelberg mit der Promotion zum Doktor beider Rechte abgeschlossen

⁹ KRETZSCHMAR: Pläne, S. 11f.

¹⁰ S. unten, S. 31.

¹¹ Bestallung Lampadius' durch Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig-Lüneburg, Erichsburg 1616 April 5, Konzept, StA Wolfenbüttel, 3 Alt 420, fol. 77-78.

¹² HAVEMANN: Geschichte, S. 742 mit Anm. 2.

¹³ David Crause an Herzogin Elisabeth von Braunschweig-Lüneburg, Schöningen 1616 März 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 950, fol. 5-5'.

¹⁴ Friedrich Ulrich an Herzog Johann Friedrich zu Württemberg, Erichsburg 1616 März 19, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 950, fol. 1-2, Friedrich Ulrich an den Oberhofmeister des fürstlichen Collegio zu Tübingen, Erichsburg 1616 März 19, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 950, fol. 3-3', Elisabeth von Braunschweig-Lüneburg an Johann Friedrich zu Württemberg, Schöningen 1616 März 26, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 950, fol. 7-7', Elisabeth von Braunschweig-Lüneburg an den Domdechant zu Halberstadt, Matthias von Oppen, Wolfenbüttel 1616 März 26, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 950, fol. 12-13', Instruktion Friedrich Ulrichs für Dietrich Sigismund Kropf und Lampadius, o. O. u. J., Konzept, StA Wolfenbüttel, 3 Alt Nr. 362, fol. 65.

¹⁵ Oberhofmeister und Kammerräte zu Wolfenbüttel an den Abt des Klosters Marienthal, Wolfenbüttel 1616 April 4, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 950, fol. 14-14'.

¹⁶ Instruktion Friedrich Ulrichs für Dietrich Sigismund Kropf und Lampadius, o. O. u. J., Konzept, StA Wolfenbüttel, 3 Alt Nr. 362, fol. 65-70.

¹⁷ GESENIUS: Buechlein, S. 179f.

haben. Danach soll Lampadius zunächst für etwa ein Jahr ans Reichskammergericht nach Speyer gegangen sein, um praktische Kenntnisse zu erwerben. Anschließend soll er sich zurück in seine Heimat begeben haben, wo er von Herzog Friedrich Ulrich zum außerordentlichen Professor des öffentlichen Rechtes in Helmstedt sowie zum Rat berufen wurde.¹⁸ Da er sich dabei laut GESENIUS mit besonderem Fleiß und Kenntnisreichtum hervortat, soll Friedrich Ulrich ihn bereits 1621 zu seinem Hofrat in Wolfenbüttel ernannt haben.¹⁹

Zweifel an dieser Darstellung kommen insofern auf, als Lampadius sich den Matrikeln der Universität Heidelberg zufolge dort noch im Februar 1620 als Student aufhielt.²⁰ Daher erscheint der zeitliche Ablauf, wie ihn GESENIUS wiedergibt, nicht ganz stimmig. In der Forschung finden sich unterschiedliche und damit nicht weniger widersprüchliche Darstellungen. Teilweise wurden die Angaben von GESENIUS ohne weitere Hinterfragung der Chronologie übernommen.²¹ KÖCHER hingegen legt dar, Lampadius sei 1621 zum außerordentlichen Professor in Helmstedt berufen worden, erst 1623 dann zum Hofrat Friedrich Ulrichs.²² Letzteres erscheint angesichts Lampadius' Anwesenheit in Heidelberg bis mindestens ins Jahr 1620 hinein plausibler.

Auch über die Art von Lampadius' Beschäftigung in Speyer gibt es Spekulationen. In der neueren Forschung wird die Vermutung geäußert, Lampadius sei beim Kammergericht in Speyer als Assessor tätig geworden.²³ GESENIUS, der Lampadius persönlich kannte und mit dessen Frau befreundet war,²⁴ berichtet hingegen nichts von einer solchen Tätigkeit. Obgleich GESENIUS' Darstellung des zeitlichen Ablaufs – wenigstens für Lampadius' Studienzeit – etwas ungenau erscheint, wird man doch davon ausgehen dürfen, dass er von einer solch prestigeträchtigen Tätigkeit Lampadius' gewusst und sie nicht unerwähnt gelassen hätte. Auch in der älteren Literatur findet sich kein Hinweis darauf. KÖCHER etwa nennt – wie GESENIUS – lediglich den Aufenthalt am Reichskammergericht, jedoch keine Tätigkeit als Assessor.²⁵ Erst DIETRICH scheint der Urheber der Vermutung zu sein, Lampadius habe diese Funktion bekleidet, belegt sie aber nicht.²⁶

Gewiss hingegen ist, dass Lampadius mit seiner *Dissertatio* einen wichtigen Beitrag zur Staatsrechtswissenschaft seiner Zeit leistete. Die Arbeit wurde im 17. Jahrhundert in mehreren Auflagen unter verschiedenen Titeln herausgegeben, so etwa vom Helmstedter Professor und Staats-

¹⁸ GESENIUS: Buechlein, S. 180.

¹⁹ Ebd., S. 180f.

²⁰ TOEPKE (Bearb.): Matrikel, S. 300.

²¹ HAVEMANN: Geschichte, S. 742, 750, DIETRICH: Lampadius 1, S. 163, DIETRICH: Lampadius 2, S. 455.

²² KÖCHER: Lampadius 1, S. 575f.

²³ DIETRICH: Lampadius 1, S. 163, STOLLEIS: Geschichte, S. 163, SCATTOLA: Lampadius, S. 370f.

²⁴ GESENIUS: Buechlein, S. 3.

²⁵ KÖCHER: Lampadius 1, S. 574, KÖCHER: Lampadius 2, S. 403,

²⁶ DIETRICH: Lampadius 1, S. 163. Da sich die Assessoren für sechs Jahre verpflichten mussten, erscheint eine Betätigung Lampadius' als Assessor umso unwahrscheinlicher. LANZINNER: Herwarth, S. 308.

rechtslehrer Hermann Conring als „De republica Romano-Germanica“.²⁷ SCATTOLA zählt nicht weniger als zwölf Auflagen von Lampadius’ – teils leicht veränderter oder mit anderen Werken zusammengebundener – Schrift zwischen 1620 und 1688 und erklärt deren Erfolg mit der Tatsache, dass sie nicht zuletzt dank Conring zu einem „Standardwerk des akademischen Unterrichts“ geworden war.²⁸ Da das öffentliche Recht um 1600 im Reich insgesamt noch ein neues akademisches Fach war,²⁹ erklärt sich dieses Nachwirken von Lampadius’ *Dissertatio* umso leichter. Dies zumal, da es in Conring einen bedeutenden Verbreiter fand: Conring, der in Helmstedt eigentlich Professuren für Medizin und Politik innehatte, übte auch auf die Rechtswissenschaft einen prägenden Einfluss aus, indem er nicht nur als akademischer Lehrer, sondern auch als Gutachter in Rechtsstreitigkeiten tätig war.³⁰ Mit seinem Werk „De origine iuris Germanici“ veröffentlichte Conring 1643 eine grundlegende Schrift zur deutschen Rechtsgeschichte, an deren Begründung er maßgeblich beteiligt war.³¹ Conring ist somit „zu den großen, universal ausgreifenden Gelehrten des 17. Jahrhunderts“ mit entsprechender Strahlkraft zu zählen.³²

In seiner „*Dissertatio de iurisdictione, iuribus principum et statuum imperii*“, so der ursprüngliche Titel,³³ beschäftigte sich Lampadius sehr umfassend nicht nur mit der Rechtsprechung und den Rechten von Fürsten und Ständen, sondern insgesamt mit der Verfassung des Reiches. Daher lässt der Titel, den Conring dem Werk später gab, eindeutiger auf den tatsächlichen Inhalt rückschließen.³⁴ Lampadius befasste sich in seiner Schrift zunächst mit den Gründen für das Entstehen des menschlichen Gemeinwesens. Dabei sah er den Ursprung von Staaten in der Notwendigkeit begründet: Die weiseren unter den Menschen hätten nach dem Sündenfall erkannt, dass die Menschheit sich selbst zugrunde richten würde, wenn nicht Gesetze sowie die Macht, diese durchzusetzen, dies verhinderten. Die daraufhin entstandenen, verschiedenen Staatsformen verdankten ihre Existenz Lampadius zufolge somit nicht göttlichem Eingreifen, sondern einer der Notwendigkeit folgenden menschlichen Übereinkunft.³⁵ Lampadius entwickelte damit weder eine dezidiert theologische Argumentationsweise noch eine rein politische, die sich etwa der Souveränitätslehre Jean Bodins folgend hauptsächlich mit der Frage auseinandergesetzt hätte, wer im Staate die *Maiestas* bzw. Souveränität innehatte und danach den Charakter der Staatsform be-

²⁷ KÖCHER: Lampadius 2, S. 403, DIETRICH: Lampadius 1, S. 164, STROHM: Calvinismus, S. 2f, 348f, SCATTOLA: Lampadius, S. 373-375.

²⁸ SCATTOLA: Lampadius, S. 375.

²⁹ STOLLEIS: Geschichte, S. 141-146.

³⁰ STOLLEIS: Bedeutung, S. 175f, 179f.

³¹ OTTMANN: Geschichte, S. 389f, OTTMANN: Schulphilosophie, S. 223, STOLLEIS: Bedeutung, S. 181.

³² STOLLEIS: Bedeutung, S. 184.

³³ SCATTOLA: Lampadius, S. 370.

³⁴ KÖCHER: Lampadius 1, S. 574f, SCATTOLA: Lampadius, S. 385.

³⁵ LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 3-4, S. 17f, KÖCHER: Lampadius 2, S. 404f, DIETRICH: Lampadius 1, S. 165f, SCATTOLA: Lampadius, S. 382.

nannt hätte.³⁶ Stattdessen definierte Lampadius zunächst den Zweck des Staates, als welchen er wie schon Aristoteles das ‚Glück‘ im Sinne eines guten, tugendhaften Lebens bestimmte:³⁷ „Vnde cognoscitur, communem humani generis in hac civili vita beatitudinem, esse ultimum rerumpublicarum finem, qui respublicas instruat & metiatur, ponatque limites, quibus definita sit imperii politici potestas“. ³⁸ Aus diesem Ziel also erklärten sich für ihn Befugnisse und Grenzen der staatlichen Gewalt.³⁹ Das Gemeinwesen selbst betrachtete Lampadius als zusammengesetzt aus einem aktiven und einem passiven Faktor, aus Obrigkeit und Untertanen, die durch das Band der Maiestas verbunden seien. Dieses Verhältnis an sich definierte er als dem zeitlichen Wandel nicht unterworfen; es konnte nur existieren oder – durch Zerstörung – nicht (mehr) existieren.⁴⁰ Historisch veränderbar, so Lampadius, seien hingegen die Gesetze und die Aufteilung der Befugnisse, nach denen zu fragen sei, um die Verfasstheit eines Gemeinwesens zu erkennen.⁴¹ Die Kategorien ‚Monarchie‘ und ‚Aristokratie‘ betrachtete er als akzidentiell und nicht als essentiell; das Wesen eines Staates sei die Maiestas, nicht seine möglichen Erscheinungsformen als Monarchie, Aristokratie oder Demokratie.⁴² Ebenso, wie sich die Maiestas auf verschiedene Bereiche erstreckte, könne sie von verschiedenen Individuen ausgeübt werden, etwa in dem einen Bereich durch Einzelne, in anderen durch eine Gruppe. Dies war für Lampadius im Reich der Fall, wo die Befugnisse unterschiedlich auf verschiedene Träger aufgeteilt seien: Einige Rechte kämen dem Kaiser allein zu, sodass das Reich über monarchische Aspekte verfüge, andere wiederum würden vom Kaiser und den Reichsständen gemeinsam und somit aristokratisch ausgeübt.⁴³ Die Frage also, ob die Reichsverfassung insgesamt monarchisch oder aristokratisch sei, wäre falsch gestellt; vielmehr müsse auf die Bereiche im Einzelnen gesehen werden, in denen die Befugnisse ganz unterschiedlich geregelt seien.⁴⁴ Damit lehnte Lampadius eine eindeutige Definition des Reiches als Monarchie oder Aristokratie klar ab; für ihn waren die Reichsstände neben dem Kaiser gleichermaßen Herrschaftsträger, die je nach Bereich in unterschiedlicher Weise mitspracheberechtigt waren.

Anknüpfend an seine Definition vom Zweck eines Gemeinwesens sah Lampadius bis zu einem gewissen Grade auch die religiösen Angelegenheiten der Obrigkeit untergeben, zumindest im Sinne der Aufrechterhaltung und Regulierung der äußeren Strukturen; allerdings sei ein Zugriff

³⁶ SCATTOLA: Lampadius, S. 378-381, 383.

³⁷ KÖCHER: Lampadius 2, S. 406, DIETRICH: Lampadius 1, S. 166.

³⁸ LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 5, S. 18.

³⁹ Ebd., Teil I, 6, S. 19, KÖCHER: Lampadius 2, S. 407.

⁴⁰ LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 9-13, S. 20f, KÖCHER: Lampadius 2, S. 406f, DIETRICH: Lampadius 1, S. 166f, STROHM: Calvinismus, S. 351, SCATTOLA: Lampadius, S. 385-388.

⁴¹ LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 60, S. 50f, SCATTOLA: Lampadius, S. 388f.

⁴² LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 59, 60, S. 50f, KÖCHER: Lampadius 2, S. 414f, DIETRICH: Lampadius 1, S. 175f.

⁴³ LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 61-62, S. 51-53, KÖCHER: Lampadius 2, S. 415, DIETRICH: Lampadius 1, S. 176f, 183, STROHM: Calvinismus, S. 351, SCATTOLA: Lampadius, S. 389.

⁴⁴ LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 61, S. 51f, SCATTOLA: Lampadius, S. 388-391.

auf den Glauben des Einzelnen unzulässig, da der Glaube der göttlichen und nicht der weltlichen Sphäre zugehöre und damit eine Gewissensentscheidung des Einzelnen sei.⁴⁵ Lampadius wandte sich zudem deutlich gegen das römische Papsttum, das er für eine Schwächung der weltlichen Obrigkeit und letztlich des Reiches insgesamt verantwortlich machte, hätten sich die Päpste doch seit dem frühen Mittelalter die alleinige Zuständigkeit für die religiösen Belange angemaßt und mittels Intrigen ihre Machtsphäre erweitert.⁴⁶ Der weltlichen Obrigkeit hingegen komme aufgrund ihrer Zuständigkeit für das Gemeinwohl auch die Benennung und Einsetzung der Kirchendiener zu, während die Kirche lediglich für das seelische Heil der Gläubigen Sorge zu tragen habe, indem sie die Predigt und die Gabe der Sakramente sicherstellte.⁴⁷ Dies entsprach ganz der lutherischen Interpretation der Aufgabenteilung im geistlichen Bereich.⁴⁸ Lampadius' mit Bibelstellen unterlegte Argumentation stützte insgesamt das von den protestantischen Fürsten in ihren Territorien erlangte Kirchenregiment.⁴⁹ KÖCHER bezeichnet daher auch „[d]ie wissenschaftliche Begründung und Begrenzung des im Verlaufe der Reformation thatsächlich herausgebildeten Staatskirchenrechts“ als „ein Hauptabsehen“ von Lampadius' Darlegung.⁵⁰

Die weltliche Sphäre des Gemeinwesens teilte Lampadius in zwei Bereiche, die er unter den Begriffen ‚iurisdictio‘ und ‚ius belli‘ subsummierte und damit in innere sowie äußere Angelegenheiten unterschied.⁵¹ Darin folgte er erneut dem Vorbild der aristotelischen Politik, berief sich aber auch auf römische und zeitgenössische Staatsdenker.⁵² Die Obrigkeit betrachtete Lampadius gemäß seiner Trennung zwischen Obrigkeit und Untertanen als den Gesetzen selbst nicht unterworfen.⁵³ Die gesetzgeberischen Kompetenzen der Obrigkeit seien lediglich durch das göttliche und das natürliche Recht eingeschränkt.⁵⁴ In Anlehnung an die durch Bodin verbreitete Souveränitätslehre betrachtete Lampadius die staatlichen Einrichtungen und Beamten dagegen lediglich als ausführende Organe der Obrigkeit, die letztlich nicht selbst über die Maiestas verfügten.⁵⁵ Sie waren ebenfalls dem Bereich der Untertanen zuzurechnen, auch wenn sie im

⁴⁵ LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 16-18, S. 23f, KÖCHER: Lampadius 2, S. 407f, 410, DIETRICH: Lampadius 1, S. 168f, ASCH: Deutschen, S. 129f, STROHM: Calvinismus, S. 355f. Die Betonung der Gewissensfreiheit war eine verbreitete Position unter evangelischen Juristen und stand im Zusammenhang mit dem Auswanderungsrecht der Untertanen, das nach protestantischer Lesart im Augsburger Religionsfrieden festgeschrieben worden war: s. etwa SCHMIDT: Freiheit, S. 332-334.

⁴⁶ LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 21-22, S. 26-30, KÖCHER: Lampadius 2, S. 409f, DIETRICH: Lampadius 1, S. 168.

⁴⁷ LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 20, 24-30, S. 25f, 31-36, KÖCHER: Lampadius 2, S. 410f, DIETRICH: Lampadius 1, S. 169f, STROHM: Calvinismus, S. 355.

⁴⁸ HECKEL: Autonomia, S. 24.

⁴⁹ KÖCHER: Lampadius 2, S. 411f, DIETRICH: Lampadius 1, S. 171.

⁵⁰ KÖCHER: Lampadius 2, S. 412.

⁵¹ LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 31, S. 37, KÖCHER: Lampadius 2, S. 412f, DIETRICH: Lampadius 1, S. 171f, STROHM: Calvinismus, S. 351.

⁵² LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 32-42, S. 37-40, KÖCHER: Lampadius 2, S. 414, DIETRICH: Lampadius 1, S. 172-175.

⁵³ LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 43, S. 40f, KÖCHER: Lampadius 2, S. 413, DIETRICH: Lampadius 1, S. 166f, 173.

⁵⁴ LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 43, S. 40f, KÖCHER: Lampadius 2, S. 413, DIETRICH: Lampadius 1, S. 172f, STROHM: Calvinismus, S. 351.

⁵⁵ LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 49, 51, S. 44f, KÖCHER: Lampadius 2, S. 413, DIETRICH: Lampadius 1, S. 166f.

Namen der Obrigkeit agierten. Die Vorstellung einer „über dem positiven Recht stehenden souveränen Herrschergewalt“ trägt deutlich absolutistische Züge.⁵⁶ Diese absolutistische Tendenz wird allerdings durch die Gleichstellung der Reichsstände mit dem Kaiser – bei unterschiedlicher Aufgabenverteilung – auf gewisse Weise wieder aufgehoben.

In einem zweiten Teil widmete sich Lampadius der historischen Entwicklung des Reiches, das er aus dem Römischen Reich entstanden sah.⁵⁷ Entsprechend begann Lampadius seine Betrachtung bei den altrömischen Königen, skizzierte die Geschichte der römischen Republik und die Begründung des Kaisertums durch Julius Caesar.⁵⁸ Die kaiserliche Machtfülle befand er erst durch den Investiturstreit auf der geistlichen sowie durch die Einführung der kurfürstlichen Präeminenz und die kaiserlichen Wahlkapitulationen auf der weltlichen Seite als zunehmend beschränkt, also im mittelalterlichen Heiligen Römischen Reich.⁵⁹

Im dritten und umfangreichsten Teil seines Werkes stellte Lampadius auf Basis seiner bisherigen Feststellungen abschließend seine Interpretation des geltenden Reichsrechtes dar. Als Hauptaufgabe des Kaisers betrachtete er es gemäß dem Ziel des Gemeinwesens – der Sicherstellung des allgemeinen Wohls –, einen jeden Untertan in seinem Stand zu erhalten und ihm zu seinen Rechten zu verhelfen.⁶⁰ Weder dem Kaiser noch den Reichsständen komme dabei allein die Souveränität zu, stattdessen verfüge das Reich über eine Mischverfassung, in der sich Kaiser und Stände die Herrschaft teilten.⁶¹ Haupt des Reiches sei somit nicht der Kaiser allein, sondern Kaiser und Reichsstände gemeinsam.⁶² Die Kompetenzen dieser beiden regierenden Parteien seien in den Wahlkapitulationen festgelegt, in denen sich die Reichsstände bestimmte Rechte ausdrücklich vorbehalten ließen.⁶³ Die Reichsstandschaft verleihe den Ständen gewisse Hoheitsrechte in ihren jeweiligen Territorien, zudem große Teile der gemeinsam von allen Reichsständen am Reichstag ausgeübten Gesetzgebung.⁶⁴ Bei letzterer seien allerdings erneut kirchliche und weltliche Sphäre zu unterscheiden:⁶⁵ Während in kirchlichen Dingen den Reichsständen aufgrund des Religionsfriedens die Gesetzgebung nahezu allein zukomme, teilten sich in weltlichen Dingen

⁵⁶ ISENMANN: Widerstandsrecht, S. 37.

⁵⁷ LAMPADIUS: Tractatus, Teil I, 64, S. 54, Teil II, 1, 10, S. 55, 72f, KÖCHER: Lampadius 2, S. 415f, DIETRICH: Lampadius 1, S. 177.

⁵⁸ LAMPADIUS: Tractatus, Teil II, 1-10, S. 55-73, KÖCHER: Lampadius 2, S. 416, DIETRICH: Lampadius 1, S. 177-179.

⁵⁹ LAMPADIUS: Tractatus, Teil II, 11-14, S. 73-78, KÖCHER: Lampadius 2, S. 416, DIETRICH: Lampadius 1, S. 177-179.

⁶⁰ LAMPADIUS: Tractatus, Teil III, Kapitel I, 1, S. 79f, KÖCHER: Lampadius 2, S. 417f.

⁶¹ LAMPADIUS: Tractatus, Teil III, Kapitel XXI, 25, S. 334f, KÖCHER: Lampadius 2, S. 418, DIETRICH: Lampadius 1, S. 181, 183, STROHM: Calvinismus, S. 351f.

⁶² LAMPADIUS: Tractatus, Teil III, Kapitel I, 2, S. 82, Kapitel II, 1, S. 83f, KÖCHER: Lampadius 2, S. 419, DIETRICH: Lampadius 1, S. 183.

⁶³ LAMPADIUS: Tractatus, Teil III, Kapitel II, 1, S. 84, KÖCHER: Lampadius 2, S. 419f.

⁶⁴ LAMPADIUS: Tractatus, Teil III, Kapitel III, 1-18, S. 107-118, KÖCHER: Lampadius 2, S. 421f.

⁶⁵ LAMPADIUS: Tractatus, Teil III, Kapitel X, 2-5, S. 184, KÖCHER: Lampadius 2, S. 422.

die Reichsstände dieses Recht mit dem Kaiser, wobei der Kaiser in einigen Fragen auch die alleinige Kompetenz besitze.⁶⁶

Insgesamt war Lampadius' Werk geprägt von zwei Grundeinstellungen: Zum einen betrachtete er den Einfluss der römischen Kirche als äußerst schädlich für das Reich. „Überall bricht die Überzeugung durch, daß der Krebschaden des Reiches in den Beziehungen zum römischen Papst liegt“, wie es KÖCHER formuliert.⁶⁷ Lampadius war ein eifriger Verfechter des landesherrlichen Kirchenregiments, wie es die protestantischen Landesherren für sich in Anspruch nahmen. Scharf wies er deshalb etwa den ‚Geistlichen Vorbehalt‘ zurück.⁶⁸ Der Geistliche Vorbehalt war im Umfeld des Augsburger Religionsfriedens von 1555 formuliert worden: Im Religionsfrieden wurde den reichsunmittelbaren Landesherren grundsätzlich das *Ius reformandi* zugestanden und ihnen somit gestattet, die Konfession in ihren Territorien zu bestimmen. Der Geistliche Vorbehalt schränkte diese Bestimmung allerdings für die geistlichen Fürsten einseitig wieder ein: Sollte künftig ein geistlicher Fürst, etwa ein Erzbischof, Bischof oder Abt, von der katholischen zur evangelischen Konfession wechseln, sollte er seiner Funktion enthoben und ein katholischer Nachfolger für ihn gewählt werden. Diese Regelung galt nur für katholische Geistliche und ihre Güter und wurde daher von den Evangelischen mit dem Argument abgelehnt, sie widerspreche dem landesherrlichen *Ius reformandi*.⁶⁹

Zum anderen trat Lampadius für die von ihm dargelegte Herrschaftsteilung zwischen Kaiser und Reichsständen ein. Dieses Gleichgewicht müsse gewahrt werden, Machtbestrebungen, die ihm zuwiderliefen, müssten zurückgewiesen und damit Anzeichen einer Erkrankung des Reiches geheilt werden.⁷⁰ In dieser Heilung des Reiches durch die Wiederherstellung des Gleichgewichts lag für Lampadius eine der aktuell wichtigsten Aufgaben.⁷¹

Lampadius fügte sich mit seiner *Dissertatio* in die zeitgleich von den Reichspublizisten geführte Debatte über das Wesen des Heiligen Römischen Reiches und die Frage ein, in welchem Ausmaß dieses monarchisch oder aristokratisch verfasst sei.⁷² Diese Auseinandersetzung spiegelte das „Zentralproblem der Reichspublizistik“ wider, welches „das Verhältnis von Kaiser und Reichsständen in der Reichsverfassung“ betraf.⁷³ Lampadius war wie andere frühneuzeitliche Juristen im

⁶⁶ LAMPADIUS: *Tractatus*, Teil III, Kapitel XI, 2-6, S. 185-188, Kapitel XIII, 5-6, S. 223-225, KÖCHER: *Lampadius* 2, S. 423, DIETRICH: *Lampadius* 1, S. 183.

⁶⁷ KÖCHER: *Lampadius* 2, S. 424.

⁶⁸ LAMPADIUS: *Tractatus*, Teil III, Kapitel XI, 17, 21-24, S. 193f, 197-200, KÖCHER: *Lampadius* 2, S. 424, DIETRICH: *Lampadius* 1, S. 180f, STROHM: *Calvinismus*, S. 352-354.

⁶⁹ HECKEL: *Autonomia*, S. 3, 41, 43, 62-64, 79f, URBAN: *Restitutionsedikt*, S. 57f, STRÖLE-BÜHLER: *Restitutionsedikt*, S. 21, KAMPMANN: *Europa*, S. 21.

⁷⁰ LAMPADIUS: *Tractatus*, Teil III, Kapitel XXI, 1-3, S. 317f, KÖCHER: *Lampadius* 2, S. 425.

⁷¹ LAMPADIUS: *Tractatus*, Teil III, Kapitel XXI, 25, S. 334f, KÖCHER: *Lampadius* 1, S. 575, DIETRICH: *Lampadius* 1, S. 184.

⁷² FRIEDRICH: *Geschichte*, S. 47, HOKE: *Reichspublizistik*, S. 120f, OTTMANN: *Geschichte*, S. 385, SCATTOLA: *Lampadius*, S. 368f.

⁷³ HOKE: *Reichspublizistik*, S. 120f.

sich aus gestaltenden Prozess der Verrechtlichung nicht nur mit Problemen der Rechtspraxis befasst, sondern auch mit der Entwicklung neuer Rechtsnormen, die in enger Wechselwirkung zueinander standen.⁷⁴ Die Frühe Neuzeit war geprägt durch „ein[...] Nebeneinander ganz unterschiedlicher Arten von Rechtsnormen [...]: territoriales Recht, Reichsrecht, Gewohnheitsrecht, Kanonisches Recht, Mosaisches Recht und Rechtsdiskurs“, die einen „Normenfundus“ bildeten, aus dem sich Juristen bedienen konnten, um ihre je eigene Rechtsposition (im Sinne ihrer Landesherren) zu untermauern.⁷⁵ Die Rechtsnormen selbst, nicht nur die Rechtspraxis, waren – anders als in späterer Zeit – dabei Ergebnis eines Aushandlungsprozesses, da es keinen allgemeingültigen, formalen Maßstab zur Unterscheidung von subjektiven Rechtsansprüchen und objektivem Recht gab; sie waren damit prinzipiell ständig veränderbar.⁷⁶

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen Kaiser und Reichsständen blieb keineswegs auf die Reichspublizistik beschränkt, denn die Diskussion war aufs Engste verknüpft mit der sehr praxisbezogenen Frage, wem im Reich die Macht zukomme. Diese Auseinandersetzung um die Reichsverfassung wirkte demgemäß weit über die Akademien und Universitäten hinaus und war nicht zuletzt auch beim Westfälischen Friedenskongress präsent.⁷⁷ Mehr noch, der darin thematisierte Dualismus zwischen „reichsständischer Libertät und habsburgischem Kaisertum“ kann insgesamt „als zentrales Problem der Reichsgeschichte betrachtet werden“.⁷⁸ Entsprechend kontrovers wurde diskutiert. Jean Bodin selbst, der mit seiner Souveränitätslehre die Staatsformenlehre seiner Zeit maßgeblich beeinflusste, hatte das Reich als Aristokratie definiert, in welcher nicht der Kaiser, sondern die Reichsstände souverän seien.⁷⁹ Die Reichspublizisten waren diesbezüglich geteilter Meinung. Selbst unter den Lutheranern vertrat ein Teil die Auffassung, der Kaiser sei als absoluter Monarch zu sehen. Ein bekannter Verfechter dieser These war der im kaiserfreundlichen Gießen wirkende Dietrich Reinking.⁸⁰ Dagegen trat etwa Dominicus Arumaeus in Jena für die Ansicht ein, die Kurfürsten seien diejenigen, welche dem Kaiser seine Macht verliehen. Da Bodin die Souveränität als andauernde, ungeteilte Herrschaft aus eigenem Recht definiert hatte, konnte der Kaiser so verstanden kein absoluter Herrscher sein, verdankte er seine Stellung doch Dritten, von denen er somit abhängig war. Arumaeus beurteilte daher das Reich als Monarchie

⁷⁴ RUDOLPH: Rechtskultur, S. 349, 362, KINTZINGER: Recht, passim.

⁷⁵ RUDOLPH: Rechtskultur, S. 362, WEBER: Dynamiken, S. 70.

⁷⁶ RUDOLPH: Rechtskultur, S. 360, 363, GOTTHARD: Säulen, S. 746-749, STOLLBERG-RILINGER: Verfassungsgeschichte, S. 24-27, KINTZINGER: Recht, S. 22.

⁷⁷ WYDUCHEL: Reichsverfassung, S. 79f. Allerdings war der hier dargestellte ‚Diskurs‘ an die deutsche Sprachgemeinschaft gebunden; in anderen europäischen Ländern gab es andere: SCATTOLA: Wissenschaftsgeschichte, S. 25-34.

⁷⁸ SCHULZE: Amt, S. 195. Ähnlich NICKLAS: Politik, S. 184.

⁷⁹ STOLLEIS: Geschichte, S. 175f, HOKE: Reichspublizistik, S. 122f, SCHRÖDER: Reich, S. 123, OTTMANN: Geschichte, S. 213, 385, OTTMANN: Schulphilosophie, S. 221f.

⁸⁰ WYDUCHEL: Ius, S. 155, STOLLEIS: Geschichte, S. 219f, FRIEDRICH: Geschichte, S. 48, 50-52, WYDUCHEL: Reichsverfassung, S. 78, HOKE: Reichspublizistik, S. 121, 124, OTTMANN: Geschichte, S. 386f, OTTMANN: Schulphilosophie, S. 222.

mit aristokratischen Elementen.⁸¹ Auch Johannes Limnaeus befand, das Reich verfüge über eine Mischverfassung, bei der die Maiestas zwischen Kaiser und Reichsständen geteilt sei, wobei er im Gegensatz zu Arumaeus dem aristokratischen Prinzip Vorrang einräumte.⁸² Diese Lesart vertraten – neben Lampadius – auch Henning Arnisaeus und der bereits genannte Hermann Conring, die beide in Helmstedt lehrten.⁸³ Bodin selbst hatte der Vorstellung widersprochen, es gäbe so etwas wie eine Mischverfassung, da diese nicht gut mit seiner streng ausgelegten Souveränitätslehre zusammenpasste, die eine Regierung „legibus solutus“ beinhaltete und damit eine Abhängigkeit der Herrschaft von anderen Faktoren ausschloss.⁸⁴ Daher griffen auch Arnisaeus und Conring auf die klassischen Verfassungslehren etwa von Aristoteles und Cicero zurück, um auf ähnliche Weise wie Lampadius die Mischverfassung zu retten.⁸⁵ Generell fand eine „Auffassung der Verfassung des Reiches als eines status mixtus aus monarchischen und aristokratischen Elementen“ vergleichsweise viele Anhänger unter den Reichspublizisten.⁸⁶ Erwähnt sei auch noch das im Vergleich zu Reinking andere Ende der Skala, die Einordnung des Reiches als reine Aristokratie, die Bogislaw Philipp von Chemnitz unter dem Pseudonym Hippolithus a Lapide vertrat.⁸⁷ Letzterer reduzierte die Stellung des Kaisers auf einige Ehrenrechte sowie Aufgaben in der Reichsverwaltung und sah ihn dabei ganz und gar dem Willen der Reichsstände unterworfen.⁸⁸ Die antihabsburgische Stoßrichtung seiner Schrift gipfelte in der Forderung, das Haus Habsburg solle aus dem Reich ausgeschlossen werden und müsse seine Erblande ans Reich abtreten.⁸⁹ Eine solche Machtstellung, wie sie die Habsburger de facto bereits innehatten, wollte von Chemnitz künftig vermeiden, indem er vorschlug, ein neues Reichsoberhaupt solle höchstens dreimal nacheinander aus einer einzigen fürstlichen Familie gewählt werden.⁹⁰ Es lassen sich in der Diskussion über die Reichsverfassung – zumindest zu Lampadius' Lebzeiten – somit grob vier Hauptpositionen ausmachen, die sich zwischen der Deutung des Reiches als absoluter Monarchie und als reiner Aristokratie bewegten.⁹¹ Lampadius war dabei als Anhänger

⁸¹ STOLLEIS: Geschichte, S. 173, HOKE: Reichspublizistik, S. 121, FRIEDRICH: Geschichte, S. 52f, OTTMANN: Geschichte, S. 219, 222, OTTMANN: Schulphilosophie, S. 222.

⁸² WYDUCKEL: Ius, S. 157f, FRIEDRICH: Geschichte, S. 54-56, HOKE: Reichspublizistik, S. 127f, 130, OTTMANN: Geschichte, S. 388, OTTMANN: Schulphilosophie, S. 222.

⁸³ FRIEDRICH: Geschichte, S. 53f, OTTMANN: Schulphilosophie, S. 219, 222f, 225f.

⁸⁴ OTTMANN: Geschichte, S. 217, 219, OTTMANN: Schulphilosophie, S. 222, Zit. bei OTTMANN: Schulphilosophie.

⁸⁵ STOLLEIS: Geschichte, S. 178-180, OTTMANN: Geschichte, S. 385, OTTMANN: Schulphilosophie, S. 222f, 225f.

⁸⁶ FRIEDRICH: Geschichte, S. 48.

⁸⁷ STOLLEIS: Geschichte, S. 203f, FRIEDRICH: Geschichte, S. 57-59, WYDUCKEL: Reichsverfassung, S. 78, OTTMANN: Geschichte, S. 389.

⁸⁸ STOLLEIS: Geschichte, S. 204f, FRIEDRICH: Geschichte, S. 58, OTTMANN: Geschichte, S. 389.

⁸⁹ STOLLEIS: Geschichte, S. 205, FRIEDRICH: Geschichte, S. 58, SCHMIDT: Angst, S. 333, OTTMANN: Geschichte, S. 389.

⁹⁰ FRIEDRICH: Geschichte, S. 58, OTTMANN: Geschichte, S. 389.

⁹¹ SCATTOLA: Lampadius, S. 368f.

einer Mischverfassung zu verorten, der dem aristokratischen Prinzip, also den Reichsständen, größeres Gewicht zugestand.⁹²

Mit seiner akademischen Ausbildung war Lampadius gut gerüstet für seine Aufgaben in der fürstlichen Regierung. Bereits seit dem 16. Jahrhundert wurden Juristen zunehmend in die Dienste der Territorialherren übernommen und trugen durch eine Rationalisierung, Zentralisierung, Bürokratisierung und Verrechtlichung der Abläufe nicht unwesentlich zum beginnenden Ausbau der frühmodernen Staatlichkeit bei.⁹³ Neue Verwaltungszweige wie die Militär- oder Finanzverwaltung wurden geschaffen; den protestantischen Fürsten oblag nach lutherischem Verständnis zudem auch die Sorge für Konfession und Kirchengüter in ihren Landen.⁹⁴ Insgesamt zog daher „[d]ie Vermehrung und Zentralisierung der Aufgaben [...] notwendig eine differenzierende Arbeitsteilung in der Zentrale nach sich.“⁹⁵ Bei evangelischen wie katholischen Fürsten wuchs das Interesse, geeignete landesherrliche Bildungseinrichtungen zu schaffen, um die benötigten Fachkräfte ausbilden zu können.⁹⁶ Der Ausbau der Universitäten – vor allem der juristischen Fakultäten – und des landesherrlichen Regiments verlief so vielfach Hand in Hand.⁹⁷ Dank ihrer Ausbildung übernahmen bis Ende des 16. Jahrhunderts vergleichsweise viele Räte bürgerlicher Herkunft auch herausgehobene Positionen im Fürstendienst.⁹⁸ In Braunschweig-Lüneburg entstammten zu Lampadius' Lebzeiten immerhin sechzig Prozent der Geheimen Räte nicht dem Adel.⁹⁹ So verwundert es nicht, dass Lampadius mit seiner Ausbildung gut in die Regierung Friedrich Ulrichs zu Wolfenbüttel „passte“: Hier bekleideten Männer wie Eberhard von Weyhe und Arnold Engelbrecht, die in ihren eigenen Beiträgen zur Reichspublizistik die gleiche Stoßrichtung vertreten hatten wie später Lampadius, nacheinander das Amt des Kanzlers.¹⁰⁰ Lampadius könnte Engelbrecht, dessen Dissertatio große Ähnlichkeit zu seiner eigenen aufwies, bereits während seiner Studienzeit in Helmstedt kennengelernt haben.¹⁰¹ Die Zeit an der welfischen Landesuniversität und in Heidelberg erwies sich also als äußerst prägend für Lampadius. Inhaltlich stellte sie die Weichen für seine Überzeugungen und ermöglichte ihm die Kontaktaufnahme zu und Netzworkebildung mit Personen, die für sein Leben bedeutsam sein sollten. Seine eigene Dissertatio, obgleich in Heidelberg verfasst, widmete Lampadius denn auch seinem Landesherrn

⁹² WILLOWEIT: Rechtsgrundlagen, S. 144f, FRIEDRICH: Geschichte, S. 53f.

⁹³ HAMMERSTEIN: Universitäten, S. 688-690, 718-722, STOLLEIS: Grundzüge, S. 273, LANZINNER: Sozialstruktur, S. 71, 85, SELLERT: Rezeption, S. 151, LANZINNER: Jocher, S. 196, LANZINNER: Juristen, S. 362f, EXTERNBRINK: Humanismus, S. 136, WEBER: Dynamiken, S. 70f.

⁹⁴ HAMMERSTEIN: Universitäten, S. 690-694, STOLLEIS: Grundzüge, S. 276, DUCHHARDT: Herrscherbild, S. 36, SCHORN-SCHÜTTE: Politikberatung, S. 54f, REUMANN: Kirchenregiment, S. 44-46.

⁹⁵ STOLLEIS: Grundzüge, S. 276. Ähnlich etwa auch EXTERNBRINK: Humanismus, S. 134.

⁹⁶ HAMMERSTEIN: Universitäten, S. 695-712.

⁹⁷ Ebd., S. 713f, REINHARD: Verfassungsgeschichte, S. 121.

⁹⁸ HAMMERSTEIN: Universitäten, S. 727, LANZINNER: Sozialstruktur, S. 84f.

⁹⁹ LANZINNER: Sozialstruktur, S. 78.

¹⁰⁰ STOLLEIS: Geschichte, S. 163, 189, STROHM: Calvinismus, S. 348.

¹⁰¹ STOLLEIS: Geschichte, S. 163.

Friedrich Ulrich.¹⁰² Der Aufenthalt in Heidelberg, „dem damaligen geistigen Zentrum des reformierten Protestantismus in Europa“, mochte mit dazu beigetragen haben, dass Lampadius später die Aufnahme der Reformierten in den Schutz des Augsburger Religionsfriedens befürwortete.¹⁰³

In den Diensten Herzog Friedrich Ulrichs von Braunschweig-Lüneburg

Seit 1623 hielt sich Lampadius spätestens wieder am Hof Friedrich Ulrichs in Braunschweig und Wolfenbüttel auf. In diesem Jahr heiratete er Katharina Wernecke, eine Tochter von Friedrich Ulrichs Kammerrat Heinrich Wernecke.¹⁰⁴ Lampadius dürfte zum Zeitpunkt der Eheschließung bereits zum Rat Herzog Friedrich Ulrichs berufen gewesen sein oder kurz davor gestanden haben. Die Verbindung mit der Familie eines fürstlichen Rates besiegelte dann seinen sozialen Aufstieg vom Sohn eines wohlhabenden Bauern hinein in höhere Ämter der fürstlichen Regierung. Als Schwiegersohn Heinrich Werneckes wurde Lampadius Mitglied einer gerade neu installierten Regierung, in der sein Schwiegervater eine wichtige Position bekleidete.¹⁰⁵ Erst im September 1622 war Anton von Streithorst, der seit 1616 zunächst als Obersthofmeister, später als Statthalter die Regierungsgeschäfte geführt hatte, entmachtet worden. Von Streithorst und den mit ihm regierenden vier Landdrosten wurde nicht nur eine insgesamt landesschädigende Regierungsführung zur Last gelegt, sondern auch ihre persönliche Bereicherung, etwa durch Währungsmanipulationen. Herzog Friedrich Ulrich setzte von Streithorst und die vier Landdrosten trotzdem erst nach Jahren auf Druck seiner Mutter und der Landstände ab.¹⁰⁶

Herzog Friedrich Ulrich, Herr über die Fürstentümer Braunschweig-Wolfenbüttel und Braunschweig-Calenberg(-Göttingen), gilt allgemein als schwacher Herrscher in einer schwierigen Zeit.¹⁰⁷ Als Lampadius erneut in seine Dienste trat, zeichnete sich eine Verlagerung des Dreißigjährigen Krieges¹⁰⁸ in den Nordwesten des Reiches bereits deutlich ab: Zwar hatten sich die Stände des Niedersächsischen Kreises auf Kreistagen mehrfach für die Beibehaltung einer neutralen Position¹⁰⁹ ausgesprochen und wollten sich lediglich vermittelnd zwischen Kaiser Ferdinand

¹⁰² LAMPADIUS: Tractatus, S. 5-13.

¹⁰³ STROHM: Calvinismus, S. 349, s. außerdem unten, Kap. 5, S. 149.

¹⁰⁴ GESENIUS: Buechlein, S. 181.

¹⁰⁵ HAVEMANN: Geschichte, S. 595.

¹⁰⁶ Ebd., S. 584-594, HEINEMANN: Geschichte, S. 37-44, KÖNIG: Landesgeschichte, S. 71, HEUVEL: Niedersachsen, S. 149f.

¹⁰⁷ HAVEMANN: Geschichte, S. 582f, 596, HEINEMANN: Geschichte, S. 33, KÖCHER: Geschichte, S. 8, KRETZSCHMAR: Pläne, S. 2, KÖNIG: Landesgeschichte, S. 71, ZIEGLER: Braunschweig-Lüneburg, S. 36f, HEUVEL: Niedersachsen, S. 124, 149, JARCK: Krieg, S. 514, BÖHME: Calenberg(-Göttingen), S. 287, ASCHOFF: Welfen, S. 65, 68, PFANNKUCHE: Patrimonium, S. 456.

¹⁰⁸ Zum Dreißigjährigen Krieg s. zuletzt etwa KAMPMANN: Europa, passim, TISCHER: Kriegstyp, passim.

¹⁰⁹ Dabei war das Konzept der Neutralität für die Zeitgenossen noch ein problematisches, galt die Parteinahme für die richtige und gute Seite im überkommenen Denken des Mittelalters doch als Christenpflicht. Während des Dreißigjährigen Krieges kam es zu einer Säkularisierung des Konzepts, durch die es an moralischem Gehalt einbüßte: GOTTHARD: werkh, S. 230f, GOTTHARD: Säkularisierung, passim.

II.¹¹⁰ und dem abgesetzten Kurfürsten und böhmischen ‚Winterkönig‘ Friedrich V. von der Pfalz¹¹¹ – den bisherigen Hauptkontrahenten im Böhmisches-Pfälzischen Krieg – einsetzen.¹¹² Doch verlagerten sich die kriegesischen Auseinandersetzungen nicht zuletzt aufgrund der Aktivitäten von Friedrich Ulrichs Bruder, Christian dem Jüngeren (dem ‚tollen Halberstädter‘), seit 1623 zunehmend in den Niedersächsischen Kreis, denn Christian beschränkte sich nicht auf seine Rolle als Administrator zu Halberstadt, sondern hatte sich für Friedrich V. von der Pfalz als Heerführer betätigt und nutzte den Niedersächsischen Kreis als Rückzugsgebiet für seine Truppen.¹¹³ Alle Bitten Friedrich Ulrichs und der gemeinsamen Mutter Elisabeth, Christian der Jüngere möge von seinen kriegesischen Aktivitäten ablassen und sich mit dem Kaiser aussöhnen, blieben ohne den gewünschten Effekt.¹¹⁴ Der Einmarsch des dänischen Königs Christian IV.,¹¹⁵ der als Herzog von Holstein über Sitz und Stimme im Niedersächsischen Kreis verfügte und 1625 zum Kreisobersten gewählt wurde, verschärfte die Lage. Im einsetzenden Niedersächsisch-Dänischen Krieg zogen bald auch die Truppen der katholischen Liga unter dem in kaiserlichen und bayrischen Diensten stehenden Feldherrn Johann Tserclaes von Tilly durch Friedrich Ulrichs Lande und begehrten Quartier und Nahrungsmittel.¹¹⁶

Auf Druck des dänischen Königs, der zugleich sein Onkel war, sah sich Friedrich Ulrich Anfang 1626 gezwungen, mehrere seiner Räte zu entlassen, die sich angesichts der Lage für einen Bruch mit Dänemark ausgesprochen hatten.¹¹⁷ Unter ihnen war offenkundig auch der Hofrat Lampadius, der in einem Schreiben vom 15. Februar 1626 von seiner Demission in Kenntnis gesetzt wurde. Gleichlautende Schreiben gingen auch an andere Mitglieder der fürstlichen Regierung.¹¹⁸ Lampadius zog daraufhin von Wolfenbüttel nach Braunschweig, da ihm die vom Herzog in Wolfenbüttel überlassene Wohnung nicht mehr zur Verfügung stand.¹¹⁹ Seine Entlassung war jedoch eindeutig kein Zeichen fürstlicher Ungnade. Lampadius wurde bereits am 30. Januar 1627

¹¹⁰ Zu Kaiser Ferdinand II. s. zuletzt etwa BROCKMANN: *Dynastie*, passim.

¹¹¹ Zu Friedrich V. von der Pfalz s. etwa den Sammelband von WOLF u.a. (Hg.): *Winterkönig*, passim, sowie BILHÖFER: *Ehre*, passim. Zur Absetzung Friedrichs V. von der Pfalz und der Translation der Kurwürde an Maximilian von Bayern, die später Teil der „pfälzischen Frage“ wurde, s. außerdem etwa GOTTHARD: *Säulen*, S. 100-112.

¹¹² GITTEL: *Aktivitäten*, S. 136-143, KAMPMANN: *Europa*, S. 35-49.

¹¹³ HAVEMANN: *Geschichte*, S. 625-629, HEINEMANN: *Geschichte*, S. 54-56, 60-63, GITTEL: *Aktivitäten*, S. 139, 141, HEUVEL: *Niedersachsen*, S. 121-123, REPGEN: *Krieg 2*, 294, JARCK: *Krieg*, S. 516f, KAMPMANN: *Europa*, S. 44, 50, 53.

¹¹⁴ OPEL: *Krieg* (Bd. 1), S. 571-580, 583-585.

¹¹⁵ Zu Christian IV. s. etwa REUMANN: *Kirchenregiment*, passim, FINDEISEN: *Christian IV.*, passim.

¹¹⁶ HAVEMANN: *Geschichte*, S. 634-637, OPEL: *Krieg* (Bd. 1), S. 550-552, 569, HEINEMANN: *Geschichte*, S. 68-70, GITTEL: *Aktivitäten*, S. 151-153, HEUVEL: *Niedersachsen*, S. 123f, REUMANN: *Kirchenregiment*, S. 42, 46, 51f, KAISER: *Politik*, passim, insbesondere S. 240-243, REPGEN: *Krieg 2*, S. 294, JARCK: *Krieg*, S. 518f, FINDEISEN: *Christian IV.*, S. 167-176. Zu Tilly s. etwa JUNKELMANN: *Feldherr*, passim, JUNKELMANN: *Tilly*, passim.

¹¹⁷ HAVEMANN: *Geschichte*, S. 646, HEINEMANN: *Geschichte*, S. 72.

¹¹⁸ Friedrich Ulrich an Hans Christoph von Hardenberg, Jobst Hein von Heimburg, Heinrich von Heim, Lampadius, Burkhard von Walmoden, Burkhard von Steinberg, Christoph Dietrich von Landsberg, Rotenburg 1626 Februar 15, Konzept, StA Wolfenbüttel, 3 Alt Nr. 411, fol. 62-62’.

¹¹⁹ Passbrief Friedrich Ulrichs für Lampadius, Wölpe 1626 März 12, Konzept, StA Wolfenbüttel, 3 Alt Nr. 411, fol. 68’.

wieder zum Hofrat ernannt.¹²⁰ Vor dem 26. April 1627 wurde er außerdem zum Klosterrat für die Klosterangelegenheiten des Fürstentums Calenberg bestellt.¹²¹ Schon zuvor war Friedrich Ulrich darüber hinaus bemüht, Lampadius für die erwiesenen Dienste ein Kanonikat im Stift St. Blasius in Braunschweig zukommen zu lassen.¹²² Da jedoch Herzog Christian der Ältere von Braunschweig-Lüneburg, dem turnusmäßig die Präsentation eines Kandidaten zustand, bereits eine andere Person dafür vorgesehen hatte, ging Lampadius leer aus.¹²³ Friedrich Ulrich versprach Lampadius daher Anfang Januar 1627, ihm das nächste frei werdende Kanonikat in diesem Stift zuteilwerden zu lassen, für das er einen Kandidaten präsentieren durfte.¹²⁴ Lampadius musste zwar trotz dieser Zusage ein weiteres Mal zugunsten eines anderen Kandidaten verzichten,¹²⁵ doch hätte er im Juli 1635 schließlich ein frei gewordene Stelle besetzen können – und verzichtete nun von sich aus.¹²⁶ Es sprachen nun andere Gründe dagegen: Im Zuge der Erbschaftsteilung nach dem Tode Friedrich Ulrichs sollte Lampadius in den Dienst Herzog Georgs von Braunschweig-Lüneburg nach Hannover wechseln.¹²⁷ Alles in allem zeigen dieses Bemühen um die Pfründe, die neuerliche Bestallung und die ‚Beförderung‘ zum Klosterrat seit Anfang 1627, dass Friedrich Ulrich prinzipiell mit den von Lampadius geleisteten Diensten zufrieden und dessen vorübergehende Entlassung wohl allein auf dänischen Druck hin erfolgt war.

Während Lampadius 1626 also für knapp ein Jahr aus der Regierung Friedrich Ulrichs ausscheiden musste, lieferten sich dänische und ligistische Truppen weitere Gefechte im Niedersächsischen Kreis. Diese gipfelten in der Schlacht bei Lutter am Barenberge am 27. August 1626, in der das Heer König Christians IV. Tilly unterlag.¹²⁸ Dies bedeutete allerdings keine Beruhigung der Lage; auch in der darauf folgenden Zeit zogen weiter fremde Heere durch die Lande Friedrich Ulrichs.¹²⁹ Der durch den Krieg verursachten Verwüstungen nicht genug, musste der Herzog

¹²⁰ Bestallung Lampadius' durch Friedrich Ulrich, Braunschweig 1627 Januar 30, Konzept, StA Wolfenbüttel, 3 Alt Nr. 420, 82-89'.

¹²¹ Privileg Friedrich Ulrichs für Lampadius, Braunschweig 1627 April 26, Ausfertigung, StA Wolfenbüttel, 1 Alt 30 Nr. 344, fol. 1, 2', BOETTICHER: Kloster- und Studienfonds, S. 49.

¹²² Privileg Friedrich Ulrichs für Lampadius, Braunschweig 1627 Januar 9, Konzept, StA Wolfenbüttel, 2 Alt Nr. 8908, fol. 40'.

¹²³ Lampadius an Herzog August d. J. von Braunschweig-Lüneburg, Braunschweig 1635 Juli 10, Ausfertigung, StA Wolfenbüttel, 2 Alt Nr. 9065, fol. 2.

¹²⁴ Privileg Friedrich Ulrichs für Lampadius, Braunschweig 1627 Januar 9, Konzept, StA Wolfenbüttel, 2 Alt Nr. 8908, fol. 40'.

¹²⁵ Christian d. Ä. von Braunschweig-Lüneburg an Friedrich Ulrich, Celle 1630 September 6, Kopie, StA Wolfenbüttel, 2 Alt Nr. 9065, fol. 3-4.

¹²⁶ Privileg Christian d. Ä. von Braunschweig-Lüneburg für Lampadius, Celle 1632 Dezember 27, Kopie, StA Wolfenbüttel, 2 Alt Nr. 9065, fol. 5, Lampadius an Herzog August d. J. von Braunschweig-Lüneburg, Braunschweig 1635 Juli 10, Ausfertigung, StA Wolfenbüttel, 2 Alt Nr. 9065, fol. 2-2', Lampadius an Dr. Valler, Rat und Kanoniker des Stifts St. Blasius zu Braunschweig, Braunschweig 1635 August 23, Konzept, StA Wolfenbüttel, 2 Alt Nr. 9065, fol. 8.

¹²⁷ S. unten, S. 43.

¹²⁸ HAVEMANN: Geschichte, S. 647-656, HEINEMANN: Geschichte, S. 73-75, JUNKELMANN: Feldherr, S. 386f, HEUVEL: Niedersachsen, S. 125, REUMANN: Kirchenregiment, S. 52f, JARCK: Krieg, S. 520f, FINDEISEN: Christian IV., S. 177-180.

¹²⁹ HAVEMANN: Geschichte, S. 657-662.

darüber hinaus den Verlust bedeutender Landesteile an kaiserliche Getreue befürchten. Die Absetzung der Herzöge von Mecklenburg und die Belehnung des kaiserlichen Feldherrn Wallenstein mit ihren Landen stand als drohendes Beispiel vor Augen. Nur der Einspruch Maximilians I. von Bayern¹³⁰ beim Kaiser scheint für Friedrich Ulrich Schlimmeres verhindert zu haben, wenngleich dieser Einspruch weniger als Unterstützung für Friedrich Ulrich als Person gedacht war denn als Widerstand gegen das Prinzip, alteingesessenen Fürstengeschlechtern ihr Hab und Gut zu entziehen.¹³¹ Dies entsprach der grundsätzlichen fürstlichen Solidarität in der frühneuzeitlichen „société des princes“.¹³²

Angesichts der Lage verwundert es nicht, dass Friedrich Ulrich Geldsorgen plagten, die sich in alle Bereiche auswirkten. Auch die Entlohnung der fürstlichen Regierungsmitglieder mit Bargeld war demgemäß schwierig, weshalb die fürstlichen Räte insbesondere zwischen 1627 und 1629 unter anderem mit Naturalien versorgt wurden.¹³³ Hinzu kamen Anwartschaften auf möglicherweise heimfallende Lehen, die auch Lampadius vor allem in dieser Zeit mehrfach erhielt.¹³⁴ So gelang Lampadius trotz der schwierigen Zeiten nicht nur ein sozialer, sondern auch ein gewisser materieller Aufstieg: Hatte er von seinem Vater einen Meierhof und zwei Kothöfe im Dorf Heinsen sowie einen weiteren Kothof im Nachbardorf Ahrenfeld geerbt,¹³⁵ erhielt er für diesen Besitz von Friedrich Ulrich im Oktober 1626 unter anderem die Freistellung von Hand- und Spanndiensten und die Gleichstellung des Meierhofes mit adligen Gütern – wodurch er als Land-

¹³⁰ Zu Maximilian I. von Bayern s. etwa IMMLER: Kurfürst, passim, ALBRECHT: Maximilian I., passim, KAISER: Politik, passim, KAISER: Maximilian I., passim, LANZINNER: Maximilian I., passim, GOETZE: Bündnispraxis, passim.

¹³¹ HAVEMANN: Geschichte, S. 663-666, HEINEMANN: Geschichte, S. 75-76, KÖCHER: Geschichte, S. 9, HEUVEL: Niedersachsen, S. 125f, JARCK: Krieg, S. 524, KAMPMANN: Europa, S. 62.

¹³² S. zum Begriff etwa BÉLY: L'art, S. 7-15.

¹³³ Friedrich Ulrich an Oberförster Valentin Cröthe, Steterburg 1627 Oktober 16, Konzept, StA Wolfenbüttel, 3 Alt Nr. 411, fol. 80, Friedrich Ulrich an sämtliche Oberförster, Förster und Jäger, Wolfenbüttel 1628 Dezember 6, Ausfertigung, StA Wolfenbüttel, 3 Alt Nr. 411, fol. 81, Verzeichnis der zu versorgenden Kanzler und Räte, o. O. u. J., Konzept, StA Wolfenbüttel, 3 Alt Nr. 411, fol. 87-87', Verzeichnis der zu versorgenden Kanzler und Räte, o. O. u. J., Konzept, StA Wolfenbüttel, 3 Alt Nr. 411, fol. 88, Friedrich Ulrich an Oberhauptmann Walmoden und Oberhauptmann Müller, Wolfenbüttel 1629 Juli 16, Konzept, StA Wolfenbüttel, 3 Alt Nr. 411, fol. 89-89', Verzeichnis der zu versorgenden Kanzler und Räte, o. O. u. J., Kopie, StA Wolfenbüttel, 3 Alt Nr. 411, fol. 91.

¹³⁴ Privileg Friedrich Ulrichs für Johann Wissel und Lampadius, Braunschweig 1626 Dezember 20, Kopie, StA Wolfenbüttel, 1 Alt 30 Nr. 341, fol. 3-5, Privileg Friedrich Ulrichs für Lampadius, Braunschweig 1627 April 26, Kopie, StA Wolfenbüttel, 1 Alt 30 Nr. 344, fol. 1-3, Privileg Friedrich Ulrichs für Lampadius, Braunschweig 1627 April 26, Konzept und Kopie, StA Wolfenbüttel, 27 Alt Nr. 956, fol. 103-106, Privileg Friedrich Ulrichs für Lampadius und Johann Ludwig, Braunschweig 1626 Dezember 14, Kopie, StA Wolfenbüttel, 27 Alt Nr. 1280, fol. 88-92', Privileg Friedrich Ulrichs für Justus Kipe und Lampadius, Braunschweig 1633 Februar 3, Konzept, StA Wolfenbüttel, 27 Alt Nr. 1732, fol. 41-42', Privileg Friedrich Ulrichs für Lampadius, Wolfenbüttel 1629 Februar 15, Konzept, StA Wolfenbüttel, 27 Alt Nr. 1774, fol. 19-21, Lampadius und Justus Kipe an Friedrich Ulrich, Braunschweig 1632 Dezember 10, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 14 Nr. 169, fol. 1-1', Privileg Friedrich Ulrichs für Lampadius und Justus Kipe, Braunschweig 1633 Februar 3, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 14 Nr. 169, fol. 3-5, Privileg Friedrich Ulrichs für Lampadius, Wolfenbüttel 1629 Februar 15, Kopie, Hildesh. Br. 9 Nr. 555, fol. 15-16.

¹³⁵ Lampadius an Christian d. Ä., Braunschweig 1626 Oktober 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Celle Br. 59 Nr. 55, fol. 2-2'.

sasse künftig über Sitz und Stimme bei Versammlungen der Landstände verfügte.¹³⁶ Daneben erwarb Lampadius mit der Zeit verschiedene weitere Güter und Rechte in der näheren Umgebung, unter anderem in Esbeck,¹³⁷ Ahrenfeld und Deilmissen.¹³⁸ Dort durfte er unter anderem Hasen und Vögel jagen und Fische fangen lassen.¹³⁹ Dennoch verblieben Lampadius aus der Zeit seines Dienstes für Friedrich Ulrich offene Ansprüche auf Besoldung, die er später noch Herzog Christian Ludwig gegenüber geltend machte.¹⁴⁰ Die von ihm geforderte Summe belief sich dabei auf 12.000 Taler.¹⁴¹

Nicht nur die militärischen, auch die politischen Ereignisse dieser Jahre verschlimmerten die Lage für Friedrich Ulrich zusätzlich: Noch im selben Jahr 1627, in dem Lampadius wieder in die Dienste des Herzogs trat, nahm er für Friedrich Ulrich gemeinsam mit drei weiteren Vertretern am Kurfürstenkollegialtag zu Mühlhausen teil.¹⁴² Der Kurfürstenkollegialtag bot den Kurfürsten die Gelegenheit, außerhalb des seit 1613 de facto blockierten Reichstags zusammenzukommen und über Reichsangelegenheiten zu beraten.¹⁴³ Da die Einberufung eines Kurfürstenkollegialtags nicht zwingend von einer Einladung des Kaisers abhängig war, sondern fast nach Belieben vom Kurfürsten zu Mainz verfügt werden konnte, war das Programm nicht in solchem Maße von kaiserlichen Vorgaben abhängig wie bei anderen reichsständischen Zusammenkünften.¹⁴⁴ Allerdings nahm der kaiserliche Gesandte diesmal nicht unwesentlich Einfluss auf die Beratungsgegenstände.¹⁴⁵ Beim zwischen dem 18. Oktober und 12. November 1627¹⁴⁶ in Mühlhausen tagenden Kurfürstenkollegialtag wurden öffentlich vor allem drei Punkte intensiver behandelt:

¹³⁶ Friedrich Ulrich an den Amtschreiber zu Lauenstein, Braunschweig 1626 Oktober 16, Kopie, StA Wolfenbüttel, 1 Alt 30 Nr. 355, fol. 3-4, Friedrich Ulrich an Christian d. Ä., Braunschweig 1626 Oktober 24, Kopie, HStA Hannover, Celle Br. 59 Nr. 55, fol. 18-18', Friedrich Ulrich an Christian d. Ä., Braunschweig 1627 August 16, Kopie, HStA Hannover, Celle Br. 59 Nr. 55, fol. 24-24', Bestätigung Kaiser Ferdinands II. für Lampadius über den Besitz des Gutes Heinsen und zugehörnde Gerechtigkeiten, Wien 1629 Januar 9, Kopie, Hann. 93 Nr. 1800, fol. 4-9.

¹³⁷ Bestätigung von Kanzler und Räten zu Hannover für Lampadius über den Erwerb von Ländereien im Amt Lauenstein, Hannover 1643 Juli 22, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 2 Nr. 1514, fol. 1.

¹³⁸ Privileg der Landschaft Calenbergs für Lampadius, Hildesheim 1642 Februar 3, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 2 Nr. 1527, fol. 3-4.

¹³⁹ Privileg Friedrich Ulrichs für Lampadius, Braunschweig 1626 Oktober 12, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 2 Nr. 1527, fol. 5-6.

¹⁴⁰ Kanzler und Räte zu Hannover an Lampadius, Hannover 1644 November 2, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 55, fol. 37-38, Christian Ludwig an den Salzsreiber zu Salzliebenhalle, Hannover 1644 Oktober 22, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 55, fol. 41.

¹⁴¹ Auflistung der Besoldungsrückstände Friedrich Ulrichs bei Lampadius (von Letzterem verfasst), Osnabrück 1644 Dezember 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 173, fol. 4-4'.

¹⁴² HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 352, fol. 1-2, GESENIUS: Buechlein, S. 181. Die Entsendung von Lampadius zu dieser wichtigen reichständischen Zusammenkunft könnte man in Anlehnung an entsprechende Ergebnisse für Reichstage als Zeichen seiner Anerkennung durch Friedrich Ulrich werten, wurden an den Reichstag doch in der Regel die herausragenden Amtsträger entsandt, die sich durch ihr Können, fachliches Wissen und eine gewisse vertraute Nähe zu ihrem Auftraggeber auszeichneten: LANZINNER: Juristen, S. 365. Einschränkend muss ergänzt werden, dass Friedrich Ulrich möglicherweise aufgrund seiner finanziellen Not die Alternativen ermangelten.

¹⁴³ BREUER: Kurfürstentag, S. 11, 30f, GOTTHARD: Säulen, S. 298f.

¹⁴⁴ BREUER: Kurfürstentag, S. 12f, GOTTHARD: Säulen, S. 433-437, 439.

¹⁴⁵ OPEL: Krieg (Bd. 3), S. 386-392, GOTTHARD: Säulen, S. 448f.

¹⁴⁶ OPEL: Krieg (Bd. 3), S. 382, 395f, BREUER: Kurfürstentag, S. 39, 54, 109.

der weitere Umgang mit dem geächteten Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz,¹⁴⁷ ein möglicher Friedensschluss mit dem dänischen König¹⁴⁸ sowie die reichsständischen Beschwerden über das Vorgehen der kaiserlichen Feldherren, insbesondere über das Kontributionssystem Wallensteins.¹⁴⁹ Angesichts der Bedeutung der behandelten Fragen und eigener Anliegen, die sonst kaum einem reichsständischen Gremium zu Gehör gebracht werden konnten, sandten zahlreiche weitere Reichsstände wie Friedrich Ulrich Vertreter nach Mühlhausen.¹⁵⁰ Für Friedrich Ulrich spielte angesichts der Situation in seinen Territorien insbesondere der dritte Punkt eine wichtige Rolle: Er hatte sich an einer von mehreren Reichsständen verfassten Klageschrift über das Verhalten der kaiserlichen Feldherren beteiligt, welche die Kurfürsten tatsächlich auch dazu veranlasste, den Kaiser zur Abstellung der Missstände aufzufordern.¹⁵¹ Doch angesichts ausbleibender Effekte blieb diese Hilfe rein symbolischer Natur.¹⁵² Daneben zeitigte der Kurfürstenkollegialtag mehrere Ergebnisse, die eher zur Verschärfung denn zur Beilegung der inneren Konflikte des Reichs geeignet waren: Dem geächteten Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz wurde seine Kurwürde nun ausdrücklich aberkannt.¹⁵³ In einem geheimen Zusatz sprachen die katholischen Kurfürsten der bayrischen Linie der Wittelsbacher – vertreten durch Maximilian von Bayern – die von der pfälzischen Linie bereits auf Maximilian persönlich übertragene Kurwürde jetzt auch erblich zu.¹⁵⁴ Darüber hinaus veranlasste der Kaiser durch seinen Gesandten insgeheim Beratungen der katholischen Kurfürsten über die Frage, ob die den Katholischen von den Evangelischen seit dem Passauer Vertrag 1552 entzogenen geistlichen Güter vollständig restituiert werden müssten, und bereitete damit das Restitutionsedikt vor.¹⁵⁵ Mochten die welfischen Gesandten davon auch noch nichts ahnen, so gestaltete sich der Kurfürstenkollegialtag für sie ohnehin bereits wenig erfolgversprechend, da sie mit den ‚privaten‘ Anliegen Friedrich Ulrichs in Mühlhausen nicht weit drangen. Die dringlichsten dieser Anliegen bestanden in der Restitution der Residenzstadt Wolfenbüttel sowie der Befreiung von den kaiserlichen Garnisonen und den an sie zu zahlenden Kontributionen.¹⁵⁶ Wolfenbüttel war 1627 durch kaiserliche Truppen erobert und eine dort stationierte dänische Garnison vertrieben worden; Friedrich

¹⁴⁷ OPEL: Krieg (Bd. 3), S. 387, BREUER: Kurfürstentag, S. 74-89, GOTTHARD: Säulen, S. 358f.

¹⁴⁸ OPEL: Krieg (Bd. 3), S. 387-389, BREUER: Kurfürstentag, S. 96-105, GOTTHARD: Säulen, S. 359.

¹⁴⁹ OPEL: Krieg (Bd. 3), S. 390, BREUER: Kurfürstentag, S. 54, 57-73, GOTTHARD: Säulen, S. 357f.

¹⁵⁰ OPEL: Krieg (Bd. 3), S. 394, BREUER: Kurfürstentag, S. 52f, GOTTHARD: Säulen, S. 356.

¹⁵¹ BREUER: Kurfürstentag, S. 55-57, 60-73, GOTTHARD: Säulen, S. 357f.

¹⁵² OPEL: Krieg (Bd. 3), S. 395, BREUER: Kurfürstentag, S. 110-115, GOTTHARD: Säulen, S. 358.

¹⁵³ BREUER: Kurfürstentag, S. 83f.

¹⁵⁴ BREUER: Kurfürstentag, S. 85-89, GOTTHARD: Säulen, S. 359, 361f.

¹⁵⁵ OPEL: Krieg (Bd. 3), S. 390f, BREUER: Kurfürstentag, S. 89-96, 118f, URBAN: Restitutionsedikt, S. 187-191, FRISCH: Restitutionsedikt, S. 81f, GOTTHARD: Säulen, S. 360f, 362.

¹⁵⁶ Friedrich Ulrich an Reichsvizekanzler Freiherr Peter Heinrich von Strahlendorf, Braunschweig 1627 November 22, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 359, fol. 9-9', Friedrich Ulrich an Reichsvizekanzler Freiherr Peter Heinrich von Strahlendorf, Braunschweig o. J., Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 359, fol. 11-12, GESENIUS: Buechlein, S. 181.

Ulrich hatte seine Residenz jedoch vom Kaiser nicht zurückerhalten.¹⁵⁷ Unmittelbar nach dem Kurfürstenkollegialtag wurde Lampadius an den kaiserlichen Hof nach Prag gesandt, um deshalb im Namen seines Herrn – vermutlich erneut – bei Reichsvizekanzler Freiherr Peter Heinrich von Strahlendorf vorzusprechen.¹⁵⁸ Da der Reichsvizekanzler den Kaiser bereits am Kurfürstenkollegialtag zu Mühlhausen vertreten hatte,¹⁵⁹ darf wohl davon ausgegangen werden, dass die Gesandten Friedrich Ulrichs auch dort schon Gelegenheit gehabt hatten, die Anliegen ihres Herrn vorzutragen – wenn auch vergeblich. Offenkundig hoffte man, durch Lampadius' Entsendung nach Prag nun mehr zu erreichen. Allerdings sollte auch dieses Unterfangen nicht von Erfolg gekrönt sein; Friedrich Ulrich sollte die Restitution seiner Residenz nicht mehr erleben.¹⁶⁰ Insgesamt fielen die Ergebnisse dieser Bemühungen in Mühlhausen und Prag somit enttäuschend für Friedrich Ulrich aus, blieben seine Anliegen doch fern jeder Berücksichtigung.

Es blieb Friedrich Ulrich nicht nur versagt, eine positive Veränderung des ohnehin schon bedrückenden Status quo zu erreichen. Zusätzlich negativ wirkte sich für den Herzog das Restitutionsedikt aus, das Kaiser Ferdinand II. am 6. März 1629 erließ. Das Restitutionsedikt war Ausdruck der Überzeugung des Kaisers, „dass die günstige militärische Lage genutzt werden müsse, um die religionsrechtlichen Streitfragen im Reich endgültig zugunsten der katholischen Seite zu regeln.“¹⁶¹ Dies geschah nun durch eine Auslegung des Augsburger Religionsfriedens von 1555,¹⁶² die allein dessen katholischer Lesart stattgab und diese als einzig rechtlich gültige Deutung für künftige Zeiten festschreiben wollte.¹⁶³ Der Augsburger Religionsfrieden war seinerzeit dem Bemühen um einen Kompromiss zwischen Evangelischen und Katholischen entsprungen und barg – um den eigentlich unvereinbaren Ansprüchen beider Seiten gerecht zu werden – gegensätzliche und mehrdeutige, ‚dissimulierende‘ Regelungen, die eine Interpretation geradezu erforderlich machten. Als problematisch erwies sich in der Folgezeit, dass beide Seiten ihn zu ihren eigenen Gunsten auslegten, was zu neuen Streitigkeiten führte, denen Ferdinand II. durch sein kaiserliches Edikt nun ein Ende bereiten wollte.¹⁶⁴ So verfügte das Restitutionsedikt unter anderem die

¹⁵⁷ HEINEMANN: Geschichte, S. 75, KÖNIG: Landesgeschichte, S. 71, JARCK: Krieg, S. 522f.

¹⁵⁸ Friedrich Ulrich an Reichsvizekanzler Freiherr Peter Heinrich von Strahlendorf, Braunschweig 1627 November 22, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 359, fol. 9-9', Friedrich Ulrich an Reichsvizekanzler Freiherr Peter Heinrich von Strahlendorf, Braunschweig o. J., Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 359, fol. 11-12, GESENIUS: Buechlein, S. 181.

¹⁵⁹ OPEL: Krieg (Bd. 3), S. 375, BREUER: Kurfürstentag, S. 52.

¹⁶⁰ Wolfenbüttel wurde den Welfenherzögen erst im Zuge des Goslarer Friedens 1642 restituiert: S. unten, S. 53.

¹⁶¹ KAMPMANN: Europa, S. 63. Ähnlich auch ARNDT: Kaiser, S. 72, GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 472f, FUCHS: Normaljahrsverhandlungen, S. 131, KLEINEHAGENBROCK: Reich, S. 130, LANZINNER: Maximilian I., S. 87f.

¹⁶² Zum Augsburger Religionsfrieden s. GOTTHARD: Religionsfrieden, passim.

¹⁶³ URBAN: Restitutionsedikt, S. 114-116, 276-288, STRÖLE-BÜHLER: Restitutionsedikt, S. 15, 28f, FRISCH: Restitutionsedikt, S. 67, ARNDT: Kaiser, S. 72, GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 472, KAMPMANN: Europa, S. 63, BROCKMANN: Dynastie, S. 359-362, 381.

¹⁶⁴ HECKEL: Autonomia, S. 15, 33, 50, 64, FRISCH: Restitutionsedikt, S. 12f, JAHNS: Reichsjustiz, S. 456f, GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 240-280, 472f.

Rückgabe aller mittelbaren, landsässigen Kirchengüter, die nach 1552 reformiert worden waren.¹⁶⁵ Da Calenberg ebenso wie Wolfenbüttel erst nach 1552 evangelisch geworden war, bedeutete dies keinen geringen Verlust vor allem an Klostergut für Friedrich Ulrich. Die im welfischen Einflussbereich gelegenen und viele Jahre von welfischen Prinzen regierten Bistümer Osnabrück, Verden, Minden, Halberstadt und Hildesheim waren zudem bereits verloren gegangen oder standen kurz davor: Während in Halberstadt nach dem Verzicht Christians des Jüngeren,¹⁶⁶ Friedrich Ulrichs Bruder, schließlich Leopold Wilhelm von Österreich zum neuen Bischof gewählt wurde, trat in Osnabrück, Verden und Minden der Wittelsbacher Franz Wilhelm von Wartenberg teils durch den Einsatz von Gewalt die Nachfolge welfischer Prinzen an. Wartenberg – der später auch beim Westfälischen Friedenskongress anwesend sein und dort als einer der katholischen ‚Hardliner‘ auffallen sollte¹⁶⁷ – betätigte sich nun besonders eifrig bei der Durchsetzung des Restitutionsediktes in Friedrich Ulrichs Territorien.¹⁶⁸ Der solcherart durch das Restitutionsedikt veranlasste tiefe Eingriff in den inzwischen de facto bestehenden konfessionellen Besitzstand auch im norddeutschen Raum stellte insgesamt die Position der evangelischen Reichsstände in der politischen Ordnung des Reiches infrage.¹⁶⁹ Selbst die bis dahin kaisertreu gebliebenen oder neutralen evangelischen Reichsstände mussten ihr Vertrauen in Kaiser und Reich erschüttert und ihre eigene Sicherheit bedroht sehen.¹⁷⁰ Proteste blieben daher nicht aus.¹⁷¹ Lampadius war dabei ebenfalls involviert: So nahm er 1631 für Friedrich Ulrich an einer Zusammenkunft der evangelischen Reichsstände in Leipzig teil.¹⁷² Bei diesem Treffen versicherten sich die Evangelischen ihrer gegenseitigen Unterstützung gegen das Restitutionsedikt, um dessen Aufhebung sie den Kaiser gemeinsam ersuchten.¹⁷³ Auch publizistisch wurde Lampadius aktiv und bezog Stellung gegen das Restitutionsedikt. Unter dem Pseudonym Scipio Aretinus sprach er diesem in einer 1633 in Frankfurt veröffentlichten „Gründliche[n] Deduction, wie es mit dem Keyserlichen Religions Edict und der Geistlichen vermeynten Vorbehalt eygentlich bewant und was dieselbe beyderseits vor Krafft und Würckung haben“ die Gültigkeit ab.¹⁷⁴ Ähnlich wie schon in seiner juristischen Dissertatio argumentierte er dabei mit der Verfasstheit des Reiches, in welchem die

¹⁶⁵ URBAN: Restitutionsedikt, S. 81-83, 268, STRÖLE-BÜHLER: Restitutionsedikt, S. 19, FRISCH: Restitutionsedikt, S. 25f.

¹⁶⁶ Der Verzicht Christians d. J. erfolgte allerdings auf Betreiben des dänischen Königs, der einen seiner Söhne mit dem Stift versorgen wollte: REUMANN: Kirchenregiment, S. 49.

¹⁶⁷ S. unten, Kap. 7, S. 306.

¹⁶⁸ ZIEGLER: Braunschweig-Lüneburg, S. 37, BEHR: „Schutzfürsten“, S. 200, SEEGRÜN: Münster, S. 66, FUCHS: Medium, S. 74.

¹⁶⁹ FUCHS: Medium, S. 66, 74, LANZINNER: Maximilian I., S. 88.

¹⁷⁰ STRÖLE-BÜHLER: Restitutionsedikt, S. 29, FUCHS: Medium, S. 67f, 74f, FUCHS: Normaljahrsverhandlungen, S. 131.

¹⁷¹ FRISCH: Restitutionsedikt, S. 140-169.

¹⁷² GESENIUS: Buechlein, S. 182.

¹⁷³ HAVEMANN: Geschichte, S. 673, Frisch: Restitutionsedikt, S. 160.

¹⁷⁴ KÖCHER: Lampadius 1, S. 576, DIETRICH: Lampadius 1, S. 165, URBAN: Restitutionsedikt, S. 46f, SCATTOLA: Lampadius, S. 372, zit. nach SCATTOLA.

Maiestas nicht dem Kaiser allein, sondern Kaiser und Reichsständen gemeinsam zukomme. Angesichts der fehlenden Zustimmung der Reichsstände zum Restitutionsedikt entbehrte dieses für ihn der Legitimität.¹⁷⁵ DIETRICH bescheinigt dieser Schrift einen „bestimmenden Einfluß auf die protestantische Argumentation bis zum Westfälischen Friedenskongress“.¹⁷⁶

Die Veröffentlichung und beginnende Exekution des Restitutionsediktes blieb 1629 allerdings nicht das letzte politische Ereignis, das für Friedrich Ulrich negative Folgen zeitigen sollte: Im selben Jahr bestätigte Kaiser Ferdinand II. außerdem ein Urteil des Reichskammergerichtes, welches Friedrich Ulrich zur Übergabe des sogenannten ‚Großen Stifts‘ Hildesheim an Kurfürst Ferdinand von Köln verpflichtete, der unter anderem auch als Bischof von Hildesheim amtierte und im Übrigen ein Bruder Maximilians von Bayern war.¹⁷⁷ Obgleich Friedrich Ulrichs Vorgänger das Große Stift seit über hundert Jahren mit kaiserlicher Billigung in Besitz gehabt hatten, wurden die zugehörigen Ämter nun der Exekution unterworfen. Darüber hinaus wurde Friedrich Ulrich dazu verpflichtet, die Einkünfte, welche seine Vorgänger und er seit 1523 aus dem Stift bezogen hatten, an den Bischof zu erstatten.¹⁷⁸

Im Mai 1629 schlossen der dänische König Christian IV. und der Kaiser außerdem Frieden in Lübeck.¹⁷⁹ Dieser Friedensschluss wirkte sich durch eine seiner Bestimmungen unmittelbar auf Friedrich Ulrich und seine Territorien aus: Der Kaiser sprach darin seinem Feldherrn Tilly für dessen Dienste eine Summe von 400.000 Reichstalern zu, welche Friedrich Ulrich zu bezahlen auferlegt wurde.¹⁸⁰ Diese ‚Tillysche Schuld‘ setzte sich aus zwei Teilsummen unterschiedlicher Provenienz zusammen: Zum einen hatte sich Friedrich Ulrich bei seinem Onkel, dem dänischen König, 300.000 Reichstaler geliehen. Diese Schulden übertrug der dänische König im Lübecker Frieden an den Kaiser, der sie an Tilly weiterreichte.¹⁸¹ Der Kaiser erhöhte die an Tilly zu zahlende Summe zum anderen noch um weitere 100.000 Reichstaler als Strafzahlung für die Taten von Friedrich Ulrichs Bruder, Christian dem Jüngeren.¹⁸² Um die Tilgung dieser Summe zu gewährleisten, sollten ursprünglich drei Ämter in der Obergrafschaft Hoya, nämlich Stolzenau,

¹⁷⁵ DIETRICH: Lampadius 1, S. 180f.

¹⁷⁶ Ebd., S. 165.

¹⁷⁷ Zu Kurfürst Ferdinand von Köln s. etwa FOERSTER: Kurfürst, passim, zu seinen Besitzungen Ebd., S. 1-3, zur Verwandtschaft mit Maximilian von Bayern etwa IMMLER: Kurfürst, S. 14.

¹⁷⁸ HAVEMANN: Geschichte, S. 670, HEINEMANN: Geschichte, S. 78-80, KRETZSCHMAR: Pläne, S. 2f, HEUVEL: Niedersachsen, S. 126, JARCK: Krieg, S. 524, KLINGEBIEL: Hildesheim, S. 230-233, ASCHOFF: Welfen, S. 66f.

¹⁷⁹ HEINEMANN: Geschichte, S. 77, OPEL: Krieg (Bd. 3), S. 685-740, HEUVEL: Niedersachsen, S. 125, REUMANN: Kirchenregiment, S. 53f, FINDEISEN: Christian IV., S. 194-204.

¹⁸⁰ OPEL: Krieg (Bd. 3), S. 736, HEUVEL: Niedersachsen, S. 125, JARCK: Krieg, S. 523f.

¹⁸¹ Bericht Lampadius' über die Tillysche Forderung, Osnabrück 1647 Mai 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 265-265', 267, FINDEISEN: Christian IV., S. 194.

¹⁸² Bericht Lampadius' über die Tillysche Forderung, Osnabrück 1647 Mai 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 267-267'. Bei diesen insgesamt 400.000 Reichstalern handelte es sich sicherlich nicht aus Zufall um die Summe, die der Kaiser Tilly noch schuldete: JUNKELMANN: Feldherr, S. 382.

Siecke und Steigerberg, an Tilly verpfändet werden.¹⁸³ Darüber hinaus wies der Kaiser Tilly jedoch die ganze Obergrafschaft Hoya und das Fürstentum Calenberg zu, um die Abtragung der Summe sicherzustellen.¹⁸⁴ Teile dieser Länder, insbesondere die Festungen, hielt Tilly bis 1631 besetzt und soll aus ihnen in dieser Zeit nach welfischer Darstellung zwei Millionen Reichstaler bezogen haben.¹⁸⁵ Die Tilysche Schuld spielte noch beim Westfälischen Friedenskongress eine Rolle, wurde die Forderung nach Bezahlung der 400.000 Reichstaler doch von den Erben Tillys aufrechterhalten. Die welfische Seite lehnte dies unter Hinweis auf die von Tilly aus den welfischen Territorien ‚erpressten‘ Gelder und die von ihm verursachten Schäden ab und forderte die Aufhebung der Schuld durch die im Friedensschluss verankerte Generalamnestie.¹⁸⁶ Sollte dies nicht geschehen, wollten die Welfenherzöge im Gegenzug bei den Erben Tillys über 100 Millionen Reichstaler an eigenen Schadensansprüchen geltend machen.¹⁸⁷ Auch wenn die durch Tilly und seine Truppen verursachten Schäden ein nicht geringes Ausmaß gehabt haben mochten, so diente die Nennung einer solch gewaltigen Summe sicherlich vor allem dazu, die Forderungen der Erben Tillys abzuwenden.

Trotz dieser ungeheuren finanziellen und materiellen Einbußen zögerte Friedrich Ulrich nach der Landung des schwedischen Königs Gustav II. Adolf¹⁸⁸ auf Reichsboden im Juli 1630 lange, mit diesem ein Bündnis einzugehen, obgleich der König vielen Protestanten spätestens seit seinem Sieg über Tilly bei Breitenfeld 1631 als Hoffnungsträger galt, versetzte dieser Sieg der bisherigen kaiserlich-ligistischen Übermacht doch einen empfindlichen Schlag.¹⁸⁹ Friedrich Ulrichs Verwandte, Herzog Georg von Braunschweig-Lüneburg und dessen in Celle regierender Bruder Christian, hatten diesen Schritt bereits getan, als sich Friedrich Ulrich entschloss, Lampadius und zwei weitere Gesandte zu Unterhandlungen mit Vertretern des schwedischen Königs zu entsenden. Die Bündnisverhandlungen fanden in Halle und Mainz statt und führten im Frühjahr 1632 zum Anschluss Friedrich Ulrichs an König Gustav II. Adolf.¹⁹⁰ Doch nach dem Tod des schwedischen Königs gegen Ende 1632 bei Lützen trat Friedrich Ulrich den Ständen des Niedersächsischen Kreises gegenüber für eine neutrale Positionierung ein, die durch die Aufstellung eigener

¹⁸³ Bericht Lampadius' über die Tilysche Forderung, Osnabrück 1647 Mai 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 267'.

¹⁸⁴ Ebd., fol. 267'-268.

¹⁸⁵ Ebd., fol. 268, KRETZSCHMAR: Pläne, S. 2f.

¹⁸⁶ Bericht Lampadius' über die Tilysche Forderung, Osnabrück 1647 Mai 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 268'-269'.

¹⁸⁷ Ebd., fol. 269'-270.

¹⁸⁸ S. zu König Gustav II. Adolf und dessen Beziehungen zu den Welfenherzögen etwa KRETZSCHMAR: Pläne, passim, JUNKELMANN: Gustav Adolf, passim, FINDEISEN: Gustav II. Adolf, passim. Zur Diskussion über die Motive des schwedischen Königs für sein Eingreifen in Deutschland s. etwa JUNKELMANN: Gustav Adolf, S. 17-29, 285-296, FINDEISEN: Gustav II. Adolf, 98-103.

¹⁸⁹ KRETZSCHMAR: Pläne, S. 21-26, 28-34, 48f, 73, 166, KAISER: Politik, S. 446-494, JUNKELMANN: Gustav Adolf, S. 343-352, FINDEISEN: Gustav II. Adolf, S. 105, 147-150, KAMPMANN: Europa, S. 78-81, JUNKELMANN: Tilly, S. 62-64, BROCKMANN: Dynastie, S. 445f.

¹⁹⁰ HAVEMANN: Geschichte, S. 676, KRETZSCHMAR: Pläne, S. 4, 14, 21-26, 28-34, 37-49, 73, 166, JARCK: Krieg, S. 525.

Kreistruppen gewahrt werden sollte.¹⁹¹ Möglicherweise aufgrund der bitteren Erfahrungen der letzten Jahre war Friedrich Ulrich um eine sehr zurückhaltende Politik bemüht, die ihn nicht erneut zur Zielscheibe des kaiserlichen Zorns werden lassen sollte.

Keine zwei Jahre später verstarb Friedrich Ulrich, der letzte Vertreter des Mittleren Hauses Braunschweig-Wolfenbüttel, am 11. August 1634.¹⁹² Ein Erbfolgestreit bahnte sich an, denn es verblieben drei Linien des Hauses Braunschweig-Lüneburg, die Ansprüche auf das Erbe geltend machen konnten: Der Linie Harburg gehörten zwei ältere, kinderlose Herzöge an, deren Abstammung aufgrund der morganatischen Ehe ihres Großvaters nicht ganz makellos war und die sich daher kaum Hoffnungen auf einen großen Teil des Erbes machen konnten. Dies galt jedoch nicht für die dannenbergische Linie, der August der Jüngere und dessen kinderloser Bruder entstammten. Diesen ebenbürtig waren die Herzöge der cellischen Linie, von denen neben Georg 1634 noch dessen Brüder August der Ältere und Friedrich am Leben waren, wobei Georg als einziger der drei Brüder über legitime Nachkommen verfügte.¹⁹³ Zwar gerieten die drei Linien mangels einer Nachfolgeregelung rasch in eine Auseinandersetzung über die Erbteilung, doch vereinbarten sie am 15. September 1634 angesichts der unruhigen Lage formal erst einmal die gemeinsame Regierungsübernahme.¹⁹⁴ Die Regierung sollte vorläufig durch Kanzler und Räte Friedrich Ulrichs weiter ausgeübt werden. Lampadius übernahm also gemeinsam mit den anderen fürstlichen Regierungsmitgliedern über ein Jahr lang kommissarisch die Regierungsgeschäfte, bevor die Erbteilung abgeschlossen werden konnte.¹⁹⁵

In diese Zeit der Auseinandersetzungen innerhalb des Hauses Braunschweig-Lüneburg über das Erbe Friedrich Ulrichs fiel der Prager Frieden, den Kurfürst Johann Georg I. zu Sachsen am 30. Mai 1635 mit Kaiser Ferdinand II. schloss und der von beiden Seiten – wenn letztlich auch vergebens – „als Basis einer allgemeinen Friedensordnung für das Heilige Römische Reich“ gedacht war, indem etwa das so umstrittene Restitutionsedikt für vierzig Jahre ausgesetzt und stattdessen das Normaljahr 1627 für die Restitution kirchlicher Güter festgeschrieben wurde.¹⁹⁶ Doch da der Frieden ohne vorherige Konsultation reichsständischer Gremien abgeschlossen worden war und darin Gegenstände geregelt wurden, die das ganze Reich betrafen, „konnten der Prager Frieden und die Art seines Zustandekommens als eine schwere Zumutung, ja, geradezu als eine Provokation für die übrigen Reichsstände betrachtet werden.“¹⁹⁷

¹⁹¹ HAVEMANN: Geschichte, S. 681f, HEINEMANN: Geschichte, S. 84, JARCK: Krieg, S. 525.

¹⁹² HAVEMANN: Geschichte, S. 605, HEINEMANN: Geschichte, S. 86, ASCHOFF: Welfen, S. 67.

¹⁹³ HAVEMANN: Geschichte, S. 696f, HEINEMANN: Geschichte, S. 87, ASCHOFF: Welfen, S. 67, PFANNKUCHE: Patrimonium, S. 456.

¹⁹⁴ HAVEMANN: Geschichte, S. 696-698, HEINEMANN: Geschichte, S. 88, ASCHOFF: Welfen, S. 67.

¹⁹⁵ GESENIUS: Buechlein, S. 182, HAVEMANN: Geschichte, S. 689.

¹⁹⁶ HAVEMANN: Geschichte, S. 699, HEINEMANN: Geschichte, S. 88, KÖCHER: Geschichte, S. 10, GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 480, KAMPMANN: Europa, S. 109-127, BRUNERT: Friedenssicherung, S. 239, Zitat bei KAMPMANN: Europa, S. 110.

¹⁹⁷ KAMPMANN: Europa, S. 114. Ähnlich auch BRUNERT: Friedenssicherung, S. 239, REPGEN: Maximilian, S. 223f.

Herzog Georg zögerte auch, dem Frieden beizutreten, und blieb zunächst in schwedischen Diensten. Als er vom schwedischen Reichskanzler Axel Oxenstierna allerdings des Kommandos über die schwedischen Truppen im Niedersächsischen Kreis enthoben wurde, nahm er den Prager Frieden im Sommer 1635 schließlich doch an.¹⁹⁸ Ein weiterer Anlass dafür waren die Bemühungen Herzog Augusts des Jüngeren, in der Auseinandersetzung um das Erbe Friedrich Ulrichs die kaiserlichen Räte in Wien und den Kaiser für sich zu gewinnen. Georg musste befürchten, das Erbe an August zu verlieren, sollte er selbst sich durch die Annahme des Prager Friedens nicht um die kaiserliche Gunst bemühen. Denn zwischen August dem Jüngeren und den Herzögen der cellischen Linie war inzwischen ein offener und folgenreicher Konflikt um die Erbschaft entbrannt: Während August der Jüngere gemäß Erstgeburtsrecht das Erbe für sich forderte – stammte die dannenbergische Linie doch vom ältesten Sohn Ernst des Bekenners ab, während die cellische auf einen nachgeborenen Sohn zurückging¹⁹⁹ –, verlangten Georg und seine Brüder die Aufteilung der Einkünfte nach Köpfen und behielten sich ebenfalls die Regierungsübernahme vor. Im April 1635 war nach sechswöchigen Verhandlungen ein erster Einigungsversuch zwischen den Vertretern der beiden Linien gescheitert.²⁰⁰ Erst Ende September desselben Jahres wurden die Verhandlungen über die Teilung des Erbes im Welfenhaus wieder aufgenommen. Die cellischen Vertreter widersprachen dabei gemeinsam mit den harburgischen der von August dem Jüngeren verteidigten Primogenitur und bestanden auf der Aufteilung der Einkünfte nach Köpfen. Immerhin waren sich beide Seiten einig, nur zwei fürstliche Regierungen für die beiden von Friedrich Ulrich beherrschten Fürstentümer Wolfenbüttel und Calenberg(-Göttingen) einzurichten und diese nicht weiter aufzuteilen.²⁰¹

Am 24. Dezember 1635 kam es in Braunschweig dann zum Abschluss eines Erbteilungsvertrages: Während sich die harburgische Linie mit dem Erhalt zweier Grafschaften zufriedengab, erhielt August der Jüngere das Fürstentum Wolfenbüttel. Das Fürstentum Calenberg ging an die cellische Linie. August der Jüngere wurde verpflichtet, jährlich Zahlungen an die harburgische und die cellische Linie zu leisten, um die unterschiedlich hohen Einkünfte aus den Landen auszugleichen. Die Universität zu Helmstedt sollte künftig gemeinschaftlich verwaltet, die Erträge weiterer gemeinsamer Güter, unter anderem der Bergwerke im Harz, sollten aufgeteilt werden.²⁰² 1636 kamen die Linien zudem überein, das Amt des kreisausschreibenden Fürsten (Kondirektorium) im Niedersächsischen Kreis – welches dem Welfenhaus neben dem Administrator des Erzstifts Magdeburg als Direktor zustand – künftig vom ältesten regierenden Welfenherzog aus-

¹⁹⁸ HAVEMANN: Geschichte, S. 700f, HEINEMANN: Geschichte, S. 88, HEUVEL: Niedersachsen, S. 128.

¹⁹⁹ HEINEMANN: Geschichte, S. 87, KÖCHER: Geschichte, S. 10, PFANNKUCHE: Patrimonium, S. 458f.

²⁰⁰ HAVEMANN: Geschichte, S. 696f, 702f, HEINEMANN: Geschichte, S. 87f, KÖCHER: Geschichte, S. 10, ASCHOFF: Welfen, S. 67f.

²⁰¹ HAVEMANN: Geschichte, S. 704, PFANNKUCHE: Patrimonium, S. 458-473.

²⁰² HAVEMANN: Geschichte, S. 706f, HEINEMANN: Geschichte, S. 89, KÖCHER: Geschichte, S. 10f, PFANNKUCHE: Patrimonium, S. 474f.

üben zu lassen, dem zudem das Seniorat im Haus Braunschweig-Lüneburg zukam.²⁰³ Innerhalb der cellischen Linie erfolgte schon bald nach der Erbteilung eine weitere Einigung: August der Ältere trat das neu erworbene Fürstentum Calenberg noch im Januar 1636 unter anderem auf Drängen der Landstände an seinen Bruder Georg ab.²⁰⁴ Im Herbst 1636 starb August der Ältere, dessen Bruder Friedrich die Regierung über die Fürstentümer Lüneburg und Grubenhagen in Celle übernahm.²⁰⁵

Als 1642 die harburgische Linie ausstarb und der Großteil ihres Besitzes an das Fürstentum Lüneburg unter Herzog Friedrich zurückfiel, festigte sich die Trennung des welfischen Gesamt-hauses in drei Teilherrschaften über die Fürstentümer Wolfenbüttel (Herzog August der Jüngere), Calenberg(-Göttingen) (Herzog Georg, später sein Sohn Herzog Christian Ludwig) und Lüneburg sowie Grubenhagen (Herzog Friedrich), wobei diese Herrschaften durch gemeinsame Interessen miteinander verbunden blieben.²⁰⁶ Allerdings kam es wegen der harburgischen Erbschaft mindestens bis ins Jahr 1646 hinein zu Streitigkeiten zwischen August dem Jüngeren auf der einen sowie Friedrich und Christian Ludwig auf der anderen Seite.²⁰⁷ Darüber hinaus barg auch die Verteilung der Einkünfte aus den gemeinsamen Gütern zumindest bis 1649 Konfliktpotenzial, da diesbezüglich im Vertrag von 1635 längst nicht alle Einzelheiten geregelt worden waren.²⁰⁸ So störten Auseinandersetzungen um die Erbschaften die Beziehungen zwischen August dem Jüngeren und den Herzögen der cellischen Linie nachhaltig, was sich auch am Westfälischen Friedenskongress noch negativ bemerkbar machen sollte.

Wechsel in die Dienste der cellischen Linie nach Hannover

Herzog Georg nun, Lampadius' neuer Herr, war einem Abkommen mit seinen Brüdern gemäß der einzige von ihnen gewesen, der standesgemäß geheiratet hatte, um künftige Erbteilungen zu vermeiden.²⁰⁹ Georg hatte abwechselnd in Diensten der verschiedenen Seiten gestanden: 1582 geboren, trat er bereits 1611 für mehrere Jahre der Armee König Christians IV. von Dänemark bei.²¹⁰ Im Februar 1626 kündigte er diese Bestallung auf, nahm Kontakt zum kaiserlichen Hof auf und wechselte mit einigen eigenen Truppen in kaiserliche Dienste. Dieser Wechsel erschwerte allerdings seinem in Celle regierenden Bruder, Herzog Christian, die Aufrechterhaltung der angestrebten ‚bewaffneten Neutralität‘ (HAVEMANN), erzürnte diese Entscheidung doch den däni-

²⁰³ HAVEMANN: Geschichte, S. 707f, Anm. 3, HEUVEL: Niedersachsen, S. 165f, PFANNKUCHE: Patrimonium, S. 478f.

²⁰⁴ GESENIUS: Buechlein, S. 182, HAVEMANN: Geschichte, S. 708f, HEINEMANN: Geschichte, S. 90, KÖCHER: Geschichte, S. 11f, ZIEGLER: Braunschweig-Lüneburg, S. 9f, PFANNKUCHE: Patrimonium, S. 485.

²⁰⁵ HAVEMANN: Geschichte, S. 709, KÖCHER: Geschichte, S. 12, PFANNKUCHE: Patrimonium, S. 486f.

²⁰⁶ KÖCHER: Geschichte, S. 12.

²⁰⁷ Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1646 August 10, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 283-283'.

²⁰⁸ HAVEMANN: Geschichte, S. 707f, Anm. 3, KÖCHER: Geschichte, S. 11, HEUVEL: Niedersachsen, S. 151.

²⁰⁹ HEINEMANN: Geschichte, S. 50, KÖCHER: Geschichte, S. 5, HEUVEL: Niedersachsen, S. 149.

²¹⁰ HAVEMANN: Geschichte, S. 618-620.

schen König.²¹¹ Nachdem das dänische Heer im Sommer 1627 weitgehend aus dem Niedersächsischen Kreis vertrieben war, wuchsen angesichts des Umgangs Kaiser Ferdinands II. mit Friedrich Ulrich und dessen Territorien in Georg Zweifel, ob er weiterhin für den Kaiser tätig bleiben sollte. Schließlich war die Wahrung der Integrität der welfischen Territorien eines von Georgs Hauptanliegen, waren er und seine Söhne doch die Erben der cellischen Linie und absehbar auch diejenigen des kinderlosen Friedrich Ulrich.²¹² Gegen Mitte des Jahres 1630 entschloss sich Georg daher, auch den kaiserlichen Dienst zu quittieren und nahm kurz darauf heimlich Kontakt zu König Gustav II. Adolf von Schweden auf, der im selben Jahr mit seinen Truppen in Pommern Reichsboden betrat.²¹³ Im Oktober 1631 traf Georg den schwedischen König in Würzburg und wurde zum schwedischen General ernannt.²¹⁴ Nach dem Tod des schwedischen Königs bei Lützen im November 1632 bekämpfte Georg die kaiserlichen Truppen im nordwestdeutschen Raum, vorrangig in den welfischen Territorien.²¹⁵ De facto unterstützten die Stände des Niedersächsischen Reichskreises dieses Unterfangen, zumindest bis zum Abschluss des Prager Friedens 1635, nach welchem sie langsam wieder zu ihrer Linie der angestrebten Neutralität zurückkehrten.²¹⁶

Bei seinem Regierungsantritt im Fürstentum Calenberg 1636 übernahm Georg viele der Regierungsmitglieder Friedrich Ulrichs, es kam also zu keinem wirklichen Bruch.²¹⁷ Lampadius wurde zunächst als Hofrat in Georgs Dienste aufgenommen, avancierte bald aber auch zum Geheimen Rat und erneut zum Klosterrat, als welcher er wiederum für die calenbergischen Klosterangelegenheiten zuständig war.²¹⁸ Allerdings bedeutete dies für Lampadius einen örtlichen Wechsel. Regierte August der Jüngere sein Fürstentum Wolfenbüttel zunächst von Braunschweig aus – die eigentliche Residenz Wolfenbüttel blieb noch bis 1643 von kaiserlichen Truppen besetzt – begründete Georg seine Residenz in Hannover.²¹⁹

Georg bemühte sich nach seinem Regierungsantritt zunächst um die Erlangung einer von Kaiser und Schweden möglichst unabhängigen, neutralen Stellung.²²⁰ Er teilte dieses Ziel mit den anderen regierenden Welfenherzögen: So vereinbarten Georg, Friedrich und August der Jüngere, sich die Kosten für ein Heer zu teilen, das der Landessicherung dienen sollte. Georg wurde mit dem

²¹¹ Ebd., S. 648f, HEINEMANN: Geschichte, S. 71.

²¹² HAVEMANN: Geschichte, S. 662-664, 669f, HEINEMANN: Geschichte, S. 80f, KÖCHER: Geschichte, S. 9, KRETZSCHMAR: Pläne, S. 3f, 55-57, ASCHOFF: Welfen, S. 66.

²¹³ HAVEMANN: Geschichte, S. 671f, HEINEMANN: Geschichte, S. 81f, KRETZSCHMAR: Pläne, S. 4-6.

²¹⁴ HAVEMANN: Geschichte, S. 674f, KRETZSCHMAR: Pläne, S. 14-16, HEUVEL: Niedersachsen, S. 127.

²¹⁵ HAVEMANN: Geschichte, S. 681, 683-685, 699, HEINEMANN: Geschichte, S. 84, KRETZSCHMAR: Pläne, S. 143-151, HEUVEL: Niedersachsen, S. 127f.

²¹⁶ GITTEL: Aktivitäten, S. 160-167, 170.

²¹⁷ HAVEMANN: Geschichte, S. 720.

²¹⁸ GESENIUS: Buechlein, S. 182f, BOETTICHER: Kloster- und Studienfonds, S. 67.

²¹⁹ HAVEMANN: Geschichte, S. 719, 721, HEINEMANN: Geschichte, S. 90.

²²⁰ HAVEMANN: Geschichte, S. 724f, HEINEMANN: Geschichte, S. 91, KÖCHER: Geschichte, S. 12f, JARCK: Krieg, S. 526.

Oberbefehl betraut. Die drei regierenden Herzöge beabsichtigten zudem, nach außen künftig eine einheitliche politische Linie zu vertreten, die durch enge Abstimmungen auf gemeinsamen Hauskonferenzen gewährleistet werden sollte.²²¹

Spätestens gegen Ende der 1630er-Jahre kam es allerdings zu einer Wiederannäherung an die schwedischen Generäle Banér und Torstenson wie auch an die schwedische Seite insgesamt. Denn wie schon Ferdinand II. bestand auch Ferdinand III.,²²² der 1637 die Nachfolge seines Vaters als Kaiser antrat,²²³ den Welfenherzögen gegenüber nachdrücklich auf der Rückgabe der zwischenzeitlich von Georg wiedereroberten Territorien des Bistums Hildesheim und der Bezahlung der Tillyschen Schuld, lehnte es zugleich aber ab, ihnen wenigstens Wolfenbüttel zu restituieren, was zu einer Verhärtung der Fronten beitrug.²²⁴ Lampadius, der 1638 noch mit anderen Aufgaben in Form einer Schlichtung zwischen den Grafen von Ostfriesland und der dortigen Ritterschaft betraut war,²²⁵ nahm im folgenden Jahr im Auftrag Georgs Kontakt zu Banér auf: Im Februar 1639 ließen die drei regierenden Welfenherzöge Banér für den Abzug seiner Truppen aus ihren Territorien zunächst ein Neutralitätsabkommen anbieten.²²⁶ Dem folgte kurz darauf ein Bündnis Georgs mit Schweden, wobei der Herzog weiterhin eine gewisse Unabhängigkeit wahren wollte.²²⁷

Im April 1639 schlossen Friedrich, August und Georg zudem ein Abkommen zur gegenseitigen Assistenz mit Landgräfin Amalie Elisabeth zu Hessen-Kassel.²²⁸ Hinzu kam eine Übereinkunft mit der Landgräfin im selben Jahr, in welcher beide Seiten sich zur Aufstellung einer gewissen Anzahl von Truppen verpflichteten, die Herzog Georg unterstellt werden sollten.²²⁹ Nach außen blieb der Niedersächsische Kreis neutral.²³⁰

²²¹ HAVEMANN: Geschichte, S. 725, HEINEMANN: Geschichte, S. 91f, KÖCHER: Geschichte, S. 13.

²²² Zu Kaiser Ferdinand III. s. etwa REPGEN: Ferdinand III., passim, HÖBELT: Ferdinand III., passim und HENGERER: Kaiser, passim.

²²³ HÖBELT: Ferdinand III., S. 95, HENGERER: Kaiser, S. 125.

²²⁴ HAVEMANN: Geschichte, S. 726, HEINEMANN: Geschichte, S. 87, 89, 92-95, HEUVEL: Niedersachsen, S. 128f, ASCHOFF: Welfen, S. 69.

²²⁵ GESENIUS: Buechlein, S. 183, HEUVEL: Niedersachsen, S. 136f.

²²⁶ Instruktion der Herzöge Friedrich, August d. J. und Georg von Braunschweig-Lüneburg, o. O. 1639 Februar 16, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 16 Nr. 421, fol. 3-7, Friedrich, August d. J. und Georg an Baner, o. O. 1639 Februar 16, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 16 Nr. 421, fol. 9-10, Georg an Lampadius und Generalproviandmeister Jakob Arndt Pape, Hildesheim 1639 Februar 18, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 16 Nr. 421, fol. 17-18, Lampadius an Georg, Halberstadt 1639 Februar 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 16 Nr. 421, fol. 19-20, HEINEMANN: Geschichte, S. 95.

²²⁷ HAVEMANN: Geschichte, S. 728, HEINEMANN: Geschichte, S. 95, KÖCHER: Geschichte, S. 13f.

²²⁸ Vertrag Friedrichs, Augusts d. J. und Georgs mit Landgräfin Amalie Elisabeth von Hessen-Kassel, Hildesheim 1639 April 15, Kopie, HStA Hannover, Celle Br. 11 Nr. 239, fol. 3-7, HEINEMANN: Geschichte, S. 95f, BETTENHÄUSER: Landgrafschaft, S. 12, WEIAND: Hessen-Kassel, S. 85. Zur Politik Hessen-Kassels s. etwa BETTENHÄUSER: Landgrafschaft, passim, GRÄF: Konfession, MALETTKE: Gesandtschaft, passim, WEIAND: Hessen-Kassel, passim, WEIAND: Weg, passim. Zu Amalie Elisabeth s. auch BUCKREUS: Körper, passim.

²²⁹ HAVEMANN: Geschichte, S. 728, BROCKHAUS, Kurfürstentag, S. 29-31, HEINEMANN: Geschichte, S. 95f, WEIAND: Hessen-Kassel, S. 85.

²³⁰ BROCKHAUS, Kurfürstentag, S. 206.

Anfang Februar 1640 begann in Nürnberg ein Kurfürstenkollegialtag.²³¹ Themen dieser kurfürstlichen Zusammenkunft waren die akuten Probleme des Reiches: Neben der Frage, wie der Frieden wiederhergestellt werden könnte, beschäftigte man sich auch mit Maßnahmen zur Abhilfe für die blockierten Reichsgerichte und einer möglichen Restitution des Kurfürsten von Trier.²³² Angesichts der das ganze Reich betreffenden Agenda des Kurfürstenkollegialtags fanden sich neben den kurfürstlichen Vertretern auch viele Gesandte anderer Reichsstände in Nürnberg ein, unter ihnen auch Lampadius, sein Kollege Heinrich Langenbeck aus Celle sowie zwei weitere Vertreter der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg.²³³ Lampadius und seine Kollegen kamen am 25. Februar 1640 in Nürnberg an, wo sich die Vertreter Herzog Georgs mit denjenigen Herzog Augusts die Unterkunft teilten, während die Gesandten Friedrichs gegenüber wohnten,²³⁴ sodass interne Absprachen jederzeit ungehindert stattfinden konnten. Lampadius und Langenbeck, der Herzog Friedrich später auch am Westfälischen Friedenskongress vertreten sollte,²³⁵ verfügten somit bereits vor den Friedensverhandlungen in Westfalen über Erfahrungen in der gemeinsamen Vertretung welfischer Interessen nach außen. Überhaupt sollten am Westfälischen Friedenskongress später viele alte Bekannte aufeinandertreffen: Denn für die meisten reichsständischen Gesandten galt, dass sie „sich seit Jahren und Jahrzehnten auf allen Reichs- und Kreis-, Kollegial- und Deputationstagen begegneten, einander genau kannten und in den verwickelten Rechtsverhältnissen des Reiches bestens bewandert waren.“²³⁶ Mit dem kurbrandenburgischen Gesandten Dr. Peter Fritze etwa verband Lampadius eine jahrzehntelange Freundschaft.²³⁷ Die beiden Männer hatten sich wohl spätestens auf dem Kurfürstenkollegialtag zu Mühlhausen kennengelernt.²³⁸

Für die Anwesenheit von Gesandten der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg am Kurfürstenkollegialtag gab es 1640 verschiedene Gründe: Zum einen sollten Lampadius und seine Kollegen die fürstlichen Hausinteressen wahren, welche unter anderem die Abstellung der Kontributionen für fremde Truppen sowie die endgültige Zurückweisung der Tillyschen Schuld beinhalteten.²³⁹ Schon bei der Einigung über die Erbschaft Friedrich Ulrichs waren die drei regierenden Welfen-

²³¹ Ebd., S. 56.

²³² Ebd., S. 195-205, GOTTHARD: Säulen, S. 387f.

²³³ Lampadius an Georg, Nürnberg 1640 Februar 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 451, fol. 1-2, Protokoll der welfischen Gesandten Johann Behr, Heinrich Langenbeck, Johann Philipp Bohn und Lampadius über ihre Verrichtungen in Nürnberg, o. O. 1640 Februar 13 bis Juni 17, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 457, fol. 1-39, GESENIUS: Buechlein, S. 183, BROCKHAUS, Kurfürstentag, S. 205f mit Anm. 31, GOTTHARD: Säulen, S. 388-391.

²³⁴ Lampadius an Georg, Nürnberg 1640 Februar 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 451, fol. 1-2.

²³⁵ S. unten, Kap. 6, S. 187f.

²³⁶ DICKMANN: Frieden, S. 195. Kürzlich wurde noch auf die „große[...] personelle[...] Kontinuität bei den Diplomaten des Heilbronner Bundes und des Westfälischen Friedenskongresses“ hingewiesen: BRUNERT: Friedenssicherung, S. 236 mit Anm. 28.

²³⁷ S. unten, Kap. 4, S. 126.

²³⁸ OPEL: Krieg (Bd. 3), S. 378.

²³⁹ Aufstellung über die Privatgravamina des Hauses Braunschweig-Lüneburg, o. O. u. J., Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 460, fol. 9^v-10.

herzöge übereingekommen, sich gemeinsam gegen die inzwischen von den Erben Tillys aufgegriffenen Forderungen einzusetzen.²⁴⁰ Zum anderen sollten die welfischen Gesandten im Auftrag ihrer Herren in den Reichsangelegenheiten Stellung beziehen, vor allem in der Friedensfrage. Die Welfenherzöge sprachen sich für die umgehende Aufnahme von Friedensverhandlungen mit Schweden und dem seit 1635 aktiv am Krieg beteiligten Frankreich unter Einbeziehung aller Reichsstände aus, deren Vertreter zu diesem Zweck nach Nürnberg eingeladen werden sollten.²⁴¹ Die Friedensverhandlungen sollten somit nicht nur zeitlich parallel zu den Beratungen aller Reichsstände geführt werden, sondern auch am selben Ort. Man argumentierte, dies ermögliche eine Zeitersparnis und raschere Beendigung des Krieges, zumal der Frieden nicht durch die Waffen erlangt werden könne.²⁴² Für die Interposition, eine herausgehobene Mittlertätigkeit, schlug man den König von Dänemark vor.²⁴³ Vermutlich versprachen sich die Welfenherzöge von Friedensverhandlungen in Nürnberg nicht nur größere Einflussmöglichkeiten seitens der anwesenden reichsständischen Gesandten, sondern durch die Präsenz schwedischer und dänischer Gesandter auch eine Unterstützung für die evangelisch-reichsständischen Belange. Ab Anfang März 1640 wurden die welfischen Gesandten von den kurfürstlichen Vertretern in Nürnberg angehört.²⁴⁴ Diese Aufmerksamkeit wurde ihnen aufgrund ganz eigener Absichten Maximilians von Bayern zuteil: Auf dessen Wunsch sollte sich das kurfürstliche Kollegium für einen Ausgleich des Kurfürsten von Köln mit den Welfenherzögen einsetzen – Georg hielt noch immer Teile des Bistums Hildesheim besetzt, während derzeit eine kölnisch-bayrische Garnison August seine Residenz Wolfenbüttel vorenthielt – und so den Weg für eine Verbindung welfischer mit kaiserlichen und bayrischen Truppen gegen Frankreich und Schweden ebnen.²⁴⁵ Wegen dieses Interesses beschäftigte sich der Kurfürstenkollegialtag bis in den April 1640 hinein intensiv mit den welfischen Gesandten und den von ihnen vorgebrachten Anliegen, wobei diese Gespräche allerdings keine Ergebnisse mehr zeitigen sollten.²⁴⁶ Denn bereits im Mai sahen sich die Welfenherzöge angesichts des sich erneut nähernden schwedischen Heeres unter Banér zu der Entscheidung veranlasst, sich gemeinsam mit der Landgräfin zu Hessen-Kassel nun offen Frankreich und

²⁴⁰ PFANNKUCHE: Patrimonium, S. 476.

²⁴¹ Aufstellung der Gründe für die Aufnahme direkter Friedensverhandlungen mit den Kronen Frankreich und Schweden unter Beteiligung der Reichsstände, o. O. u. J., Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 460, fol. 11, 12-12', GOTTHARD: Säulen, S. 392-394, 397, KAMPMANN: Europa, S. 103-109, 116f, Kleinhagenbrock: Reich, S. 135-139.

²⁴² Aufstellung der Gründe für die Aufnahme direkter Friedensverhandlungen mit den Kronen Frankreich und Schweden unter Beteiligung der Reichsstände, o. O. u. J., Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 460, fol. 11-12', BROCKHAUS, Kurfürstentag, S. 207.

²⁴³ Aufstellung der Gründe für die Aufnahme direkter Friedensverhandlungen mit den Kronen Frankreich und Schweden unter Beteiligung der Reichsstände, o. O. u. J., Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 460, fol. 12'. Zum dänischen Interesse an der Vermittlerposition s. REUMANN: Kirchenregiment, S. 57-59. Zur Interposition s. auch unten, Kap. 2, S. 70.

²⁴⁴ BROCKHAUS, Kurfürstentag, S. 207, REIMANN: Frieden, S. 16, GOTTHARD: Säulen, S. 396.

²⁴⁵ BROCKHAUS, Kurfürstentag, S. 208f, REIMANN: Frieden, S. 17.

²⁴⁶ BROCKHAUS, Kurfürstentag, S. 207, 210f.

Schweden anzuschließen und ihre Truppen mit denjenigen der beiden Kronen zu vereinen – wenngleich sie dies erklärtermaßen nur zum Schutz ihrer Territorien taten.²⁴⁷ Trotzdem besaß die Verbindung der Welfenherzöge mit den Kronen besondere Symbolkraft, waren die Herzöge doch dem Prager Frieden beigetreten und galten als mit dem Kaiser versöhnt.²⁴⁸ Infolge dieser Nachricht, die am 22. Mai 1640 Nürnberg erreichte, stellten die kurfürstlichen Vertreter jeglichen Kontakt zu den welfischen Gesandten ein.²⁴⁹ Doch bestimmte Kurbayern bei der Positionierung der Kurfürsten gegenüber Braunschweig-Lüneburg und Hessen-Kassel nun erneut maßgeblich die Richtung.²⁵⁰ Maximilian setzte sich für ein mildes Vorgehen ein, sodass sich der Kaiser schließlich auf Vorschlag des kurfürstlichen Kollegiums zu der Erklärung bewegen sah, er werde Braunschweig-Lüneburg und Hessen-Kassel die Verbindung mit der schwedisch-französischen Armee vergeben und sie nicht angreifen lassen, wenn sie im Gegenzug ihre Truppen wieder vom schwedisch-französischen Heer zurückzögen.²⁵¹ Die Landgräfin wurde aufgefordert, Gesandte nach Nürnberg zu schicken – da sich die welfischen Vertreter bereits vor Ort befanden, erfolgte an Georg, Friedrich und August keine entsprechende Einladung –, was allerdings wegen der Auflösung des Kurfürstenkollegialtags am 7. Juli 1640 nicht mehr erfolgen konnte.²⁵²

Bereits zuvor hatte der Kaiser weiteren Entscheidungen in Nürnberg vorgebaut, indem er die Reichsstände für den 26. Juli 1640 zum Reichstag nach Regensburg einberief.²⁵³ Ferdinand III. beabsichtigte insbesondere, eine auf dem Kurfürstenkollegialtag mögliche Einigung von Kurfürsten, Fürsten und Ständen auf eine Befürwortung von Friedensverhandlungen mit Frankreich zu verhindern.²⁵⁴ Der Kaiser tendierte zu der Zeit zu einem Separatfrieden mit der Krone Schweden, der er das dem Kurfürsten von Brandenburg gehörende Pommern überlassen wollte, war jedoch nicht bereit zu eigenen Zugeständnissen auf Kosten Österreichs oder Spaniens, die er Frankreich hätte machen müssen.²⁵⁵ Mit Spanien verbanden den Kaiser nicht nur enge verwandtschaftliche Bande, entstammten die spanischen Könige dieser Epoche doch ebenfalls dem Haus Habsburg, sondern darüber hinaus auch Bündnisverträge, sodass die Politik Ferdinands III. noch bis zum Ende des Westfälischen Friedenskongresses darauf abzielen sollte, sich von Madrid nicht trennen zu lassen.²⁵⁶ Braunschweig-Lüneburg und Hessen-Kassel waren aufgrund der Vereinigung ihrer Truppen mit der schwedischen und französischen Armee zunächst nicht zum Reichs-

²⁴⁷ Ebd., S. 211f, REIMANN: Frieden, S. 18f.

²⁴⁸ KAMPMANN: Europa, S. 130f.

²⁴⁹ BROCKHAUS, Kurfürstentag, S. 212f.

²⁵⁰ Ebd., S. 213f.

²⁵¹ Ebd., S. 213-215.

²⁵² Ebd., S. 56, 215f, BIERTHER: Reichstag, S. 44.

²⁵³ BIERTHER: Reichstag, S. 6, 38, HÖBELT: Ferdinand III., S. 163f.

²⁵⁴ BIERTHER: Reichstag, S. 24-26.

²⁵⁵ BROCKHAUS, Kurfürstentag, S. 40-44, DICKMANN: Frieden, S. 95f, BIERTHER: Reichstag, S. 68-70, BRUNERT: Mehrfachherrscher, S. 153, HENGERER: Kaiser, S. 195f.

²⁵⁶ DICKMANN: Frieden, S. 480-490, RUPPERT: Politik, passim, HÖBELT: Ferdinand III., passim, HENGERER: Kaiser, passim.

tag eingeladen.²⁵⁷ Auf ausdrücklichen Wunsch des kurfürstlichen Kollegiums „zu Verhütung ungleicher Gedanken“ blieb Lampadius allein in Nürnberg zurück, während Langenbeck und die beiden anderen welfischen Gesandten nach Hause reisten.²⁵⁸ Lampadius bemühte sich von Nürnberg aus weiter um kaiserliche Pässe, die seinen Kollegen und ihm die Reise nach Regensburg gestatten würden.²⁵⁹ Anfang September 1640 erhielt Lampadius von seinem Herrn die Erlaubnis, ebenfalls nach Hause zu reisen, da seine Güter von den kriegesischen Auseinandersetzungen in Mitleidenschaft gezogen worden waren. Ein Ersatz für ihn war auch schon gefunden.²⁶⁰ Allerdings verzichtete Lampadius in der zweiten Septemberhälfte auf seine Abreise, da er andernfalls Nachteile für Herzog Georg befürchtete.²⁶¹

Währenddessen war am 13. September 1640 mit der Publikation der kaiserlichen Proposition der Reichstag in Regensburg in Anwesenheit des Kaisers feierlich eröffnet worden.²⁶² Als zu behandelnde Themen wurden drei Fragekomplexe benannt, erstens, wie der Frieden wiederhergestellt werden könnte, zweitens, ob der Krieg bis zum Friedensschluss durch eine Vereinigung aller reichsständischen Truppen mit denjenigen des Kaisers fortgesetzt werden sollte, und drittens, was zur Verbesserung der Administration der Justiz im Reich unternommen werden könnte.²⁶³ Der dritte Punkt sollte am Reichstag allerdings nicht mehr behandelt werden und wurde auf einen Deputationstag verwiesen.²⁶⁴

Der Reichstag zu Regensburg wurde bestimmt durch Kaiser und Kurfürsten: Der Kaiser legte in seiner Proposition von vornherein fest, welche Fragen am Reichstag überhaupt Gegenstand der Beratungen werden konnten. Indem er von den Reichsständen Gutachten zu bestimmten Themen einforderte, konnte er zudem in die laufenden Verhandlungen eingreifen.²⁶⁵ Dies wurde Ferdinand III. in Regensburg 1640/41 noch durch sein persönliches Erscheinen erleichtert, das ihm ein unmittelbares Eingehen auf den Verlauf der Verhandlungen gestattete und dadurch eine starke Position verschaffte.²⁶⁶ Auch für die Ergebnisse des Reichstags kam dem Kaiser eine kaum zu überschätzende Rolle zu, wurden ihm die in den Reichsgutachten zusammengefassten Beschlüsse der Reichsstände doch zur Beurteilung unterbreitet und erhielten nur mit seiner Zu-

²⁵⁷ BIERTHER: Reichstag, S. 38.

²⁵⁸ Zit. bei BROCKHAUS: Kurfürstentag, S. 216.

²⁵⁹ BIERTHER: Reichstag, S. 137f, REIMANN: Frieden, S. 22.

²⁶⁰ Georg an Johann Lewe, Rat und Agent am kaiserlichen Hof, Göttingen 1640 September 3, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 472, fol. 1-1', Kreditiv Georgs für Lewe für den Reichstag zu Regensburg, Göttingen 1640 September 3, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 472, fol. 4-4'. Es sollte nicht das letzte Mal sein, dass Lampadius' Güter Kriegsschäden erlitten: Privileg der Landschaft des Fürstentums Calenberg für Lampadius, Hildesheim 1642 Februar 3, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 2 Nr. 1527, fol. 3-4.

²⁶¹ Lampadius an Friedrich, Nürnberg 1640 September 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Celle Br. 11 Nr. 242, fol. 180'.

²⁶² BIERTHER: Reichstag, S. 47.

²⁶³ Ebd., S. 47f, REIMANN: Frieden, S. 20.

²⁶⁴ S. unten, Kap. 4, S. 122.

²⁶⁵ BIERTHER: Reichstag, S. 58.

²⁶⁶ Ebd., S. 50f, KAMPMANN: Europa, S. 135.

stimmung Gesetzeskraft.²⁶⁷ Die Kurfürsten wiederum konnten ihren Führungsanspruch in politischen und militärischen Reichsangelegenheiten schon aufgrund der Verfasstheit des Reichstags wirksam geltend machen.²⁶⁸ Den wenigen stimmberechtigten Kurfürsten im Kurfürstenrat – in Regensburg waren dies 1640/41 nur fünf – standen etwa 200 Reichsstände gegenüber, die sich auf die beiden anderen Gremien Fürsten- und Städterat verteilten. Die im Konklusum festgehaltenen Entscheidungen von Kurfürsten- und Fürstenrat besaßen jedoch das gleiche Gewicht und mussten in der folgenden Beratung zwischen Vertretern des Kurfürsten- und des Fürstenrates, der sogenannten Re- und Correlation, möglichst auf einen Nenner gebracht werden, bei welcher der Städterat lediglich einen Vorschlag zur Beratung abgeben, aber nicht mitentscheiden durfte.²⁶⁹ Zu allem Überfluss waren einige Kurfürsten für ihre fürstlichen Territorien auch im Fürstenrat mit nicht geringem Gewicht vertreten und konnten Einfluss auf die Beratungen auch dieses Gremiums nehmen.²⁷⁰

Eines der wesentlichen Ziele des Kaisers bestand 1640/41 darin, die mit Schweden und Frankreich verbündeten Reichsstände wieder auf seine Seite zu ziehen, um den Kampf gegen die beiden Kronen möglichst mit militärischer Unterstützung aller Reichsstände fortzusetzen und sie so zur Annahme von für ihn vorteilhafteren Friedenskonditionen zu zwingen.²⁷¹ Zugleich wollte er die Vertreter der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg nicht in Regensburg haben, da sie nicht nur zu den aktiven Verfechtern der evangelischen Interessen und der reichsständischen Rechte gehörten, sondern sich bereits zuvor offen für einen Waffenstillstand sowie die sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen mit Frankreich und Schweden ausgesprochen hatten. Ferdinand III. strebte daher Separatverhandlungen mit den Welfenherzögen an, die fernab des Reichstags in Braunschweig stattfinden sollten.²⁷² Da die Frage, ob die Landgräfin zu Hessen-Kassel und die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg zum Reichstag zugelassen werden sollten, allerdings prompt in den ersten Sitzungen der Reichskollegien am Reichstag erörtert wurde, musste sich der Kaiser damit zufriedengeben, dass Vertretern der Landgräfin und der Herzöge schließlich am 14. Oktober 1640 Pässe ausgestellt wurden, welche sie zumindest zur Anreise nach Regensburg berechtigten.²⁷³ So machte Lampadius sich am 19. Oktober von Nürnberg aus auf den Weg zum Reichstag nach Regensburg, wo er zwei Tage später eintraf.²⁷⁴ Kurz darauf erhielt er

²⁶⁷ BIERTHER: Reichstag, S. 61.

²⁶⁸ Ebd., S. 50f, GOTTHARD: Inszenierung, S. 304f.

²⁶⁹ BIERTHER: Reichstag, S. 52-56, GOTTHARD: Inszenierung, S. 304f, KRISCHER: Inszenierung, S. 184f.

²⁷⁰ BIERTHER: Reichstag, S. 56f.

²⁷¹ Ebd., S. 63f, REIMANN: Frieden, S. 20f.

²⁷² BIERTHER: Reichstag, S. 64, 117, 138-140, REIMANN: Frieden, S. 23.

²⁷³ BIERTHER: Reichstag, S. 141-145, REIMANN: Frieden, S. 23f.

²⁷⁴ Lampadius an Georg, Nürnberg 1640 Oktober 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 451, fol. 449, Lampadius an Friedrich, Regensburg 1640 Oktober 24, Celle Br. 1 Nr. 108, fol. 1.

eine Vollmacht im Namen aller drei regierenden Welfenherzöge.²⁷⁵ Lampadius blieb nicht der einzige Vertreter der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg in Regensburg, wenngleich Langenbeck und ein weiterer Kollege erst am 16. Dezember 1640 ankamen.²⁷⁶ Insbesondere Lampadius setzte sich am Reichstag sehr intensiv für den Abschluss eines Waffenstillstands und die unmittelbare Aufnahme von Friedensverhandlungen mit Frankreich und Schweden ein.²⁷⁷ Diese Forderungen gehörten zu einem von den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg und der Landgräfin von Hessen-Kassel gemeinsam verfochtenen Programm, das neben dem Friedensschluss mit den beiden Kronen unter anderem eine Amnestieregelung vorsah, welche die Besitzverhältnisse von 1618 im Reich wiederherstellte, die Bestimmungen des Prager Friedens aufhob sowie die als Kriegsursache angesehenen Gravamina zwischen Protestanten und Katholiken endgültig ausräumte.²⁷⁸ Angesichts der katholischen Stimmenmehrheit war an eine Umsetzung solcher Forderungen am Reichstag nicht zu denken; mehr noch, diese scheiterten bereits an der prokaiserlichen Positionierung Kurfürst Johann Georgs I. von Sachsen, dem allein schon die Infragestellung des von ihm mit dem Kaiser geschlossenen Prager Friedens zutiefst missfiel, zumal er sich selbst – trotz seiner lutherischen Konfession – eindeutig aufseiten des Kaisers verortete.²⁷⁹ Als sich welfische und hessen-kasselische Vertreter zudem für die volle Restitution des Kurfürsten von der Pfalz aussprachen, sahen sich die Gesandten Maximilians von Bayern im August veranlasst, mit Unterstützung der kursächsischen Vertreter beim kaiserlichen Gesandten Graf Maximilian von Trauttmansdorff²⁸⁰ ihre Ausweisung zu fordern.²⁸¹ Diese erfolgte umgehend am 23. August 1641, sodass sich die Gesandten der Landgräfin und der Welfenherzöge zur Abreise gezwungen sahen.²⁸² Der Reichstag selbst endete erst mit der Publikation des Reichsabschieds am 10. Oktober 1641.²⁸³

Schon zuvor war am 12. April 1641 Herzog Georg verstorben. Da sich sein ältester Sohn und Nachfolger, Christian Ludwig, zu dem Zeitpunkt außerhalb der welfischen Landesgrenzen auf-

²⁷⁵ Kreditiv Friedrichs, Augusts d. J. und Georgs für Lampadius, o. O. 1640 November 6, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 453, fol. 135-136.

²⁷⁶ Instruktion Friedrichs, Augusts d. J. und Georgs für Heinrich Langenbeck, Johann Philipp Bohn und Lampadius, o. O. 1640 Dezember 1, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 453, fol. 267-292', Lampadius an Georg, Regensburg 1640 Dezember 26, Ausfertigung, Cal. Br. 11 Nr. 454, fol. 60.

²⁷⁷ BIERTHER: Reichstag, S. 117f, 138f, REIMANN: Frieden, S. 24f.

²⁷⁸ BIERTHER: Reichstag, S. 160, 198f, REIMANN: Frieden, S. 24f, 27. Zur welfisch-hessen-kasselischen Zusammenarbeit am Reichstag s. auch WEIAND: Hessen-Kassel, S. 86-94.

²⁷⁹ BIERTHER: Reichstag, S. 161-164, 185, 199 REIMANN: Frieden, S. 26-28. Zu Kurfürst Johann Georg von Sachsen s. etwa SCHRECKENBACH: Kursachsen, passim. Zur Positionierung des Kurfürsten aufseiten des Kaisers und seinen Reputationsverlust bei den Evangelischen zuletzt etwa: GÖTTARD: werk, S. 211-226, FUCHS: Medium, S. 36-38, 75f.

²⁸⁰ Trauttmansdorff, der das Amt des kaiserlichen Obersthofmeisters bekleidete und einer der engsten Vertrauten Ferdinands III. war, diente dem Kaiser später am Westfälischen Friedenskongress auch als Primargesandter. Zu Trauttmansdorff s. etwa DICKMANN: Frieden, S. 195, 243-246, RUPPERT: Politik, S. 35, FERBER: Graf, passim, REGEN: Maximilian, passim.

²⁸¹ BIERTHER: Reichstag, S. 199-201, REIMANN: Frieden, S. 86f.

²⁸² BIERTHER: Reichstag, S. 201f, REIMANN: Frieden, S. 88.

²⁸³ BIERTHER: Reichstag, S. 48.

hielt, verzögerte sich der Regierungswechsel kurzfristig. Der erst neunzehnjährige Herzog befand sich gerade gemeinsam mit seinem Bruder Georg Wilhelm auf dem Weg nach England.²⁸⁴ Spätestens in der zweiten Maihälfte 1641 übernahm Christian Ludwig dann in Hannover die Regierung über das Fürstentum Calenberg.²⁸⁵ Christian Ludwig entstammte der Ehe Georgs mit Anna Eleonore, einer Tochter Landgraf Ludwigs V. von Hessen-Darmstadt, die ihrem Sohn nach dessen Regierungsantritt zunächst in Hannover zur Seite stand.²⁸⁶ Lampadius legte nach seiner Rückkehr aus Regensburg am 5. September 1641 seinen Amtseid als Vizekanzler, Geheimer Rat und Klosterrat Christian Ludwigs ab.²⁸⁷

Nach dem Tod Georgs machte sich im Welfenhaus rasch ein Strategiewechsel bemerkbar: Vor allem August der Jüngere strebte nun eine gütliche Einigung mit dem Kaiser an.²⁸⁸ Der Kaiser hatte insgeheim bereits kurz nach dem Tod Herzog Georgs Kontakte zu August aufnehmen lassen, der seinerseits Verhandlungsbereitschaft signalisierte. Die Restitution seiner Residenz Wolfenbüttel war dabei eine von Augusts Hauptforderungen.²⁸⁹ Ferdinand III. beauftragte daher Mitte Juni 1641 seinen Bruder, Erzherzog Leopold Wilhelm, mit der Aufnahme von Verhandlungen mit dem Haus Braunschweig-Lüneburg, um möglichst die Trennung aller Welfenherzöge von den beiden Kronen zu erzielen.²⁹⁰ Daneben ergriff der Kaiser Mittel, um die Erfolgsaussichten dieses Vorhabens zu verbessern: Nicht nur schrieb Kurfürst Johann Georg von Sachsen Ermahnungsschreiben an die Herzöge; parallel bezog außerdem der kaiserliche Feldmarschall Piccolomini mit seinen Truppen Stellung unmittelbar an der Grenze zu welfischem Gebiet und unternahm gelegentlich Streifzüge dorthin.²⁹¹ Hinzu kamen die Ausweisung der Vertreter der Herzöge aus Regensburg, die ihnen die Möglichkeit des direkten Austauschs mit anderen evangelischen Reichsständen nahm, sowie aus welfischer Sicht enttäuschend verlaufende Verhandlungen mit den schwedischen und französischen Residenten in Hamburg, Salvius und d’Avaux.²⁹² So sahen sich alle drei regierenden Welfenherzöge bewogen, ihre Vertreter nach Goslar zu entsen-

²⁸⁴ Herzöge Friedrich, August d. J. und Christian Ludwig zu Braunschweig-Lüneburg an Kurfürst Johann Georg zu Sachsen, 1641 Juni 7, Konzept, HStA Hannover, Celle Br. 11 Nr. 252, fol. 92, HAVEMANN: Geschichte, S. 734, HEINEMANN: Geschichte, S. 97.

²⁸⁵ REIMANN: Frieden, S. 60.

²⁸⁶ HAVEMANN: Geschichte, S. 633, 733, HEINEMANN: Geschichte, S. 50.

²⁸⁷ Protokoll der Eidesleistung Lampadius’ als Vizekanzler Christian Ludwigs, Hannover 1641 September 5, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 58, fol. 5’-6’, GESENIUS: Buechlein, S. 183f. Die Darstellung, Lampadius habe den Reichstag zu Regensburg bereits am 2. April 1641 aus persönlichen Gründen vorzeitig verlassen, wie sie REIMANN referiert (REIMANN: Frieden, S. 66), erscheint daher nicht sehr glaubhaft, denn sonst wäre Lampadius’ Vereidigung und Amtsantritt sicherlich früher erfolgt. Zur Bedeutung der persönlichen Eidesleistung s. auch unten, S. 55.

²⁸⁸ HAVEMANN: Geschichte, S. 734, 736, HEINEMANN: Geschichte, S. 98, KÖCHER: Geschichte, S. 14, BIERTHER: Reichstag, S. 203, REIMANN: Frieden, S. 46f, HEUVEL: Niedersachsen, S. 130, JARCK: Krieg, S. 527, ASCHOFF: Welfen, S. 70.

²⁸⁹ REIMANN: Frieden, S. 30-42.

²⁹⁰ Ebd., S. 43.

²⁹¹ Ebd., S. 44-52.

²⁹² Ebd., S. 85-92.

den, wo es ab Oktober 1641 zu Verhandlungen mit kaiserlichen Unterhändlern kam.²⁹³ Lampadius war dabei nicht anwesend; Christian Ludwig wurde durch seinen Kanzler Justus Kipius vertreten.²⁹⁴ Ab dem 25. März 1642 wurden die Verhandlungen aufgrund der Kriegslage in Braunschweig fortgesetzt.²⁹⁵ Im April 1642 wurden sie schließlich durch mehrere Verträge zwischen den Welfenherzögen und dem Kaiser abgeschlossen.²⁹⁶

Im Goslarer Akkord und den Braunschweiger Rezessen verpflichteten sich die Welfenherzöge, künftig auf gegen den Kaiser gerichtete Bündnisse zu verzichten, kaiserlichen Truppen den freien Durchzug durch ihre Territorien zu gestatten und sie – gegen ein angemessenes Entgelt – mit Proviant und Ausrüstungsgegenständen zu versorgen. Dafür sollte August endlich seine Residenz Wolfenbüttel restituiert werden.²⁹⁷ Christian Ludwig musste im Gegenzug allerdings die besetzten Territorien des Stifts Hildesheim an den Bischof zurückgeben, wobei es ihm erspart blieb, diesem auch die entgangenen Einkünfte zu ersetzen.²⁹⁸ Auch sollten die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg die Schweden zur Räumung der von ihnen besetzten Festungen in den welfischen Territorien bewegen, durften dies jedoch auf gütlichem Wege versuchen. Die Herzöge konnten sich dem Wunsch des Kaisers entziehen, ihre Truppen sofort mit den seinen zu vereinen und die Schweden gewaltsam aus ihren Landen vertreiben zu lassen.²⁹⁹ Allerdings sollten die Herzöge, falls eine gütliche Einigung mit den Schweden scheiterte, eine Rückeroberung durch kaiserliche Soldaten zulassen, die sie in diesem Fall mit ihren eigenen Truppen zu verstärken hatten. Vor einer solchen Maßnahme jedoch mussten die Herzöge angehört werden, wie sie insgesamt über jede militärische Aktion im Vorfeld zu informieren waren.³⁰⁰

Mit diesem Goslarer Friedensschluss bezweckten August, Friedrich und Christian Ludwig keine engere Anlehnung an Ferdinand III. Stattdessen strebten sie erneut einen neutralen Status zwischen den kriegführenden Parteien an, der ihnen vom Kaiser in den Verträgen zwar eigentlich nicht zugestanden worden war, de facto von den Bestimmungen aber begünstigt wurde.³⁰¹ Ihre Neutralität sollten sie diesmal jedoch nicht durch entsprechende Truppenkontingente absichern können: Nach dem Friedensschluss entließen die Herzöge den größten Teil ihrer Truppen, nämlich diejenigen, welche sie nicht zur Sicherung ihrer Festungen benötigten, weshalb den Welfen die Möglichkeit genommen war, künftig aktiv ins Kriegsgeschehen einzugreifen und auf diese

²⁹³ HAVEMANN: Geschichte, S. 736, REIMANN: Frieden, S. 102, ASCHOFF: Welfen, S. 70.

²⁹⁴ REIMANN: Frieden, S. 102f.

²⁹⁵ Ebd., S. 105.

²⁹⁶ HAVEMANN: Geschichte, S. 737, HEINEMANN: Geschichte, S. 99, 70, REIMANN: Frieden, S. 107.

²⁹⁷ HAVEMANN: Geschichte, S. 737, REIMANN: Frieden, S. 160-165, ASCHOFF: Welfen, S. 70f.

²⁹⁸ HAVEMANN: Geschichte, S. 738f, HEINEMANN: Geschichte, S. 99, REIMANN: Frieden, S. 165f, ASCHOFF: Welfen, S. 71. Zu den Verhandlungen über Hildesheim s. FOERSTER: Kurfürst, S. 92-124.

²⁹⁹ REIMANN: Frieden, S. 162, 172, HEUVEL: Niedersachsen, S. 130.

³⁰⁰ REIMANN: Frieden, S. 162.

³⁰¹ Ebd., S. 161f.

Weise – etwa auch am Westfälischen Friedenskongress – Druck auf Dritte auszuüben.³⁰² Es war der Preis, um die Eingliederung ihrer Truppen in die kaiserliche Armee zu verhindern.³⁰³ Immerhin waren die welfischen Territorien dadurch in der folgenden Zeit deutlich weniger von den Kriegsereignissen betroffen.³⁰⁴

Bereits vor Beginn der welfischen Friedensverhandlungen mit dem Kaiser kam es seit dem Sommer 1641 in Hamburg unter dänischer Vermittlung zu Verhandlungen zwischen kaiserlichen Vertretern sowie Gesandten der beiden Kronen, die gegen Ende Dezember 1641 mit dem Hamburger Präliminarvertrag abgeschlossen wurden.³⁰⁵ Vor allem Schweden und der Kaiser sahen sich aus verschiedenen Gründen veranlasst, nun nach friedlichen Mitteln zu greifen, um den Krieg zu beenden; Frankreich war aufgrund seines gerade erneuerten Bündnisses mit Schweden zwangsläufig ebenfalls involviert, ebenso wie das mit dem Kaiser verbündete Spanien.³⁰⁶ Im Präliminarvertrag wurde nunmehr vereinbart, einen allgemeinen Friedenskongress an die beiden dafür zu neutralisierenden Kongressorte Münster und Osnabrück einzuberufen, der am 25. März 1642 beginnen sollte. Die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg waren als Anhänger der Kronen neben Hessen-Kassel ausdrücklich zur Teilnahme eingeladen.³⁰⁷ Anders sah dies für die Masse der Reichsstände aus, über deren Beteiligung am Kongress in der folgenden Zeit weiter gestritten werden sollte, während sich der tatsächliche Beginn des Kongresses verzögerte, weil unter anderem Spanien die Ratifikation des Präliminarvertrags noch bis 1644 verweigerte, außerdem der Kaiser, Frankreich und Schweden hauptsächlich auf militärischem Wege versuchten, den Krieg auf Reichsboden für sich zu entscheiden.³⁰⁸ Lampadius immerhin konnte 1644 aufgrund der Einladung ungehindert an den Westfälischen Friedenskongress anreisen und seine dortige Tätigkeit aufnehmen, die Gegenstand dieser Arbeit sein soll.

Noch vor Ende des Kongresses sollte Lampadius ein letztes Mal in die Dienste eines anderen Welfenherzogs übernommen werden, denn durch den Tod Herzog Friedrichs von Braunschweig-Lüneburg am 20. Dezember 1648 wurden mehrere Wechsel ausgelöst.³⁰⁹ Lampadius, der am 31. Dezember 1648 in Münster vom Tod des Herzogs erfuhr, zeigte sich bewegt, tröstete sich und seinen Herrn aber mit dem Gedanken, Friedrich habe immerhin noch den Friedensschluss

³⁰² HEINEMANN: Geschichte, S. 99, KÖNIG: Landesgeschichte, S. 78f, REIMANN: Frieden, S. 171-173, HEUVEL: Niedersachsen, S. 130, JARCK: Krieg, S. 532, ASCHOFF: Welfen, S. 71.

³⁰³ REIMANN: Frieden, S. 173.

³⁰⁴ ASCHOFF: Welfen, S. 72.

³⁰⁵ DICKMANN: Frieden, S. 103f, LORENZ: Friedensvermittlung, S. 34, KAMPMANN: Europa, 129, 136.

³⁰⁶ DICKMANN: Frieden, S. 100-103, KAMPMANN: Europa, S. 129-135.

³⁰⁷ DICKMANN: Frieden, S. 104f, KAMPMANN: Europa, S. 136f.

³⁰⁸ DICKMANN: Frieden, S. 105-124, KAMPMANN: Europa, S. 136-138, 142-149. Zur Zulassung der Reichsstände s. auch unten, Kap. 4, passim.

³⁰⁹ Kreditiv Christian Ludwigs für Langenbeck als Gesandtem am Westfälischen Friedenskongress, Celle 1649 Januar 8, Konzept, HStA Hannover, Celle Br. 12 Nr. 39, fol. 3.

unter seinem Namen besiegeln können.³¹⁰ Die nun folgenden Veränderungen betrafen verschiedene Ebenen: Herzog August der Jüngere rückte neben dem Administrator zu Magdeburg zum kreisausschreibenden Fürsten im Niedersächsischen Kreis auf, war er doch nun der älteste regierende Welfenherzog.³¹¹ Christian Ludwig trat die Nachfolge Friedrichs als Herr über die Fürstentümer Lüneburg und Grubenhagen an und residierte fortan in Celle. Er überließ seinem jüngeren Bruder Georg Wilhelm, der bei Regierungsantritt erst zwanzig Jahre alt war, das Fürstentum Calenberg mit der Residenz in Hannover.³¹² Christian Ludwig entließ alle Mitglieder ‚seiner‘ calenbergischen Regierung aus seinen Diensten, unter ihnen Lampadius.³¹³ Bis einschließlich zum 8. Januar 1649 richtete Lampadius seine Berichte allerdings noch an Christian Ludwig.³¹⁴ Am 14. Januar 1649 schrieb er erstmals an Georg Wilhelm, der ihn bereits am 1. Januar 1649 zum Geheimen Rat und Vizekanzler bestellt hatte.³¹⁵ Den Brief, der ihn von seiner neuerlichen Bestallung in Kenntnis setzte, erhielt Lampadius allerdings erst am 11. Januar 1649.³¹⁶ Er nahm diese grundsätzlich an und versprach, seinen Dienst für Georg Wilhelm am Kongress so zu versehen, als ob er ihm bereits den Eid geleistet hätte.³¹⁷ Der Akt der persönlichen Eidesleistung war also durchaus noch immer von größerer Bedeutung und durch bloßes Papier nicht ersetzt worden.³¹⁸ Dies verweist einmal mehr auf die Rolle der symbolischen Kommunikation als Form der persönlichen Interaktion, auf die ‚Präsenzkultur‘ der Frühen Neuzeit.³¹⁹ Lampadius erinnerte zudem daran, dass er noch die entsprechenden Kreditive sowie die Ratifikationen des Friedens von Georg Wilhelm benötigte. Bezüglich der Instruktion verließ er der Hoffnung Ausdruck, sein neuer Herr werde mit seinen bisherigen Handlungen am Kongress im Namen Christian Ludwigs zufrieden sein.³²⁰ Diese Äußerung scheint vor allem der Höflichkeit geschuldet gewesen zu sein, zeigte sich Lampadius doch zugleich überzeugt, man müsse auch künftig bei der bisherigen Linie bleiben, weshalb er, falls Georg Wilhelm keine Einwände habe, weiter so agieren

³¹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1649 Januar 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 401.

³¹¹ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1649 Januar 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 426’.

³¹² Georg Wilhelm an Lampadius, Hannover 1649 Januar 1, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 63, fol. 3-3’, Kreditiv Christian Ludwigs für Langenbeck als Gesandtem am Westfälischen Friedenskongress, Celle 1649 Januar 8, Konzept, Celle Br. 12 Nr. 39, fol. 3-3’, HEINEMANN: Geschichte, S. 123f, 125.

³¹³ Christian Ludwig an Lampadius, Celle 1649 Januar 9, Konzept, HStA Hannover, Celle Br. 12 Nr. 39, fol. 8.

³¹⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1649 Januar 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 1-3’.

³¹⁵ Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Januar 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 11.

³¹⁶ Ebd., fol. 11.

³¹⁷ Ebd., fol. 11-11’.

³¹⁸ Dies konstatiert auch STOLLEIS: Grundzüge, S. 284, 292. Der persönlich abgelegte Amtseid sollte den Anspruch des Herrn auf Unbestechlichkeit des Dieners sowie dessen Unabhängigkeit vom Einfluss fremder Fürsten untermauern. Aufrichtigkeit, Treue und Verschwiegenheit gehörten über Jahrhunderte konstant zu den von den Dienern geforderten Tugenden. Ebd., S. 293. Ergänzend auch HAUG-MORITZ: Frieden, S. 17.

³¹⁹ S. oben, Einleitung, S. 9.

³²⁰ Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Januar 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 11’.

wolle wie zuvor.³²¹ Lampadius mahnte außerdem, Georg Wilhelm möge seinen Bruder Christian Ludwig daran erinnern, Langenbeck unverzüglich in seinem Namen zu legitimieren. Da Langenbecks Mandat mit dem Tod Herzog Friedrichs erloschen war und er noch keine neuen Kreditiv von Christian Ludwig erhalten hatte, galt er in Münster als Privatmann, musste zu Hause bleiben und durfte nicht öffentlich verhandeln.³²²

Für Lampadius war die Situation nicht ganz so dramatisch. Er konnte für Calenberg, für das er auch zu den reichsständischen Deputierten zählte, zwar nur unter dem Vorbehalt der späteren Zustimmung Georg Wilhelms votieren. Doch immerhin konnte er den Beratungen überhaupt beiwohnen, da er auch das Votum für Grubenhagen führte.³²³ Dieses Votum war ihm auch nach der Ankunft Langenbecks von Herzog Friedrich zugestanden worden und erwies sich offenbar nun als Glücksfall:³²⁴ Dass Christian Ludwig, als dessen Gesandter Lampadius noch legitimiert war, nun neuer Herr des Fürstentums Grubenhagen war, scheint ausreichend Kontinuität für die Aufrechterhaltung der Vertretung verliehen zu haben. Ohne das Votum für Grubenhagen, äußerte Lampadius ausdrücklich, wäre es ihm ergangen wie Langenbeck. Doch auch für sich selbst drängte Lampadius auf eine neue Legitimation durch Georg Wilhelm. Vorsichtshalber schickte er entsprechende Vorlagen dafür mit nach Hannover.³²⁵ Relativ bald danach erhielt Lampadius am 25. Januar 1649 die benötigten Vollmachten und Ratifikationen, sodass er nun ungehindert für Georg Wilhelm tätig werden konnte. Der Herzog teilte außerdem mit, Lampadius solle sich weiter an den Linien orientieren, die auch zuvor schon die Politik des Hauses bestimmt hätten. Eine weitere Instruktion sei deshalb noch nicht nötig.³²⁶

Nicht lange danach verstarb Lampadius am 20. März 1649 in Münster.³²⁷ Er befand sich auf dem Höhepunkt seiner Karriere, als er am Westfälischen Friedenskongress die Interessen der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg vertrat.

³²¹ Ebd., fol. 11'-12.

³²² Ebd., fol. 13.

³²³ Ebd.

³²⁴ S. unten, Kap. 6, S. 188.

³²⁵ Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Januar 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 13.

³²⁶ Georg Wilhelm an Lampadius, Hannover 1649 Januar 25, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 118'.

³²⁷ Katharina Wernecke an Georg Wilhelm, Münster 1649 März 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 342.

2. Der erste Aufenthalt von Lampadius in Osnabrück 1644

Ein erster Aufenthalt von Gesandten des Hauses Braunschweig-Lüneburg an einem der Tagungsorte des Westfälischen Friedenskongresses fällt nicht zufällig in die Mitte des Jahres 1644. Bestimmte Eigeninteressen der Welfenherzöge führten zunächst zur Entsendung von Vertretern nach Osnabrück.

Einer der Gründe hierfür bestand in dem Bestreben der Herzöge, die beiden Kronen Frankreich und Schweden nicht zu verärgern. Die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg gehörten zu denjenigen Reichsständen, die im Hamburger Präliminarvertrag 1641 von den beiden Mächten als ihre Adhärenenten benannt und daher im Gegensatz zu anderen Reichsständen bereits zur Beschickung des Kongresses eingeladen worden waren.¹ Obwohl die drei regierenden Welfenherzöge 1642 mit dem Kaiser den Frieden von Goslar schlossen, waren sie doch bestrebt, einen neutralen Status zwischen den kriegführenden Parteien zu erreichen und suchten keine allzu enge Anlehnung an den Kaiser. Die beiden Kronen drangen ihrerseits auch nach dem Friedensschluss der Herzöge mit dem Kaiser auf die baldige Ankunft von Gesandten des Welfenhauses.² Als diese auch in der zweiten Junihälfte 1644 noch auf sich warten ließen, mahnte Johan Oxenstierna bei Herzog Christian Ludwig erneut die Beschickung des Kongresses an.³ Christian Ludwig entschuldigte sich, er hätte seinen Gesandten längst delegiert, hätten nicht verschiedene Hindernisse ihn davon abgehalten.⁴ Er sei jedoch „ganzlich entschlossen“, so bald wie möglich eigene Gesandte an die Kongressorte zu schicken.⁵

Die Verhandlungen mit den schwedischen Gesandten

Für Lampadius begann seine Tätigkeit als Gesandter in Osnabrück Mitte des Jahres 1644, wo er am 16. Juli gemeinsam mit dem Magdeburger Kreissekretär Christian Werner eintraf.⁶ Sein Auftrag bestand zunächst nicht in der Vertretung der Welfenherzöge bei den eigentlichen Friedensverhandlungen, stattdessen sollte er in direkte Verhandlungen mit den schwedischen Gesandten Johan Oxenstierna und Johan Adler Salvius eintreten.⁷ Die Ursache war die bedrängte Lage einiger Territorien der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg, die noch immer von schwedischen

¹ S. oben, Kap. 1, S. 54.

² Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1644 Mai 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 37.

³ Johan Oxenstierna an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Juni 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 73-73'.

⁴ Christian Ludwig an Johan Oxenstierna, Hannover 1644 Juli 2, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 84.

⁵ Ebd., fol. 84'.

⁶ Lampadius an Friedrich, Osnabrück 1644 Juli 18, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 102. Zu Christian Werners Tätigkeit am Kongress s. BRUNERT: Protokolle, S. 272-280.

⁷ Christian Ludwig an August d. J., Hannover 1644 Mai 23, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 31.

Truppen besetzt waren, welche von den Herzögen Subsidien und Assistenz forderten.⁸ Zudem war es bei Durchmärschen schwedischer Truppen zu Plünderungen und „anderen groben insolentien“ gekommen.⁹ Die Welfenherzöge Friedrich und Christian Ludwig¹⁰ wollten eine Befreiung von diesen Belastungen erreichen, weshalb sie neben Lampadius den Landdrosten der Grafschaft Hoya entsandten, Hans Adam von Hammerstein, der als Vertreter Herzog Friedrichs und Amtmann in einer der betroffenen Grafschaften die Verhältnisse vor Ort kannte.¹¹

Die Initiative zu diesen Verhandlungen ging zurück auf Vorverhandlungen welfischer Vertreter mit Johan Oxenstierna in Minden. Der schwedische Gesandte hatte dabei entschieden, die beiden Welfenherzöge sollten über die von schwedischer Seite geforderte Assistenz und die Kontributionen aus den Fürstentümern mit Generalfeldmarschall Torstenson direkt verhandeln. Wegen der von den Welfen gewünschten Restitution der durch schwedische Truppen besetzten Plätze wollte er selbst als Gesprächspartner zur Verfügung stehen, und zwar in Osnabrück.¹² Die Schweden hätten es zwar am liebsten gesehen, wenn die Welfenherzöge gemeinsam mit ihnen die Waffen gegen den Kaiser und seine Verbündeten erhoben hätten, doch war man auf schwedischer Seite auch bestrebt, das Haus Braunschweig-Lüneburg bei Laune zu halten.¹³

In ihrer Instruktion wiesen die beiden Herzöge Lampadius und von Hammerstein dennoch an, mit Oxenstierna und Salvius über die finanziellen Forderungen Generalfeldmarschall Torstensons zu sprechen, da sie auf die Unterstützung der beiden schwedischen Gesandten gegen diese Forderungen hofften. Oxenstierna und Salvius sollten sich nach dem Willen der Herzöge in einem Empfehlungsschreiben an Königin Christina zu ihren Gunsten äußern, zumal Friedrich und Christian Ludwig beabsichtigten, von der Königin eine Resolution gegen die Geldforderungen Torstensons zu erwirken.¹⁴ Von weiteren Verhandlungen der Herzöge mit Torstenson selbst war keine Rede. Offenkundig versprachen sich die Herzöge größeren Erfolg für ihre Sache bei Königin Christina und wollten den schwedischen Generalfeldmarschall übergehen.

⁸ Instruktion Friedrichs, Augusts d. J. und Christian Ludwigs bezüglich der bei Johan Oxenstierna und Salvius zu verrichtenden Aufträge, o.O. 1644 Mai 20, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 10, Christian Ludwig an August d. J., Hannover 1644 Mai 23, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 31-31'.

⁹ Christian Ludwig an Johan Oxenstierna, Hannover 1644 Juli 2, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 85.

¹⁰ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Osnabrück 1644 Juli 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 101.

¹¹ Christian Ludwig an August d. J., Hannover 1644 Mai 23, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 31', HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 174', Friedrich an Lampadius, Celle 1644 Mai 14, Konzept, Celle Br. 12 Nr. 4, fol. 7-7'.

¹² Instruktion Friedrichs, Augusts d. J. und Christian Ludwigs bezüglich der bei Johan Oxenstierna und Salvius zu verrichtenden Aufträge, o.O. 1644 Mai 20, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 10.

¹³ Johan Oxenstierna an Salvius, Minden 1644 Februar 4, APW II C 1, Nr. 110, S. 150f, Salvius an Johan Oxenstierna, Osnabrück 1644 Februar 15, APW II C 1, Nr. 119, S. 167, Johan Oxenstierna an die Königin, Minden 1644 März 5, APW II C 1, Nr. 127, S. 180.

¹⁴ Instruktion Friedrichs, Augusts d. J. und Christian Ludwigs bezüglich der bei Johan Oxenstierna und Salvius zu verrichtenden Aufträge, o.O. 1644 Mai 20, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 11.

Bezüglich der Restitution der besetzten Plätze, über die zu verhandeln sich Oxenstierna bereit erklärt hatte, sollten Lampadius und von Hammerstein zunächst dem Wunsch Ausdruck verleihen, der schwedische Gesandte möge in diesem Punkt die Zuneigung erweisen, die er seiner eigenen Auskunft nach dem Haus Braunschweig-Lüneburg entgegenbringe.¹⁵ Mit der Bitte um Restitution beabsichtige man nichts anderes, als das gute Vertrauen zwischen dem fürstlichen Haus und der Krone Schweden wiederherzustellen und die Kriegslasten für die Untertanen zu erleichtern.¹⁶ Als Erstes sollten die welfischen Unterhändler ihre schwedischen Verhandlungspartner auf der Beziehungsebene ansprechen und sie so auch persönlich erreichen. Damit verknüpft werden sollte das Anliegen der Herzöge, weitere Kriegsbelastungen für ihre Territorien zu vermeiden. Vor allem sorgten sich Friedrich und Christian Ludwig, aufgrund der schwedischen Besetzungen würde der Krieg erneut in ihre Territorien getragen werden.¹⁷

Zuletzt sollten Lampadius und von Hammerstein darlegen, „auch die gemeine sache undt zumahl daß Evangelische Wehßen“ gerieten durch die Besetzungen in weitere Gefahr, die es zu verhindern gelte.¹⁸ Da die Schweden bereits unter König Gustav II. Adolf als wesentliche Kriegsziele unter anderem die Restitution der deutschen evangelischen Fürsten und Stände und die Aufhebung sowohl der Gravamina als auch des kaiserlichen Restitutionsedikts gefordert hatten,¹⁹ schien der Verweis auf die gemeinsame konfessionelle Zugehörigkeit durchaus plausibel. Zwar hatte die schwedische Regierung in ihrem 1630 zum Kriegseintritt Gustav II. Adolfs veröffentlichten Manifest zunächst bewusst auf konfessionelle Kriegsbegründungen verzichtet.²⁰ Mehr noch, der schwedische Reichskanzler Axel Oxenstierna sollte kurz nach Lampadius' und von Hammersteins Verhandlungsversuchen am 15. Oktober 1645 im schwedischen Reichsrat äußern, die ‚öffentlich‘ vorgebrachten Kriegsgründe, unter anderem der Schutz der Evangelischen, seien nur Vorwände gewesen.²¹ Angesichts dessen mochte die Berufung der beiden welfischen Gesandten auf die gemeinsamen evangelischen Interessen wiederum nicht sehr erfolgversprechend scheinen. Allerdings kam den beiden welfischen Gesandten ein anderer Umstand zur Hilfe: Denn die Unterstützung der evangelischen Reichsstände lag durchaus im Eigeninteresse Schwedens, das eine Schwächung des Kaisers und der Handlungsfähigkeit des Reiches insgesamt erzielen wollte, um die eigene Position besser gegen das Reich abzusichern.²² So war die Stärkung der evangelischen Reichsstände für Schweden in der Tat kein Selbstzweck, aber indirekt von nicht

¹⁵ Ebd., fol. 11'.

¹⁶ Ebd., fol. 11-14.

¹⁷ Ebd., fol. 14.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ LUNDKVIST: Friedenskonzeptionen, S. 348, BRENDLE; SCHINDLING: Religionskriege, S. 47f. In offiziellen Kriegsbegründungen der Frühen Neuzeit wurde häufig argumentiert, der Krieg diene der Verteidigung bzw. dem Schutz (von Dritten): TISCHER: Kriegsbegründungen, S. 142-144, 168f.

²⁰ JUNKELMANN: Gustav Adolf, S. 296-298, PIIRIMÄE: Just war, S. 505, 521, KAMPMANN: Europa, S. 75.

²¹ GOETZE: Politik, S. 215, JUNKELMANN: Gustav Adolf, S. 287f, FINDEISEN: Gustav II. Adolf, 102.

²² GOETZE: Politik, S. 216, BURKHARDT: Gustav Adolf, S. 96-103.

geringem Interesse. Auch die schwedischen Agenten im Reich bestärkten die Evangelischen demgemäß weiterhin in dem Glauben, in Schweden einen Verfechter der evangelischen Forderungen erblicken zu dürfen.²³ Oxenstierna und Salvius konnten sich bei den Verhandlungen mit den welfischen Vertretern schlecht davon distanzieren, ohne Glaubwürdigkeit einzubüßen. So wurde der Hinweis auf die gemeinsamen evangelischen Interessen zum Mittel der welfischen Vertreter, in eigener Sache einen gewissen Druck auf die schwedische Seite auszuüben.

Darüber hinaus verwiesen die welfischen Gesandten, indem sie mit dem ‚evangelischen Wesen‘ argumentierten, über die Eigeninteressen ihrer Herren hinaus und ließen so eine Befreiung der welfischen Territorien als im Sinne aller Evangelischen erscheinen. Der Verweis auf das ‚evangelische Wesen‘ war dazu angetan, die Schweden zur Hilfe zu verpflichten und das Anliegen der Welfenherzöge zugleich durch die rhetorische Einbeziehung aller Evangelischen zu stärken.

Allerdings schlossen Friedrich und Christian Ludwig von vornherein nicht den Misserfolg ihrer Restitutionsbemühungen bei den Schweden aus: Lampadius und von Hammerstein wurden angewiesen, falls hinsichtlich der Restitutionen nichts zu erhalten sein sollte, sich zumindest um eine Abschaffung der Kontributionen, Subsidien und Einquartierungen zu bemühen. Sie sollten also ausgerechnet in dem Bereich Erfolge erzielen, den Oxenstierna zuvor ausdrücklich der Entscheidung Torstensons vorbehalten hatte. Wie die Gesandten dies erreichten und ob sie dafür nur Gespräche mit Johan Oxenstierna führten oder mit beiden schwedischen Gesandten, blieb ganz ihnen überlassen.²⁴

Die Dringlichkeit der Mission der beiden welfischen Vertreter bei Oxenstierna und Salvius erhöhte sich durch Nachrichten, die Lampadius kurz nach seiner Ankunft in Osnabrück erreichten: Der Ort Boizenburg an der Elbe war inzwischen von kaiserlichen Truppen okkupiert worden. Dies ließ die Befürchtung der Herzöge, es würde „sedes belli in diese Lande zu eußerstem verderb u. untergang derselben transferiret werden“, umso akuter erscheinen.²⁵ Friedrich und Christian Ludwig sorgten sich vor allem um einen möglichen Angriff von Boizenburg auf Bleckede, das immer noch von schwedischen Truppen besetzt war. Lampadius und von Hammerstein, so die neue Anweisung der Herzöge, sollten sich daher insbesondere auf die Restitution von Bleckede konzentrieren. Christian Ludwig ging davon aus, dass sich die schwedischen Vertreter nicht weigern würden, diesem Wunsch zu willfahren, handelte es sich doch in seinen Augen um ein „pilligmeßige[s] suchen“.²⁶

²³ JUNKELMANN: Gustav Adolf, S. 286f, PIIRIMÄE: Just war, S. 521.

²⁴ Instruktion Friedrichs, Augusts d. J. und Christian Ludwigs bezüglich der bei Johan Oxenstierna und Salvius zu verrichtenden Aufträge, o.O. 1644 Mai 20, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 14’.

²⁵ Kanzler und Räte zu Hannover an Lampadius, Hannover 1644 Juli 24, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 99.

²⁶ Ebd., fol. 99’. Schon HARTMANN hat darauf hingewiesen, dass frühneuzeitliche Potentaten üblicherweise „sowohl auf das gemeinsame Interesse an Ruhe und Frieden in der *Respublica Christiana* als auch auf ihr jeweiliges Interesse an Ruhe und Frieden in ihren respektiven Ländern verwiesen, so daß sich der Hinweis auf die gemeinsame christliche

Einige Bestimmungen, zu denen sich die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg in ihrem Friedensschluss mit dem Kaiser 1642 verpflichtet hatten, machten einen Vorstoß der Kaiserlichen auf Bleckede umso wahrscheinlicher. Denn die Verträge sahen vor, dass sich die Herzöge um die Wiedererlangung der von Schweden in ihren Territorien besetzten Festungen bemühen mussten, andernfalls riskierten sie das Eingreifen der kaiserlichen Armee.²⁷ In diesem Fall aber drohte eine bloße Ablösung der schwedischen durch kaiserliche Truppen, ohne dass die Welfenherzöge der Wiedererlangung ihrer Festungen nähergekommen wären. Somit waren es einerseits die Kriegsbelastungen an sich, welche die beiden Welfenherzöge Restitutionsverhandlungen mit den Schweden anstreben ließen, andererseits aber auch die aufgrund ihrer vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Kaiser umso bedrohlicher wirkenden aktuellen militärischen Entwicklungen. Friedrich und Christian Ludwig sahen sich veranlasst, nun rasch die Verhandlungen mit den Schweden zu beginnen, um nicht wieder kaiserliche Truppen in ihren Landen dulden zu müssen und womöglich angesichts der zwei Jahre nach dem Goslarer Frieden immer noch in ihren Landen stehenden Schweden erneut in Ungnade beim Reichsoberhaupt zu fallen.

Trotz dieser Dringlichkeit konnte Lampadius unmittelbar nach seiner Ankunft in Osnabrück noch nicht tätig werden, denn der zweite welfische Unterhändler Hans Adam von Hammerstein war noch nicht eingetroffen. Lampadius musste erst einen Boten nach Altenbruchhausen in die Grafschaft Hoya entsenden, damit sich der Landdrost von dort auf den Weg machte.²⁸ Offenbar sollte er so lange wie möglich seine Geschäfte in der Grafschaft weiterführen können.

Von Hammerstein traf schließlich elf Tage nach Lampadius am 27. Juli 1644 in Osnabrück ein, sodass, wie Lampadius nach Hause vermeldete, „wir numehr unsere actiones bey den Schwedischen antreten können“.²⁹

Schnell erwies sich nun die Hoffnung auf Restitutionsverhandlungen in Osnabrück als trügerisch. Bei einem ersten Treffen am 28. Juli 1644 erklärte Johan Oxenstierna, Salvius und er hätten Anweisung aus Stockholm bekommen, nicht über diese Frage zu verhandeln, da sich die Nachricht verbreitet habe, Gesandte der Welfenherzöge seien zur Königin unterwegs. Sie müssten daher die Gespräche in Stockholm abwarten.³⁰

[...] Tradition mit ‚modernen‘ Vorstellungen von souveräner Gleichheit zwischen den Staaten verband.“ HARTMANN: Diplomatie, S. 424. Dies lässt sich gewissermaßen auf die hier dargelegte Argumentationsstrategie übertragen, wobei in diesem Fall auf die gemeinsame evangelische Sache statt auf die gesamte Christenheit verwiesen wurde. Wenngleich von Souveränität wie zwischen Staaten nicht die Rede sein kann, so beanspruchte man im Welfenhaus durchaus, sich auf Augenhöhe mit den Schweden zu befinden, wie die Beziehungen Lampadius’ zu Salvius und Oxenstierna während des Friedenskongresses zeigen. S. auch unten, Schluss, S. 413-416.

²⁷ S. Kap. 1, S. 53.

²⁸ Lampadius an Friedrich, Osnabrück 1644 Juli 18, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 102’.

²⁹ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Osnabrück 1644 Juli 27, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 125.

³⁰ Lampadius und Hans Adam von Hammerstein an Friedrich, Osnabrück 1644 August 6, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 140’, Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1644 Juli 29, APW II C 1, Nr. 196, S. 283f.

Zwar versuchten Lampadius und von Hammerstein, Oxenstierna doch noch zum Verhandeln zu bewegen, indem sie erwiderten, ihre Herren hätten lediglich einen Brief an die schwedische Königin durch einen adligen Boten überbringen lassen, der jedoch keinerlei Vollmacht für Verhandlungen in Schweden habe. Stattdessen wollten die Herzöge der Entscheidung Johan Oxenstiernas vom Januar gemäß in Osnabrück über die Restitutionen verhandeln. Doch Oxenstierna zeigte sich zunächst lediglich bereit, die Sache mit seinem Kollegen Salvius zu besprechen.³¹

Auch bei Salvius erzielten Lampadius und von Hammerstein am folgenden Tag keine Fortschritte. Salvius gab die Auskunft, in militärischen Dingen – zu denen er auch die Restitutionsfrage zählte – könnten Oxenstierna und er nichts bestimmen. Sie seien aber bereit, Empfehlungsschreiben an die schwedischen Generäle zu schicken, um die Sache der Herzöge zu unterstützen. Mehr könnten sie nicht tun, da ihnen die Entziehung des freien Geleits durch den Kaiser drohe, sollten sie sich in militärische Angelegenheiten einmischen. Lampadius und von Hammerstein bekamen den Eindruck, die beiden schwedischen Gesandten wollten die Angelegenheit ganz von sich abwenden.³²

Da halfen auch die Beteuerungen der beiden Schweden nichts, dem Anliegen des fürstlichen Hauses gern entsprochen zu haben, hätte ihnen dafür nicht die Vollmacht gefehlt. Nochmals angesprochen auf die Vereinbarung von Minden, in Osnabrück über die Restitution zu verhandeln, äußerte Oxenstierna, er sei davon ausgegangen, die Herzöge würden eine Gesandtschaft nach Schweden entsenden, da er nichts mehr von ihnen gehört habe. Deshalb habe er den bisherigen Verlauf der Gespräche nach Stockholm berichtet und von dort die Anweisung bekommen, in dieser Sache nicht weiter zu verhandeln.³³

Schließlich erzählte Oxenstierna Lampadius und von Hammerstein im Vertrauen, er könne sich vorstellen, das Gerücht, die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg bereiteten eine Allianz mit Dänemark gegen Schweden vor, sei die Hauptursache für den Befehl an ihn gewesen, die Gespräche über eine Restitution einzustellen.³⁴ Dieser Vorwurf wog angesichts des gerade zwischen Schweden und Dänemark währenden Krieges besonders schwer.³⁵ Darauf erwiderten Lampadius und von Hammerstein, ihre Herren nähmen mit Befremden zur Kenntnis, dass die Verhand-

³¹ Lampadius und Hans Adam von Hammerstein an Friedrich, Osnabrück 1644 August 6, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 140'. Dies geschah auch; die beiden schwedischen Gesandten berichteten unmittelbar nach dem Gespräch der welfischen Gesandten mit Salvius am folgenden Tag ausführlich an die Königin: Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1644 Juli 29, APW II C 1, Nr. 196, S. 283-285. Dies erzielte allerdings nicht den von den Welfen gewünschten Effekt.

³² Lampadius und Hans Adam von Hammerstein an Friedrich, Osnabrück 1644 August 6, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 141.

³³ Ebd., fol. 142.

³⁴ Ebd., fol. 142-142'.

³⁵ S. etwa ÖHMAN: Kampf, S. 185-198, FINDEISEN: Christian IV., S. 228-268.

lungen wegen eines solch unbegründeten Verdachts verschoben würden.³⁶ Um ihren Worten Nachdruck zu verleihen, suggerierten die welfischen Vertreter die Anwesenheit ihrer Herren, indem sie buchstäblich an ihrer statt sprachen und ihren zu erwartenden Unmut vorwegnahmen. Ob ein solches Gerücht tatsächlich existierte oder als Vorwand für Oxenstierna diene, sich nicht auf weitere Diskussionen mit den beiden welfischen Gesandten einzulassen, ist zwar nicht mit letztgültiger Gewissheit zu klären. Allerdings spricht der Umstand, dass die beiden schwedischen Gesandten diesen Verdacht in ihrem Bericht an die Königin mit keinem Wort erwähnten,³⁷ für eine bloß instrumentelle Verwendung des Vorwurfs. Hätte sich auf schwedischer Seite wirklich jemand Gedanken über ein solches Szenario gemacht, wäre dieses mit Sicherheit in den Korrespondenzen benannt worden.

Lampadius und von Hammerstein aber mussten eindeutig negative Konsequenzen für ihre Herren befürchten. Sie nahmen den Vorwurf daher sehr ernst und stellten Überlegungen zu seinem Ursprung an, wobei sie vermuteten, entsprechende Spekulationen könnten durch Verhandlungen der Herzöge mit dem kaiserlichen Feldmarschall Hatzfeld ausgelöst worden sein. Hatzfeld war Anfang des Jahres 1644 mit seinen Truppen in die welfischen Territorien eingerückt, weshalb die Herzöge, so erklärten es Lampadius und von Hammerstein den schwedischen Gesandten, mit ihm hatten verhandeln müssen. Zudem habe der Kaiser den Herzögen mitgeteilt, er wünsche eine Verbindung ihrer Truppen mit denjenigen Dänemarks und sei nicht länger bereit, die schwedischen Besatzungen von Nienburg und anderen Festungen zu dulden. Er drohte, diese angreifen zu lassen, sollten die Welfen sie nicht wieder selbst besetzen. Deshalb, fügte Lampadius gegenüber Oxenstierna hinzu, wolle man den Schweden zwar gern weiterhin gute Freundschaft erweisen, erwarte im Gegenzug aber, auch freundschaftlich behandelt zu werden, was man angesichts der ständig durch schwedische Truppen verübten Gewalttaten in den welfischen Landen nicht empfinden könne.³⁸ Sollten Letztere abgestellt und die besetzten Plätze restituiert werden, könnten die Schweden mit „guter undt bestendiger freündtschafft“ seitens des Hauses Braunschweig-Lüneburg rechnen.³⁹ Die beiden welfischen Gesandten bemühten sich somit, das Gerücht auszuräumen, gaben sich dabei aber keineswegs unterwürfig, sondern forderten eine freundschaftliche Behandlung ein. Implizit stand dabei die Drohung im Raum, weitere unfreundliche Handlungen der Schweden nicht länger zu tolerieren. Möglicherweise ist dies bereits ein früher Anklang der später von Lampadius explizit geäußerten Grund-

³⁶ Lampadius und Hans Adam von Hammerstein an Friedrich, Osnabrück 1644 August 6, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 142^r.

³⁷ Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1644 Juli 29, APW II C 1, Nr. 196, S. 283-285.

³⁸ Lampadius und von Hammerstein an Friedrich, Osnabrück 1644 August 6, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 142^r.

³⁹ Ebd., fol. 143.

haltung, mit Betteln und Bitten sei bei Verhandlungen nichts zu erreichen, stattdessen müsse stets auch Stärke demonstriert werden.⁴⁰

Oxenstierna scheint diese Argumentation akzeptiert zu haben, denn er zeigte sich danach den welfischen Gesandten gegenüber aufgeschlossen und erbot, an Generalfeldmarschall Torstenson zu schreiben und die Restitution von Bleckede an Herzog Friedrich zu empfehlen.⁴¹

Festzuhalten bleibt, dass die beiden schwedischen Gesandten – neben der fehlenden Instruktion – unterschiedliche Gründe benannten, warum sie in Osnabrück angeblich nicht über die Restitution verhandeln konnten. Während Salvius äußere Gründe in Form eines drohenden Verlustes des freien Geleits anführte, verortete Oxenstierna die Ursache auf der Beziehungsebene zwischen schwedischer Krone und Welfenhaus. Oxenstiernas Methode fiel im Vergleich zu derjenigen Salvius' somit raffinierter aus: Oxenstierna verminderte den Druck auf sich, indem er sein Gegenüber mit einem (vermutlich aus der Luft gegriffenen) Vorwurf seinerseits unter Rechtfertigungszwang setzte. Damit lenkte er von seiner eigenen Weigerung ab und beschäftigte Lampadius und von Hammerstein erst einmal damit, den Verdacht von ihren Herren abzuwenden. Oxenstierna sollte sich dieser für ihn bequemen Methode später erneut bedienen.

Lampadius und von Hammerstein gaben trotz dieser ersten Ablehnungen zwar nicht auf, ihre eigentlichen Ziele zu erreichen. Sie vollzogen jedoch einen Strategiewechsel und wollten nun zunächst die Rückgabe der kleineren Orte Bleckede, Wölpe und Wolfsburg sowie eine Reduktion der von der Grafschaft Hoya zu zahlenden Kontributionen fordern.⁴² Statt weiterhin über die Restitution aller von den Schweden besetzten Festungen verhandeln zu wollen, wählten sie einen Teil als Verhandlungsmasse aus, der allerdings noch immer mehr umfasste als das in der neuen Instruktion zunächst nur genannte Bleckede. Möglicherweise ist dieses Mehr an Forderungen verhandlungstaktisch zu erklären und diente dazu, im Laufe der Verhandlungen nachgeben und dennoch das eigene Ziel erreichen zu können. Es galt die „Grundregel allen Verhandelns, *gradatim* vorzugehen, sich also nur in kleinen und kleinsten Schritten zu bewegen und nur langsam, bei Angeboten von einem anfänglichen Minimum, bei Forderungen von einem anfänglichen Maximum abzurücken.“⁴³ Es könnte sogar noch mehr dahinter gestanden haben, nämlich eine nahezu moralische Verpflichtung, sich im Verhandlungsprozess zum Nachgeben bereit zu erweisen, basierten Verhandlungen doch auf einer gegenseitigen „Bereitschaft zum Tausch“, weshalb Zugeständnisse an das Gegenüber auch als symbolische Gabe zu verstehen

⁴⁰ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Münster 1648 Oktober 30, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 106ʳ.

⁴¹ Lampadius und von Hammerstein an Friedrich, Osnabrück 1644 August 6, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 143.

⁴² Ebd.

⁴³ REPGEN: Maximilian, S. 223.

sind.⁴⁴ Allerdings wäre es den beiden welfischen Gesandten sicherlich nicht unrecht gewesen, für ihre Herren über deren Minimalforderungen hinaus Erfolge zu erzielen.

Hinsichtlich der Kontributionen erblickten Lampadius und von Hammerstein die Möglichkeit, argumentativ bei Oxenstierna als Person anzusetzen, denn der schwedische Gesandte hatte Ende 1643 die von der Grafschaft Hoya zu zahlenden Kontributionsgelder auf 3.000 Reichstaler festgelegt und darüber hinausgehende Zahlungen ausgeschlossen.⁴⁵ Doch die schwedischen Offiziere fühlten sich an diese Abmachung nicht gebunden. So hatte Generalkommissar Gregerson im Frühjahr 1644 Fortifikationsgelder in Höhe von 400 Reichstalern von der Grafschaft gefordert.⁴⁶ Lampadius und von Hammerstein wollten Oxenstierna nun gemahnen, von der Einhaltung der von ihm angeordneten Bedingungen hingen seine „eigene parol und hoher respect“ ab.⁴⁷ Sie wollten ihn also zu weiteren Zugeständnissen disponieren, indem sie die Angelegenheit zu einer Frage der Ehre erklärten. Dies war ein durchaus übliches Vorgehen. Zuletzt hat etwa FUCHS darauf hingewiesen, dass Ehre als zentrale Kategorie in Friedensverhandlungen benutzt wurde, um das Gegenüber an seine Friedenspflicht zu erinnern, ja, dass sich Friedensverhandlungen als moralische Diskurse beschreiben lassen.⁴⁸ „Ehre [...] kann dabei als ideelles Kapital an öffentlicher Achtung begriffen werden,“ auf dessen Vorhandensein in der Frühen Neuzeit „die Fähigkeit eines Menschen, Verpflichtungen einzugehen, in erster Linie [...] beruhte“.⁴⁹ Wurde das gegebene Wort gebrochen, bedeutete dies den Verlust der nur schwerlich wiederherzustellenden Reputation – die als ein wesentlicher Leitfaktor gerade für das politische Handeln der Akteure der Zeit angesehen werden muss.⁵⁰

Daneben wollten die beiden welfischen Gesandten noch einmal die nun drohenden, großen Gefahren für die welfischen Lande und die daraus resultierende Betrübnis der Herzöge herausstellen und die Schweden überzeugen, sie würden durch die Rückgabe der genannten kleineren Orte nichts verlieren, sondern im Gegenteil sogar einen Vorteil erlangen, da sie auf diese Weise die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs auf ihre eigenen Truppen verminderten. Die beiden welfischen

⁴⁴ FUCHS: Medium, S. 144f, Zitat S. 145. Ähnlich FUCHS: Normaljahrsverhandlungen, S. 138.

⁴⁵ Resolution Johan Oxenstiernas bezüglich der Gravamina der Grafschaft Hoya, Nienburg 1643 Oktober 12, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 145', Memorial Lampadius' und von Hammersteins für Johan Oxenstierna, Osnabrück 1644 August 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 150.

⁴⁶ Johan Oxenstierna an von Hammerstein, Osnabrück 1644 April 19, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 147.

⁴⁷ Memorial Lampadius' und von Hammersteins für Johan Oxenstierna, Osnabrück 1644 August 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 151'.

⁴⁸ FUCHS: Normaljahrsverhandlungen, S. 123-126, Fuchs: Medium, S. 5f, FUCHS: Ehre, S. 62f.

⁴⁹ MOEGLIN: Ehre, S. 77.

⁵⁰ STOLLBERG-RILINGER: Kommunikation, S. 518f, KAMPMANN: Europa, S. 183-187, ROHRSCHEIDER: Reputation, S. 336f, 351. S. auch oben, Einleitung, S. 6, 9.

Gesandten glaubten, Oxenstierna könne dank seiner Generalvollmacht auch über diese Frage entscheiden.⁵¹

Nun erhielten Lampadius und von Hammerstein bei ihren Verhandlungsbemühungen Unterstützung vom Gesandten der Landgräfin von Hessen-Kassel, Reinhard Scheffer, der sich als möglicher Mittler bei den Schweden anbot. Da Scheffer noch keine entsprechende Anweisung seiner Herrin besaß, durfte er nicht offen in Aktion treten, war aber bereit, privatim bei den Schweden vorzusprechen.⁵² Bereits im Mai 1644 hatte die Landgräfin Christian Ludwig zugesagt, ihre Gesandten dazu anzuweisen, den welfischen „desideria, welche dero Abgeordnete bey den königlichen Schwedischen Plenipotentiarii anzubringenn befelcht, bestes fleißes [zu] secondiren“.⁵³ Es war also naheliegend für Lampadius und von Hammerstein, Scheffer um seine Unterstützung zu bitten, die seine Herrin bereits grundsätzlich zugesagt hatte. Darüber hinaus existierte auch eine persönliche Beziehung zwischen Lampadius und Scheffer. Die beiden Männer sprachen sich in ihrer Korrespondenz gegenseitig mit „Bruder“ an, zum Teil auch als „geliebter Herr Bruder“.⁵⁴ Scheffer war 1640/41 ebenfalls am Regensburger Reichstag gewesen und hatte dort bereits eng mit den welfischen Gesandten – unter ihnen Lampadius – zusammengearbeitet.⁵⁵ Auch inhaltlich waren sich die beiden Männer nahe: Scheffer hatte vermutlich ebenfalls in Heidelberg studiert und vertrat wie Lampadius einen Vorrang des aristokratischen vor dem monarchischen Prinzip, also eine starke Stellung der Reichsstände, wodurch er mit der von der Landgräfin verfolgten Linie übereinstimmte.⁵⁶

⁵¹ Memorial Lampadius' und von Hammersteins für Johan Oxenstierna, Osnabrück 1644 August 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 152.

⁵² Lampadius und von Hammerstein an Friedrich, Osnabrück 1644 August 6, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 143^r.

⁵³ Amalie Elisabeth von Hessen-Kassel an Christian Ludwig, Kassel 1644 Mai 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 16.

⁵⁴ S. etwa die erhaltene Korrespondenz zwischen Reinhard Scheffer und Lampadius von Dezember 1644 und November 1646: Scheffer an Lampadius, Münster 1644 Dezember 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 525, fol. 1, Scheffer an Lampadius, Münster 1644 Dezember 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 525, fol. 4, Scheffer an Lampadius, Münster 1644 Dezember 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 525, fol. 9, Scheffer an Lampadius, Münster 1644 Dezember 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 538, fol. 16, Scheffer an Lampadius, Münster 1644 Dezember 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 525, fol. 7, Scheffer an Lampadius, Münster 1646 November 27, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 538, fol. 21, Lampadius an Scheffer, Osnabrück 1644 Dezember 8, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 538, fol. 1, Lampadius an Scheffer, Osnabrück 1644 Dezember 8, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 538, fol. 6, Lampadius an Scheffer, Osnabrück 1644 Dezember 11, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 538, fol. 9, Lampadius an Scheffer, Osnabrück 1644 Dezember 14, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 538, fol. 14, Lampadius an Scheffer, Osnabrück 1644 Dezember 21, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 538, fol. 12, Lampadius an Scheffer, Osnabrück 1646 November 16, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 538, fol. 18. Für die Anrede als „geliebter Herr Bruder“ s. etwa Lampadius an Scheffer, Osnabrück 1644 Dezember 8, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 538, fol. 1.

⁵⁵ MALETTKE: Gesandtschaft, S. 505. S. auch oben, Kap. 1, S. 48-51.

⁵⁶ MALETTKE: Gesandtschaft, S. 504-507. So vertraten Scheffer und seine Kollegen ebenso wie Lampadius etwa die Position, eine Zulassung der Reichsstände zum Friedenskongress mit vollem Stimmrecht und die Mitsprache in Kriegsfragen komme ihnen *jure proprio* zu. MALETTKE: Gesandtschaft, S. 507-512, WEIAND: Hessen-Kassel, S. 90, 108f. Zur hessen-kasselschen Gesandtschaft am Friedenskongress und den vertretenen Forderungen MALETTKE: Gesandtschaft, passim, WEIAND: Hessen-Kassel, S. 94-168.

Allerdings sollte diese Hilfe nicht viel nutzen. Auch Scheffer gegenüber beteuerten die schwedischen Vertreter ihren guten Willen, machten jedoch erneut ihre mangelnde Vollmacht geltend.⁵⁷ Bald danach brachten Lampadius und von Hammerstein dann „in gewiße erfahrung“, Johan Oxenstierna und Salvius würden nicht über die erhoffte Generalvollmacht verfügen, die es ihnen ermöglicht hätte, Zugeständnisse zu machen.⁵⁸

Unmittelbar nach dieser Erkenntnis entschieden die beiden welfischen Gesandten, dass Lampadius wieder nach Hannover abreisen sollte, um dort ausführlich Bericht zu erstatten. Die Verhandlungen mit den Schweden hatten zu diesem Zeitpunkt noch nicht lange gedauert. Lampadius und von Hammerstein erwähnten bereits in ihrer Relation vom 6. August, also knapp zehn Tage nach Beginn der Gespräche, wie die Benachrichtigung der schwedischen Gesandten über den bevorstehenden Aufbruch des welfischen Vizekanzlers verlaufen war. Oxenstierna und Salvius hatten ihr großes Bedauern darüber geäußert, woraufhin ihnen die baldige Rückkehr Lampadius' zum Kongress zugesichert wurde.⁵⁹ In der Tat sollten die beiden schwedischen Gesandten bis zu Lampadius' Rückkehr mehrfach die anhaltende Abwesenheit des welfischen Gesandten thematisieren; diese wurde von ihnen also mit einer gewissen Ungeduld vermerkt, ebenso wie das Zögern anderer Reichsstände, Gesandte zu entsenden.⁶⁰

Der Vizekanzler Christian Ludwigs traf schließlich am 13. August wieder in Hannover ein.⁶¹ Die Vermutung, er sei am 10. August aus Osnabrück abgereist,⁶² erscheint daher plausibel. Denn auch für seine zweite Reise von Hannover nach Osnabrück benötigte Lampadius später drei Tage.⁶³

Die Verhandlungsversuche mit den Schweden waren damit klar gescheitert. Zwar ließ sich Oxenstierna bewegen, einen Brief an Generalfeldmarschall Torstenson zu schreiben, in welchem er über die welfischen Anliegen berichtete. Er überließ es darin aber dezidiert der Entscheidung Torstensons, wie in diesem Fall verfahren werden sollte, und äußerte lediglich zurückhaltend, eine Rückgabe der kleineren Orte Hoya, Wölpe, Bleckede und Wolfsburg sei zu erwägen, wenn sie ohne Schaden und Risiko vollzogen werden könnte.⁶⁴

⁵⁷ Lampadius und von Hammerstein an Friedrich, Osnabrück 1644 August 6, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 143^r.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Ebd., fol. 143^r-144.

⁶⁰ Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1644 September 16, APW II C 1, Nr. 213, S. 328, Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1644 September 23, APW II C 1, Nr. 221, S. 345, Johan Oxenstierna und Salvius an Rosenhane, Osnabrück 1644 November 3, APW II C 1, Nr. 241, S. 384f, Salvius an die Königin, Osnabrück 1644 November 25, APW II C 1, Nr. 249, S. 408.

⁶¹ Christian Ludwig an August d. J., Hannover 1644 August 19, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 180.

⁶² BRUNERT, Ankunftsdaten, in: APW III A 3/1, S. CXXI.

⁶³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 289.

⁶⁴ Johan Oxenstierna an Feldmarschall Lennart Torstenson, Osnabrück 1644 August 6, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 154-154^r.

Lampadius und von Hammerstein scheinen die Weigerung der beiden schwedischen Gesandten, in Osnabrück zu verhandeln, anfänglich als taktische Aussage gewertet zu haben. Die beiden welfischen Vertreter glaubten offenbar, Oxenstierna und Salvius wollten auf diese Weise ihre Verhandlungsposition stärken, um möglichst wenige Zugeständnisse machen zu müssen. Deshalb unternahmen sie auch nach den ersten Ablehnungen durch Oxenstierna und Salvius noch weitere Versuche, Verhandlungen mit ihnen zu beginnen.

Erst als Lampadius und von Hammerstein auch von Dritten versichert wurde, die Erklärung der Schweden über ihre mangelnde Vollmacht entspreche den Tatsachen, scheint ihnen die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens deutlich geworden zu sein, zumal die Schweden weiterhin keinerlei Entgegenkommen signalisierten.

Gespräche führten die Vertreter Friedrichs und Christian Ludwigs in Osnabrück jedoch nicht nur mit den Schweden und möglichen Vermittlern wie Scheffer. Obwohl sie zunächst mit anderen Aufgaben betraut waren und ihre Herren noch nicht am eigentlichen Friedenskongress vertreten sollten, war es notwendig, auch Kontakt zu den Kaiserlichen herzustellen.

Erste Kontakte zu den kaiserlichen Gesandten in Osnabrück

Die besondere Situation Osnabrücks als Kongressort machte es für die welfischen Vertreter erforderlich, sich nicht nur mit Johan Oxenstierna und Salvius, sondern auch mit anderen schon anwesenden Gesandten ins Benehmen zu setzen. Die Anwesenheit Lampadius' und von Hammersteins in Osnabrück konnte nicht verborgen bleiben und war erklärungsbedürftig – nicht zuletzt eben deshalb, weil Lampadius und von Hammerstein an den eigentlichen Friedensverhandlungen noch nicht teilnehmen sollten. Dies kommunizierten sie zwar etwa dadurch nach außen, indem sie – anders als die anderen bereits für die Verhandlungen legitimierten Gesandten – darauf verzichtet hatten, die Wappen ihrer Herren gut sichtbar an ihrer Unterkunft anbringen zu lassen.⁶⁵ Doch insbesondere ein Antrittsbesuch bei den kaiserlichen Gesandten in Osnabrück war unumgänglich. So berichtete Lampadius kurz nach seiner Ankunft am Kongressort nach Hannover, er habe bislang die „gepue nicht verrichten“ können, da ihm noch die notwendigen Kreditive fehlten, die er bei einem Antrittsbesuch den Kaiserlichen überreichen musste, um sich als rechtmäßiger Vertreter der Herzöge zu legitimieren. Lampadius hatte sich deswegen bei den Kaiserlichen zunächst entschuldigen lassen müssen.⁶⁶ Grund für das verspätete Eintreffen der Kreditive war ein durch weitere Beratungen im Welfenhaus ausgelöster Sinneswandel am Hof Christian Ludwigs. Hatte man im Mai 1644 in der Instruktion für den Westfälischen Friedens-

⁶⁵ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Osnabrück 1644 Juli 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 101, Kanzler und Räte zu Hannover an Lampadius, Hannover 1644 Juli 25, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 109.

⁶⁶ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Osnabrück 1644 Juli 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 101.

kongress noch im Namen des Herzogs verfügt, sein Gesandter solle direkt nach der Ankunft nahezu allen Vertretern ausländischer Potentaten – eine Ausnahme bildete der päpstliche Legat – seine Kreditiv überreichen,⁶⁷ beschlossen die Räte Friedrichs und Christian Ludwigs Ende Juni gemeinsam, darauf zu verzichten und die welfischen Gesandten dezidiert noch nicht für den Friedenskongress zu legitimieren.⁶⁸ Stattdessen erhielten Lampadius und von Hammerstein eine Sondervollmacht für die Verhandlungen mit den Schweden über die Restitution.⁶⁹ Dementsprechend musste auch das für die kaiserlichen Gesandten bestimmte Beglaubigungsschreiben neu abgefasst und von Friedrich und Christian Ludwig unterzeichnet werden.⁷⁰ Diese neue Anweisung der Herzöge an ihre Gesandten, sich noch nicht allgemein am Kongress zu legitimieren, war also zunächst dem Umstand geschuldet, dass Lampadius und von Hammerstein erst einmal nur Verhandlungen mit den beiden schwedischen Gesandten führen sollten. Darüber hinaus lässt sich aber tatsächlich auch ein ‚echter‘ Sinneswandel an den Welfenhöfen konstatieren, der den Kongress allgemein betraf: Die Herzöge legten – angesichts der nur sehr schleppend verlaufenden Anreise anderer reichsständischer Gesandter an den Kongress – gesteigerten Wert darauf, am Friedenskongress anfangs nicht zu sehr in den Fokus der Aufmerksamkeit zu geraten. Das gesamte Trachten Friedrichs und Christian Ludwigs war zunächst darauf gerichtet, Alleingänge am Kongress zu vermeiden, weshalb Lampadius nur mit äußerster Zurückhaltung agieren sollte. Gemäß dieser Linie verzichtete Lampadius auch bei seinem zweiten Aufenthalt in Osnabrück erst einmal auf eine allgemeine Legitimierung seiner Person durch die Übergabe der Kreditiv an die verschiedenen Gesandtschaften und meldete sich bis gegen Ende Dezember 1644 nur bei Kaiserlichen und Schweden an.⁷¹

Am 23. Juli 1644 konnte Lampadius dann seine erste Visite bei den Kaiserlichen in Osnabrück verrichten. Hans Adam von Hammerstein war noch nicht eingetroffen, weshalb Lampadius allein bei den Kaiserlichen vorsprach.⁷² Anders als bei den Schweden, mit denen man substanzielle Verhandlungen zu führen hoffte, war es also kein Problem, wenn Lampadius diese Pflicht allein verrichtete.

Den Kaiserlichen erläuterte der welfische Gesandte, er könne sich noch nicht für die eigentlichen Friedensverhandlungen legitimieren, weil das fürstliche Haus den hohen Potentaten, also dem

⁶⁷ Instruktion Christian Ludwigs für die Westfälischen Friedensverhandlungen, Hannover 1644 Mai 20, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 5.

⁶⁸ Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Celle, Hannover 1644 Juni 27, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 57^r, 58^r.

⁶⁹ Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Celle, Hannover 1644 Juli 13, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 96.

⁷⁰ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Osnabrück 1644 Juli 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 101.

⁷¹ S. unten, Kap. 3, S. 94-96.

⁷² Lampadius an Friedrich, Osnabrück 1644 Juli 23, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 173.

Kaiser und den Kronen, am Kongress nicht habe vorgreifen wollen. Da diese sich bezüglich der Vollmachten uneinig seien, hätten die Verhandlungen schließlich noch nicht begonnen.⁷³

Danach führte Lampadius den Grund für seine Anwesenheit an: Er selbst sei nur in Osnabrück, um bei den Schweden die Rückgabe der besetzten welfischen Festungen zu erreichen, wie dies in den Verträgen von 1642 zwischen dem Kaiser und den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg vereinbart worden war.⁷⁴

Da offenbar nicht mit der Kenntnis dieses Friedensabkommens seitens der kaiserlichen Bevollmächtigten gerechnet werden konnte, übergab Lampadius Graf Auersperg und Krane, den beiden kaiserlichen Vertretern in Osnabrück am Beginn des Kongresses,⁷⁵ eine Kopie des Friedensvertrages von Goslar, welche die Legitimität seiner Verhandlungstätigkeit in Osnabrück mit den Schweden belegen sollte. Dazu erbat er Rat und Beistand der Kaiserlichen, den diese ihm auch zusagten.⁷⁶ Den Kaiserlichen gegenüber präsentierte Lampadius seine Herren damit ganz als getreue Reichsstände, die gemäß ihrem Abkommen mit dem Kaiser agierten und zudem der Unterstützung seiner Vertreter bedurften.

Für Lampadius geriet seine Visite bei Auersperg und Krane dennoch zum Kommunikationsdesaster, ohne dass er davon Kenntnis erhielt. Denn die beiden kaiserlichen Gesandten glaubten ihm nicht, dass der Hauptgrund für seine Anwesenheit in Osnabrück Restitutionsverhandlungen mit den Schweden waren. Sie vermuteten, er sei geschickt worden, um im Namen der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg die Interposition, eine herausgehobene Mittlertätigkeit, zu beanspruchen und glaubten als Drahtzieher dahinter die Schweden zu erkennen.⁷⁷

Die Tendenz der Kaiserlichen, die Welfenherzöge nach dem Frieden von Goslar erneut als Erfüllungsgehilfen der Schweden zu sehen, war dabei keine neue Entwicklung. Schon lange vor der Ankunft Lampadius' und von Hammersteins in Osnabrück anlässlich der Restitutionsverhandlungen mit den Schweden hatten sich die Kaiserlichen, namentlich Auersperg und Krane, sehr für die Stellung des Hauses Braunschweig-Lüneburg zwischen Dänemark und Schweden interessiert gezeigt. Zunächst vermuteten die beiden kaiserlichen Gesandten eine Tendenz der Herzöge zur dänischen Seite. Sie berichteten dem Kaiser am 8. Februar 1644, der dänische Vertreter Christoph von der Lippe habe Krane erzählt, das Haus Braunschweig-Lüneburg sei bereits mit dem Administrator von Bremen, dem Sohn des dänischen Königs, und anderen benachbarten Ständen gegen die Schweden verbündet. Um dieses Bündnis zu festigen, bat der dänische Vertre-

⁷³ Ebd., Graf Auersperg und Johann Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1644 Juli 25, APW II A 1, Nr. 332, S. 550.

⁷⁴ Lampadius an Friedrich, Osnabrück 1644 Juli 23, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 173^v.

⁷⁵ RUPPERT: Politik, S. 27.

⁷⁶ Auersperg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1644 Juli 25, APW II A 1, Nr. 332, S. 551.

⁷⁷ Ebd. Die Vermittlertätigkeit wies zu diesem Zeitpunkt einen geringen Institutionalisierungsgrad auf, weshalb zwischen den verschiedenen Formen der Vermittlung noch nicht trennscharf unterschieden wurde: REPGEN: Friedensvermittlung, passim. Zum Begriff der Interposition und Formen der Vermittlung am Friedenskongress am Beispiel Frankreichs s. BRAUN: Einleitung, in: APW II B 5/1, S. XCIV-CVI.

ter Auersperg und Krane, den kaiserlichen Feldmarschall Hatzfeld zu ersuchen, mit seinen Truppen in Richtung der Territorien der Welfenherzöge zu marschieren und über die Weser zu setzen. Die beiden kaiserlichen Gesandten sagten zu, dies an Hatzfeld zu schreiben.⁷⁸ Und tatsächlich glaubten Lampadius und von Hammerstein später den Kontakt ihrer Herren zu Hatzfeld als Ursache für das Gerücht erkannt zu haben, die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg planten eine Allianz mit Dänemark.

Einer prodänischen Positionierung der Welfenherzöge widersprachen allerdings Berichte, die Auersperg bereits zwei Wochen später, am 22. Februar 1644, an den Reichsvizekanzler und kaiserlichen Geheimen Rat Graf Kurz, über den ein Großteil der Kommunikation lief,⁷⁹ weiterleitete und welche die Haltung der Kaiserlichen auch in der Folgezeit prägten. Auersperg schrieb, er habe gehört, die Gesandten Lüneburgs bezögen in Frankfurt Stellung für die Schweden. Langenbeck verteidige diese öffentlich und verrate ihnen Geheimnisse, die das Wohl des Reiches beträfen.⁸⁰

Da genügte schon ein kleiner Anlass, um die Vermutungen der Kaiserlichen scheinbar zu bestätigen: Dieser Anlass war das Verhalten Lampadius' während seiner Visite am 23. Juli 1644 bei Auersperg und Krane in Osnabrück. Die beiden kaiserlichen Gesandten berichteten in ihrer Relation vom 25. Juli, Lampadius habe das Thema der Restitutionsgespräche mit den Schweden nach der Hilfszusage der Kaiserlichen unvermittelt abgebrochen und sei auf einen anderen Punkt zu sprechen gekommen, nämlich das Anerbieten des fürstlichen Hauses vom Nürnberger Kollegialtag und letzten Regensburger Reichstag, an der Wiedereinführung eines beständigen Friedens mitzuwirken. Der Gesandte des Welfenhauses habe geäußert, er sei instruiert, dabei den Kaiserlichen zur Hand zu gehen, indem er, falls die Kaiserlichen etwas an die Schweden oder Franzosen zu überbringen hätten, diese Aufgabe gern übernehmen würde. Damit wolle er den Dänen, denen die Vermittlerposition in Osnabrück zugestanden worden war,⁸¹ natürlich nicht vorgreifen. Ohne eine Antwort abzuwarten, sei Lampadius dann aufgestanden und habe sich verabschiedet. Die beiden kaiserlichen Gesandten waren überzeugt, dieses Angebot Lampadius', welches sie als Versuch des Hauses Braunschweig-Lüneburg werteten, an Stelle der Dänen die Interposition zu übernehmen, sei auf Veranlassung der Schweden erfolgt.⁸²

⁷⁸ Auersperg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1644 Februar 8, APW II A 1, Nr. 177, S. 269.

⁷⁹ RUPPERT: Politik, S. 30-32.

⁸⁰ Auersperg an Graf Ferdinand Sigismund Kurz von Senftenau, Osnabrück 1644 Februar 22, APW II A 1, Nr. 189, S. 285.

⁸¹ Durch die erfolgreiche Vermittlung bei den Verhandlungen zum Hamburger Präliminarvertrag hatte sich Dänemark auch am Friedenskongress als Vermittler qualifiziert. Allerdings befürchtete die schwedische Seite zu Recht, dass die dänischen Vermittler sich in Münster und Osnabrück insbesondere einer Satisfaktion Schwedens mit Pommern und Wismar entgegenstellen würden, weshalb Schweden die dänische Vermittlung ablehnte: LORENZ: Friedensvermittlung, S. 34-49.

⁸² Auersperg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1644 Juli 25, APW II A 1, Nr. 332, S. 551.

Die Frage, welche Absichten die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg tatsächlich verfolgten, beschäftigte die Kaiserlichen – und nicht nur sie – auch in der Folgezeit. Noch Ende Juli besprachen sich die beiden nach Münster abgeordneten kaiserlichen Vertreter Graf Nassau und Volmar⁸³ mit den spanischen Gesandten über Lampadius' Angebot, das alle sehr nachdenklich machte. Dieser Kreis kam überein, sich auf keinen Fall ohne Zustimmung des Kaisers darauf einzulassen. Eine Mittlertätigkeit des Hauses Braunschweig-Lüneburg, egal, wie man sie nannte, würde – so waren Kaiserliche und Spanier überzeugt – dem „catholischen wesen“ auf jeden Fall nachteilig sein.⁸⁴ Sicherlich beruhte diese Sorge auf der Überlegung, man gestatte dem Welfenhaus einen zu großen Einfluss auf die Verhandlungen, wenn man dessen Gesandten die Vermittlung überlasse und ihre Position damit (symbolisch) nicht unerheblich stärke. Kaiserliche und Spanier rechneten daher auch mit Widerstand der katholischen Fürsten dagegen. Darüber hinaus sahen sie die Gefahr, die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg könnten sich aufgrund einer Vermittlertätigkeit für neutral erklären und sich – entgegen den Bestimmungen des Goslarer Vertrages, wie Nassau und Volmar betonten – weigern, den kaiserlichen Truppen den Durchmarsch durch ihre Territorien sowie Unterkunft, Proviant, Munition und andere Unterstützung zu gewähren. Dass Lampadius eine Antwort von Auersperg und Krane auf sein Anerbieten gar nicht abgewartet hatte, werteten sie als klares Zeichen für seinen Versuch, die unterbliebene Antwort der Kaiserlichen quasi als stillschweigendes Einverständnis zu verstehen.⁸⁵ Diese Sorge war insofern berechtigt, als der Grundsatz ‚Qui tacet, consentire videtur‘ spätestens seit dem Mittelalter als Rechtsregel zunehmend anerkannt war.⁸⁶

Daher, glaubten die Kaiserlichen, sei bei nächster Gelegenheit mit einem Vermittlungsversuch seitens der welfischen Gesandten zu rechnen. Um dem zuvorzukommen, waren sich Kaiserliche und Spanier in Münster einig, müsse man Lampadius rasch entweder direkt oder über Dritte zu verstehen geben, dass die Interposition des Hauses Braunschweig-Lüneburg und seiner Gesandten nicht infrage käme.⁸⁷ Sollte sich Lampadius wieder bei den Kaiserlichen anmelden, bevor ihm dies zugetragen worden war, wollte man ihm antworten, diese Würde sei den königlich dänischen Gesandten bei den Verhandlungen zugedacht worden. Alle weiteren Aktivitäten von Lampadius für die Schweden sollte man dissimulieren.⁸⁸

Insbesondere Auersperg sah Lampadius und das Haus Braunschweig-Lüneburg als Helfer der Schweden, die eine dänische Interposition verhindern wollten. So mutmaßte er in einem Brief an

⁸³ RUPPERT: Politik, S. 27. Zu Volmar s. auch FERBER: Graf, passim.

⁸⁴ Graf Johann Ludwig von Nassau-Hadamar und Isaak Volmar an Auersperg und Krane, Münster 1644 Juli 28, APW II A 1, Nr. 336, S. 555.

⁸⁵ Ebd., S. 556.

⁸⁶ KRAMPE: Qui tacet, S. 375f, 380.

⁸⁷ Nassau und Volmar an Auersperg und Krane, Münster 1644 Juli 28, APW II A 1, Nr. 336, S. 556.

⁸⁸ Ebd., S. 557. Zur Funktion der Dissimulation im Spannungsfeld zwischen Verstellung und Aufrichtigkeit in der Diplomatie s. etwa KUGELER: Spione, S. 140f.

Graf Kurz, die Schweden könnten den Herzögen in Aussicht gestellt haben, ihre Truppen im Gegenzug bald aus den welfischen Festungen abzuziehen, da sie diese ohnehin im Feld würden gebrauchen wollen.⁸⁹ Ein möglicherweise in Aussicht gestellter Abzug der schwedischen Truppen aus den Territorien der Herzöge war in dieser Lesart ein Anreiz für die Welfen, den Schweden diese Gefälligkeit zu erwidern. Bemühungen der Welfenherzöge, den Friedensvertrag mit dem Kaiser einzuhalten, indem sie mit den Schweden den Abzug schwedischer Garnisonen aus ihren Landen aushandelten, spielten in den Erwägungen Auerspergs hingegen keine Rolle.

Selbst wenn sich die Welfen oder ihre Abgesandten für eine Interposition der Dänen einsetzten, blieb Auersperg skeptisch und vermutete dahinter sogar eine besondere Strategie im Dienst der Schweden. Gegenüber Plettenberg, dem kaiserlichen Residenten in Hamburg, der im Frühjahr 1644 im Auftrag des Kaisers Bündnisverhandlungen mit dem dänischen König aufgenommen hatte,⁹⁰ berichtete der Graf, Lampadius habe den Kaiserlichen mitgeteilt, er habe die Schweden nicht ungeneigt gefunden, die Dänen wieder zur Interposition zuzulassen. Lampadius wollte daher seinen Herren nach seiner Rückkehr empfehlen, eine Delegation an den dänischen König zu schicken. Auersperg glaubte, die Schweden beabsichtigten mit diesem Vorhaben, den dänischen König vom Kaiser zu trennen, um ihr feindliches Vorgehen leichter umsetzen zu können. Er, Auersperg, habe nämlich vertraulich erfahren, dass eine solche Mission von den am ‚Lüneburger Hof‘ anwesenden Favoriten der Schweden ausgeführt werden würde, damit die Schweden die Absichten des dänischen Königs umso besser aushorchen könnten. Darüber hinaus würde der Kurfürst von Brandenburg durch die Zulassung einer welfischen Delegation erzürnt und gegen den dänischen König eingenommen werden, weil seine eigene Gesandtschaft zuvor nicht angehört worden war. Zudem würde die schwedische Partei am ‚Lüneburger Hof‘ die Welfenherzöge von der Notwendigkeit einer Freundschaft mit den Schweden zu überzeugen versuchen, obwohl die Herzöge zurzeit wegen des Wortbruchs der Schweden, die entgegen ihrer Zusage und der Billigkeit die Restitution der welfischen Festungen verweigert hätten, zur Offension und zum offenen Krieg bereit seien. Plettenberg nun sollte nach der Vorstellung Auerspergs die Delegation der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg bei der dänischen Krone diskreditieren.⁹¹

Auch den Kaiser unterrichteten Auersperg und Krane einen Tag nach dem Schreiben an Plettenberg, am 11. August 1644, von Lampadius' Vorhaben, seine Herren zur Entsendung von Abgesandten an den dänischen König zu veranlassen.⁹² Im Vergleich zu Auerspergs Schreiben an Plettenberg hielten sich die beiden kaiserlichen Gesandten in ihrem gemeinsamen Schreiben allerdings mit Schlussfolgerungen auffallend zurück. Sie bemerkten lediglich, Lampadius habe

⁸⁹ Auersperg an Kurz, Osnabrück 1644 Juli 25, APW II A 1, Nr. 333, S. 553.

⁹⁰ RUPPERT: Politik, S. 50, 57f.

⁹¹ Auersperg an Georg von Plettenberg, Osnabrück 1644 August 10, APW II A 1, Nr. 350, S. 575.

⁹² Auersperg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1644 August 11, APW II A 1, Nr. 351, S. 576f.

ihnen erzählt, die Schweden wären einverstanden, wenn seine Herren eine Delegation an den dänischen König schickten. Die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg hätten aufgrund ihrer nahen Verwandtschaft zum dänischen König genügend Einfluss auf ihn, um ihn zur Fortsetzung seiner Bestrebungen auf die Interposition oder doch zumindest zu einer Stellungnahme dazu zu bewegen. Auf dieser Basis könnten dann die Verhandlungen in Münster und Osnabrück fortgesetzt werden.⁹³ Zwar kam auch dieser Bericht nicht ganz ohne Mutmaßungen aus: Auersperg und Krane unterstellten Lampadius, dieser habe ihnen solches nur erzählt, um ihre Meinung dazu in Erfahrung zu bringen. Daher schwiegen die beiden kaiserlichen Gesandten zu dieser Frage und lenkten Lampadius mit anderen Diskursen über den Zustand des Kongresses ab, was gut gelungen sei, da Lampadius erklärt habe, sich bei den Kaiserlichen auch darüber erkundigen zu sollen.⁹⁴ Dennoch berichteten die beiden kaiserlichen Gesandten Auersperg und Krane gemeinsam an den Kaiser weniger voreingenommen, während Auersperg sich in seinem Brief an Plettenberg ganz besonders negativ über die Absichten der Schweden sowie der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg äußerte. Dies ist vermutlich nicht den Adressaten allein geschuldet und könnte eine unterschiedliche Einschätzung seitens der kaiserlichen Gesandten widerspiegeln. Doch wie sah die Haltung der Welfenherzöge bezüglich der Bündnispolitik und einer möglichen Einnahme der Interposition ihrerseits tatsächlich aus?

Die Position der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg

Durch den Goslarer Frieden mit dem Kaiser schieden die Welfenherzöge 1642 als aktive Teilnehmer aus dem weiteren Kriegsgeschehen aus. Friedrich, August und Christian Ludwig verpflichteten sich, auf Bündnisse mit Parteien zu verzichten, die dem Kaiser feindlich gesonnen waren. In der Folgezeit waren sie bestrebt, eine möglichst neutrale Haltung einzunehmen.⁹⁵ Es lag dabei im Eigeninteresse der Welfenherzöge, ihre Lande so weit wie möglich von fremden Truppen zu befreien. Dies bedeutete in Ermangelung nennenswerter eigener Truppenkontingente notwendigerweise, zu denjenigen Kriegsparteien, die eine Gefahr für ihre Territorien darstellten – insbesondere den Kaiserlichen und den Schweden – Kontakt suchen zu müssen und zugleich einen sicheren Abstand zu wahren. Denn dem Erreichen des Ziels wäre es nicht dienlich gewesen, durch die Bindung an die eine Seite den Zorn der anderen auf sich zu ziehen. Das Lavieren zwischen den Mächten verursachte jedoch Misstrauen bei ihnen. Daher verdächtigte Oxenstierna die Welfen, mit den Dänen zu paktieren, während sie bei den Kaiserlichen in den Verdacht gerieten, Erfüllungsgehilfen der Schweden zu sein. Anders gewendet: Gerade diese Politik der angestrebten Neutralität machte es für die Welfenherzöge notwendig, sich nach außen

⁹³ Ebd., S. 577.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ S. oben, Kap. 1, S. 53f.

nicht allzu klar auf einer Seite zu positionieren, sondern je nach Bedarf im Sinne der eigenen Interessen zu agieren. Dadurch aber leisteten sie Spekulationen über ihre Haltung Vorschub, denn sie verursachten ein Informationsdefizit aufseiten der Kaiserlichen und Schweden.⁹⁶

Einer dänischen Interposition nun standen die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg keineswegs ablehnend gegenüber; sie hatten diese ja 1640 beim Kurfürstenkollegialtag zu Nürnberg selbst vorgeschlagen.⁹⁷ Auch in der Instruktion, die im Mai 1644 im Namen Christian Ludwigs verfasst wurde und sicherlich auch für die Haltung der anderen beiden regierenden Welfenherzöge in dieser Frage repräsentativ ist,⁹⁸ wurde wie selbstverständlich an der dänischen Interposition festgehalten. Die ausgreifenden Verdächtigungen der Kaiserlichen in diesem Punkt waren, betrachtet man die Instruktion, haltlos. Stattdessen überwog darin ein pragmatischer Umgang mit der Interpositionsfrage, der vermuten lässt, dass die Welfenherzöge von den Spekulationen, die auf kaiserlicher wie auf schwedischer Seite bezüglich ihrer Haltung zu Dänemark angestellt wurden, kaum Kenntnis gehabt haben dürften. Zumindest ist von keinen weiteren Vorsichtsmaßnahmen in dieser Sache die Rede.⁹⁹

Dabei räumte man in der Instruktion der Frage, ob es bei den Friedensverhandlungen eine dänische Interposition geben würde, insgesamt breiten Raum ein. Den Gesandten am Friedenskongress wurde die klare Anweisung gegeben, „eüßerste fürwendung [zu] tuhn“, Dänemark bei der Interposition zu belassen.¹⁰⁰ Sollte sich ein Scheitern dieser Bemühung abzeichnen und die Dänen die Mittlerposition nicht einnehmen können, sollten die welfischen Gesandten zunächst die Möglichkeiten für eine Interposition der Venezianer¹⁰¹ sondieren. Würden auch Letztere für diese Aufgabe nicht infrage kommen, sollten sich die Gesandten der Welfenherzöge für eine Fortsetzung des Friedenskongresses auch ohne Mittler einsetzen.¹⁰² Dabei sollten sie sich allen Seiten zur Kooperation erboten, ohne jedoch selber die Interposition zu übernehmen. Stattdessen sollten die Gesandten informellere Wege gehen, die es auch erlauben würden, besseren Zugang zu den Parteien zu erhalten und mehr über ihre Intentionen zu erfahren.¹⁰³ Vor diesem Hintergrund erscheint ein Bestreben der Herzöge, anstelle der Dänen die Interposition beim Kongress zu übernehmen, äußerst unwahrscheinlich. Dies hätte sogar ihren Absichten wider-

⁹⁶ Zum Zusammenhang von Informationsdefiziten und Spekulationen s. etwa NIEDHART: Wahrnehmung, S. 145.

⁹⁷ S. oben, Kap. 1, S. 47.

⁹⁸ Zumindest Friedrich äußerte im Januar 1645 neben Christian Ludwig explizit sein Bedauern über das vorzeitige Scheitern der dänischen Interposition. S. unten, Kap. 3, S. 88.

⁹⁹ Instruktion Christian Ludwigs für die Westfälischen Friedensverhandlungen, Hannover 1644 Mai 20, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 3'-4'.

¹⁰⁰ Ebd., fol. 3'.

¹⁰¹ Zur venezianischen und päpstlichen Mittlertätigkeit in Münster und allgemeinen Überlegungen, auf eine venezianische Vermittlung auch in Osnabrück zurückzugreifen, s. etwa LORENZ: Friedensvermittlung, S. 46f, REPGEN: Friedensvermittlung, passim, ROHRSCHEIDER: Frieden, S. 250-262, STOLLBERG-RILINGER: Vermittler, passim.

¹⁰² Instruktion Christian Ludwigs für die Westfälischen Friedensverhandlungen, Hannover 1644 Mai 20, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 4.

¹⁰³ Ebd., fol. 4'.

sprochen. Ihre Gesandten sollten eher auf informeller Ebene wirken und alles daransetzen, den Beginn der Verhandlungen weiter voranzutreiben sowie Informationen zu sammeln.

Überdies sollten sie sich aus den aktuellen Streitthemen wie etwa der Admissionsfrage heraushalten und die Ankunft weiterer reichsständischer Gesandter abwarten, um in enger Absprache mit diesen gemeinsam eine Handlungsstrategie zu entwickeln. Bis dahin sollten sich die welfischen Gesandten dafür verwenden, dass Fürsten und Ständen während ihrer Abwesenheit am Kongress kein Präjudiz zugezogen werde.¹⁰⁴ Nicht nur, dass ihre Gesandten keinesfalls die herausgehobene Interposition übernehmen sollten, sie sollten sich darüber hinaus auch insgesamt sehr im Hintergrund halten und möglichst nur gemeinsam mit anderen Vertretern der Reichsstände in Aktion treten.

Da die beiden welfischen Gesandten es nicht vermochten, diese Position ihrer Herren gegenüber Schweden und Kaiserlichen glaubhaft zu machen, muss man den ersten Aufenthalt Lampadius' und von Hammersteins auch in dieser Hinsicht als gescheitert betrachten. Dies jedoch, ohne dass die beiden Gesandten dafür verantwortlich zu machen wären. Lampadius hat nicht bemerkt, dass die kaiserlichen Vertreter sein Verhalten während seiner ersten Visite bei ihnen falsch interpretierten. Die beiden welfischen Gesandten bemühten sich, diejenigen Gerüchte, von denen sie Kenntnis erhielten – etwa gegenüber Oxenstierna – nach bestem Können zu entkräften. Da Kaiserliche und Schweden jedoch schon zuvor Spekulationen über die Absichten der Welfenherzöge angestellt hatten, wurde jede Aktion ihrer Gesandten auf der Folie dieser Überlegungen bewertet. Diese Vorurteile und die damit verbundenen Erwartungen auf kaiserlicher und schwedischer Seite bestimmten somit darüber, wie die Welfen und ihre Gesandten wahrgenommen wurden. Aus der Forschung zur Fremdwahrnehmung ist bekannt, dass solcherart entstandene Vorurteile relativ veränderungsresistent sind und selbst durch gegenteilige Erfahrungen kaum ausgeräumt werden können.¹⁰⁵ So gesehen hatten Lampadius und von Hammerstein geringe Aussichten, das bei Schweden und Kaiserlichen vorhandene Bild von ihren Herren ernsthaft zu korrigieren. Hinzu kam, dass Oxenstierna den Vorwurf an die Welfenherzöge möglicherweise nur deshalb vorbrachte, um sich nicht weiter für seine Ablehnung der welfischen Anliegen rechtfertigen zu müssen und Lampadius und von Hammerstein seinerseits unter Druck zu setzen. Eine solche instrumentelle Verwendung des Vorwurfs aber hätten die beiden welfischen Gesandten ebenfalls unmöglich verhindern können.

¹⁰⁴ Ebd., fol. 5.

¹⁰⁵ BAUSINGER: Stereotypie, S. 160, NIEDHART: Wahrnehmung, S. 153f, REICHARDT: Feindbild, S. 250f, ROHRSCHEIDER: Tradition, S. 268f, LÜSEBRINK: Kommunikation, S. 88, STROHMEYER: Wahrnehmungen, S. 27-33. S. außerdem oben, Einleitung, S. 7.

3. Der Beginn der Friedensverhandlungen für das Welfenhaus

Der Beginn von Lampadius' Tätigkeit am eigentlichen Westfälischen Friedenskongress liegt somit noch nicht im Sommer 1644. Der Vizekanzler Christian Ludwigs verbrachte, wie gezeigt, nur knapp einen Monat in Osnabrück, um mit den schwedischen Gesandten über die Restitution der von ihren Truppen besetzten Orte in den welfischen Territorien zu verhandeln. Abgesehen davon diente der Aufenthalt Lampadius' und von Hammersteins der Informationsbeschaffung sowie der Besänftigung der beiden Kronen. Weitere Aktivitäten in Westfalen waren noch nicht vorgesehen.

Bemühungen der Welfenherzöge um andere evangelische Reichsstände

Nach Lampadius' Rückkehr nach Hannover blieben die Welfenherzöge nicht untätig und bemühten sich im Spätsommer und Herbst 1644, weitere evangelische Reichsstände zur baldigen Absendung von Vertretern an den Kongress zu bewegen.

Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg sollte anlässlich einer Konferenz seiner Räte mit denen Herzog Friedrichs um die rasche Beschickung des Friedenskongresses ersucht werden. Der Ideengeber Christian Ludwig beabsichtigte, Lampadius gemeinsam mit den Gesandten des Kurfürsten zum Kongress anreisen zu lassen.¹ Er hoffte, sie könnten so „mit gesampter hand und beßerm respect und nuzen in locus tractatum negotiiren“.²

Bei dem Treffen der Räte Herzog Friedrichs mit den Räten des Kurfürsten am 24. August 1644 in Gifhorn³ gab man das Ersuchen an den ranghöchsten Abgesandten des Kurfürsten, den Geheimen Rat und Landeshauptmann der Altmark, Thomas von dem Knesebeck, weiter.⁴ Dabei baten die welfischen Vertreter unter anderem darum, die kurfürstlichen Gesandten möchten zur vertraulichen Kommunikation mit den welfischen Gesandten und zur Reise über Hannover instruiert werden.⁵

Von dem Knesebeck machte ihnen allerdings nicht viel Hoffnung. Die Landstände hätten eine Finanzierung der Gesandtschaft erst ab September 1644 bewilligt; zudem sei mit der Rückkehr des Kurfürsten aus der Mark, vor der die Entsendung nicht geschehen würde, nicht vor dem Herbst zu rechnen.⁶

¹ Christian Ludwig an Friedrich, Hannover 1644 August 20, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 182.

² Ebd., fol. 182'.

³ Thomas Grote und Justus Lude an Friedrich, Gifhorn 1644 August 24, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 194'.

⁴ Ebd., fol. 192.

⁵ Ebd., fol. 192'-193.

⁶ Ebd., fol. 193'. Der Verweis auf die Landstände lässt erahnen, welche Rolle diesen in den einzelnen Territorien noch als „autonome, kontrollierende und steuernde Macht“ zukam. LANZINNER: Herwarth, S. 315.

Der Kurfürst selbst ließ am 21. September 1644 wissen, er persönlich sei schon seit über einem Jahr zur Beschickung des Kongresses bereit und warte nur auf dessen Beginn, der sich durch die bekannten Misshelligkeiten hinauszögere.⁷ Durch eine schnelle Entsendung sei nichts zu gewinnen, sondern präjudiziere im Gegenteil den anderen Kurfürsten und erzeuge damit ihre Missgunst.⁸ Die Hindernisse müssten erst aus dem Weg geräumt sein und die Kurfürsten von Mainz und Köln ihre Gesandten an die Kongressorte geschickt haben, damit er ein Selbiges tun könne.⁹ Mit ihrer Bitte drangen die Herzöge also nicht weit. Die einzige Zusage, zu der sich der Kurfürst verstand, war die, seine Gesandten auf der Hinreise zum Kongress in Celle Zwischenstation machen und sowohl dort als auch am Kongress mit den Gesandten Herzog Friedrichs vertraulich kommunizieren zu lassen.¹⁰ Von Hannover und einer vertraulichen Kommunikation mit den Gesandten Christian Ludwigs war nicht die Rede. Offenbar wurde Friedrich als dienstältester regierender Welfenherzog vom Kurfürsten als wichtigerer Ansprechpartner im Hause Braunschweig-Lüneburg gesehen.

Kurz nach der Konferenz in Gifhorn und vor der Antwort des Kurfürsten ließ Christian Ludwig am 31. August 1644 in Hannover ein Schreiben aufsetzen, das er nach Absprache mit Herzog Friedrich an den Kurfürsten von Brandenburg, Administrator August zu Magdeburg, Herzog Wilhelm zu Sachsen-Weimar, Markgraf Christian zu Brandenburg-Kulmbach, Adolf Friedrich zu Mecklenburg sowie an die Stadt Nürnberg verschickte.¹¹ In dem Brief äußerte Christian Ludwig seine Befürchtung, der Kongress könne ohne Ergebnis abgebrochen werden, sollten nicht bald weitere reichsständische Gesandte in Osnabrück und Münster eintreffen, um dies zu verhindern.¹² Er wundere sich über die vorherrschende Meinung, es könne in Westfalen noch nichts verrichtet werden, „da doch gar keine Bemühung besser angewendet werden könnte, alß communicatis consiliis zu erwegen Undt zu negotiiren, wie die eingefallenen impedimenta Tractatum forderlich erlediget“ werden könnten.¹³ Daher seien Friedrich, August und er gewillt,

⁷ Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg an Friedrich, Küstrin 1644 September 21, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 233.

⁸ Ebd., fol. 233^v-234.

⁹ Ebd., fol. 234.

¹⁰ Ebd. Tatsächlich reisten die beiden kurbrandenburgischen Gesandten Johann Friedrich Freiherr von Löben und Dr. Peter Fritze zum Friedenskongress im März 1645 über Celle an, wo sie sich mit den dortigen Räten über die anstehenden Verhandlungen besprachen: FLEITMANN: Nachrichtenverbindungen, S. 33.

¹¹ Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Celle, Hannover 1644 September 3, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 197, Christian Ludwig an Friedrich Wilhelm zu Brandenburg, Administrator August zu Magdeburg, Herzog Wilhelm zu Sachsen-Weimar, Markgraf Christian zu Brandenburg-Kulmbach, Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, Bürgermeister und Rat der Stadt Nürnberg, Hannover 1644 August 31, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 200^v.

¹² Christian Ludwig an Friedrich Wilhelm zu Brandenburg, Administrator August zu Magdeburg, Herzog Wilhelm zu Sachsen-Weimar, Markgraf Christian zu Brandenburg-Kulmbach, Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, Bürgermeister und Rat der Stadt Nürnberg, Hannover 1644 August 31, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 198.

¹³ Ebd., fol. 198^v.

ihre Gesandten baldmöglichst an den Kongress zu schicken.¹⁴ Da es ihnen allein jedoch unmöglich sein würde, die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, bat er die Adressaten, ohne weiteren Verzug ihre Gesandten zu entsenden.¹⁵ Ziel der Bemühungen der Herzöge war also eine Stärkung der gemeinsamen evangelischen Positionen, daher wurden durchweg andere evangelische Reichsstände angeschrieben.

Überwiegender Tenor der Antworten war, man sei zwar zur Entsendung eigener Vertreter bereit, zögere aber, da die Einladung noch fehlte und man anderen Reichsständen nicht habe vorgreifen wollen. In diesem Sinne schrieben Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg,¹⁶ Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar¹⁷ und die Stadt Nürnberg.¹⁸ Deutlich tritt in diesen Antworten die Sorge hervor, durch eigenes Handeln anderen Ständen zu präjudizieren und sich so deren Zorn zuzuziehen.

Markgraf Christian zu Brandenburg-Kulmbach immerhin hatte das Schreiben Christian Ludwigs zum Anlass genommen, sich an den Bischof zu Bamberg als zweiten ausschreibenden Fürsten des Fränkischen Kreises zu wenden, ihn vom Vorhaben der welfischen Fürsten zu unterrichten und zu fragen, ob man nun auch von fränkischer Seite Vertreter zum Kongress senden wollte.¹⁹ Der Markgraf erbot sich zudem zur vertraulichen Korrespondenz seiner Gesandten mit denen der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg.²⁰ DICKMANN bezeichnet den Markgrafen als „eifrige[n] Vorkämpfer der kleinen Stände und ihrer Rechte“, ²¹ sodass die Aktivitäten, die er nun entfaltete, nicht verwundern mögen. Tatsächlich sollte der Fränkische Kreis der erste Reichskreis sein, der den Kaiser gegen Ende des Jahres 1644 von seiner Absicht in Kenntnis setzte, bald Gesandte an den Kongress zu schicken.²²

Administrator August von Magdeburg wiederum gab finanzielle Gründe dafür an, noch keinen Gesandten geschickt zu haben.²³

Trotz dieser eher abschlägigen Reaktionen gaben die Welfenherzöge nicht auf, die angeschriebenen evangelischen Reichsstände doch noch zur Absendung ihrer Gesandten zu motivieren. Anlässlich Lampadius' bevorstehender erneuten Abreise zum Westfälischen Friedenskongress

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Ebd., fol. 199.

¹⁶ Friedrich Wilhelm an Christian Ludwig, Küstrin 1644 September 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 239-240.

¹⁷ Wilhelm an Christian Ludwig, Weimar 1644 September 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 237-237'.

¹⁸ Bürgermeister und Rat der Stadt Nürnberg an Christian Ludwig, Nürnberg 1644 Oktober 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 241-242.

¹⁹ Christian an Christian Ludwig, Bayreuth 1644 September 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 235'-236.

²⁰ Ebd., fol. 236.

²¹ DICKMANN: Frieden, S. 112.

²² Ebd., S. 168.

²³ August an Christian Ludwig, Halle/Saale 1644 Oktober 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 249-249'.

ging am 17. November ein weiterer Brief im Namen aller drei regierenden Herzöge von Braunschweig-Lüneburg an Administrator August von Magdeburg, Herzog Wilhelm zu Sachsen-Weimar, Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg und an die Stadt Nürnberg.²⁴ Darin argumentierten die Herzöge, die „eüserste noth unsers geliebten vaterlandes“ verbiete jedes weitere Zaudern der Reichsstände.²⁵ Diese müssten aktiv dazu beitragen, die Hindernisse auszuräumen, oder die Hoffnung auf Frieden müsse auf unabsehbare Zeit aufgegeben werden.²⁶ Deshalb sollten sie sich durch nichts weiter von der Entsendung abhalten lassen und so zum Gelingen der Friedensverhandlungen beitragen.²⁷

An den Kurfürsten von Brandenburg schrieben die drei Fürsten zwei Tage später. Die Welfenherzöge bekundeten, zwar wolle man dem Kurfürsten nicht in seine Beschlüsse hineinreden, doch sei man der Überzeugung, die von Friedrich Wilhelm genannten Hindernisse könnten nirgendwo besser als in Münster und Osnabrück beseitigt werden.²⁸ Deshalb sei eine schnelle Beschickung des Kongresses mehr als geboten, da sonst dessen Abbruch drohe.²⁹ Insgesamt schlugen die drei Herzöge in diesem Schreiben einen etwas moderateren Ton an als in ihren Briefen an die anderen Adressaten. Vermutlich wollten sie dem ranghöheren Kurfürsten gegenüber nicht zu fordernd auftreten.

An Markgraf Christian zu Brandenburg-Kulmbach schrieb Christian Ludwig am 22. November 1644 allein.³⁰ Zu dem Zeitpunkt hatte der Fränkische Kreis dem Kaiser bereits seinen Beschluss zur Beschickung des Kongresses mitgeteilt.³¹

Es gab mehrere Gründe, weshalb sich die Welfen insbesondere bei anderen evangelischen Ständen um die Absendung von Gesandten nach Westfalen bemühten: Zunächst drängten die beiden Kronen Frankreich und Schweden auf die Anwesenheit von Vertretern der Reichsstände und drohten, bei deren Ausbleiben den Kongress abubrechen. Oxenstierna mahnte die Rückkehr des Vertreters Christian Ludwigs zum Friedenskongress bereits gegen Mitte Oktober 1644 an und forderte dazu auf, bei den anderen Ständen ebenfalls für die Entsendung zu werben.³²

Auch die Franzosen setzten sich weiter offensiv für die Teilnahme der Reichsstände beim

²⁴ Friedrich, August d. J. und Christian Ludwig an Administrator August zu Magdeburg, Herzog Wilhelm zu Sachsen-Weimar, Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, Bürgermeister und Rat der Stadt Nürnberg, o. O. 1644 November 17, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 264-264'.

²⁵ Ebd., fol. 262-262', Zitat fol. 262.

²⁶ Ebd., fol. 262'-263.

²⁷ Ebd., fol. 263-263'.

²⁸ Friedrich, August d. J. und Christian Ludwig an Friedrich Wilhelm, Hannover 1644 November 19, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 265-265'.

²⁹ Ebd., fol. 265'-266.

³⁰ Christian Ludwig an Christian, Hannover 1644 November 22, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 269-271'.

³¹ DICKMANN: Frieden, S. 168.

³² Johan Oxenstierna an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Oktober 17, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 243-243', 248. Auch die Landgräfin von Hessen-Kassel wurde von den Schweden dazu aufgefordert, bei anderen Reichsständen für die Entsendung von Gesandten zu werben: BETTENHÄUSER: Landgrafschaft, S. 34, WEIAND: Hessen-Kassel, S. 104f.

Friedenskongress ein. Sowohl der französische König als auch seine Gesandten in Münster verfassten entsprechende Schreiben an die Welfenherzöge und andere Stände.³³ Die Unterstützung dieser Bemühungen durch die Welfenherzöge ist wohl auch als Versuch zu sehen, sich das Wohlgefallen der beiden Kronen zu sichern.

Die Herzöge hatten darüber hinaus ein starkes eigenes Interesse an der Anwesenheit weiterer reichsständischer Gesandtschaften am Kongress. Zum einen spielte für sie die Befürchtung, der Kongress könnte vor seinem eigentlichen Beginn abgebrochen und der Krieg dadurch eine weitere, unabsehbare Zeit fortgesetzt werden, eine Rolle. Diese Sorge formulierten sie, wie gezeigt, auch in ihren Briefen an andere Stände.

Hinzu kam zum anderen die Befürchtung, die kaiserlichen Gesandten könnten mit den Vertretern der beiden Kronen ohne Einbeziehung der Reichsstände verhandeln und Frieden schließen.³⁴ Sollten die (evangelischen) Reichsstände an den Friedensverhandlungen nicht beteiligt sein, so die Sorge, würden auch ihre Interessen nicht berücksichtigt werden. Der Kaiser mochte zwar Oberhaupt des Reiches sein, er trat jedoch vehement für seine eigenen Interessen ein und bildete im Krieg seine eigene Partei. Er konnte somit allenfalls als Vertreter der katholischen Seite gelten, doch viele Evangelische sahen ihre Gravamina von ihm nicht genügend berücksichtigt.³⁵ Daher versuchten die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg bevorzugt, andere fürstlich-evangelische Stände zur Beschickung des Kongresses zu motivieren, um die gemeinsamen evangelischen Interessen gewahrt zu sehen.

Lampadius' Rückkehr nach Osnabrück und Herzog August

Am 16. November 1644 wurden die Pläne für Lampadius' erneute Abreise nach Osnabrück konkreter. Die Regierung Christian Ludwigs wollte ihn eine gute Woche später wieder aufbrechen lassen.³⁶ Auch Herzog August von Braunschweig-Lüneburg wurde dieser Beschluss mitgeteilt, verbunden mit der Aufforderung, er möge einen Gesandten zur gemeinsamen Abreise nach Han-

³³ Etwa am 6. April, 20. August und 4. September 1644. König Ludwig XIV. von Frankreich an Christian Ludwig, Pavia 1644 August 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 212-213, Claude de Mesmes, comte d'Avaux, und Abel Servien, comte de la Roche des Aubiers, an Christian Ludwig, Münster 1644 September 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 216-219, d'Avaux und Servien an Christian zu Brandenburg-Kulmbach, Münster 1644 September 4, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 251', DICKMANN: Frieden, S. 167f.

³⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 303-303', Protokoll Konferenz zwischen Regierungsmitgliedern Christian Ludwigs und Regierungsmitgliedern Friedrichs, Celle 1644 Dezember 27, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 386.

³⁵ DICKMANN: Frieden, S. 178-180.

³⁶ Kanzler und Räte zu Hannover an Christian Ludwig, Hannover 1644 November 16, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 260.

nover schicken.³⁷ Lampadius reiste schließlich am 24. November 1644 wieder aus Hannover ab und erreichte drei Tage später, am 27. November, Osnabrück.³⁸

Die an Herzog August ergangene Aufforderung hatte dabei einen besonderen Hintergrund. Traten die drei regierenden Welfenherzöge nach außen, etwa in ihren Schreiben an ihre evangelischen Mitstände, möglichst geschlossen auf, so herrschten doch noch immer Misstrauen und Streit – etwa wegen der innerhalb des welfischen Hauses angefallenen Erbschaften – zwischen ihnen. Diese Zwietracht machte sich auch in der Frage, welche Gesandten die Herzöge an den Westfälischen Friedenskongress schickten, bemerkbar.

Bereits bei ihrem ersten Aufenthalt in Osnabrück hatten Lampadius und von Hammerstein bei Oxenstierna und Salvius die Abwesenheit von Gesandten Herzog Augusts entschuldigen müssen.³⁹ Da August der Aufforderung Christian Ludwigs, einen Gesandten zur gemeinsamen Weiterreise an den Friedenskongress nach Hannover zu entsenden, nicht nachgekommen war, musste Lampadius bei den Schweden – kaum war er im November 1644 wieder in Osnabrück – erneut die Absenz von Gesandten Herzog Augusts erklären. Lampadius meldete Christian Ludwig, es würde von den Schweden nicht sehr positiv aufgenommen werden, sollten die Vertreter Augusts noch sehr viel länger ausbleiben.⁴⁰ Nach außen legten Friedrich und Christian Ludwig durchaus Wert auf den Eindruck von Geschlossenheit und sahen sich auch für August in die Verantwortung genommen.

Intern jedoch zeigten sich die Regierungen Friedrichs und Christian Ludwigs mit dem Verhalten Herzog Augusts Ende 1644 deutlich unzufrieden. Auf einer Konferenz zwischen dem Geheimen Rat und Kanzler der calenbergischen Regierung, Dr. Justus Kipius, und lüneburgischen Räten Ende Dezember in Celle war dieses Thema Teil der Beratungen.⁴¹ Man beschloss, zunächst nicht weiter mit August zu kommunizieren, da er bislang keine Gesandten nach Osnabrück geschickt hatte. Sobald er dies nachholte, sah man allerdings die Notwendigkeit, wieder Kontakt zu ihm aufnehmen zu müssen.⁴² Auch was die Auswahl eines Gesandten anging, war man in Celle und Hannover nicht einverstanden mit den Entscheidungen Herzog Augusts. Man hatte inzwischen

³⁷ Kanzler und Räte zu Hannover an August d. J., Hannover 1644 November 16, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 261.

³⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 289.

³⁹ Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1644 Juli 29, APW II C 1, Nr. 196, S. 283.

⁴⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 291'.

⁴¹ Friedrich an Christian Ludwig, Celle 1644 Dezember 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 383.

⁴² Protokoll Konferenz zwischen Regierungsmitgliedern Christian Ludwigs und Regierungsmitgliedern Friedrichs, Celle 1644 Dezember 27, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 385'.

erfahren, er beabsichtige, sich von Dr. Chrysostomus Coeler vertreten zu lassen. Man hielt die Entsendung von Coeler für bedenklich und meinte, die Absicht dahinter zu kennen.⁴³

Was genau dies bedeutete, legte Christian Ludwig im Januar 1645 in einer Instruktion für seinen Geheimen Rat Paul Joachim von Bülow dar, der beauftragt war, sich mit dem Rat und späteren Gesandten Friedrichs, Heinrich Langenbeck, in Minden einzufinden, wo sie sich mit dem ebenfalls dorthin beorderten Lampadius unterreden sollten. Schon die Tatsache, dass August Coeler, den Schwiegersohn seines eigenen Gesandten Lampadius, als Gesandten auserkoren hatte, befremdete Christian Ludwig. Er hielt diese Wahl für äußerst unpassend, da Augusts Entscheidungen zuvor offen von seinen eigenen und denjenigen Friedrichs abgewichen waren. Daher glaubte sich der Herzog nicht auf die Unterstützung Augusts verlassen zu können.⁴⁴ Insbesondere befürchtete er, August werde Friedrich und ihn wie schon früher bei höheren Instanzen – gemeint war wohl der Kaiser – mit Verdacht belasten und allen Unglumpf auf ihnen abladen. Mit der Entsendung Coelers sah Christian Ludwig die Absicht Augusts verbunden, es nach außen so erscheinen zu lassen, als würden alle Entscheidungen in Bezug auf das welfische Gesamthaus von Friedrich und ihm, Christian Ludwig, allein getroffen.⁴⁵ Dies bedeute auch für Lampadius eine große Verantwortung, da dieser bei den anstehenden, wichtigen Verhandlungen als der allein Verantwortliche für die Vertretung des fürstlichen Hauses gelten würde. Coeler hingegen könne am Kongress nur als eine Art Strohmann wahrgenommen werden, dessen Anwesenheit eigentlich überflüssig sei.⁴⁶ Daher sollte auch Lampadius alle dienlichen Mittel einsetzen, um die Entsendung seines Schwiegersohnes zu verhindern.⁴⁷ Christian Ludwig wies Lampadius zudem ausdrücklich an, nicht mehr an August zu berichten. Lampadius habe ja zuvor selbst erklärt, er sei nicht willens, ebenfalls die Vertretung Augusts zu übernehmen. Bei diesem Beschluss solle es bleiben, damit August keinen weiteren Vorwand erhalte, länger die Entsendung eigener Gesandter zu verzögern oder die Beschlüsse Friedrichs und Christian Ludwigs an Orten zu verbreiten, an denen sie nichts zu suchen hätten.⁴⁸ Das Verhältnis Friedrichs und Christian Ludwigs zu August war also deutlich von Misstrauen geprägt. Möglicherweise waren dies noch Nachwirkungen der Verhandlungen im Umfeld der Friedensschlüsse von Prag und Goslar, bei denen insbesondere August sehr intensiv und früher als die anderen Welfenherzöge um das kaiserliche Wohlgefallen bemüht gewesen war.⁴⁹ Offenkundig hatten Friedrich und Christian Ludwig den Eindruck gewonnen, dies sei in nicht geringem Ausmaß auf ihre Kosten erfolgt.

⁴³ Ebd., fol. 386ʳ.

⁴⁴ Instruktion Christian Ludwigs für Paul Joachim von Bülow, Hannover 1645 Januar 22, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 27ʳ.

⁴⁵ Ebd., fol. 28.

⁴⁶ Ebd., fol. 28-28ʳ.

⁴⁷ Ebd., fol. 28ʳ-29.

⁴⁸ Ebd., fol. 29.

⁴⁹ S. oben, Kap. 1, S. 42, 52.

Daraufhin schrieb Lampadius mehrfach selbst an Herzog August und bat nicht nur um rasche Absendung seiner Vertreter zum Friedenskongress, sondern auch darum, Coeler dabei nicht zu berücksichtigen.⁵⁰ Er argumentierte vorrangig mit der Unerfahrenheit seines Schwiegersohnes, die ihn ungeeignet für die kommenden, schweren Verhandlungen erscheinen ließ und eine übermäßige Verantwortung bedeutete. Er benannte aber auch offen das Unbehagen Christian Ludwigs und Friedrichs über Augusts Entscheidung für Coeler und das daraus möglicherweise erwachsende Misstrauen.⁵¹ Obwohl Lampadius mangels Kreditivs ohne Weiteres nicht in Augusts Namen tätig werden konnte,⁵² gelang es August zunächst dennoch, Lampadius für seine Zwecke einzuspannen zu lassen. Lampadius berichtete Christian Ludwig am 6. Januar 1645 wenig angetan, er habe einen Auftrag Herzog Friedrichs erhalten, den er als dessen derzeitiger Vertreter nicht gut ablehnen könne. Friedrich hatte Lampadius angewiesen, für August von den schwedischen Gesandten ein Schreiben an Generalfeldmarschall Torstenson zu erwirken, in welchem letzterer von seinen aktuellen Forderungen an August abgemahnt werden sollte.⁵³ Torstenson hatte einem seiner Offiziere die Territorien Augusts unter anderem zur weiteren Truppenaushebung zugewiesen, wogegen sich August verwahrt hatte.⁵⁴ Lampadius sah sich gezwungen, dieser Anweisung nachzukommen, wollte aber mögliche Nachteile daraus für Christian Ludwig vermeiden.⁵⁵

Nachteile waren deshalb zu befürchten, da Lampadius – um dem Anliegen Augusts mehr Gewicht zu verleihen – bei den Schweden im Namen aller drei regierenden Welfenherzöge vorsprechen musste. So warnte er vor einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen dem fürstlichen Haus Braunschweig-Lüneburg und der Krone Schweden. Dem fügte er hinzu, solches würde auch die anderen evangelischen Reichsstände betrüben, die weiteren Verhandlungen belasten und darüber hinaus dem Ruf der Schweden insgesamt schaden.⁵⁶ Erneut bezog Lampadius rhetorisch alle Evangelischen ein und argumentierte mit einem drohenden Ehrverlust der Schweden. In diesem Fall sollte der Verweis auf alle Evangelischen wohl dazu dienen, Friedrich und Christian Ludwig ein Stück weit zu entlasten.

Die beiden schwedischen Gesandten sagten Lampadius in der Tat zu, an Torstenson zu schreiben, da die schwedische Krone ein Interesse daran habe, ein gutes Verhältnis zum Haus Braun-

⁵⁰ Lampadius an August d. J., Minden 1645 Februar 25, Ausfertigung, StA Wolfenbüttel, 15 Alt 8, fol. 153-153', Lampadius an August d. J., Osnabrück 1645 März 6, Ausfertigung, StA Wolfenbüttel, 15 Alt 8, fol. 160-160'.

⁵¹ Ebd., fol. 153, 160.

⁵² Lampadius an August d. J., Osnabrück 1645 April 20, Ausfertigung, StA Wolfenbüttel, 15 Alt 8, fol. 203-203'.

⁵³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Januar 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 444.

⁵⁴ Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1645 Januar 13, APW II C 1, Nr. 265, S. 449 mit Beilagen Nr. 14, S. 451.

⁵⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Januar 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 444.

⁵⁶ Lampadius an August d. J., Osnabrück 1645 Januar 10, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 11.

schweig-Lüneburg aufrechtzuerhalten.⁵⁷ Sie gingen somit dezidiert nur auf den ersten Teil von Lampadius' Argumentation ein. Friedrich und Christian Ludwig blieben in Haftung für August. In der Tat geriet die von Lampadius zugleich geäußerte Erklärung, er sei zu einer besonders intensiven Zusammenarbeit mit den Schweden befehligt, bei Salvius und Johan Oxenstierna unter den Verdacht, nur ein Lippenbekenntnis zugunsten der Sache Herzog Augusts zu sein. Möglicherweise bemerkte Lampadius diesen Zweifel bei den Schweden und fügte deshalb hinzu, Herzog August habe sich tapfer dagegen gewehrt, aufseiten Dänemarks in den Krieg verwickelt zu werden.⁵⁸

Das Ansehen Augusts bei den Schweden blieb dennoch schlecht. Kurz nach diesem Einsatz für August erzählte der Hessen-Kasseler Gesandte Scheffer Lampadius im Vertrauen, es komme Oxenstierna und Salvius merkwürdig vor, dass August noch immer keine eigenen Gesandten zum Kongress geschickt hatte. Sie würden es als Zeichen einer Separation Augusts von seinen Vettern deuten. Lampadius gegenüber äußerten sich die schwedischen Gesandten darüber zwar nicht, doch zeigten sie dem calenbergischen Vizekanzler ein Schreiben Augusts, das ihrer Ansicht nach wenig Wertschätzung für sie erkennen ließ. Lampadius sah sich genötigt, zu beschwichtigen: Tatsachen wie die Einigkeit der drei regierenden Welfenherzöge in ihrer politischen Linie müssten mehr gelten als ein solches, wohl im Zorn verfasstes Schreiben. Die Gesandten Augusts würden bald folgen.⁵⁹ Trotz der intern vorhandenen Differenzen lag es nicht im Interesse Friedrichs und Christian Ludwigs, den Bruch offen zutage treten zu lassen und sie setzten lieber ihre eigene Reputation als Mittel gegen das Negativbild Augusts bei den Schweden ein. Sollte August von ihnen als unzuverlässig oder gar feindselig wahrgenommen werden, hätte dies möglicherweise neben einer Zunahme der militärischen Bedrohung für ihre Territorien insgesamt eine Schwächung der Verhandlungsposition des Hauses Braunschweig-Lüneburg bedeutet. Lampadius kam daher in die Verlegenheit, August in Schutz nehmen zu müssen, obwohl selbst sein eigener Herr dessen Intentionen als abträglich beurteilte. Damit war die Beziehung Friedrichs und Christian Ludwigs zu August durch Ambivalenz gekennzeichnet: Obwohl das persönliche Verhältnis zwischen den Herzögen angespannt war, blieben sie aufgrund der gemeinsamen Hausinteressen aufeinander angewiesen.

Die Interpositionsfrage und Möglichkeiten der Beteiligung

Bevor Lampadius jedoch diesen – so gesehen heiklen – Auftrag für August übernehmen musste, warteten nach seiner erneuten Ankunft in Osnabrück Ende November 1644 zunächst andere

⁵⁷ Lampadius an August d. J., Osnabrück 1645 Januar 10, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 11-11', Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1645 Januar 13, APW II C 1, Nr. 265, S. 449.

⁵⁸ Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1645 Januar 13, APW II C 1, Nr. 265, S. 449.

⁵⁹ Lampadius an August d. J., Osnabrück 1645 Januar 10, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 11'.

Fragen auf ihn. Vom dänischen Gesandten erfuhr Lampadius von der Entscheidung der Kaiserlichen, in Osnabrück ohne Interposition zu verhandeln. Der welfische Gesandte glaubte, der Kaiser und seine Gesandten bevorzugten diesen Modus, um „desto geheimbter“ und letztlich ohne Beteiligung der Reichsstände verhandeln zu können.⁶⁰ Einen Ausschluss der Reichsstände aber wollte Lampadius auf jeden Fall verhindern. Bei seiner Antrittsvisite beim kaiserlichen Vertreter, Graf Lamberg, erklärte er sich daher mit Hinweis auf den Goslarer Frieden dazu bereit, Botenaufgaben als Internuntius – wohlgemerkt nicht die Interposition – zu übernehmen, wenn dies den Kaiserlichen genehm wäre. Lamberg antwortete höflich, aber ausweichend, er müsse sich darüber erst mit seinem Kollegen Krane beraten.⁶¹ Lampadius ahnte offenkundig noch immer nicht, welche Überlegungen die Kaiserlichen bezüglich einer welfischen Mittlertätigkeit zwischen ihnen und den Schweden schon im Sommer angestellt hatten.⁶² Dieses Anerbieten des welfischen Vertreters dürfte sie in ihrem Verdacht bestätigt haben, auch wenn es eine deutlich weniger exponierte Stellung betraf. Lamberg und Krane vermerkten in ihrem Bericht an den Kaiser allerdings nur die neuerliche Ankunft Lampadius’ am Kongress und äußerten sich nicht zum Angebot des welfischen Gesandten.⁶³ Da die Entscheidung zur Ablehnung einer Interposition in Osnabrück von kaiserlicher Seite bereits getroffen war, spielte die Frage, wie ein mindermächtiger Reichsstand wie die Welfen sich dazu positionierte, ohnehin keine große Rolle mehr. Zudem passte Lampadius’ Angebot aufgrund ihrer Fehlinterpretation ganz ins Bild der kaiserlichen Vertreter, war also nicht überraschend und daher berichtenswert. Und Auersperg, der seinerzeit die welfischen Aktivitäten intensiv beobachtet und sich besonders negativ über ihre Absichten geäußert hatte, war bereits im September 1644 vom Kongress abberufen worden und hatte somit keine Gelegenheit, sich dazu erneut zu äußern.⁶⁴

Die Frage, auf welche Weise verhandelt werden sollte, beschäftigte die Gesandten am Friedenskongress allerdings auch in der folgenden Zeit. Die schwedischen Gesandten überlegten, ob sie auf den Vorschlag der Kaiserlichen, ohne Interposition zu verhandeln, eingehen sollten und kamen zu dem Schluss, es kämen verschiedene Verhandlungsweisen infrage. Lampadius ließen sie Anfang Dezember 1644 direkt als Internuntius für das Haus Braunschweig-Lüneburg zu und

⁶⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 289. Dänisch-kaiserliche Bündnisverhandlungen waren im September 1644 gescheitert, weshalb der Kaiser beschloss, am Kongress keine Rücksicht mehr auf eine mögliche dänische Vermittlung zu nehmen und fortan Direktverhandlungen mit Schweden anstrebte. Der dänische König Christian IV. hatte wiederum bereits im August 1644 offiziell auf die Vermittlerposition verzichtet, was am Kongress im September bekannt wurde und endgültig den Weg für die Direktverhandlungen eröffnete: LORENZ: Friedensvermittlung, S. 47f.

⁶¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 290.

⁶² S. oben, Kap. 2, S. 70-74.

⁶³ Graf Johann Maximilian Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1644 November 28, APW II A 2, Nr. 41, S. 74.

⁶⁴ RUPPERT, Politik, S. 29.

fragten ihn zudem nach seiner Meinung bezüglich des Verhandlungsmodus.⁶⁵ Auch der welfische Gesandte betrachtete es als sinnvoll, sich diesbezüglich nicht festzulegen, sollte die Interposition ausscheiden, sondern sich die übrigen Möglichkeiten offen zu halten und sowohl mündlich als auch schriftlich und über Dritte zu verhandeln. Lampadius akzeptierte mit Hinweis auf frühere Absprachen die ihm von den Schweden angetragene Botentätigkeit eines Internuntius, schlug aber vor, ihm zur Abwendung eines eventuellen Verdachts der Kaiserlichen den Bischof von Bamberg oder Würzburg zur Seite zu stellen.⁶⁶ Lampadius' Unkenntnis der kaiserlichen Überlegungen wird auch hier offenbar.

Am wichtigsten aber war Lampadius hinsichtlich des Verhandlungsmodus, dass die Schweden nicht ohne Vorwissen und Zustimmung der Reichsstände verhandelten und einzelne Punkte, die zum künftigen Friedensvertrag gehörten, abschlossen.⁶⁷ Dies sagte Salvius Lampadius auch zu. Die Reichsstände sollten demnach den Verhandlungsgrundlagen zwischen den Schweden und den Kaiserlichen ihre Anliegen hinzufügen dürfen. Auch wollten die Schweden nichts Wesentliches vor Eintreffen weiterer reichsständischer Vertreter verhandeln.⁶⁸ Damit schien Lampadius einem wichtigen Ziel seiner Mission bereits deutlich nähergekommen zu sein, nämlich den Ausschluss der Reichsstände von den Verhandlungen zu verhindern. Es eröffnete sich der Weg, die Positionen der evangelischen Reichsstände durch die Schweden vertreten zu lassen.

Die Schweden selbst hielten in ihrem Bericht an Königin Christina fest, Lampadius und der Hessen-Kasseler Scheffer, der bei den Gesprächen ebenfalls anwesend war, hätten sich erfreut über das vorzeitige Scheitern der dänischen Interposition geäußert. Die beiden reichsständischen Gesandten seien überzeugt, diese wäre der Sache der Evangelischen im Reich abträglich gewesen, da der dänische König durch sie versucht hätte, die Reichsstände von Frankreich und Schweden zu trennen. Zudem würden Lampadius und Scheffer bezweifeln, ob der dänische König die Gra-

⁶⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 303-303', Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1644 Dezember 9, APW II C 1, Nr. 257, S. 426f.

⁶⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 303', Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1644 Dezember 9, APW II C 1, Nr. 257, S. 426f. Lampadius und von Hammerstein hatten den beiden schwedischen Gesandten schon bei ihrem Aufenthalt im Sommer 1644 erklärt, die Gesandten des Hauses Braunschweig-Lüneburg seien generell bevollmächtigt, als Internuntien zwischen Schweden und Kaiserlichen zu fungieren, falls dies beiden Seiten genehm wäre: Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, APW II C 1, Nr. 196, S. 285.

⁶⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 303-303'.

⁶⁸ Ebd., fol. 304. In dieser Deutlichkeit findet sich diese Zusage Oxenstiernas und Salvius' in ihrem Bericht an die Königin nicht. Die beiden schwedischen Gesandten äußerten ihrer eigenen Auskunft nach allgemein ihr Gefallen an der von Lampadius im Namen der Welfenherzöge erbotenen Kooperation: Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1644 Dezember 9, APW II C 1, Nr. 257, S. 427. Allerdings setzte sich Schweden ja bereits vehement für eine Beteiligung der Reichsstände an den Friedensverhandlungen ein, weshalb den beiden Gesandten die Zusage, reichsständische Interessen in ihren Friedensvorschlägen zu berücksichtigen, nicht mehr sonderlich ausgefallen und daher berichtenswert erschienen sein mag. Oxenstierna und Salvius blieben dieser Zusage jedenfalls treu.

vamina bei den Friedensverhandlungen überhaupt berücksichtigt und nicht auf einen Reichstag verwiesen hätte.⁶⁹

Die offizielle Linie Christian Ludwigs sah allerdings noch anders aus. Er befand, Lampadius solle sich mit dem dänischen Vertreter gut stellen und dem dänischen König zeigen, wie sehr die Welfenherzöge ihn schätzten und seine Interposition wünschten.⁷⁰ Bereits in der Instruktion vom Mai 1644 hatte Christian Ludwig – wie bereits gesehen – die Unterstützung der dänischen Interposition sehr befürwortet.⁷¹ Und auch nachdem die Kaiserlichen bereits die Interposition für Osnabrück abgelehnt hatten, äußerten Friedrich und Christian Ludwig am 8. Januar 1645 Lampadius gegenüber ihr Bedauern über die Entscheidung, den Dänen diese Aufgabe nicht zu lassen.⁷² Möglicherweise ist die dieser Auffassung zuwiderlaufende Äußerung Lampadius' in Anwesenheit Oxenstiernas und Salvius' nicht allein der Situation geschuldet, in der es ihm vorteilhaft erschienen sein mag, den Schweden durch eine negative Bewertung der – ohnehin schon gescheiterten – dänischen Interposition zu schmeicheln und damit ihre Unterstützung zu gewinnen. Darüber hinaus könnte Lampadius zu diesem Zeitpunkt bereits über eine grundsätzliche Haltung entschieden gehabt haben, die er seinen Herren gegenüber wenig später, am 20. Januar 1645, formulierte: „Noch zur zeit kan ich nicht anders spüren, alß daß es die Schwedischen mit den Evangelischen Reichsständen gut meinen, undt werden meines erachtens die Evangelische Reichsstände bey diesen Tractaten einen schlechten markt halten, wen die Cron Schweden bey denselben nicht wirt tapfer umbtreten. Darumb man auch bei den Schwedischen guten willen undt opinionones conserviren und zu widrigen gedanken keinen anlaß geben muß. Die Schwedischen Legati seint erpietig ohne zuziehung der Reichsstände von Reichssachen nicht zu tractiren“. ⁷³ Mit den Dänen hingegen dürfe er „keine sonderliche familiaritet machen, wen ich bey den Schwedischen suspiciones vermeiden will.“⁷⁴ Er wolle daher wie befohlen mit dem dänischen Sekretär Kontakt halten, jedoch keine allzu große Nähe entstehen lassen.⁷⁵ Für Lampadius war somit der Weg einer engen Anlehnung an die Schweden schon sehr früh vorgezeichnet und beruhte auf einer bewussten Entscheidung. Ob dafür auch frühere negative Erfahrungen Lampadius' mit dem Dänenkönig Christian IV. eine Rolle spielten, lässt sich nicht nachweisen;⁷⁶

⁶⁹ Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1644 Dezember 9, APW II C 1, Nr. 257, S. 426.

⁷⁰ Instruktion Christian Ludwigs für Kanzler Justus Kipius für die Konferenz zu Celle, Hannover 1644 Dezember 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 366-366'.

⁷¹ Instruktion Christian Ludwigs für die Westfälischen Friedensverhandlungen, Hannover 1644 Mai 20, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 3', s. auch Kap. 2, S. 75.

⁷² Instruktion Friedrichs und Christian Ludwigs für Lampadius, Celle 1645 Januar 8, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 429.

⁷³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Januar 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 31.

⁷⁴ Ebd., fol. 31.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Zu denken wäre etwa an die Entlassung Lampadius' 1626 auf dänischen Druck oder die Weitergabe der dänischen Schulden Friedrich Ulrichs an den Kaiser 1629, mit deren Folgen – in Form der Tillyschen Schuld – sich Lampadius

diese könnten Lampadius aber darin bestärkt haben, eine Zusammenarbeit mit den Dänen eher vermeiden zu wollen.

Da eine größere Rolle der Dänen am Friedenskongress ohnehin ausfiel, mochte es für ihn nahe liegen, sich um die Hilfe der Schweden zu bemühen, auch wenn die Wünsche seiner Herren zunächst anders gelaute hatten. Dies zumal, da eine aktive Teilnahme der Reichsstände am Kongress auch für Christian Ludwig Priorität vor anderen Erwägungen besaß. So wurde in einer Instruktion für den calenbergischen Kanzler Justus Kipius, der sich Ende Dezember 1644 in Celle mit den Räten Herzog Friedrichs über eine Instruktion für Lampadius abstimmen sollte,⁷⁷ die Beteiligung der Stände „mitt Ihren votis et suffragiis“ als das vorläufig wichtigste Ziel formuliert.⁷⁸ Auf welche Weise die Verhandlungen geführt würden, so war man in Hannover überzeugt, werde sich schließlich von selbst ergeben.⁷⁹ Lampadius sollte es als dem Experten vor Ort vorläufig überlassen bleiben, wie er sich dazu verhalten würde.⁸⁰

Eine enge Anlehnung an die Schweden war möglich, da auch auf schwedischer Seite nach wie vor großes Interesse bestand, sich das Haus Braunschweig-Lüneburg gewogen zu erhalten. Königin Christina zeigte sich etwa im September 1644 sehr erfreut über das welfische Anerbieten von Assistenz und Kooperation während der Friedensverhandlungen und wies ihre Gesandten an, sich den Herzögen auf das Beste und Humanste zu erweisen – wenngleich dies nicht die von welfischer Seite gewünschte Restitution der schwedisch besetzten Festungen einschloss.⁸¹ Trotz dieser Einschränkung wurde der Wunsch nach enger Zusammenarbeit am Kongress eindeutig von den Schweden geteilt und wiederholt formuliert.⁸²

Eine Annäherung an die Schweden bedeutete im Übrigen auch für Lampadius nicht, ihnen in all ihren Wünschen zu willfahren. Lampadius weigerte sich etwa, den Beschluss der schwedischen Gesandten, ohne Teilhabe der Reichsstände nicht verhandeln zu wollen, den Kaiserlichen zu überbringen. Und dies, obwohl er inhaltlich mit dieser Position übereinstimmte und sich vorher grundsätzlich einverstanden erklärt hatte, gewisse Botenaufgaben zu übernehmen. Er lehnte mit dem Argument ab, es sei nicht ratsam, dass er „so bald anfangs so eine unangenehme materiam

noch immer befassen musste, S. oben, Kap. 1, S. 32, 39. Insgesamt könnten diese Erfahrungen zu einer tendenziell antidänischen Haltung Lampadius' beigetragen haben. Auf jeden Fall nahm Lampadius keineswegs nur dann Zuflucht bei den Schweden, wenn er keine andere Lösung wusste, wie BRUNERT dies für die evangelischen Reichsstände für möglich hält: BRUNERT: Friedenssicherung, S. 256.

⁷⁷ Protokoll Konferenz zwischen Regierungsmitgliedern Christian Ludwigs und Regierungsmitgliedern Friedrichs, Celle 1644 Dezember 27, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 384.

⁷⁸ Instruktion Christian Ludwigs für Kipius für die Konferenz zu Celle, Hannover 1644 Dezember 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 364'.

⁷⁹ Ebd., fol. 364.

⁸⁰ Ebd., fol. 364'-365.

⁸¹ Die Königin an Johan Oxenstierna und Salvius, Stockholm 1644 September 19, APW II C 1, Nr. 214, S. 332.

⁸² Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1644 Dezember 9, APW II C 1, Nr. 257, S. 427, die Königin an Johan Oxenstierna und Salvius, Stockholm 1645 Januar 24, APW II C 1, Nr. 270, S. 464f.

fürtragen sollte“, die einen regelrechten Zankapfel zwischen Kaiserlichen und Ständen darstellte.⁸³ Lampadius befürchtete, er „würde auch dadurch E. F. G. [Christian Ludwig, T. B.] und meine wenige person so bald anfangs verdecktig und odios machen“ und so „fürters in Tractatu conditionum pacis wenig [...] operiren können“. ⁸⁴ Deshalb bat er Friedrich und Christian Ludwig um weitere Instruktionen. ⁸⁵ Auch Lampadius sah also die Notwendigkeit gegeben, zu Beginn der Friedensverhandlungen nicht zu sehr in Aktion zu treten, insbesondere, wenn er damit den Zorn Dritter erregen konnte.

Überlegungen in Hannover und Celle

Die Antwort Christian Ludwigs war eine Bestätigung für Lampadius' Handeln zumindest hinsichtlich Letzterem. Er wurde angewiesen, „biß mehr Stände des Reichs herbeikommen behutsamb zugehen, damit allerhand schwere odia so viel muglich declinirt, auch ohn der andern interessenten vorwissen und beliebung nichts p[rä]judicirlichs von uns eingegang[en] oder von andern dahin ausgedeutet werd[en] köne oder muge.“⁸⁶ Über das weitere Vorgehen wollte sich Christian Ludwig mit Herzog Friedrich abstimmen, weshalb die schon erwähnte Konferenz zu Celle anberaumt wurde.⁸⁷

Dementsprechend stellte man in Hannover Vorüberlegungen zu einer weiteren Instruktion für Lampadius an. Zwar taten sich die calenbergischen Geheimen Räte schwer, zu diesem Zeitpunkt Handlungsanweisungen für Lampadius zu formulieren, da sie noch zu wenig über die Verhandlungen und die Intentionen der Kronen wüssten. Sie waren sich aber einig darin, Lampadius zunächst den Rückhalt anderer evangelischer Reichsstände suchen zu lassen und dadurch jeden Verdacht zu vermeiden. Sie hatten auch Bedenken, ob Lampadius sich überhaupt zur Kooperation erbieten und etwa die Aufgaben eines Internuntius übernehmen sollte. Auf keinen Fall wollte man anderen Ständen, deren Gesandte noch nicht anwesend waren, präjudizieren und sich ihren Unmut zuziehen.⁸⁸ Insgesamt äußerten sie sich also wie schon Christian Ludwig in seiner Antwort an Lampadius.

Damit war nicht nur die Frage, welchen Eindruck das Handeln der Welfenherzöge und ihrer Bevollmächtigten beim Kaiser und den beiden Kronen hinterlassen würde, von Bedeutung. Ebenso wichtig war die Meinung der anderen Reichsstände, die man wie selbstverständlich als Gleicher

⁸³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 304'.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Ebd., fol. 305.

⁸⁶ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1644 Dezember 12, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 333.

⁸⁷ Ebd., Christian Ludwig an Friedrich, Hannover 1644 Dezember 12, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 335, Friedrich an Christian Ludwig, Celle 1644 Dezember 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 336, 336'.

⁸⁸ Protokoll Ratssitzung, Hannover 1644 Dezember 19, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 349-351.

unter Gleichen nicht ungestraft übergehen zu können meinte. Schon eine Positionierung in allgemeinen Fragen ohne vorherige Einbindung anderer Reichsstände erschien problematisch, wurden dadurch doch deren Mitbestimmungsrechte verletzt, wie sie sich im Reichsherkommen bereits herausgebildet hatten.⁸⁹

An dieser Stelle kommt der symbolische Aspekt des Handelns sehr stark zum Tragen: Ein Übergehen der anderen Reichsstände konnte ein empfindliches Präjudiz für deren Rang und Rechte bedeuten, die aufs Engste an die Ausübung gewisser (symbolischer) Handlungen geknüpft waren. So gesehen musste mit heftigen Widersprüchen anderer reichsständischer Gesandter gegen eine solche ‚Anmaßung‘ gerechnet werden. Es fehlte die in einem Verfahren – den gemeinsamen Beratungen – gewonnene, gemeinsam getragene und damit legitime Entscheidung.⁹⁰

In Hannover traute man Lampadius aufgrund „seiner bekanten dexterität“ ohne Weiteres zu, den richtigen Umgang mit den aktuell wichtigsten Fragen zu finden, nämlich der Beteiligung der Reichsstände und dem Verhandlungsmodus.⁹¹ Allerdings wollte man ihn noch einmal ausdrücklich dazu anhalten, dem Haus Braunschweig-Lüneburg nicht den Hass anderer evangelischer Fürsten aufzubürden.⁹² Dafür sah man besondere Vorsicht geboten, da man – wie man formulierte – nicht ahnen könne, wie sich die Verhandlungen entwickeln würden und häufig erst im Nachhinein wisse, ob ein Mittel nützlich oder schädlich sei.⁹³ Die Regierung zu Hannover war sich der schwierigen Aufgabe eines Unterhändlers beim Friedenskongress also sehr bewusst. Sie setzte großes Vertrauen in Lampadius’ Fähigkeiten, dennoch einen guten Weg zu beschreiten. Die Eigenverantwortlichkeit des calenbergischen Vizekanzlers war damit von vornherein sehr hoch. Er musste in der Lage sein, selbstständig schwierige Sachverhalte zu beurteilen und auf dieser Grundlage nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Lampadius selbst sah sich auch durchaus imstande, diesen besonderen Anforderungen gerecht zu werden. Wie er später ausdrücklich formulierte, glaubte er, in den allermeisten Fragen auch ohne Instruktion zum Gefallen seines Herrn verhandeln zu können.⁹⁴ Damit entsprach er gewissermaßen seiner Doppelrolle als Gesandter und hohes Mitglied der fürstlichen Regierung: Lampadius vertrat die welfischen Interessen in Osnabrück und Münster ja nicht ‚nur‘ nach außen, er war darüber hinaus als calenbergischer Vizekanzler auch an deren Formulierung maßgeblich beteiligt.

⁸⁹ S. oben, Einleitung, S. 8-10, außerdem etwa KAMPMANN: Europa, S. 114.

⁹⁰ S. oben, Einleitung, S. 10f.

⁹¹ Instruktion Christian Ludwigs für Kipius für die Konferenz zu Celle, Hannover 1644 Dezember 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 364’-365.

⁹² Ebd., fol. 365.

⁹³ Ebd., fol. 365-365’.

⁹⁴ S. unten, Kap. 8, S. 350.

Als Leitlinie wollte die Regierung zu Hannover Lampadius nur recht allgemeine Handlungsanweisungen „pro principio et regula“ an die Hand geben.⁹⁵ Lampadius sollte „mit höchstem fleiß [...] dahin sehen das er keinem theill anlaß gebe, ainige begründete Verdacht zuschopffen, ob thete Unser Fürstl. Hauß mehr uff eine, als andere seiten incliniren.“⁹⁶ Würde er also von einer Partei in wichtigen Fragen um seine Meinung gebeten werden, so sollte er zuerst diejenige seines Gegenübers erfragen.⁹⁷ Gab es dann Anlass für Zweifel, sollte er sich Bedenkzeit ausbitten und Rücksprache mit anderen, vor allem evangelischen, bei Bedarf auch katholischen reichsständischen Gesandten halten. Entsprechend dieser Direktive war die Regierung zu Hannover mit Lampadius' Weigerung zufrieden, die Entscheidung der schwedischen Gesandten den Kaiserlichen zu überbringen, da solches nur „böses geblüet unndt affection“ hervorgerufen hätte.⁹⁸ Nach außen wollte man sich weiter neutral geben. Lampadius ging mit seinem Kurs der Anlehnung an die Schweden gewissermaßen schon einen Schritt darüber hinaus.

In Hannover galt das Vermeiden von Alleingängen nahezu als oberstes Prinzip, weshalb man sich sehr zurückhaltend verhalten wollte: Dem Vorbild des Fränkischen Kreises entsprechend überlegte die Regierung, einen Kreistag einzuberufen, um dem Kaiser gegenüber im Verbund mit anderen Ständen aufzutreten.⁹⁹ Dies hielt man für einen insbesondere für das Welfenhaus „reputirliche[n] unnd [...] sichere[n] wegk“, der somit deutliche Vorteile gegenüber einem Alleingang versprach.¹⁰⁰ Insgesamt vertraten Christian Ludwig und seine Räte die Auffassung, es sei „itzo Zeit, unnd eben die rechte Zeit, für die Ehre Gottes seine beträngten Evangelischen Kirchen des Reichs Wolfahrt, auch Fürsten und Stände libertät zureden, Unndt man sich hierunter Manlich unndt nicht zaghaftt zuerzeigen, gleichwoll aber solches allemahl so zumenagiren das die Verandtwortung mit gemeinen Axeln getragen, unndt nicht einem unnd sonderlich unserm Fürstl[ichen] Hause oder wenig Evangelischen Fürsten unndt Ständen uffgehalset werden müege.“¹⁰¹

„Finis ultimus“ der Friedensverhandlungen sollte sein, das Reich teils wieder in den Stand von 1618, teils auch in die Zeit davor zurückzusetzen, nämlich in die Regierungsjahre unter Maximilian II. und Rudolf II.¹⁰² Die seitdem entstandenen Differenzen müssten genauso wie die Kriegsgründe und das gegenseitige Misstrauen aufgehoben werden, und zwar getrennt von den Fragen, welche die „Ausländische[n] Kriege“ betrafen.¹⁰³ Der Prager Frieden und die Schöne-

⁹⁵ Instruktion Christian Ludwigs für Kanzler Justus Kipius für die Konferenz zu Celle, Hannover 1644 Dezember 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 365.

⁹⁶ Ebd., fol. 365^r.

⁹⁷ Ebd., fol. 365^r-366.

⁹⁸ Ebd., fol. 366.

⁹⁹ Ebd., fol. 367^r-368.

¹⁰⁰ Ebd., fol. 368.

¹⁰¹ Ebd., fol. 368-368^r.

¹⁰² Ebd., fol. 369.

¹⁰³ Ebd., fol. 369^r.

beckischen Traktate kamen als Grundlage für den Frieden nicht in Betracht.¹⁰⁴ Sollten sich allerdings gute Einzelpunkte darin finden, so könnten diese neben den eigenen Forderungen aufgegriffen und vertreten werden.¹⁰⁵ Die sogenannten Schönebeckischen Traktate hatten im Herbst und Winter 1635 in Schönebeck an der Elbe zwischen Vertretern des schwedischen Reichskanzlers Axel Oxenstierna und des Kurfürsten zu Sachsen als kaiserlichem Kommissar stattgefunden.¹⁰⁶ Unter dem Eindruck des gerade geschlossenen Prager Friedens war Schweden dabei zu größeren Zugeständnissen für einen Friedensschluss bereit gewesen, dennoch kam eine Einigung nicht zustande. Zwar verlangten die Schweden eine Amnestie mit dem Stichjahr 1618 – auf die zu verzichten der schwedische Reichshofrat sogar bereit war –, doch machten dessen Vertreter keine territorialen Forderungen geltend. Außerdem stellten sie keine Forderungen in Bezug auf die Reichsverfassung, um etwa durch die Festschreibung des reichsständischen Bündnisrechtes die kaiserliche Position zu schwächen.¹⁰⁷ Später versuchte die kaiserliche Seite vergeblich, erneut an diese Verhandlungen anzuknüpfen und Schweden zu ähnlichen Zugeständnissen zu bewegen.¹⁰⁸ Wären die Schönebeckischen Traktate erneut zur Verhandlungsgrundlage geworden, hätten die evangelischen Reichsstände kaum auf schwedische Hilfe hoffen dürfen. So überrascht deren Ablehnung in Hannover nicht.

Die gemeinsame Konferenz von Räten Herzog Friedrichs und Christian Ludwigs Ende Dezember 1644 in Celle brachte ganz ähnliche Ergebnisse. Lampadius sollte angewiesen werden, die Ankunft weiterer Gesandter abzuwarten und sich so lange nicht auf weitere Verhandlungen einzulassen. Man hielt es für bedenklich, wenn er sich kooperierend als Überbringer von Nachrichten etwa zwischen den Kaiserlichen und den Schweden einsetzen lassen würde. Selbst wenn er diese Aufgabe nicht allein übernehme, sondern gemeinsam mit dem Bamberger oder Würzburger Gesandten, würde, so war man überzeugt, der Kaiser dies nicht gern sehen.¹⁰⁹ Laut der gemeinsamen Beschlüsse fürchtete man also vor allem den Unmut des Kaisers, nicht so sehr den anderer Reichsstände, der bei den Erwägungen der Regierung zu Hannover eine mindestens gleich große Rolle gespielt hatte.

Das Ergebnis war aber letztlich dasselbe: Lampadius sollte sich bis zum Eintreffen weiterer Gesandter im Hintergrund halten, allerdings dafür sorgen, dass den Reichsständen kein Präjudiz geschehe oder diese gar von den Friedensverhandlungen ausgeschlossen würden.¹¹⁰ Ziel der Ver-

¹⁰⁴ Ebd., fol. 369^v-370.

¹⁰⁵ Ebd., fol. 370.

¹⁰⁶ DICKMANN: Frieden, S. 76.

¹⁰⁷ Ebd., S. 76f, 171-173.

¹⁰⁸ Ebd., S. 77, 171, RUPPERT: Politik, S. 86, AUER: Ziele, S. 147, 149.

¹⁰⁹ Protokoll Konferenz zwischen Regierungsmitgliedern Christian Ludwigs und Regierungsmitgliedern Friedrichs, Celle 1644 Dezember 27, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 385.

¹¹⁰ Ebd., fol. 385^v.

handlungen sollte die Wiederherstellung des Zustands von 1618 sein.¹¹¹ Damit legten sich cellische und calenbergische Räte gemeinsam auf die im Vergleich zur Forderung Christian Ludwigs etwas einfachere Formel fest, den Vorkriegszustand wiederherzustellen. Damit vertraten sie eine von vielen evangelischen Reichsständen geteilte Forderung, die erstmals 1630 in ähnlicher Weise vom Kurfürsten zu Sachsen gestellt worden war.¹¹²

Einig war man sich darin, den Prager Frieden als Grundlage des neu zu schließenden Friedens abzulehnen.¹¹³ Auch die Einberufung eines Kreistages goutierten die cellischen Räte, doch sollte Lampadius zuerst bei den Schweden erfragen, ob diese einen solchen auch gutheißen würden.¹¹⁴

Zurückhaltung am Kongress

Tatsächlich war die Aufgabe, einen Ausschluss der Reichsstände vom Kongress zu verhindern, keine kleine. Die venezianischen und päpstlichen Vermittler in Münster säten bei den Franzosen Zweifel, ob auf einer Teilnahme der Reichsstände am Kongress weiter zu bestehen sei, wie Lampadius gegen Mitte Dezember 1644 vom Hessen-Kasseler Scheffer erfuhr.¹¹⁵ Mehrfach hielten die Vermittler den Franzosen den kaiserlichen Standpunkt vor Augen, die Reichsstände könnten lediglich beratend tätig werden, jedoch nichts beschließen.¹¹⁶ Den welfischen Vizekanzler bedrückte der erneut drohende Ausschluss der Reichsstände. Nach Hannover schrieb er, „[e]go anxius eram animi“, was er dagegen tun könne.¹¹⁷

Lampadius sah sich gewissermaßen in einem Dilemma: Auch er hielt es nicht für sinnvoll, allein etwas zu unternehmen, da er dies als zu gefährlich für seine Herren einschätzte. Andererseits befürchtete er das Entstehen eines unwiderruflichen Präjudizes, sollten Fürsten und Stände bereits zu Anfang von den Verhandlungen ausgeschlossen werden.¹¹⁸

Auch von den Schweden hörte Lampadius gegen Ende Dezember, die französischen Gesandten begannen wegen der Beteiligung der Reichsstände zu schwanken.¹¹⁹ Zwischen dem französischen Gesandten d’Avaux¹²⁰ und den schwedischen Gesandten kam es später sogar zu einem Disput

¹¹¹ Ebd., fol. 386.

¹¹² FUCHS: Medium, S. 86.

¹¹³ Protokoll Konferenz zwischen Regierungsmitgliedern Christian Ludwigs und Regierungsmitgliedern Friedrichs, Celle 1644 Dezember 27, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 386.

¹¹⁴ Ebd., fol. 386’.

¹¹⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 338’.

¹¹⁶ DICKMANN: Frieden, S. 172-175.

¹¹⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 374.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Ebd. Oxenstierna und Salvius hatten dies unter anderem von Rosenhane gehört: Rosenhane an Johan Oxenstierna und Salvius, Münster 1644 Dezember 19, APW II C 1, Nr. 259, S. 431f, Johan Oxenstierna und Salvius an Rosenhane, Osnabrück 1644 Dezember 12, APW II C 1, Nr. 260, S. 433f.

¹²⁰ Zu Claude de Mesmes, comte d’Avaux, und seinem Kollegen Abel Servien, comte de la Roche des Aubiers, sowie der Tätigkeit der französischen Gesandten am Westfälischen Friedenskongress s. zuletzt etwa TISCHER: Diplomatie, passim, BRAUN: politique, passim. Zu Servien auch ROHRSCHEIDER: Republik, S. 187-190.

über die Frage, wie lange man noch auf die Ankunft der Reichsstände warten sollte.¹²¹ In Gesprächen mit den Schweden wurde Lampadius zudem deutlich, welche geringe Kenntnisse bei den Vertretern der beiden Kronen über die „iura Imperii“ vorhanden waren.¹²² Da er nicht offen in Aktion treten konnte, schrieb er einen Brief an Scheffer, in welchem er die Rechte der Fürsten und Stände darlegte, damit Scheffer im Namen seiner Herrin die französischen Gesandten informieren konnte. Dies, so Lampadius, habe dann „Gott lob einen guten effect gehabt“.¹²³ Scheffer und seine hessen-kasselischen Kollegen setzten sich bei den Vertretern der beiden Kronen ohnehin schon für ein weiteres Warten auf reichsständische Gesandte ein.¹²⁴ Doch waren es keineswegs die Hessen-Kasseler allein, die den französischen Gesandten in dieser Hinsicht den Weg zu weisen versuchten. Lampadius bemühte sich zwar, weder den Franzosen noch anderen gegenüber diesbezüglich in Erscheinung zu treten, war aber durchaus involviert.

Doch sah Lampadius rasch „ein ander Strategema erfunden“, indem die Kaiserlichen den Franzosen mitteilen ließen, sie seien gewillt, die Verhandlungen zu beschleunigen.¹²⁵ Deshalb solle die Beteiligung der Reichsstände darauf beschränkt werden, die Ergebnisse der Friedensverhandlungen post festum auf einem Reichstag zu bestätigen. Nach den Reichsgesetzen, kommentierte Lampadius, sei ein solches Vorgehen zulässig, da die Zustimmung der Stände vorbehalten bliebe: „Wan aber erwogen wirt, daß es mit dem Pragerschluß auch also ergangen, undt wie der Stände ratihabito undt acceptatio herbeygebracht worden, so mügte man hierüber wohl erschrecken.“¹²⁶ Es sei auf keinem der Reichstage seit 1555 bislang gelungen, die Gravamina und eigentlichen Ursachen des Krieges beizulegen. Daher werde auch „auf keinem Reichstage einiger Christlicher pillicher friede verglichen werden können.“¹²⁷ Ohne Befehl seiner Herren wollte sich Lampadius jedoch weder öffentlich noch privat in diese von ihm als hochgefährlich eingestuften Dinge mischen, um sich nicht frühzeitig den Zorn anderer zuzuziehen.¹²⁸ Die Überlegung, mit Aktivitäten noch warten zu müssen, um keinem Stand zu präjudizieren und damit negativ aufzufallen, teilten Lampadius und die fürstlichen Regierungen somit. Diesem Gedanken wurden zunächst alle Handlungen am Kongress untergeordnet.

¹²¹ DICKMANN: Frieden, S. 174f.

¹²² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 374.

¹²³ Ebd.

¹²⁴ WEIAND: Hessen-Kassel, S. 111-113.

¹²⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 374.

¹²⁶ Ebd., fol. 374^r.

¹²⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 389.

¹²⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 374^r-375.

Entsprechend hatte sich Lampadius bis zum 23. Dezember 1644 nur bei den kaiserlichen und schwedischen Gesandten als Vertreter der Herzöge Friedrich und Christian Ludwig legitimiert.¹²⁹ Vollmachten und Kreditive für die anderen Gesandtschaften hielt er zurück, da er etwa bei den französischen Gesandten ein großes Interesse vermutete, mit ihm Konversation zu pflegen. Darauf aber wollte er sich vor der Ankunft weiterer reichsständischer Vertreter nicht einlassen.¹³⁰ Diesem Entschluss blieb er auch treu, als ihm der französische Resident Ende Dezember 1644 durch einen Sekretär ausrichten ließ, sowohl er als auch Graf d’Avaux wünschten ihn bald zu besuchen.¹³¹

Lampadius wurde die Einhaltung seines Entschlusses, sich zunächst nicht aktiv in die Vorgänge am Kongress einzubringen, insbesondere von den Schweden nicht leicht gemacht. Anlässlich der Probleme der Stadt Stralsund, ihre Admission zu erwirken, fragte Salvius Ende Dezember 1644 bei Lampadius an, ob dieser bereit wäre, sich bei den kaiserlichen Gesandten für die Stadt zu verwenden. Lampadius wies diesen erneuten Versuch, ihn für Botendienste bei den Kaiserlichen einzusetzen, mit dem Argument ab, die Kaiserlichen hätten sich noch nicht geäußert, ob sie ihn als Internuntius zulassen wollten. Zudem handele es sich bei dieser Admissionsfrage um eine viel zu geringe Angelegenheit, als dass er sich deshalb bei den Kaiserlichen möglicherweise bereits unbeliebt machen wollte. Es kämen noch genügend wichtige Verhandlungspunkte, für welche seine gute Reputation aufgespart bleiben müsse. Den Fall der Stadt Stralsund könnten auch andere bei den Kaiserlichen vertreten, zumal die Argumente, welche die Position der Stadt stärkten, leicht vorzutragen seien.¹³² Salvius akzeptierte dies mit der Feststellung, diese Aufgabe könne auch vom schwedischen Gesandtschaftssekretär Mylonius übernommen werden.¹³³

Ende Dezember 1644 suchte Salvius Lampadius’ Hilfe bei der Formulierung des Passus zu den Gravamina der evangelischen Reichsstände in der ersten schwedischen Proposition. Er wollte den welfischen Gesandten überzeugen, mit ihm gemeinsam den schwedischen Entwurf zu überarbeiten, damit nichts vergessen würde. Salvius sicherte Lampadius dabei das Recht zu, den Text nach seinem Gutdünken zu verändern. Letzterer war nun erneut hin- und hergerissen: Er befürchtete, „sollte die proposition nicht der gebüer eingerichtet werden undt etwas zuruck pleiben, was des Reichs und der Heyl. Christlichen Kirchen wohlfart erfodert, so stehet ein unwiderbringliches praeiudicium für augen. soll ich aber die proposition formiren helffen, so

¹²⁹ Ebd., fol. 375’.

¹³⁰ Ebd., fol. 376.

¹³¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 388’. Die Franzosen berichteten darüber nichts.

¹³² Ebd., fol. 388. Laut Salvius’ Bericht sprach sich Lampadius über seine persönliche Weigerung hinaus insgesamt gegen das Unterfangen aus, der Stadt Stralsund Pässe zukommen zu lassen, da dies Kaiser und Reich präjudizierlich sei: Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1644 Dezember 30, APW II C 1, Nr. 264, S. 444.

¹³³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 388.

leüffet die gefahr und verantwortung uber E. F. G. [Christian Ludwigs, T.B.] hohes furstl. Haus und meine wenige person allein hinaus“.¹³⁴ Lampadius entschuldigte sich daher zunächst mit mangelnder Instruktion und schlug Salvius „gleichsam iocose“ vor, die Proposition in solcher Universalität abzufassen, dass man auf dieser Basis auch im Nachhinein das für die eigene Seite Günstigste vertreten könne.¹³⁵ Salvius sagte zu, sein Möglichstes in dieser Hinsicht zu tun.¹³⁶ Tatsächlich lag es auch im Interesse Frankreichs und Schwedens, zunächst im Allgemeinen zu verbleiben. Insbesondere nähere Angaben zu ihren territorialen Wünschen vermieden schwedische und französische Gesandte im Winter 1644/45 und beschränkten sich im Wesentlichen darauf, die vollgültige Zulassung der Reichsstände zu den Verhandlungen zu fordern.¹³⁷ Aus unterschiedlichen Gründen teilten die Gesandten der beiden Kronen und der evangelischen Reichsstände in Osnabrück also das Ziel, noch nicht unmittelbar mit den Verhandlungen über wesentliche Punkte zu beginnen.

Salvius ließ sich vorläufig ebenfalls darauf ein, die Konkretisierung der Forderungen der evangelischen Reichsstände zu verschieben. Dennoch bekundete er Lampadius gegenüber, „ihnen [den Schweden, T.B.] weren aber die gravamina, causae belli und Anliegen der Evangelischen nicht so eigentlich bekannt, ich [Lampadius, T.B.] müste das beste dabey tuhn, Sie die heern Schwedisch[en] Legati verließen sich in den Reichssachen ganz auf mich.“¹³⁸ Der Grund, warum Lampadius von Salvius um seine Hilfe in diesen Fragen ersucht wurde, mag zum einen in seiner Person begründet gewesen sein: Der welfische Vizekanzler war ein kenntnisreicher und verhandlungserfahrener reichsständischer Vertreter.¹³⁹ Hinzu kam, dass er neben dem Hessen-Kasseler Scheffer und dem Sachsen-Lauenburger Gloxin zu dem Zeitpunkt der einzige fürstlich-evangelische Gesandte in Osnabrück war.¹⁴⁰ Neben seiner Kompetenz mag daher auch der Mangel an anderen Ansprechpartnern ein Grund gewesen sein, warum ausgerechnet Lampadius von Salvius um Unterstützung gebeten wurde.

Lampadius sagte dazu nicht direkt Nein, wollte sich aber rückversichern, indem er sich zunächst Anweisungen von seinen Herren einholte.¹⁴¹ Dabei hatte der calenbergische Vizekanzler sehr genaue Vorstellungen davon, um was es bei den Friedensverhandlungen gehen sollte.

¹³⁴ Ebd., fol. 388’.

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ Ebd. Über diese Vorgänge berichteten die schwedischen Gesandten nicht.

¹³⁷ DICKMANN: Frieden, S. 169-175.

¹³⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 388’.

¹³⁹ Berücksichtigt man die verschiedenen Missionen Lampadius’ vor dem Westfälischen Friedenskongress, s. Kap. 1, passim.

¹⁴⁰ BRUNERT, Ankunftsdaten, in: APW III A 3/1, S. CXLI-CXLIII.

¹⁴¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 388’.

Lampadius' Gutachten über die Verhandlungsgegenstände 1644/45

Parallel zu seiner Rückfrage, ob er den schwedischen Gesandten bei den Reichsangelegenheiten helfen sollte, sandte Lampadius am 29. Dezember 1644 den ersten Teil seines Gutachtens nach Hannover, in welchem er darlegte, was seiner Ansicht nach die Verhandlungsgegenstände am Friedenskongress sein sollten.¹⁴² Der zweite Teil folgte wenige Tage später am 6. Januar 1645.¹⁴³ Dieses Gutachten erlaubt tiefe Einblicke in die Grundhaltungen des welfischen Vizekanzlers, weshalb es detaillierter betrachtet werden soll.

In seinem „Bedencken, was bey den angestaldten Friedenstractaten Zu Oßnabrügk und Münster in gueter achtung zuhaben und zu negotiiren“¹⁴⁴ sein sollte, setzte sich Lampadius umfassend mit den bisherigen Geschehnissen am Kongress sowie den eigenen Positionen auseinander. Lampadius ging darin zunächst auf eine erste kaiserliche Proposition vom 4. Dezember 1644¹⁴⁵ ein, in der zwar die Befriedigung der Kronen thematisiert wurde, die Gravamina der Reichsstände, insbesondere der evangelischen, jedoch nicht berücksichtigt wurden. Lampadius gab dies erneut Anlass zu der Vermutung, der Kaiser wolle die konfliktträchtigen Reichsangelegenheiten bei den Friedensverhandlungen nicht behandeln.¹⁴⁶ Dies entsprach in der Tat den Absichten des Kaisers, der bei den anstehenden Friedensverhandlungen einen Ausgleich mit Frankreich und Schweden zu erzielen hoffte, ohne dabei die reichsinternen Probleme aufzugreifen: die Reichsstände sollten stattdessen auf den Prager Frieden verwiesen werden.¹⁴⁷ Lampadius erblickte in einer Auslassung der Reichsangelegenheiten beim Friedenskongress eine große Gefahr, denn da die meisten evangelischen Stände dem Prager Frieden beigetreten waren, erschienen ihm die Erfolgsaussichten für die Durchsetzung ihrer Anliegen ohne Unterstützung der beiden Kronen als äußerst gering. Er befand, man dürfe die Gelegenheit nicht versäumen und müsse dafür sorgen, dass über die Gravamina der Reichsstände ebenfalls in Münster und Osnabrück verhandelt würde.¹⁴⁸ Bereits während des Reichstags zu Regensburg 1641 hatte sich Lampadius bei internen Beratungen von Vertretern des Hauses Braunschweig-Lüneburg dafür ausgesprochen, man müsse darauf bestehen, dass die seit dem Augsburger Religionsfrieden entstandenen Gravamina spätestens bei allgemei-

¹⁴² Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 401-414'.

¹⁴³ Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1645 Januar 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 436-443.

¹⁴⁴ Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 414'.

¹⁴⁵ Dazu etwa AUER: Ziele, S. 151.

¹⁴⁶ Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 401.

¹⁴⁷ RUPPERT: Politik, S. 39, 41f, AUER: Ziele, S. 149, 152f.

¹⁴⁸ Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 401.

nen Friedensverhandlungen mithilfe der Kronen ausgeräumt wurden.¹⁴⁹ Diesem Programm folgte er nun auch bei seinen Ausführungen.

Die Kriegsgründe selbst teilte Lampadius in zwei Gruppen ein, in interne und externe, wobei er die externen aus den internen Kriegsgründen entsprossen sah. Als externe bezeichnete er diejenigen Kriegsgründe, welche die beiden Kronen betrafen. Lampadius befand, er könne zu dieser Gruppe noch keine weiteren Angaben machen, da die Kronen sich noch nicht zu ihren Forderungen geäußert hätten.¹⁵⁰ Ihre wahren Kriegsziele, nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht, lagen deshalb für Lampadius noch nicht offen. Er schenkte offensichtlich der Propaganda der beiden Kronen nur eingeschränkt Glauben und war sich sicher, mit weiteren Forderungen ihrerseits rechnen zu müssen.

Die zweite Gruppe, die internen Kriegsursachen, unterteilte Lampadius in drei Untergruppen, die sich auf die Gebiete Konfession, Politik und Justiz bezogen.¹⁵¹

Die Entstehung des ersten Teils der internen Kriegsursachen, der *Gravamina Ecclesiastica*, datierte Lampadius auf die Zeit unmittelbar nach dem Augsburger Religionsfrieden 1555. Er benannte vier Hauptpunkte als Ursachen des Streits: Erstens den Geistlichen Vorbehalt, zweitens die Mediatsklöster, drittens das *Ius emigrandi* und viertens die *Declaratio Ferdinanda*.¹⁵²

Zunächst ging Lampadius auf den Hintergrund des Geistlichen Vorbehalts ein: Dieser beruhe auf einem Dekret Kaiser Ferdinands I., der einseitig entschieden habe, dass ein katholischer Geistlicher bei einem Konfessionswechsel seines Stiftes und seiner Pfründe verlustig gehen sollte, damit beides katholisch bliebe.¹⁵³ Seit 1555 habe es fast auf allen Reichstagen Streit um den Geistlichen Vorbehalt gegeben, bis Ferdinand II. dann 1629 im Restitutionsedikt aufseiten der Katholiken Partei ergriff. Für Lampadius hatten damit sowohl Ferdinand I. als auch Ferdinand II. ihre Kompetenzen überschritten, da nicht ihnen allein die Gesetzgebung obliege, sondern Kaiser und Ständen gemeinsam. Mit den Rechten der Reichsstände seien diese Art Dekrete nicht vereinbar, weshalb sie beide null und nichtig seien.¹⁵⁴ Hier blieb Lampadius der schon in seiner *Dissertatio* geäußerten Ansicht treu, dass sich Kaiser und Reichsstände im Reich die Herrschaft teilten und demgemäß das reichsständische Mitbestimmungsrecht nicht übergangen werden durfte.¹⁵⁵ Dieser Verweis auf die reichsständischen Mitbestimmungsrechte war das übliche Argument der

¹⁴⁹ REIMANN: Frieden, S. 71.

¹⁵⁰ Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 401'.

¹⁵¹ Ebd., fol. 401'-402.

¹⁵² Ebd., fol. 402.

¹⁵³ Ebd. Dies entsprach in der Tat der Wahrheit: GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 265. Zum Geistlichen Vorbehalt s. außerdem oben, Kap. 1, S. 27.

¹⁵⁴ Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 402'.

¹⁵⁵ S. oben, Kap. 1, S. 24-27.

evangelischen Seite, die schon bald nach 1555 den Grundsatz vertrat, der Geistliche Vorbehalt binde nur diejenigen, die ihm auch zugestimmt hätten – also nicht die Evangelischen.¹⁵⁶

Obwohl, so Lampadius weiter, die Evangelischen ihre Forderung nach Abschaffung des Geistlichen Vorbehalts aufgrund der Beschaffenheit des Reichs mit gutem Gewissen vertreten könnten, wollten die Katholischen ihnen nicht nachgeben. Die Klärung dieses Punktes sei für einen möglichen Friedensschluss aber essenziell. Eine Entscheidung dürfe dabei nicht per Erlass oder Mehrheit beschlossen werden, da die Evangelischen sonst der katholischen Mehrheit unterliegen würden. Eine Zustimmung der Katholischen hielt Lampadius nicht für erreichbar. Daher schlug er vor, eine Wiederherstellung des Besitzstandes der geistlichen Güter mit dem Stichjahr 1612 oder 1618 zu fordern.¹⁵⁷ Allen Reichsständen sollten die jeweiligen geistlichen Güter, die sie zu diesem Zeitpunkt in ihrem Besitz gehabt hatten, auf ewige Zeiten überlassen werden; zudem sollten sie dafür Sitz und Stimme auf Reichstagen und bei anderen Reichsversammlungen haben.¹⁵⁸ Auch die Idee eines Stichjahres 1612 ging auf kursächsische, vielleicht auch kurbrandenburgische Vorschläge zurück und war in diesem Fall verbunden mit der Rückversetzung des Reichszustands ins letzte Regierungsjahr Rudolfs II.¹⁵⁹ Mit der Durchsetzung solcher Forderungen hätten die Evangelischen schon sehr viel mehr erreicht, als ihnen bislang beschieden war. Eine dauerhafte Überlassung von Kirchengut an Protestanten war für die katholische Seite bislang undenkbar gewesen. Sitz und Stimme auf Reichstagen wurden dem Administrator von Magdeburg seit 1582 verwehrt, allen anderen evangelischen Bistumsadministratoren seit dem Prager Frieden.¹⁶⁰ Noch während des Westfälischen Friedenskongresses sollte es zu kontroversen Diskussionen im katholischen Lager kommen, ob den Protestanten überhaupt Zugeständnisse gemacht werden durften.¹⁶¹

Lampadius verfolgte mit der vorgeschlagenen Regelung zwei Absichten: Zum einen hoffte er, auf diese Weise insbesondere die Stifter Halberstadt, Minden und Osnabrück für die Evangelischen zu bewahren.¹⁶² Diese waren im Restitutionsedikt zwar den Katholischen zugesprochen worden, blieben aber trotz Versuchen, die katholische Konfession durchzusetzen, protestantisch oder gemischtkonfessionell.¹⁶³ Lampadius nannte die drei Stifter sicherlich nicht ganz ohne Hintergedanken, welch möglicher Gewinn sich dadurch für das Welfenhaus ergeben könnte.

¹⁵⁶ GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 265f, KLEINEHAGENBROCK: Reich, S. 130.

¹⁵⁷ Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 403.

¹⁵⁸ Ebd., fol. 403-403'.

¹⁵⁹ FUCHS: Medium, S. 145-147, FUCHS: Normaljahrsverhandlungen, S. 129.

¹⁶⁰ SCHMIDT: Angst, S. 334, GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 395-397, GOTTHARD: werkh, S. 231-234, FUCHS: Medium, S. 21.

¹⁶¹ SCHULZE: Konfessionsfundamentalismus, passim.

¹⁶² Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 403'.

¹⁶³ DICKMANN: Frieden, S. 318.

Außerdem äußerte Lampadius, „es müsse als ein *indubium principium* gesezt werden, das die Evangelische und Catholische Stände und unterthanen im Reich einander lieben, dulden, unndt ieden in seinem Stande unndt gewißen ohne einige hindernüs undt eintragk pleiben laßen müßen, undt vielmehr ihnen beederseits angelegen sein laßen, wie Sie einander *mutuis Officiis Conserviren*, alß betrüben müßen.“¹⁶⁴ Obgleich der an dieser Stelle vorgebrachte Gedanke vermuten lässt, dass er im Sinne der Evangelischen auch als Argument nach außen verwendet werden sollte, so scheint Lampadius ihn doch keineswegs nur instrumentell gesehen zu haben. Vieles spricht dafür, dass der calenbergische Vizekanzler von der hier formulierten Einstellung tatsächlich überzeugt war. Andernfalls hätte er sie in seinem für den internen Gebrauch gedachten Gutachten kaum geäußert. Hier zeichnete sich ein Toleranzgedanke ab, wie er sich auf der politischen Ebene im Reich erst langsam wieder durchsetzen musste: Ende des 16. Jahrhunderts waren Fürsten im Reich an die Macht gekommen, denen irenisches Gedankengut wie das von Lampadius formulierte deutlich fernlag und die durch ihren mangelnden Kompromisswillen zur Verschärfung der Lage und letztlich zum Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges beigetragen hatten.¹⁶⁵ Lampadius hingegen war – wie gesehen¹⁶⁶ – bereits in seiner frühen Studentenzeit in Helmstedt mit der Vorstellung eines friedlichen Ausgleichs zwischen den Konfessionen in Kontakt gekommen und dieser offenbar treu geblieben. Von einem Willen zu Vernichtung des konfessionellen Gegenübers kann nicht die Rede sein.¹⁶⁷ ‚Toleranz‘ darf hier allerdings nicht im aufklärerischen Sinne als individuelles Recht zur freien Religionswahl verstanden werden, sondern – wie von Lampadius formuliert – als gegenseitiges Dulden der einzelnen Reichsstände. Eine individuelle Freiheit war dabei nicht mitgedacht.

Zudem fand es Lampadius wünschenswert, einem Fürsten nur den Besitz eines einzigen Stiftes zu gestatten, statt ihn mehrere Pfründen anhäufen zu lassen. Damit zielte er vor allem auf die Häuser Österreich und Bayern. Lampadius glaubte, eine solche Maßnahme könne die Vorherrschaft dieser beiden Häuser über die anderen fürstlichen Familien abschwächen und sie in ihrer Tendenz, ihre Macht im Reich weiter auszuweiten, bremsen.¹⁶⁸ Auch hier finden sich Anklänge an seine *Dissertatio*, in der Lampadius ein einseitiges Machtbestreben im Reich ablehnte und dessen Verhinderung forderte.¹⁶⁹

¹⁶⁴ Gutachten Lampadius’ über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 403^v-404.

¹⁶⁵ NEUHAUS: Reichstag(en), S. 140f, SCHMIDT: Freiheit, S. 323, GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 240, 386f, GOTTHARD: Vorgeschichte, S. 24-33.

¹⁶⁶ S. oben, Kap. 1, S. 20.

¹⁶⁷ Die neuere Forschung hat deutlich gemacht, dass der religiös begründete Vernichtungswillen, wie er noch in der zeitgenössischen radikalen Pamphletistik auftrat, eben nicht eins zu eins den Akteuren unterstellt werden darf: KAMPMANN: Friede, S. 144. Dies gilt ganz klar auch für Lampadius.

¹⁶⁸ Gutachten Lampadius’ über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 404.

¹⁶⁹ S. oben, Kap. 1, S. 27.

Der zweite Unterpunkt der Gravamina Ecclesiastica betraf die Mediatsklöster, also das reichsmittelbare Kirchengut. Lampadius ging es dabei um die Position der katholischen Seite, den Evangelischen zwar diejenigen Stifte und Klöster zu lassen, die vor 1552 konvertiert waren, allerdings die Restitution aller anderen zu fordern – und damit um die Frage, ob der Status quo von 1552 wiederhergestellt bzw. konserviert werden sollte.¹⁷⁰ Auch in diesem Punkt folgte Lampadius der üblichen evangelischen Argumentation:¹⁷¹ Er befand, diese katholische Restitutionsforderung laufe dem Religionsfrieden zuwider, da in diesem das Reformationsrecht auf die landesfürstliche Hoheit gegründet werde. Sollten sich die Katholischen mit ihrer Meinung durchsetzen, würde den evangelischen Landesherren die Hoheit über ihre Klöster und Stifte entzogen und sie müssten auf ihren Territorien andersgläubige Landstände dulden. Dies aber, so Lampadius, würden katholische Territorialherren in ihren Landen ihrerseits niemals zulassen. Der Vizekanzler Christian Ludwigs wusste auch, was das für die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg bedeuten würde: Sein Herr würde ein Kloster, Bursfelde, verlieren, Herzog August sogar alle. Lampadius schlug daher vor, bei den Verhandlungen beim Fundament des Religionsfriedens zu bleiben und nicht davon abzurücken.¹⁷²

Zum dritten Streitpunkt der konfessionellen Gravamina, dem *Ius emigrandi*, bemerkte Lampadius, dieses Recht sei eingeführt worden, um Untertanen den Verkauf ihres Besitzes und die Auswanderung aus Gebieten zu ermöglichen, deren Landesherren einer anderen Konfession angehörten als sie selbst.¹⁷³ Die entsprach ebenfalls der üblichen evangelischen Lesart des entsprechenden Artikels, der zufolge es andersgläubigen Untertanen freigestellt sei, ob sie ihre Heimat verlassen wollten oder nicht – wohingegen die katholische Seite dem Landesherrn ein Ausweisungsrecht zugestand.¹⁷⁴ Lampadius schlug in diesem Punkt ein Vorgehen in mehreren Stufen vor: Zunächst könnte sich Christian Ludwig für ein Bleiberecht evangelischer Untertanen in ihrer Heimat einsetzen, wenn diese ihre Konfession nicht öffentlich ausübten. Sollte dies nicht zu erreichen sein, sollten evangelische Untertanen wenigstens entscheiden können, ob sie ihren Besitz verkauften oder von einem katholischen Diener verwalten ließen. Sollte auch dies nicht durchsetzbar sein, sollte den evangelischen Untertanen zum Verkauf wenigstens kein fester Termin gesetzt werden, damit sie eine Chance hätten, ihr Gut zu einem gerechten Preis zu veräußern. So lange sollten sie die Möglichkeit haben, einen katholischen Verwalter einzusetzen

¹⁷⁰ Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 404. S. dazu auch GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 249-252.

¹⁷¹ GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 251f, FUCHS: Medium, S. 52.

¹⁷² Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 404'.

¹⁷³ Ebd.

¹⁷⁴ GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 243-245.

und ihren Besitz auch besuchen dürfen.¹⁷⁵ Lampadius prangerte in diesem Zusammenhang insbesondere die Zustände in den österreichischen Erblanden an.¹⁷⁶

Die *Declaratio Ferdinanda*, der vierte Unterpunkt in Lampadius' Aufzählung der *Gravamina Ecclesiastica*, wurde wiederum seit 1555 von den Katholischen immer wieder angegriffen.¹⁷⁷

Dabei handelte es sich um eine von Ferdinand I. noch auf dem Reichstag 1555 ausgestellte Erklärung als Ausnahme vom Territorialprinzip: „[N]eugläubige Adelige, Städte und Gemeinden in geistlichen Territorien“ sollten demzufolge evangelisch bleiben dürfen.¹⁷⁸ Während die Evangelischen die *Declaratio* als geltendes Reichsgesetz betrachteten, bestritten die Katholischen ihre Rechtskraft, da sie seinerzeit nicht förmlich publiziert und dem Reichskammergericht überstellt worden war.¹⁷⁹ Lampadius empfahl, für den Erhalt der *Declaratio* Sorge zu tragen.¹⁸⁰

Insgesamt, so wiederholte Lampadius, sollte in Religionssachen alles wieder in den Stand gesetzt werden, wie er 1618 gewesen war.¹⁸¹ Damit lag Lampadius auf einer Linie mit dem, was die Räte Herzog Friedrichs und Herzog Christian Ludwigs ebenso wie viele andere evangelische Reichsstände vertraten.¹⁸²

Beim zweiten Gebiet der internen Kriegsursachen, der Politik, ging Lampadius zunächst auf das Prinzip der Gesetzgebung und Gesetzesauslegung ein. Sie gehörten, so der Vizekanzler, „unter die fürnembste Jura Majestatis“ und würden seit Jahrhunderten im Heiligen Römischen Reich von Kaiser und Reichsständen per Konsens auf Reichstagen ausgeübt.¹⁸³ Wider dieses Recht der Stände auf Teilhabe habe Kaiser Ferdinand II. 1629 das Restitutionsedikt erlassen, doch dem Kaiser stünde dem Herkommen nach nicht zu, allein Gesetze zu erlassen.¹⁸⁴ Deshalb müssten sich die Stände äußerst bemühen, solchen Missbrauch zu unterbinden und ihre eigenen Rechte zu schützen, andernfalls würden sie Gefahr laufen, diese zu verlieren.¹⁸⁵ Auch hier erwies sich Lampadius wie schon in seiner *Dissertatio* als Verfechter der reichsständischen Mitbestimmungsrechte. Die Argumentation folgte seiner bereits 1633 veröffentlichten Schrift gegen das Restitu-

¹⁷⁵ Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 405.

¹⁷⁶ Ebd., fol. 405'.

¹⁷⁷ Ebd., fol. 406.

¹⁷⁸ HECKEL: *Autonomia*, S. 49, GOTTHARD: *Religionsfrieden*, S. 155-159, Zitat bei GOTTHARD, S. 156.

¹⁷⁹ HECKEL: *Autonomia*, S. 49, GOTTHARD: *Religionsfrieden*, S. 269-271.

¹⁸⁰ Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 406.

¹⁸¹ Ebd.

¹⁸² S. oben, S. 92-94.

¹⁸³ Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 406'.

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ Ebd., fol. 407. Zum Wachsen dieser Sorge bei einigen Reichsständen, selbst Kurfürsten, bezüglich einer Übermacht des Kaisers s. GOTTHARD: *Säulen*, S. 711-716.

tionsedikt.¹⁸⁶ Die Verteidigung der reichsständischen Freiheiten galt dabei durchaus als legitimer Kriegsgrund.¹⁸⁷

Doch nicht nur den Kaiser, auch die Kurfürsten betrachtete Lampadius als Bedrohung für die Rechte der anderen Reichsstände. Die Kurfürsten würden mittels der kaiserlichen Wahlkapitulationen versuchen, Rechte der Reichsstände an sich zu bringen, wie etwa das *Ius foederis*.¹⁸⁸ Die Einschränkung der Rechte der Reichsstände durch die Kurfürsten, welche in der kaiserlichen Wahlkapitulation hatten festhalten lassen, der Kaiser dürfe nicht ohne Vorwissen der Kurfürsten – anstatt aller Reichsstände – Krieg im Namen des Reiches führen, sah Lampadius sogar als eine Ursache für die Entstehung des Dreißigjährigen Krieges: „Qui est Dominus armorum, est Dominus Reipublicae“. ¹⁸⁹ Eine ähnliche Position nahmen selbst einige Kurfürsten ein.¹⁹⁰ Statt ihrem Vordringen nachzugeben, so Lampadius weiter, müssten die Kurfürsten in die Schranken der Goldenen Bulle verwiesen werden.¹⁹¹ Diese Haltung teilte unter anderem auch die Landgräfin zu Hessen-Kassel ganz und gar.¹⁹² Die Forderung nach Beschränkung der kurfürstlichen Rechte auf die in der Goldenen Bulle genannten sollten die Schweden in ihrem Vertragsentwurf vom Frühjahr 1647 explizit aufgreifen.¹⁹³

Als weiteren Beleg für das Bestreben der Kurfürsten, immer mehr Rechte an sich zu ziehen, führte Lampadius die Zollrechte an, welche sich die Kurfürsten insofern zunutze machten, als sie zwar Zölle erhoben, selbst aber keine zahlten. Der Vizekanzler meinte, es wäre besser gewesen, wären die Zollrechte allein beim Kaiser geblieben, da dieser so weitere Einkünfte gehabt und nicht wie jetzt alle Regierungskosten aus privatem Vermögen hätte bestreiten müssen. Dies wiederum würde auch anderen fürstlichen Familien bei der Kaiserwahl eine Chance geben, nicht nur den Habsburgern, die seit über zweihundert Jahren quasi alternativlos die Herrscher stellten.¹⁹⁴ Hier kam das Interesse eines mittleren Reichsstandes zum Vorschein, der seine Rechte nicht nur vom Kaiser, sondern auch von den Kurfürsten bedroht sah und die wachsende Macht der Häuser Habsburg und Wittelsbach mit Skepsis verfolgte. Darüber hinaus wird das fürstliche Selbstverständnis sichtbar, das zwar gewisse Rangunterschiede zugestand, dabei aber nur ein

¹⁸⁶ S. oben, Kap. 1, S. 38f.

¹⁸⁷ REPGEN: Krieg 1, S. 11-14.

¹⁸⁸ Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 407.

¹⁸⁹ Ebd., fol. 407'.

¹⁹⁰ Selbst die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg plädierten 1630 gegen die Mehrheit der katholischen Kurfürsten dafür, die Frage nach Krieg und Frieden gehöre vor alle Reichsstände, da der Krieg alle betreffe: GOTTHARD: Säulen, S. 374f-376.

¹⁹¹ Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 407'.

¹⁹² MALETTKE: Gesandtschaft, S. 507-512, 514, WEIAND: Hessen-Kassel, S. 120f.

¹⁹³ S. dazu, zur Einbettung in generelle Kritik am Kurfürstentag und zur kurfürstlichen Reaktion GOTTHARD: Säulen, S. 404-406.

¹⁹⁴ Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1645 Januar 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 436.

relativ geringes Machtgefälle. Dies bestätigt ganz die Ergebnisse der neueren Forschung zum Verhältnis zwischen Kaiser, Kurfürsten und Fürsten im frühneuzeitlichen Reich.¹⁹⁵ Die Verbindung von antihabsburgischer und antikurfürstlicher Stoßrichtung war dabei kein Spezifikum des welfischen Gesandten. Schon seit den 1630er Jahren hatten sich Vorwürfe gemehrt, Kaiser und Kurfürsten erweiterten ihre Macht auf Kosten der Fürsten und der ‚teutschen Libertät‘: unter anderem die Schweden nutzten dies auch propagandistisch.¹⁹⁶

Daneben waren Mehrheitsentscheidungen auf Reichs- und Deputationstagen überhaupt Lampadius ein Dorn im Auge, denn sie ließen die evangelische Minderheit regelmäßig der katholischen Mehrheit unterliegen. Der Vizekanzler argumentierte, es sei gegen die Natur und der Vernunft zuwider, wenn eine Partei über ihren Gegner urteilen dürfe. Deshalb sei es nur billig, in allen Fragen, in denen Katholische mit Protestanten stritten, keine Mehrheitsentscheidungen zuzulassen, sondern durch einen gütlichen Vergleich zu entscheiden.¹⁹⁷ Die Forderung, in Religions-sachen keine Mehrheitsentscheidungen zuzulassen, war dabei eine, die allgemein von den Protestanten vertreten wurde – befanden sie sich doch im Kurfürsten- und Fürstenrat in der Minderheit.¹⁹⁸

Bezüglich des dritten Punktes der internen Kriegsgründe, der Justiz, meinte Lampadius, alle Neu-regelungen der Gesetze müssten vergeblich bleiben, wenn nicht zugleich auch die Rechts-sprechung reformiert würde.¹⁹⁹ Bekanntlich war das Reichskammergericht seit 1588 de facto blockiert, während der kaiserliche Reichshofrat Urteile hauptsächlich zugunsten der katholischen Partei fällte, sodass die Evangelischen schließlich dessen Rechtsprechung, ja, dessen Kompetenz in (konfessionell begründeten) Rechtsstreitigkeiten überhaupt, infrage stellten.²⁰⁰ So erachtete Lampadius daher vor allem die Unparteilichkeit der Richter, die kein Eigeninteresse am Fall haben dürften und alle Beteiligten absolut gleich behandeln müssten, als essentiell für eine funktionierende Gerichtsbarkeit.²⁰¹ Die meisten evangelischen Stände waren seiner Ansicht nach der irrigen Meinung, die Parteilichkeit der Justiz zuungunsten der Evangelischen betreffe nur die Religionssachen. Dabei urteile derjenige, der über die Fürstentümer im Reich bestimme, automatisch auch über die öffentliche Religionsausübung im Reich, da das Reformationsrecht

¹⁹⁵ S. oben, Einleitung, S. 10.

¹⁹⁶ GOTTHARD: Säulen, S. 734-738, SCHMIDT: Freiheit, S. 337-339. Zum Konzept der ‚deutschen Freiheit‘ s. auch SCHMIDT: Freiheit, passim. Für die Reichsfürsten war der Begriff der ‚Libertät‘ verbunden mit einem möglichst großen Spielraum zwischen Kaiser und Reich; diese war damit eine Forderung, die sie grundsätzlich einte: LANZINNER: Maximilian I., S. 88.

¹⁹⁷ Gutachten Lampadius’ über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 408.

¹⁹⁸ DICKMANN: Frieden, S. 179, GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 169f.

¹⁹⁹ Gutachten Lampadius’ über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 410-410’.

²⁰⁰ S. etwa JAHNS: Reichsjustiz, S. 456-459, JAHNS: Ringen, S. 423-425, GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 404-431, GOTTHARD: Vorgeschichte, S. 35f.

²⁰¹ Gutachten Lampadius’ über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1644 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 410’.

von der landesherrlichen Gewalt abhinge.²⁰² Deshalb sollten die evangelischen Stände darauf dringen, dass sowohl beim kaiserlichen Hofgericht als auch beim Reichskammergericht die Posten der Räte und Assessoren zu gleichen Teilen mit Katholiken und Protestanten besetzt würden und dieses Verhältnis auch bei Voten und Urteilssprüchen eingehalten würde.²⁰³ Bei der hier verlangten Parität an den höchsten Reichsgerichten handelte es sich ebenfalls um „eine alte evangelische Forderung“.²⁰⁴ Diese war eingebunden in die generelle Forderung der Evangelischen nach Gleichstellung mit den Katholiken.²⁰⁵ Lampadius machte sehr deutlich, dass er das Verhältnis der Konfessionen zueinander explizit auch als politische Frage auffasste. Konfession und Politik ließen sich für ihn so ohne Weiteres nicht trennen, da beides unmittelbar verknüpft war mit Besitzstand und Rechten im Reich. Möglicherweise deshalb schied er in seinen Berichten später nicht mehr scharf zwischen den Verhandlungen über die kirchlichen und denjenigen über die weltlichen Gravamina, sondern berichtete von den Verhandlungen über die ‚Reichssachen‘. Darüber hinaus entsprach dies auch dem üblichen Gebrauch der Evangelischen, die auf die Gravamina oftmals gar nicht mehr gesondert aufmerksam machten, sondern insgesamt die Erledigung der Reichssachen forderten oder sich mit bestimmten Einzelproblemen befassten.²⁰⁶ Die konfessionellen und politischen Gravamina waren im Bewusstsein der Zeitgenossen somit als ‚Sachgruppen‘ durchaus präsent, dies spiegelte sich aber nur bedingt im Sprachgebrauch wider.

Als weiteren Punkt einer Justizreform schlug er vor, für den Obersächsischen, Niedersächsischen und Westfälischen Kreis die Einrichtung eines eigenen Kammergerichts zu fordern. Er schätzte die Chance, damit durchzudringen, für relativ günstig im Vergleich zu sonstigen Gelegenheiten ein, bei denen er eine Umsetzung für nicht möglich hielt.²⁰⁷ Er befand, man sollte überlegen, wie man diese Forderung in diejenige nach einer unparteiischen Justiz verpacken könnte, um die Chancen auf eine Durchsetzung nochmals zu erhöhen.²⁰⁸ Bei der Forderung nach Neuschaffung eines Reichsgerichts handelte es sich um eine partikuläre Forderung, die nicht zu den allgemein gängigen evangelischen Postulaten gehörte.²⁰⁹ Diese Forderung fand in Abwandlung jedoch

²⁰² Ebd., fol. 411.

²⁰³ Ebd., fol. 411’.

²⁰⁴ DICKMANN: Frieden, S. 180. Zum Entstehen dieser Forderung s. JAHNS: Reichsjustiz, S. 455-459, JAHNS: Ringen, S. 425-450.

²⁰⁵ JAHNS: Reichsjustiz, S. 457f, JAHNS: Ringen, S. 425-430, GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 159-170.

²⁰⁶ BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/3, S. LXXVIII.

²⁰⁷ Gutachten Lampadius’ über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1645 Januar 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 436’.

²⁰⁸ Ebd., fol. 437.

²⁰⁹ JAHNS nennt zwei weitere Vorschläge, die gewisse Ähnlichkeit aufweisen: 1602 habe der Herzog von Pfalz-Zweibrücken vorgeschlagen, „in jedem Reichskreis *ein sonder parlament* zu errichten“ (Kursiv im Original): JAHNS: Ringen, S. 459, Anm. 164. 1611 habe der Kurfürst von Mainz die Einrichtung eines neuen Gerichts für den Niedersächsischen, Obersächsischen und Westfälischen Kreis empfohlen. 1642 schließlich wurde diese Forderung in der Instruktion eines evangelischen Reichsstands für den Frankfurter Deputationstag ebenfalls vertreten – und zwar von Braunschweig-Lüneburg: Ebd.

Eingang in die den Katholischen übergebenen ersten evangelischen Gravamina und galt somit auch anderen Evangelischen als erstrebenswert: Es wurde nun die Beschränkung der Zuständigkeit des kaiserlichen Reichshofrats auf den Österreichischen und Bayrischen Kreis gefordert, während das Reichskammergericht zu Speyer die Rechtsprechung für die beiden Rheinischen und den Burgundischen Kreis übernehmen sollte. Es sollten nun gleich zwei Reichsgerichte neu geschaffen werden, die zum einen für den Fränkischen und Schwäbischen und zum anderen – wie von Lampadius gefordert – für die beiden Sächsischen und den Westfälischen Kreis zuständig sein sollten.²¹⁰ Dass diese Forderung von niemandem stärker als von Lampadius vertreten wurde, vermerkten später auch die Kaiserlichen.²¹¹ Es könnte sich hierbei also wirklich um einen originär welfischen Vorschlag handeln.

Dann kam Lampadius auf die Möglichkeiten einer eigenen Betätigung als Internuntius zu sprechen. Er schlug zunächst vor, neben den Schweden nicht noch selbst bei den Kaiserlichen auf seine Zulassung als Internuntius zu drängen. Er glaubte nicht, dass die Kaiserlichen sich darauf einlassen und somit den Welfen ihre Überlegungen anvertrauen würden. Den Kaiserlichen seien die Voten der welfischen Vertreter aus Frankfurt bekannt, weshalb sie wüssten, wie wenig die jeweiligen Vorstellungen bezüglich der Rechte der Reichsstände miteinander vereinbar wären. Das Haus Braunschweig-Lüneburg würde sich bei ihnen nur umso verdächtiger machen, wenn man sie wegen der Botentätigkeit weiter drängte.²¹² Implizit äußerte sich Lampadius damit skeptisch, ob die von seinen Herren angestrebte Linie der Neutralität sich würde durchhalten lassen, zumal erste Differenzen mit den Kaiserlichen bereits klar zutage getreten waren. Kommunikativ gesehen sind die Überlegungen Lampadius' noch in einer anderen Hinsicht interessant: Die Tätigkeit als Internuntius implizierte offenbar auch, in die Absichten der Parteien eingeweiht zu werden. Eine Täuschung des Boten schien – zumindest den ungeschriebenen Regeln zufolge – nicht infrage zu kommen, weshalb eine solche Stellung Lampadius' für die Kaiserlichen problematisch erscheinen konnte.

Anschließend bezog Lampadius Stellung hinsichtlich des reichsständischen Beratungsmodus am Kongress: Bei den Fragen, in welchen man von einer Einigkeit zwischen evangelischen und katholischen Reichsständen ausgehen konnte, etwa dem *Ius pacis ac belli*, dem Bündnisrecht und der Frage der Reichskontributionen, hielt es Lampadius für das Beste, kreisweise zu beraten. Dies würde das vorzeitige Bekanntwerden von Einzelvoten verhindern und damit auch die Gefahr

²¹⁰ JAHNS: Reichsjustiz, S. 460, JAHNS: Ringen, S. 458-460. Diese Forderung sollte letztlich nicht umgesetzt werden, auch weil die Unterstützung der Protestanten dafür seit dem Sommer 1646 nachließ: JAHNS: Reichsjustiz, S. 461, JAHNS: Ringen, S. 462-465.

²¹¹ Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1646 August 27, APW II A 4, Nr. 320, S. 536.

²¹² Gutachten Lampadius' über die Verhandlungsgegenstände, Osnabrück 1645 Januar 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 438-438'.

mindern, dass einzelne Stände bzw. deren Vertreter unter Druck gesetzt würden.²¹³ Lampadius versprach sich insgesamt größeren Nachdruck durch ein solches Kreisvotum.²¹⁴ Und auch die Stimmen der größtenteils evangelischen Reichsstädte bekämen so ein gewisses Gewicht und könnten zumindest im Fränkischen und Schwäbischen Kreis Gutes bewirken. Wenn hingegen in den Gremien Kurfürstenrat, Fürstenrat und Städterat abgestimmt würde, hätten die Protestanten zwar im Städterat die Mehrheit, nicht aber in den anderen beiden Reichsräten.²¹⁵

Insgesamt rechnete Lampadius noch mit so vielen offenen Fragen und Schwierigkeiten, dass er schwere Verhandlungen kommen sah.²¹⁶

Das von Lampadius formulierte thematische Programm für den Friedenskongress ging somit weit über diejenigen Punkte hinaus, die für einen reinen Friedensschluss abgehandelt werden mussten. Ähnliches hat NEUBURGER bereits für Württemberg festgestellt: „Stuttgart versprach sich eindeutig weit mehr als die reine Beendigung des Kriegszustands. Vielmehr erhofften sich Eberhard III. und seine Regierung eine umfassende Regelung der zwischen den Konfessionen sowie zwischen Kaiser und Reich strittigen Grundsatzfragen mit dem Ziel einer Wiederherstellung des Gleichgewichts im Reich.“²¹⁷ Der für Hessen-Kassel geäußerten Einschätzung, die allgemein-evangelischen Interessen hätten immer zugunsten von Eigeninteressen zurückstehen müssen, die als Einzige aktiv verfolgt worden wären, kann in dieser Schärfe daher für Braunschweig-Lüneburg nicht gefolgt werden.²¹⁸ Angesichts der überwältigend großen Übereinstimmungen, welche welfische und hessen-kasselische Forderungen aufwiesen,²¹⁹ ist zu überlegen, ob diese Einschätzung selbst für Hessen-Kassel in dieser Form aufrechterhalten werden kann. Zumindest für Braunschweig-Lüneburg bedarf dieses Urteil der Modifikation: Partikular- und Gesamtinteressen standen sich – auch in der Selbstwahrnehmung von Lampadius – nicht streng getrennt gegenüber, sondern waren miteinander verbunden. Selbstverständlich benannte Lam-

²¹³ Ebd., fol. 439.

²¹⁴ Ebd., fol. 439'.

²¹⁵ Ebd., fol. 442'.

²¹⁶ Ebd., fol. 443.

²¹⁷ NEUBURGER: Konfessionskonflikt, S. 312.

²¹⁸ WEIAND: Hessen-Kassel, S. 122, 127, 138-143, 147, 174f. Schon BRUNERT widerspricht dem: BRUNERT: Friedenssicherung, S. 258.

²¹⁹ WEIAND schildert die hessen-kasselischen Forderungen ausführlich, befindet aber dennoch, diese hätten am Kongress zugunsten der kasselischen Privatforderungen zurücktreten müssen. Als Beleg dient ihr der Umstand, dass auch die kasselischen Gesandten instruiert waren, die reichsständischen Forderungen am Kongress im Verbund mit anderen reichsständischen Gesandten zusammenzustellen und zu vertreten: WEIAND: Hessen-Kassel, S. 113-127. Wie gesehen, entsprach dies aber durchaus dem reichsständischen Selbstverständnis, anderen Reichsständen mit eigenmächtigen Aktionen nicht vorzugreifen. Das scharfe Urteil von WEIAND hinsichtlich der kasselischen Absichten könnte in diesem Punkt daher auf einer Missinterpretation beruhen, wenngleich die kasselischen Gesandten später in der Tat nicht sehr stark mit Aktivitäten hervorstachen und somit nicht als Wortführer der protestantisch-reichsständischen Partei zu sehen sind (allerdings ist auch dieses Urteil mit Vorsicht zu genießen, da von WEIAND nur die Protokolle des Fürstenrats Osnabrück und allgemeine Verhandlungsakten ausgewertet wurden, die Berichte der Gesandten hingegen nicht, sodass noch immer nichts Wesentliches etwa über kasselisch-schwedische Formen der Kooperation bekannt ist): WEIAND: Hessen-Kassel, S. 147-159. Dies galt aber ebenso für andere evangelische und reichsständische Gesandte und ist daher nicht zwangsläufig als Zeichen eines ganz besonders großen Mangels an Engagement zu werten.

padius erst einmal nur diejenigen (evangelischen und reichsständischen) allgemeinen Interessen, die sich mit den welfischen deckten oder diesen zumindest nicht widersprachen – das jedoch war vielfach der Fall.²²⁰ So mag in den Erwägungen, welche Lampadius im Winter 1644/45 zu Papier brachte, kein evangelisches Gesamtprogramm entgegentreten; allerdings griff der calenbergische Vizekanzler zumindest die wichtigeren Grundpositionen auf. So findet sich, wie gesehen, etwa auch die Forderung in seinem Programm, evangelischen Untertanen in katholischen Territorien die private Ausübung ihrer Konfession zu ermöglichen und sie dadurch vor der Ausweisung zu bewahren. Dies war eine Forderung, welche die Eigeninteressen der Welfenherzöge definitiv unmittelbar nicht tangierte.

Die Instruktion vom 8. Januar 1645 und weitere Zurückhaltung am Kongress

Noch bevor Lampadius' Gutachten auch in Celle eingetroffen war – die cellischen Räte bemühten sich am 25. Januar 1645 in Hannover um eine Abschrift²²¹ – sandten Christian Ludwig und Friedrich ihre gemeinsame Instruktion, die auf den 8. Januar 1645 datiert, nach Osnabrück.²²² Sie beruhte auf den Überlegungen, welche die Räte beider Herzöge Ende Dezember 1644 in Celle angestellt hatten.²²³

Bezüglich der Verhandlungsweise, beschieden die beiden Herzöge, habe man niemandem Maß oder Ziel vorzugeben, sondern müsse abwarten, worauf sich Kaiser und Kronen einigen würden.²²⁴ Allerdings sollte Lampadius in den Belangen, welche die Reichsstände betrafen, darauf achten, dass diese nicht übergangen würden. Die Vertreter der beiden Kronen kannten sich nach der Einschätzung der Welfenherzöge im Reichsrecht nicht genug aus, als dass man die entsprechenden Verhandlungen ihnen allein überlassen durfte. Wie aber genau die Stände sich einbringen konnten, das sollte Lampadius nach dem Eintreffen weiterer reichsständischer Gesandter mit diesen besprechen.²²⁵ Da man sich bei solchen Verhandlungen nur wenig Dank verdienen könne, sollte Lampadius mit großer Behutsamkeit vorgehen.²²⁶ Bei keiner Seite wollte man sich verhasst machen, da andernfalls die Zusammenarbeit erschwert und im Fall des Scheiterns der Friedensverhandlungen das Welfenhaus in Gefahr gebracht würde.²²⁷ Das Scheitern der Friedensverhandlungen war für die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg eine realistische Option, die in

²²⁰ Auch in den allgemeinen evangelischen und reichsständischen Interessen spiegelten sich ja ‚nur‘ die Interessen der einzelnen Mitglieder wider, die der jeweiligen Gruppe angehörten. Der Gegensatz zwischen allgemeinen und einzelnen Interessen ist so gesehen ein künstlicher.

²²¹ Friedrich an Christian Ludwig, Celle 1645 Januar 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 41.

²²² Instruktion Friedrichs und Christian Ludwigs für Lampadius, Celle 1645 Januar 8, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 429-434'.

²²³ S. oben, Abschnitt Überlegungen in Hannover und Celle.

²²⁴ Instruktion Friedrichs und Christian Ludwigs für Lampadius, Celle 1645 Januar 8, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 429.

²²⁵ Ebd., fol. 429'.

²²⁶ Ebd., fol. 429'-430.

²²⁷ Ebd., fol. 430.

die Überlegungen einkalkuliert wurde und erst recht dazu beitrug, Lampadius zu einem sehr passiven Verhalten anzuweisen.

Eine Kooperation mit den Schweden war für Friedrich und Christian Ludwig vorläufig in Ordnung, solange das Verhältnis zu Dritten davon nicht überschattet wurde, da sie hofften, sich die schwedischen Gesandten damit gewogen zu erhalten.²²⁸ Allerdings durfte Lampadius keinesfalls ohne Unterstützung durch andere reichsständische Vertreter aktiv werden.²²⁹

Sollten die Kaiserlichen Schwierigkeiten wegen seiner Betätigung als Internuntius bereiten, sollte Lampadius den Vertretern der Kronen die Anliegen der Protestanten anempfehlen, damit diese sie sich zu eigen machten und sie wiederum gegenüber den Kaiserlichen vertraten. Dabei sollte Lampadius, so erneut die Warnung, darauf achten, keine Verstimmungen hervorzurufen.²³⁰ Auch die Herzöge hatten somit die Möglichkeit erkannt, die Forderungen der Protestanten durch die Schweden anbringen zu lassen.

Lampadius waren durch die nun mehrfach wiederholte Ermahnung zur äußersten Zurückhaltung die Hände gebunden, solange nicht weitere reichsständische Vertreter am Kongress eingetroffen waren, mit denen er sich abstimmen und aktiv werden konnte. Entsprechend unzufrieden äußerten sich die beiden Welfenherzöge über das anhaltende Zögern der Reichsstände, Gesandte nach Münster und Osnabrück zu schicken. Dies zumal, da auch sie eine baldige Zulassung der Reichsstände mit vollem Stimmrecht als wesentlich erachteten, um den drohenden Ausschluss von den Friedensverhandlungen abzuwenden.²³¹ Es war ihnen bewusst, dass ein Erfolg in dieser Frage zunächst allein vom Einsatz der Kronen abhing. Daher sollten die Schweden gebeten werden, die französischen Gesandten in Münster weiter zur Unterstützung zu animieren.²³²

Außerdem überlegten die Herzöge, sich mit dem Fränkischen Kreis abzustimmen und einen Kreiskonvent einzuberufen. Man befürchtete allerdings Schwierigkeiten, da die schwedischen Truppen noch im Land standen.²³³ Lampadius sollte daher zunächst herausfinden, wie die Schweden einen solchen Plan aufnehmen würden.²³⁴

Insgesamt, so die Herzöge, sollte man für eine Trennung der Reichssachen von den Partikularinteressen der Kronen sorgen, wobei Erstere ihrem Rang gemäß zuerst verhandelt werden müssten. Darin sah man sich mit den katholischen Reichsständen einig.²³⁵

Lampadius sollte derweil weiterhin einmal pro Woche Bericht erstatten und seine Einschätzung der Lage mitteilen.²³⁶

²²⁸ Ebd., fol. 430.

²²⁹ Ebd., fol. 430^r.

²³⁰ Ebd., fol. 431^r.

²³¹ Ebd., fol. 430^r.

²³² Ebd., fol. 433.

²³³ Ebd., fol. 431.

²³⁴ Ebd., fol. 431^r.

²³⁵ Ebd., fol. 433-433^r.

Diese Anweisungen besaßen für Lampadius große Aktualität, etwa in Bezug auf die Frage, wie eine Zusammenarbeit mit den Schweden sich gestalten konnte. Denn die Schweden ließen in dieser Frage nicht von ihm ab, wie Lampadius am 6. Januar 1645 nach Hause berichtete. Nachdem Salvius ihn gedrängt hatte, bei den Kaiserlichen Pässe für die Gesandten der Stadt Stralsund zu erwirken,²³⁷ war es nun Oxenstierna, der deshalb erneut bei Lampadius anfragen ließ, diesmal durch den Hessen-Kasseler Scheffer. Lampadius gab ihm die gleiche Antwort wie Salvius, er könne sich nicht als Internuntius gebrauchen lassen, solange nicht auch die Kaiserlichen zugestimmt hätten. Sollte er sich ohne das Einverständnis der Kaiserlichen von den Schweden für derlei Aufträge einsetzen lassen, so wäre er ein schwedischer „Delegatus“.²³⁸ Als solcher würde er sich schnell suspekt machen und bei den Kaiserlichen den Eindruck erwecken, er wolle sich gegen deren Willen einmischen. Oxenstierna zeigte sich darauf leicht verärgert.²³⁹ Lampadius schlug deshalb vor, die schwedischen Gesandten sollten die Zustimmung der Kaiserlichen einholen, dann wolle er sich wie gewünscht betätigen.²⁴⁰ Dies stimmte Oxenstierna wieder milde und die Schweden waren mit dem Vorschlag einverstanden.²⁴¹ Seinen Herren gestand Lampadius, er hätte sich in der Causa Stralsund von sich aus durchaus zu entsprechenden Diensten bereitgefunden, hätte er nicht just zuvor von seinen Herren die Anweisung erhalten, sich bis zum Eintreffen weiterer Reichsstände am Kongress zurückzuhalten.²⁴² Lampadius beurteilte die Situation damit leicht anders als seine Herren, möglicherweise aufgrund des von ihm schon früher geschilderten Zwiespalts, in dem er sich befand. Er folgte den gegebenen Anweisungen in dieser Frage jedoch im Großen und Ganzen. Allerdings gab Lampadius in einem Gespräch mit den beiden schwedischen Gesandten Anfang Januar 1645 klar zu verstehen, Überlegungen des Kaisers, einen Reichstag einzuberufen, seien eindeutig als Versuch zu werten, die Reichsstände von den Friedensverhandlungen fernzuhalten und müssten deshalb unterbunden werden.²⁴³ Außerdem unternahm Lampadius gegen Mitte Januar 1645 doch noch einen Versuch, herauszufinden, ob die Kaiserlichen ihn als Internuntius zulassen würden. Da es bislang weder ihm noch den Schweden gelungen war, dazu von den Kaiserlichen eine klare Antwort zu erhalten, wählte Lampadius nun eine Ebene tiefer: Für ihn sprach der Magdeburger Sekretär Christian

²³⁶ Ebd., fol. 434.

²³⁷ S. oben, S. 96.

²³⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Januar 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 435.

²³⁹ Ebd.

²⁴⁰ Ebd., fol. 435^r.

²⁴¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Januar 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 8. Dieses Gespräch wird von den Schweden nicht wiedergegeben.

²⁴² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Januar 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499, fol. 444. Dies spricht gegen die von Salvius genannte Begründung, Lampadius habe die Ausstellung von Pässen für Stralsund für insgesamt präjudizierlich gehalten: S. oben, S. 96 mit Anm. 132. Möglicherweise liegt hier ein Missverständnis zwischen den Gesandten vor.

²⁴³ Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1645 Januar 13, APW II C 1, Nr. 265, S. 447f.

Werner mit dem kaiserlichen Sekretär darüber. Letzterer gab zu verstehen, wie wenig den Kaiserlichen an einer Betätigung Lampadius' als Internuntius gelegen sei. Der welfische Gesandte empfahl darauf in seinem Bericht nach Hause, die Angelegenheit ruhen zu lassen, bis mehr Reichsstände eingetroffen wären. Die Schweden jedenfalls seien nun mit seiner Entschuldigung zufrieden.²⁴⁴ Auch sie hatten sich in dieser Frage inzwischen eine direkte Abfuhr von den Kaiserlichen geholt.²⁴⁵

Neben der Frage, ob Lampadius als Bote zwischen Schweden und Kaiserlichen fungieren würde, trugen die Schweden noch weitere Aufgaben an den calenbergischen Vizekanzler heran: In der ersten Januarhälfte 1645 wurde Lampadius von Salvius erneut aufgefordert, ihm bei der Auflistung der Gravamina der Reichsstände zu helfen, wieder mit dem Argument, Oxenstierna und ihm seien die Reichssachen nicht genügend bekannt. Lampadius betonte in seinem Bericht nach Hause, wie sehr er sich deswegen erneut unter Druck gesetzt fühlte. Half er nicht, befürchtete er eine unwiderrufliche Benachteiligung der Stände, tat er es, bedeutete dies eine enorme Verantwortungslast für seine Herren.²⁴⁶ Er forderte deshalb weitere Instruktionen von Friedrich und Christian Ludwig an. Dabei gab er zu bedenken, man werde so oder so Unmut hervorrufen, denn entweder verärgerte man die Schweden, wenn man ihnen nicht half, oder die Kaiserlichen, indem man dies tat und sie davon erführen.²⁴⁷

Letztlich befand Lampadius, er müsse handeln, wollte er ein Präjudiz für die Stände vermeiden, auch wenn er damit die Kaiserlichen erzürnte. Als Zugeständnis an seine Herren wollte er noch bis zur Ankunft weiterer Gesandter abwarten, doch fügte er hinzu, es gebe Themen, die von sich aus Zorn hervorrufen würden, weshalb es ohnehin nicht möglich sei, bei diesem Kongress Unwillen ganz zu vermeiden.²⁴⁸ Damit plädierte Lampadius nun doch offen für ein Eingreifen, von dem er Friedrich und Christian Ludwig jedoch noch überzeugen musste.

Anfang Februar 1645 schlug Lampadius daher vor, zunächst „zwart nicht publicè sondern per tertium et quartum an dienlichen orten fundamenta suppeditiren“ zu lassen, um auf diese Weise in wichtigen Punkten den Boden zu bereiten.²⁴⁹ Damit griff er den Gedanken auf, den zuvor so-

²⁴⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Januar 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 31.

²⁴⁵ Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1645 Januar 23, APW II A 2, Nr. 84, S. 158f.

²⁴⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Januar 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 9. Auch dies lässt sich anhand der schwedischen Korrespondenzen nicht bestätigen.

²⁴⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Januar 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 32.

²⁴⁸ Ebd., fol. 33'.

²⁴⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Februar 3, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 56'.

wohl er selbst als auch seine Herren bereits geäußert hatten, nämlich zur Wahrung des reichsständischen Mitbestimmungsrechts den Weg über die Kronen zu beschreiten.²⁵⁰

Um diesen Weg für die Reichsstände offen zu halten, sah er es als notwendig an, die inhaltlichen Forderungen festzulegen, da sie in die Propositionen der Kronen gebracht werden mussten.²⁵¹ Lampadius bereitete daher das Ausbleiben reichsständischer Gesandter in Osnabrück Sorge. Er befürchtete, die beiden Kronen könnten es leid werden, weiter zu warten. Daher wollte er sich dafür einsetzen, dass die Kronen in ihre Propositionen zumindest einen Passus aufnahmen, der es den Ständen erlauben würde, ihre Anliegen auch später noch hinzuzufügen. Darüber hinaus wollte er versuchen, die Übergabe der Propositionen noch ein wenig aufzuhalten.²⁵² Die Schweden etwa bat er denn auch, mit der Aufnahme von Verhandlungen zumindest bis nach der Ankunft der kurbrandenburgischen Gesandtschaft zu warten.²⁵³ Tatsächlich erklärte Königin Christina sich noch im März 1645 mit einem weiteren geringen Aufschub einverstanden, wie ihn vor allem die Gesandten Scheffer und Lampadius erbeten hätten.²⁵⁴ In dieser Hinsicht wird man also die Bemühungen der beiden reichsständischen Gesandten als Erfolg werten dürfen.

Von dem Vorhaben seiner Herren, einen Kreistag einzuberufen, zeigte sich Lampadius wenig angetan. Er befand, nicht alle Stände des Niedersächsischen Kreises verträten solche Beschlüsse, die dem Frieden zuträglich seien.²⁵⁵ Was Kurköln für das Stift Hildesheim votieren lassen würde, sei aus dem zu erahnen, was dessen Vertreter, Franz Wilhelm von Wartenberg, am Friedenskongress bisher vertreten habe. Gleiches gelte für Halberstadt, blicke man auf die österreichischen Voten zu Frankfurt. Lampadius fand es nicht geraten, Ständen wie Kurköln, die dem welfischen Haus zuwider votieren würden, ein Forum zu bieten, Christian Ludwig ihre Meinung offen mitzuteilen. Außerdem müsse man auf einem Kreistag auch die eigenen Absichten enthüllen.²⁵⁶ Hier kamen in kommunikativer Hinsicht ähnliche Überlegungen zum Tragen wie schon bezüglich einer Mittlertätigkeit: Hier wie dort wurden wie selbstverständlich Ehrlichkeit und Offenheit der Beteiligten erwartet. Es kam dem gewieften Unterhändler Lampadius nicht in den Sinn, andere Teilnehmer eines Kreistags bezüglich der eigenen Absichten täuschen zu können.

Darüber hinaus, gab Lampadius zu bedenken, habe Christian Ludwig den Kaiser, den dänischen König und den Administrator von Bremen mit ihren Anliegen auf den Kreistag verwiesen. Alle drei würden dort um Unterstützung gegen die Schweden ersuchen.²⁵⁷

²⁵⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Januar 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 32ʳ.

²⁵¹ Ebd.

²⁵² Ebd., fol. 31ʳ.

²⁵³ Johan Oxenstierna und Salvius an Rosenhane, Osnabrück 1645 Januar 23, APW II C 1, Nr. 268, S. 456.

²⁵⁴ Die Königin an Johan Oxenstierna und Salvius, Stockholm 1645 März 16, APW II C 1, Nr. 299, S. 539.

²⁵⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Januar 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 32ʳ-33.

²⁵⁶ Ebd., fol. 33.

²⁵⁷ Ebd.

Daher erwartete sich Lampadius von einem Kreistag viel eher Hindernisse als Erleichterungen für den Friedenskongress. Die schwedische Krone sei zwar für die Idee eines Kreistages zu gewinnen, sofern dabei die Wiederbewaffnung ausgeklammert bliebe, doch sollte diese Absprache mit den Schweden bekannt werden, würde Christian Ludwig damit den Kaiser und Dänemark gegen sich aufbringen.²⁵⁸ Mit diesem Einwand wurde Lampadius nicht nur seiner Rolle als Gesandter, sondern auch seinen Aufgaben als Vizekanzler gerecht. Er bestimmte auch in Abwesenheit vom Hof das politische Vorgehen seiner Herren nicht unwesentlich mit.

Anfang Februar 1645 teilte Lampadius seinen Herren mit, der Druck der Vermittler in Münster auf die französischen Gesandten begönne zu wirken, weshalb d’Avaux nun tatsächlich die Verhandlungen beschleunigen wollte. Um die Zustimmung der Schweden einzuholen, begab sich der französische Gesandte nach Osnabrück und wollte bei dieser Gelegenheit auch mit Lampadius sprechen. Aus den bekannten Gründen hatte Lampadius Skrupel, diesem Ersuchen nachzukommen und schickte daher den Hessen-Kasseler Scheffer vor.²⁵⁹ Scheffer konnte d’Avaux als Gesandter der mit den Franzosen verbündeten Landgräfin ohne weitere Rücksichtnahmen besuchen; mehr noch, die hessen-kasselischen Gesandten waren von der Landgräfin zur engen Kooperation mit Frankreich angewiesen worden.²⁶⁰

Scheffer sollte den französischen Gesandten im Vorfeld bitten, Lampadius nicht besuchen zu kommen, um Verdacht zu vermeiden.²⁶¹ Zwar konnte der welfische Gesandte d’Avaux als Vertreter eines hohen Potentaten durch einen Besuch seinerseits die Reverenz erweisen, ohne damit Spekulationen bei den anderen Gesandtschaften hervorzurufen.²⁶² Sollte jedoch d’Avaux zum Gegenbesuch erscheinen, würde dies zwangsläufig geschehen.²⁶³ Diese Bitte wiederholte er auch d’Avaux selbst gegenüber.²⁶⁴

Nachdem dies geklärt war, erschien Lampadius am 7. Februar 1645 bei d’Avaux zur Visite, bei der die beiden Männer Latein²⁶⁵ miteinander sprachen. D’Avaux erwies sich dem welfischen Gesandten gegenüber überaus höflich und lobte die Beschlüsse Christian Ludwigs, wodurch sich Lampadius geschmeichelt fühlte. Dennoch bereitete ihm die Wissbegier des französischen Ge-

²⁵⁸ Ebd.

²⁵⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Februar 10, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 72.

²⁶⁰ S. etwa MALETTKE: *Gesandtschaft*, S. 519f, WEIAND: *Weg*, S. 161f.

²⁶¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Februar 10, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 72.

²⁶² Ebd., fol. 72-72’.

²⁶³ Ebd., fol. 72’.

²⁶⁴ D’Avaux an Servien, Osnabrück 1645 Februar [8], APW II B 2, Nr. 37, S. 126.

²⁶⁵ Latein war am Westfälischen Friedenskongress noch die übliche Verkehrssprache zwischen Gesandten, die nicht dieselbe Muttersprache sprachen: BRAUN: *doctrine*, S. 203. Außerdem war d’Avaux besonders stolz auf seine Lateinkenntnisse: BRAUN: *Fremdsprachen*, S. 221. Zur üblichen Mehrsprachigkeit von Gesandten und dem Gebrauch in Westfalen s. BRAUN: *Fremdsprachen*, *passim*.

sandten²⁶⁶ über den Zustand des Reiches Unbehagen. Erneut fühlte er sich in einer Zwangslage, denn d’Avaux dazu gar nichts zu antworten, schrieb er später seinen Herren, wäre absurd gewesen, ihm alles zu sagen aber gefährlich. Lampadius redete sich daher zunächst mit mangelnder Instruktion heraus und berichtete stattdessen von den Voten des Hauses Braunschweig-Lüneburg in Frankfurt. Zum Schluss bat er d’Avaux, noch etwas mit der Übergabe der französischen Proposition zu warten, was der französische Gesandte ihm zusagte.²⁶⁷ Auch den Schweden und dem Hessen-Kasseler Gesandten gegenüber versprach d’Avaux dies vor seiner Abreise nach Münster.²⁶⁸ Lampadius blieb nicht der einzige reichsständische Gesandte, mit dem d’Avaux über die reichsständischen Angelegenheiten zu sprechen wünschte. Der französische Gesandte traf sich – neben Scheffer – etwa auch mit dem gerade erst angekommenen Mecklenburger Kayser.²⁶⁹ Seine Anwesenheit am Kongress musste Lampadius in der zweiten Februarhälfte 1645 für eine Konferenz in Minden unterbrechen. Diese sollte dazu dienen, Lampadius über weitere Anweisungen Friedrichs und Christian Ludwigs in Kenntnis zu setzen,²⁷⁰ die allerdings nichts Neues beinhalteten. Der Konferenz in Minden gingen am 20. Februar Beratungen in Hannover mit dem von Herzog Friedrich dazu abgesandten Geheimen Rat Dr. Heinrich Langenbeck voraus.²⁷¹ Bei der gemeinsamen Sitzung in der Ratsstube in Hannover waren sich die Vertreter beider Fürsten erneut einig, dass die Frage der Zulassung der Reichsstände zu den Friedensverhandlungen mit vollem Stimmrecht zurzeit das wichtigste Thema sei.²⁷² Auch an der Linie absoluter Zurückhaltung nach außen wurde festgehalten.²⁷³ Grundsätzlich beließen es die beiden Herzöge bei ihrer vorigen Instruktion für Lampadius aus dem Winter. Lampadius sollte die Ankunft weiterer Stände abwarten und hinter den Kulissen Einfluss auf die Schweden nehmen, sodass den Ständen Nachteile erspart würden.²⁷⁴

²⁶⁶ Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass sich die französischen Gesandten etwa über juristische Sachfragen auch bei Dritten informierten: TISCHER: *Diplomatie*, S. 75.

²⁶⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Februar 10, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 72^v, d’Avaux an Servien, Osnabrück 1645 Februar [8], APW II B 2, Nr. 37, S. 126. Von einem solchen Versprechen berichtete der französische Gesandte allerdings nichts.

²⁶⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Februar 17, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 86^v.

²⁶⁹ Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1645 Februar 22, APW II C 1, Nr. 285, S. 499.

²⁷⁰ Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1645 Februar 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 80-80^v.

²⁷¹ Ebd., Protokoll Ratssitzung Kanzler und Räte zu Hannover mit Langenbeck, Hannover 1645 Februar 21, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 97.

²⁷² Protokoll Ratssitzung Kanzler und Räte zu Hannover mit Langenbeck, Hannover 1645 Februar 21, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 97-98.

²⁷³ Protokoll Ratssitzung Kanzler und Räte zu Hannover mit Langenbeck, Hannover 1645 Februar 22, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 100.

²⁷⁴ Ergänzungen zur Instruktion Friedrichs und Christian Ludwigs, Minden [Februar 22 bis Februar 27], Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 143.

Zwei Tage später, am 22. Februar 1645, trafen sich Langenbeck und der von Christian Ludwig deputierte Geheime Rat Paul Joachim von Bülow mit Lampadius in Minden.²⁷⁵ Bei den Unterredungen spielte die Frage, ob Lampadius' Schwiegersohn von Herzog August als Gesandter nach Osnabrück geschickt werden würde, erneut eine Rolle.²⁷⁶ Auch über die Vorgänge am Kongress und seine Einschätzungen dazu dürfte Lampadius sich intensiv mit Langenbeck und von Bülow ausgetauscht haben, denn das Treffen in Minden dauerte einige Tage. Erst am 27. Februar war Lampadius wieder in Osnabrück.²⁷⁷

Lampadius war daher nicht am Kongress, als die französischen Gesandten d'Avaux' Zusage zuwider ihre Proposition am 23. Februar 1645 den Mediatoren überreichten.²⁷⁸ Er erfuhr erst vom Hessen-Kasseler Scheffer, der sich durch das Verhalten der Franzosen vor den Kopf gestoßen fühlte, von diesem Vorgang.²⁷⁹

Auch die Schweden hatten es nun zunehmend eilig, ihre Proposition zu übergeben. Lampadius brachte deshalb Anfang März eine Kurzfassung der Gravamina zu Papier, die in die schwedische Proposition aufgenommen werden konnte.²⁸⁰ In dem dreiseitigen Schriftstück fasste er die Punkte aus seinem ‚Bedenken‘ vom Anfang des Jahres knapp zusammen.²⁸¹ Bevor er es den Schweden übergab, wollte er dafür allerdings die Zustimmung seiner Herren einholen.²⁸²

Doch auch in der zweiten Märzhälfte ließ eine Antwort von den Höfen auf sich warten. Das Drängen der Schweden, ihnen seine Gedanken wegen des Inhalts der Proposition zu eröffnen, brachte den welfischen Vizekanzler zunehmend in Verlegenheit.²⁸³

Erst am 21. März 1645 erreichten Lampadius weitere Anweisungen seiner Herren.²⁸⁴ Ein Entwurf für diese Instruktion datiert bereits auf Anfang März.²⁸⁵ Offensichtlich änderte man das Datum bei der Ausfertigung nicht mehr, denn Lampadius wunderte sich in seiner Antwort über den

²⁷⁵ Instruktion Christian Ludwigs für von Bülow, Hannover 1645 Januar 22, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 27', Aktennotiz Kanzler und Räte zu Hannover, Hannover 1645 Februar 19, Notiz, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 79.

²⁷⁶ Instruktion Christian Ludwigs für von Bülow, Hannover 1645 Januar 22, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 27'.

²⁷⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 3, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 122.

²⁷⁸ Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 1, S. 358-360.

²⁷⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 3, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 122.

²⁸⁰ Ebd., fol. 123.

²⁸¹ Gutachten Lampadius' für Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 3, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 124-125.

²⁸² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 3, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 123.

²⁸³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 17, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 166-166'.

²⁸⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 173.

²⁸⁵ Entwurf einer Instruktion Friedrichs und Christian Ludwigs für Lampadius, o. O. 1645 März 9, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 2.

nicht unbeträchtlichen zeitlichen Abstand zwischen dem Datum der Instruktion und dem Zeitpunkt des Eintreffens bei ihm.²⁸⁶

In der neuen Instruktion, die in Celle entworfen worden war,²⁸⁷ zeigten sich Friedrich und Christian Ludwig von der französischen Proposition enttäuscht und befürchteten, keine große Unterstützung mehr von den Franzosen erwarten zu dürfen.²⁸⁸ Der Grund dafür war das Fehlen der protestantischen Forderungen in der französischen Proposition: D’Avaux hatte sich mit seiner Weigerung durchgesetzt, diese aufzunehmen.²⁸⁹

Lampadius sollte sich mit den inzwischen eingetroffenen evangelischen Gesandten, die hauptsächlich aus dem fränkischen und schwäbischen Kreis stammten, beraten, allen voran mit Dr. Tobias Oelhafen von Schöllnbach, der unter anderem die Stadt Nürnberg vertrat.²⁹⁰

Da die Herzöge davon ausgingen, dass die anwesenden evangelischen Vertreter noch davor zurückscheuen würden, sich durch ein Memorial öffentlich zu äußern, sollte Lampadius über die aktuellen Verhandlungsgegenstände mit dem Hessen-Kasseler Scheffer sprechen. Dies sollte unter dem Siegel der absoluten Vertraulichkeit geschehen, wobei Lampadius quasi als Privatmann auftreten sollte und so, als ob er dazu keine Anweisung habe. Um auch wirklich jeden Verdacht zu zerstreuen, die Welfenherzöge oder ihre Diener würden den schwedischen Gesandten Informationen liefern, sollte Lampadius zugleich dafür sorgen, dass andere evangelisch-reichsständische Vertreter den Schweden ihren Besuch abstatteten.²⁹¹ Friedrich und Christian Ludwig verlangten also eine doppelte, wenn nicht dreifache Absicherung, um sich nicht den Unmut der Kaiserlichen oder anderer Reichsstände zuzuziehen. Offensichtlich ging man in Hannover und Celle von zweierlei aus: Die Beziehung zwischen Scheffer und den Schweden wären so eng, dass der Hessen-Kasseler Salvius und Oxenstierna über das Gespräch mit Lampadius berichten würde. Und dass am Kongress nichts unbeobachtet blieb.

Inhaltlich fanden die beiden Herzöge die von Lampadius in seiner Kurzfassung aufgelisteten Punkte zu den Gravamina sehr treffend. Den schwedischen Gesandten sollte freigestellt sein, in welcher Form sie diese in ihre Proposition aufnehmen wollten. Jedoch betonte man auch hier, die Punkte sollten auf jeden Fall als Privatdiskurse ausgegeben werden, weshalb man die Mitarbeit Scheffers begrüßen würde.²⁹²

²⁸⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 173.

²⁸⁷ Protokoll Ratssitzung, Hannover 1645 März 9, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 133.

²⁸⁸ Entwurf einer Instruktion Friedrichs und Christian Ludwigs für Lampadius, o. O. 1645 März 9, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 2.

²⁸⁹ S. etwa BRAUN: *politique*, S. 153f, 162.

²⁹⁰ Entwurf einer Instruktion Friedrichs und Christian Ludwigs für Lampadius, o. O. 1645 März 9, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 2-2’.

²⁹¹ Ebd., fol. 2’.

²⁹² Ebd., fol. 3.

Eine weitergehende Instruktion für Lampadius hielten Friedrich und Christian Ludwig noch nicht für nötig.²⁹³

Der Grund für das so späte Eintreffen dieser Instruktion der Herzöge liegt in ihrer Entstehung begründet: Ein erster Entwurf für die Instruktion, der in Celle verfasst worden war, wurde in Hannover am 9. März in einer Ratssitzung begutachtet.²⁹⁴ Zwei Tage später trafen sich Vertreter Christian Ludwigs in Burgwedel mit Regierungsmitgliedern Friedrichs, um darüber noch einmal zu beraten.²⁹⁵ Danach ließ Christian Ludwig einige kleinere Änderungen vorschlagen,²⁹⁶ weshalb die Instruktion in Celle noch einmal neu ausgestellt und von Friedrich unterschrieben werden musste, bevor man sie nach Hannover weitersandte, wo auch Christian Ludwig sie unterzeichnen konnte.²⁹⁷ Durch die Tatsache, dass zwei Regierungen beteiligt waren, gestaltete sich die Entscheidungsfindung und -übermittlung doppelt aufwendig. Der Vorteil der räumlichen Nähe zu den Kongressorten wurde dadurch für die Welfenherzöge gewissermaßen wieder aufgehoben. Es sollte nicht das letzte Mal bleiben, dass das aktuelle Kongressgeschehen den Inhalt der Instruktionen ganz oder teilweise überholte und Lampadius trotz des Eintreffens von Anweisungen auf sich gestellt war.

In diesem Fall kam immerhin die Zustimmung der Herzöge zu Lampadius' geheimer Mitarbeit an der schwedischen Proposition gerade noch rechtzeitig. Der welfische Gesandte verlor keine Zeit, setzte sich am Tag nach dem Eintreffen der Instruktion mit Scheffer in Verbindung und stellte ihm seine extrahierten Punkte zu den Gravamina vor. Scheffer jedoch waren die Punkte zu generell gehalten. Der Hessen-Kasseler äußerte, die Schweden wollten in ihrer Proposition stärker ins Detail gehen und bereits die wesentlichen Verhandlungspunkte berücksichtigen. Trotz dieses Einwands sagte Scheffer Lampadius aber zu, bei den Schweden zu sondieren, ob diese ihre Proposition nicht etwas allgemeiner halten und die Einzelfragen zurückstellen könnten.²⁹⁸

Denn Lampadius fand den Gedanken, die Schweden würden in ihrer Proposition bereits einen detaillierten Forderungskatalog auflisten, vor allem aus einem Grund nicht sehr vorteilhaft: Er befürchtete eine frühzeitige Verhärtung der Fronten bei den Verhandlungen. Der welfische Vertreter wollte weder die katholischen Stände noch die französischen Gesandten als Verbündete im Kampf für die reichsständischen Interessen verlieren. Daher sollten seiner Ansicht nach die Positionen, die Konfliktpotenzial bargen, wie etwa die Forderung nach der Abschaffung des Geist-

²⁹³ Ebd., fol. 4.

²⁹⁴ Protokoll Ratssitzung, Hannover 1645 März 9, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 133-136'.

²⁹⁵ Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Celle, Hannover 1645 März 9, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 131.

²⁹⁶ Christian Ludwig an Friedrich, Hannover 1645 März 11, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 146-148'.

²⁹⁷ Friedrich an Christian Ludwig, Celle 1645 März 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 163.

²⁹⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 173-173'.

lichen Vorbehaltes, noch nicht eingebracht werden. Scheffer sollte dies den Schweden mitteilen.²⁹⁹ Lampadius versuchte also durchaus, über Scheffer einen gewissen Einfluss auf die Formulierung der schwedischen Forderungen zu nehmen.³⁰⁰ Da die Schweden sich nach Münster begeben wollten, um dort mit ihren französischen Verbündeten ihre Proposition zu besprechen, ermahnte Lampadius Scheffer darüber hinaus, nach Münster mitzureisen, um darauf zu achten, dass die zuvor in Osnabrück verfasste Proposition nicht geändert würde.³⁰¹ Tatsächlich folgte Scheffer Oxenstierna nach Münster, um seiner Absprache mit Lampadius gemäß Nachteile für die evangelische Seite zu verhüten.³⁰² Scheffer und Lampadius arbeiteten nun also zusammen, um eine Berücksichtigung der evangelisch-reichsständischen Forderungen in den Propositionen zu erwirken. Scheffer gab die von Lampadius zusammengefassten Punkte auch den Schweden weiter, die sie umgehend nach Stockholm sandten.³⁰³

Anderen Gesandten gegenüber leugnete Lampadius entsprechend der Anweisung seiner Herren selbst diese geringe Beteiligung an der schwedischen Proposition. Als ihn Gesandte der Hansestädte bei einem Besuch baten, er möge dazu beitragen, die Proposition gut einzurichten, lehnte er ab und verwies darauf, dazu keine Instruktion zu haben. Darüber hinaus würden sich seine Herren ohne Rücksprache mit Kurbrandenburg und anderen Fürsten und Ständen einer solchen Sache niemals annehmen.³⁰⁴ Dem Abgesandten des Herzogs von Württemberg, Johann Konrad Varnbüler, erklärte er, bislang noch nichts verhandelt zu haben, um den anderen Ständen kein Präjudiz zuzuziehen.³⁰⁵

Allerdings ließ Kritik an dieser Linie der äußersten Zurückhaltung nun nicht mehr auf sich warten. Zum einen waren es die Schweden, die Lampadius gegen Ende März 1645 durch Scheffer fragen ließen, ob seine Herren etwa besondere Kontakte zum dänischen König pflegten. Sie, Salvius und Oxenstierna, seien beide ins Grübeln gekommen, da sich Lampadius so konsequent ihren Anfragen entzöge, ihnen bei der Proposition zu helfen und damit diese für die

²⁹⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 31, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 182.

³⁰⁰ Es ist also richtig, dass Scheffer nicht der einzige evangelisch-reichsständische Ideengeber für die Schweden war: So schon BETTENHÄUSER: Landgrafschaft, S. 38, außerdem WEIAND: Hessen-Kassel: S. 132-143, WEIAND: Weg, S. 166-169. Dagegen ist die ältere Forschung davon ausgegangen, allein eine hessen-kasselische Mitarbeit erkennen zu können: DICKMANN: Frieden, S. 542, Anm. 181. Dem folgen auch noch etwa ALBRECHT: Kriegs- und Friedensziele, S. 250f, MALETTKE: Gesandtschaft, S. 515f. Allerdings ist die große Skepsis WEIANDS bezüglich des Einflusses Hessen-Kassels auf die Propositionen etwas überzogen. Mindestens als Übermittler spielte Scheffer für Lampadius eine unschätzbare Rolle.

³⁰¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 31, Ausfertigung HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 182-182'.

³⁰² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 April 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 194.

³⁰³ Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1645 März 24, APW II C 1, Nr. 307, S. 551f.

³⁰⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 173'.

³⁰⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 31, Ausfertigung HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 182'.

Evangelischen hochwichtige Sache voranzutreiben. Lampadius schrieb in seiner Relation, daran könnten seine Herren ermessen, wie schwierig es bei den Verhandlungen sei, einen geraden Mittelweg zu gehen, ohne anzustoßen.³⁰⁶ Die Schweden selbst berichteten in ihren Relationen an die Königin nichts davon; möglicherweise waren sie durch die Zusammenfassung der reichsständischen Anliegen, die Lampadius erstellt hatte und die Scheffer den Schweden zukommen ließ, erst einmal zufriedengestellt.³⁰⁷

Dennoch waren nun aus Lampadius' Sicht Gegenmittel gefragt, um die Schweden zu besänftigen und ihre Gunst nicht zu verlieren. Lampadius wählte dazu wieder den Weg über Scheffer. Er nannte dem Hessen-Kasseler die Gründe, die ihn bewogen hatten, nicht an der Proposition mitzuwirken und weshalb die Schweden nicht am guten Willen seiner Herren zweifeln sollten. Lampadius hoffte weiter auf die Bereitschaft Oxenstiernas und Salvius', sich bis nach der Übergabe ihrer Proposition des Umgangs mit ihm zu enthalten.³⁰⁸ Die beiden schwedischen Gesandten scheinen auch dafür Verständnis aufgebracht zu haben, denn der Kurs der Zurückhaltung führte nicht zu einer anhaltenden Vertrauenskrise. Kurz nach der Übergabe der ersten schwedischen Proposition wurde Lampadius Anfang Juli erneut von Salvius aufgefordert, ihm und Oxenstierna bei den Reichssachen zu helfen.³⁰⁹

Zum anderen erwies es sich nun auch als schwierig, anderen evangelischen Reichsständen den welfischen Kurs zu erklären. Anfang April 1645 berichtete Lampadius nach Hause, bei einigen von ihnen sei der Eindruck entstanden, die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg seien nur auf die Sicherung ihres Abkommens mit dem Kaiser aus und wollten die gemeinsamen Interessen der evangelischen Reichsstände nicht vertreten. Unter anderem hatte es deshalb einen Briefwechsel zwischen den beiden Hessen-Kasselern Scheffer und Vultejus gegeben, aber auch noch weitere evangelische Vertreter waren involviert.³¹⁰ Selbst denjenigen Gesandten, mit denen Lampadius relativ engen Kontakt pflegte, waren die Absichten der beiden welfischen Herzöge also nicht bekannt.

Eigentlich ein Erfolg der welfischen Geheimhaltungspolitik, bereitete diese Entwicklung Lampadius nun Sorge. Er warnte seine Herren ausdrücklich vor einem möglichen Verlust von Ansehen und Respekt bei den anderen evangelischen Ständen. Er selbst stellte darüber hinaus sein Verhalten um, indem er sich ausdrücklich zur Zusammenarbeit mit den anderen evangelischen Gesand-

³⁰⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 174.

³⁰⁷ Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1645 März 24, APW II C 1, Nr. 307, S. 550-552, Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1645 März 31, APW II C 1, Nr. 311, S. 555-557.

³⁰⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 174.

³⁰⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juli 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 345.

³¹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 April 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 193-193'.

ten bereit zeigte.³¹¹ Die Phase der absoluten Zurückhaltung kam damit im April 1645 zu einem Ende. Den inzwischen eingetroffenen Evangelischen erklärte Lampadius, seine Herren hätten niemals beabsichtigt, sich den allgemeinen Verhandlungen zu entziehen, sondern nur, den anderen Ständen kein Präjudiz zuzuziehen. Damit, so Lampadius, habe er sie erst einmal beruhigen können.³¹² Es war nun also an der Zeit für einen Kurswechsel, den Lampadius auch vollzog. So war der Weg auch aus welfischer Sicht frei für die enge Zusammenarbeit mit anderen evangelischen Reichsständen, die sich bald in Sondersitzungen ohne Beteiligung von Katholiken im ‚Corpus Evangelicorum‘ zusammenfanden.³¹³

³¹¹ Ebd., fol. 193.

³¹² Ebd., fol. 193ʹ.

³¹³ Zum Corpus Evangelicorum am Friedenskongress sowie seinem katholischen Gegenpart, dem Corpus Catholicorum, s. WOLFF: Corpus, passim.

4. Die Bemühungen der Reichsstände um Mitbestimmung

Der Frankfurter Deputationstag

Das äußerst zurückhaltende Vorgehen des welfischen Vertreters blieb nicht der einzige Grund, weshalb einige evangelische Reichsstände mit der Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg unzufrieden waren und sogar ein gewisses Misstrauen empfanden. Eine weitere Ursache war die Haltung, welche die Welfenherzöge in Bezug auf eine Verlegung des Deputationstages zu Frankfurt einnahmen.

Die ordentliche Reichsdeputation, ursprünglich geschaffen als ein Instrument der Friedenswahrung im Reich, befasste sich *de facto* auch mit Reichsangelegenheiten, wie sie auf Reichstagen verhandelt wurden. Ihr gehörten nur einige ausgewählte Reichsstände als Mitglieder an, unter ihnen auch das Haus Braunschweig-Lüneburg.¹ Ein Deputationstag war 1642 ursprünglich deshalb nach Frankfurt einberufen worden, weil der Punkt der Justiz und der zugehörigen *Gravamina* der Reichsstände vom Reichstag zu Regensburg an dieses Gremium verwiesen worden war.² Letzteres befasste sich jedoch bald auch mit der Frage einer Beteiligung der Reichsstände an den Friedensverhandlungen.³ Insbesondere der seit Januar 1643 als welfischer Vertreter am Deputationstag teilnehmende Heinrich Langenbeck betätigte sich gemeinsam mit dem Würzburger Gesandten Johann Philipp von Vorburg als Fürsprecher eines reichsständischen *Ius pacis et belli*. Sie bestritten damit den Anspruch des Kaisers und der Kurfürsten auf alleinige Zuständigkeit für auswärtige Beziehungen und das damit verbundene Recht auf Entscheidungen über Kriegsführung und Friedensschluss. Beide Seiten – fürstliche Vertreter auf der einen, kaiserliche und kurfürstliche auf der anderen – konnten dabei Beispiele aus dem Herkommen für ihre Positionen beibringen und somit ihre jeweilige Perspektive untermauern.⁴ Es standen sich also zwei widerstreitende Rechtsauffassungen gegenüber, die sich – wie gesehen – nicht zuletzt in der zeitgenössischen Reichspublizistik und der Frage nach dem Wesen der Reichsverfassung widerspiegeln.⁵ Die fürstlichen Vertreter am Deputationstag versuchten zunächst, ihren Anspruch auf Beteiligung aller Reichsstände an den Friedensverhandlungen durchzusetzen, indem sie eine Abordnung von Vertretern aller Reichskreise an den Friedenskongress vorschlugen. Schließlich waren die Reichskreise unter anderem für die Friedenswahrung zuständig.⁶ Als die Kurfürstlichen die Fürstlichen aufforderten, einen einfacheren Modus vorzuschlagen, wurde im Mai 1643 erstmals

¹ KIETZELL: Deputationstag, S. 99, NEUHAUS: Reichstag(en), S. 144f, KNORRING: Reichsdeputationstag, S. 94-96 mit Anm. 2.

² BIERTHER: Reichstag, S. 8, KIETZELL: Deputationstag, S. 102f.

³ KIETZELL: Deputationstag, S. 99, 107.

⁴ Ebd., S. 104f, 106-109.

⁵ S. oben, Kapitel 1, S. 27-30.

⁶ KIETZELL: Deputationstag, S. 109-111.

über die Möglichkeit beraten, den Deputationstag als Forum für reichsständische Beratungen neben den Friedensverhandlungen weiterlaufen zu lassen. Dieser Vorschlag an sich war in der folgenden Zeit weniger der Grund für weitere Auseinandersetzungen. Viel umstrittener war die damit verknüpfte Frage, ob der Deputationstag an die Kongressorte *cum Iure suffragii* verlegt werden sollte, was die Fürstlichen mehrheitlich forderten, oder in nur beratender Funktion in Frankfurt zu bleiben hatte, was Kurfürstliche sowie Österreich und Burgund im Sinne des Kaisers vertraten. Mit der Ortsfrage war also diejenige Frage verbunden, ob neben Kaiser und Kurfürsten auch den anderen Reichsständen ein Stimmrecht bei den Friedensverhandlungen zukam.⁷

Diese Auseinandersetzungen zogen sich bis ins Jahr 1645 hinein. Die Unterstützung der beiden Kronen Frankreich und Schweden – unter anderem in Form von Einladungen an alle Reichsstände, den Kongress mit eigenen Gesandten zu beschicken – trug wohl dazu bei, dass Fürsten und Stände dem Widerstand des Kaisers und der Kurfürsten nicht unterlagen.⁸ Erste reichsständische Vertreter waren den Einladungen bereits gefolgt, als der Kaiser im Januar 1645 noch einmal ausdrücklich darauf bestand, der Deputationstag dürfe nur beratend tätig werden und müsse in Frankfurt bleiben.⁹

Am 17. Februar 1645, unmittelbar vor dem Treffen zu Minden, das zwischen dem 22. und dem 27. Februar stattfand,¹⁰ übersandte Lampadius auf Wunsch Herzog Friedrichs ein von ihm erstelltes Gutachten zu einer möglichen Verlegung des Deputationstages. Lampadius zeigte sich darin skeptisch, ob überhaupt Gutes von der Versammlung zu Frankfurt zu erwarten sei.¹¹ Seiner Ansicht nach sollten die dort anwesenden evangelischen Vertreter darauf hinwirken, dass entweder gar nichts beschlossen würde oder doch zumindest nichts, was den Friedensverhandlungen vorgriffe.¹² Hindernisse für diese Strategie sah Lampadius zum einen in der Dominanz der katholischen Stände, die in der Reichsdeputation die Mehrheit stellten, zum anderen in der Tatsache, dass ein Ergebnis nicht ohne Zustimmung des Kaisers zustande kommen konnte. Eine bloße Transferierung des Deputationstages von Frankfurt an die Kongressorte, gab er zu bedenken, würde an diesen Grundproblemen nichts ändern. Darüber hinaus befürchtete er Versuche der Katholischen, die Evangelischen auf den Deputationstag zu verweisen und auf diese Weise von den eigentlichen Friedensverhandlungen auszuschließen. Die Reichsgravamina und wahren Kriegsursachen, befand Lampadius, müssten aber beim Friedenskongress in beiderseitigem Ein-

⁷ Ebd., S. 111-113.

⁸ Ebd., S. 114-116.

⁹ Ebd., S. 117f.

¹⁰ S. oben, Kap. 3, S. 116.

¹¹ Gutachten Lampadius' für Friedrich, Osnabrück 1645 Februar 17, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 91.

¹² Ebd., fol. 91-91'.

vernehmen gelöst werden.¹³ Dementsprechend empfahl er, der Vertreter der Welfenherzöge in Frankfurt solle sich an keinen offiziellen Beschlüssen beteiligen, sondern lediglich Informationen über den Verlauf sammeln und dafür sorgen, dass den Evangelischen keine Nachteile entstünden. Insgesamt, schloss Lampadius, sei es das Beste, den Frankfurter Deputationstag aufzulösen.¹⁴ Das Verfassen seines Gutachtens und der Instruktion der Herzöge für Minden dürfte sich zeitlich überschneiden haben, weshalb weder Lampadius noch die Herzöge auf die jeweils andere Beurteilung eingehen konnten. Und diese beiden Beurteilungen unterschieden sich deutlich.

Denn Herzog Friedrich betrachtete eine Fortsetzung des Deputationstages für die Stände als durchaus zuträglich und daher sinnvoll.¹⁵ In einer gemeinsamen Instruktion Friedrichs und Christian Ludwigs für Lampadius, die dem calenbergischen Vizekanzler beim Treffen in Minden zur Kenntnis gebracht wurde, folgte man dieser Einschätzung Friedrichs. Allerdings knüpften die Herzöge einige Bedingungen an die Fortsetzung und mögliche Transferierung des Deputationstages an die Kongressorte: In den Religionssachen sollte nicht die Mehrheit entscheiden dürfen.¹⁶ Außerdem sollten sich die Deputierten jederzeit mit ihren reichsständischen Kollegen sowie den Kaiserlichen und den Gesandten der Kronen beraten dürfen. Da man in Hannover und Celle mit dem Widerstand des Kaisers gegen solche Forderungen rechnete, sollten sie geheim gehalten werden, bis die Verlegung des Deputationstages erfolgt wäre.¹⁷ Die Rücksprache der Deputierten mit anderen reichsständischen Gesandten sollte dazu dienen, alle Reichsstände einzubeziehen, die gemeinsamen Interessen durch die Deputierten vertreten zu lassen und somit quasi durch die Hintertür das reichsständische *Ius suffragii* zu wahren. Auf diese Weise wollten die Welfen den Ausschluss einzelner Reichsstände umgehen.

Nach seiner Rückkehr von der Konferenz in Minden sprach Lampadius mit Scheffer über die Möglichkeit, den Deputationstag von Frankfurt an die Kongressorte zu verlegen. Scheffer äußerte ähnliche Bedenken wie Lampadius in seinem Gutachten: Die Kaiserlichen könnten versuchen, dadurch Reichsstände ohne eigene Deputierte von den Verhandlungen auszuschließen.¹⁸ Lampadius versuchte zwar, seiner Instruktion gemäß die Zweifel Scheffers zu zerstreuen und äußerte sich selbst überzeugt, dass eine Verlegung dann sinnvoll sein könnte, wenn den Ständen dabei ihr Mitbestimmungsrecht erhalten bliebe. Er konnte Scheffer jedoch mit dieser Argumentation nicht überzeugen.¹⁹

¹³ Ebd., fol. 91'.

¹⁴ Ebd., fol. 93.

¹⁵ Protokoll Ratssitzung Kanzler und Räte zu Hannover mit Langenbeck, Hannover 1645 Februar 22, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 100.

¹⁶ Ergänzungen zur Instruktion Friedrichs und Christian Ludwigs, Minden [Februar 22 bis Februar 27], Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 144'.

¹⁷ Ebd., fol. 145.

¹⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 3, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 122.

¹⁹ Ebd., fol. 122'.

Auch bei den Schweden sondierte Lampadius Anfang März 1645, ob sie bereit wären, eine Transferierung des Deputationstages von Frankfurt an die Kongressorte zu unterstützen. Die schwedischen Gesandten ließen ihn wissen, sie hätten sich schon genug um die Anwesenheit reichsständischer Gesandter bemüht und es würde ihnen zum Schimpf gereichen, sollten sie noch mehr tun. Auch befürchteten sie Streit mit den Franzosen, da sich die Frage stellen würde, ob der Deputationstag nach Münster oder Osnabrück verlegt werden sollte.²⁰

So stand es noch, als am 11. April von den kaiserlichen Vertretern die Verlegung des Deputationstages an den Friedenskongress verkündet wurde. Obwohl fürstliche und ständische Vertreter lange darauf hingearbeitet hatten, erschien dieses Ergebnis vielen von ihnen nun doch eher als Hindernis einer breiten reichsständischen Beteiligung, blieben doch die nicht zur Reichsdeputation gehörenden Reichsstände außen vor, obwohl deren Vertreter bereits vielfach am Kongress anwesend waren. Die Ansicht, ihnen gebühre schon durch ihre Reichsstandschaft volles Stimmrecht bei Verhandlungen mit ausländischen Potentaten und dieses sei nicht von der Einladung durch den Kaiser abhängig, hatte sich zunehmend bei den Reichsständen durchgesetzt. Insbesondere die Evangelischen sahen sich zudem durch die Tatsache benachteiligt, dass die Katholischen in beiden zur Reichsdeputation gehörenden Räten die Mehrheit stellten.²¹

Dieser kaiserliche Beschluss zur Verlegung des Deputationstages verursachte nun bei einigen Evangelischen auch hinsichtlich der Positionierung Herzog Friedrichs und Herzog Christian Ludwigs ein gewisses Misstrauen. Lampadius sah sich gezwungen, ihnen gegenüber das Votum des welfischen Vertreters in Frankfurt für die Verlegung zu rechtfertigen. Viele Evangelische teilten die Sorge, die schon Lampadius und Scheffer formuliert hatten: Die Verlegung könnte vom Kaiser ausgenutzt werden, um bestimmte Stände von den Friedensverhandlungen auszuschließen.²²

Zu denjenigen, die das Abstimmungsverhalten im Namen der welfischen Fürsten in Frankfurt deutlich missbilligten, gehörten neben den schwedischen Gesandten der Abgesandte der fränkischen Grafen und der Stadt Nürnberg, Dr. Tobias Oelhafen von Schöllnbach, der Mecklenburger Dr. Abraham Kayser²³ und der Hessen-Kasseler Scheffer.²⁴ Lampadius weihte daher sogar die beiden Letztgenannten in die Überlegungen ein, die seine Herren zu ihrem Handeln bewogen hatten, allen voran die Befürchtung, andernfalls auf jegliche Partizipation der Reichsstände an

²⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 März 10, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 155. Dazu findet sich kein Beleg in den schwedischen Korrespondenzen.

²¹ KIETZELL: Deputationstag, S. 118.

²² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 April 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 215'.

²³ Lampadius nennt ihn zwar nicht namentlich, doch Kayser war zu dem Zeitpunkt der einzige mecklenburgische Vertreter in Osnabrück. BRUNERT: Ankunftsdaten, in: APW III A 3/1, S. CXLI. Zu den beiden genannten Gesandten s. auch BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/1, S. LXXXVI, LXXXIXf.

²⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 April 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 215'.

den Verhandlungen verzichten zu müssen.²⁵ Er berichtete ihnen auch von den bereits formulierten, aber geheim gehaltenen Bedingungen, durch welche die Teilhabe sichergestellt werden sollte, indem die Deputierten ohne Zustimmung der übrigen Reichsstände nichts verhandeln oder beschließen sollten. Kayser und Scheffer befanden nach dieser Erläuterung das Vorgehen der Welfenherzöge zumindest Lampadius gegenüber als von guten Absichten getragen. Scheffer war auch bereit, die Schweden darüber zu unterrichten, um ihnen so ihren Argwohn zu nehmen.²⁶ Lampadius sprach kurze Zeit später darüber auch mit dem Kurbrandenburger Fritze, mit dem er befreundet war.²⁷ Lampadius betrachtete es also als nötig, die von seinen Herren befohlene Geheimhaltung etwas zu lockern, um sie damit zumindest bei einigen evangelischen Vertretern zu entschuldigen. Diejenigen, die er ins Vertrauen zog, waren sorgsam ausgewählt: Neben den offenen Kritikern der welfischen Politik weihte Lampadius mit Fritze einen erfahrenen Gesandten ein, mit dem ihn eine jahrzehntelange Bekanntschaft verband, war Fritze doch bereits 1627 als kurbrandenburgischer Vertreter beim Kurfürstenkollegialtag zu Mühlhausen gewesen.²⁸ Höchstwahrscheinlich lernten sich beide Männer dort kennen, möglicherweise freundeten sie sich bei dieser Gelegenheit auch schon an.

Doch selbst diese Lockerung der Geheimhaltung sollte sich als nicht ausreichend erweisen, denn die Kaiserlichen bestätigten mit ihrem Verhalten die reichsständischen Vorbehalte. Nach einem Gespräch mit dem kaiserlichen Vertreter Krane Anfang Mai 1645 schrieb Lampadius seinen Herren, die Kaiserlichen wollten „andere anwesende Legatos pro umbris [...] halten undt absq[ue] honore, absq[ue] suffragio umblauffen [...] lassen, wollen zwart ihre gedanken tanquam consiliariorum vernehmen, aber derselben unerachtet schaffen undt schließen, was ihnen beliebt.“²⁹ Auch der mecklenburgische Gesandte sammelte die gleichen Eindrücke bei einem Gespräch mit Krane.³⁰

Bei einer weiteren Audienz Lampadius' bei den Kaiserlichen Ende Mai 1645 kam man erneut auf den Deputationstag zu sprechen.³¹ Hatte es Lampadius zuvor vermieden, den Kaiserlichen die Absichten seiner Herren in diesem Punkt preiszugeben, erklärte er nun, Friedrich und Christian Ludwig hätten in Frankfurt zwar für die Transferierung stimmen lassen, doch sei es ihnen nie in den Sinn gekommen, andere Reichsstände dadurch ihres Ius suffragii zu entheben. Jeder Stand

²⁵ Ebd., fol. 215'-216.

²⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 April 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 216.

²⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Mai 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 247'.

²⁸ OPEL: Krieg (Bd. 3), S. 378.

²⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Mai 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 246'.

³⁰ Ebd., fol. 247.

³¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 283-283'.

müsse für sich die Vertretung übernehmen können.³² Auf den Einwand der Kaiserlichen, die Stände seien nicht vom Kaiser einberufen worden und könnten daher auch kein Stimmrecht geltend machen, erwiderte er, dieses hänge nicht von der Einberufung durch den Kaiser ab. Im Gegenteil müsse der Kaiser die Reichsstände einberufen, da diese das Stimmrecht besäßen.³³ Auch den Kaiserlichen gegenüber machte Lampadius somit nun seinen Standpunkt als Vertreter des reichsständischen Mitbestimmungsrechtes deutlich.

Trotz der zunehmenden Offenlegung ihrer Beweggründe standen Friedrich und Christian Ludwig bei einigen Evangelischen noch immer unter dem Verdacht, sie wollten anderen Ständen die Möglichkeit zur Mitbestimmung am Friedenskongress nehmen.³⁴ Lampadius erhielt Kenntnis von einem Schreiben, in dem erneut entsprechende Vorwürfe erhoben wurden. Er verdächtigte zunächst den Frankfurter Vertreter Dr. Zacharias Stenglin als Verfasser, den er ohnehin für einen „rechte[n] Mercurius“ hielt, bei dem man wegen seiner lockeren Zunge besondere Vorsicht walten lassen müsse.³⁵ Stenglin aber verwies auf den Hessen-Darmstädter Gesandten Sinold, genannt Schütz.³⁶ Lampadius könnte es leicht gefallen sein, dieser Auskunft Glauben zu schenken, denn der Kontakt zu Hessen-Darmstadt gestaltete sich für ihn ohnehin etwas schwierig. Auf der einen Seite verbanden seinen Herrn, Christian Ludwig, enge familiäre Bande mit Hessen-Darmstadt, entstammte seine Mutter doch diesem fürstlichen Haus.³⁷ Auf der anderen Seite verfolgten Hessen-Darmstadt und Braunschweig-Lüneburg verschiedene politische Linien. Während die Welfen sich bei diversen reichsständischen Zusammenkünften gegen den kaiserlichen Widerstand unter anderem für die Mitbestimmungsrechte der Reichsstände eingesetzt hatten, unterstützte Hessen-Darmstadt insgesamt eher die kaiserliche Seite sowie den Kurfürsten von Sachsen; die Hessen-Darmstädter versorgten die Kaiserlichen am Kongress mit vertraulichen Informationen aus dem Fürstenrat.³⁸ Auch mit dem zweiten Hessen-Darmstädter, Johann Jakob Wolff, verstand sich Lampadius daher nicht wesentlich besser. Der welfische Gesandte äußerte sich etwa während eines Essens Oxenstierna gegenüber abfällig über Wolff.³⁹ Diese unterschiedliche Positionierung machte sich auch in der Person der Vertreter der beiden Reichsstände bemerkbar: Während Lampadius schon in seiner *Dissertatio* die reichsständischen Rechte gestärkt und die

³² Ebd., fol. 283', *Extractus protocolli*, Osnabrück 1645 Mai 26 und 27, Beilage 2 zu Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1645 Juni 1, APW II A 2, Nr. 167, S. 327f.

³³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 284.

³⁴ Ebd., fol. 284'.

³⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 April 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 193.

³⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 284'.

³⁷ S. oben, Kap. 1, S. 52.

³⁸ DICKMANN: *Frieden*, S. 472, BETTENHÄUSER: *Landgrafschaft*, S. 21, ALBRECHT: *Kriegs- und Friedensziele*, S. 242f, BRUNERT: *Einleitung*, in: APW III A 3/1, S. LXXXIII, FUCHS: *Medium*, S. 79.

³⁹ Dies wurde den Kaiserlichen zugetragen: Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1645 April 20, APW II A 2, Nr. 134, S. 263.

Reichsstände als gleichberechtigte Partner des Kaisers dargestellt hatte, gehörte etwa Sinold zur Gießener Schule Reinkings und hatte wie sein Lehrer das Reich als absolute Monarchie beschrieben.⁴⁰ Die beiden Männer waren auch in dieser Hinsicht klare Antagonisten.

Letztlich war die Frage nebensächlich, wer der Verfasser des Schreibens war. Auch diejenigen unter den inzwischen mehrheitlich eingeweihten Evangelischen in Osnabrück, die Lampadius' Erklärung Glauben schenkten, erkannten zwar die guten Absichten der Welfenherzöge an, beurteilten deren Vorschläge aber als wenig praktikabel. Sie befürchteten nach wie vor, die Katholischen könnten die Verlegung des Deputationstages als Vorwand nutzen, um andere Reichsstände auszuschließen. Lampadius gestand ihnen auch zu, sie hätten wohl recht mit der Einschätzung, dass ein entsprechender Versuch zu erwarten sei.⁴¹ Noch Anfang Juni 1645 sah sich Lampadius veranlasst, ihnen gegenüber die Entscheidung seiner Herren nochmals schriftlich zu verteidigen.⁴² Zugleich zeichnete sich jedoch eine Lösung dieses Konfliktes ab, denn die Schweden weigerten sich, eine ungeteilte Verlegung des Deputationstages nach Münster zu gestatten. Sie begriffen dies als eine Schmälerung ihrer Würde gegenüber den Franzosen, die in Münster verhandelten.⁴³ Die Kaiserlichen wiederum wollten nun, da der Widerstand der Reichsstände gegen eine bloße Verlegung des Deputationstages Anfang Juni offensichtlich war, einen Reichstag nach Köln einberufen, um auf diese Weise die Reichssachen von den Friedensverhandlungen zu trennen.⁴⁴ Von einer bloßen Transferierung des Deputationstages also waren auch sie inzwischen abgerückt. Auf Lampadius jedoch wirkte der Vorschlag, einen Reichstag einzuberufen, nicht wesentlich reizvoller als die Verlegung des Deputationstages, da er die Teilnahme der Reichsstände an den Verhandlungen in Münster und Osnabrück nach wie vor als eminent wichtig für das Wohl des Reiches betrachtete.⁴⁵ Immerhin aber rückte die Frage, wie sich die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg dazu stellten, etwas aus dem Fokus der Aufmerksamkeit, da sich ohnehin eine andere Lösung abzeichnete. Es sollte jedoch bis nach der Übergabe der schwedischen Proposition dauern, bis Lampadius auch ‚offiziell‘ auf die Linie der anderen evangelischen Gesandten einschwenkte.

⁴⁰ STOLLEIS: Geschichte, S. 221.

⁴¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 284ʳ.

⁴² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 293.

⁴³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 284ʳ.

⁴⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 293, RUPPERT: Politik, S. 90f.

⁴⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 293.

Weitere Bemühungen um Zulassung der Reichsstände im Sommer 1645

Am 11. Juni 1645 übergaben Schweden und Franzosen parallel ihre Propositionen.⁴⁶ Während die beiden Kronen es noch immer vermieden, darin ihre eigenen territorialen Interessen zu benennen, wurde in beiden Propositionen weiter nachdrücklich die Zulassung aller Reichsstände mit vollem Stimmrecht gefordert. Da sich Franzosen und Schweden über die Stellungnahme zu konfessionellen Streitfragen nicht einigen konnten, fielen die beiden Propositionen diesbezüglich uneinheitlich aus: In der französischen Version wurde zwar Bezug genommen auf die Punkte Amnestie, Restitution und auf die reichsständischen Rechte, doch wurden die konfessionellen Gravamina ganz ausgeblendet. Demgegenüber bildeten in der schwedischen Proposition auch die Gravamina der evangelischen Reichsstände einen inhaltlichen Schwerpunkt, wobei diese Gravamina – wie es etwa Lampadius bereits im Winter vorgeschlagen hatte – nur sehr allgemein gefasst waren.⁴⁷ Es verwundert daher nicht, dass sich Lampadius mit dem Inhalt der schwedischen Proposition zufrieden zeigte. Er glaubte, nicht nur die evangelischen, sondern auch viele katholische Reichsstände könnten hinsichtlich der Reichssachen damit einverstanden sein. Seine Herren bat er um weitere Instruktionen dazu.⁴⁸

Am 19. Juni wurde Lampadius zu den Kaiserlichen gebeten, wo er den Konstanzer Köberlin und den Nürnberger Oelhafen antraf. Volmar und Krane wollten nun, nach der Übergabe der Propositionen der beiden Kronen, die Meinung der drei reichsständischen Vertreter zum Verhandlungsmodus vernehmen.⁴⁹ Alle drei Gesandten vertraten Reichsstände, die Mitglieder der ordentlichen Reichsdeputation waren⁵⁰ und dürften von den Kaiserlichen entsprechend ausgewählt worden sein. Außerdem war für diese Auswahl wohl die Einstellung ihrer Vertreter bezüglich der künftigen Rolle des Deputationstages maßgeblich. Denn Köberlin und Oelhafen waren, wie Lampadius seinen Herren zunächst schrieb, durchaus mit dem einverstanden, was Friedrich und Christian Ludwig hinsichtlich des Deputationstages vertreten hatten, nämlich, dass die Deputierten sich der Reichssachen für die Reichsstände annehmen sollten.⁵¹ Wahrscheinlich erhofften sich die Kaiserlichen, dementsprechend von diesen drei Gesandten eine Antwort zu erhalten, die ihre Position stützte.

Alle anderen evangelisch-reichsständischen Gesandten, inklusive Scheffer, lehnten eine Vertretung durch den Deputationstag ab, da sie unverändert fürchteten, Kaiserliche und Katholische

⁴⁶ Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 1, S. 435-438, S. 443-445.

⁴⁷ DICKMANN: Frieden, S. 180-186, AUER: Ziele, S. 155f, AUER: Reaktion, S. 46.

⁴⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 305ʳ.

⁴⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 324, Volmar an Nassau, Osnabrück 1645 Juni 19, APW II B 2, Nr. 178, S. 353f.

⁵⁰ KIETZEL: Deputationstag, S. 99, BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/1, S. LIXf, NEUHAUS: Reichstag(en), S. 144f.

⁵¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 324-324ʳ.

würden sie dadurch ihrer Stimme berauben. Auch die Kurbrandenburger teilten diese Meinung und setzten ein Bedenken gegen die Deputation auf, das Lampadius von Fritze erhielt. Lampadius sah sich daraufhin veranlasst, Oelhafen und sich selbst zu verteidigen.⁵² Die Ablehnung des Deputationstages war also inzwischen auf breiter Front Konsens bei den Evangelischen.

Diese Kritik der anderen evangelischen Vertreter zeigte jetzt eine gewisse Wirkung: Köberlin, Oelhafen und Lampadius hatten bei ihrer Audienz von den Kaiserlichen den Auftrag erhalten, ein Gutachten zu verfassen, in welchem sie ihren Vorschlag zum Verhandlungsmodus festhalten sollten. Nun allerdings konnten sich die drei Gesandten offenkundig nicht auf den Inhalt einigen, weshalb Köberlin allein ein Gutachten verfasste, Oelhafen und Lampadius gemeinsam ein zweites.⁵³

Köberlin schlug in seinem Gutachten einen gemischten Modus vor, dem zufolge zunächst kreisweise über die Verhandlungsgegenstände beraten werden sollte, bevor die Ergebnisse von den Deputierten zusammengetragen und mit den Kurfürstlichen abgestimmt werden sollten.⁵⁴ Es sollte nach seiner Vorstellung also bei der Reichsdeputation bleiben.

Demgegenüber hatte Oelhafen inzwischen seine Meinung zur Deputation geändert⁵⁵ und auch Lampadius stellte sich nun offen dagegen. In ihrem gemeinsamen Gutachten empfahlen sie, die Reichsstände sollten wie auf Reichstagen üblich ihr Mitbestimmungsrecht in den drei reichsständischen Gremien Kurfürsten-, Fürsten- und Städterat ausüben können.⁵⁶ Dadurch, vermerkten sie ausdrücklich, würden die Stände viel besser vertreten als durch die Reichsdeputation.⁵⁷ Dabei sei zu überlegen, wie die drei Gremien aufgeteilt würden und ob nicht zwei an dem einen und eines an dem anderen Kongressort tagen sollten. Alternativ könnten die drei Kollegien in sich geteilt werden, um an beiden Kongressorten vertreten zu sein. Der Einfachheit halber plädierten Lampadius und Oelhafen jedoch für den ersten Modus.⁵⁸ Damit kam Oelhafens und Lampadius' Vorschlag dem späteren Verhandlungsmodus ziemlich nahe. Allerdings wurden die Reichsräte schließlich doch in sich geteilt.⁵⁹ Man wird davon ausgehen dürfen, dass der Inhalt dieses Gutachtens mit den Schweden abgesprochen war, denn Lampadius hatte nach der Einberufung der drei reichsständischen Deputierten umgehend mit Oxenstierna über den kaiserlichen Auftrag

⁵² Ebd., fol. 324'.

⁵³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 335, BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/1, S. LX.

⁵⁴ Gutachten des Konstanzers Dr. Johann Georg Köberlin über den Verhandlungsmodus, Osnabrück 1645 Juni, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 336-339, NEUBURGER: Konfessionskonflikt, S.334f.

⁵⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 335.

⁵⁶ Gutachten des Nürnbergers Dr. Tobias Oelhafen und Lampadius' über den Verhandlungsmodus, Osnabrück 1645 Juni, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 342.

⁵⁷ Gutachten Oelhafens und Lampadius' über den Verhandlungsmodus, Osnabrück 1645 Juni, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 340'-341.

⁵⁸ Ebd., fol. 342-342'.

⁵⁹ BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/1, S. LXI.

gesprochen.⁶⁰ Die Kaiserlichen waren wiederum bereits am 20. Juni von Köberlin über einen Entwurf von Lampadius informiert worden, der dem später den Kaiserlichen übergebenen Vorschlag von Oelhafen und Lampadius schon nahekam. Köberlin hatte sich geweigert, diesem Entwurf zuzustimmen, obgleich er ausdrücklich dazu aufgefordert worden war. Er sprach sich stattdessen mit den Hessen-Darmstädtern und den Württembergern weiter ab und berichtete auch darüber den Kaiserlichen.⁶¹ Köberlin verortete sich damit im kaisertreuen Lager.

Mit dem von Oelhafen und Lampadius verfassten Gutachten waren abgesehen von Köberlin und seinen Mitstreitern alle anderen evangelischen Reichsstände einverstanden.⁶² Nach der Aufgabe des Kurses der absoluten Zurückhaltung in der Anfangsphase des Kongresses hatte Lampadius damit bereits den zweiten Strategiewechsel innerhalb kurzer Zeit vollzogen. Damit beugte er sich der Mehrheitsmeinung der evangelisch-reichsständischen Gesandten, musste dafür aber die Anweisungen seiner Herren aufgeben. Die Tatsache, dass er dies tat, zeigt erneut die Prioritätensetzung: Es war nun offenbar erstrebenswerter, die Annäherung an die evangelische Mehrheit zu suchen, die ja ohnehin bereits eine Linie vertrat, mit der Lampadius – und auch seine Herren – grundlegend übereinstimmten. Dafür wurde die in Celle formulierte Strategie aufgegeben, mit der sich das Haus Braunschweig-Lüneburg bei den ähnlich gesinnten Evangelischen ohnehin keine Freunde gemacht hatte.

Bei einer Konferenz zwischen kaiserlichen und kurfürstlichen Vertretern zu Lengerich, einem Örtchen zwischen Münster und Osnabrück, fiel am 10. und 11. Juli 1645 eine weitere wichtige Entscheidung hinsichtlich der reichsständischen Beteiligung.⁶³ Fürstliche Vertreter waren dabei nicht anwesend, um denjenigen Ständen nicht vorzugreifen, deren Zulassung noch infrage stand.⁶⁴ Außerdem wollte man offene Konflikte wegen des Exzellenztitels vermeiden, den die kurfürstlichen von den fürstlichen Gesandten einforderten und die fürstlichen zu geben verweigerten.⁶⁵ In Lengerich traten nun auch die kurfürstlichen Vertreter prinzipiell für das *Ius suffragii* der Reichsstände am Friedenskongress ein. Die Kaiserlichen gaben dem auch grundsätzlich nach.⁶⁶ Sehr viel mehr als dies wurde den fürstlichen Gesandten in Osnabrück über den ‚Lengericher Schluss‘, wie diese Entscheidung genannt wurde, erst einmal nicht bekannt; Lampa-

⁶⁰ Johan Oxenstierna an Rosenhane, Osnabrück 1645 Juni 19, APW II C 1, Nr. 355, S. 654, Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1645 Juni 21, APW II C 1, Nr. 357, S. 657.

⁶¹ Nassau und Volmar an Ferdinand III., Münster 1645 Juni 23, APW II A 2, Nr. 181, S. 357, Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1645 Juli 6, APW II A 2, Nr. 185, S. 367f.

⁶² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 335, Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1645 Juli 6, APW II A 2, Nr. 185, S. 367f.

⁶³ BECKER: Kurfürstenrat, S. 203.

⁶⁴ Zu den sogenannten ‚Exclusi‘ s. unten, S. 141-144.

⁶⁵ BECKER: Kurfürstenrat, S. 202. S. zum Exzellenztitelstreit außerdem unten, Kap. 5, S. 166f.

⁶⁶ DICKMANN, Frieden, S. 187, BECKER: Kurfürstenrat, S. 203-206.

dius wurde darüber von seinem Freund, dem Kurbrandenburger Fritze, unterrichtet.⁶⁷ Entsprechend zufrieden urteilte Lampadius zunächst über das Ergebnis der Zusammenkunft, der Kaiser müsse nun alle Reichsstände mit vollem Stimmrecht einladen.⁶⁸ Lampadius war das Informationsdefizit allerdings bewusst. Er befand daher, man könne ohne vorherige Veröffentlichung des Lengericher Schlusses nicht sinnvoll darüber beraten, weshalb er Fritze bat, sich für eine Übergabe der schriftlichen Fassung an die Reichsstände einzusetzen.⁶⁹

Am 27. Juli 1645 wurde der Lengericher Schluss⁷⁰ in Osnabrück dann tatsächlich durch den Kurmainzer Dr. Krebs und den Kurbrandenburger Fritze bekannt gegeben, wenn auch die Vertreter derjenigen Reichsstände, deren Zulassung zu den Verhandlungen noch infrage stand – also die ‚Exclusi‘ Magdeburg, Baden-Durlach, Hessen-Kassel und Straßburg – ausdrücklich nicht eingeladen wurden.⁷¹ Das, was nun über den Lengericher Schluss bekannt wurde, reichte aus, um die fürstlich-evangelischen Vertreter in Osnabrück zu verunsichern.⁷² Anlass dazu boten vor allem zwei Regelungen, laut denen die Verhandlungen im Wesentlichen in Münster stattfinden sollten und – bis zum Eintreffen weiterer reichsständischer Gesandter – eine um wenige Gesandte erweiterte Reichsdeputation die Vertretung der Reichsstände übernehmen sollte. Dies eröffnete den Kaiserlichen erneut größere Gestaltungsmöglichkeiten und verwies die Schweden gegenüber den Franzosen auf einen hinteren Rang – eine Übereinkunft, die weder den evangelischen Reichsständen noch den Schweden recht sein konnte.⁷³ Lampadius, der angesichts dieser Ergebnisse feststellte, man benötige in solchen Verhandlungen nicht weniger Mut und Stärke als Umsicht, ließ umgehend den Schweden davon berichten.⁷⁴ Oxenstierna und Salvius zeigten sich sehr unzufrieden mit den in Lengerich vereinbarten Regelungen und erklärten, unter diesen Bedingungen könnten sie sich auch zur schwedischen Armee zurückbegeben und allein mit dem Kaiser verhandeln.⁷⁵ Auch die Rolle der Reichsstände wurde von ihnen somit implizit kritisiert.

⁶⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juli 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 9.

⁶⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juli 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 1.

⁶⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juli 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 9-9^v.

⁷⁰ Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 1, S. 528-535.

⁷¹ Protokoll Bekanntgabe des Lengericher Schlusses an Fürsten und Stände, Osnabrück 1645 Juli 27, APW III A 3/1, Nr. 1, S. 1.

⁷² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juli 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 16.

⁷³ DICKMANN, Frieden, S. 188, BECKER: Kurfürstenrat, S. 204-207.

⁷⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juli 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 16. Es war der Hessen-Kasseler Scheffer, der den Schweden mitteilte, die fürstlichen Gesandten in Osnabrück seien unzufrieden mit dem Lengericher Schluss: Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1645 Juli 28, APW II C 1, Nr. 369, S. 699f. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Lampadius Scheffer, der als Gesandter der noch ausgeschlossenen Landgräfin nicht bei der offiziellen Bekanntgabe anwesend war, über die Inhalte informierte und dieser dann die Benachrichtigung der beiden Schweden übernahm.

⁷⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juli 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 16-16^v.

Am Tag nach der Bekanntgabe berieten die fürstlichen Gesandten in Osnabrück in einer Fürstenratssitzung über den Lengericher Schluss.⁷⁶ Insbesondere zwei Punkte monierten die Anwesenden dabei: Zum einen waren sie sich einig, dass den Reichsständen ihr Stimmrecht *Iure proprio* zustünde und nicht von der Zulassung des Kaisers abhängig sei, weshalb der Kaiser nicht darum gebeten hätte werden sollen.⁷⁷ Das war keine Bagatelle, konnte durch die ergangene Bitte doch ein Präjudiz geschaffen werden, das dieses Recht der Reichsstände künftig doch an die Zustimmung des Kaisers band.

Zum anderen befanden sie, die kurfürstlichen Vertreter hätten ihre Kompetenzen überschritten, als sie den Lengericher Schluss ohne Rücksprache mit Fürsten und Ständen, die von seinen Folgen ebenso betroffen waren, verpflichtend abschlossen.⁷⁸ Auch dieser Punkt betraf im Grunde ihr Mitbestimmungsrecht, das die fürstlichen Vertreter durch dieses Verhalten der Kurfürstlichen infrage gestellt sahen.

Lampadius reihte sich bei den Unzufriedenen ein. Auch für ihn widersprach es dem Herkommen, wenn die Kurfürstlichen mit den Kaiserlichen allein Übereinkommen trafen, ohne die anderen Reichsstände einzubeziehen. In diesem Fall sah er die Absicht dahinter, die Verhandlungen von Osnabrück und den Schweden abzuziehen und nach Münster zu verlegen, um damit die Evangelischen von den Schweden zu trennen. Auch würden Kaiser und Kurfürsten versuchen, die Verhandlungen auf diese Weise wieder an sich zu ziehen.⁷⁹

Damit standen neben dem Kaiser auch die Kurfürsten in der Kritik. Bei den Fürstlich-Evangelischen kam in der Zeit nach dem Lengericher Schluss vor allem die Frage auf, was die Kurbrandenburger diesbezüglich eigentlich beabsichtigten. Grund hierfür war unter anderem das Verhalten Löbens, der einerseits den Schweden erzählte, er wolle sich nach Münster begeben, um den Lengericher Schluss außer Kraft zu setzen, nachdem er bemerkt hatte, wie wenig dieser Oxenstierna und Salvius gefiel.⁸⁰ Andererseits erklärte Löben dem Magdeburger Einsiedel, er wolle nach Münster reisen, um den Schluss gegen die Kurfürstlichen dort zu behaupten. Diese sich widersprechenden Aussagen über das Vorhaben des Kurbrandenburgers kamen sowohl Lampadius als auch den Schweden seltsam vor und weckten ihr Misstrauen.⁸¹ Lampadius zog schließlich das Fazit, auf die Kurbrandenburger sei kein Verlass. Er bemängelte, die Gesamtbeschlüsse der Kurfürstlichen fielen immer anders aus als das, was die Kurbrandenburger angeblich vorher votiert hatten. Auch versuchten sie, den anderen Ständen in Osnabrück den Lengericher

⁷⁶ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 1), Osnabrück 1645 Juli 28, APW III A 3/1, Nr. 2, S. 7-36.

⁷⁷ Ebd., S. 26.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juli 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 17^v.

⁸⁰ Ebd., fol. 16^v-17.

⁸¹ Ebd., fol. 17.

Schluss schmackhaft zu machen, obwohl sie ihn angeblich selbst nicht guthießen.⁸² Unter diesem Eindruck schrieb Lampadius seinen Herren, es „wirdt fast alles per artificia tractiret. Es würde allem ansehen nach ubel hernacher gehen, wen die Schwedischen nicht getrewlich assistireten.“⁸³ Seine Schlussfolgerung war also die, sich deshalb umso stärker an die Schweden zu halten.

In dieser Einschätzung dürfte Lampadius sich nach der Rückkehr Löbens aus Münster bestätigt gesehen haben, blieb es doch unverändert beim Lengericher Schluss. Auch über Fritze äußerte Lampadius sich nun enttäuscht und fand, dieser habe mit seiner Beteiligung an der Bekanntgabe des Lengericher Schlusses im Fürstenrat geholfen, das zu autorisieren, was seine kurbrandenburgischen Kollegen und er ihren Angaben nach vorher nicht votiert hatten.⁸⁴ Symbolisch war Fritze in Lampadius' Augen für den Lengericher Schluss allein schon dadurch eingetreten, indem er ihn vorgestellt hatte.

Etwa zwei Wochen nach Bekanntgabe des Lengericher Schlusses sprach Lampadius mit Fritze offen über seine Bedenken und meinte, die Kurbrandenburger sollten darüber nachdenken, was für einen Eindruck es bei den Kronen und den anderen reichsständischen Gesandten hinterlassen würde, wenn sie privatim ihre guten Absichten erklärten und öffentlich das Gegenteil autorisieren hülften. Fritze versuchte die Kurbrandenburger damit zu verteidigen, sie würden immer überstimmt. Lampadius riet ihm darauf, sie sollten sich dafür einsetzen, dass die Abgesandten der beiden Kronen die reichsständischen Vertreter an ihren Propositionen mitarbeiten ließen.⁸⁵ Lampadius versuchte also, seinem Freund ins Gewissen zu reden und legte ihm zudem nahe, zur Durchsetzung der reichsständischen Interessen ebenfalls den Weg über die Kronen zu suchen.

Gleichzeitig blieben die fürstlichen und städtischen Gesandten in Osnabrück nicht untätig. Sie stimmten in einer gemeinsamen Sitzung am 31. Juli 1645 darüber ab, in welcher Form die reichsständischen Beratungen am Kongress stattfinden sollten und plädierten in der Mehrheit dafür, die Reichskollegien in sich zu teilen und an beiden Kongressorten tagen zu lassen, da die Schweden diese Lösung präferierten.⁸⁶ Lampadius äußerte sich sehr zufrieden damit und meinte, er habe nach reifem Nachdenken die Vorteile einer Teilung der Kollegien erkannt. Unter anderem könnten die Evangelischen so viel freier votieren, da sie größtenteils unter sich bleiben und auch

⁸² Ebd., fol. 17'. In der Tat hatte sich insbesondere Fritze für die Zulassung der Reichsstände mit vollem Stimmrecht, das in den drei Reichsräten ausgeübt werden sollte, verwendet; doch hatten sich die Kurbrandenburger damit nicht durchsetzen können: BECKER: Kurfürstenrat, S. 203f.

⁸³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juli 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 17'-18.

⁸⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 August 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 25.

⁸⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 August 11, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 34'.

⁸⁶ Protokoll Sitzung fürstlicher und städtischer Gesandter (sessio 2), Osnabrück 1645 Juli 31, APW III A 3/1, Nr. 3, S. 37-43. S. auch DICKMANN: Frieden, S. 88.

die Exclusi teilnehmen könnten.⁸⁷ Im Namen der evangelisch-fürstlichen Gesandten zu Osnabrück sprach Lampadius am 9. August bei den Schweden vor und verließ der Unzufriedenheit der beteiligten Fürstlichen mit dem Lengericher Schluss nochmals Ausdruck. Außerdem beschwerte er sich über das Verhalten der kurfürstlichen Gesandten, insbesondere über das der Kurbrandenburger. Zuletzt bat er die Schweden um ihre Unterstützung zur Verteidigung der reichsständischen Rechte und Freiheit, was Oxenstierna und Salvius nun ausdrücklich zusagten.⁸⁸ Salvius' und Oxenstiernas Widerstand gegen den Lengericher Schluss nahm im August 1645 dann auch weiter zu: Nun drohten die beiden schwedischen Gesandten offen mit ihrer Abreise, sollten die Lengericher Beschlüsse umgesetzt werden und die reichsständischen Gesandten von Osnabrück nach Münster ziehen. Sie sahen sich durch die Regelung beleidigt, die Verhandlungen hauptsächlich in Münster stattfinden zu lassen.⁸⁹

Angesichts des wachsenden Widerstands sahen sich die Kaiserlichen wohl veranlasst, nun unter anderem an Lampadius heranzutreten. Sie ließen den welfischen Gesandten für diesen überraschend am 19. August 1645 morgens um 8 Uhr allein zu sich rufen, begrüßten ihn sehr freundlich und erzählten, sie wollten vertraulich mit ihm sprechen und seine Meinung vernehmen. Sie würden beabsichtigen, einige der reichsständischen Vertreter – die Sachsen-Altenburger, Brandenburg-Kulmbacher und Lampadius – an einem dritten Ort über den Verhandlungsmodus beraten zu lassen. Von Lampadius wollten sie wissen, ob die Stände ihnen ein solches Vorgehen übel nehmen würden und wollten sich seiner Unterstützung versichern.⁹⁰ Dieser bedankte sich sehr höflich für das Vertrauen, verwies jedoch nur auf die bereits übergebenen, allgemeinen Gutachten und verweigerte somit eine Auskunft.⁹¹ Damit aber ließen sich die Kaiserlichen nicht abspeisen. Am selben Nachmittag meldete sich Krane bei Lampadius an und bestand auf einem Besuch. Der kaiserliche Gesandte brachte noch einmal zum Ausdruck, welch einen großen Gefallen Lampadius ihnen täte, wenn er ihnen jederzeit seinen Rat gäbe.⁹²

Das Vorhaben der Kaiserlichen zielte für Lampadius erneut darauf, die Reichsstände von den Kongressorten nach Paderborn oder Dortmund abzuziehen und sie damit von den Kronen zu trennen. Dadurch hätten sie in seinen Augen Verschiedenes erreichen können: Zwischen den in Osnabrück anwesenden Reichsständen wäre es vermutlich zu Unstimmigkeiten gekommen, auch hätten die noch nicht zugelassenen Reichsstände besser von allen Beratungen ferngehalten

⁸⁷ Protokoll Sitzung fürstlicher und städtischer Gesandter (sessio 2), Osnabrück 1645 Juli 31, APW III A 3/1, Nr. 3, S. 39.

⁸⁸ Johan Oxenstierna und Salvius an die Königin, Osnabrück 1645 August 11, APW II C 1, Nr. 378, S. 715f.

⁸⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 August 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 25', Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 August 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 47, DICKMANN: Frieden, S. 88.

⁹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 August 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 62. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

⁹¹ Ebd., fol. 62'.

⁹² Ebd., fol. 63. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

werden können, was in Osnabrück nicht gelang. Und nicht zuletzt sollten sich die Schweden durch den Abzug der Reichsstände von diesen beleidigt fühlen,⁹³ was die gegenseitige Unterstützung zwischen ihnen und den Evangelischen deutlich erschwert hätte.

Zwei Tage später luden die Kaiserlichen neben Lampadius die Sachsen-Altenburger, Sachsen-Weimarer, Brandenburg-Kulmbacher, Oelhafen sowie den Lübecker zu sich ein, um ihnen ihren Vorschlag, die Stände an einem anderen Ort über den Verhandlungsmodus beraten zu lassen, zu unterbreiten. Doch auch von diesen reichsständischen Gesandten gemeinsam erhielten die Kaiserlichen keine direkte Antwort, sondern nur die Auskunft, sie müssten darüber mit den anderen ständischen Vertretern beraten.⁹⁴ Im Anschluss wurde daher eine Fürstenratssitzung einberufen, in der Fritze für Pommern ein Votum ablegte, wie es ganz nach Lampadius' Geschmack war und welches die Kurbrandenburger in seinen Augen wieder rehabilitierte:⁹⁵ Fritze votierte, die unterschiedlichen Zusammenkünfte von Reichsständen hätten seit 1636 weiter nichts gebracht als Geld zu kosten. Statt separate Verhandlungen mit den Katholischen zu führen, solle man lieber die Friedensverträge befördern, zumal sich die Kronen nicht an mögliche Beschlüsse rein ständischer Versammlungen gebunden fühlen würden und man ohnehin mit ihnen verhandeln müsse.⁹⁶

Drei Tage nach der Fürstenratssitzung wurde den Kaiserlichen die Antwort des Osnabrücker Fürsten- und Städterates überbracht, nämlich, dass sie nicht bereit seien, sich nach Münster zu einem Treffen mit den dort anwesenden Ständen zu begeben.⁹⁷ Sie argumentierten dabei mit dem Wunsch der beiden Kronen, die eine Verlegung der Reichsstände an einen dritten Ort nicht zulassen wollten.⁹⁸ Die Kaiserlichen zeigten sich darauf enttäuscht.⁹⁹

Lampadius' Reise nach Münster

Zwar weigerte sich die Mehrheit der evangelisch-fürstlichen Gesandten somit, Osnabrück zu verlassen, doch Lampadius selbst musste aufgrund der Anweisung seiner Herren Ende August 1645 zu einem Aufenthalt nach Münster aufbrechen.

Am 19. Juli hatten Friedrich und Christian Ludwig ihren Gesandten wissen lassen, er solle das inzwischen eingetroffene Haupt der französischen Delegation, den Herzog von Longueville, in

⁹³ Ebd., fol. 63'.

⁹⁴ Ebd., fol. 64', Extractus protocolli, Beilage 1 zu Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1645 August 24, APW II A 2, Nr. 214, S. 444.

⁹⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 August 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 64'.

⁹⁶ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 5), Osnabrück 1645 August 21, APW III A 3/1, Nr. 7, S. 100.

⁹⁷ Protokoll Deputation der fürstlichen und städtischen Gesandten bei den kaiserlichen Gesandten, Osnabrück 1645 August 24, APW III A 3/1, Nr. 9, S. 139-141.

⁹⁸ Extractus protocolli, Beilage 1 zu Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1645 August 24, APW II A 2, Nr. 214, S. 444.

⁹⁹ Protokoll Deputation der fürstlichen und städtischen Gesandten bei den kaiserlichen Gesandten, Osnabrück 1645 August 24, APW III A 3/1, Nr. 9, S. 139-141.

Münster besuchen, da Longueville und die Welfenherzöge eine besondere Affektion verbinde.¹⁰⁰ Friedrich und Christian Ludwig hofften, Longueville werde sich ihnen gegenüber auch jetzt zuvorkommend verhalten.¹⁰¹ Vor seinem Besuch bei Longueville sollte Lampadius die Kaiserlichen in Münster visitieren,¹⁰² womit die Rangfolge gewahrt bleiben sollte. Seinem Ermessen blieb es überlassen, ob auch die anderen beiden französischen Gesandten, d'Avaux und Servien, besucht werden mussten, um der Höflichkeit Genüge zu tun.¹⁰³

Erst am 28. August 1645 fand Lampadius die Gelegenheit, um nach Münster abzureisen und dort seinen Auftrag zu erfüllen.¹⁰⁴ Bei den kaiserlichen Gesandten in Münster, insbesondere bei Graf Nassau, fühlte er sich sehr willkommen und mit solchem Respekt gegenüber den Herzögen behandelt, dass er sich darüber wunderte. Über die Welfenfürsten äußerten sich die Kaiserlichen insgesamt mit aller Hochachtung. Und über Lampadius' erklärte Absicht, einige Zeit in Münster verbringen zu wollen, erklärten sich die Kaiserlichen erfreut. Von Nassau wurde er zweimal zum Essen eingeladen, musste aber wegen anderer Termine absagen. Nassau bestand darauf, die Einladung beim nächsten Aufenthalt des welfischen Gesandten in Münster nachzuholen.¹⁰⁵ Diese ganz besonders freundliche Haltung der Kaiserlichen mochte der aktuellen Lage Ferdinands III. geschuldet sein, denn angesichts der für den Kaiser bislang sehr nachteiligen Ereignisse des Jahres 1645 sah sich die kaiserliche Regierung im Sommer zu einem Umschwenken veranlasst: Eine Schlacht bei Jankau hatte im März 1645 für den Kaiser verheerend geendet, außerdem schwand das Ansehen des Reichsoberhauptes zusehends, was sich zum einen in der vermehrten Anreise reichsständischer Gesandter an den Friedenskongress, zum anderen in deutlichen Absetzbewegungen selbst der sonst so kaisertreuen Kurfürsten von Bayern und Sachsen widerspiegelte.¹⁰⁶ So mochte den kaiserlichen Gesandten über die allgemeine Höflichkeit hinaus ganz besonders an einem versöhnlichen Ton gegenüber dem welfischen Gesandten gelegen gewesen sein. Dabei stellten die Kaiserlichen zugleich Überlegungen über die Absichten des welfischen Gesandten an, die deutlich negativ ausfielen: Lamberg und Krane glaubten, die bekundete Absicht, die kaiserlichen und französischen Gesandten in Münster zu besuchen, sei nur ein Vorwand. In Wahrheit seien Lampadius und andere evangelisch-reichsständische Gesandte nur nach Münster gefahren, um die Franzosen dort über den von ihnen vorgesehenen reichsständischen Beratungsmodus an beiden Orten zu informieren und ihr Einverständnis einzuholen.¹⁰⁷ Auch

¹⁰⁰ Friedrich und Christian Ludwig an Lampadius, o. O. 1645 Juli 19, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 6'.

¹⁰¹ Ebd., fol. 7.

¹⁰² Ebd., fol. 6'.

¹⁰³ Ebd., fol. 7'.

¹⁰⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 September 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 76.

¹⁰⁵ Ebd., fol. 76'.

¹⁰⁶ DICKMANN: Frieden, S. 176f, KAMPMANN: Europa, S. 149-151.

¹⁰⁷ Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1645 August 31, APW II A 2, Nr. 219, S. 451f.

Nassau und Volmar schlossen sich diesem Urteil an.¹⁰⁸ Die Kaiserlichen spielten angesichts dessen ihre Rolle als freundliche Gastgeber gut. Aber die kaiserlichen Unterstellungen waren wohl wieder einmal etwas überzogen. Zwar dürfte Lampadius – seinen Andeutungen zufolge – mit den Franzosen auch über den Beratungsmodus gesprochen haben,¹⁰⁹ doch hatte er zugleich den durchaus nicht nachrangigen Auftrag, im Namen seiner Herren das Oberhaupt der französischen Gesandtschaft zu begrüßen. Darüber hinaus befand sich Oxenstierna zeitgleich mit Lampadius in Münster und konnte den Franzosen gegenüber das von den Schweden geteilte Anliegen, die Reichsstände an beiden Orten beraten zu lassen, mit deutlich größerem Nachdruck vertreten als der welfische Gesandte. Und Oxenstierna sprach darüber in der Tat ausführlich mit den französischen Gesandten.¹¹⁰ Somit wird man Lampadius' Rolle dabei nicht überbewerten dürfen.

Bei den französischen Gesandten, denen Lampadius allein drei gleichzeitig am 6. September 1645 die Aufwartung machte, fühlte er sich ebenfalls sehr gut aufgenommen. Longueville behandelte ihn seinem Empfinden nach fast mit mehr Gnade und Freundlichkeit, als nötig gewesen wäre.¹¹¹ Möglicherweise war das einer Auffassung geschuldet, die Servien im Winter 1645 folgendermaßen formulierte: Man müsse hauptsächlich „travailler à trois choses. La première, traiter avec les princes protestants pour s'asseurer de leur amitié. Les plus considérables d'entre eux sont aujourd'huy les ducs de Lunebourg et de Brunsvic.“¹¹² Man maß den Welfenherzögen also eine überaus bedeutende Rolle unter den evangelischen Fürsten bei.

Aufgrund eines Missverständnisses hatte Lampadius zudem Zugang zum Fürstenrat in Münster, da die Kurfürstlichen vor Ort glaubten, er sei von den Ständen zu Osnabrück delegiert worden und verrichte einen offiziellen Auftrag. Lampadius nutzte die Chance, auf diese Weise an Sitzungen teilnehmen zu können, stellte dabei aber auch klar, sich allein auf Befehl seiner Herren in Münster aufzuhalten.¹¹³

Lange blieb Lampadius nicht in Münster, spätestens am 14. September 1645 war er wieder in Osnabrück.¹¹⁴ Wäre es jedoch nach ihm gegangen, wäre er bald erneut nach Münster aufgebrochen. Schon sein erster, etwa zweiwöchiger Aufenthalt in Münster, befand er gegenüber

¹⁰⁸ Nassau und Volmar an Ferdinand III., Münster 1645 September 1, APW II A 2, Nr. 221, S. 457f.

¹⁰⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 September 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 76.

¹¹⁰ Johan Oxenstierna an die Königin, Osnabrück 1645 September 16, APW II C 1, Nr. 389, S. 737f, 740.

¹¹¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 September 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 76^r. Darüber berichteten die Franzosen nichts. Allerdings benannten die französischen Gesandten Lampadius – neben Thumbshirn, Oelhafen und Markus Otto – wenig später als einen „des plus habiles et des plus clairvoians“ unter den evangelisch-reichsständischen Gesandten: Longueville, d'Avaux und Servien an Brienne, Münster 1645 Oktober 21, APW II B 2, Nr. 242, S. 766.

¹¹² Memorandum Serviens für Lionne, Münster 1645 Dezember 23, APW II B 3/1, Nr. 40, S. 171.

¹¹³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 September 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 76.

¹¹⁴ Ebd., fol. 77.

seinen Herren, sei den dort Anwesenden sehr willkommen gewesen. Sowohl die französischen Gesandten als auch Vertreter evangelischer und katholischer Stände hätten ihn zur baldigen Rückkehr aufgefordert, weshalb er sich bereit erklärt habe, für etwa vier Wochen nach Münster zu gehen und an den Beratungen teilzunehmen. Er wollte etwa gegen Anfang Oktober dorthin abreisen, wenn die Kaiserlichen ihre zugesagte Resolution ausgestellt haben würden.¹¹⁵

Lampadius beabsichtigte jedoch, nicht allein in Münster zu agieren. Daher beschloss man im Fürstenrat Osnabrück, ihm den Nürnberger Oelhafen, der sich schon bei seinem ersten Aufenthalt parallel zu Lampadius in Münster befunden hatte, sowie den Sachsen-Weimarer zur Seite zu stellen und die drei nach etwa einem Monat durch andere Gesandte aus Osnabrück abzulösen. Der Weimarer Gesandte Heher musste allerdings nahezu genötigt werden, bis er sich zur Reise bereit erklärte.¹¹⁶ Lampadius stimmte sein Vorhaben also bald mit den anderen fürstlichen Gesandten in Osnabrück ab und vermied auch hier Alleingänge.

Auch der Zustimmung der Schweden versicherte sich Lampadius im Vorhinein: Am 14. September 1645 sprach er mit Oxenstierna, der den geplanten, einmonatigen Aufenthalt von Lampadius und den anderen beiden Gesandten für sinnvoll hielt, schon damit die Franzosen nicht von den Evangelischen getrennt würden. Allerdings sollte sichergestellt sein, dass die Interessen der evangelischen Stände hauptsächlich in Osnabrück vertreten würden, weshalb die Gesandten nach Ablauf der Frist wieder zurückkehren sollten.¹¹⁷

Anfang Oktober 1645 berichtete Lampadius seinem Herrn, er werde inzwischen sehr gedrängt, wie geplant zusammen mit Heher, Oelhafen und einem weiteren Vertreter der Reichsstädte nach Münster zu gehen und dort den Verhandlungen beizuwohnen. Lampadius fehlten allerdings noch weitere Instruktionen von Friedrich und Christian Ludwig, ohne die er nicht abreisen wollte. Er bat daher in Hannover, man möge sich mit deren Ausstellung beeilen, damit in Münster nichts präjudiziert würde.¹¹⁸ Erneut erwies sich das Instruieren durch zwei Herzöge als Problem.

Instruktionen vom Sommer 1645

Auch im Sommer war es schon schwierig für Lampadius gewesen, neue Anweisungen von Friedrich und Christian Ludwig zu erhalten. Bereits kurz nach der Übergabe der schwedischen und französischen Propositionen am 11. Juni 1645 hatte Lampadius darum gebeten, weiter instruiert

¹¹⁵ Ebd., fol. 76.

¹¹⁶ Ebd., Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 7), Osnabrück 1645 September 12, APW III A 3/1, Nr. 10, S. 148, 160-161.

¹¹⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 September 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 77, Johan Oxenstierna an die Königin, Osnabrück 1645 September 16, APW II C 1, Nr. 389, S. 737.

¹¹⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Oktober 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 124.

zu werden.¹¹⁹ Darauf reagierten Friedrich und Christian Ludwig erst über einen Monat später, am 19. Juli. In einem gemeinsamen Schreiben unterrichteten sie Lampadius, es seien Geheime Räte von beiden Höfen nach Burgdorf geschickt worden, um über Instruktionen für ihn zu beraten.¹²⁰ Doch erst im September sollten die zwischen den beiden fürstlichen Regierungen abgestimmten neuen Anweisungen Lampadius schließlich erreichen. Die gemeinsame Instruktion der beiden Herzöge, die auf den 28. August 1645 datiert, wurde erst am 4. September aus Hannover fortgeschickt.¹²¹ Von der Bitte um Instruktion bis zu deren Eintreffen bei Lampadius dauerte es also gut zweieinhalb Monate.

Und erneut sollte sich zeigen, dass der Inhalt der Instruktion von den Geschehnissen am Kongress überholt worden war: Nun, nachdem sich die reichsständischen Vertreter am Kongress bereits über den Verhandlungsmodus geeinigt hatten, vollzogen die Herzöge eine Abkehr von ihrer bisherigen Politik bezüglich des Deputationstages.¹²² Da die anderen Stände, so Friedrich und Christian Ludwig, deshalb Nachteile für ihr Mitbestimmungsrecht befürchteten und lieber wie auf Reichstagen üblich beraten wollten, hätten sie, die Herzöge, keinen Grund, unnötig auf ihren gut gemeinten Vorschlägen zu bestehen. Man wolle nicht den Eindruck erwecken, andere Stände in der Ausübung ihres Stimmrechts zu hindern, daher sollte Lampadius die allgemeine Intention nun nach allen Kräften befördern helfen. Bei dieser Position wollten die Herzöge bleiben, damit Kaiserliche und Kurfürstliche keine Gelegenheit erhielten, gemeinsam mit einigen Katholischen etwas für die anderen Stände Nachteiliges durchzusetzen.¹²³ Insbesondere mit den anderen evangelischen Ständen sollte Lampadius nach einer Verfahrensweise suchen, die alle Rechte von Fürsten und Ständen wahrte und es auch gestattete, den Streit um die Exclusi möglichst schnell beizulegen.¹²⁴ De facto hatte Lampadius bereits vor Eintreffen dieser Anweisung eine entsprechende Linie verfolgt. Schon im Gutachten für die Kaiserlichen hatten Oelhafen und er sich mit Zustimmung der meisten anderen fürstlichen Gesandten in Osnabrück für ein Stimmrecht aller Reichsstände in den hergebrachten Reichsräten ausgesprochen. Nun bekam Lampadius also die nachträgliche Zustimmung für sein Handeln. Und er konnte sich in seiner Einschätzung vom Frühjahr bestätigt fühlen, in der er vor einer Verlegung des Deputationstages gewarnt hatte, da diese sich negativ auswirken würde.

¹¹⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 305ʳ.

¹²⁰ Friedrich und Christian Ludwig an Lampadius, o. O. 1645 Juli 19, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 6.

¹²¹ Instruktion Friedrichs und Christian Ludwigs für Lampadius, o. O. 1645 August 28, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 73.

¹²² Ebd.

¹²³ Ebd., fol. 73-73ʳ.

¹²⁴ Ebd., fol. 74.

Ansonsten enthielt die Instruktion – zumindest im Hinblick auf die wesentlichen Verhandlungsgegenstände – keine detaillierteren Anweisungen für Lampadius. Die schwedische Proposition etwa beurteilten die beiden Herzöge als gewichtig, fanden es zugleich aber unabsehbar, welche Punkte sich würden durchsetzen lassen, weshalb sie es für untunlich hielten, Lampadius schon darauf zu instruieren. Der welfische Gesandte blieb damit auf sich gestellt. Lediglich in Bezug auf die Reihenfolge der abzuhandelnden Punkte wiederholten die Herzöge ihre schon zuvor erteilte Anweisung: Lampadius sollte gemeinsam mit anderen Ständen eine Trennung der Reichssachen von den Partikularinteressen der Kronen erreichen und dafür sorgen, dass die Reichssachen als Erstes abgehandelt würden.¹²⁵

Diese Instruktion bezüglich der Beteiligung der Reichsstände erwies sich auch deswegen schon als überholt, bevor sie bei Lampadius eintraf, da vom Kaiser bereits am 29. August 1645 ein Einladungsschreiben an alle Reichsstände zum Westfälischen Friedenskongress ergangen war. Dieses bedeutete eine Niederlage der kaiserlichen Politik, wenn Ferdinand III. seine Position auch insofern noch zu retten versuchte, als er die Reichsstände erst einmal nur dazu einlud, ihm in einer beratenden Funktion zur Seite zu stehen.¹²⁶ Doch die Teilnahme der Reichsstände am Westfälischen Friedenskongress mit vollem Stimmrecht war nicht mehr aufzuhalten, wurde das reichsständische *Ius pacis ac belli* durch die Einladung doch *de facto* anerkannt.¹²⁷

Nun, nach diesem wichtigen Erfolg im Sinne der Teilhabe der Reichsstände, blieb noch die Frage zu klären, wie mit den *Exclusi* verfahren werden sollte, deren Zulassung noch nicht erfolgt war.

Die Zulassung der *Exclusi*

Im Fürstenrat Osnabrück nahm man am 12. September 1645 die grundlegende Zustimmung der Reichsstände in Münster zur Kenntnis, die Reichsräte prinzipiell an beiden Kongressorten tagen und ihr Stimmrecht ausüben zu lassen. Nun ging es um weitere Einzelfragen, etwa, wer das Direktorium im Fürstenrat führen sollte und ob wirklich alle Stände zu den Beratungen zugelassen werden würden. Die Verlegung des Deputationstages spielte keine Rolle mehr.¹²⁸ Lampadius beschäftigte inzwischen viel mehr die Frage, wie insbesondere Magdeburg mit Sitz und Stimme zu den Beratungen der Reichsstände zugelassen werden könnte. Bei den anderen *Exclusi* Hessen-Kassel, Baden-Durlach und Straßburg glaubte er nicht an größere Schwierigkeiten, für sie die aktive Teilnahme an den Friedensverhandlungen zu erreichen.¹²⁹

¹²⁵ Instruktion Friedrichs und Christian Ludwigs für Lampadius, o. O. 1645 August 28, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 75.

¹²⁶ RUPPERT: Politik, S. 93.

¹²⁷ REPGEN: Ferdinand III., S. 329.

¹²⁸ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 7), Osnabrück 1645 September 12, APW III A 3/1, Nr. 10, S. 145-165.

¹²⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 September 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 104.

Am 23. September 1645 wurde Lampadius um 17 Uhr eilig zu den Kaiserlichen gerufen, bei denen schon der Mecklenburger anwesend war. Die Kaiserlichen teilten den beiden Gesandten mit, sie wollten ihre Repliken am 25. September übergeben, hätten aber Befehl vom Kaiser, die Magdeburger, Hessen-Kasseler und Baden-Durlacher nicht teilnehmen zu lassen. Sie baten die beiden Gesandten daher, die genannten Exclusi dazu zu bewegen, keinesfalls zu kommen. Diese lehnten jedoch mit den Worten ab, es würde ihnen nicht gebühren, diese Aufgabe zu übernehmen, da sie sich dadurch bei den evangelischen Ständen verdächtig machen und ihnen präjudizieren würden. Darüber hinaus sei den Exclusi solches nicht anzuraten.¹³⁰

Auch Oxenstierna war mit dem Vorhaben der Kaiserlichen, die genannten Exclusi auszuschließen, nicht einverstanden. Am 24. September 1645 ließ er Lampadius zu sich bitten und wollte dessen Meinung hören. Nun äußerte sich Lampadius deutlich anders als einen Tag zuvor gegenüber den Kaiserlichen: Wichtig sei, die Verhandlungen von dieser Frage nicht aufhalten zu lassen. Deshalb würden seiner Auffassung nach die Exclusi am besten daran tun, die Übergabe zu ignorieren.¹³¹ Es sei den betroffenen Ständen viel präjudizierlicher, sollten sie von den anschließenden Beratungen über die kaiserlichen Repliken ausgeschlossen werden, als wenn sie bei der Übergabe nicht dabei wären. Lampadius und Oxenstierna diskutierten zwei Stunden über diese Frage, ohne sich einigen zu können. Oxenstierna wollte die Frage der Zulassung der Exclusi als Erstes erörtert haben, Lampadius fand es wichtiger, die kaiserliche Hauptintention möglichst bald zu erfahren.¹³² Obwohl sich Lampadius den Kaiserlichen gegenüber strikt geweigert hatte, als ihr Erfüllungsgehilfe zum Ausschluss der Exclusi beizutragen, war diese Weigerung doch weniger seiner Einstellung zu dieser Frage als der Sorge geschuldet, sich dadurch bei den anderen Evangelischen unbeliebt und verdächtig zu machen.

Oxenstierna und der französische Resident St. Romain erklärten schließlich, sie könnten den Ausschluss von Reichsständen nicht zulassen. Scheffer kam zu Lampadius, um ihm diesen Beschluss mitzuteilen. Lampadius erläuterte auch Scheffer gegenüber, welcher qualitativer Unterschied seiner Ansicht nach zwischen der Übergabe der kaiserlichen Replik und den ständischen Beratungen darüber bestand. Er erklärte, auch er würde den Ausschluss eines Reichsstandes von den ständischen Beratungen nicht zulassen, könne aber Verzögerungen der Hauptverhandlungen wegen der bloßen Übergabe nicht gutheißen. Scheffer war der gleichen Meinung und wollte versuchen, die königlichen Vertreter umzustimmen.¹³³

¹³⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 September 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 118.

¹³¹ Ebd.

¹³² Ebd., fol. 118', Johan Oxenstierna an die Königin, Osnabrück 1645 September 29, APW II C 1, Nr. 396, S. 760f.

¹³³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 September 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 118'.

Lampadius und Scheffer standen mit ihrer Einschätzung nicht allein. Auch im Fürstenrat Osnabrück waren sich die Gesandten darin einig, Oxenstierna durch eine Deputation ersuchen zu lassen, die Übergabe der kaiserlichen Replik zum Wohle des Reiches auch ohne vorherige Zulassung der Exclusi geschehen zu lassen. Nach der Übergabe wollten die anderen Stände diese dann erwirken. Die Kurfürstlichen in Osnabrück waren ebenfalls damit einverstanden.¹³⁴ Oxenstierna ließ sich schließlich überreden, daher konnte die Übergabe der kaiserlichen Repliken¹³⁵ am 25. September doch noch stattfinden.¹³⁶

Allerdings verpflichtete Oxenstierna nach der Übergabe die Stände in Osnabrück dazu, mit den Verhandlungen nicht fortzufahren, solange die Exclusi nicht zugelassen worden wären. Es überraschte Lampadius dabei, dass sich die französischen Gesandten wegen der Admission Magdeburgs, eines evangelischen Administrators, der Position Oxenstiernas anschlossen.¹³⁷

Für Lampadius scheint die Frage der Zulassung der Exclusi auch in der folgenden Zeit hauptsächlich deshalb von Interesse gewesen sein, da sie sich auf die Verhandlungen auswirkte. Anfang Oktober befand er, das Thema drohe weitere Kreise zu ziehen und die Verhandlungen merklich zu beeinträchtigen. Er befürchtete, durch diesen Streit könnten schon zu Anfang der Verhandlungen die Gemüter beiderseits verbittert werden und setzte sich aus diesem Grund für eine Lösung ein, wenn sich ihm die Gelegenheit bot. Insbesondere für den Administrator zu Magdeburg wurde er dabei aktiv.¹³⁸ Ansonsten spielte die Frage der Zulassung der Exclusi in seinen Relationen eine Nebenrolle, obwohl sie andere evangelische Stände betraf, welche für die Welfenherzöge als Mitstreiter für die gemeinsame evangelische Sache gelten konnten.

Am 24. November 1645 konnte Lampadius seinen Herren dann den Durchbruch in der Frage vermelden. Von Scheffer erfuhr er, dass die Kaiserlichen nun der Zulassung Hessen-Kassels zugestimmt hatten. Auch Magdeburg sollte zugelassen werden, wenn auch nur auf der weltlichen Bank als weiterer Vertreter des Kurhauses Sachsen. Ebenso durften Baden-Durlach und Nassau-Saarbrücken mit Sitz und Stimme teilnehmen, allerdings erst nach ihrem Beitritt zum Prager Frieden.¹³⁹

Anders als man aufgrund seiner spärlichen Berichterstattung über die Zulassung der Exclusi glauben könnte, zeigte Lampadius auch persönlichen Einsatz, um eine Lösung zu finden. Er nahm

¹³⁴ Protokoll Sitzungen fürstlicher Gesandter, Deputationen und Plenum, Osnabrück 1645 September 25, APW III A 3/1, Nr. 14, S. 203.

¹³⁵ Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 1, S. 618-623, 628-632.

¹³⁶ Protokoll Sitzungen fürstlicher Gesandter, Deputationen und Plenum, Osnabrück 1645 September 25, APW III A 3/1, Nr. 14, S. 204-206.

¹³⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Oktober 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 124^r.

¹³⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Oktober 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 146.

¹³⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 November 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 334.

etwa als Deputierter an den Sitzungen zwischen evangelischen und katholischen Vertretern zu diesem Thema teil.¹⁴⁰ Sein Hauptanliegen dürfte dabei gewesen sein, diese Frage schnellstmöglich zu klären, um sich wieder wichtigeren Angelegenheiten zuwenden zu können. Ein Indiz für diese Lesart ist der Umstand, welch breiten Raum die Erstellung des Gutachtens über die Propositionen der Kronen und die kaiserlichen Repliken zur selben Zeit in seinen Berichten einnimmt. Diesen inhaltlichen Fragen widmete er sich nicht nur deshalb so ausführlich, weil er selbst an der Abfassung beteiligt war, sondern weil sie für seine Herren eine sehr wichtige Rolle spielten.¹⁴¹

¹⁴⁰ Protokoll [1.] Konferenz zwischen evangelischen und katholischen Deputierten, Osnabrück 1645 Dezember 19, APW III A 3/2, Nr. 55, S. 309-312, Protokoll [2.] Konferenz zwischen evangelischen und katholischen Deputierten, Osnabrück 1645 Dezember 21, APW III A 3/2, Nr. 58, S. 329-332, Protokoll [3.] Konferenz zwischen evangelischen und katholischen Deputierten, Osnabrück 1645 Dezember 21 (?), APW III A 3/2, Nr. 60, S. 342, Protokoll [4.] Konferenz zwischen evangelischen und katholischen Deputierten, Osnabrück 1645 Dezember 22, APW III A 3/2, Nr. 62, S. 349-351.

¹⁴¹ Nur am Rande sei darauf hingewiesen, dass die Berichte selbstverständlich auf den Erwartungshorizont an den Welfenhöfen zugeschnitten waren, dass also nur berichtet wurde, was für die Rezipienten von (größerer) Bedeutung war. So auch LANZINNER: Fürsten, S. 78f.

5. Gravamina und Gutachten der Evangelischen

Schon parallel zu den Bemühungen um die Zulassung der Exclusi war Lampadius sehr damit beschäftigt, Gutachten und Gravamina der Evangelischen formulieren zu helfen. Er hatte außerdem zuvor ein Gutachten für seine Herren verfasst, wie genau die einzelnen Bestimmungen der schwedischen Proposition einzuordnen seien.

Lampadius' Gutachten über die Propositionen und die kaiserliche Replik

Bereits in ihrer Instruktion vom 28. August 1645, die Lampadius Anfang September erreichte, hatten die Herzöge den calenbergischen Vizekanzler ersucht, ihnen seine Meinung zur schwedischen Proposition mitzuteilen.¹

Erst am 6. Oktober 1645 sandte Lampadius seine Ausführungen dazu zurück. Darin berücksichtigte er nicht nur die schwedische, sondern auch die französische Proposition sowie die kaiserliche Replik² an Schweden, die elf Tage zuvor erst übergeben worden war. An den Überlegungen, die er formulierte, wollte Lampadius sein weiteres Handeln am Kongress ausrichten, bis er weitere Instruktionen von seinen Herren erhielt. Letztere erbat er dringend.³

Lampadius folgte in seinem Gutachten der Reihenfolge der schwedischen Proposition und behandelte parallel die inhaltlich gleichen Punkte der französischen Proposition und der kaiserlichen Replik. Als Grund dafür nannte er seinen Herren den Entschluss des Fürstenrates Osnabrück vom 2. Oktober 1645, zur Vermeidung weiterer Diskussionen in dieser Hinsicht dem Vorbild der Propositionen der Kronen zu folgen.⁴ Diese Fürstenratssitzung war noch aus einem anderen Grund eine wichtige gewesen, denn Lampadius hatte dabei einen Meinungswandel kundgetan: Hatte er früher dafür plädiert, zunächst die Gravamina zu erörtern, erklärte er nun, er befinde nach reiferem Nachsinnen, welche Schwierigkeiten dies bergen würde. Sollten erst ausschließlich die Gravamina behandelt werden, koste dies zu viel Zeit und führe zu Konfusionen bei den Verhandlungen. Darüber hinaus verursache man Zweifel bei den Kronen, ob die Reichsstände sie weiter unterstützen würden, wenn erst die durch die Gravamina ausgelösten Streitigkeiten innerhalb des Reiches beigelegt wären. Daher stimmte Lampadius dafür, bei der Reihenfolge zu bleiben, die in der schwedischen Proposition vorgegeben worden war. Die Gravamina

¹ Instruktion Friedrichs und Christian Ludwigs für Lampadius, o. O. 1645 August 28, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 75.

² Zur kaiserlichen Reaktion auf die Propositionen der Kronen s. etwa AUER: Ziele, S. 157, AUER: Reaktion, passim.

³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Oktober 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 124.

⁴ Gutachten Lampadius' für Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Oktober 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 125, Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 12), Osnabrück 1645 Oktober 2, APW III A 3/1, Nr. 19, S. 276.

würden dann automatisch mit behandelt werden.⁵ Das bedeutete eine Abkehr von der Anweisung seiner Herren, die Reichssachen auf jeden Fall vor allen anderen Fragen vorzunehmen.

In seinem Gutachten nahm Lampadius Stellung zu den für ihn wichtigsten Fragen. Mochte der Kaiser aus seiner Perspektive mit den Inhalten seiner Replik den (evangelischen) Reichsständen bereits weit entgegen gekommen sein,⁶ so kann man nicht behaupten, dass Lampadius diese Sicht teilte. Im Gegenteil führte er vor allem diejenigen Punkte auf, bei denen er an der kaiserlichen Position etwas auszusetzen hatte: Zunächst kam er auf den erneut geäußerten Wunsch der Kaiserlichen zu sprechen, die Schönebeckischen Traktate zur Grundlage der Verhandlungen zu machen. Dem, hielt er fest, dürfe nicht entsprochen werden. Schon die Tatsache, dass Oxenstierna und Vertreter des Kurfürsten zu Sachsen seinerzeit ohne Beteiligung der übrigen Reichsstände miteinander verhandelt hatten und zu keinem Abschluss gelangt waren, sprach aus Lampadius' Sicht gegen diese Verhandlungen.⁷ Lampadius blieb somit bei seiner früheren Empfehlung, die Schönebeckischen Traktate keinesfalls als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren. Festzuhalten ist, dass er sie schon aus formalen Gründen ablehnte. Ein wichtiger Aspekt ist wiederum die fehlende Berücksichtigung des von ihm eingeforderten reichsständischen Mitbestimmungsrechts. Dazu passte auch, dass Lampadius ausdrücklich erklärte, die Position der Reichsstände dem Kaiser gegenüber müsse hinsichtlich des Bündnisrechts und des *Ius pacis et belli* unbedingt gestärkt werden.⁸ Es ginge nicht an, dass der Kaiser sich etwa in die spanischen Angelegenheiten mische und das ganze Reich damit in fremde Kriege verwickle.⁹

Bezüglich der kriegführenden Parteien, merkte Lampadius an, hätten die Kaiserlichen in ihrer Replik einfach die Subjekte geändert, weshalb nun die Kronen als Feinde des ganzen Reiches erschienen. Frankreich und Schweden führten aber Krieg gegen das Haus Österreich und dessen Anhänger, wie französische und schwedische Vertreter immer wieder versichert hätten. Auch wäre es sehr gefährlich für die Reichsstände, sich als Feinde der Kronen zu begreifen, da sie deshalb Land und Leute verlieren könnten, denn im Völkerrecht gelte der Grundsatz: Was man im Krieg gewinne, könne man behalten.¹⁰ Lampadius fand es daher gar nicht geraten, dass sich das Haus Braunschweig-Lüneburg oder irgendein anderer evangelischer Stand vom Kaiser als Feind der Kronen deklarieren ließ.¹¹ Nicht zuletzt lasse man sich dadurch der Assistenz der Kronen bei den Verhandlungen berauben. Auch sei laut Völkerrecht derjenige, der mit dem

⁵ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 12), Osnabrück 1645 Oktober 2, APW III A 3/1, Nr. 19, S. 263.

⁶ RUPPERT: Politik, S. 136, AUER: Ziele, S. 157.

⁷ Gutachten Lampadius' für Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Oktober 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 125'.

⁸ Ebd., fol. 127'.

⁹ Ebd., fol. 128.

¹⁰ Ebd., fol. 126.

¹¹ Ebd., fol. 126-126'.

Krieg nichts zu schaffen habe, nicht zu Entschädigungszahlungen verpflichtet.¹² Diese kleine Abänderung der Kaiserlichen hatte für ihn somit auf verschiedenen Ebenen große negative Auswirkungen für die evangelischen Reichsstände.

Als Termin für die Amnestie blieb Lampadius beim Stichjahr 1618. Er befand, es sei verwunderlich, dass sich die Katholischen von aller Schuld frei sähen und die Evangelischen allein die Sünder sein sollten, hätten doch Kaiser Ferdinand II. und Maximilian von Bayern die Amnestie so hoch nötig wie nur irgendwer.¹³ Auf evangelischer Seite sei man bereit, alle geschehenen Untaten zu vergessen, wenn man nur in Zukunft vor neuen abgesichert sei und alles in den Stand zurückversetzt würde, in dem es sich 1618 befunden hatte.¹⁴ Amnestie bezeichnete somit nicht nur das gegenseitige Vergessen und Verzeihen von Kriegshandlungen, sondern auch das Wiederherstellen von Besitzverhältnissen, wie sie zu einem konkreten Termin bestanden hatten und war so eng mit Restitution verbunden.¹⁵

Lampadius sprach sich zudem für eine genauere Darlegung dessen aus, was die Reichsstände hinsichtlich der Verbesserung der Justiz forderten. Die Reichsstände müssten dies für die Schweden nun spezifizieren.¹⁶ Ganz selbstverständlich wollte Lampadius reichsständische Forderungen weiter von den Schweden durchsetzen lassen.

Dazu gehörte für Lampadius auch die Zurückweisung des kurfürstlichen Strebens nach Machterweiterung: Er befand, die Kurfürsten hätten sich seit einiger Zeit Freiheiten herausgenommen, die ihnen in der Goldenen Bulle nicht zugestanden worden seien. Deshalb sei es wichtig, sie erneut auf diese Grundlage zu verweisen und sie nicht nach ihrem Gefallen mittels der kaiserlichen Wahlkapitulationen immer mehr Rechte der Reichsstände an sich ziehen zu lassen. Vorrecht der Kurfürsten sei es, den Kaiser zu wählen, nicht sehr viel mehr.¹⁷

Hinsichtlich des Bündnisrechts merkte Lampadius an, man müsse zwischen Imperium und Imperator unterscheiden. Es gebühre niemandem, gegen das Reich Bündnisse einzugehen. Beim Kaiser müsse man jedoch differenzieren. Solange der Kaiser keinen Reichsstand wider die Reichskonstitutionen behelligte, seien Bündnisse gegen ihn unzulässig. Wenn aber der Kaiser versuche, Reichsstände zu unterdrücken, so folge: Wo es keine legitime Herrschaftsmacht gebe, sei auch keine Gehorsamspflicht vorhanden. In einem solchen Fall könnten die Stände mit gutem Recht Bündnisse gegen den Kaiser schließen und sich dem von ihm ausgeübten Unrecht widersetzen. Denn die Eide des Kaisers und der Stände gälten wechselseitig. Der Kaiser habe in seiner Wahlkapitulation geschworen, die Rechte der Stände zu schützen, wofür ihm die Reichsstände

¹² Ebd., fol. 126'.

¹³ Ebd., fol. 128.

¹⁴ Ebd., fol. 128'.

¹⁵ GERSTENBERG: Historizität, S. 470-477.

¹⁶ Gutachten Lampadius' für Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Oktober 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 129.

¹⁷ Ebd., fol. 130.

Pflicht und Eid leisteten. Der eine sei genauso schuldig, sich daran zu halten, wie die anderen, zumal sowohl Kaiser als auch Reichsstände den Reichssatzungen unterworfen seien.¹⁸ Damit folgte Lampadius einer besonders unter evangelischen Reichsständen gebräuchlichen Argumentation, die mit der Konzeption des Reiches als Aristokratie einherging.¹⁹

Neben diesen Punkten, an denen die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg mehr oder weniger starke Eigeninteressen verfolgten, befasste sich Lampadius auch mit zwei weiteren Fragen, nämlich der sogenannten ‚pfälzischen Frage‘ und einer Aufnahme der Reformierten in den Religionsfrieden. Hier sah Lampadius seine Herren unmittelbar nicht betroffen, weshalb er diese Punkte gewissermaßen ohne eigenes Interesse – wenn auch nicht ohne eigene Meinung – von außen darlegen konnte.

Die pfälzische Frage betraf nicht nur den geächteten Kurfürsten und ‚Winterkönig‘ Friedrich V. von der Pfalz bzw. dessen Erben, die bislang noch nicht restituiert worden waren: Die pfälzische Kurwürde war auf die bayrischen Wittelsbacher übertragen worden, die außerdem die Oberpfalz und die rechtsrheinische Unterpfalz erhalten hatten, während die linksrheinische Unterpfalz spanisch besetzt wurde.²⁰ Dadurch hatte sich der Kaiser auf Maximilian von Bayern festgelegt – aber nicht nur er, denn im Prager Frieden, der nahezu von allen Reichsständen angenommen worden war, war auch diese Übertragung der ehemals pfälzischen Güter auf den nun neuen bayrischen Kurfürsten festgeschrieben worden.²¹ Seither war es das Bestreben Maximilians, seinen Nachkommen die Kurwürde und die Oberpfalz zu sichern.²² Dagegen wurden die Ansprüche der pfälzischen Erben auch von Dritten vertreten, unter anderem von ihrem Großvater mütterlicherseits, dem englischen König.²³ Da auch Frankreich und Schweden in dieser Frage Position bezogen, war klar, dass die pfälzische Frage Bestandteil der Friedensverhandlungen werden musste.²⁴ Auch Lampadius betrachtete die Klärung der pfälzischen Frage als essenziell, da ohne diese das Reich nicht zur Ruhe kommen könne. Er befand, der Kurfürst von Bayern habe sich um das Reich nicht verdient gemacht, weshalb man sinetwegen den Krieg nicht fortsetzen sollte.²⁵ Dennoch sei es eine Möglichkeit, dem Kurfürsten von Bayern Zeit seines Lebens die Kurwürde zu lassen, diese und die kurpfälzischen Länder aber nach seinem Tod wieder zurückzugeben.²⁶ Hier forderte Lampadius keineswegs volle Restitution des ehemaligen Kur-

¹⁸ Ebd., fol. 130ʳ.

¹⁹ SCHORN-SCHÜTTE: Obrigkeitkritik, S. 229-232, SCHORN-SCHÜTTE: Eigenlogik, S. 15f, 21-24.

²⁰ DICKMANN: Frieden, S. 21f, ALBRECHT: Kriegs- und Friedensziele, S. 258-260, ALBRECHT: Bayern, S. 461.

²¹ DICKMANN: Frieden, S. 377, ALBRECHT: Kriegs- und Friedensziele, S. 263, ALBRECHT: Bayern, S. 461, ALBRECHT: Maximilian, S. 921, 1020.

²² ALBRECHT: Kriegs- und Friedensziele, S. 264f, ALBRECHT: Bayern, S. 461-465, ALBRECHT: Maximilian, S. 1021.

²³ DICKMANN: Frieden, S. 377, ALBRECHT: Bayern, S. 462f, ALBRECHT: Maximilian, S. 1020f.

²⁴ DICKMANN: Frieden, S. 377f, ALBRECHT: Kriegs- und Friedensziele, S. 265f, ALBRECHT: Bayern, S. 464.

²⁵ Gutachten Lampadius' für Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Oktober 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 128ʳ.

²⁶ Ebd., fol. 129.

fürsten von der Pfalz; die ansonsten geforderte Amnestie sollte nicht für ihn gelten. Dennoch war diese Position auch mit den Interessen Maximilians von Bayern nicht vereinbar.

Die Schweden hatten zudem auch die Aufnahme der Reformierten in den Religionsfrieden vorgesehen.²⁷ Dies befürwortete Lampadius unter dem Aspekt, dass die Katholischen bisher ohne Unterschied Feind aller Evangelischen gewesen seien und die Reformierten geholfen hätten, die gemeinsame Sache gegen sie zu verteidigen. Allerdings sollten die Reformierten nur unter der Bedingung in den Religionsfrieden aufgenommen werden, dass sie den Lutheranern zusicherten, lutherischen Konfessionsangehörigen in ihren Gebieten die freie Religionsausübung zuzugestehen und sie nicht zu reformieren. Lampadius hatte sich viel mit Salvius über diesen Punkt unterhalten, wobei sich der schwedische Gesandte ganz mit ihm einig gezeigt hatte.²⁸ Einerseits kam Lampadius den Reformierten somit weit entgegen, andererseits forderte er für die Lutheraner eine Sonderbehandlung, die einen bedeutenden Eingriff in die landesherrliche Kirchenhoheit bedeutete. In dieser Hinsicht sollten Lutheraner und Reformierte nach seinem Willen nicht gleichgestellt werden.

Die Frage der schwedischen und französischen Satisfaktionen – wieder ein Thema von allgemeinem Interesse – riss Lampadius lediglich kurz an.²⁹ Er stellte fest, ihm grause vor diesen Artikeln, obwohl sie noch sehr unspezifisch abgefasst seien und die Kronen vor allem näher erklären müssten, von wem sie Satisfaktionen begehrten. Seien sie keine Feinde des Reiches, so wären ihnen die Reichsstände nichts schuldig, abgesehen von denjenigen, die ihnen als Verbündete etwas versprochen hätten oder deren Feinde sie seien. Hätten sie nur Gewinn im Krieg gesucht, müssten sie sich mit dem begnügen, was sie erobert hatten. Lampadius meinte, seine Herren sollten sich aus dieser Sache heraushalten und erklären, sie führten mit keinem der Beteiligten Krieg und seien daher auch nicht zur Zahlung von Satisfaktionen verpflichtet.³⁰

Einen Tag bevor die Beratungen im Fürstenrat über die Propositionen der Kronen und die Antworten der Kaiserlichen darauf beginnen sollten, hatte Lampadius seinen Herren gegenüber bereits seine Einstellungen zu den einzelnen Fragen formuliert.³¹

Das Gutachten der Fürstlich-Evangelischen in Osnabrück

Der noch rein evangelisch besetzte Fürstenrat Osnabrück begann am 10. Oktober 1645, sich mit den königlichen Propositionen und den kaiserlichen Repliken zu befassen. An diesem Tag schlug das Magdeburger Direktorium für den Entwurf eines Gutachtens den Einsatz von Deputierten vor und benannte als solche die Sachsen-Altenburger, Lampadius und den Vertreter der Fränki-

²⁷ Ebd.

²⁸ Ebd., fol. 129'.

²⁹ Ebd., fol. 131.

³⁰ Ebd., fol. 131'.

³¹ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 13), Osnabrück 1645 Oktober 7, APW III A 3/1, Nr. 20, S. 286.

schen Grafen.³² Die anderen anwesenden Gesandten zeigten sich damit einverstanden.³³ Dennoch rechtfertigte Lampadius dieses Vorgehen in seinem Votum recht ausführlich: Zunächst ging er auf die Frage ein, ob man mit den Beratungen über dieses Thema warten sollte, bis das kurmainzische Direktorium dazu aufrufen würde, was er verneinte. Man sei nicht auf einem regulären Reichstag, wo Kurmainz die Ansage der Themen zukomme. Zudem sei das Reichsdirektorium um des Reiches willen da und nicht umgekehrt.³⁴ Wenn Kurmainz also etwas Gutes unterlasse oder gar verhindern wolle, habe man keinen Grund, sich von Kurmainz abhängig zu machen, zumal das Reichsdirektorium die Abfolge der Verhandlungsgegenstände nicht bestimmen könne. Er argumentierte mit dem Grundsatz „*Salus enim populi suprema lex*“.³⁵ Diese Rechtsauffassung, die schon Cicero ähnlich formulierte,³⁶ wurde als Argument in den Diskussionen des Fürstenrates nicht nur von Lampadius angeführt, sondern bei anderer Gelegenheit etwa auch vom Gesandten Brandenburg-Kulmbachs, in diesem Fall, um die Notwendigkeit einer Beschleunigung der Friedensverhandlungen zu untermauern.³⁷ Außerdem verwies sie wieder zurück auf Lampadius' *Dissertatio*, in der er das allgemeine Wohl als Ziel des Staatswesens definiert hatte.³⁸

In seinem Votum äußerte sich Lampadius auch über die Deputation als Beratungsform: Zwar seien Beratungen im Plenum üblicher, wenn die Materie nicht allzu komplex sei. Letztere sei in diesem Fall allerdings überaus umfangreich und kompliziert.³⁹ Daher sei der vom Magdeburger Direktorium vorgeschlagene Modus anzuwenden, bei dem es sich keineswegs um eine Neuerung im Reich handle. Jedes anwesende Mitglied des Fürstenrates behalte trotz der Deputation sein Votum, da die Deputierten nur Vorarbeiten leisten sollten, zu denen jeder anschließend seine Ergänzungen beitragen könne.⁴⁰ Vermutlich hatten sich die Magdeburger und Lampadius vor der Fürstenratssitzung über diesen Vorschlag abgesprochen, brachte Lampadius doch in einem sehr ausgefeilten Plädoyer verschiedene Gründe dafür vor, über die er sich schon im Vorfeld Gedanken gemacht haben dürfte. Gemeinsamen Absprachen kam auch die räumliche Nähe der Quartiere der Magdeburger und Lampadius' zugute. Beide waren so gelegen, dass sich die Gesandten durch den Garten besuchen und so jederzeit von Dritten unbemerkt zusammentreffen konnten.

³² Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 15), Osnabrück 1645 Oktober 10, APW III A 3/1, Nr. 22, S. 344. In der Zeit zwischen dem 28. Juli 1645 und dem 2. Februar 1646 tagte der Fürstenrat Osnabrück noch als rein evangelisch besetztes Gremium unter Magdeburger Direktorium, bevor seit dem 3. Februar 1646 auch katholische Reichsstände an den Sitzungen teilnahmen und Österreich das Direktorium übernahm. BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/1, S. LXXVIII, DIES.: Einleitung, in: APW III A 3/3, S. XLV.

³³ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 15), Osnabrück 1645 Oktober 10, APW III A 3/1, Nr. 22, S. 345-349.

³⁴ Ebd., S. 345.

³⁵ Ebd., S. 346.

³⁶ BRUNERT: Anm. 35 zu Nr. 7, APW III A 3/1, S. 119.

³⁷ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 5), Osnabrück 1645 August 21, APW III A 3/1, Nr. 7, S. 93.

³⁸ S. Kap. 1, S. 24.

³⁹ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 15), Osnabrück 1645 Oktober 10, APW III A 3/1, Nr. 22, S. 346.

⁴⁰ Ebd., S. 347.

Den Berichten des Magdeburger Sekretärs Christian Werner zufolge wurde dieser Umstand nahezu täglich für vertrauliche Gespräche genutzt.⁴¹

Die Beratungen der Deputierten begannen sehr zeitnah bereits am nächsten Tag. Im Quartier der Sachsen-Altenburger, Wolfgang Conrad von Thumbshirn und Dr. August Carpzov, kamen neben den Gastgebern auch Lampadius, der Vertreter der fränkischen Grafen, Dr. Tobias Oelhafen, und der Vertreter der Stadt Straßburg, Dr. Marcus Otto, zusammen.⁴² Zunächst wurde die Frage erörtert, in welcher Weise man verfahren wollte. Die Altenburger schlugen vor, jede Proposition und die kaiserlichen Repliken einzeln durchzugehen. Um hinterher einen einheitlichen Stil des Gutachtens zu garantieren, sollte Lampadius es federführend abfassen. Lampadius unterbreitete jedoch seinerseits den Gegenvorschlag, anhand der Reihenfolge der schwedischen Proposition die Punkte inhaltlich zusammenzufassen, um auf diese Weise Wiederholungen zu vermeiden.⁴³ Er wollte also so vorgehen, wie er es bereits selbst in seinem Gutachten für seine Herren umgesetzt hatte. Die Deputierten folgten schließlich diesem zweiten Vorschlag.⁴⁴

Unmittelbar danach begannen sie mit ihren Beratungen über die einzelnen Punkte in der Reihenfolge der schwedischen Proposition. Lampadius hielt sich dabei inhaltlich an sein Gutachten, welches er seinen Herren bereits überschickt hatte.⁴⁵ Weitere Sitzungen der Deputierten fanden am 12.,⁴⁶ 16.,⁴⁷ 17.⁴⁸ und 18. Oktober⁴⁹ 1645 bei den Sachsen-Altenburgern statt. Auch bei diesen Gelegenheiten griff Lampadius in seinen Voten auf seine früheren Gutachten zurück:⁵⁰ Bei der Frage der unparteiischen Justiz etwa, die als Forderung nicht neu war und die Evangelischen grundsätzlich einte,⁵¹ brachte Lampadius seinen Vorschlag vor, man solle ein weiteres Kammergericht nach dem Modell des Reichsgerichtes zu Speyer einsetzen, das für den Niedersächsischen,

⁴¹ BRUNERT: Anm. 2 zu Nr. 2, APW III A 3/1, S. 29. Zu den Gesandtschaftsquartieren in Osnabrück auch ausführlich STEINWASCHER: Osnabrück, S. 194-231.

⁴² Protokoll [1.] Ausschusssitzung, Osnabrück 1645 Oktober 11, APW III A 3/1, Nr. 24, S. 360. Zu den genannten Gesandten s. etwa BRUNERT: Einleitung, in APW III A 3/1, S. LXXIX-XC. Thumbshirn, mit dem Lampadius am Kongress über weite Strecken besonders eng zusammenarbeiten sollte, hatte bereits am Reichstag zu Regensburg 1640/41 teilgenommen, wo die beiden Männer sich wohl spätestens kennengelernt haben dürften: LÖWE; HUMMEL: Thumbshirn, S. 5, BRUNERT: Engagement, S. 59. Zur sachsen-altenburgischen Instruktion für den Westfälischen Friedenskongress s. BRUNERT: Engagement, passim.

⁴³ Protokoll [1.] Ausschusssitzung, Osnabrück 1645 Oktober 11, APW III A 3/1, Nr. 24, S. 361.

⁴⁴ Ebd., S. 363.

⁴⁵ Ebd., passim.

⁴⁶ Protokoll [2.] Ausschusssitzung, Osnabrück 1645 Oktober 12, APW III A 3/1, Nr. 25, S. 379-383.

⁴⁷ Protokoll [3.] Ausschusssitzung, Osnabrück 1645 Oktober 16, APW III A 3/1, Nr. 26, S. 383-385.

⁴⁸ Protokoll [4.] Ausschusssitzung, Osnabrück 1645 Oktober 17, APW III A 3/1, Nr. 27, S. 386-394.

⁴⁹ Protokoll [5.] Ausschusssitzung, Osnabrück 1645 Oktober 18, APW III A 3/1, Nr. 28, S. 394-404. Zu den Beratungen der Deputierten s. jetzt auch BRUNERT: Friedenssicherung, S. 243-247.

⁵⁰ Vgl. Protokoll [2.] Ausschusssitzung, Osnabrück 1645 Oktober 12, APW III A 3/1, Nr. 25, S. 379f, Protokoll [3.] Ausschusssitzung, Osnabrück 1645 Oktober 16, APW III A 3/1, Nr. 26, S. 383f, Protokoll [4.] Ausschusssitzung, Osnabrück 1645 Oktober 17, APW III A 3/1, Nr. 27, S. 387f, 390, Protokoll [5.] Ausschusssitzung, Osnabrück 1645 Oktober 18, APW III A 3/1, Nr. 28, S. 395-400.

⁵¹ Eine unparteiische Justiz – also die Besetzung der Reichsgerichte mit Katholiken und Protestanten zu gleichen Teilen – hatte etwa auch Kurfürst Johann Georg von Sachsen beim Prager Frieden schon gefordert. APW III A 3/1, Nr. 25, S. 379.

Obersächsischen und Westfälischen Reichskreis zuständig sein sollte.⁵² Dies wurde im Beschluss der Deputierten in Form einer erweiterten Forderung aufgegriffen, der zufolge zwei neue Gerichte eingerichtet und die Zuständigkeit anders aufgeteilt werden sollte: Neben das kaiserliche Hofgericht sollten demnach ein Kammergericht für den Oberrheinischen, Niederrheinischen und Burgundischen Kreis, eines für den Fränkischen und Schwäbischen Kreis und eines für den Obersächsischen, Niedersächsischen und Westfälischen Kreis treten. Jedes Gericht sollte paritätisch mit Katholiken und Protestanten besetzt werden, die von den jeweiligen Reichskreisen vorgeschlagen werden sollten.⁵³ Insgesamt entstand auf diese Weise das „Gesamtkonzept“ der evangelischen Reichsstände für den Friedenskongress.⁵⁴

Als bei der nächsten Sitzung aller Fürstlich-Evangelischen in Osnabrück am 10. November 1645 über den Entwurf der Deputierten beraten werden sollte, kam es zunächst zu einer Auseinandersetzung über die Art, wie das Gutachten zustande gekommen war. Der Vertreter Pommerns, der bei der entscheidenden Sitzung am 10. Oktober 1645 nicht anwesend gewesen war,⁵⁵ beschwerte sich nun über die Einsetzung von Deputierten zur Abfassung des Gutachtens, da dies seiner Ansicht nach dem Herkommen widersprach.⁵⁶ Für Pommern votierte seit Ende August 1645 nicht mehr Lampadius' Freund Fritze, sondern dessen Kollege Matthäus Wesenbeck, da Fritze einen Schlaganfall erlitten hatte.⁵⁷ Wesenbeck gestand zwar zu, die Deputierten hätten großen Fleiß für den Entwurf aufgewandt, doch sei dadurch zu viel Zeit verflossen und es scheine, als ob man für die gemeinsamen Beratungen nun noch deutlich mehr werde aufwenden müssen.⁵⁸ Hätte man dagegen direkt im Plenum gearbeitet, wäre man inzwischen fertig gewesen.⁵⁹ Dagegen lobte der Gesandte Sachsen-Lauenburgs den Fleiß der Deputierten und betonte ausdrücklich, man habe die Deputation nicht eingesetzt, um den anderen etwas zu nehmen, sondern um ihnen Arbeit und Mühe zu ersparen.⁶⁰ Es zeigte sich also, dass das ausführliche Plädoyer Lampadius' für die Erstellung des Gutachtens durch Deputierte durchaus einen guten Grund gehabt hatte, wenn er damit den abwesenden pommerschen Vertreter auch nicht hatte erreichen können.

Damit allein sollte der Pommersche allerdings nicht zufriedengestellt sein. Für Lampadius gingen in der nächsten Fürstenratssitzung vier Tage später die Auseinandersetzungen mit ihm weiter. Nun sollte über den ersten Teil des Gutachtens der Deputierten beraten werden, der sich mit

⁵² Protokoll [2.] Ausschusssitzung, Osnabrück 1645 Oktober 12, APW III A 3/1, Nr. 25, S. 380.

⁵³ Ebd., S. 381.

⁵⁴ REPGEN: Maximilian, S. 213.

⁵⁵ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 15), Osnabrück 1645 Oktober 10, APW III A 3/1, Nr. 22, S. 335-355.

⁵⁶ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 16), Osnabrück 1645 November 10, APW III A 3/1, Nr. 29, S. 406.

⁵⁷ BRUNERT: Anm. 59 zu Nr. 31, APW III A 3/2, S. 36.

⁵⁸ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 16), Osnabrück 1645 November 10, APW III A 3/1, Nr. 29, S. 411f.

⁵⁹ Ebd., S. 412.

⁶⁰ Ebd., S. 407.

dem Proömium der kaiserlichen Replik befasste. Der Pommersche brachte einige Verbesserungsvorschläge vor, über die danach ausführlich beraten wurde. Die Kriegsgründe etwa sollten seiner Ansicht nach nicht offen dargelegt und die Schönebeckischen Traktate als Verhandlungsgrundlage nicht rundweg abgelehnt werden.⁶¹ Als Begründung dafür erklärte er, sein Herr, der Kurfürst von Brandenburg, befürchte, dass andernfalls nur mehr Hass hervorgerufen würde.⁶²

Die anderen anwesenden fürstlich-evangelischen Vertreter teilten diese Ansicht allerdings nicht, die vom Pommerschen vorgeschlagenen inhaltlichen Veränderungen wurden abgelehnt.⁶³ Der Hessen-Kasseler dankte den Deputierten demonstrativ erneut für ihre Arbeit und erklärte, auch 1555 sei ähnlich verfahren und der Religionsfrieden zunächst von Deputierten entworfen worden. Dank der Vorarbeiten werde man die Beratungen nun umso schneller abschließen können.⁶⁴ Das Magdeburger Direktorium wies den pommerschen Vertreter Wesenbeck zudem auf die Worte seines Kollegen Fritze hin: Fritze habe seiner Instruktion die Regel entnommen, man solle nichts verschweigen, sondern frei heraus reden. Dies zielte auf die Absicht Wesenbecks, die Kriegsgründe zu verschweigen.⁶⁵ Wesenbeck wurde auf breiter Front der Wind aus den Segeln genommen und man drängte ihn, dem Beispiel seines Kollegen Fritze zu folgen.

Der pommersche Gesandte ließ sich allerdings nicht entmutigen, auch bei den anderen Punkten des Gutachtens oft die umfangreichsten Korrekturvorschläge zu machen, derentwegen er häufiger in Wortgefechte mit Lampadius geriet:

Noch in derselben Sitzung am 14. November 1645 kam es unter anderem wegen der Reihenfolge zu einer Auseinandersetzung. Die Deputierten hatten die Punkte inhaltlich zusammengefasst, damit die Wiederholungen reduziert würden, doch der Pommersche stimmte dafür, einige Punkte zu trennen. Lampadius verteidigte dagegen die von den Deputierten gewählte Abfolge.⁶⁶ Der Magdeburger Gesandte, der das Direktorium führte, machte der Diskussion schließlich durch seine Äußerung ein Ende, die Vorschläge Pommerns seien sicherlich nicht schlecht, doch habe die Mehrheit für die Form im Aufsatz gestimmt.⁶⁷

Weitere Meinungsverschiedenheiten mit Wesenbeck gab es auch wegen des vierten Artikels im Gutachten, der sich mit der Reform der Justiz im Reich befasste. Der Pommersche befand, der Artikel sei zu lang geraten, was nicht dienlich sei, da „bekant [sei], das die natio Suecica nicht gerne weitläufftige sachen lesen, sondern leichtlich nauseam darüber bekemen, bevorab da man

⁶¹ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 17 und 18), Osnabrück 1645 November 14, APW III A 3/2, Nr. 31, S. 4.

⁶² Ebd., S. 14f.

⁶³ Ebd., S. 12-19.

⁶⁴ Ebd., S. 8.

⁶⁵ Ebd., S. 11.

⁶⁶ Ebd., S. 22-23.

⁶⁷ Ebd., S. 28.

es ihnen doch als *exteris* nicht so wol undt fundamentaliter imprimiren könnte“.⁶⁸ Zudem seien fast alle genannten *Gravamina* auch schon auf dem Deputationstag zu Frankfurt vorgetragen worden.⁶⁹ Dem setzte Lampadius entgegen: Sollte man die Forderungen bezüglich der Justiz bei den Friedensverhandlungen nicht stellen, so würde man sie niemals durchsetzen.⁷⁰ Das Magdeburger Direktorium assistierte, man wisse nicht, wie man den Aufsatz an dieser Stelle kürzen solle. Wenn man sich auf das Frankfurter Bedenken berufen wollte, so müsste man dieses beilegen, was den Teil nicht verkürzen, sondern eher verlängern würde.⁷¹

Beim Artikel über die politischen *Gravamina* äußerte Pommern ähnliche Bedenken wegen der Länge, die bei den Vertretern der Kronen Unwillen hervorrufen könne, sich überhaupt damit zu beschäftigen.⁷² Die meisten anderen anwesenden fürstlichen Vertreter widersprachen dem pommerschen Gesandten auch in diesem Fall und meinten, der Teil könne nicht kürzer gefasst werden.⁷³

Auch wegen der Frage, welche Rechte den Kurfürsten vor den Fürsten zukämen, waren Wesenbeck und Lampadius im Fürstenrat nicht einer Meinung.⁷⁴ Dies mag nicht überraschen, war Lampadius doch in seinem letzten Gutachten für seine Herren ausdrücklich für eine Beschränkung der kurfürstlichen Rechte eingetreten, während Wesenbeck als Gesandter des Kurfürsten zu Brandenburg die gegenteiligen Interessen repräsentierte.

Lampadius hatte schon zuvor konstatiert, der Verlust durch das Unglück, das seinen Freund Fritze in Form eines Schlaganfalls getroffen hatte, mache sich auch negativ bei den kurbrandenburgischen Voten bemerkbar.⁷⁵ Insgesamt war er also wenig einverstanden mit dem Gebaren Wesenbecks. Die am Beginn des Kongresses von Christian Ludwig geäußerte Hoffnung, gerade mit den kurbrandenburgischen Vertretern besonders effektiv zusammenarbeiten zu können,⁷⁶ erwies sich nach den Zweifeln, welche die evangelisch-fürstlichen Gesandten zuvor wegen der Absichten Kurbrandenburgs in Bezug auf den Lengericher Schluss gehegt hatten,⁷⁷ auch hier als nicht gerechtfertigt.

⁶⁸ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 20 und 21), Osnabrück 1645 November 16, APW III A 3/2, Nr. 33, S. 69.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ebd., S. 71.

⁷¹ Ebd., S. 81.

⁷² Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 22 und 23), Osnabrück 1645 November 17, APW III A 3/2, Nr. 34, S. 104f.

⁷³ Ebd., S. 106-111.

⁷⁴ Ebd., S. 116-118.

⁷⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Oktober 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 175ʳ.

⁷⁶ S. Kap. 3, S. 77.

⁷⁷ S. Kap. 4, S. 133f.

Überlegungen im Welfenhaus

Schon während der Beratungen der Deputierten über das gemeinsame Gutachten hatte Lampadius an Herzog Christian Ludwig geschrieben, er möge „gnedig ersehen, daß ich numehr ohne einige seümnüß special instruction undt befehl haben muß, was ich in einem und andern tuhn oder laßen solle. Ich will zwart gern mein bestes vermügen anwenden, auch zufoders Gott um gnedige assistenz anrufen, daß E. F. G. und dem geliebten Vaterlande ich nichts nachtheiliges rathen, fürbringen und willigen müge, ich kan aber solche überschwere sachen ohne E. F. G. gnedige richtige verordnung und befehl über mich nicht nehmen undt verantworten, Homo sum.“⁷⁸ Die anderen Deputierten hatte er bereits über das Fehlen konkreter Anweisungen seiner Herren unterrichtet, um so gegebenenfalls noch im Nachhinein Änderungen beibringen zu können. Dennoch drängte für ihn nun die Zeit.⁷⁹

An den Höfen Friedrichs und Christian Ludwigs erachtete man den Inhalt des Gutachtens ebenfalls als enorm wichtig. Daraus zog man allerdings einen anderen Schluss als Lampadius: Statt das Abfassen der Instruktion für ihn zu beschleunigen, befand man es für nötig, sich umso gründlicher miteinander abzusprechen, bevor man Lampadius weitere Instruktionen zukommen ließ. An beiden Höfen glaubte man nicht, dass ein dafür erforderliches Treffen schnell stattfinden könnte und vertraute daher zunächst weiter auf Lampadius’ „bekandte[...] undt bishero geführte[...] dexteritet“.⁸⁰

Insbesondere in Celle hielt man weitere Anweisungen für Lampadius noch in der zweiten Oktoberhälfte 1645 nicht für dringlich. Man glaubte, die noch offene Admissionsfrage der Exclusi werde die Verhandlungen weiter aufhalten.⁸¹ Für Friedrich hatten baldige Beratungen mit Räten Christian Ludwigs über die weitere Instruktion für Lampadius nur deshalb eine gewisse Priorität, weil Lampadius sich nach Münster begeben wollte. Man überlegte in Celle jedoch inzwischen, ob man nicht lieber einen weiteren Gesandten zum Friedenskongress schicken sollte, statt Lampadius nach Münster gehen zu lassen. Der zweite Gesandte konnte sich in Münster niederlassen und die Vertretung dort übernehmen.⁸² So hätte man an beiden Verhandlungsorten Gesandte, die im Rahmen einer Gesamtinstruktion zusammenarbeiten sollten. Trotz dieser Pläne war man in Celle überzeugt, eine Verständigung mit Hannover habe noch einige Wochen Zeit.⁸³

⁷⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Oktober 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 146’.

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ Friedrich und Christian Ludwig an Lampadius, o. O. 1645 Oktober 17, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 168.

⁸¹ Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1645 Oktober 17, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 171.

⁸² Ebd., fol. 171’.

⁸³ Ebd., fol. 172.

Allerdings änderte sich diese Einschätzung, nachdem Lampadius' Relation vom 13. Oktober 1645 eingetroffen war, in welcher der welfische Gesandte vom Vorschlag der Evangelischen zur Lösung der Admissionsfrage berichtete. Nun fand Friedrich doch größere Eilfertigkeit angeraten und bat Christian Ludwig, „ie ehe ie lieber“ Räte zur Beratung nach Celle zu schicken.⁸⁴ Friedrich sah sich seinerseits außerstande, Räte nach Hannover zu senden, da der Zustand seines Landes ein tägliches Handeln nötig mache und er deshalb keinen Geheimen Rat entbehren könne.⁸⁵

In Hannover befanden die Geheimen Räte derweil, dem Gutachten Lampadius' über die beiden königlichen Propositionen und die kaiserlichen Repliken sei wenig hinzuzufügen. Zu den wenigen Ergänzungen gehörte, Lampadius solle auch die Tillysche Sache, welche die welfischen Herzöge direkt betraf,⁸⁶ in den Frieden bringen. Zudem sprachen sich die Geheimen Räte klar gegen einen Waffenstillstand aus.⁸⁷

Darauf folgten gleich mehrere Instruktionen für Lampadius: Christian Ludwig zeigte sich in einem Schreiben vom 29. Oktober 1645 nicht sehr angetan von der Übergabe der kaiserlichen Repliken an die Vertreter der Kronen, da Fürsten und Stände keine Gelegenheit gehabt hätten, ihre Gedanken einzubringen.⁸⁸ Lampadius sollte dafür sorgen, dass die Reichsstände am Kongress nicht noch einmal übergangen würden.⁸⁹ Eine weitere Instruktion sei bereits in Arbeit. Bis diese bei ihm einträfe, sollte Lampadius die Beratungen aufhalten, damit dem Gutachten des Fürstenrats Osnabrück noch die Meinung der welfischen Fürsten hinzugefügt werden könnte.⁹⁰ Außerdem setzte der Herzog Lampadius davon in Kenntnis, Langenbeck werde Anfang Dezember als weiterer Vertreter des Welfenhauses nach Münster gesandt. Auf seinem Weg dorthin solle er sich mit Lampadius in Osnabrück beraten.⁹¹ Deshalb seien weitere Vollmachten für Lampadius für Münster nicht nötig.⁹²

Eine weitere Vorinstruktion für Lampadius, die ebenfalls auf den 29. Oktober 1645 datierte und in Celle im Namen beider Herzöge entworfen worden war, wurde bereits am 23. Oktober von Hannover aus weiter nach Osnabrück geleitet.⁹³ Inhaltlich deckte sie sich in großen Teilen mit

⁸⁴ Friedrich an Christian Ludwig, Celle 1645 Oktober 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 173.

⁸⁵ Ebd., fol. 173-173'.

⁸⁶ Zur Tillyschen Schuld s. Kap. 1, S. 39f.

⁸⁷ Protokoll Ratssitzung, Hannover 1645 Oktober 23, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 186.

⁸⁸ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1645 Oktober 29, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 191.

⁸⁹ Ebd., fol. 191'.

⁹⁰ Ebd., fol. 192.

⁹¹ Ebd., fol. 192'.

⁹² Ebd., fol. 193.

⁹³ Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1645 Oktober 31, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 195, Friedrich und Christian Ludwig an Lampadius, o. O. 1645 Oktober 29, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 203-203', Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Celle, Hannover 1645 November 6, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 209.

den Anweisungen Christian Ludwigs.⁹⁴ Auch von den Plänen, einen weiteren Gesandten nach Münster zu schicken, unterrichtete man Lampadius in der Instruktion erneut. Lampadius habe zwar erklärt, abwechselnd an beiden Orten verhandeln zu wollen, doch zweifelte man, ob Lampadius längere Zeit aus Osnabrück abwesend sein könnte, ohne dort etwas Wichtiges zu verpassen, wodurch der Wechsel letztlich den Verhandlungen des fürstlichen Hauses an beiden Orten abträglich wäre: „Die bei dergleichen Conventen vorgehende Machinationes und genawe wahrnehmungen der occasion und Gelegenheidt, seindt mehr denn guth beandt, und hatt man sich dahero Evangelischen theils vielmehr so weit müglich zu verstercken, und an beeden Orten wohl zu vigiliren“.⁹⁵ Deshalb sollte ab Ende November ein weiterer Gesandter in Münster die Voten für Herzog Friedrich führen, also für die Fürstentümer Lüneburg und Grubenhagen sowie die Grafschaften Hoya und Diepholz. Bis zur Ankunft dieses anderen Gesandten sollte sich Lampadius weiter in Osnabrück aufhalten, dort die genannten Voten weiterführen und auf seine geplante Reise nach Münster verzichten. Außerdem sollte er das bevorstehende Eintreffen des zweiten welfischen Gesandten am Kongress ankündigen.⁹⁶

Anfang November 1645 erhielt Lampadius dann noch weitere Anweisungen zu den weiter vorzunehmenden Schritten. An den fürstlichen Höfen war man mit dem Inhalt von Lampadius' Gutachten grundsätzlich einverstanden. Doch mahnte man, keinesfalls dürfe beim Kaiser, den Kurfürsten und den katholischen Ständen zugleich Unwillen erzeugt werden, weshalb zu überlegen sei, auf welche Weise und in welchem Umfang sich die Evangelischen aktuell überhaupt äußern sollten.⁹⁷ Die Herzöge plädierten daher dafür, die evangelischen Stände sollten den Inhalt noch nicht offen vertreten, sondern zunächst mit den gemäßigten katholischen Ständen die gemeinsamen, reichsständischen Interessen aufgreifen.⁹⁸

Allerdings hatten die Schweden bereits eine erste Version des Gutachtens der Deputierten aus dem Fürstenrat gelesen und gebilligt, bevor diese letzten Anweisungen in Osnabrück eintrafen.⁹⁹ Da das Gutachten zudem schon zum Diktat gegeben worden war, konnte Lampadius nicht verhindern, dass auch die anderen evangelischen Gesandten bereits darüber berieten. Die Magdeburger, Sachsen-Weimarer und Mecklenburger hatten ebenfalls schon ihr Plazet erteilt. Es blieb

⁹⁴ Friedrich und Christian Ludwig an Lampadius, o. O. 1645 Oktober 29, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 196^v-197^r.

⁹⁵ Ebd., fol. 200.

⁹⁶ Ebd., fol. 200^r.

⁹⁷ Friedrich und Christian Ludwig an Lampadius, o. O. 1645 November 5, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 352.

⁹⁸ Ebd., fol. 352^r.

⁹⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 November 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 228, Aktennotiz Lampadius' bei den Beilagen zur Relation Osnabrück 1645 November 8, Notiz, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 271^r.

Lampadius nichts anderes übrig, als erneut dringlich um schnelle und detaillierte Instruktion zu den Einzelfragen zu bitten.¹⁰⁰

Neben dieser Stellungnahme zur aktuellen Lage gab Lampadius auch eine allgemeine Einschätzung zum Kongressgeschehen ab. Da er den Eindruck gewonnen hatte, die Kronen hätten es gerade mit den Verhandlungen nicht sehr eilig, fand auch er, die Reichsstände sollten die ‚Formalitäten‘ – so nannte er die Auseinandersetzungen um die Zulassung der Exclusi und den Exzellenztitel¹⁰¹ – beiseitesetzen und miteinander die Hauptverhandlungen in Angriff nehmen.¹⁰² Damit stimmte er bis zu einem gewissen Grad der in der letzten Instruktion genannten Anweisung zu, sich mit den katholischen Ständen zusammenzutun.

Dies änderte jedoch nichts an seiner Meinung hinsichtlich der Parteilagen am Friedenskongress, der er nun noch einmal deutlich Ausdruck verlieh: Da sich die evangelischen Reichsstände und die Schweden bezüglich der Reichssachen einig seien, bildeten sie aus seiner Sicht die eine, der Kaiser und die Katholischen die andere Partei.¹⁰³ Die Franzosen, befand er, würden je nach Thema mal der einen, mal der andere Seite zugehören.¹⁰⁴ Die Verortung der Evangelischen aufseiten der Schweden und die Priorisierung einer Einigung mit den katholischen Reichsständen mussten sich dabei für Lampadius nicht ausschließen. Allerdings konnte diese seiner Aussage entsprechend nur in Zusammenarbeit mit den Schweden erfolgen.

Auch auf die Besorgnis Christian Ludwigs und Friedrichs wegen der fehlenden reichsständischen Positionen in den kaiserlichen Repliken ging Lampadius nun ein und beruhigte, die Gesandten Frankreichs und Schwedens wüssten, dass die Reichsstände daran nicht mitgewirkt hatten. Bei den Friedensverhandlungen, konstatierte der Vizekanzler, liefen die Dinge anders als auf einem Reichstag, wo der Kaiser nicht ohne vorheriges Gutachten der Stände bindende Entscheidungen treffen könne.¹⁰⁵ Doch dies war seiner Ansicht nach keineswegs ein Nachteil für die Evangelischen. Denn hätte man wie auf Reichstagen üblich abwarten müssen, bis sich die Stände zunächst untereinander und dann mit dem Kaiser geeinigt hätten, so wären die Hauptstreitpunkte beigelegt und der Kongress beendet, ehe den Kronen von den Kaiserlichen ein erstes allgemeines Reichsbedenken hätte überreicht werden können. In diesem Fall hätten die Evangelischen somit ohne die Unterstützung der Schweden gegen die Katholischen auskommen müssen.¹⁰⁶ Lampadius

¹⁰⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 November 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 228ʳ.

¹⁰¹ S. unten, S. 166f.

¹⁰² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 November 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 229ʳ.

¹⁰³ Ebd., fol. 229ʳ-330.

¹⁰⁴ Ebd., fol. 230.

¹⁰⁵ Ebd., fol. 229ʳ.

¹⁰⁶ Ebd., fol. 230.

wollte seine Herren also nicht nur beruhigen; er bekräftigte darüber hinaus noch einmal seine Haltung bezüglich der Schweden.

Zum Vorhaben seiner Herren, Herzog Friedrichs Geheimen Rat Heinrich Langenbeck nach Münster zu schicken, bezog Lampadius ebenfalls Stellung. Er begrüßte diesen Beschluss grundsätzlich und berichtete, es habe viele positive Reaktionen am Kongress auf diese Nachricht gegeben, weshalb er seine Herren aufforderte, Langenbeck möglichst bald zu entsenden.¹⁰⁷ Nicht einverstanden war Lampadius jedoch mit den vorgesehenen Modalitäten. Es würde ihm, schrieb er, zu Schimpf gereichen, sollte er nun gegenüber Langenbeck zurückgesetzt werden, entstünde dadurch doch der Eindruck, er habe nicht zur Zufriedenheit der Herzöge gehandelt. Er erinnerte seine Kollegen an die Absprache von Gifhorn, bei der er die Vertretung Herzog Friedrichs übernommen hatte. Dabei sei ihm vom Großvogt und vom Kanzler Herzog Friedrichs in Anwesenheit von Zeugen versprochen worden, ihn auch bei Anwesenheit eines Gesandten Herzog Friedrichs in seinem Rang nicht zurückzusetzen. Lampadius forderte daher, ihm gemeinsam mit Langenbeck Vollmacht und Kreditive zu geben, damit beide Gesandten im Namen beider Herzöge in Münster und Osnabrück verhandeln könnten. Er wies außerdem darauf hin, dass zumindest die Voten für die beiden Grafschaften Herzog Friedrichs, Hoya und Diepholz, nicht in Münster geführt werden könnten, da die gräflich Wetterauische Bank, zu der die Grafschaften gehörten, in Osnabrück votierte.¹⁰⁸ Die Frage, in welcher Stellung er weiter am Kongress tätig werden würde, war damit für Lampadius eine enorm wichtige, war sie doch unmittelbar mit seiner Ehre verknüpft. Er achtete darauf, gegenüber der Alleinvertreterposition möglichst nicht schlechter gestellt zu werden, während man an den beiden Welfenhöfen vermutlich die Problematik dieser Frage nicht ausreichend bedacht hatte. Doch Lampadius achtete peinlich genau darauf, dass die ihm gemachten Zusagen eingehalten wurden – aus seiner Sicht war er dies schon seiner persönlichen Ehre, aber auch seiner Glaubwürdigkeit am Friedenskongress schuldig.

Nach der Übersendung des Gutachtens der Deputierten und seiner Stellungnahmen musste Lampadius länger auf konkrete Anweisungen warten. Zwar drängte er zwischenzeitlich erneut auf eine schnelle Instruktion insbesondere zum Gutachten.¹⁰⁹ Doch erhielt er darauf erst einmal nur eine kurze Rückmeldung aus Hannover vom 13. November 1645, in der man ihn wissen ließ, das Gutachten sei sehr umfangreich und es werde länger dauern, es zu bewerten, zumal die Beschlüsse nicht an einem Ort allein getroffen werden könnten.¹¹⁰ Viel stärker beschäftigten die Regierung zu Hannover zu dieser Zeit außerdem die Belastungen durch Einquartierungen schwe-

¹⁰⁷ Ebd., fol. 230-230^r.

¹⁰⁸ Ebd., fol. 230^r.

¹⁰⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 November 10, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 287.

¹¹⁰ Kanzler und Räte zu Hannover an Lampadius, Hannover 1645 November 13, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 285^r.

discher Truppen in den welfischen Territorien. Lampadius wurde deshalb gebeten, erneut bei den schwedischen Gesandten vorzusprechen und sie zu ersuchen, sich bei der Königin für die Entlastung der Welfenherzöge zu verwenden.¹¹¹ Die Prioritätensetzung war also sicherlich zum Teil aufgrund der aktuellen Ereignisse eine andere.

Darüber hinaus verkannte man noch in der zweiten Novemberhälfte 1645 in Hannover vollkommen, wie dringend Lampadius weitere Anweisungen seiner Herren benötigte, um deren Wünsche in Bezug auf das Gutachten berücksichtigen zu können und sich nicht allein auf sein eigenes Gutdünken zu verlassen. Am 19. November ließ die Regierung zu Hannover die Regierung zu Celle wissen, man habe befunden, es könne noch mit der Absendung einer neuen Hauptinstruktion für Lampadius gewartet werden, zumal man auch in Celle der Meinung sei, eine Verzögerung sei ungefährlich.¹¹² Das Gutachten der Deputierten betrachtete man als so wichtig, dass man nicht ohne einhelligen Schluss darüber eine Instruktion erteilen wollte.¹¹³ Deshalb wurde die Regierung zu Celle gebeten, Herzog Friedrich möge seine Meinung in dieser Frage Christian Ludwig übermitteln, damit man ein schriftliches Konklusum aufsetzen und nach Osnabrück schicken könnte.¹¹⁴ Neben der Verkennung der Dringlichkeit und der Ablenkung durch andere Probleme war es auch die Wichtigkeit der Sache, die eine rasche Instruierung blockierte, da sie eine intensive Rücksprache zwischen den Herzögen umso notwendiger erscheinen ließ. In diesem Fall zeigt sich erneut, wie der Abstimmungsprozess zwischen den Höfen den Vorteil der Nähe zum Kongressort wieder aufhob. Immerhin ging man diesmal bei der Meinungsfindung einen anderen Weg als den eines Treffens, indem Friedrich sich schriftlich äußern sollte. Fraglich ist jedoch, ob man in Hannover diese Variante vorschlug, um den Vorgang zu beschleunigen, oder ob auch Christian Ludwig keinen seiner Räte für direkte Beratungen entbehren wollte. So oder so, auch die schriftliche Beratungsform erwies sich nun als zu langsam.

Denn bereits am 17. November 1645 hatte Lampadius aus Osnabrück den Beschluss der evangelischen Vertreter zu vermelden, unverzüglich über das Gutachten der Deputierten zu beraten. Die Evangelischen wollten sich auf eine gemeinsame Version einigen, bevor der österreichische Vertreter den Vorsitz im Fürstenrat Osnabrück übernehmen konnte sowie weitere Katholische anreisen und durch ihre Anwesenheit die Absprachen stören würden. Zwar hatten sich alle evangelischen Gesandten ausbedungen, die Meinung ihrer Herren auch später noch beitragen zu können. Doch schätzte es Lampadius als schwierig ein, nach Abschluss der Beratungen die Ab-

¹¹¹ Ebd., fol. 285.

¹¹² Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Celle, Hannover 1645 November 19, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 294.

¹¹³ Ebd., fol. 294'.

¹¹⁴ Ebd., fol. 295.

sendung des Gutachtens nach Münster länger aufzuhalten. Deshalb drang Lampadius nun noch einmal auf schleunigste Übersendung entsprechender Anweisungen.¹¹⁵

Aus Hannover erreichte Lampadius darauf nur eine Vorantwort vom 21. November 1645, die im Namen beider Herzöge abgefasst war. Erneut argumentierte man darin mit der großen Wichtigkeit des Gutachtens, die vor weiteren Beratungen in Hannover und Celle keine Festlegung auf einzelne Punkte zulasse.¹¹⁶ Diese nötige Abstimmung zwischen den Herzögen aber werde erschwert durch die großen Belastungen, welche die schwedischen Truppen unter Wrangel in den welfischen Territorien verursachten.¹¹⁷ Deshalb sollte Lampadius seinen Mangel an Instruktion und die Gründe für den Verzug in Osnabrück bekannt machen.¹¹⁸ Das Gutachten sollte möglichst geheim gehalten und keinesfalls nach Münster geschickt werden, bis man Lampadius mit weiteren Instruktionen versorgt hatte.¹¹⁹ Offenbar gingen die Herzöge davon aus, in Osnabrück würde man Rücksicht auf diese Umstände nehmen und die Verhandlungen ihretwegen aufhalten. Es sollte nicht die einzige Fehleinschätzung der Herzöge in Hinsicht auf das Kongressgeschehen bleiben.

Immerhin tat sich nun in Celle etwas. Zwecks weiterer Beratungen kündigte Herzog Friedrich am 24. November 1645 die baldige Ankunft seines Gesandten Langenbeck in Hannover an.¹²⁰ Zudem setzte Langenbeck selbst zwei Tage später im Namen Friedrichs und Christian Ludwigs ein Schreiben mit Anweisungen für Lampadius auf, dem man in Hannover nur einige wenige Ergänzungen hinzufügte. Darin warnte Langenbeck regelrecht davor, das Gutachten der Deputierten zu diesem Zeitpunkt schon nach Münster zu senden. Grund war weniger die Verzögerung an den Welfenhöfen als vielmehr die Sorge, das Gutachten werde sich kontraproduktiv auswirken. Langenbeck glaubte, eine Übersendung rufe eine offene Separation zwischen evangelischen und katholischen Ständen hervor, obgleich doch die Unterstützung der Katholischen bei einigen Punkten dringend vonnöten sei.¹²¹ Daher sprach er sich dafür aus, sich so oft wie möglich freundschaftlich mit den Katholischen zusammenzutun, statt sich schon zu Anfang unter Schutz und Autorität ‚fremder Potentaten‘ zu begeben. Zudem hätten sich die Katholischen gerade in Münster zu aller Schied- und Friedlichkeit erboten.¹²² Daher sollte Lampadius im Namen seiner Herren eine Übersendung des Gutachtens erst einmal ablehnen, zugleich aber deutlich machen,

¹¹⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 November 17, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 298.

¹¹⁶ Friedrich und Christian Ludwig an Lampadius, o. O. 1645 November 21, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 326-326'.

¹¹⁷ Ebd., fol. 326'.

¹¹⁸ Ebd., fol. 326'-327.

¹¹⁹ Ebd., fol. 327.

¹²⁰ Friedrich an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1645 November 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 328.

¹²¹ Langenbeck im Namen Friedrichs und Christian Ludwigs an Lampadius, o. O. 1645 November 26, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 329-331'.

¹²² Ebd., fol. 329'.

dass man nicht dessen Inhalt an sich verwerfe, sondern nur den Zeitpunkt der Veröffentlichung als ungünstig betrachte.¹²³ Den Schweden sollte Lampadius darüber hinaus versichern, man werde für die evangelische Sache nichts unterlassen.¹²⁴ Langenbecks Vorstellungen, auf welcher Seite man sich positionieren sollte und wie die Sache der Evangelischen und des Hauses Braunschweig-Lüneburg am besten zu vertreten wäre, wichen damit deutlich von denen Lampadius' ab. Hatte Lampadius seinen Herren verschiedentlich geschrieben, er sehe die Evangelischen aufseiten der Schweden, an die man sich halten müsse, beurteilte Langenbeck eine solch enge Anlehnung an eine der Kronen kritisch. Stattdessen favorisierte er eine Zusammenarbeit mit den Katholischen, die Lampadius aufgrund der noch nicht ausgeräumten Differenzen in vielen Punkten aufseiten des Kaisers verortet hatte.

Umsetzung der Anweisungen?

Als Langenbeck diese Anweisungen im Namen der beiden Herzöge verfasste, war es für deren Berücksichtigung schon fast zu spät. Bereits am 24. November 1645 berichtete Lampadius, das Gutachten der Deputierten sei inzwischen im Fürstenrat überarbeitet und beschlossen worden.¹²⁵ Einen Tag danach berieten die Stände im Fürstenrat Osnabrück darüber, auf welche Weise man dem Fürstenrat zu Münster das Gutachten zukommen lassen sollte.¹²⁶ Auch von Geheimhaltung konnte keine Rede mehr sein, denn der Aufsatz der Deputierten war inzwischen den Franzosen zugespielt worden.¹²⁷ Zwar missbilligten die anwesenden Gesandten dies,¹²⁸ doch war die Weitergabe nicht mehr zu ändern. Allerdings befasste man sich auch danach weiter mit dem Gutachten. Am 4. und 7. Dezember berieten die fürstlich-evangelischen Gesandten in Osnabrück nochmals über Änderungsvorschläge.¹²⁹

Auch die Umstände des Zustandekommens des Gutachtens verursachten nun noch einmal Missheiligkeiten. Diesmal war es jedoch nicht der pommersche Vertreter, sondern einer der Deputierten, der Lampadius' Unmut hervorrief: Am 27. November 1645 beschwerte er sich bei den Magdeburgern, Sachsen-Altenburgern und Vertretern der Wetterauer Grafen über Oelhafen, der das Gutachten mitverfasst hatte. Oelhafen habe nach Nürnberg über die Deputation und das Gutachten geschrieben, man gebrauche im Fürstenrat Osnabrück einen neuen *modus consultandi*. Lampadius befand dazu: „Deßen man sich zum höchsten zu beclagen, daß er, dißer man, den

¹²³ Ebd., fol. 330-330'.

¹²⁴ Ebd., fol. 330'.

¹²⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 November 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 334'.

¹²⁶ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 27), Osnabrück 1645 November 25, APW III A 3/2, Nr. 41, S. 175.

¹²⁷ Ebd., S. 183.

¹²⁸ Ebd., S. 184-187.

¹²⁹ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 29 und 30), Osnabrück 1645 Dezember 4, APW III A 3/2, Nr. 45, S. 213-227, Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 31), Osnabrück 1645 Dezember 7, APW III A 3/2, Nr. 47, S. 239-241.

evangelischen furstenrath durch {das} gantze Reich beschreyt mache und ihr{e} consilia censurire, da er doch d{as} bedencken selbst uffsetzen helffe{n}.”¹³⁰ Die anwesenden fürstlichen Gesandten vereinbarten darauf, an ihre jeweiligen Herren zu schreiben, um dem eventuell zu befürchtenden negativen Eindruck abzuhelpfen.¹³¹ Die Taktik, das Verfassen des Gutachtens durch Deputierte als in den Reichsräten gebräuchliche Methode darzustellen, wie Scheffer und Lampadius es versucht hatten, hatte also nicht einmal bei allen Autoren gefruchtet. Der späte Nachklang dieser Diskussion dürfte ärgerlich für Lampadius gewesen sein, doch immerhin konnte er sich einigen anderen Gesandten gegenüber darüber beschweren. Über die Anweisungen seiner Herren musste er dagegen Stillschweigen bewahren und versuchen, Friedrich, Christian Ludwig und zwei fürstliche Regierungen von seinem Standpunkt zu überzeugen.

Nach dem Eintreffen der Anweisungen von Anfang und von Ende November 1645 – Letztere von Langenbeck verfasst – sah sich Lampadius veranlasst, sein Vorgehen hinsichtlich des Gutachtens und seine Einstellung zu bestimmten Grundfragen zu rechtfertigen. In Bezug auf die Gründe für das Gutachten argumentierte er: Die evangelischen Gesandten hätten festgestellt, dass die Verhandlungen durch allerlei Präliminarien aufgehalten würden.¹³² Sie seien aber von ihren Herren nicht zum Kongress gesandt worden, um angesichts des schlimmen Zustands des Vaterlandes müßig zu sein. Deshalb hätten sie beschlossen, die königlichen Propositionen sowie die kaiserlichen Repliken vorbereitend zu lesen, um Zeit zu gewinnen und um später einheitliche Voten zu führen. Da man mit den in Münster anwesenden Ständen Verhandlungen beginnen wollte, sollte das Gutachten dorthin übersickt werden.¹³³ Lampadius wollte seine Herren also beschwichtigen, indem er zum einen den Fleiß der Gesandten hervorhob und zum anderen den vorläufigen Charakter des Gutachtens betonte, das seiner Darstellung zufolge lediglich als Grundlage für weitere Beratungen dienen sollte.

Um den Anweisungen seiner Herren entgegenzukommen, machte Lampadius einen Kompromissvorschlag: Er wollte dafür sorgen, dass die alten Gravamina zwischen den Evangelischen und Katholischen – sowohl konfessioneller als auch politischer Natur – von den anderen Punkten getrennt würden.¹³⁴ Dann, so Lampadius, könne ohne weiteren Verzug über diese Gravamina verhandelt werden, zumal nach ihrer Erledigung der Frieden im Reich nahezu wiederhergestellt wäre.¹³⁵ Die besonders verhassten Punkte wollte er zurückstellen, bis die Repliken der Kronen erschienen wären. In der Zwischenzeit sollte das Gutachten nicht erwähnt und erst recht

¹³⁰ Protokoll Deputation der fürstlichen Gesandten beim österreichischen Direktorium und Relation der Deputierten beim Magdeburger Direktorium, Osnabrück 1645 November 27, APW III A 3/2, Nr. 42, S. 191.

¹³¹ Ebd., S. 192.

¹³² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 374-374^v.

¹³³ Ebd., fol. 374^v.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Ebd., fol. 374^v-375.

nicht nach Münster geschickt werden, abgesehen von den bekannten Gravamina.¹³⁶ Lampadius schwebte also vor, zunächst zwischen Evangelischen und Katholischen eine Einigung über die bereits lange bekannten Gravamina herbeizuführen, die aus seiner Sicht einen der Hauptgegenstände der Friedensverhandlungen bildeten.

Die Verhaltensanweisungen, die insbesondere Langenbeck formuliert hatte, lehnte Lampadius jedoch ausdrücklich ab. Im Namen der beiden Herzöge war Lampadius, wie oben dargestellt, angewiesen worden, die Nähe der katholischen Stände zu suchen und einen gewissen Abstand zu den Kronen zu wahren. Lampadius antwortete seinen Herren darauf, sollte er sich entsprechend verhalten, werde er sowohl bei den schwedischen als auch bei den evangelischen Gesandten Misstrauen und allerhand widrige Mutmaßungen verursachen. Solches gelte es aber mit allen Mitteln zu vermeiden. Es sei ein unveränderliches Prinzip, dass ohne Hilfe der Kronen, insbesondere der Schweden, bei diesen Friedensverhandlungen für die Evangelischen nicht viel zu erreichen sein werde.¹³⁷ Er warnte deshalb davor, sich von den Kronen zu trennen oder einen entsprechenden Verdacht aufkommen zu lassen. Denn, so Lampadius, die Kaiserlichen und Katholischen wären gegenüber den Evangelischen auch dann nicht zu einem günstigen Frieden geneigt, wenn sie sich Hoffnung auf deren Unterstützung machen könnten.¹³⁸ Hingegen gründe der den Herzögen und dem fürstlichen Haus entgegengebrachte Respekt auf der bisherigen Linie, die mit Humanität und doch tapfer vertreten würde.¹³⁹ Damit widersetzte sich Lampadius ausdrücklich einer Anweisung in einer grundsätzlichen Frage und gab damit der von ihm als richtig betrachteten Alternative den Vorzug vor einem Befehl.

Um diese Mitteilung abzumildern, fügte er hinzu, er würde gern die Anweisungen von November beherzigen, doch sei es seine Pflicht, seinen Herren seine Meinung dazu mitzuteilen, damit darüber beraten werden könne. Schließlich sei er entsprechend instruiert worden.¹⁴⁰ Er berief sich zu seiner Entlastung also auf weitere Befehle. Dennoch zeigt diese Aussage viel vom Selbstverständnis des Vizekanzlers Lampadius, der sich eben nicht als einfacher ‚Befehlsempfänger‘ verstand, sondern ihm nicht sinnvoll erscheinende Anweisungen infrage stellte.

Daneben baute Lampadius einer künftigen Unzufriedenheit seiner Herren vor, sollten die Abstimmungsergebnisse im Fürstenrat nicht ihren Vorstellungen entsprechen: Er gab zu bedenken, es würden im Fürstenrat Osnabrück inzwischen über zwanzig Voten geführt, weshalb er nicht immer mit Anhängern rechnen und die Meinung seiner Herren behaupten könnte. Er müsse der Mehrheit weichen und wolle nicht, dass dies auf ihn zurückfalle.¹⁴¹ Doch er wollte sich für einen

¹³⁶ Ebd., fol. 375.

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ Ebd., fol. 376ʹ.

¹³⁹ Ebd., fol. 375-375ʹ.

¹⁴⁰ Ebd., fol. 375ʹ.

¹⁴¹ Ebd.

Aufschub der weiteren inhaltlichen Beratungen im Fürstenrat Osnabrück einsetzen, um seinen Herren mehr Zeit für ihre Besprechungen über das Gutachten zu verschaffen.¹⁴²

Tatsächlich wurde am 14. Dezember 1645 im Fürstenrat darüber abgestimmt, in welcher Form das Gutachten den Katholischen übergeben werden sollte. Dabei schlug schon das Magdeburger Direktorium vor, die bekannten Gravamina von den anderen Punkten zu trennen und nur erstere den Katholischen zu übergeben.¹⁴³ Da die anderen anwesenden Gesandten dem zustimmten, wurde beschlossen, die Gravamina den Katholischen getrennt zu übergeben und die anderen Punkte des Bedenkens bis nach der Publikation der königlichen Repliken zurückzuhalten.¹⁴⁴ Lampadius erklärte in seinem Votum, er habe diesbezüglich seine Meinung geändert: Sei er zuvor der Ansicht gewesen, man solle das Gutachten vollständig übergeben, plädierte er nun ebenfalls für eine Trennung der Punkte, da man den Kronen die Benennung der großen Streitfragen überlassen sollte, um sich nicht noch mehr Hass zuzuziehen.¹⁴⁵ Und wie angekündigt stimmte er für eine Vertagung der weiteren inhaltlichen Beratungen bis nach Übergabe der schwedischen Replik.¹⁴⁶ Im Fürstenrat folgte Lampadius dem Vorschlag, den er seinen Herren zuvor unterbreitet hatte. Dabei argumentierte er mit einem eigenen Sinneswandel und berief sich nicht offen auf das Eintreffen neuer Instruktionen. Der Wille, das eigene Gesicht zu wahren, dürfte dafür das Motiv gewesen sein: Lampadius kaschierte den Umstand, dass die Herzöge ein anderes Vorgehen befahlen, als er es bislang für richtig befunden hatte. Er schützte damit vor allem seinen eigenen Status als Vertreter der Herzöge, allerdings zu dem Preis, am Kongress künftig als sprunghaft zu gelten.

Seinen Herren konnte er danach einen Erfolg vermelden, denn die Vertreter im Fürstenrat beschlossen nicht nur, zunächst lediglich die evangelischen Gravamina zu übergeben, sondern wollten vor weiteren Beratungen über ihr Gutachten die Übergabe der schwedischen Replik abwarten. Seinen eigenen Anteil an diesem Beschluss hob Lampadius in seinem Bericht nach Hause stark hervor.¹⁴⁷ Auch Friedrich und Christian Ludwig und den fürstlichen Regierungen gegenüber war er sehr um einen positiven Eindruck bemüht.

Statt einer direkten Veröffentlichung des Gutachtens strebte der noch rein evangelisch geprägte Fürstenrat Osnabrück nun zunächst eine Einigung mit den evangelischen Vertretern im Osnabrücker Kurfürsten- und Städterat an. Zunächst stimmten die fürstlichen Gesandten ihr Gut-

¹⁴² Ebd., fol. 376.

¹⁴³ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 32) ohne Reformierte, Osnabrück 1645 Dezember 14, APW III A 3/2, Nr. 48, S. 249.

¹⁴⁴ Ebd., S. 249-255.

¹⁴⁵ Ebd., S. 250-251.

¹⁴⁶ Ebd., S. 252.

¹⁴⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 388.

achten erfolgreich mit den reichsstädtischen ab.¹⁴⁸ Doch die Absprache mit den evangelisch-kurfürstlichen Vertretern – dies waren zu der Zeit nur die Kurbrandenburger – gestaltete sich äußerst schwierig. Als Hürde erwies sich nun der Exzellenztitelstreit, der inzwischen erhebliche Probleme in der Kommunikation zwischen den Reichsständen verursachte.¹⁴⁹ Auslöser des Streits war die Frage, welche Stellung den Kurfürsten auf internationaler Bühne zukommen sollte: Sie selbst forderten für sich traditionell königsgleiche Behandlung ein und damit Vorrang vor Gesandten etwa von Republiken wie Venedig.¹⁵⁰ Andererseits konnten die Kurfürsten im Gegensatz zu den Republiken für sich keine souveräne Stellung im Sinne des noch jungen Völkerrechts in Anspruch nehmen.¹⁵¹ Gerade zwischen dem venezianischen Vermittler und den kurfürstlichen Gesandten kam es deshalb auch in Münster zu ernsthaften Rangstreitigkeiten.¹⁵² Die Auseinandersetzung um den Titel ‚Exzellenz‘ war Ausdruck dieses Rangstreits, denn dieser Titel stand nur Primargesandten souveräner Mächte zu – und wurde aus diesem Grund auch von den kurfürstlichen Gesandten – allen voran den bayrischen – in Westfalen eingefordert.¹⁵³ Da die Kaiserlichen diesem Begehrt schließlich nachgaben, konnten die kurfürstlichen Hauptgesandten sich für die Dauer des Kongresses darüber freuen, auch von den Gesandten der auswärtigen Mächte entsprechend angedredet zu werden.¹⁵⁴ Die fürstlichen Gesandten hingegen verweigerten den kurfürstlichen den Titel unter Hinweis auf das Reichsherkommen und sollten sich damit schließlich durchsetzen.¹⁵⁵ Lampadius selbst erwähnte diese Auseinandersetzungen nur am Rande, da sie für ihn nur dann von Interesse waren, wenn sie die übrigen Verhandlungen in Mitleidenschaft zogen. Ansonsten hielt er sie für Nebensächlichkeiten und berichtete etwa im Juli nach Hause: „Man hat alhier und zu Münster ein weilhero von vanitatibus Tractiret nemlich von Excellentiis praecedentiis und altessen.“¹⁵⁶

Auch Lampadius selbst lehnte es jedoch strikt ab, den Kurfürstlichen den von ihnen geforderten Ehrentitel zu geben. Er verwies dabei zum einen auf das Herkommen, zum anderen auf die Ehre seiner Herren, die eine Minderung nicht duldeten, zumal die Herzöge kaiserlicher und königlicher

¹⁴⁸ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 33) ohne Reformierte und Re- und Correlation mit städtischen Gesandten, Osnabrück 1645 Dezember 16, APW III A 3/2, Nr. 53, S. 271-294, Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 34) ohne Reformierte, Osnabrück 1645 Dezember 18, APW III A 3/2, Nr. 54, S. 295-308, Protokoll außerordentliche Re- und Correlation mit dem Städterrat per deputatos, Osnabrück 1645 Dezember 21 (?), APW III A 3/2, Nr. 61, S. 343-348.

¹⁴⁹ BRUNERT: Einleitung, S. LIX, in: APW III A 3/1.

¹⁵⁰ BECKER: Kurfürstenrat, S. 175-177, GOTTHARD: Säulen, S. 728, CHRIST: Exzellenz-Titel, S. 95, GOTTHARD: Inszenierung, S. 311f.

¹⁵¹ GOTTHARD: Säulen, S. 742, GOTTHARD: Inszenierung, S. 317f, STOLLBERG-RILINGER: Vermittler, S. 138.

¹⁵² BECKER: Kurfürstenrat, S. 175-177, CHRIST: Exzellenz-Titel, S. 92, STOLLBERG-RILINGER: Vermittler, S. 137f.

¹⁵³ DICKMANN: Frieden, S. 208f, BECKER: Kurfürstenrat, S. 177f, CHRIST: Exzellenz-Titel, S. 91-93.

¹⁵⁴ DICKMANN: Frieden, S. 209, BECKER: Kurfürstenrat, S. 178-182, CHRIST: Exzellenz-Titel, S. 93-95.

¹⁵⁵ DICKMANN: Frieden, S. 209f, WOLFF: Corpus, S. 71f, BECKER: Kurfürstenrat, S. 183-185, CHRIST: Exzellenz-Titel, S. 96f.

¹⁵⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juli 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 8.

Abstammung waren, was Lampadius in diesem Zusammenhang gern betonte.¹⁵⁷ Hinzu kam das internationale Kongressgeschehen, welches einen solchen Schritt erst recht nicht möglich erscheinen ließ. Seinem Freund, dem Kurbrandenburger Fritze, sagte er, er habe nicht vor, seine Herren durch die Gabe des Exzellenztitels „in hoc totius fere Europae theatro despectiren zulaßen“. ¹⁵⁸

Darin sah er sich bestätigt von anderen fürstlichen Gesandten, die den Kurfürstlichen diesen Ehrentitel ebenfalls nicht geben wollten.¹⁵⁹ Kurz vor Übergabe der kaiserlichen Replik am 25. September 1645 beschloss der Fürstenrat Osnabrück als Ganzes, den Titel nicht zu verwenden.¹⁶⁰ Und auch die Welfenherzöge bestätigten diese Linie und befanden, es sei den Kurfürsten zwar zu gönnen, wenn sie gegenüber Externen auf diese Weise eine Rangerhöhung erzielten.¹⁶¹ Doch sei ihnen dies reichsintern nicht zuzugestehen, sei doch zu vermuten, dass sie auf diese Weise ihre Macht auf Kosten der anderen Reichsstände erweitern wollten.¹⁶² Die kurfürstlichen Befugnisse sollten stattdessen wieder auf den Stand der Goldenen Bulle zurückversetzt werden.¹⁶³ Lampadius sollte daher gemeinsam mit anderen Ständen darauf hinweisen, wie unverantwortlich es sei, mit diesem Thema die Friedensverhandlungen weiter zu behindern, und zwar sowohl dem Reich, dem Ausland als auch der eigenen Posterität gegenüber.¹⁶⁴ In dieser Frage waren sich Lampadius und die fürstlichen Regierungen also ganz einig, welche Haltung einzunehmen sei.

Dennoch spitzte sich die Situation eher noch weiter zu, bis es Ende Dezember 1645 für Lampadius dann zu einem neuen Höhepunkt in dieser Auseinandersetzung kam, den er seinen Herren breit schilderte. Zuvor war ein Treffen zwischen evangelisch-fürstlichen Gesandten und den Kurbrandenburgern am 20. Dezember 1645 an der Forderung der Kurfürstlichen nach dem Exzellenztitel gescheitert.¹⁶⁵

Um die Schwierigkeiten zu umgehen, wollten die evangelisch-fürstlichen Vertreter in Osnabrück nun eine Ebene unterhalb der Gesandten ansetzen. Statt den kurbrandenburgischen Gesandten ihr Gutachten direkt zu übergeben, wollten sie es durch den Magdeburger Sekretär dem kurbrandenburgischen Sekretär aushändigen lassen, der es dann wiederum an die kurfürstlichen

¹⁵⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Mai 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 228', Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 284'.

¹⁵⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juni 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500, fol. 293'.

¹⁵⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Juli 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 19.

¹⁶⁰ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter, Deputationen und Plenum, Osnabrück 1645 September 25, APW III A 3/1, Nr. 14, S. 202.

¹⁶¹ Instruktion Friedrichs und Christian Ludwigs für Lampadius, o. O. 1645 August 28, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 74.

¹⁶² Ebd., fol. 74-74'.

¹⁶³ Ebd., fol. 74'.

¹⁶⁴ Ebd., fol. 74'-75.

¹⁶⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 456.

Gesandten weitergeben sollte.¹⁶⁶ Doch scheiterte auch dieser Versuch, da sowohl der kurbrandenburgische Sekretär als auch die kurfürstlichen Gesandten einen Annahme auf diesem Weg verweigerten.¹⁶⁷ Damit war die Anwendung der üblichen Strategie, die aus dem „Zeremoniell [...] resultierenden Handlungsrestriktionen zu umgehen“,¹⁶⁸ vergebens. Der eigentliche Skandal für die Fürstlichen lag darin, dass der kurbrandenburgische Vertreter Fromhold diese Methode zuvor selbst vorgeschlagen hatte. Im Fürstenrat überlegte man daraufhin sogar, sich beim Kurfürsten zu Brandenburg über dieses Gebaren zu beschweren, zumal dieser, wie der Vertreter Sachsen-Altenburgs es formulierte, seinen „gesandten nicht würden in befehl gegeben haben, das fürstliche collegium zu beschimpfen“. ¹⁶⁹ Fromhold entschuldigte sich schließlich und bat die Fürstlichen, den Kurfürsten zu Brandenburg nicht darüber zu unterrichten.¹⁷⁰ Auch diese Episode war nicht dazu geeignet, das Vertrauen der evangelisch-fürstlichen Vertreter in die Kurbrandenburger zu stärken. Für Lampadius mochte diese Erfahrung erneut die Divergenzen offenbaren, die zwischen den Interessen seiner Herren und denjenigen des Kurfürsten zu Brandenburg bestanden. So gesehen war sie ein weiteres Anzeichen für das Vorhandensein von Konfliktpotential, bevor Anfang 1647 die Satisfaktionsverhandlungen eine offene Auseinandersetzung zwischen welfischen und kurbrandenburgischen Gesandten hervorriefen.

¹⁶⁶ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter, Osnabrück 1645 Dezember 27, APW III A 3/2, Nr. 68, S. 384.

¹⁶⁷ Ebd., S. 384f.

¹⁶⁸ HAUG-MORITZ: Friedenskongresse, S. 144.

¹⁶⁹ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter, Osnabrück 1645 Dezember 27, APW III A 3/2, Nr. 68, S. 386-389, Zitat S. 386.

¹⁷⁰ Protokoll Deputation der fürstlichen Gesandten bei Fromhold, Osnabrück 1645 Dezember 30, APW III A 3/2, Nr. 74, S. 401f.

6. Die Satisfaktions- und Entschädigungsverhandlungen

Lampadius hatte sich, wie gesehen, bislang nur am Rande mit der Frage beschäftigt, welche Satisfaktionsforderungen die Kronen stellen würden und inwieweit diese befriedigt werden sollten. Er sah seine Herren und ihren Besitz nicht von möglichen Forderungen betroffen und riet Friedrich und Christian Ludwig dringend, sich insgesamt aus dieser Angelegenheit herauszuhalten.¹ Die Frage der Satisfaktionen wurde seit dem Januar 1646 jedoch auch für Lampadius konkreter, und zwar nicht zuletzt durch die Übergabe der Repliken der Kronen als Antwort auf die kaiserlichen Friedensvorschläge.

Die Repliken der Schweden und Franzosen von Januar 1646

Unmittelbar vor der Übergabe ihrer Replik informierten Oxenstierna und Salvius die Evangelischen im Fürstenrat Osnabrück über dieses Vorhaben. Am 6. Januar 1646 schickten sie abends ihren Kanzlisten zum Magdeburger Gesandten Krull als Vertreter des Fürstenratsdirektoriums. Die Schweden ließen Krull bitten, er möge für den Fürstenrat Osnabrück Deputierte zu ihnen entsenden, da sie am folgenden Tag ihre Replik an die Kaiserlichen übergeben wollten.² Der Magdeburger rechtfertigte sich einen Tag später im Fürstenrat, es hätten zwar eigentlich alle anwesenden fürstlichen Gesandten über die Deputierten abstimmen müssen, doch sei zu wenig Zeit dafür gewesen. Deshalb habe er mit den Sachsen-Altenburgern und Lampadius gesprochen, die sich zur Deputation bereit erklärt hätten und zu den Schweden gegangen seien.³ Hier zeigt sich erneut die enge Verbindung zwischen Magdeburgern und Lampadius, die in diesem Fall ausschlaggebend für die Deputiertenauswahl gewesen sein dürfte. Neben den Magdeburgern arbeitete Lampadius zudem eng mit den Sachsen-Altenburgern zusammen. Mit Letzteren hatte er unter anderem bereits das Gutachten für die Evangelischen verfasst.⁴

Im Gespräch mit den Sachsen-Altenburgern und Lampadius versprachen die Schweden erneut, nichts ohne Vorwissen und Zustimmung der Reichsstände zu verhandeln.⁵ Zudem wiesen sie auf

¹ S. Kap. 5, S. 149.

² Protokoll Deputation der fürstlichen Gesandten bei den schwedischen Gesandten, Osnabrück 1646 Januar 7, APW III A 3/2, Nr. 77, S. 448, Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 42), Osnabrück 1646 Januar 7, APW III A 3/2, Nr. 78, S. 449. Die Schweden berichteten den beiden Deputierten auch von ihren Absprachen mit der französischen Delegation in Münster: Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Januar 10, APW II C 2, Nr. 18, S. 57.

³ Protokoll Deputation der fürstlichen Gesandten bei den schwedischen Gesandten, Osnabrück 1646 Januar 7, APW III A 3/2, Nr. 77, S. 448, Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 42), Osnabrück 1646 Januar 7, APW III A 3/2, Nr. 78, S. 449.

⁴ S. Kap. 5, S. 149-152.

⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Januar 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 3. Oxenstierna und Salvius berichteten davon im Zusammenhang mit einer größeren reichsständischen Deputation bei ihnen am 9. Januar, der neben den Sachsen-Altenburgern und Lampadius auch Vertreter

eine Abänderung hin, die sie hinsichtlich der Reihenfolge der Verhandlungspunkte vorgenommen hatten. Diese war ihren Angaben nach der angestrebten Einheitlichkeit der schwedischen und französischen Antwort geschuldet, sollte aber nicht die Inhalte betreffen.⁶

In der Tat teilten die Schweden die Verhandlungspunkte in ihrer Replik nun in vier sogenannte ‚Klassen‘ ein. Die erste Klasse enthielt die Reichssachen und die Gravamina der Evangelischen. Oxenstierna berichtete, auch die Franzosen hätten sich bereit erklärt, nun die Erledigung der Gravamina zu befördern und so deren Auslassung in ihrer letzten Proposition wieder gutzumachen.⁷ Lampadius vermutete, dieser Sinneswandel sei insbesondere durch die Vorwürfe der Hessen-Kasseler wegen des Fehlens der Gravamina in der letzten französischen Proposition verursacht worden.⁸ Er schrieb den Gesandten der Landgräfin damit keinen kleinen Einfluss auf die französische Verhandlungsführung in dieser Angelegenheit zu.

Während die dritte Klasse die Assekuration des Friedens, also dessen künftige Absicherung, betraf, behandelten die Schweden in der vierten Klasse schließlich die Exekution des Friedens und damit die Frage, wie die Bestimmungen des künftigen Friedensvertrags in die Realität umgesetzt werden sollten.⁹

Wirbel verursachte aber vor allem die zweite Klasse, in der es um die Satisfaktionen der Kronen ging, die nun erstmals in aller Deutlichkeit benannt wurden. Die Schweden, so vermeldete Lampadius in seinem Bericht nach Hause, forderten die Fürstentümer Pommern und Schlesien, das Erzstift Bremen, die Stifter Halberstadt, Minden, Osnabrück und Verden sowie die Stadt Wismar.¹⁰ Die Franzosen wiederum verlangten laut Lampadius das Herzogtum Lothringen, das Elsass, die Stadt Breisach und die Festung Philippsburg als Satisfaktion.¹¹ Von Lampadius nicht genannt wurde die schwedische Forderung nach Magdeburg. Bei der französischen Satisfaktion nannte er statt des Breisgaus, der Hochstifte Metz, Toul und Verdun und der Waldstädte

Mecklenburgs, der Wetterauer Grafen sowie der Städte Straßburg und Lübeck angehörten: Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Januar 10, APW II C 2, Nr. 18, S. 70f.

⁶ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 42), Osnabrück 1646 Januar 7, APW III A 3/2, Nr. 78, S. 450, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Januar 10, APW II C 2, Nr. 18, S. 57.

⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Januar 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 3. Ähnlich Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Januar 10, APW II C 2, Nr. 18, S. 57.

⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Januar 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 3'.

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd. Zur bereits 1634 erfolgten Festlegung Schwedens auf Pommern als Teil seiner Satisfaktion s. KRÜGER: Schweden, S. 66f, BRUNERT: Mehrfachherrscher, S. 151. In der Tat hatte der Kaiser Schweden bereits 1641 in Separatverhandlungen Pommern als Entschädigung anbieten lassen, die jedoch nicht zum Abschluss kamen; außerdem war Trauttmansdorff instruiert, den Schweden am Friedenskongress im Namen des Kaisers letztlich ganz Pommern zuzugestehen: BRUNERT: Mehrfachherrscher, S. 153f. Die Stifter Bremen und Verden hatten seit 1634 bzw. 1636 unter Administration eines dänischen Prinzen gestanden, bevor sie 1643 schwedisch besetzt und im dänisch-schwedischen Frieden von Brömsebro 1645 de facto an Schweden abgetreten wurden: REUMANN: Kirchenregiment, S. 56f, 61f, KRÜGER: Schweden, S. 68.

¹¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Januar 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 4. Die kaiserlichen Geheimen Räte rechneten schon 1643 mit der französischen Forderung nach dem ganzen Elsass: AUER: Ziele, S. 147f.

fälschlich Lothringen. Diese Auslassung und die Verwechslung werden verständlich, bedenkt man, dass die Bekanntgabe mündlich erfolgte.¹² Wichtiger als diese Details war zudem erst einmal etwas anderes: Seit dem 7. Januar 1646 lagen endlich „[d]ie Kriegsziele Frankreichs und Schwedens [...] vor aller Welt offen“.¹³

Die Umstellung der Verhandlungspunkte in den neuen Propositionen der Kronen machte jedoch einige Gesandte nachdenklich. Viele der Evangelischen glaubten, die Kronen beabsichtigten mit der Abänderung der Reihenfolge mehr als sie zugaben. Aus Rücksicht auf das schwedische Versprechen, nicht ohne Wissen und Zustimmung der Stände zu verhandeln, sahen sie sich aber gezwungen, diesen Gedanken für sich zu behalten.¹⁴

Für ihre weiteren Beratungen benötigten die Reichsstände nun zunächst die Protokolle von Kaiserlichen und Schweden über den mündlichen Vortrag der Schweden bei der Übergabe.¹⁵ Da die Beratungen direkt nach Erhalt der Protokolle beginnen sollten, drängte Lampadius seine Herren nun erneut, weitere Instruktionen zu erhalten.¹⁶

Allerdings verzögerte sich der Beginn der reichsständischen Beratungen aus verschiedenen Gründen doch noch etwas. Zunächst kam es in Münster zu Unstimmigkeiten zwischen den französischen Gesandten und den dortigen reichsständischen Vertretern, da Letztere trotz entsprechender Aufforderung wegen der Übergabe der Replik keine Deputierten zu den Franzosen schicken wollten. Die Franzosen reagierten empört und forderten die Schweden auf, ihr Protokoll nicht eher herauszugeben, bis ihnen Genugtuung geschehen wäre.¹⁷

Die Schweden beschritten daraufhin einen Mittelweg, um den wartenden evangelischen Reichsständen in Osnabrück und ihrem französischen Bündnispartner gerecht zu werden: Sie übergaben ihr Protokoll aus Rücksicht auf die Franzosen zwar nicht öffentlich, doch ließ Oxenstierna es den Sachsen-Altenburgern *privatim* zukommen, damit sie Abschriften anfertigen lassen konnten.¹⁸ Dieser Vorgang sollte vor den Franzosen geheim gehalten werden.¹⁹

Lampadius befand zu diesem Vorgang, die Reichsstände in Münster hätten keinen Grund gehabt, durch ihre Weigerung die Verhandlungen zu verzögern und dabei mit dem Herkommen zu argumentieren: „[E]s sein dergleichen Tractaten in vielen *seculis* nicht vorgangen, und kan ich

¹² DICKMANN: Frieden, S. 249. Die Protokolle der mündlichen Bekanntgaben sind gedruckt bei Meiern, ebenso eine latinisierte Version der französischen und eine Zusammenfassung der schwedischen Replik: MEIERN: Acta, Bd. 2, S. 182-204.

¹³ DICKMANN: Frieden, S. 250.

¹⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Januar 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 3ʳ.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Ebd., fol. 4.

¹⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Januar 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 8.

¹⁸ Ebd. Darüber berichteten die Schweden nichts.

¹⁹ Ebd., fol. 8-8ʳ.

demnach nicht absehen, was man in dergleichen ceremonien für ein herkommen im Reich anziehen könne.“²⁰

Hinzu kamen noch andere Schwierigkeiten. Als Lampadius am 25. Januar 1646 nach der Übergabe der königlichen Repliken erstmals wieder mit Oxenstierna sprach, berichtete der schwedische Gesandte, die Franzosen seien mit einigen der schwedischen Satisfaktionsforderungen nicht einverstanden, nämlich mit denjenigen, die sich auf geistliche Güter bezogen. Lampadius, der gerade am selben Tag erst das Protokoll über die Eröffnung der französischen Replik erhalten hatte, war zudem aufgefallen, dass die Reihenfolge der Punkte in den schwedischen und französischen Repliken nicht übereinstimmte. Die Franzosen hatten die frühere Ordnung beibehalten und die Inhalte nicht in Klassen eingeteilt.²¹ Als Lampadius Oxenstierna darauf ansprach, erzählte dieser, er habe sich kurz vor Veröffentlichung der Repliken mit den Franzosen in Münster über die Reihenfolge und die Einteilung in Klassen abgesprochen und verstünde selbst nicht, warum sie sich nicht daran gehalten hatten.²²

Der schwedische Gesandte wollte nun von Lampadius Vorschläge hören, wie man ohne Konfusion weiter verhandeln könne und wie die Reichsstände die Lage beurteilten. Lampadius antwortete, die Reichsstände hätten zwar noch nicht darüber gesprochen, doch da sich Kaiserliche und Schweden einig seien, könne man der Ordnung aus der schwedischen Replik folgen und mit den entsprechenden Punkten der französischen Replik kombinieren, um Doppelungen zu vermeiden.²³ In diesem Fall bezog Lampadius damit ohne vorherige Absprachen mit anderen Ständen Stellung.

Erst zwei Tage später begannen im Fürstenrat Osnabrück die Beratungen über die Repliken der Kronen. Dabei wurde das Verfahren gewählt, das Lampadius zuvor Oxenstierna vorgeschlagen hatte: Die fürstlichen Gesandten wollten in ihren Beratungen die Reihenfolge aus der neuen schwedischen Replik übernehmen und ihr fertiges Bedenken nach diesem Schema umarbeiten. Zudem beschlossen sie, nochmals darauf hinzuwirken, dass ohne Wissen und Zustimmung der Reichsstände nichts beschlossen würde, was das Reich beträfe.²⁴

Am selben Tag bekam Lampadius nachmittags Besuch vom französischen Residenten de La Barde.²⁵ Bei der Gelegenheit forderte Lampadius den französischen Gesandten auf, seine Kollegen in Münster zur Übernahme der in der schwedischen Replik befolgten Ordnung der Verhandlungspunkte zu disponieren. La Barde rechtfertigte das Abweichen der französischen

²⁰ Ebd., fol. 8’.

²¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Januar 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 17. Johan Oxenstierna berichtete nichts über dieses Gespräch.

²² Ebd., fol. 17-17’.

²³ Ebd., fol. 17’. Darüber berichteten die Schweden nichts.

²⁴ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 44), Osnabrück 1646 Januar 27, APW III A 3/2, Nr. 82, S. 490.

²⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Februar 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 48’.

Replik von der mit den Schweden vereinbarten Reihenfolge mit einem Fremdeingriff: Seine Kollegen hätten die abgesprochene Ordnung befolgt, doch die Friedensvermittler in Münster, der päpstliche Legat und der venezianische Gesandte, hätten sie geändert.²⁶ Dies berichtete Lampadius in der Sitzung des Fürstenrates Osnabrück am 3. Februar 1646 auch den anderen anwesenden Ständen.²⁷

Es sah nun so aus, als würden aufgrund der Festlegung in der schwedischen Replik die Reichsangelegenheiten als Erstes abgehandelt werden. Doch die Satisfaktionsforderungen Frankreichs und Schwedens waren nun explizit auf dem Tisch und es gab Kräfte, die dafür sorgen sollten, dass die Verhandlungen darüber nicht länger vertagt wurden.

Die ersten Ausläufer der Satisfaktionsverhandlungen

Die Frage, welche Forderungen die beiden Kronen bei einem Friedensschluss stellen würden, war bereits zuvor aufgeworfen worden. So war Lampadius gegen Mitte Oktober 1645 beim kaiserlichen Gesandten Lamberg gewesen, um die Kaiserlichen über das Vorhaben seiner Herren, Gesandte nach Stockholm und zum schwedischen Generalfeldmarschall Torstenson zu schicken, in Kenntnis zu setzen. Diese Gesandtschaft sollte versuchen, die durch schwedische Truppen verursachten Kriegsbelastungen in den welfischen Territorien zu mindern und insbesondere die Rückgabe der Festung Nienburg zu erwirken. Lampadius verwies den kaiserlichen Vertreter auf die entsprechende Vereinbarung im Friedensvertrag von 1642 zwischen Kaiser und Welfen und bat, wegen der Delegation keine widrigen Verdächtigungen anzustellen.²⁸ Während des Gespräches erwähnte der kaiserliche Gesandte die französische Forderung nach den habsburgischen Territorien im Elsass und argumentierte, die Franzosen wollten damit das Reich schmälern. Lamberg stellte die französische Forderung also als Bedrohung für das ganze Reich dar. Lampadius ging darauf jedoch nicht ein. Mehr noch, er dissimulierte dem kaiserlichen Vertreter gegenüber seine Kenntnis der französischen Forderungen und gab vor, diese wären ihm neu. Dabei hatte er bereits von Salvius davon gehört.²⁹ So vermied er, weiter auf das Thema eingehen und sich damit positionieren zu müssen. Diese Taktik wandte er am 23. Dezember 1645 auch gegenüber dem inzwischen angereisten kaiserlichen Hauptgesandten Graf Maximilian von Trauttmansdorff an, indem er antwortete, er habe, abgesehen von den allgemeinen Diskursen, nichts über

²⁶ Ebd., fol. 49. Von seiner Rechtfertigung berichtete de La Barde zwar nichts, allerdings davon, wie sehr Lampadius die Franzosen darin bestärken wollte, sich auch für eine gütliche Einigung zwischen Protestanten und Katholiken einzusetzen: La Barde an Longueville, d'Avaux und Servien, Osnabrück 1646 Januar 29, APW II B 3/1, Nr. 90, S. 310.

²⁷ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica I), Osnabrück 1646 Februar 3, APW III A 3/3, Nr. 95, S. 15.

²⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Oktober 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 176. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

²⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Oktober 27, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 204. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

dieses Thema erfahren.³⁰ Trauttmansdorff äußerte sich trotzdem positiv, zumal Lampadius sich zur guten Kooperation erbot.³¹ Der welfische Gesandte verfolgte auch hier die Strategie, möglichst nicht zwischen die Fronten zu geraten.

Von anderer Seite kam Lampadius kurz darauf zu Ohren, Trauttmansdorff habe vor, die Reihenfolge der Verhandlungspunkte abzuändern und mit den Satisfaktionen zu beginnen.³² Das Kalkül dahinter sei, Kronen und Reichsstände voneinander zu trennen. Die Kaiserlichen hofften, die Kronen würden sich nicht weiter um die Belange der Reichsstände kümmern, hätten sie erst einmal erhalten, was sie wollten.³³ Die Stände aber, schrieb Lampadius seinen Herren, bemühten sich sehr, es bei der festgelegten Ordnung aus den Propositionen der Kronen und den kaiserlichen Repliken zu belassen.³⁴ Hinsichtlich der kaiserlichen Absichten zu diesem Zeitpunkt täuschte sich Lampadius jedoch. Im Gegensatz zu seinen Ansichten war Trauttmansdorff im Oktober 1645 instruiert worden, zunächst die reichsständischen Streitigkeiten beizulegen, um auf diese Weise eine Vereinigung der Reichsstände mit dem Kaiser zu erzielen. Dadurch gestärkt, sollten die umfangreichen Forderungen der Kronen – insbesondere diejenigen Frankreichs nach den habsburgischen Territorien im Elsass – zurückgewiesen bzw. deutlich reduziert werden. An dieser Linie hielt man am Kaiserhof auch Anfang 1646 fest.³⁵ Allerdings sah sich Ferdinand III. bald von Maximilian von Bayern unter Druck gesetzt, da der Kurfürst das von ihm Erlangte – die Kurwürde und die pfälzischen Territorien – mittels französischer Unterstützung zu behalten hoffte und sich daher vehement für eine rasche und umfangreiche Entschädigung Frankreichs einsetzte. Da die kaiserliche Position durch einen möglichen Abfall des Kurfürsten militärisch bedeutend geschwächt worden wäre, sah man sich gegen Ende Februar am Kaiserhof zum Einlenken genötigt. Nun sollten nach kaiserlichem Wunsch die Verhandlungen über die Gravamina und die Satisfaktionen parallel geführt werden.³⁶ Die Aufnahme der Verhandlungen über die Satisfaktionen war also wesentlich kurbayrischem Druck zu verdanken. Vermutlich fiel Lampadius, indem er die Kaiserlichen dafür als hauptverantwortlich betrachtete, gewissermaßen dem manifesten Negativbild zum Opfer, welches er im Laufe der Jahre von der kaiserlichen

³⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 475.

³¹ Trauttmansdorff an Ferdinand III., Osnabrück 1645 Dezember 25, APW II A 3, Nr. 55, S. 80.

³² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 475'.

³³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 365'.

³⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 475'.

³⁵ RUPPERT: Politik, S. 133-136.

³⁶ Ebd., S. 144-152.

Politik erworben hatte. Dieses Feindbild sollte Lampadius' Sicht auf die Kaiserlichen und deren Aktivitäten während des gesamten Friedenskongresses bestimmen.³⁷

Doch nicht nur den Kaiserlichen gab Lampadius seine Haltung zur Satisfaktionsfrage nicht ohne Weiteres zu erkennen. Auch den Kurbrandenburgern gegenüber, die wegen Pommern sehr besorgt waren, zog es Lampadius vor, zu schweigen.³⁸ Insgesamt glaubte er, dieser Punkt werde bei den Verhandlungen noch viel Streit verursachen, weshalb er fleißig verhüten wollte, irgendwo anzuecken.³⁹

In dieser Meinung dürfte er durch ein Gespräch mit Salvius noch weiter bestärkt worden sein, zumal seine Politik der Zurückhaltung auch hier auf die Probe gestellt wurde. Als Salvius gegen Ende November 1645 von ihm hören wollte, was die Stände als Satisfaktion für die Kronen als angemessen betrachteten, erwiderte Lampadius ausweichend, seines Wissens forderten die Kronen von den evangelischen Reichsständen keine Satisfaktion.⁴⁰ Daher gebühre es ihnen nicht, sich dazu zu äußern und den Kaiserlichen und deren Anhängern dadurch vorzugreifen. Die Kronen könnten ihre Ansprüche selbst viel besser vortragen und bedürften der Hilfe der Reichsstände nicht. Dagegen könnten die Reichsstände ohne die Kronen keine ihrer wichtigen Forderungen durchsetzen. Zugleich müssten sie aber den Kaiser als Oberhaupt des Reiches ehren und könnten nicht mit unzeitigen Urteilen hervortreten.⁴¹ Offensichtlich sah es Lampadius in dieser Situation geboten, dem schwedischen Gesandten seine Weigerung genauer zu erklären. Dabei thematisierte er offen die Abhängigkeit der evangelischen Reichsstände von den beiden Kronen, von der Lampadius sich auch in seinen Relationen – zumindest in Bezug auf Schweden – schon sehr früh überzeugt gezeigt und die er zu einer der Leitlinien seines Handelns am Kongress gemacht hatte. Salvius gegenüber hatte das Argument sicher die Funktion, mögliche Ängste zu zerstreuen, die evangelischen Stände könnten sich von den Kronen abwenden.

Die Betonung der Abhängigkeit hatte aber auch negative Folgen, denn Salvius drängte nun, die evangelischen Stände sollten die Forderung der Schweden nach Satisfaktion generell für gerechtfertigt erklären. Dagegen wandte der welfische Vizekanzler ein, diese Frage müsse mit der

³⁷ Dass Lampadius' Sicht auf den Kaiser und seine Politik in der Tat entscheidend von früheren Erfahrungen geprägt war, zeigt unter anderem ein Gespräch, das der welfische Gesandte im Februar 1646 mit den Schweden führte: Dabei verwies Lampadius explizit auf den Umgang Ferdinands II. mit Friedrich Ulrich und dessen Territorien, den Lampadius als mahnendes Beispiel für die kaiserliche Politik anführte und als Grund benannte, sich den „oppressores libertatis“ bei den Friedensverhandlungen mannhaft entgegenzustellen: Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Februar 12, APW II C 2, Nr. 44, S. 132.

³⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 366-366'. Zur Bedeutung Pommerns für Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der sich Hoffnungen auf eine eigene starke Stellung zur See machte, s. etwa BAUMGART: Kongreßdiplomatie, S. 470-472, 475, 482. Zur Politik des Kurfürsten und Schwedens bezüglich Pommerns am Kongress s. auch KRÜGER: Schweden, S. 72-79.

³⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 366'.

⁴⁰ Ebd., fol. 366'-367. Darüber berichteten die Schweden nichts.

⁴¹ Ebd., fol. 367.

Nennung der konkreten Forderungen und also auch des Gebers der Satisfaktion verbunden werden. Sollten nur die evangelischen Stände die von den Schweden gewünschte Erklärung abgeben, könnten die Katholischen sich auf den Standpunkt stellen, die Evangelischen sollten die von ihnen eingestandene Schuld allein bezahlen.⁴² Letztlich konnten sich Salvius und Lampadius bei diesem Gespräch nicht einigen.⁴³ Lampadius wollte sich, seiner Grundhaltung zu dem Thema entsprechend, weder generell noch spezifisch zur Satisfaktion äußern. Seinen Herren schrieb er, die Kronen sollten ihre Sache selbst vertreten und seine Herren für sich erklären, sie hätten damit nichts zu tun.⁴⁴

Insgesamt beurteilte er die Satisfaktionsfrage als einen der schwierigsten Verhandlungspunkte überhaupt: „Es ist die Satisfaction der fürnembsten puncten einer, der alhier fürlauffen und die Tractaten schwer machen wirt, darumb hat man sich durch Gottes hülffe wol fürzusehen.“⁴⁵

Lampadius hatte Friedrich und Christian Ludwig seine Haltung bezüglich der Satisfaktionen bereits Anfang Oktober 1645 in seinem Gutachten zu den Hauptpunkten der Verhandlungen dargelegt. Auch darin hatte er bereits geraten, sich möglichst aus dieser Angelegenheit herauszuhalten und auf Anfragen zu antworten, man habe mit der ganzen Sache nichts zu tun.⁴⁶ Sicherlich entsprang dies der Hoffnung, von den Folgen der Satisfaktionsforderungen verschont zu bleiben. In Celle und Hannover teilte man diese Linie allerdings nicht. Friedrich und Christian Ludwig ließen für Lampadius Anfang November 1645 neue Instruktionen erstellen, in denen auch die Frage der Satisfaktionen behandelt wurde. Darin befand man es als nicht nötig, Lampadius detailliertere Anweisungen dazu zukommen zu lassen, solange dieser Punkt noch im Allgemeinen verblieb.⁴⁷ Erneut unterließ man es damit, in einer wichtigen Frage vorzudenken und den Ereignissen zuvorzukommen.

Jedoch wurde Lampadius befohlen, eine Beteiligung der Herzöge an den Satisfaktionen nicht rundweg abzulehnen, wie er es in seinem Gutachten vorgeschlagen und durch seine ausweichenden Antworten am Kongress bereits vorbereitet hatte. Zwar sollte er den Verhandlungspartnern zunächst darlegen, warum die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg zu einer Beteiligung an den Satisfaktionszahlungen nicht verpflichtet wären. Doch wollten die Herzöge die Erkenntnis berücksichtigt wissen, dass die Krone Schweden ohne Satisfaktion den Krieg nicht beenden würde, weshalb man überlegen müsse, was das größere Übel sei.⁴⁸ Friedrich und Christian

⁴² Ebd.

⁴³ Ebd., fol. 367-367^r.

⁴⁴ Ebd., fol. 367^r.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Gutachten Lampadius' für Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Oktober 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 131^r.

⁴⁷ Friedrich und Christian Ludwig an Lampadius, o. O. 1645 November 5, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 359.

⁴⁸ Ebd.

Ludwig zogen für sich die Konsequenz, sollte allgemein die Zahlung einer Satisfaktion an die Kronen beschlossen werden, „[w]olten Wihr zu beforderung des lieben Friedens an Uns was andere Unsere MitStände thun, nicht ermangeln laßen.“⁴⁹

Lampadius riet daraufhin am 8. Dezember 1645 in einer ausführlichen Stellungnahme eindringlich zu einem anderen Vorgehen.⁵⁰ Er warnte nochmals ausdrücklich davor, sich in die Satisfaktionsfrage verstricken zu lassen und frühzeitig Zugeständnisse zu machen. Die Kronen forderten zum einen Land und Leute für sich, zum anderen die Befriedigung ihrer Soldateska. Aus dem Völkerrecht, argumentierte er, sei bekannt, dass diese Kosten von denjenigen beglichen werden müssten, die den Krieg verursacht hatten. Dies seien die Katholischen gewesen. Die Evangelischen hätten dagegen jahrelang unverschuldet die Kriegslasten in ihren Ländern ertragen müssen. Sollten sie nun auch noch helfen, die Satisfaktionen für die Kronen zu bezahlen, würde ihnen nichts bleiben außer verwüsteter Lande.⁵¹

Neben dieser allgemeinen Einschätzung benannte Lampadius sehr konkret die zu befürchtenden Folgen für seine Herren, sollten diese sich frühzeitig zur Zahlung eines Anteils an den Satisfaktionen bereit erklären: Falls Schweden neben der Befriedigung seiner Soldateska weiterhin Pomern fordern sollte, so würden Friedrich und Christian Ludwig nach Lampadius' Ermessen den Kurfürsten von Brandenburg mit Land und Leuten entschädigen müssen, zumal sich der Kurfürst nicht mit Geld abspesen lassen würde. Sollten sich seine Herren bereit erklären, sich auch an der Satisfaktion für die schwedischen Truppen zu beteiligen, würde die schwedische Garnison die Festung Nienburg so lange behalten, bis die Gelder bezahlt wären und außerdem darauf bestehen, über die bewilligte Summe hinaus so lange von den Herzögen unterhalten zu werden. Falls den Herzögen ein gewisses Kontingent an schwedischen Truppen zur Befriedigung zugewiesen werden sollte, so würden diese Einheiten so lange Quartier und Verpflegung in den Landen der Herzöge haben wollen, bis sie ihr Geld erhalten hätten.⁵² Lampadius bewies mit dieser Einschätzung große Weitsicht, denn in der Tat nahm er damit Ergebnisse der Verhandlungen vorweg – die er trotz seiner Bemühungen nicht verhindern konnte.

Lampadius fügte hinzu, er habe bisher allen Verstand aufgewendet, um diesen Punkt von den Evangelischen und insbesondere seinen Herren abzuwenden und hoffe, die Kronen würden nichts von seinen Herren fordern.⁵³ Sollte jedoch schließlich der Friede davon abhängen, ob Friedrich und Christian Ludwig etwas zur Satisfaktion der Truppen beisteuerten, so könnten sie

⁴⁹ Ebd., fol. 359-359'.

⁵⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 374-377'.

⁵¹ Ebd., fol. 377.

⁵² Ebd.

⁵³ Ebd.

sich immer noch dazu bereit erklären und würden dafür Ruhm ernten.⁵⁴ Für Lampadius war es also weniger eine grundsätzliche als eine strategische Frage, ob man sich zu diesem Zeitpunkt zur Zahlung eines Beitrags bereit erklärte. Sicherlich versuchte er, eine Beteiligung seiner Herren zu vermeiden oder doch zumindest gering zu halten. Doch schloss er sie keineswegs kategorisch aus.

Unterdessen versuchten die Vertreter beider Kronen im Dezember 1645 weiterhin, Lampadius zu einer klaren Positionierung in der Satisfaktionsfrage zu bewegen. Während er sich dem französischen Residenten de La Barde entziehen konnte,⁵⁵ sollte ihm dies bei Salvius erneut schwerfallen. Ihm brachte er noch einmal die Argumente vor, die er bereits zuvor genannt hatte: Die evangelischen Reichsstände könnten sich in diese Sache nicht einmischen, ohne großen Hass auf sich zu laden und von den Katholischen aufgefordert zu werden, die Satisfaktion selbst zu bezahlen.⁵⁶ Der schwedische Gesandte lenkte darauf ein und äußerte, die Schweden begehrten nichts vom Haus Braunschweig-Lüneburg. Dafür bedankte sich Lampadius ausdrücklich und fügte seinerseits versöhnlich hinzu, seine Herren hätten auf dem letzten Reichstag zu Regensburg die Meinung vertreten, man solle eine gütliche Einigung mit den Kronen anstreben. Sie hätten sicherlich auch keine Bedenken, solches jetzt wieder vertreten zu lassen.⁵⁷ Er sei jedoch wegen der Satisfaktion von seinen Herren noch nicht genau instruiert worden.⁵⁸ In dieser Frage blieb Lampadius damit zunächst weiter seiner bisherigen Positionierung treu und hielt sich alle Möglichkeiten offen. Es war ihm zwar daran gelegen, sich das Wohlwollen der schwedischen Gesandten zu erhalten, doch gab er keineswegs das Zugeständnis seiner Herren preis, selbst einen Teil der Satisfaktion zu übernehmen.

Mit der Vermeidung einer Positionierung in dieser Frage lag er auf der Linie anderer evangelischer Stände. Auch die Magdeburger erteilten den Schweden ohne vorherige Absprache die gleichen Antworten wie Lampadius und freuten sich später gemeinsam mit ihm über diese Tatsache. Dennoch blieb Lampadius bei seiner Einschätzung des Satisfaktionspunktes als eine der schwierigsten Fragen. Seinen Herren schrieb er: „Mir grauset für keinem punct mehr, als für der satisfaction unnd habe Sorge, darselbe werde viell schwere certamina nach sich führen“.⁵⁹

⁵⁴ Ebd., fol. 377^r.

⁵⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 388. Darüber berichteten die Franzosen nichts.

⁵⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 454. Die schwedischen Gesandten berichteten auch von diesem Gespräch nichts.

⁵⁷ Ebd., fol. 454^r.

⁵⁸ Ebd., fol. 455.

⁵⁹ Ebd.

Der Beginn der Satisfaktionsverhandlungen 1646

Nach der Übergabe der schwedischen und französischen Repliken Anfang Januar 1646 zeichnete sich recht bald ab, dass die beiden Kronen mit der von ihnen selbst festgelegten Reihenfolge der Verhandlungspunkte nicht lange zufrieden bleiben würden. Franzosen und Schweden waren zunehmend beunruhigt, ob die Reichsstände sie bei ihren Satisfaktionsforderungen weiter unterstützen würden, wenn die Gravamina erst abgehandelt wären. Anlässlich eines Besuchs bei den schwedischen Gesandten am 11. Februar 1646 sah sich Lampadius daher zu erklären genötigt, die Verhandlungen könnten nicht als abgeschlossen gelten, solange nicht alle Verhandlungspunkte – also auch die Satisfaktionen – behandelt worden wären.⁶⁰ Diese Aussage besänftigte die Vertreter der Kronen jedoch allenfalls kurz.

Zwei Tage später kam morgens der schwedische Sekretär Mylonius zu Lampadius und berichtete, der französische Gesandte d’Avaux sei aus Sorge wegen der Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände nach Osnabrück gekommen. Da die Vertreter der Kronen nun Bedenken hätten, sollte Lampadius dafür sorgen, dass keine sogenannte Re- und Correlation – also eine Einigung auf ein gemeinsames, reichsständisches Gutachten – zwischen den Reichsräten stattfände, ohne das Thema Satisfaktion mit zu behandeln. Lampadius antwortete, die Schweden hätten in ihrer Replik die Reihenfolge selbst vorgegeben, welche von den Franzosen, den Kaiserlichen und allen Ständen mit Ausnahme Bayerns beliebt worden sei. Es stünde nicht in seiner Macht, an diesem allgemeinen Beschluss etwas zu ändern. Mylonius forderte Lampadius daraufhin auf, d’Avaux zu besuchen. Lampadius erwiderte, er müsse sehr darauf achten, bei den Katholischen keinen Verdacht zu erregen und könne daher mit d’Avaux nur über den Hessen-Kasseler Scheffer kommunizieren.⁶¹ Am selben Nachmittag stellte sich daher Scheffer bei Lampadius ein, der noch einmal die Sorgen des französischen Gesandten schilderte. Lampadius versuchte dabei erneut, die Ängste auszuräumen.⁶²

Am Tag darauf, dem 14. Februar 1646, besuchten die Sachsen-Altenburger und Lampadius nachmittags Oxenstierna und Salvius, die dabei noch einmal die gleichen Punkte vorbrachten wie bereits Mylonius und Scheffer.⁶³ Die reichsständischen Gesandten antworteten darauf zunächst wie schon Lampadius tags zuvor und fügten hinzu, es gereiche den Schweden zu Unglimpf, weiche man nun von der durch sie vorgegebenen Ordnung ab. Auch hätten die Kronen keinen Grund, den Evangelischen zu misstrauen, könne es doch keinen dauerhaften Frieden in Deutsch-

⁶⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Februar 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 86^r, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Februar 12, APW II C 2, Nr. 44, S. 131.

⁶¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Februar 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 87.

⁶² Ebd., fol. 87^r.

⁶³ Ebd., Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Februar 19, APW II C 2, Nr. 46, S. 144.

land ohne ihre Einwilligung geben.⁶⁴ Abermals versuchten sie, die Kronen mit dem Verweis auf die Abhängigkeit der Reichsstände zu beruhigen und argumentierten darüber hinaus mit einem drohenden Ehrverlust.

Angesichts dieser vehement vorgetragenen Sorgen sah sich Lampadius genötigt, d'Avaux doch noch persönlich aufzusuchen. Jedoch mit bestenfalls mäßigem Erfolg. Zwar hatte er beim Treffen am 17. Februar 1646 den Eindruck, der französische Gesandte sehe sein Kommen gern.⁶⁵ Er erreichte mit seinen Beschwichtigungsversuchen bei d'Avaux allerdings nicht viel.⁶⁶

Trotz des nun immer offensichtlicher werdenden Widerstands der Vertreter der beiden Kronen gegen die Priorisierung der Reichsangelegenheiten gaben die Evangelischen diese Reihenfolge nicht auf. Nach der Ratssitzung vom 19. Februar 1646 begaben sich die Sachsen-Altenburger und Lampadius zu den Vertretern der Kronen und baten sie, auf eine unverzügliche Absendung katholischer Deputierter nach Osnabrück zu dringen, damit man mit den Verhandlungen über die Gravamina beginnen könnte. Sowohl die Schweden als auch d'Avaux sagten dies zu.⁶⁷

Einen Tag später allerdings berichtete Oxenstierna den Sachsen-Altenburgern und Lampadius im Vertrauen, d'Avaux und seine Kollegen hätten darüber nachgedacht, wie sie und die Schweden trotz des offensichtlichen Zögerns der Reichsstände ihre Satisfaktionen erhalten könnten.⁶⁸ Dabei habe sich der Kurfürst von Bayern zur Unterstützung erboten, wenn er im Gegenzug die von ihm erlangten pfälzischen Lande behalten dürfe.⁶⁹ In der Tat setzte sich Maximilian von Bayern weiterhin gezielt für eine rasche Abhandlung der französischen Satisfaktion ein, zumal die Franzosen deutlich ihre Bereitschaft zur Kooperation zum gegenseitigen Vorteil signalisierten.⁷⁰ Die Sachsen-Altenburger und Lampadius versuchten nochmals, die drohende Vorziehung der Satisfaktionsfrage zu verhindern. Sie schlugen nun vor, die erste Klasse zu teilen. Was bislang in den Reichsräten von den Reichssachen behandelt worden war, sollte in ein gemeinsames Gutachten gebracht werden und Kaiserlichen und Kronen als Grundlage für Verhandlungen dienen, die dann schon einmal beginnen konnten. Danach sollten die Reichsstände in ihren Sitzungen parallel über den Punkt Satisfaktion und die Gravamina beraten. Tatsächlich zeigte sich Oxenstierna den Altenburgern und Lampadius gegenüber angetan von diesem Vorschlag und

⁶⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Februar 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 88, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Februar 19, APW II C 2, Nr. 46, S. 144-146.

⁶⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Februar 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 140. Darüber berichteten die Franzosen nichts.

⁶⁶ Ebd., fol. 140-140', [Memorandum d'Avaux', Münster 1646 Februar 27], APW II B 3/1, Nr. 137, S. 490.

⁶⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Februar 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 140', Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Februar 19, APW II C 2, Nr. 46, S. 149. Darüber berichteten die Franzosen nichts.

⁶⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Februar 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 140'.

⁶⁹ Ebd., fol. 140'-141.

⁷⁰ IMMLER: Kurfürst, S. 214-223, AUER: Ziele, S. 159-161.

sagte zu, darüber mit seinem Kollegen Salvius zu reden.⁷¹ Die parallele Behandlung von Satisfaktionen und Reichssachen mit einem zeitlich leichten Vorzug der Reichssachen war ein Kompromiss, den Lampadius und die Altenburger einzugehen bereit waren, um doch noch ein schnelles Abhandeln der Reichssachen zu gewährleisten.

Für solche Alternativvorschläge aber war es zu spät. Am 22. Februar 1646 beschlossen die Reichsstände in Münster, alle Punkte zusammen abzuhandeln und in ein einziges Gutachten zu bringen.⁷² Der österreichische Direktor im Fürstenrat Osnabrück erklärte in der Sitzung vom 28. Februar ausdrücklich, damit hätten sich die Stände zu Münster dem Druck der Kronen gebeugt.⁷³ Eine vorgezogene Behandlung der Reichssachen, wie sie auch der Reihenfolge in der schwedischen Replik entsprochen hätte, schien damit endgültig unerreichbar. Nun blieb es den Kronen und dem Kaiser anheimgestellt, in welcher Reihenfolge sie die Punkte aufgriffen – und deren Präferenzen waren ja inzwischen deutlich geworden. Die Evangelischen in Osnabrück protestierten dementsprechend gegen diesen Beschluss und stritten darüber mit dem österreichischen Vertreter, der aufseiten der Münsteraner stand.⁷⁴ Lampadius argumentierte in seinem Votum, es sei unmöglich, alle Klassen zugleich abzuhandeln, weshalb es immer ein Nacheinander der Verhandlungspunkte geben müsse. Daher könne ebenso gut zunächst über die erste Klasse, die *Gravamina*, verhandelt werden. Der österreichische Vertreter versuchte darauf zunächst zu beschwichtigen, auch die *Gravamina* würden verhandelt werden,⁷⁵ fügte aber kurz darauf hinzu, beim Friedenskongress könnten ohnehin nicht alle Einzelheiten erörtert werden, weshalb man in Kürze einen Reichstag abhalten müsse.⁷⁶ Damit legte er noch einmal die von den Evangelischen gefürchtete Vertagung der Reichssachen auf einen künftigen Reichstag nahe.

Lampadius äußerte danach seinem Herrn gegenüber die Befürchtung, die Interessen der Evangelischen würden nun doch zurückgesetzt, da sich die Kaiserlichen und die Gesandten der Kronen darin einig waren, die Satisfaktionsverhandlungen vorzuziehen.⁷⁷ Er sah allerdings keine Chance, diese Entwicklung aufzuhalten, ohne die Kronen dadurch zu verärgern. Daher warnte er erneut davor, sich in dieser Frage nach außen zu eindeutig zu positionieren.⁷⁸ Mangels anderer Möglichkeiten schlug Lampadius also größtmögliche Zurückhaltung in der Satisfaktionsfrage vor.

⁷¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Februar 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 141. Darüber berichteten die Schweden nichts.

⁷² Protokoll Sitzung des Fürstenrats (*sessio publica XIV*), Osnabrück 1646 Februar 28, APW III A 3/3, Nr. 108, S. 196f.

⁷³ Ebd., S. 199.

⁷⁴ Ebd., S. 197-202.

⁷⁵ Ebd., S. 200.

⁷⁶ Ebd., S. 201.

⁷⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 151'.

⁷⁸ Ebd., fol. 152.

Trotz der aufgetretenen Spannungen ließ es die Stimmung zwischen Schweden und Evangelischen zu, in der Satisfaktionsfrage gemeinsam Scherze auf Kosten der Franzosen zu machen. Am 4. März 1646 sprachen die Altenburger, Lampadius und die Wetterauer vertraulich mit Oxenstierna und Salvius, wobei die Schweden erzählten, in Münster würden die Verhandlungen über die Satisfaktionen nun weitergeführt, was die Franzosen sehr befriedige. Die Franzosen hätten geschrieben, Kurbayern habe öffentlich die französische Satisfaktion für legitim erklärt, wenn auch nicht ausgeführt, wie genau diese aussehen sollte.⁷⁹ Die bei den Schweden anwesenden evangelischen Gesandten befanden darauf, wenn sich die Franzosen auf diese Weise zufriedenstellen ließen, könne der Punkt Satisfaktion auch in Osnabrück in einer Stunde erledigt werden. Da der Kurbayrische die Länder, die er Frankreich als Satisfaktion zugestehen wollte, nicht benannt hatte, könne man allerdings noch nicht wissen, ob er dazu Ost- oder Westindien vorschlagen wollte. Die Schweden, so schilderte Lampadius die Szene seinen Herren, lachten darauf herzlich darüber, dass sich die Franzosen von Bayern derart zum Besten hatten halten lassen und dabei noch die Beratungen in Münster rühmten, die doch nur aus leeren Worten bestünden.⁸⁰

Eine gewisse Gelassenheit mit dem ernstesten Thema Satisfaktion konnten Lampadius und die anderen Evangelischen vielleicht auch deshalb an den Tag legen, weil zumindest in ihren Beratungen im Fürstenrat Osnabrück die erste Klasse mit den Gravamina zuvor noch abgehandelt wurde. Der österreichische Direktor Richtersberger verlas am 10. März 1646 im Fürstenrat sein Konzept über die Correlation der ersten Klasse, mit dem die anwesenden Stände im Großen und Ganzen zufrieden waren.⁸¹ Dieses Gutachten wurde dann nach Münster geschickt.⁸²

Darauf wurde in der Sitzung vom 12. März 1646 auch im Fürstenrat Osnabrück begonnen, über die zweite Klasse, die Satisfaktionen für die Kronen und ihre Anhänger, zu beraten.⁸³

Als die fürstlichen Gesandten am 12. März 1646 in Osnabrück ihre Beratungen über die Satisfaktionen begannen, wurde zunächst darüber abgestimmt, ob Schweden eine Satisfaktion zustünde, was die Mehrheit bejahte.⁸⁴ Lampadius ging in seinem Votum nicht explizit auf die Position seiner Herren zu dem Thema ein, sondern blieb im Allgemeinen, stellte jedoch klar, dass das Reich Frieden brauche und dieser nicht durch die Waffen zu erringen sei. Außerdem erinnerte er daran, Schweden habe auch die Beseitigung der Gravamina als Teil seiner Satisfaktion gefordert, weshalb er dazu aufrief, diese parallel zu den eigentlichen Satisfaktionsverhandlungen weiter zu

⁷⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 164^r. Darüber berichteten die Schweden nichts.

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica XVII), Osnabrück 1646 März 10, APW III A 3/3, Nr. 111, S. 230-258.

⁸² Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica XVIII), Osnabrück 1646 März 12, APW III A 3/3, Nr. 112, S. 259.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Ebd., S. 261, 264-279.

berücksichtigen.⁸⁵ Er versuchte nun also auf diese Weise, ein Nebeneinander von Reichssachen und Satisfaktionen zu erwirken.

In der Sitzung am folgenden Tag wurde dann im Fürstenrat Osnabrück über die französische Satisfaktion abgestimmt.⁸⁶ Die Mehrheit in Osnabrück war wie Bayern der Ansicht, man solle sich mit dieser Frage nicht länger aufhalten und sie übergehen. Man müsse Satisfaktion leisten, wenn man Frieden haben wolle.⁸⁷ Lampadius votierte ähnlich wie tags zuvor bezüglich der schwedischen Satisfaktion, der Frieden sei nicht durch die Waffen zu erringen, weshalb man zwangsläufig mit den Kronen verhandeln müsse. Er stimmte damit der Osnabrücker Mehrheit zu.⁸⁸ Diese musste sich allerdings gegen das österreichische Direktorium durchsetzen, welches die Stimmen mit denen des Fürstenrates Münster zusammenziehen und damit behaupten wollte, es sei gegen eine Satisfaktion für Frankreich gestimmt worden.⁸⁹

In der Sitzung des Fürstenrates Osnabrück vom 14. März 1646 wurde über die schwedische Militärsatisfaktion abgestimmt. Dabei machte die Mehrheit der Stände eine Satisfaktion für die schwedischen Truppen von der Höhe der Satisfaktion für die schwedische Krone abhängig und plädierte daher für eine Vertagung dieser Frage.⁹⁰ Zuletzt wurde noch über die Satisfaktion abgestimmt, welche die Landgräfin von Hessen-Kassel als Verbündete der Kronen für sich forderte.⁹¹ Auch hier vermied es die Mehrheit der Stände, diese rundweg abzulehnen und erklärte sie für abhängig vom generellen Ablauf der Friedensverhandlungen und der Höhe der Satisfaktionen für die Kronen.⁹²

Damit war für die Gesandten im Fürstenrat Osnabrück das Thema vorläufig erst einmal beendet. In ihren folgenden Sitzungen beschäftigten sie sich mit der dritten⁹³ sowie der vierten Klasse der schwedischen Replik.⁹⁴

Lampadius schrieb am 30. März 1646 nach Hause, er glaube, die Änderung der Verhandlungsreihenfolge werde sich für das Haus Österreich noch negativ auswirken, obwohl dessen Bevollmächtigte selbst darauf hingewirkt hätten. Sie hätten wohl geglaubt, durch ein Vorziehen der

⁸⁵ Ebd., S. 271-273.

⁸⁶ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica XIX), Osnabrück 1646 März 13, APW III A 3/3, Nr. 113, S. 282.

⁸⁷ Ebd., S. 286-307.

⁸⁸ Ebd., S. 295.

⁸⁹ Ebd., S. 307-309.

⁹⁰ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica XX), Osnabrück 1646 März 14, APW III A 3/3, Nr. 114, S. 317.

⁹¹ Ebd., S. 317-335.

⁹² Ebd., S. 335.

⁹³ In der Sitzung vom 15. März 1646. Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica XXI), Osnabrück 1646 März 15, APW III A 3/3, Nr. 115, S. 336-354.

⁹⁴ Am 17. März 1646. Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica XXII), Osnabrück 1646 März 17, APW III A 3/3, Nr. 116, S. 354-379.

Satisfaktionsverhandlungen die österreichischen Besitzungen retten zu können, doch bestünden die Franzosen weiterhin darauf, das Elsass und Breisach zu erhalten.⁹⁵

Am 1. Mai 1646 übergaben die Kaiserlichen den Schweden ihre Duplik,⁹⁶ von der Lampadius befand, sie sei inhaltlich identisch mit den österreichischen Voten im Fürstenrat. Die Voten der Evangelischen seien darin nicht im Geringsten berücksichtigt worden,⁹⁷ obwohl den Kaiserlichen kurz zuvor drei Reichsbedenken – darunter auch eines der Evangelischen – übergeben worden waren.⁹⁸

Wenige Tage nach der Übergabe reiste Trauttmansdorff nach Münster, um dort die Verhandlungen mit den Franzosen fortzusetzen. Lampadius hatte den Eindruck, die Verhandlungen würden auf allen Seiten eifrig fortgesetzt. Auch Salvius erzählte ihm einen Tag nach der Abreise Trauttmansdorffs, die Franzosen würden wie sie selbst und die Kaiserlichen dem Abschluss der Verhandlungen zustreben.⁹⁹ Daher wollten sich die Schweden gegen Mitte Mai mit den Franzosen treffen, um sich weiter mit ihnen abzusprechen.¹⁰⁰

Am 12. Mai 1646 besprachen sich die Evangelischen zu Osnabrück über das gerade übergebene kaiserliche Friedensprojekt. Dabei stellten sie in der gemeinsamen Sitzung – wie bereits Lampadius zuvor – die mangelnde Berücksichtigung der evangelischen Voten fest und fürchteten nun mehrheitlich um das reichsständische *Ius suffragii*. Sie erachteten es zudem als nötig, die Schweden über die Auslassung zu informieren, ihnen die Voten der evangelischen Stände zu übergeben und sie zu bitten, für deren Aufnahme in die Friedensverträge zu sorgen. Die Sachsen-Altenburger, Sachsen-Weimarer, Lampadius, die Wetterauer, der Straßburger und der Regensburger begaben sich am 15. Mai 1646 zu diesem Zweck zu den Schweden, die sich für das Vertrauen bedankten und sich zur Hilfe erbaten.¹⁰¹

Trotz dieser positiv erscheinenden Zusage machte sich Lampadius wegen der Satisfaktionsverhandlungen weiterhin große Sorgen.¹⁰² Anlass dazu boten ihm nicht nur die Kronen, der Kaiser und Bayern, sondern etwa auch die Kurbrandenburger. Zwar hatten diese am 20. April 1646 bei den Schweden eigene Entschädigungsforderungen vorgebracht,¹⁰³ erwarteten allerdings trotzdem

⁹⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 263.

⁹⁶ Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 3, S. 54-66.

⁹⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Mai 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 353.

⁹⁸ Ebd., fol. 351.

⁹⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Mai 11, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 5.

¹⁰⁰ Ebd., fol. 5ʳ.

¹⁰¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Mai 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 20, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Mai 21, APW II C 2, Nr. 112, S. 277.

¹⁰² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Mai 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 20ʳ.

¹⁰³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 April 27, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 334ʳ.

die Unterstützung der Evangelischen, um Pommern für ihren Kurfürsten zu retten. Ein entsprechendes Eintreten für Kurbrandenburg hielt Lampadius allerdings für sehr gefährlich. Gegen Ende Mai 1646 sah er sich daher zu einer neuen Warnung an seine Herren veranlasst, da ein Vertreter des Kurfürsten deshalb auch bei ihnen vorsprechen wollte. Erneut empfahl er äußerste Zurückhaltung in dieser Sache, um nirgendwo anzuecken und sich nicht in den Streit hineinziehen zu lassen.¹⁰⁴

In der folgenden Zeit wurde es in Osnabrück erst einmal ruhiger. Weitere ‚öffentliche‘ Verhandlungen fanden nicht statt, da die Schweden noch an ihrer Antwort für die Kaiserlichen arbeiteten und Trauttmansdorff noch nicht aus Münster zurückgekehrt war.¹⁰⁵

Für Lampadius bedeutete dies nicht unbedingt eine Erholungsphase, da etwa die Vertrautheit mit den Schweden ihren Preis hatte. Oxenstierna und Salvius versuchten nach wie vor zu erfahren, was Lampadius und die Sachsen-Altenburger über ihre Satisfaktionsforderungen dachten.¹⁰⁶

Diese wollten sich zwar wieder mit dem Hinweis auf ihre mangelnde Instruktion entschuldigen, doch blieben die Schweden nun hartnäckig und erklärten, sie wollten die Auskünfte der Gesandten nicht nur hoch geheim halten, sondern auch als ein Zeichen besonderer Freundschaft betrachten.¹⁰⁷ Mit diesem Argument drangen sie durch. Die Sachsen-Altenburger und Lampadius sahen sich genötigt, diesem Wunsch nachzukommen, da sie den freien Zugang zu den Schweden sowie ihr Vertrauen nicht aufs Spiel setzen wollten. Nach kurzer Beratung antworteten sie daher, ihre Herren schätzten das Wohlergehen der schwedischen Krone sehr, weshalb sie ihr eine Satisfaktion gönnten. Die Schweden sollten jedoch darauf achten, ihre Satisfaktion mit Einverständnis der evangelischen Betroffenen zu erheben, da sie andernfalls deren Widerwillen erregten, welcher über kurz oder lang zu neuem Aufruhr führen würde. Zudem hätten solch hohe Potentaten wie die Krone Schweden, wenn sie wie in diesem Fall ihren Mitchristen und Blutsfreunden Assistenz leisteten, ihr Trachten eher auf die Vermehrung ihrer Reputation zu richten, aus der Freundschaft und ewige Dankbarkeit erwüchsen. Daher würden die Schweden ihrer Privatmeinung nach gut daran tun, sich mit halb Pommern zufriedenzugeben und den Rest dem Kurfürsten von Brandenburg zu lassen. Auch der Kurfürst könne damit zufrieden sein. Im Hafen von Wismar sicheres Quartier für ihre Schiffe zu erhalten, werde kein Problem für die Schweden sein, auch wenn sie die Stadt dem Herzog von Mecklenburg ließen, da man eine entsprechende Verpflich-

¹⁰⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Mai 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 20^r.

¹⁰⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 61.

¹⁰⁶ Ebd., Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Juni 4, APW II C 2, Nr. 121, S. 297-299.

¹⁰⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 61-61^r. Dieses Argument wird von den Schweden nicht explizit genannt. Allerdings bedankten sich Oxenstierna und Salvius ausdrücklich für die vertrauliche Eröffnung: Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Juni 4, APW II C 2, Nr. 121, S. 298.

tung in die Friedensverträge aufnehmen könne.¹⁰⁸ Lampadius und die Sachsen-Altenburger versuchten somit, die Schweden mit einem umständlichen Hinweis auf die (evangelisch-)christliche Gemeinschaft und den zu erwerbenden Ruhm von einem Teil ihrer Forderungen abzubringen und eine Lösung zu skizzieren, mit der ihrer Ansicht nach alle Beteiligten zufrieden sein konnten. Bei der konkreten Nennung von Teilen einer möglichen Satisfaktion konnte Lampadius nicht auf Anweisungen seiner Herren zurückgreifen, sondern war wiederum auf sein eigenes Gutdünken und Absprachen mit anderen Reichsständen angewiesen.

Die schwedischen Gesandten erklärten, ihnen seien diese Vorschläge nicht unangenehm und sie wollten weiter darüber nachdenken. Als sich die Sachsen-Altenburger und Lampadius darüber hinaus dafür aussprachen, dem Administrator von Bremen auf Lebenszeit seine Position und seine Einkünfte zu lassen, sprach sich Oxenstierna jedoch eindeutig dagegen aus.¹⁰⁹ Die schwedische Krone habe keinen Grund, dem Administrator sonderlich gefällig zu sein und es wundere ihn, dass der Administrator seine Interessen nicht selber vertreten lasse.¹¹⁰ Der Administrator von Bremen war ein dänischer Königssohn, der schon aufgrund seiner Herkunft auf wenig schwedische Rücksichtnahme hoffen konnte, waren Dänemark und Schweden doch noch immer Rivalen.¹¹¹

Diese – wenn auch wenig nachdrückliche – Parteinahme für den Administrator von Bremen wirkte sich allerdings nicht auf das enge Verhältnis zwischen Lampadius und den Schweden aus. Am 4. Juni las Salvius dem welfischen Gesandten das schwedische Friedensinstrument vor und wollte dessen Meinung hören. Lampadius fand es insgesamt sehr gelungen. Die Gravamina waren nun spezifiziert und zu seiner Zufriedenheit eingefügt worden.¹¹²

Exkurs: Die Ankunft weiterer welfischer Gesandter

In Sachen Satisfaktionen tat sich in Osnabrück nun jedoch kaum noch etwas. Trauttmansdorff war zwischen dem 8.¹¹³ und dem 25. Juni¹¹⁴ 1646 kurz in Osnabrück, doch mit seiner Abreise und derjenigen der meisten katholischen Vertreter verlagerte sich das Geschehen wieder nach

¹⁰⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 61^r, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Juni 4, APW II C 2, Nr. 121, S. 297f.

Königin Christina war zunächst sogar bereit gewesen, die Stadt Wismar im Kondominium gemeinsam mit den Herzögen von Mecklenburg zu besitzen, da es ihr hauptsächlich um den freien Zugang zum Hafen ging. Da sich die mecklenburgischen Herzöge aber nicht kompromissbereit zeigten, verlangte Schweden schließlich die alleinige Herrschaft über die Stadt und erhielt diese vom Kaiser auch zugesprochen: KRÜGER: Schweden, S. 68-72.

¹⁰⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 61^r-62, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Juni 4, APW II C 2, Nr. 121, S. 298.

¹¹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 62. Über diese Argumentation Oxenstiernas berichteten die Schweden nichts.

¹¹¹ S. etwa REUMANN: Kirchenregiment, S. 56, 62, KRÜGER: Schweden, S. 68.

¹¹² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 72^r. Darüber berichteten die Schweden nichts.

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 197.

Münster. Dementsprechend unterrichtete auch Salvius Lampadius am 28. Juni 1646 von seiner und Oxenstiernas baldigen Reise nach Münster, wo sie zwei oder drei Wochen bleiben und die Verhandlungen voranbringen wollten.¹¹⁵ Tatsächlich brach Oxenstierna am 3. Juli zunächst allein nach Münster auf. Angesichts dieser Entwicklung hielten es auch die Evangelischen zu Osnabrück für angebracht, Vertreter nach Münster zu entsenden und entschieden sich für die Sachsen-Altenburger und Sachsen-Weimarer.¹¹⁶

Sicherlich wäre auch Lampadius dem allgemeinen Strom nach Münster gefolgt, doch bestand dazu inzwischen keine Notwendigkeit mehr. Denn schon zuvor, am 29. Mai 1646, hatte Langenbeck seinem Kollegen Lampadius seine glückliche Ankunft in Münster vermelden können.¹¹⁷

Dem war allerdings eine lange Wartezeit vorausgegangen. Friedrich und Christian Ludwig hatten Lampadius bereits am 29. Oktober 1645 von der baldigen Entsendung Langenbecks nach Münster unterrichtet und dessen Ankunft schon für Ende November¹¹⁸ bzw. Anfang Dezember 1645 angekündigt.¹¹⁹ Lampadius sollte diesen Beschluss am Kongress bekannt machen.¹²⁰

Doch dieser Termin verstrich, ohne dass Langenbeck wie versprochen eintraf. In der Sitzung des Fürstenrates Osnabrück am 31. Januar 1646 informierte Lampadius die anwesenden Gesandten, sein Kollege Langenbeck werde etwa gegen Lichtmess am Kongress ankommen, also nur wenige Tage später.¹²¹ Parallel dazu berichtete er seinen Herren von dieser Ankündigung und erinnerte, Langenbeck möge ohne weiteren Verzug entsandt werden.¹²² Eine Anweisung der Herzöge, Langenbecks Ankunft für diesen Termin anzukündigen, lässt sich nicht nachweisen. Möglicherweise ging dessen Benennung auf Lampadius zurück und diente dazu, an den Welfenhöfen eine beschleunigte Absendung zu erreichen.

Aber auch Lichtmess verstrich am 2. Februar ohne Langenbecks Eintreffen. Lampadius gemahnte daher seine Herren am 1. März 1646 erneut daran, eine rasche Ankunft von Langenbeck sei äußerst wichtig, da die Voten in Münster immer nach dem Wunsch der Katholischen ausfielen, wogegen sich fast niemand wehre. Württemberg, Kulmbach und Nürnberg seien von Bayern unterworfen, weshalb sie nicht frei abstimmen könnten. Und der Sachsen-Weimarer

¹¹⁵ Ebd., fol. 197'.

¹¹⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juli 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 205.

¹¹⁷ Langenbeck an Lampadius, Münster 1646 Mai 29, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 63-63'.

¹¹⁸ Friedrich und Christian Ludwig an Lampadius, o. O. 1645 Oktober 29, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 200'.

¹¹⁹ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1645 Oktober 29, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 192'.

¹²⁰ Friedrich und Christian Ludwig an Lampadius, o. O. 1645 Oktober 29, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 200'.

¹²¹ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 48), Osnabrück 1646 Januar 31, APW III A 3/2, Nr. 89, S. 556.

¹²² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Februar 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 50.

wolle nicht ohne Langenbeck nach Münster gehen.¹²³ Allerdings half auch der dringliche Ton nichts.

Erst Mitte April 1646 erhielt Christian Ludwig die für Langenbeck verfasste Instruktion zur Kenntnisnahme.¹²⁴ Darin wurde Langenbeck angewiesen, direkt nach Münster zu reisen, sich dort mit seinen Kreditiven als Gesandter Herzog Friedrichs zu legitimieren und mit den Verhandlungen zu beginnen.¹²⁵ Die Anreise ohne Zwischenaufenthalt in Osnabrück hatte den Vorteil, dass Langenbeck etwas schneller in Münster eintreffen konnte. Allerdings konnten sich die beiden welfischen Gesandten auf diese Weise nicht wie geplant absprechen. Gesprächsbedarf hätte es jedoch gegeben, denn erneut beurteilte man die Lage in Celle anders als Lampadius dies am Kongress tat: Langenbeck wurde angewiesen, nicht allzu sehr auf den Positionen der Evangelischen hinsichtlich der Gravamina zu bestehen.¹²⁶ In Celle befürchtete man, die Kronen könnten andernfalls die Geduld mit den Reichsständen verlieren, Frieden mit dem Kaiser schließen und die Klärung der Gravamina ganz auf den nächsten Reichstag verweisen. Daher sollte Langenbeck sich vor allem an den Bedürfnissen der Kronen orientieren – und damit der Satisfaktionsfrage Vorrang einräumen.¹²⁷ Lampadius hatte sich dagegen noch am 12. März 1646 im Fürstenrat Osnabrück für parallele Verhandlungen von Gravamina und Satisfaktionen ausgesprochen.¹²⁸ Künftig sollte sich jedoch laut Anweisung auch Lampadius nach diesen in Celle formulierten Erwägungen richten.¹²⁹ Die Umsetzung dieser Forderung musste für Lampadius einen Wechsel in seiner Haltung bezüglich der Gravaminafragen bedeuten.

Immerhin gaben beide Herzöge Lampadius' Vorschlag, eine Generalvollmacht für beide Gesandten zu erstellen, statt.¹³⁰ Langenbeck und Lampadius waren damit beide sowohl als Vertreter Herzog Friedrichs als auch Herzog Christian Ludwigs legitimiert. Die für Langenbeck entworfene Anweisung sowie die Ankündigung, Langenbeck sei unterwegs, leitete die Regierung zu Hannover schließlich am 22. April 1646 an Lampadius weiter.¹³¹ Bis zur Ankunft Langenbecks Ende Mai vergingen jedoch erneut mehrere Wochen. Sieben Monate waren nach der schriftlichen Absichtserklärung von Ende Oktober 1645, Langenbeck bald an den Kongress zu entsenden, bis zu dessen tatsächlichem Eintreffen ins Land gegangen.

¹²³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 153.

¹²⁴ Friedrich an Christian Ludwig, Celle 1646 April 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 324.

¹²⁵ Instruktion Friedrichs für Langenbeck, Celle 1646 April 18, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 326.

¹²⁶ Ebd., fol. 326.

¹²⁷ Ebd., fol. 326'-327'.

¹²⁸ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica XVIII), Osnabrück 1646 März 12, APW III A 3/3, Nr. 112, S. 271-273.

¹²⁹ Instruktion Friedrichs für Langenbeck, Celle 1646 April 18, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 328.

¹³⁰ Ebd., fol. 328'-329.

¹³¹ Kanzler und Räte zu Hannover an Lampadius, Hannover 1646 April 22, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 331.

Bereits kurz vor Langenbeck kamen auch die Vertreter Herzog Augusts, Dr. Heinrich Schrader und Dr. Chrysostomus Coeler, in Osnabrück an, nämlich am 23. April 1646.¹³² Der Einspruch gegen eine Entsendung Coelers war offenkundig vergebens geblieben.

Obwohl die beiden Gesandten Augusts somit bereits am Kongress anwesend waren, als der Fürstenrat in Osnabrück tagte, nahmen sie erstmals am 27. Juni 1646 an einer Fürstenratssitzung teil und verpassten damit zwei Sitzungen.¹³³ Bei ihrer ersten Teilnahme erklärten sie, alle Fürsten von Braunschweig-Lüneburg hätten jederzeit eine einmütige Friedensintention gehabt, die Lampadius bislang im Namen aller drei regierenden Welfenherzöge am Kongress vertreten habe.¹³⁴ Damit kaschierten sie die Differenzen im Welfenhaus zugunsten einer nach außen dargestellten einheitlichen Linie. Lampadius widersprach dem nicht und stützte somit dieses Bild. Immerhin waren Schrader und Coeler tatsächlich instruiert, bei der bisher am Kongress von Lampadius vertretenen Linie zu bleiben.¹³⁵ Eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Linien des Hauses Braunschweig-Lüneburg war damit aber noch nicht automatisch gegeben. Ein mögliches Anzeichen dafür, dass Lampadius den Kontakt zu Schrader und Coeler nicht zu eng gestalten wollte, war seine Weigerung, täglich gemeinsam mit den beiden Vertretern Augusts die Mahlzeiten einzunehmen.¹³⁶ Schrader und Coeler baten August denn auch, Lampadius schriftlich zur guten Zusammenarbeit zu disponieren, was der Herzog umgehend tat.¹³⁷ Lampadius sagte dies daraufhin Anfang Mai 1646 zwar generell zu.¹³⁸ Dennoch sah August weiterhin Anlass zur Klage über das Verhalten Friedrichs und Christian Ludwigs ihm gegenüber, die „sich unser mit einigem rechten ernst oder eiffer gar nicht annehmen“, was „ein wunderliches ansehen undt effect in publicis hette“.¹³⁹ Er hoffte, Lampadius werde bei beiden Herzögen und ihren Regierungen eine bessere und engere Kooperation anmahnen.¹⁴⁰ August hätte es darüber hinaus am liebsten gesehen, wenn Lampadius seinem Schwiegersohn Coeler ein Zimmer in seiner Unterkunft eingeräumt und ihm die Mitbenutzung seines Wagens erlaubt hätte, was Lampadius jedoch unter Hin-

¹³² Heinrich Schrader und Chrysostomus Coeler an August d. J., Osnabrück 1646 April 25, Ausfertigung, StA Wolfenbüttel, 15 Alt 9, fol. 144.

¹³³ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica XXVII), Osnabrück 1646 Mai 7, APW III A 3/4, Nr. 122, S. 1-26, Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica XXVIII), Osnabrück 1646 Juni 11, APW III A 3/4, Nr. 123, S. 27-39, Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica XXIX), Osnabrück 1646 Juni 27, APW III A 3/4, Nr. 124, S. 40-51.

¹³⁴ Ebd., S. 45.

¹³⁵ Instruktion Augusts d. J. für Schrader und Coeler, Wolfenbüttel 1646 April 19, Konzept, StA Wolfenbüttel, 15 Alt 9, fol. 122^r.

¹³⁶ Heinrich Schrader und Chrysostomus Coeler an August d. J., Osnabrück 1646 April 25, Ausfertigung, StA Wolfenbüttel, 15 Alt 9, fol. 144-144^r.

¹³⁷ Ebd., fol. 147, August d. J. an Lampadius, Wolfenbüttel 1646 April 30, Konzept, StA Wolfenbüttel, 15 Alt 9, fol. 193.

¹³⁸ Lampadius an August d. J., Osnabrück 1646 Mai 11, Ausfertigung, StA Wolfenbüttel, 15 Alt 9, fol. 272.

¹³⁹ August d. J. an Schrader und Coeler, Wolfenbüttel 1646 Juni 7, Konzept, StA Wolfenbüttel, 15 Alt 9, fol. 390^r.

¹⁴⁰ Ebd.

weis auf sein beschränktes Deputat ablehnte.¹⁴¹ Seit Sommer des Jahres 1646 waren somit Gesandte aller drei regierenden Herzöge des Hauses Braunschweig-Lüneburg am Kongress vertreten, doch die vorhandenen Differenzen erschwerten zum Teil weiterhin die Zusammenarbeit.

Die Satisfaktionsverhandlungen und Pommern

Während in Osnabrück auch im Juli 1646 wenig geschah,¹⁴² versuchte der Kurfürst von Brandenburg in Sachen Satisfaktion nun direkten Einfluss auf die Welfenherzöge zu nehmen. Bereits Mitte Juni forderte er unter anderem Christian Ludwig auf, dazu beizutragen, die evangelischen Stände in ihrem langjährigen Besitzstand zu erhalten.¹⁴³ Für diese vom Kurfürsten nicht ganz uneigennützig geäußerte Forderung ließ sich Christian Ludwig jedoch nicht einspannen, sondern ermahnte ihn nun seinerseits. Er schrieb, auch ihm liege die evangelische Konfession sehr am Herzen, weshalb der Kurfürst den dem Herkommen widersprechenden Exzellenztitel abschaffen möge. Dieser nämlich hindere die Zusammenarbeit von kurfürstlichen und fürstlichen Gesandten im Dienst der evangelischen Konfession über die Maßen.¹⁴⁴ Christian Ludwig nutzte das vom Kurfürsten vorgebrachte Argument der gemeinsamen evangelischen Sache also gewissermaßen für eine Retourkutsche.

Doch auch die Gesandten des Kurfürsten wurden in dieser Frage am Kongress wieder aktiv. Am 27. Juli 1646 brachte der kurbrandenburgische Gesandte Wesenbeck den Evangelischen vor, sein Kurfürst könne Pommern unmöglich abtreten. Er ersuchte die Evangelischen, intervenierend tätig zu werden und die Schweden zu bitten, von ihrer Forderung abzusehen. Dabei sollten sie das Beispiel der französischen Krone anführen, die ihre Satisfaktion von ihren Feinden fordere.¹⁴⁵ Einen Tag darauf berieten die Evangelischen über das Ersuchen Wesenbecks und befanden, sie könnten es zwar nicht ablehnen, doch sorgten sie sich um die Unterstützung der Schweden, weshalb sie ihr Vorbringen so weit wie möglich abmildern wollten. Die Schweden sollten sich keinesfalls veranlasst sehen, die Evangelischen in der Gravaminafrage und bei anderen wichtigen Punkten im Stich zu lassen. Diesem Beschluss gemäß baten die evangelischen Deputierten die Schweden, ihre Satisfaktion so einzurichten, dass zwischen der schwedischen Königin und dem Kurfürsten von Brandenburg die Freundschaft erhalten bliebe.¹⁴⁶ Das Eintreten der Evange-

¹⁴¹ Lampadius an August d. J., Osnabrück 1646 September 11, Ausfertigung, StA Wolfenbüttel, 15 Alt 10, fol. 235-235'.

¹⁴² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juli 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 224'.

¹⁴³ Friedrich Wilhelm von Brandenburg an Christian Ludwig, Cölln an der Spree 1646 Juni 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 212-212'.

¹⁴⁴ Christian Ludwig an Friedrich Wilhelm, Hannover 1646 Juli 13, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 215'-216'.

¹⁴⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 3, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 244.

¹⁴⁶ Ebd., Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Juli 30, APW II C 2, Nr. 155, S. 392f.

lischen für den Kurfürsten erfolgte in dieser Frage also schon im Sommer 1646 bestenfalls halbherzig.¹⁴⁷

Lampadius hatte den Eindruck, dass die Schweden dieses Ersuchen gut aufnahmen und sich wohl auch mit halb Pommern zufriedengeben würden. Möglichen Entschädigungsforderungen des Kurfürsten von Brandenburg stand er selbst ablehnend gegenüber und sah sich darin von anderen Gesandten bestärkt. Seinem Herrn berichtete er, einige Gesandte seien insgeheim der Meinung, der Kurfürst habe die Bistümer Brandenburg, Lebus und Havelberg widerrechtlich eingezogen und seinen Territorien einverleibt, zudem hätten seine Vorgänger dem Reich das Herzogtum Preußen entzogen, weshalb er sich nun mit diesen Gebieten als Entschädigung begnügen sollte.¹⁴⁸ Ende August 1646 bekräftigte Lampadius nochmals, der Kurfürst könne zufrieden sein, wenn er nur halb Pommern verliere, zumal er sich mit den von ihm eingezogenen Gütern trösten könne.¹⁴⁹ Die schwedische Forderung auf Pommern bzw. der schwedische Umgang mit dem Kurfürsten kamen Lampadius anscheinend nicht als Unrecht vor. Zumindest argumentierte er nicht mit den Kategorien Recht/Unrecht, was er vermutlich getan hätte, wäre sein Rechtsempfinden verletzt worden. Eher mag man in Lampadius' Äußerungen eine gewisse Genugtuung erkennen, wenn er befindet, der Kurfürst solle sich mit den zuvor widerrechtlich erworbenen Gütern als Entschädigung begnügen. Viel Sympathie für die Position des Kurfürsten scheint Lampadius nicht empfunden zu haben.

Anfang September sprach Lampadius erneut ausgiebig mit Salvius über die Satisfaktion für die schwedische Krone, wobei sich beide Gesandten einig waren, es sei der Königin zu empfehlen, sich mit halb Pommern zufriedenzugeben.¹⁵⁰ Sollten die Schweden, argumentierte Lampadius, gegen den Willen des Kurfürsten ganz Pommern behalten wollen, müssten sie das Land mit Garnisonen sichern, weshalb sie letztlich weniger davon haben würden, als wenn sie halb Pommern nähmen und auf Garnisonen verzichten könnten.¹⁵¹ Lampadius sprach also offen mit dem schwedischen Gesandten über dieses Thema, wobei es ihm fernlag, Salvius die Forderung auf Pommern ausreden zu wollen. Stattdessen argumentierte er mit sachlichen Gründen gewisser-

¹⁴⁷ Die Evangelischen „widersetzten sich“ also den schwedischen Forderungen nicht erst „Ende 1646 nicht [...] mehr“, wie BRAUNGART schreibt, sondern standen diesen nie offen ablehnend gegenüber: BRAUNGART: Kongreßdiplomatie, S. 473. Dies hat auch BRUNERT bereits festgestellt: BRUNERT: Mehrfachherrscher, S. 165.

¹⁴⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 3, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 244^r. Namentlich waren dies unter anderem die Sachsen-Altenburger: BRUNERT: Mehrfachherrscher, S. 164f. BRUNERT glaubt, dass für die mangelnde Unterstützung auch der konfessionelle Gegensatz eine Rolle spielte: die Lutheraner, unter ihnen Lampadius und Thumbshirn, hätten die Ansprüche des calvinistischen Kurfürsten von Brandenburg nicht unterstützen wollen: Ebd. Dagegen spricht allerdings der Umstand, dass dieses Argument in der internen Kommunikation von Lampadius vollständig fehlt. Hier ging es um machtpolitische Erwägungen und das Bemühen, nicht selbst zur Entschädigung herangezogen zu werden; die Konfession spielte hingegen keine Rolle.

¹⁴⁹ Gutachten Lampadius' für Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 31, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 371^v-372.

¹⁵⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 September 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 380. Die Schweden berichteten darüber nichts.

¹⁵¹ Ebd., fol. 380-380^v. Einer ähnlichen Argumentation sollte sich Salvius im Dezember 1646 Königin Christina gegenüber bedienen: KRÜGER: Schweden, S. 76.

maßen für eine Halbierung der Forderung. Seinem Herrn teilte er zugleich mit, in dieser Sache weiterhin nur privatim verhandeln zu wollen, damit sein Herr nicht zu Entschädigungen irgendeiner Art herangezogen werden könnte.¹⁵² Trotz der offenen Gespräche mit Salvius blieb Lampadius damit bei seiner Strategie, seine Herren ‚öffentlich‘ so weit wie möglich aus der Angelegenheit herauszuhalten. Von Salvius hatte er sich zuvor strikte Geheimhaltung ausbedungen und erklärt, er äußere lediglich seine Privatmeinung.¹⁵³

Erst im September verlagerten sich die Verhandlungen wieder nach Osnabrück, als am 18. September 1646 die französischen Gesandten dort eintrafen.¹⁵⁴ Lampadius’ Freude über diesen Umstand fand jedoch rasch ein Ende, als er von Oxenstierna vernahm, die Franzosen seien nach Osnabrück gekommen, um die Satisfaktion für Schweden zu vereinbaren und wollten sich erst danach wieder den Reichssachen widmen.¹⁵⁵

Seinem Herrn schrieb Lampadius daraufhin, dieses Vorhaben scheine auf den ersten Blick nicht unverständlich, doch könne es für die Evangelischen keinen gefährlicheren Modus geben. Von ihnen nämlich werde der Frieden abhängen, wenn erst alle anderen Punkte geklärt seien. Lampadius schätzte es als äußerst kritisch ein, die Gravamina zurückzustellen und widersprach damit der in Celle vorherrschenden Einschätzung, der zufolge die Kronen zuerst befriedigt werden mussten, bevor die Gravamina weiter behandelt werden durften. Lampadius war mit dieser Meinung nicht allein. Die Evangelischen beschlossen insgesamt, ihre Deputierten zu den Vertretern der beiden Kronen zu senden und sie zu bitten, bei ihren Treffen auch die Gravamina abzuschließen.¹⁵⁶ Außerdem sprachen die Sachsen-Altenburger und Lampadius deshalb noch einmal gesondert bei den beiden Schweden vor.¹⁵⁷

Am 10. Oktober 1646 erfuhren die evangelischen Deputierten schließlich von den Schweden, dass die Kaiserlichen ihnen drei Tage zuvor Vorderpommern samt der Insel Rügen, das Kondominium über Wismar sowie die beiden Stifter Bremen und Verden als Satisfaktion angeboten hatten.¹⁵⁸ Abgesehen vom Einspruch der kurbrandenburgischen Gesandten gegen dieses Ange-

¹⁵² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 September 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 381.

¹⁵³ Gutachten Lampadius’ für Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 31, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 371’.

¹⁵⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 September 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 416’.

¹⁵⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 September 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 426. Über das Gespräch berichteten die Schweden nichts.

¹⁵⁶ Ebd. S. dazu außerdem Kap. 7, S. 276f.

¹⁵⁷ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Oktober 8, APW II C 2, Nr. 198, S. 490.

¹⁵⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Oktober 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 1’, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Oktober 15, APW II C 2, Nr. 203, S. 500.

bot¹⁵⁹ schienen Kaiserliche und Schweden einer Einigung damit einen großen Schritt nähergekommen zu sein.

Trotz der Fortschritte in den schwedischen Satisfaktionsverhandlungen hatte Lampadius in dieser Frage noch immer keine konkrete Stellungnahme von Christian Ludwig erhalten. Erneut war es Herzog Friedrich, der Anfang November 1646 eine solche für Langenbeck verfassen und eine Kopie nach Hannover senden ließ. Da die französische Satisfaktion mit den Kaiserlichen bereits abgehandelt worden war,¹⁶⁰ ging er darin vor allem auf die noch offene schwedische Satisfaktion ein. Langenbeck wurde angewiesen, sich in dieser Frage äußerst bedeckt zu halten, damit die Welfen nicht zwischen die Fronten gerieten oder selbst zu Zahlungen verpflichtet werden konnten.¹⁶¹ So sollte er sich zwar den Schweden zur Hilfe bei der Erlangung einer gerechtfertigten Satisfaktion erbieten, keinesfalls aber selbst Vorschläge unterbreiten.¹⁶² Grundsätzlich konnte Lampadius mit diesen Anweisungen einverstanden sein, spiegelte sie doch sein eigenes Bemühen, seine Herren aus der Satisfaktionsfrage herauszuhalten. Allerdings muss konstatiert werden, dass er in Bezug auf die Schweden zu diesem Zeitpunkt bereits über diese Anweisung hinausgegangen war. Zwar hatte er mit Salvius nur privatim Gespräche über die Satisfaktionen geführt, doch hatte er dabei eigene Vorschläge gemacht und sich offen mit ihm über Einzelheiten ausgetauscht. Lampadius hatte seine Linie der Anlehnung an die Schweden auch in dieser Frage fortgesetzt, während Friedrich nun – zu spät – für einen größeren Abstand plädierte.

Obwohl sich Lampadius anhaltend um die Schweden bemühte, schien es unmöglich, ihnen die Skepsis in Bezug auf die Reichsstände zu nehmen. Am 10. Dezember 1646 besuchte Lampadius Salvius und Oxenstierna, die ihm erzählten, die Franzosen würden auf die Erledigung der schwedischen Satisfaktionsfrage dringen. Doch Lampadius gewann bei dem Gespräch den Eindruck, vor allem Salvius wolle diesen Punkt zuerst abgehandelt haben, bevor die Gravamina weiter behandelt würden. Dahinter vermutete er erneut die Sorge der Schweden, die Evangelischen würden sie bei der Erlangung ihrer Satisfaktion nicht mehr unterstützen, sollten sie sich zuvor mit den Katholischen wegen der Gravamina einigen können. Auch jetzt sah Lampadius keinen anderen Ausweg, als dem schwedischen Gesandten ausdrücklich zu versichern, keiner der beiden Punkte solle ohne den anderen für abgeschlossen gehalten werden.¹⁶³

Verkompliziert wurde die Satisfaktionsfrage in der ersten Dezemberhälfte auch noch aus weiteren Gründen. Seinem Herrn schrieb Lampadius am 14. Dezember 1646, er habe stets die Sorge

¹⁵⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Oktober 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 2.

¹⁶⁰ Dazu etwa REPGEN: Zusammenhang, passim.

¹⁶¹ Instruktion Friedrichs für Langenbeck, Celle 1646 [November 7], Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 64-64'.

¹⁶² Ebd., fol. 64'.

¹⁶³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Dezember 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 314. Die Schweden berichteten nichts über dieses Gespräch.

gehabt, die Satisfaktionen würden die Friedensverhandlungen sehr schwer machen. Nun seien die Kaiserlichen, Schweden und Kurbrandenburger heftig aneinandergeraten und die Kaiserlichen hätten eine List angewandt, um die Krone Schweden und die Evangelischen in einen Konflikt zu bringen und sie so voneinander zu trennen. Die Kaiserlichen hatten nämlich erklärt, der Kaiser wolle der Krone Schweden Pommern zur Not auch ohne die Zustimmung des Kurfürsten von Brandenburg überlassen, wozu sich das ganze Reich verpflichten solle. Lampadius sah die Evangelischen deshalb in der Bredouille: Sollten sie ihre Zustimmung verweigern, würden sie damit die Schweden verprellen. Würden sie aber zustimmen, hätten sie im Zweifelsfall gegen den Kurfürsten von Brandenburg und dessen Anhänger einen Krieg beschlossen. Seinem Herrn gab Lampadius erneut zu bedenken, die Gravaminaverhandlungen würden für die Evangelischen schlecht ausgehen, sollten die Schweden von ihnen entfremdet werden.¹⁶⁴

Kurbrandenburgische Entschädigungsforderungen 1647

Der Komplikationen nicht genug, sollte sich Anfang 1647 schließlich auch das Haus Braunschweig-Lüneburg von den Satisfaktionsverhandlungen unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen sehen. Schon zuvor hatte Lampadius die Frage der Satisfaktionen mehrfach als einen der schwierigsten Verhandlungspunkte bezeichnet, ohne dessen Abhandlung ein Frieden jedoch nicht geschlossen werden konnte. Lampadius und die Welfenherzöge waren davon bislang aber nur insofern betroffen gewesen, als dieser Punkt weitere Fortschritte in den Gravaminaverhandlungen blockierte, die für sie Priorität besaßen. Dies änderte sich Anfang 1647, weshalb nicht nur die Dichte und Häufigkeit der Berichte Lampadius' über die Satisfaktions- und Entschädigungsverhandlungen zunahm, sondern er zudem notgedrungen einen aktiveren Part darin übernahm.

Im Januar 1647 kamen die Verhandlungen in Osnabrück wieder in Gang. Volmar traf am 5. Januar 1647 ein, Trauttmansdorff folgte fünf Tage später und auch d'Avaux kündigte sich an.¹⁶⁵ Bei den danach stattfindenden Verhandlungen über die schwedische Satisfaktion erzielten Schweden und Kaiserliche eine folgenschwere Einigung: Die Schweden erklärten sich bereit, auf Garantie des Kaisers und des Reiches ganz Pommern als Satisfaktion anzunehmen.¹⁶⁶ Damit folgten die beiden schwedischen Gesandten einem Befehl Königin Christinas, die Oxenstierna und Salvius bei einem anhaltenden Mangel an Kompromissbereitschaft seitens der Kurbrandenburger zu

¹⁶⁴ Ebd., fol. 312. Allerdings erschien es schon den schwedischen Gesandten selbst, in diesem Fall Salvius, nicht als erstrebenswert, ganz Pommern gegen den Widerstand des Kurfürsten anzunehmen. Salvius sprach sich stattdessen dafür aus, sich mit halb Pommern zufriedenzugeben, wenn dies mit Konsens Kurbrandenburgs geschehen könnte. Er argumentierte dabei mit der größeren Unsicherheit der Herrschaft nach einer erzwungenen Abtretung sowie dem Unmut anderer Reichsstände: KRÜGER: Schweden, S. 75f.

¹⁶⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 11, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 269.

¹⁶⁶ Ebd., fol. 271'.

einem entsprechenden Vorgehen angewiesen hatte.¹⁶⁷ Mit der Annahme der kaiserlichen Zusage durch die Schweden trat ein, was Lampadius befürchtet hatte. Die Schuld für diese Entwicklung schrieb er den Kurbrandenburgern zu, die ihren Kurfürsten in seinen Augen schlecht vertreten hatten. Aus ihrer Unnachgiebigkeit, befand Lampadius, sei gefolgt, dass die Schweden das kaiserliche Angebot akzeptiert hatten und sich nun weigerten, überhaupt noch mit den Kurbrandenburgern darüber zu verhandeln.¹⁶⁸ Nachdem sie es so weit hatten kommen lassen, berichtete Lampadius nach Hause, seien die Kurbrandenburger ganz konsterniert, wüssten nicht, was sie tun sollten und flehten überall, man möge sich ihrer Sache annehmen.¹⁶⁹

Die Bitten der Kurbrandenburger hatten insofern Erfolg, als die Evangelischen sich am 15. Januar 1647 genötigt sahen, bei den Schweden vorzusprechen und sie zu ersuchen, mit den weiteren Satisfaktionsverhandlungen zumindest bis zur Rückkehr des kurbrandenburgischen Vertreters Graf Sayn-Wittgenstein zu warten.¹⁷⁰ Dieses Ersuchen fand bei Oxenstierna wenig Verständnis. Die evangelischen Deputierten mussten sich vom schwedischen Gesandten fragen lassen, ob man denn wegen Kurbrandenburg die Verhandlungen aufhalten sollte.¹⁷¹ Bereits einige Tage zuvor waren allerdings Thumbshirn und Lampadius bei den Schweden gewesen und hatten ihnen berichtet, die Evangelischen insgesamt seien der Meinung, die Kurbrandenburger hätten inzwischen genügend Bedenkzeit gehabt.¹⁷² Die Reaktion der Kaiserlichen war ähnlich. Trauttmansdorff entgegnete den Vertretern des Kurfürsten, die ihn um Vertagung baten, der Kaiser könne und wolle die Verhandlungen deshalb nicht länger aufhalten.¹⁷³

Daraufhin formulierten die Kurbrandenburger Entschädigungsforderungen, von denen sich auch die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg betroffen sahen. D'Avaux setzte sich dabei als Mittler zwischen Kurbrandenburgern und Schweden ein, wodurch die Schweden animiert wurden, den kurfürstlichen Abgesandten doch noch einmal Gehör zu schenken. Der französische Gesandte brachte am 21. Januar 1647 das kurbrandenburgische Angebot vor, den Schweden Vorderpommern und die Oder abzutreten, wenn diese ihnen im Gegenzug zu den Erzstiftern und Stiftern

¹⁶⁷ KRÜGER: Schweden, S. 76f.

¹⁶⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 11, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 272.

¹⁶⁹ Ebd., fol. 272-272'.

¹⁷⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 18, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 330, 334'; Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Januar 21, APW II C 3, Nr. 117, S. 212. Sayn-Wittgenstein weilte beim Kurfürsten von Brandenburg in Kleve und erwartete dessen Resolution; er traf am 16. Januar mit der Entscheidung wieder in Osnabrück ein: BRUNERT: Mehrfachherrscher, S. 167.

¹⁷¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 18, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 331, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Januar 21, APW II C 3, Nr. 117, S. 212-214.

¹⁷² Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Januar 14, APW II C 3, Nr. 111, S. 201.

¹⁷³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 18, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 332-332', Protokoll, Beilage 2 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Januar 17, APW II A 5, Nr. 217, S. 407-409.

Magdeburg, Halberstadt, Minden, der Grafschaft Schaumburg und 1.200.000 Talern verhelfen.¹⁷⁴ Lampadius berichtete Christian Ludwig, die Kurbrandenburger hätten ursprünglich auch Osnabrück haben wollen, doch d'Avaux habe ihnen dies wegen des dort amtierenden, katholischen Bischofs Franz Wilhelm von Wartenberg nicht zugestanden. Statt Osnabrück wollten die Kurbrandenburger daher noch das Stift Hildesheim haben.¹⁷⁵

Unmittelbar nach Bekanntwerden dieser ihrer Ansicht nach ungerechtfertigten Forderungen erwogen Langenbeck und Lampadius, was sie dagegen unternehmen konnten, um die Ansprüche ihrer Herren zu wahren.¹⁷⁶ Diese von den kurbrandenburgischen Forderungen berührten welfischen Ansprüche betrafen vorrangig Magdeburg und Halberstadt: Der jüngste Bruder Christian Ludwigs, Ernst August, war zum Koadjutor und damit Nachfolger des Administrators im Erzstift Magdeburg gewählt worden.¹⁷⁷ Ein weiterer Bruder Christian Ludwigs, Johann Friedrich, war Domherr in Halberstadt, ebenso Anton Ulrich, ein Sohn Herzog Augusts.¹⁷⁸ Sollten diese geistlichen Güter als Entschädigung an den Kurfürsten fallen und damit säkularisiert werden, würden all diese welfischen Prinzen ihre Pfründe und damit ihre Einkünfte verlieren.

Als pikant allerdings konnte der Umstand gelten, dass die Wahl Ernst Augusts zum Koadjutor gerade erst Ende 1646 vollzogen worden war; Anton Ulrich sollte sogar erst im Februar 1647 zum Koadjutor von Halberstadt gewählt werden – Wahlen, von denen sich die betroffenen Stifter explizit die Vermeidung der Säkularisation erhofften.¹⁷⁹ Dieser Umstand der sehr späten Wahlen schmälerte in den Augen der welfischen Vertreter aber kein bisschen die Anrechte der welfischen Prinzen. Lampadius erwähnte den Zeitpunkt der Wahlen in seinen Berichten kein einziges Mal; er spielte in seinen Überlegungen also keinerlei Rolle. Die Wahlen an sich begründeten aus welfischer Sicht valide Rechtsansprüche der gewählten Prätendenten.¹⁸⁰ Dies sollte von den Kaiserlichen aber durchaus anders gesehen werden.¹⁸¹

Da die beiden welfischen Gesandten gehört hatten, dass auch die Schweden mit dem Begehrt der Kurbrandenburger nicht einverstanden sein sollten, befanden sie es als dienlich, bei Oxenstierna und Salvius vorzusprechen.¹⁸² Beim Treffen vermieden Lampadius und Langenbeck es zunächst,

¹⁷⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 25, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 346-346'. Zur Mitteltätigkeit d'Avaux' in dieser Frage s. auch: KRÜGER: Schweden, S. 77f.

¹⁷⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 25, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 346'.

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ Ebd., fol. 347-347'.

¹⁷⁸ Ebd., fol. 347'-348, Gutachten Lampadius' über Entschädigungsforderungen der Welfen, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 473.

¹⁷⁹ DICKMANN: Frieden, S. 319f, LORENZ: Koadjutorwahl, S. 126, BRAUNGART: Kongreßdiplomatie, S. 480.

¹⁸⁰ Entsprechend argumentierten die welfischen Vertreter am 25. Februar 1647 gegenüber den Kaiserlichen: Protokoll, Beilage 3 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Februar 25, APW II A 5, Nr. 277, S. 553.

¹⁸¹ S. unten, S. 210f.

¹⁸² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 25, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 346'-347.

die Interessen der Welfenherzöge direkt anzusprechen und argumentierten stattdessen mit dem Allgemeinwohl – und mit den Eigeninteressen der Schweden –, indem sie den Schweden erweisen wollten, die Einführung eines Erbdirektoriums schade dem ganzen Niedersächsischen Kreis.¹⁸³ Dies war eine Anspielung auf die führende Rolle des Erzstifts Magdeburg, dessen Administrator im Niedersächsischen Kreis das Direktorium führte¹⁸⁴ – und damit in demjenigen Reichskreis, in welchem die Krone Schweden durch den Erhalt des Erzstiftes Bremen bald Reichsstand zu werden hoffte.¹⁸⁵ Sollte Magdeburg dem Kurfürsten zu Brandenburg erblich zugesprochen werden, hatte dies nicht nur die Folge, dass das Amt eines Administrators dieses Erzstifts künftig Sprösslingen anderer evangelischer Häuser unzugänglich bleiben würde – Lampadius und Langenbeck vergaßen nicht, auch darauf aufmerksam zu machen¹⁸⁶ –, sondern eben auch die Einführung besagten Erbdirektoriums. Laut der beiden Schweden zielten die welfischen Gesandten hinsichtlich Letzterem nicht nur auf die Erblichkeit an sich ab, die sie als schädlich zu erweisen suchten, sondern auch auf die Tatsache, dass mit kurbrandenburgischen Prinzen Reformierte das Direktorium im sonst lutherisch geprägten Niedersächsischen Reichskreis übernommen hätten.¹⁸⁷ Erst nach diesen allgemein gehaltenen Erwägungen kamen Langenbeck und Lampadius auf die konkreten Interessen des Welfenhauses zu sprechen und erwähnten kurz die Wahl Ernst Augusts zum Koadjutor.¹⁸⁸ Zuletzt führten sie an, Kurbrandenburg fordere allem Anschein nach kein Äquivalent, also eine Entschädigung gleichen Wertes, sondern den vierfachen Wert der an Schweden abzutretenden Teile Pommerns und der Oder.¹⁸⁹ Ihre Ablehnung bestimmter kurbrandenburgischer Forderungen gaben Langenbeck und Lampadius auch anderen Gesandten am Kongress zu erkennen. Allerdings wählten sie aus, wem gegenüber sie auf welche Weise ihre Position rechtfertigten. Als der polnische Resident Krakau am 23. Januar 1647 versuchte, Lampadius zur Unterstützung der Kurbrandenburger darin zu überreden, die Schweden von ihrer Forderung nach Pommern abzubringen, antwortete er zunächst ausweichend.¹⁹⁰ Sobald in den Reichsräten über diese hochwichtige Sache beraten werde, wolle er gern seine Meinung dazu hören lassen, habe aber keinen Befehl, sich darauf als Einzelner einzu-

¹⁸³ Ebd., fol. 347, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 4, APW II C 3, Nr. 124, S. 243.

¹⁸⁴ S. Kap. 1, S. 42.

¹⁸⁵ Zu den Ständen des Niedersächsischen Kreises s. DOTZAUER: Reichskreise, S. 304–336.

¹⁸⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 25, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 347, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 4, APW II C 3, Nr. 124, S. 243.

¹⁸⁷ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 4, APW II C 3, Nr. 124, S. 243. Ein Beleg für dieses konfessionelle Argument lässt sich in den Berichten von Lampadius nicht fassen.

¹⁸⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 25, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 347, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 4, APW II C 3, Nr. 124, S. 243.

¹⁸⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 25, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 347.

¹⁹⁰ Ebd., fol. 347–347^r.

lassen.¹⁹¹ Damit lehnte er eine Unterstützung der Kurbrandenburger ohne entsprechenden Beschluss des Fürstenrates Osnabrück ab. Lampadius erklärte zudem auch dem polnischen Residenten seine ‚Verwunderung‘ über die kurbrandenburgische Forderung nach den Stiftern Magdeburg und Halberstadt, da die kurfürstlichen Gesandten dabei die Ansprüche anderer evangelischer Fürsten außer Acht ließen.¹⁹² Er legte die Ansprüche der Welfenherzöge an Magdeburg und Halberstadt dar und fügte hinzu, indem die Kurbrandenburger die Güter anderer evangelischer Fürsten forderten, handelten sie genauso rücksichtslos wie die Schweden, denen sie dieses Verhalten vorwarfen.¹⁹³ Sie würden daher mit ihren Forderungen schwerlich Erfolg haben, da es genügend Opponenten gäbe.¹⁹⁴ Den Schweden gegenüber stellten die welfischen Gesandten somit als Gründe für ihre Ablehnung zunächst Erwägungen zum allgemeinen (evangelischen) Wohl in den Vordergrund, welche sich sicherlich nicht zufällig mit den Interessen der schwedischen Krone deckten. Gegenüber dem polnischen Residenten führten sie vor allem den Grundsatz der Gleichheit ins Feld, nämlich anderen das nicht anzutun, was man selbst nicht erleiden wollte. Aber auch ihre eigenen Interessen verschwiegen sie dabei nicht.

Am 24. Januar 1647 gaben die schwedischen Gesandten dem Mittler d’Avaux ihre Antwort auf das Anerbieten der Kurbrandenburger. Sie waren bereit, sich mit halb Pommern und der Oder zufriedenzugeben und wollten im Gegenzug Kurbrandenburg zum Herzogtum Jägerndorf¹⁹⁵ und zum Stift Minden verhelfen. Darüber hinaus sollte der Kurfürst wegen Preußen und der eingezogenen Stifter Brandenburg, Havelberg und Lebus keine weiteren Schwierigkeiten haben. Auf diese Resolution erwarteten die Schweden von Kurbrandenburg binnen drei Tagen eine Antwort.¹⁹⁶ Zumindest hinsichtlich Preußen und der drei eingezogenen Stifter vertraten die Schweden damit eine ähnliche Haltung, wie sie Lampadius zufolge von einigen Evangelischen hinter vorgehaltener Hand geäußert wurde. Von den Schweden bekam Lampadius gleichzeitig die Zusage, sie wollten die Stifter Magdeburg und Halberstadt nicht in die Entschädigungsmasse für Kurbrandenburg kommen lassen.¹⁹⁷

Diese Zusage der Schweden mag für Lampadius umso wertvoller gewesen sein, da bereits seit einigen Wochen das Gerücht kursierte, Christian Ludwig wolle dem Kurfürsten von Branden-

¹⁹¹ Ebd., fol. 347^v-348.

¹⁹² Ebd., fol. 347^v.

¹⁹³ Ebd., fol. 347^v-348.

¹⁹⁴ Ebd., fol. 348-348^v.

¹⁹⁵ Bei Jägerndorf handelte es sich um ein schlesisches Teilfürstentum, das sich in habsburgischem Besitz befand: BRAUNGART: Kongreßdiplomatie, S. 473.

¹⁹⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 25, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 348^v, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 4, APW II C 3, Nr. 124, S. 233f, KRÜGER: Schweden, S. 77f.

¹⁹⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 25, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 348^v. Dazu kein Nachweis in den schwedischen Korrespondenzen. Zumindest aber sahen die schwedischen Gesandten mit einer Entschädigung Kurbrandenburgs mit Magdeburg und Halberstadt verschiedene Schwierigkeiten verbunden: Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 4, APW II C 3, Nr. 124, S. 242.

burg notfalls mit Truppen gegen die Schweden beistehen. Seit Anfang Januar war Lampadius sicher, auch Oxenstierna müsse davon gehört haben. Bereits am 10. Januar 1647 hatte sich Lampadius deshalb zu ihm begeben und erklärt, die Kurbrandenburger hätten über seinen Herrn allerhand gefährliche Gerüchte gestreut.¹⁹⁸ Zwar habe sich sein Herr dem Kurfürsten bei einem Treffen unlängst freundlich gezeigt, doch keineswegs seine Unterstützung gegen die Krone Schweden zugesagt.¹⁹⁹ Niemals würde Christian Ludwig in solcher Falschheit befunden werden, am Friedenskongress durch seinen Gesandten mit den schwedischen Vertretern wahre Freundschaft pflegen zu lassen, anderswo aber gegen die Königin und Krone Schweden gefährliche Machenschaften auszuhecken.²⁰⁰ Lampadius hatte Oxenstierna daher gebeten, entsprechendem Gerede keinen Glauben zu schenken, sondern, falls ihm jemals wieder Gerüchte über die Welfenherzöge unterkommen sollten, direkt mit ihm darüber zu sprechen.²⁰¹ Oxenstierna hatte darauf bestätigt, von diesem Gerücht gehört, es aber für eine Finte gehalten und Lampadius deshalb nicht darauf angesprochen zu haben. Christian Ludwig habe sich bislang als sehr redlich erwiesen, weshalb er auch weiterhin mit Lampadius als seinem Vertreter vertrauliche Gespräche zu führen beabsichtige.²⁰²

Damit war diese Angelegenheit für den calenbergischen Vizekanzler aber noch nicht erledigt, denn die Nachwirkungen des Gerüchtes machten sich – wie Lampadius glaubte – bald auch bei Salvius bemerkbar. Trotz der Zusage der Schweden vom 24. Januar 1647 war Lampadius anhaltend bemüht, ihnen die Ungerechtigkeit der kurbrandenburgischen Forderungen nach Magdeburg und Halberstadt zu erweisen.²⁰³ Als er deshalb wieder einmal bei ihnen vorsprach, argumentierte er auch ihnen gegenüber unter anderem mit dem Gleichheitsgrundsatz: Die Kurbrandenburger beschwerten sich im höchsten Maße über den Umstand, dass die Krone Schweden ihre Satisfaktion von den Evangelischen haben wollte, forderten als Entschädigung jedoch ihrerseits die Lande ebenbürtiger Reichsfürsten, auf die sie keinerlei Ansprüche geltend machen könnten.²⁰⁴ Die welfischen Gesandten legten den Schweden auch im Verbund mit dem Magdeburger ihre Gründe gegen eine Entschädigung mit den beiden Stiftern wiederholt und nachdrücklich dar.²⁰⁵ Für den Fall, dass den kurfürstlichen Vertretern darin stattgegeben würde, kündigte Lampadius

¹⁹⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 21, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 363. Dazu findet sich kein Hinweis in den schwedischen Korrespondenzen.

¹⁹⁹ Ebd., fol. 363-363ʹ.

²⁰⁰ Ebd., fol. 363ʹ.

²⁰¹ Ebd., fol. 363ʹ-364.

²⁰² Ebd., fol. 364. Darüber berichteten die Schweden nichts.

²⁰³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 366-366ʹ.

²⁰⁴ Ebd., fol. 366ʹ.

²⁰⁵ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 11, APW II C 3, Nr. 128, S. 249-252.

zudem eigene Entschädigungsforderungen im Namen der Welfenherzöge an.²⁰⁶ Abschließend bat er noch einmal eindringlich, die beiden Stifter nicht in die Entschädigungsmasse kommen zu lassen.²⁰⁷ Während Oxenstierna ihm dazu erneut seine breite Unterstützung zusagte, vermerkte Lampadius bei Salvius eine deutlich geringer ausgeprägte Bereitschaft dazu.²⁰⁸

Immerhin setzte Salvius am 27. Januar 1647 die von Lampadius genannten Erwägungen schriftlich auf und übergab sie d'Avaux mit den Worten, sie seien nicht außer Acht zu setzen.²⁰⁹ Die von Lampadius und Langenbeck verfasste Aufstellung über die Rechte welfischer Prinzen an Magdeburg und Halberstadt sandten die beiden Schweden am 11. Februar nach Stockholm.²¹⁰ Doch nicht zuletzt angesichts Salvius' merklicher Zurückhaltung in Bezug auf eine Hilfszusage bemühte sich Lampadius weiter intensiv um ihn und wiederholte sein Anliegen wegen der Stifter Magdeburg und Halberstadt.²¹¹ Salvius ließ bei einem weiteren Gespräch jedoch erkennen, dass Oxenstierna und er gewillt seien, es Kaiser und Reich zu überlassen, sich mit Kurbrandenburg auf ein Äquivalent zu einigen. Für Lampadius klang diese Auskunft so, als ob sich die Schweden aus den weiteren Entschädigungsverhandlungen mit Kurbrandenburg heraushalten wollten. Dies war nicht die deutliche Zusage zur Unterstützung der welfischen Anliegen, die sich Lampadius von Salvius gewünscht hatte. Von anderer Seite hörte Lampadius später, Salvius beschäftige noch immer das Gerücht, Christian Ludwig habe ein militärisches Eingreifen zugunsten des Kurfürsten von Brandenburg versprochen. Der welfische Gesandte beschloss daher, Salvius ein Schreiben seines Herrn vorzulegen, in welchem dieser die Beschuldigungen weit von sich wies.²¹² Lampadius war inzwischen überzeugt, das Gerücht sei von den Kurbrandenburgern in der Absicht gestreut worden, das Haus Braunschweig-Lüneburg von den Schweden zu trennen und so leichter die eigenen Entschädigungsforderungen durchsetzen zu können.²¹³ Er betrachtete also das Gerücht deutlich als Hauptgrund für Salvius' mangelnde Unterstützungsbereitschaft.

Positiver fiel in Lampadius' Augen die Reaktion Oxenstiernas aus, dem er ebenfalls das Entlastungsschreiben Christian Ludwigs vorzeigte. Der schwedische Gesandte gab sich sehr zufrieden und äußerte, er habe die Gerüchte jederzeit für eine Finte gehalten und außerdem schon länger nichts mehr davon gehört.²¹⁴ Lampadius dachte trotzdem weiter über den Ursprung des

²⁰⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 366'-367.

²⁰⁷ Ebd., fol. 367.

²⁰⁸ Ebd., fol. 367-367'.

²⁰⁹ Ebd., fol. 367'. Darüber berichteten weder Schweden noch Franzosen.

²¹⁰ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 11, APW II C 3, Nr. 128, Beilage E, S. 254.

²¹¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 369'.

²¹² Ebd., fol. 370.

²¹³ Ebd., fol. 370'.

²¹⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 15, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 407'.

Gerüchts nach. Er zeigte sich seinem Herrn gegenüber Mitte Februar überzeugt, nicht erst die kurbrandenburgischen Gesandten hätten aktiv zu dessen Verbreitung beigetragen. Mehr noch, er glaubte, der Kurfürst von Brandenburg habe es schon mit seinem Besuch bei Christian Ludwig darauf angelegt, den Welfenherzog verdächtig machen und damit die eigenen Ziele besser durchsetzen zu können.²¹⁵ Lampadius unterstellte dem Kurfürsten somit, eine regelrechte Intrige geplant und umgesetzt zu haben. Das Ansehen des Kurfürsten und seiner Vertreter war damit bei Lampadius auf einem Tiefpunkt angelangt.

Die mangelnde Bereitschaft der beiden Schweden, den welfischen Gesandten nennenswerte Unterstützung gegen die kurbrandenburgischen Forderungen zu leisten, war jedoch mit relativ großer Sicherheit nicht diesem Gerücht geschuldet. Dafür spricht schon der Umstand, dass Oxenstierna und Salvius in ihren Briefen weder das angebliche Gerücht noch die Gespräche darüber erwähnten. Hätten entsprechende Erwägungen für ihre Entschlüsse eine Rolle gespielt, wären diese aber sicherlich an irgendeiner Stelle zur Sprache gekommen. Die Beweggründe für das Ausbleiben der schwedischen Hilfe sind somit wohl eher auf anderen Feldern zu suchen. Zu nennen sind dabei im Wesentlichen drei Faktoren: Zum einen hatte die kurbrandenburgische Delegation bereits in der zweiten Januarhälfte erstmals mit üppigen ‚Beschenkungen‘ Volmars und Salvius’ nachgeholfen, um ihrem Anliegen größeren Nachdruck zu verleihen.²¹⁶ Wie groß der Einfluss der ‚Beschenkung‘ auf die Entscheidungen Salvius’ tatsächlich war, ist allerdings nicht sicher.²¹⁷ Die Beschenkung Salvius’ – nicht aber Oxenstiernas – mag erklären, warum Salvius Lampadius noch zögerlicher als Oxenstierna erschien, in dieser Sache irgendetwas für die Welfenherzöge zu tun. Allerdings vermutete Lampadius diesen Unterschied wohl als größer, als er tatsächlich war. Denn zum anderen befanden die beiden schwedischen Gesandten gleichermaßen, Braunschweig-Lüneburg habe in materieller Hinsicht bereits in großem Maße von der schwedischen Unterstützung profitiert.²¹⁸ Drittens – und das mochte der ausschlaggebende Grund sein – waren Oxenstierna und Salvius in der Tat der Ansicht, Kurbrandenburg solle die Stifter Magdeburg und Halberstadt als Teil einer Entschädigung erhalten. Die beiden Schweden wollten dem Kurfürsten in dieser Hinsicht alle möglichen Dienste erweisen und stellten Überlegungen an, wie sie dem welfischen Widerstand dagegen vorbauen könnten.²¹⁹ Die Schweden sahen sich aufgrund der Tatsache, dass sie selbst Pommern von Kurbrandenburg

²¹⁵ Ebd., fol. 407'-408.

²¹⁶ BAUMGART: Kongreßdiplomatie, S. 481.

²¹⁷ KRÜGER: Schweden, S. 79.

²¹⁸ In diesem Sinne äußerte sich Oxenstiernas gegenüber der kurbrandenburgischen Gesandtschaft KRÜGER: Schweden, S. 78 und Salvius in einem Brief an Königin Christina, in welchem er daran erinnerte, dass die Welfenherzöge beim Eintreffen Gustav II. Adolfs in Deutschland fast alle Ämter verloren hatten und diese erst dank der schwedischen Waffen wiedererlangten: Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1646 Dezember 24, APW II C 3, Nr. 85, S. 149.

²¹⁹ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 18, APW II C 3, Nr. 134, S. 259.

forderten, dazu verpflichtet, dem Kurfürsten zu einer Entschädigung zu verhelfen.²²⁰ Sollten Oxenstierna und Salvius Lampadius in irgendeiner Weise darin bestärkt haben, sie zweifelten aufgrund eines Gerüchtes an der Zuverlässigkeit der Welfenherzöge, so diente dies sicherlich dem Zweck, ihren ohnehin vorhandenen Mangel an Unterstützungsbereitschaft zu kaschieren. Lampadius sah sich dadurch selbst in Erklärungsnot gebracht und kam offenkundig nicht auf die Idee, die Beweggründe der Schweden grundsätzlich weiter zu hinterfragen. Für Oxenstierna und Salvius war dies also eine bequeme Methode, um sich nicht weiter rechtfertigen zu müssen.

Schien Lampadius die Unterstützung der Schweden in der Entschädigungsfrage zu Recht ungewiss, arbeiteten immerhin die Vertreter des Hauses Braunschweig-Lüneburg eng zusammen. Anfang Februar erhielten die Wolfenbütteler den Befehl Herzog Augusts, wegen Magdeburg und Halberstadt einmütig an der Seite Langenbecks und Lampadius' zu verhandeln. Dementsprechend setzten sich alle welfischen Vertreter gemeinsam mit dem magdeburgischen Gesandten bei den Kaiserlichen für den Erhalt des Status quo der beiden Stifter ein. Die Kaiserlichen leisteten diesem Bestreben jedoch Widerstand.²²¹ Angesichts ihrer Unterstützung äußerte sich Lampadius über die Wolfenbütteler positiv: Herzog August habe sich bislang mit den Beschlüssen Christian Ludwigs ganz konformiert und es hinterlasse Eindruck, dass die Gesandten des Hauses Braunschweig-Lüneburg nach außen wie ein Mann stünden.²²² Dennoch blieben es, folgt man der Darstellung in Lampadius' Relationen, hauptsächlich Langenbeck und Lampadius, die sich in der Entschädigungsfrage für das Haus Braunschweig-Lüneburg einsetzten, indem sie etwa die gedankliche Vorarbeit leisteten. Der Beitrag der Wolfenbütteler bestand offenbar hauptsächlich in der Repräsentation einer gemeinsamen Position nach außen.

Anfang Februar 1647 war Lampadius noch nicht gewillt, die beiden Stifter aufzugeben, zumal er erklärtermaßen noch nicht alle Hoffnung verloren sah.²²³ Dennoch gab er seinem Herrn erstmals zu bedenken, man müsse sich gegebenenfalls Gedanken über eine eigene Entschädigung machen.²²⁴ Damit bezog er gedanklich bereits die Möglichkeit ein, mit einem bloßem Widerstand gegen die kurbrandenburgischen Forderungen nicht weit zu kommen.

Ein Fehlschlag des welfischen Widerspruchs war angesichts der Reihe derjenigen, die sich zugunsten der Kurbrandenburger aussprachen, nicht unwahrscheinlich. Neben den Kaiserlichen fand sich darunter etwa auch der französische Gesandte d'Avaux, über den sich Lampadius bei

²²⁰ Ebd., S. 261.

²²¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 11, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 397, Protokoll, Beilage 2 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Februar 11, APW II A 5, Nr. 253, S. 502-504.

²²² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 11, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 398-398'.

²²³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 15, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 408'-409.

²²⁴ Ebd., fol. 409.

Christian Ludwig beschwerte: Gegen Österreich und andere Katholische stehe Frankreich in Waffen, bei den Friedensverhandlungen aber hätten die Katholischen keinen besseren Helfer als d’Avaux.²²⁵ Um dem katholischen Bischof die beiden Stifter Minden und Osnabrück zu erhalten, wolle d’Avaux dem Kurfürsten von Brandenburg Magdeburg und Halberstadt als Entschädigung für Pommern geben, damit die Katholischen sich an der Satisfaktion und deren Folgekosten nicht beteiligen müssten.²²⁶ In der Tat war dieses Urteil durchaus gerechtfertigt: „Avaux seinerseits suchte der katholischen Partei und den kaiserlichen Unterhändlern in jeder Weise den Rücken zu stärken. Er bat sie dringend, sich ja nicht auf eine Abtretung von Osnabrück und Minden einzulassen.“²²⁷

Selbst bei den Evangelischen ernteten die Welfen keineswegs nur Zuspruch. Über die Sachsen-Altenburger berichtete Lampadius Mitte Februar 1647, diese hätten sich ganz gewandelt, folgten nunmehr der Linie der Kursächsischen und bemühten sich, die beiden Stifter in die Entschädigung für Kurbrandenburg und damit in die Erbverbrüderung zu ziehen – und sie so gegebenenfalls selbst einmal zu besitzen.²²⁸ Auch bei den beiden Schweden argumentierten der Magdeburger und die beiden welfischen Gesandten mit der Erbverbrüderung gegen eine Überlassung Magdeburgs und Halberstadts an Kurbrandenburg.²²⁹ Damit unterstellte Lampadius den Sachsen-Altenburgern, vor allem durch eigene Interessen zu diesem Kurs bewogen zu werden. Tatsächlich mochte die Erwägung, durch die Erbverbrüderung möglicherweise territoriale Gewinne zu erzielen, eine gewisse Rolle spielen. So führten etwa die Kurbrandenburger dem magdeburgischen Gesandten gegenüber die Erbverbrüderung als Argument für die Entschädigung ihres Herrn mit den beiden Stiftern ins Feld. Der Administrator zu Magdeburg war als Sohn des Kurfürsten von Sachsen gewissermaßen selbst Mitglied dieser Erbverbrüderung und mochte, solcherart auf das Interesse seines Hauses hingewiesen, die kurbrandenburgische Forderung eher befürworten.²³⁰ Die Verwendung dieses Argumentes zeigt, dass die Erbverbrüderung gedanklich mindestens bei den Kurbrandenburgern präsent war. Daneben aber war sicherlich das Bemühen, ein Ende der Auseinandersetzungen um Pommern herbeizuführen und damit dem Friedensschluss einen Schritt näher zu kommen, ein wesentlicher Grund für den breiten Konsens unter den Evangelischen, Kurbrandenburg mit den Stiftern zu entschädigen.

²²⁵ Ebd.

²²⁶ Ebd., fol. 408’.

²²⁷ DICKMANN: Frieden, S. 365.

²²⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 15, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 409’. Zur sächsisch-brandenburgisch-hessischen Erbverbrüderung und Erbeinigung s. MÜLLER: Freundschaft, S. 91–98, HAUG-MORITZ: Frieden, S. 7, 9.

²²⁹ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 11, APW II C 3, Nr. 128, S. 251.

²³⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 15, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 410.

Die Sachsen-Altenburger versuchte Lampadius mit dem Hinweis auf die reichsständischen Rechte, für die er sich gemeinsam mit ihnen in der Anfangszeit des Kongresses eingesetzt hatte, auf seine Seite zu bringen. Er argumentierte, es sei dem reichsständischen *Ius suffragii* zuwider, dass nunmehr seit über einem halben Jahr alles heimlich verhandelt werde. Zudem widerspreche es der kaiserlichen Wahlkapitulation, dem Kurfürsten von Brandenburg als Entschädigung für Vorpommern anderer Fürsten und Herren Lande erblich zuzuweisen.²³¹ Mit dieser Argumentation, welche die gemeinsamen reichsständischen Interessen betonte, brachte Lampadius noch einmal neue Gründe für seine Position vor. Lampadius hatte damit bei den Sachsen-Altenburgern jedoch keinen Erfolg. Sie erklärten, von ihrem Herrn Befehl zu haben, sich in der Satisfaktions- und Entschädigungsfrage weder zustimmend noch ablehnend zu positionieren.²³² Der Magdeburger berichtete Lampadius jedoch gegen Mitte Februar 1647, die Sachsen-Altenburger hätten ihn nachdrücklich überreden wollen, von seiner Instruktion abzuweichen und sich einer Entschädigung Kurbrandenburgs mit Magdeburg und Halberstadt nicht mehr zu opponieren.²³³ Seinem Herrn gegenüber kommentierte Lampadius dies mit den Worten, alle redlichen Herzen müssten sich zu Recht sehr darüber wundern.²³⁴ Von den Sachsen-Altenburgern zeigte er sich damit insgesamt deutlich enttäuscht.

Für Lampadius erschien es auch gegen Mitte Februar noch unabdingbar, bei den Friedensverhandlungen die Ansprüche der Welfenherzöge auf Magdeburg und Halberstadt aufrechtzuerhalten. Er befand, es sei für sie im ganzen Reich keine ausreichende Entschädigung zu bekommen.²³⁵ Lampadius war trotz des immensen Widerstands noch nicht zum Aufgeben der Stifter bereit, konnte jedoch in der zweiten Februarhälfte aufgrund einer Erkrankung nicht einmal mehr versuchen, aktiv auf die Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Wie sich bald zeigen sollte, machte sich Lampadius deshalb zu Recht Sorgen.²³⁶ Denn rasch führten die geheim geführten Verhandlungen zwischen Kaiserlichen und Kurbrandenburgern nun zu einer Übereinkunft, der zufolge der Kurfürst unter anderem Magdeburg und Halberstadt bekommen sollte.²³⁷

Als er gegen Ende Februar wieder tätig werden konnte, versuchte Lampadius noch einmal, die Unterstützung der Schweden gegen die Abtretung der Stifter an Kurbrandenburg zu erlangen. Daneben formulierte er allerdings bereits konkrete eigene Entschädigungsforderungen.²³⁸ Ver-

²³¹ Ebd., fol. 409^r.

²³² Ebd., fol. 409^r-410.

²³³ Ebd., fol. 410.

²³⁴ Ebd., fol. 410^r.

²³⁵ Ebd., fol. 412.

²³⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 461.

²³⁷ Ebd., fol. 461-461^r.

²³⁸ Ebd., fol. 461^r.

mutlich war Lampadius zu diesem Zeitpunkt bereits klar, dass Magdeburg und Halberstadt für das Welfenhaus verloren waren.

Kurz darauf erhielt Christian Ludwig einen Beschwerdebrief des Kurfürsten von Brandenburg, der sich sehr erzürnt über Lampadius' und Langenbecks Aktivitäten am Kongress zeigte. Insbesondere über deren Versuche, die Einbeziehung der beiden Stifter Magdeburg und Halberstadt in seine Entschädigung zu verhindern, beklagte er sich bitter.²³⁹ Die Regierung zu Hannover sah sich veranlasst, den Kurfürsten in Christian Ludwigs Namen zunächst zu beschwichtigen.²⁴⁰ Als der Kurfürst sich – wenn auch sehr viel später, nämlich erst im Juni – erneut beschwerte,²⁴¹ wurde Lampadius angewiesen, sich der Entschädigung für den Kurfürsten nicht mehr entgegenzustellen.²⁴² Da hatte Lampadius längst seinerseits Entschädigungsforderungen für das Welfenhaus gestellt.

Welfische Entschädigungsforderungen

Als Lampadius die Entschädigungsforderungen im Namen der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg ausarbeitete, verfügte er noch über keine entsprechende Instruktion und war erneut auf sein eigenes Urteil angewiesen. Vermutlich tauschte er sich darüber wieder mit Langenbeck aus, bevor er den Schweden gegenüber erklärte, vorbehaltlich der Zustimmung seiner Herren verlange er als Entschädigung für das Welfenhaus die Stifter Hildesheim, Minden und Osnabrück.²⁴³ Sicherlich wollte Lampadius mit der frühzeitigen Benennung die Ansprüche seiner Herren darauf wahren, überhaupt eine Entschädigung zu erhalten. Das negative Beispiel der Kurbrandenburger, die sich seiner Ansicht nach viel zu lange unnachgiebig gezeigt hatten, mochte ihm noch vor Augen gestanden haben.

Von den beiden Schweden erhielt Lampadius für sein Ansinnen, nunmehr eigene Entschädigungsforderungen zu stellen, Unterstützung. Oxenstierna rechtfertigte zunächst noch einmal seine und Salvius' Zustimmung zur kurbrandenburgischen Entschädigung, bevor er die von Lampadius vorgebrachte Forderung als angemessen bezeichnete und seine Hilfe zusagte.²⁴⁴ Auch Sal-

²³⁹ Friedrich Wilhelm an Christian Ludwig, Kleve 1647 Februar 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 24 Nr. 443, fol. 2-2'.

²⁴⁰ Christian Ludwig an Friedrich Wilhelm, o. O. u. J., Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 24 Nr. 443, fol. 8-9'.

²⁴¹ Friedrich Wilhelm an Christian Ludwig, Kleve 1647 Juni 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 24 Nr. 443, fol. 25-27.

²⁴² Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1647 Juni 24, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 24 Nr. 443, fol. 29-30.

²⁴³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 462, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 25, APW II C 3, Nr. 142, S. 285f.

²⁴⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 462'-463, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 25, APW II C 3, Nr. 142, S. 286.

vius äußerte sich ähnlich und war zur Unterstützung bereit.²⁴⁵ Lampadius schrieb nach Hause, Salvius habe dabei einen sonst für ihn ganz unüblichen Eifer an den Tag gelegt, ihm die Hand gegeben und geäußert, er könne sich auf sein Versprechen sicher verlassen.²⁴⁶ Die beiden Schweden waren sich dabei aber durchaus der möglichen Schwierigkeiten bewusst, da jedes der genannten Stifter auch von Dritten beansprucht wurde.²⁴⁷

Seinem Herrn, dem er noch kurz zuvor die Unersetzbarkeit der Stifter Magdeburg und Halberstadt dargelegt hatte, musste Lampadius nun also auch seine Alternativlösung unterbreiten. Dies tat er in einem Gutachten, das er gleichzeitig mit seinem Bericht über die zwischen Kurbrandenburgern und Kaiserlichen erzielte Einigung am 22. Februar 1647 nach Hannover übersandte. Darin skizzierte er zunächst, wie er am Kongress weiter argumentieren wollte. Erst einmal wollte er zur Wahl stellen, ob man den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg ihre Rechte an den Stiftern Magdeburg und Halberstadt lassen oder ihnen als Entschädigung die drei Stifter Hildesheim, Minden und Osnabrück einräumen wollte.²⁴⁸ Dabei, befand er, müsse man es als äußerste Härte darstellen, dass das Haus Braunschweig-Lüneburg unverschuldet seine stattlichen Rechte an den genannten Stiftern aufgeben sollte.²⁴⁹

Welche Rechte die Welfenherzöge an verschiedenen Stiftern geltend machen konnten, listete er bei dieser Gelegenheit nicht nur für Magdeburg und Halberstadt auf: Friedrich, der regierende Herzog über die Fürstentümer Lüneburg und Grubenhagen, war Koadjutor des Stifts Ratzeburg.²⁵⁰ Dieses Stift war inzwischen den Herzögen von Mecklenburg als Entschädigung für Wismar angeboten worden.²⁵¹ Die jüngeren Brüder Christian Ludwigs, Georg Wilhelm und Ernst August, waren Koadjutoren des Erzstifts Bremen,²⁵² das die schwedische Krone für sich forderte, bzw. des Stifts Magdeburg. Johann Friedrich, ein weiterer Bruder Christian Ludwigs, und Anton Ulrich, ein Sohn Herzog Augusts, waren Domherren zu Halberstadt.²⁵³ Die Benennung aller gefährdeten Stellungen hatte sicherlich den Sinn, den Anspruch der Herzöge auf eine

²⁴⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 463^v-464, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 25, APW II C 3, Nr. 142, S. 286.

²⁴⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 464.

²⁴⁷ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 25, APW II C 3, Nr. 142, S. 286.

²⁴⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 466.

²⁴⁹ Gutachten Lampadius' über Entschädigungsforderungen der Welfen, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 475.

²⁵⁰ Gutachten Lampadius' über Entschädigungsforderungen der Welfen, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 473.

²⁵¹ DICKMANN: Frieden, S. 320f. Das Stift sollte den mecklenburgischen Herzögen später auch zugestanden werden: KRÜGER: Schweden, S. 79. Die Häuser Mecklenburg und Braunschweig-Lüneburg hatten zuvor die alternierende Sukzession in Ratzeburg vereinbart gehabt: KRÜGER: Schweden, S. 70f.

²⁵² Georg Wilhelm war am 9. Januar 1644 zum Koadjutor in Bremen gewählt worden: LORENZ: Koadjutorwahl, S. 125f.

²⁵³ Gutachten Lampadius' über Entschädigungsforderungen der Welfen, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 473.

angemessene Entschädigung zu untermauern. Lampadius hielt anschließend fest: Sollten diese Stifter nicht in ihrem freien Wahlstand gelassen werden, seien die Welfenherzöge nicht nur befugt, ein Äquivalent zu verlangen, sondern geradezu dazu verpflichtet, da sie ohne Schimpf und größten Nachteil für ihren fürstlichen Stand nicht auf ihre Rechte verzichten könnten.²⁵⁴ Die Frage einer Entschädigung betraf somit für Lampadius keineswegs nur den Besitzstand seiner Herren, sondern unmittelbar auch deren Ehre. Um ihren Status zu wahren, mussten die Welfenherzöge nachgerade an ihren Ansprüchen festhalten oder eigene Forderungen formulieren. Dies bestätigt den bereits für die spanische Politik derselben Zeit konstatierten „Zusammenhang von Reputation und Bewahrung“²⁵⁵ hier nun auch als politikleitendes Konzept eines Reichsstands. Lampadius unterbreitete Vorschläge, mit welchen Begründungen man die von ihm genannten Stifter als Entschädigung verlangen konnte. Bei Hildesheim lautete sie, es wäre ungerecht, wenn die Katholischen, die sich ja schließlich im Krieg mit den beiden Kronen befänden, gar nichts zur Entschädigung beitragen müssten.²⁵⁶ Auch konnte das Welfenhaus auf Hildesheim insofern Ansprüche geltend machen, als das ‚Große Stift‘ ja bereits über hundert Jahre in seinem Besitz gewesen war.²⁵⁷ Deshalb sollte Ernst August für Magdeburg das Koadjutorium und die nächste Sukzession im Stift Hildesheim erhalten. Von Georg Wilhelm, der absehbar regierender Herzog in den welfischen Ländern werden würde, nahm Lampadius an, er werde seine Rechte an den ‚Wahlländern‘ bei seinem Regierungsantritt an seinen Bruder Johann Friedrich abtreten. Als Ersatz für das Koadjutorat Georg Wilhelms in Bremen wollte er also das Stift Minden für Johann Friedrich fordern. Gegenüber dem Stift Minden habe die cellische Linie des Welfenhauses ohnehin Ansprüche geltend zu machen.²⁵⁸ Dies war wohl eine Anspielung auf die lange Reihe welfischer Bischöfe und Administratoren des Stifts Minden sowie den seit dem 13. Jahrhundert bestehenden Erbschutz der Herzöge zu Braunschweig-Lüneburg über die Stadt.²⁵⁹ Seinem Herrn legte Lampadius noch einen weiteren Vorteil dar, den seiner Meinung nach die Forderung nach Minden hatte: Sollte man Letzteres bekommen, könne man sich Hoffnungen machen, einen guten Teil von den vier schaumburgischen Ämtern Schaumburg, Stadthagen, Sachsenhagen und Bückeburg erblich an sich zu bringen oder zumindest einige Orte wie Oldendorf und Fischbeck ohne sonderliche Schwierigkeiten wiederzuerlangen.²⁶⁰ Hintergrund dieser Bemerkung war ein Sachverhalt, der einen Erwerb der genannten schaumburgischen Ämter möglich erscheinen ließ: 1640

²⁵⁴ Ebd., fol. 473-473’.

²⁵⁵ ROHRSCHEIDER: Sicherheitskonzeptionen, S. 198.

²⁵⁶ Gutachten Lampadius’ über Entschädigungsforderungen der Welfen, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 473’.

²⁵⁷ S. oben, Kapitel 1, S. 39.

²⁵⁸ Gutachten Lampadius’ über Entschädigungsforderungen der Welfen, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 473’.

²⁵⁹ BEHR: „Schutzfürsten“, passim.

²⁶⁰ Gutachten Lampadius’ über Entschädigungsforderungen der Welfen, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 474.

war mit dem Tod Graf Ottos V. das gräfliche Haus Schaumburg ausgestorben.²⁶¹ Ansprüche auf das Erbe wurden von verschiedenen Seiten erhoben, unter anderem von den Lehensherren Hessen-Kassel, Braunschweig-Lüneburg und dem Bischof zu Minden, Franz Wilhelm von Wartenberg.²⁶² Hinzu kamen Forderungen der Mutter des verstorbenen Grafen, die ihren Bruder, Graf Philipp zur Lippe, als Erben einzusetzen und für ihn den Erhalt der ganzen Grafschaft Schaumburg zu erwirken wünschte.²⁶³ Allerdings wurden dem katholischen Bischof und Wittelsbacherspross Franz Wilhelm von Wartenberg vom Reichshofrat in Wien die vier Ämter, die kein hessisches oder welfisches Lehen waren – also Sachsenhagen, Stadthagen, Bückeburg und Schaumburg – für Minden zugesprochen und galten dementsprechend als mindische Lehen, wenn auch nicht ganz unumstritten.²⁶⁴ Für Lampadius knüpften sich also noch weitere Hoffnungen auf Landerwerb an die Forderung nach diesem Stift. Für Anton Ulrich schließlich sollte die Nachfolge im Stift Osnabrück verlangt werden.²⁶⁵ Auch hier ließ sich mit einer notwendigen Beteiligung der Katholischen an den Folgekosten der Satisfaktionen argumentieren. Darüber hinaus hatte es auch im Stift Osnabrück bereits mehrere welfische Administratoren gegeben.²⁶⁶ Festzuhalten ist, dass es Lampadius wichtig erschien, gewisse Anrechte des Hauses Braunschweig-Lüneburg auf die als Entschädigung genannten Stifter geltend machen zu können. Bei den kurbrandenburgischen Forderungen hatte er ja unter anderem das Fehlen solcher Anrechte bemängelt, womit sie in seinen Augen nicht legitim, sondern willkürlich und unrechtmäßig waren, weil sie die Rechte anderer Reichsstände verletzten.

Lampadius hatte sich zudem Gedanken über ein mögliches weiteres Vorgehen gemacht, sollten diese Forderungen nicht erfüllt werden, und schlug ein schrittweises Nachgeben vor. Zunächst sollte man auf Hildesheim verzichten, aber an Minden und Osnabrück festhalten. Ernst August sollte dann Administrator in Osnabrück werden, Johann Friedrich in Minden.²⁶⁷ Anton Ulrich wurde von Lampadius in dieser Version stillschweigend nicht mehr berücksichtigt. Priorität besaß für den welfischen Gesandten die Versorgung seines Herrn Christian Ludwig und von dessen Brüdern, nicht die des Sohnes Herzog Augusts.

Sollten die beiden Welfenprinzen in Osnabrück und Minden nicht direkt an die Regierung kommen können, wollte er die jeweiligen Koadjutorien und damit die sichere Nachfolge für sie verlangen.²⁶⁸ Lampadius schloss es aber auch nicht aus, die beiden Stifter Minden und Osnabrück als

²⁶¹ GREVE: Teilungsgeschichte, S. 81, STEINWASCHER: Schaumburg, S. 413.

²⁶² GREVE: Teilungsgeschichte, S. 82, STEINWASCHER: Schaumburg, S. 413.

²⁶³ GREVE: Teilungsgeschichte, S. 81f, STEINWASCHER: Schaumburg, S. 414f.

²⁶⁴ GREVE: Teilungsgeschichte, S. 82, 84f, STEINWASCHER: Schaumburg, S. 415f.

²⁶⁵ Gutachten Lampadius' über Entschädigungsforderungen der Welfen, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 474-474'.

²⁶⁶ HOFFMANN: Osnabrück, S. 61.

²⁶⁷ Gutachten Lampadius' über Entschädigungsforderungen der Welfen, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 474'.

²⁶⁸ Ebd.

säkularisierte und damit erbliche Güter zu fordern.²⁶⁹ Damit die Katholischen nicht gar so ungeschoren davonkämen, wollte er zudem – wenn schon nicht das ganze Stift Hildesheim – doch zumindest einige der Ämter dieses Stifts für seine Herren fordern.²⁷⁰ Zum Schluss versuchte Lampadius, Christian Ludwig zu verdeutlichen, wie dringlich eine rasche Instruktion in dieser Frage nun war.²⁷¹

In der Tat konnte die Erteilung neuer Anweisungen angesichts der weiterlaufenden Verhandlungen kaum schnell genug vonstattengehen. Von Oxenstierna, der in Lampadius' Augen damit seine gute Gesinnung bewies, hörte der welfische Gesandte am 24. Februar 1647 im Vertrauen, die Kurbrandenburger forderten nun auch das Stift Minden, womit sich die Kaiserlichen im Großen und Ganzen einverstanden erklärt hätten.²⁷² Lampadius und Langenbeck erfuhren zudem, auch Mecklenburg wolle das Stift Minden haben. Sie berieten sich ausführlich über die Sache und beschlossen, ohne weitere Verzögerung die Rechte ihrer Herren öffentlich zu vertreten.²⁷³

Langenbeck und Lampadius setzten nun ein Memorial mit den Forderungen ihrer Herren auf, für das sie zunächst die Zustimmung der Schweden einholten, bevor sie es den Kaiserlichen übergaben.²⁷⁴ Lampadius forderte Christian Ludwig außerdem erneut auf, ihm nun unverzüglich weitere Instruktionen und die Ultima zukommen zu lassen, ihn also über die Mindestforderungen in Kenntnis zu setzen.²⁷⁵

In ihrem Memorial stellten die beiden Gesandten die Ansprüche ihrer Herren an den Stiftern Magdeburg und Halberstadt ausführlich dar. Zunächst hielten sie fest, beiden Stiftern stünde seit ihrer Gründung das Recht der freien Wahl ihrer Erzbischöfe bzw. Bischöfe zu, welches ihnen ohne Zustimmung der Betroffenen nicht einfach entzogen werden könne.²⁷⁶ Darauf folgte die bereits von Lampadius verfasste Aufstellung, welche Ansprüche einzelne Welfenherzöge in verschiedenen Stiftern geltend machen konnten.²⁷⁷ Dem schloss sich die von ihm skizzierte Argumentationsweise an: Sollten beide Stifter in ihrem aktuellen Stand mit freiem Wahlrecht gelassen

²⁶⁹ Ebd., fol. 475.

²⁷⁰ Ebd., fol. 475-475^r.

²⁷¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 466-466^r.

²⁷² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 25, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 491^r-491^r, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Februar 25, APW II C 3, Nr. 142, S. 286. Die Kaiserlichen hörten von den Kurbrandenburgern dagegen nahezu zeitgleich, die Schweden würden den Kurfürsten in seinem Anspruch auf Minden unterstützen: Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Februar 25, APW II A 5, Nr. 277, S. 547. Möglicherweise spielten die Kurbrandenburger in dieser Angelegenheit Schweden und Kaiserliche gegeneinander aus.

²⁷³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 25, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 491^r.

²⁷⁴ Ebd., fol. 491^r-492.

²⁷⁵ Ebd., fol. 492.

²⁷⁶ Ebd., fol. 493-493^r.

²⁷⁷ Ebd., fol. 493^r.

werden, würden die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg nichts fordern.²⁷⁸ Sollte dieser Status aber ohne Zustimmung der vornehmlich Betroffenen – nicht zuletzt der welfischen Koadjutoren – geändert werden, so seien diese nicht weniger als Kurbrandenburg befugt, eine Entschädigung zu verlangen.²⁷⁹ Für den zweiten Fall forderte man die Stifter Hildesheim, Minden und Osnabrück.²⁸⁰ Außerdem behielt man sich ausdrücklich Gegenmittel vor, sollte diesem Begehrt nicht stattgegeben werden.²⁸¹ Langenbeck und Lampadius waren deutlich darum bemüht, die Rechtmäßigkeit der im Namen ihrer Herren aufgestellten Entschädigungsforderungen zu erweisen.

Mündlich fügten die welfischen Gesandten bei ihrer Audienz am 25. Februar 1647 gegenüber den Kaiserlichen hinzu, die Herzöge forderten keine Erbgerichtsbarkeit an den drei genannten Stiftern und seien bereit, sie in dem Stand zu belassen, in dem sie sich 1624 befunden hätten.²⁸² Der Kurfürst zu Köln könne Zeit seines Lebens Bischof von Hildesheim bleiben, doch solle ein Herzog des Hauses Braunschweig-Lüneburg zum Koadjutor und Nachfolger gewählt werden. Auch wolle man wegen des Stifts Ratzeburg die Forderung eines weiteren Äquivalents vorbehalten haben, falls dieses dem Herzog von Mecklenburg gegeben werden würde.²⁸³ Der Verzicht auf eine erbliche Überlassung der als Entschädigung genannten Stifter sollte sicherlich den Widerstand gegen die welfischen Forderungen reduzieren.

Zunächst drangen Langenbeck und Lampadius mit ihren Forderungen jedoch nicht weit. Volmar bestritt die Rechte der welfischen Koadjutoren an Magdeburg und Halberstadt und fügte hinzu, die Welfenherzöge sollten sich glücklich schätzen, wenn ihre Erbländer unangetastet blieben.²⁸⁴ Er blieb damit bei der Antwort, welche die Kaiserlichen dem Magdeburger und den welfischen Gesandten bereits bei ihrer Audienz am 8. Februar gegeben hatten. Schon bei dieser Gelegenheit hatten sie folgendes Argument vorgebracht: Man müsse, um Frieden zu haben, die Stifter Magdeburg und Halberstadt abtreten, denn es sei besser, für die Entschädigung auf Reichsstifter zurückzugreifen, auf welche niemand besondere Ansprüche erheben könne, als auf anderer Reichsstände Erbländer.²⁸⁵ Dies wiederholten sie nun ausführlich.²⁸⁶ Zudem verwiesen die Kaiser-

²⁷⁸ Ebd., fol. 494.

²⁷⁹ Ebd., fol. 494-494^r.

²⁸⁰ Ebd., fol. 494^r.

²⁸¹ Ebd., fol. 495.

²⁸² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 März 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 497-497^r, Protokoll, Beilage 3 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Februar 25, S. 554.

²⁸³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 März 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 497^r, Protokoll, Beilage 3 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Februar 25, S. 553f.

²⁸⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 März 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 497^r-498. Von einer in dieser Schärfe vorgebrachten Ablehnung berichteten die Kaiserlichen nichts: Protokoll, Beilage 3 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Februar 25, S. 552-555.

²⁸⁵ Protokoll, Beilage 2 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Februar 11, APW II A 5, Nr. 253, S. 502-504.

²⁸⁶ Protokoll, Beilage 3 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Februar 25, S. 554f.

lichen den welfischen Gesandten gegenüber auf den Umstand, die Koadjutorwahl für Magdeburg – von derjenigen für Halberstadt hatten sie noch keine Kenntnis²⁸⁷ – sei erst dann erfolgt, als am Friedenskongress bereits über den künftigen Verbleib des Erzstifts verhandelt worden wäre; damit schade diese Wahl dem Friedenswerk.²⁸⁸ Die Kaiserlichen versuchten den späten Zeitpunkt der Wahl also durchaus gegen den welfischen Anspruch geltend zu machen. Dieses Argument war im Vergleich zu dem zuerst genannten jedoch nachrangig und wurde eher am Rande angebracht. Die Kaiserlichen begründeten ihre Zurückweisung der welfischen Forderungen stattdessen hauptsächlich mit dem notwendigen Frieden.

Lampadius und Langenbeck traten dieser Ablehnung mit einem umfänglichen Vortrag entgegen. Sie antworteten, sie seien durchaus in der Lage, die Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen zu belegen und vernähmen mit Verwunderung, ihre Herren sollten es als Gewinn erachten, wenn sie ihre Erbländer behalten dürften.²⁸⁹ Die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg hätten mit dem jetzigen Krieg nichts zu schaffen, weshalb es größtes Unrecht bedeute, ihnen ihr Land zu nehmen. Die Katholischen, die bis über beide Ohren in den Krieg verwickelt seien, sollten den Frieden mit ihren eigenen Ländern erkaufen.²⁹⁰ Die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg hätten kaiserliche und königliche Vorfahren und würden sich dieserart nicht beschimpfen und ihre Rechte entziehen lassen. Sollte man versuchen, ihnen diese zu nehmen, wollten sie sich alle zulängenden Gegenmaßnahmen vorbehalten.²⁹¹ Die welfischen Gesandten betonten hochadlige Abstammung und Status ihrer Herren, um deren Anrecht auf eine standesgemäße Behandlung zu untermauern. Lampadius wertete das Gespräch mit den Kaiserlichen trotz deren zunächst ablehnender Haltung als Erfolg. Seinem Herrn schrieb er, Langenbeck habe sich sehr klug und tapfer verhalten, weshalb die Kaiserlichen schließlich nicht mehr gewusst hätten, was sie entgegnen sollten. Sie hätten die beiden welfischen Gesandten daher zuletzt freundlich entlassen.²⁹²

Die katholisch-reichsständischen Vertreter reagierten auf die Forderungen der Welfen in Lampadius' Augen erschreckt. Zwar wusste er noch nicht, was sie zu tun gedachten, doch vermerkte er, es sei Hektik unter ihnen ausgebrochen.²⁹³ Langenbeck und er hatten auch einige Katholische,

²⁸⁷ Volmar berichtete über die am 20. Februar geschehene Koadjutorwahl erst am 18. März: Volmar an Nassau, Osnabrück 1647 März 18, APW II A 5, Nr. 316, S. 628f.

²⁸⁸ Protokoll, Beilage 2 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Februar 11, APW II A 5, Nr. 253, S. 503, Protokoll, Beilage 3 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Februar 25, S. 554.

²⁸⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 März 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 498-498'.

²⁹⁰ Ebd., fol. 498', Protokoll, Beilage 3 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Februar 25, S. 555.

²⁹¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 März 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 499, Protokoll, Beilage 3 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Februar 25, S. 555.

²⁹² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 März 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 499'. Davon berichteten die Kaiserlichen nichts.

²⁹³ Ebd.

unter ihnen den Kanzler und Vertreter des Bistums Hildesheim, im Vorfeld um Unterstützung für ihre Forderung ersucht, Magdeburg und Halberstadt nicht an Kurbrandenburg fallen zu lassen. Nach Lampadius' Eindruck hatten die Katholischen dies jedoch kaum beherzigt und sich wenig darum bemüht.²⁹⁴ Dementsprechend scheint er die nun von ihm bei den Katholischen diagnostizierte Verwirrung mit einer gewissen Genugtuung vermerkt zu haben.

Die Schweden bekräftigten Ende Februar zwar erneut ihre Unterstützung für die welfischen Forderungen, doch war Oxenstierna nun schon seit einigen Wochen krank, was Lampadius als echtes Unglück betrachtete, da er in Oxenstierna nicht nur einen Eiferer für die gemeinsame lutherische Konfession, sondern auch einen Freund Christian Ludwigs erblickte.²⁹⁵

Von den Franzosen ließ sich dies nicht behaupten. Obwohl Oxenstierna ihm berichtet hatte, insbesondere d'Avaux setze sich für eine Entschädigung Kurbrandenburgs mit Magdeburg und Halberstadt ein, besuchte Lampadius den französischen Gesandten, um ihm die Angelegenheiten der Herzöge anzuempfehlen.²⁹⁶ D'Avaux äußerte sich darauf zwar allgemein positiv über die Welfenherzöge, erklärte aber, aufgrund seines Gewissens nicht gegen katholische Stifter verhandeln zu können.²⁹⁷ Lampadius erwiderte, die Frage betreffe nicht die katholische Konfession, sondern Land und Leute. Wenn ihn sein Gewissen hindere, den Welfen zu der begehrten Entschädigung zu verhelfen, so hindere es ihn gewiss nicht, die Stifter Magdeburg, Halberstadt und Ratzeburg in ihrem Stand bewahren zu helfen. Aber er konnte den französischen Gesandten damit nicht überzeugen. Lampadius zog Christian Ludwig gegenüber darauf erneut das Fazit, die Evangelischen könnten sich nicht sehr auf Frankreich verlassen. Kämpften die Franzosen andernorts mit Waffen gegen die Katholischen, so verteidigten sie diese doch am Kongress mit ihren Beschlüssen.²⁹⁸ Damit lag Lampadius auch in dieser Frage nicht falsch. Tatsächlich bekundete d'Avaux den Kaiserlichen gegenüber mehrfach, die Stifter Osnabrück und Minden dürften keinesfalls an Protestanten abgetreten werden.²⁹⁹

Insgesamt war damit ein Erfolg der Bemühungen um eine Entschädigung äußerst ungewiss, weshalb sich Lampadius Anfang März 1647 wiederum zu der Feststellung veranlasst sah, er habe stets befürchtet, die Wolke der Satisfaktionen verursache einmal einen großen Platzregen. Dies sei nun eingetroffen, weshalb Gott ihnen helfen möge.³⁰⁰ Der Umstand, dass dies eine der wenigen Stellen in Lampadius' umfangreichen Relationen ist, an denen er ein solches Stoßgebet

²⁹⁴ Ebd., fol. 500.

²⁹⁵ Ebd., fol. 500-500^r.

²⁹⁶ Ebd., fol. 500^r. Darüber berichteten die Franzosen nichts.

²⁹⁷ Ebd., fol. 500^r-501.

²⁹⁸ Ebd., fol. 501.

²⁹⁹ S. etwa Protokoll, Beilage 2 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 März 18, APW II A 5, Nr. 319, S. 633, Volmar an Nassau, Osnabrück 1647 März 25, APW II A 5, Nr. 338, S. 664.

³⁰⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 März 1, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 501^r.

formulierte, lässt erahnen, als wie schwierig er die Situation beurteilt und wie sehr ihn dies belastet haben mag.

Die Sorgen waren begründet, denn auch das Gespräch mit den Kaiserlichen wirkte sich keineswegs so positiv aus, wie Lampadius dies wohl erhofft hatte. Mitte März musste er konstatieren, die kaiserlichen Gesandten bemühten sich seit der Übergabe des Memorials mit den welfischen Forderungen, die Schweden von deren Unterstützung abzubringen.³⁰¹ Dies berichtete Oxenstierna Lampadius und versicherte zugleich, diesen kaiserlichen Bestrebungen nicht nachzugeben.³⁰² Um trotz des Widerstands eine Durchsetzung der welfischen Forderungen zu erwirken, bat Lampadius Oxenstierna nun, die Entschädigung für das Haus Braunschweig-Lüneburg mit der schwedischen Satisfaktion zu verknüpfen und die Kaiserlichen zu einer Stellungnahme dazu aufzufordern, was Oxenstierna versprach.³⁰³

In der Tat hatten die Kaiserlichen nach den Gesprächen mit den welfischen Gesandten im Februar beschlossen, hinsichtlich der welfischen Forderungen „ferner alle thuenliche einwendungen zu ergreifen, ob diese neue zumuetungen möegten auß dem weeg gehalten werden.“³⁰⁴ Demgemäß hatten die Kaiserlichen am 1. März 1647 die Sachsen-Altenburger, Sachsen-Weimarer und den Kulmbacher zu sich gebeten, um sie dazu aufzufordern, die welfischen Gesandten von ihren Entschädigungsforderungen abzumahnen.³⁰⁵ Dies sagten die genannten reichsständischen Gesandten auch zu und erklärten darüber hinaus, sie hätten entsprechende Schritte bereits von sich aus unternommen.³⁰⁶ Ferdinand III. war mit der unumwundenen Ablehnung der welfischen Forderungen sehr zufrieden.³⁰⁷

Die Unterstützung der Schweden trug aus Lampadius' Sicht wesentlich zur Entscheidung der Kaiserlichen von Mitte März bei, den Welfenherzögen nun doch prinzipiell eine Entschädigung zuzugestehen.³⁰⁸ Diese Einschätzung war grundsätzlich korrekt. Oxenstierna hielt sein Wort und ließ den kaiserlichen Gesandten mitteilen, sein Kollege und er wünschten neben anderen Fragen nun eine positive Entscheidung hinsichtlich der welfischen Entschädigung zu erhalten, vorher

³⁰¹ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Osnabrück 1647 März 15, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 7-7'.

³⁰² Ebd., fol. 7'. Darüber berichteten die Schweden nichts.

³⁰³ Ebd., fol. 9'-10. Darüber berichteten die Schweden nichts.

³⁰⁴ Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Februar 25, APW II A 5, Nr. 277, S. 548.

³⁰⁵ Protokoll, Beilage A zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 März 4, Nr. 290, S. 585f.

³⁰⁶ Ebd., S. 586.

³⁰⁷ Ferdinand III. an Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar, Preßburg 1647 März 12, APW II A 5, Nr. 307, S. 618.

³⁰⁸ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Osnabrück 1647 März 15, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 9'.

würden sie nicht weiter verhandeln.³⁰⁹ Allerdings geschah dies erst am 20. März. Zwei Tage zuvor bereits hatte Trauttmansdorff jedoch den Kaiser knapp wissen lassen, er müsse dem Haus Braunschweig-Lüneburg nun doch entgegenkommen, „dan sie khünen daß werkh schwär undt ringer machen“.³¹⁰ Der anhaltende Druck hatte also schon kurz zuvor zum von den Welfen erwünschten Ergebnis geführt. Die Kaiserlichen ließen den Schweden daher auf ihre Forderung vom 20. März antworten, man wolle sich über die welfische Entschädigung mit den Schweden verständigen und somit „gerne dem fürstlichen hauß Braunschweig Lüneburg dienen, wo man könnte.“³¹¹ Das Einlenken der Kaiserlichen war also wohl hauptsächlich dem nicht nachlassenden Drängen Schwedens zu verdanken. Hinzu kam möglicherweise die zunehmend unsicherere Position des Kaisers infolge des Ulmer Waffenstillstands, dessen Abschluss sich gerade abzeichnete. Dieser Waffenstillstand des bayrischen Kurfürsten mit den beiden Kronen sollte den Kaiser zunächst ohne nennenswerte Verbündete im Reich zurücklassen.³¹² Ferdinand III. benannte den Waffenstillstand wenig später auch ausdrücklich als Grund für weitere Konzessionen. Seinen Gesandten teilte er am 25. März mit, sie sollten sich „weder wegen der Pfälzischen sach noch auch Minden oder Oßnabrugg, deßgleichen in den gravaminibus, ausser waß meine erblandt (darinen ich einige autonomiam nit zuezulassen, eß geh auch, wie es wolle, sonder vil lieber alles aufzuesezen resolviert) und den geistlichen vorbehalt concerniert, nit aufzuehalten“.³¹³ Nur noch die kaiserlichen Hauptforderungen sollten ernsthaft verteidigt werden. Zu diesen gehörte die welfische Entschädigungsfrage definitiv nicht, weshalb ein Nachgeben in dieser Frage implizit gestattet worden war. Das Handeln Trauttmansdorffs wurde also im Nachhinein bestätigt. Dieses Nachgeben der Kaiserlichen bedeutete immerhin schon einmal einen wichtigen Teilerfolg für Langenbeck und Lampadius. Die beiden welfischen Gesandten wollten nun eigentlich abwarten, welche Vorschläge genau die Kaiserlichen ihnen unterbreiten würden.³¹⁴ Bei diesem Entschluss blieb es allerdings nicht lange. In der zweiten Märzhälfte verfassten Langenbeck und Lampadius ein weiteres Schriftstück wegen der Entschädigung für ihre Herren, welches sie am 26. März 1647 den Schweden übergaben, die nochmals ihre Hilfe zusagten.³¹⁵ Möglicherweise

³⁰⁹ Trauttmansdorff und Volmar an Nassau, Osnabrück 1647 März 21, APW II A 5, Nr. 325, S. 643, Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 März 21, APW II A 5, Nr. 328, S. 647.

³¹⁰ Trauttmansdorff an Ferdinand III., Osnabrück 1647 März 18, APW II A 5, Nr. 317, S. 630.

³¹¹ Trauttmansdorff, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 März 21, APW II A 5, Nr. 328, S. 647.

³¹² S. unten, Kap. 7, S. 296f.

³¹³ Ferdinand III. an Trauttmansdorff, Preßburg 1647 März 25, APW II A 5, Nr. 337, S. 662.

³¹⁴ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Osnabrück 1647 März 15, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 10-10^r.

³¹⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 März 29, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 72.

beruhte diese Entscheidung auf weiteren Anweisungen Friedrichs und Christian Ludwigs.³¹⁶ Dafür spricht auch der Inhalt dieses neuen Schriftstücks, in dem die welfischen Gesandten ihre Forderungen etwas erweiterten und den Erhalt Mindens in den Vordergrund stellten. Ihre Taktik blieb dabei dieselbe. Für die Rechte, welche das Haus Braunschweig-Lüneburg an den Erzstiftern Bremen und Magdeburg aufgab, verlangte man nun das Stift Minden und wollte unter anderem auch die Lande, welche die Herzöge dem Stift Halberstadt übertragen hatten, zurückerhalten.³¹⁷ Außerdem behielt man sich die Forderung weiterer Entschädigungen vor, sollte auch das Stift Ratzeburg den Herzögen entzogen werden.³¹⁸

Nachdem die Schweden den Kurbrandenburgern diese Forderungen vorgestellt hatten, beschwerte sich Graf Sayn-Wittgenstein über Oxenstierna und meinte, die schwedischen Gesandten hätten seinen Kollegen und ihm geradezu befohlen, auf das Stift Minden zu verzichten.³¹⁹ Die beiden welfischen Gesandten erfuhren dies von den Sachsen-Altenburgern und Sachsen-Weimarern, die Langenbeck und Lampadius ersuchten, auf Minden zu verzichten und dafür in Aussicht stellten, sich gemeinsam mit den Kurbrandenburgern für eine Entschädigung des Welfenhauses mit Osnabrück einzusetzen.³²⁰ Dies veranlasste Langenbeck und Lampadius wiederum zu der Klage, der Kurfürst von Brandenburg behandle das Haus Braunschweig-Lüneburg sehr unfreundlich.³²¹ Es sei unverständlich, warum das Welfenhaus den Schaden ersetzen sollte, der dem Kurfürsten durch den Verlust Pommerns entstehe.³²² Die Sachsen-Altenburger und Sachsen-Weimarer reagierten ausweichend. Sie äußerten, entweder die Kurbrandenburger von ihrer Forderung nach dem Stift Minden abbringen oder Christian Ludwig zum Stift Osnabrück verhelfen zu wollen.³²³ Wirkliche Unterstützung von dieser Seite schien noch immer nicht zu erwarten zu sein.

Gegen Ende März vertröstete Trauttmansdorff Langenbeck erneut, die Kaiserlichen wollten das Haus Braunschweig-Lüneburg gern in guter Ergebntheit erhalten und ihm ein Äquivalent geben, er könne aber noch nicht sagen, was und wie viel.³²⁴ Das Tuch, von dem das Äquivalent genommen werden müsse, sei fast verschnitten. Er wolle sich deshalb mit der Krone Schweden be-

³¹⁶ Aufgrund der Schäden des Bestandes lässt sich dies nicht nachweisen. Für den Zeitraum zwischen dem 11. Januar und dem 22. Mai 1647 musste deshalb auf Lampadius' Abschriften seiner Relationen zurückgegriffen werden, in denen die Korrespondenz nicht enthalten ist.

³¹⁷ Entschädigungsforderungen Lampadius' und Langenbecks im Namen der Welfenherzöge, Osnabrück 1647 März 26, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 83-83'.

³¹⁸ Ebd., fol. 84.

³¹⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 März 29, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 72-72'.

³²⁰ Ebd., fol. 72'.

³²¹ Ebd., fol. 73.

³²² Ebd., fol. 73-73'.

³²³ Ebd., fol. 74.

³²⁴ Ebd., fol. 77-77'. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

sprechen, an der das Haus Braunschweig-Lüneburg einen großen Freund habe. Auch seien die Kurbayrischen geneigt, das Äquivalent für das Haus Braunschweig-Lüneburg zu befördern.³²⁵

An der guten Affektion der Schweden bestand für Lampadius kein Zweifel. In der Tat war Johan Oxenstierna Ende März von seinem Vater, dem schwedischen Reichskanzler Axel Oxenstierna, ausdrücklich dazu angewiesen worden, dem Haus Braunschweig-Lüneburg alle mögliche Assistenz zu erweisen.³²⁶ Neben den positiven Erfahrungen, die er bei der Entschädigungsfrage bislang vor allem mit Oxenstierna gemacht hatte, erfuhren Lampadius und Langenbeck zudem Ende März von dem schwedischen Gesandten, Salvius und er hätten Befehl von ihrer Königin, die vertraute Freundschaft mit dem Haus Braunschweig-Lüneburg zu erhalten und demselben alle mögliche Assistenz zu erweisen.³²⁷ Mit dieser Bekundung beabsichtigten die beiden Schweden, bei den Welfen die Bereitschaft zur weiteren Unterstützung der schwedischen Anliegen zu erhöhen.³²⁸

Anfang April zeichnete sich weiter ab, welche Entschädigung sich für die Welfenherzöge würde erzielen lassen. Während die Widerstände gegen den welfischen Anspruch auf Minden auch bei den Evangelischen sehr groß waren, erhielten Lampadius und Langenbeck bei ihrer Forderung auf Osnabrück nun sogar ‚offizielle‘ Unterstützung von ihnen. Am 11. April 1647 ersuchten die evangelischen Deputierten d’Avaux, den Bischof von Osnabrück in seinem Widerstand gegen eine Abtretung dieses Stifts nicht länger zu unterstützen.³²⁹ Der französische Gesandte sagte zu, den Evangelischen das Stift Osnabrück ohne Widerrede zu überlassen, sollten die Kaiserlichen damit einverstanden sein.³³⁰

Einen Tag später berichteten die evangelischen Deputierten dies den Kaiserlichen, die ihre Ablehnung, Osnabrück an einen evangelischen Administrator zu geben, mit der Weigerung der Franzosen begründet hatten. Angesichts der Auskunft d’Avaux’ forderten die Deputierten die Kaiserlichen auf, den Frieden wegen Osnabrück nun nicht länger aufzuhalten. Trauttmansdorff zweifelte jedoch an der Zustimmung des französischen Gesandten und versuchte stattdessen, die Evangelischen zu überzeugen, sie hätten bei den Friedensverhandlungen bereits genug erhalten, was wiederum auf den Einspruch der evangelischen Deputierten traf.³³¹ Die Kaiserlichen

³²⁵ Ebd., fol. 77’.

³²⁶ Axel Oxenstierna an Johan Oxenstierna, Stockholm 1647 März 23, APW II C 3, Nr. 171, S. 341.

³²⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 März 29, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 77’-78.

³²⁸ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 April 1, APW II C 3, Nr. 178, S. 355.

³²⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 April 12, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 111.

³³⁰ Ebd., fol. 111-111’. Darüber berichteten die Franzosen nichts. D’Avaux beschwerte sich lediglich über Oxensternas Parteinahme für die Interessen der Protestanten: Memorandum d’Avaux’ [für Ludwig XIV.], Osnabrück 1647 April 15, APW II B 5/2, Nr. 227, S. 1066.

³³¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 April 19, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 160, Protokoll, Beilage 1 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane, Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 April 15, APW II A 6/1, Nr. 33, S. 147-149.

widersprachen zudem auch, ihr Einverständnis von der Zustimmung der Franzosen abhängig gemacht zu haben.³³²

Noch am selben Tag ließ d’Avaux die Sachsen-Altenburger, Sachsen-Weimarer und Lampadius rufen und erklärte, die Kaiserlichen hätten sich über seine Zusage beschwert und ausrichten lassen, sie wollten das Stift Osnabrück nicht an die Evangelischen geben. Daher wollte sich d’Avaux an sein Wort nicht gebunden fühlen, worüber es zu einer heftigen Auseinandersetzung mit den anwesenden evangelischen Gesandten kam.³³³

Nun waren Langenbeck und Lampadius bemüht, sich der Unterstützung der Schweden noch weiter zu versichern. Am 17. April 1647 sagten ihnen Salvius und Oxenstierna erneut zu, für Christian Ludwig entweder Minden oder Osnabrück erhalten zu wollen, und zwar sogar in säkularisierter, also erblicher Form.³³⁴ Dieses Engagement für das Haus Braunschweig-Lüneburg schien besonders auf Oxenstierna zurückzugehen, von dem Lampadius seinem Herrn berichtete, er sei dem Welfenhaus auch öffentlich sehr zugetan und lobe Dritten gegenüber dessen redliche Beschlüsse und Aktionen.³³⁵

Elf Tage später bereits musste Salvius seine und Oxenstiernas Zusage relativieren. Er erklärte, sie könnten sich Kurbrandenburg wegen des Stifts Minden aus zwei Gründen nicht widersetzen: Zum einen, weil die Krone Schweden Pommern von Kurbrandenburg erlangt habe, und zum anderen, weil die Kaiserlichen dem Kurfürsten Minden bereits als Teil seiner Entschädigung versprochen hätten. Wegen Osnabrück aber hätten Oxenstierna und er in den Verhandlungen mit d’Avaux inzwischen eine Alternation vorgeschlagen. Franz Wilhelm von Wartenberg sollte dabei Zeit seines Lebens Bischof von Osnabrück bleiben, ihm dann aber ein evangelischer Administrator nachfolgen. Danach sollten sich immer ein katholischer Bischof und ein evangelischer Administrator abwechseln. Zwar habe d’Avaux eine solche Alternation noch nicht zugestehen wollen, doch wollten Oxenstierna und er in dieser Forderung nicht nachgeben.³³⁶ Auch Königin Christina sprach sich im Mai dafür aus, das Stift Osnabrück müsse den Evangelischen zugestanden werden – allerdings sollten ihre Gesandten deshalb im Zweifelsfall keinen Bruch der Verhandlungen riskieren.³³⁷ Diese Order wurde noch im Juni bestätigt, obgleich die Kaiserlichen zu dem Zeitpunkt diesbezüglich bereits nachgegeben hatten.³³⁸

³³² Protokoll, Beilage 1 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane, Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 April 15, APW II A 6/1, Nr. 33, S. 148.

³³³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 April 19, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 160^r. Darüber berichteten die Franzosen nichts.

³³⁴ Ebd., fol. 161-161^r. Darüber berichteten die Schweden nichts.

³³⁵ Ebd., fol. 161^r.

³³⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 4, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 235, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Mai 13, APW II C 3, Nr. 216, S. 416.

³³⁷ Königin Christina an Johan Oxenstierna und Salvius, Stockholm 1647 Mai 11, APW II C 3, Nr. 212, S. 411.

³³⁸ Königin Christina an Johan Oxenstierna und Salvius, Stockholm 1647 Juni 1, APW II C 3, Nr. 228, S. 434f.

Lampadius kommentierte diese Entwicklung in seinem Bericht, man munkte, die Kaiserlichen hätten den Kurbrandenburgern ein solch übermäßiges Äquivalent und insbesondere das Stift Minden bewilligt, damit sie selbst das Herzogtum Jägerndorf behalten könnten.³³⁹ Sein Unmut richtete sich vor allem gegen die Kaiserlichen, nicht gegen die Schweden.

Damit stand Ende April fest, dass die Aussichten, für die Welfenherzöge Minden zu bekommen, äußerst gering waren. Lampadius und Langenbeck, die auf Anraten der Schweden eine neue Version der welfischen Forderungen verfassten, nannten daher Minden darin nicht mehr.³⁴⁰

In ihrem neuen Gutachten folgten die beiden welfischen Gesandten zunächst dem Vorschlag der Schweden, eine Alternation im Stift Osnabrück einzurichten. Zum Nachfolger Franz Wilhelm von Wartenbergs sollte der jüngste Bruder Christian Ludwigs, Ernst August, bestellt werden.³⁴¹

Daneben traten einige neue Forderungen, etwa die nach den Klöstern Walkenried³⁴² und Grönningen.³⁴³ Ansonsten waren die Wünsche eher bescheiden. Langenbeck und Lampadius bedingten die Wahrung der Rechte der Herzöge in verschiedenen benachbarten Territorien, nämlich im Bistum Halberstadt und in der Grafschaft Reinstein³⁴⁴ und verlangten eine Rückgabe einiger schaumburgischen Güter, die der Graf von Schaumburg 1573 von den Herzögen zu Lehen erhalten hatte, sowie das Amt Sachsenhagen.³⁴⁵ Diese als welfische Lehen zurückgeforderten schaumburgischen Güter waren die Ämter Lauenau, Bokeloh, Mesmerode sowie die Stadt Oldendorf und die Vogteien Fischbeck und Lachem.³⁴⁶ Abgesehen von Sachsenhagen handelte es sich bei den von Langenbeck und Lampadius geforderten ‚schaumburgischen Gütern‘ also nicht um Teile der vier insgesamt umstrittenen schaumburgischen Ämter. Darüber hinaus sollte die Tillysche Forderung aufgehoben werden³⁴⁷ und die Stifter Magdeburg und Halberstadt sollten zumindest nicht säkularisiert und damit erblich gemacht werden.³⁴⁸ Als Beilagen zur schriftlichen Fassung mit ihren neuen Forderungen übergaben Langenbeck und Lampadius Abschriften ver-

³³⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 4, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 235. Damit lag Lampadius richtig: BRAUNGART: Kongreßdiplomatie, S. 473.

³⁴⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 4, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 235'-236.

³⁴¹ Entschädigungsforderungen Lampadius' und Langenbecks im Namen der Welfenherzöge, Osnabrück 1647 Mai 4, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 248.

³⁴² Walkenried verfügte als reichsunmittelbares Stift auch über Sitz und Stimme im Obersächsischen Kreis und hatte unter anderem bereits unter der Herrschaft Herzog Heinrich Julius' von Braunschweig-Lüneburg gestanden: HERSE: Erwerbung, S. 182, STREICH: Stift, S. 197-199, 217f.

³⁴³ Entschädigungsforderungen Lampadius' und Langenbecks im Namen der Welfenherzöge, Osnabrück 1647 Mai 4, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 248'.

³⁴⁴ Ebd., fol. 248'-249.

³⁴⁵ Ebd., fol. 249'-250.

³⁴⁶ Vertrag zwischen Herzog Erich von Braunschweig-Lüneburg und Graf Otto von Schaumburg, Neustadt 1573 April 20, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 261-261.

³⁴⁷ Entschädigungsforderungen Lampadius' und Langenbecks im Namen der Welfenherzöge, Osnabrück 1647 Mai 4, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 250-250'.

³⁴⁸ Ebd., fol. 250'.

schiedener Urkunden, mit denen sie die Ansprüche der Herzöge auf das Kloster Gröningen sowie die genannten schaumburgischen Ämter belegen wollten.³⁴⁹

Oxenstierna stimmte den neuen Forderungen zu und erbot seine volle Unterstützung.³⁵⁰ Am 7. Mai 1647 sprach Lampadius mit Salvius über die Fortschritte in den Entschädigungsverhandlungen zwischen Kaiserlichen und Schweden, bei denen Oxenstierna und Salvius weiter die welfische Seite vertraten. Die Kaiserlichen, berichtete der schwedische Gesandte, hatten neben der Zusage, die Tillysche Forderung aufzuheben, noch ein weiteres Angebot gemacht. Sie wollten – ähnlich wie der Krone Schweden als neuem Reichsstand – auch den Welfenherzögen künftig freistellen, ob sie am Reichskammergericht oder vor dem Kaiserhof zu Gericht stehen wollten. Diese Freistellung wollten die Kaiserlichen allerdings nicht als Klausel in den Friedensvertrag aufnehmen, sondern den Herzögen dafür ein Privileg erteilen. Lampadius beurteilte dieses Angebot als eine stattliche und für das Welfenhaus sehr nützliche Gabe.³⁵¹

Langenbeck wurde dieses Anerbieten von den Kaiserlichen direkt bestätigt.³⁵² Zudem erklärten sich die Kaiserlichen einverstanden, Christian Ludwigs jüngsten Bruder Ernst August zum Koadjutor des Stifts Osnabrück und damit zu Franz Wilhelm von Wartenbergs Nachfolger wählen zu lassen.³⁵³ Trauttmansdorff hatte Volmar bereits am 30. April 1647 geschrieben, weder wegen der Tillyschen Schuld noch der Alternation im Stift Osnabrück sei der Frieden weiter aufzuhalten.³⁵⁴ Zwar hatte Trauttmansdorff wegen der Tillyschen Schuld Bedenken, doch überwog für ihn die Überlegung, man müsse dem Haus Braunschweig-Lüneburg in dieser Frage nachgeben, „dan sie, Braunschweiger, machen unß alle difficulteten im ganzen fridenschluss.“³⁵⁵ Auch für eine Entschädigung der Welfen mit einem Privileg *De electione fori*, mittels dessen die Herzöge künftig auswählen konnten, vor welchem der beiden höchsten Reichsgerichte sie zu Gericht stehen wollten, sprachen sich die kaiserlichen Gesandten am 4. Mai aus.³⁵⁶ Trauttmansdorff bestätigte am 6. Mai, das Haus Braunschweig-Lüneburg solle die Aufhebung der Tillyschen Schuld, die Alternation in Osnabrück sowie – sofern sie die Schweden zum Einlenken animierten – ein

³⁴⁹ Vertrag zwischen Herzog Heinrich Julius von Braunschweig-Lüneburg und dem Abt zu Corvey, Corvey 1593 August 13, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 254-256, Vertrag zwischen Herzog Erich von Braunschweig-Lüneburg und Graf Otto von Schaumburg, Neustadt 1573 April 20, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 261-264.

³⁵⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 4, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 236'. Darüber berichteten die Schweden nichts.

³⁵¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 6. Die Schweden berichteten darüber nichts.

³⁵² Ebd. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts. Allerdings vermerkten sie, den Gesandten der Welfen ihre Entschädigung in Aussicht gestellt zu haben, worauf sich diese eifrig bereit zur Beförderung des Friedens bei den Schweden gezeigt hätten: Lamberg, Krane, Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1647 Mai 7, APW II A 6/1, Nr. 73, S. 310.

³⁵³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 6-6'.

³⁵⁴ Trauttmansdorff an Volmar, Münster 1647 April 30, APW II A 6/1, Nr. 54, S. 245f.

³⁵⁵ Trauttmansdorff an Ferdinand III., Münster 1647 April 30, APW II A 6/1, Nr. 55, S. 247.

³⁵⁶ Lamberg, Krane, Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1647 Mai 4, APW II A 6/1, Nr. 66, 284f.

Privileg De electione fori erhalten.³⁵⁷ Die Schweden erfuhren auch bald von diesem Zugeständnis der Kaiserlichen und erhofften sich die welfische Unterstützung für die schwedischen Anliegen, jetzt, da dem Haus Braunschweig-Lüneburg das Stift Osnabrück mit Alternation zugesagt worden war.³⁵⁸ Wenige Tage später sollte ein Treffen der beiden welfischen mit kaiserlichen und schwedischen Gesandten stattfinden, um die Entschädigung für die Welfenherzöge endgültig abzuhandeln. Lampadius wollte dabei Originalurkunden vorlegen, die ein Abkommen zwischen dem Haus Braunschweig-Lüneburg und den Grafen von Schaumburg betrafen, welche er daher aus Hannover zu bekommen wünschte.³⁵⁹

Als Reaktion auf den Bericht und Lampadius' Ankündigung zeigte sich die Regierung zu Hannover in einem Schreiben vom 11. Mai 1647 über die Entwicklungen in der Entschädigungsfrage erfreut.³⁶⁰ Allerdings erklärte man Lampadius, die gewünschten Originaldokumente zu den schaumburgischen Angelegenheiten nicht versenden zu können, da man sie bei einer Zusammenkunft mit Vertretern Graf Philipps zur Lippe, des Onkels mütterlicherseits des letzten Grafen von Schaumburg und Regent der verbliebenen schaumburgischen Allodialgüter,³⁶¹ am 20. Mai in Lauenau benötigte. Dort sollte der Versuch eines gütlichen Vergleichs unternommen werden. Lampadius erhielt daher nur Kopien, die er zwar vorzeigen sollte, um die Forderung besser zu begründen. Allerdings sollte er ohnehin auf dem Erhalt der drei Ämter Schaumburg, Stadthagen und Bückeburg als Teil der Entschädigung bestehen. Nur, wenn diese Ämter gar nicht zu erhalten sein würden, wollte man sich mit der Rückgabe der in den Verträgen erwähnten Teile zufriedengeben. Mit der Alternation im Stift Osnabrück war man einverstanden, ebenso mit dem Erhalt des Klosters Walkenried.³⁶² Insgesamt befand die Regierung Christian Ludwigs die Entschädigung jedoch als einen nur geringen Ausgleich für den erlittenen Verlust, weshalb sie Lampadius ermahnte, sowohl die genannten schaumburgischen Ämter als auch einige Ämter vom Stift Hildesheim zu erlangen.³⁶³

Am 18. Mai 1647 vermeldete Lampadius weitere Neuigkeiten. Das Kloster Gröningen im Stift Halberstadt war den Welfenherzögen inzwischen von den Kaiserlichen zugestanden worden. Daneben wollten Langenbeck und Lampadius auch das Kloster Kemnade wieder zurückfordern, das

³⁵⁷ Trauttmansdorff an Lamberg, Krane, Volmar, Münster 1647 Mai 6, APW II A 6/1, Nr. 69, S. 291f.

³⁵⁸ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Mai 13, APW II C 3, Nr. 216, S. 416.

³⁵⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 6'.

³⁶⁰ Kanzler und Räte zu Hannover an Lampadius, Hannover 1647 Mai 11, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 9.

³⁶¹ GREVE: Teilungsgeschichte, S. 84, STEINWASCHER: Schaumburg, S. 415.

³⁶² Kanzler und Räte zu Hannover an Lampadius, Hannover 1647 Mai 13, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 12.

³⁶³ Ebd., fol. 12-14.

von Herzögen der ausgestorbenen wolffenbütteler Linie veräußert worden war.³⁶⁴ Als Ersatz für das Stift Ratzeburg waren die Kaiserlichen bereit, den Welfenherzögen die Alternation im Stift Osnabrück einzuräumen.³⁶⁵ Die Verhandlungen darüber waren zwar noch nicht abgeschlossen, doch Lampadius glaubte, man würde eher das Stift Osnabrück mit der Alternation erhalten als ein einziges Amt vom Stift Hildesheim. Die von der Regierung zu Hannover angekündigten Direktverhandlungen zwischen welfischen und gräflisch-schaumburgischen Vertretern beurteilte er als abträglich, da man den Vertretern des Grafen damit Gelegenheit gab, Gründe gegen die welfischen Forderungen zu benennen. Zudem wies Lampadius die Hoffnung, alle drei schauburgischen Ämter Stadthagen, Bückeburg und Schaumburg erhalten zu können, zurück. Er habe niemals in Aussicht gestellt, sie als Teil der Entschädigung erhalten zu können, sondern lediglich festgestellt, sie seien vielleicht zu erlangen, sollte Christian Ludwig das Stift Minden zugesprochen werden.³⁶⁶ Das vierte Amt Sachsenhagen hätten Langenbeck und er ohnehin nur als Verhandlungsmasse vorgeschlagen, um sich einen größeren Spielraum zu verschaffen, und inzwischen auf diese Forderung auch schon wieder verzichtet.³⁶⁷ Die Forderung auf Sachsenhagen beruhte also nicht auf einem ernsthaften Bestreben, dieses Amt zu erwerben, sondern auf reiner Verhandlungstaktik.

Die Alternation im Stift Osnabrück war ebenfalls noch nicht gesichert, da sich d’Avaux noch immer dagegen sperrte, um das Stift den Katholischen allein zu erhalten. Die Kaiserlichen hatten mündlich zwar schon ihre Zusage erteilt, aber vom Entgegenkommen der Welfen hinsichtlich der Autonomie in den kaiserlichen Erblanden abhängig gemacht.³⁶⁸ Hinsichtlich der Tillyschen Forderung immerhin war Lampadius optimistisch, leicht ihre endgültige Abweisung zu erreichen.³⁶⁹ Es tat sich also etwas im Sinne einer Entschädigung der Welfenherzöge, doch der große Wurf, den man sich in Hannover erhoffte, war dies nicht.

Neben diesen Details der Entschädigungsverhandlungen informierte Lampadius seinen Herrn über zwei weitere wichtige Entscheidungen. Zum einen stand eine Verlagerung der Verhandlungen von Osnabrück nach Münster bevor, da die schwedischen Gesandten in der folgenden Woche dorthin abreisen wollten, was für Langenbeck und Lampadius bedeutete, ihnen folgen zu müssen.³⁷⁰ Zum anderen hatten die beiden welfischen Gesandten beschlossen, ihren Bemühungen bei den Entschädigungsverhandlungen mit Geld nachzuhelfen. Ihrem Eindruck entspre-

³⁶⁴ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Osnabrück 1647 Mai 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 26. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

³⁶⁵ Ebd., fol. 26-26’.

³⁶⁶ Ebd., fol. 26’.

³⁶⁷ Ebd., fol. 26’-27.

³⁶⁸ Ebd., fol. 27, Trauttmansdorff an Lamberg, Krane, Volmar, Münster 1647 Mai 6, APW II A 6/1, Nr. 69, S. 292.

³⁶⁹ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Osnabrück 1647 Mai 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 27.

³⁷⁰ Ebd., fol. 27’.

chend, die Zugeständnisse der Kaiserlichen hingen maßgeblich von Volmar ab, hatten sie dem kaiserlichen Gesandten im Namen Herzog Friedrichs und Christian Ludwigs 1.000 Reichstaler versprochen. Nun hoffte Lampadius auf die nachträgliche Zustimmung aus Hannover, die mit der Bezahlung von 500 Reichstalern einhergehen musste.³⁷¹

Mit dem, was Lampadius und Langenbeck in Sachen Entschädigung bisher erreicht hatten, war Christian Ludwig allerdings nicht zufrieden. In einem Schreiben vom 22. Mai 1647 unterrichtete der Herzog seinen Gesandten über seine Enttäuschung. Man habe sich in Hannover große Hoffnungen gemacht und erwartet, dass die Rechte, welche die Welfenherzöge an den Stiftern abtraten, nicht mit einem solch schlechten Angebot vergolten würden. Das Kloster Gröningen nütze ihnen nichts, wie ihnen insgesamt mit solchen Gütern nicht gedient sei, die in fremden Territorien lägen. Außerdem habe man das Kloster nicht haben wollen.³⁷² Lampadius wurde daher angewiesen, nochmals neue Forderungen vorzubringen: Gröningen sollte er überhaupt nicht mehr erwähnen, sondern stattdessen auf der Rückgabe von hildesheimischen Gütern bestehen, die das Haus Braunschweig-Lüneburg dem Stift zuvor abgetreten hatte.³⁷³ Bei diesen handelte es sich um die Ämter Poppenburg, Hunnesrück, Ruthe, Winzenburg und Steuerwald.³⁷⁴ Die zwischen Welfen und dem Grafen von Schaumburg-Lippe strittigen Güter befand man von zu geringem Wert als Ersatz für die abzutretenden Rechte. Lampadius sollte sie ebenfalls nicht mehr als Entschädigung fordern, zumal Christian Ludwig überzeugt war, seinen Anspruch auf sie dank der vorhandenen Urkunden durchsetzen zu können. Er wollte sie also durchaus noch haben, aber nicht als Teil der Entschädigung. Immerhin bei der Alternation im Stift Osnabrück sollte es bleiben, und zwar, wie von den Kaiserlichen angeboten, als Ausgleich für Ratzeburg.³⁷⁵ Auch mit dem kaiserlichen Privileg *De electione fori*, das den Welfen eine Wahl des Gerichts ermöglichte, war der Herzog einverstanden. Es sollte nach seinem Willen noch während der Verhandlungen ausgestellt werden, da sich Christian Ludwig sorgte, es andernfalls nicht zu erhalten. Vor der Ausfertigung wollte er auch den Entwurf bekommen, um noch Änderungen einbringen zu können.³⁷⁶ Mit dem Vertrauen des Herzogs in die kaiserlichen Zusagen war es damit nicht weit her. Schließlich äußerte sich Christian Ludwig noch zu den 1.000 Reichstalern, die Langenbeck und Lampadius Volmar in Aussicht gestellt hatten. Da die Zusage schon geschehen war, wollte sich der Herzog nicht dagegenstellen, doch hatte Lampadius seine Pflicht versäumt, indem er nicht im

³⁷¹ Ebd., fol. 28.

³⁷² Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1647 Mai 22, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 1.

³⁷³ Ebd., fol. 1'.

³⁷⁴ Kanzler und Räte zu Hannover an Lampadius, Hannover 1647 Mai 9, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 104.

³⁷⁵ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1647 Mai 22, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 1'.

³⁷⁶ Ebd., fol. 2-2'.

Vorhinein seine Zustimmung eingeholt hatte. Lampadius sollte dies in künftigen Fällen unbedingt berücksichtigen.³⁷⁷

Wie sehr den Herzog die Entschädigungsfrage bewegte, lässt sich anhand des von ihm eigenhändig verfassten Postskriptums ermessen, in welchem er die Ermahnungen aus dem Brief knapp wiederholte und seiner Enttäuschung über das bisher Erreichte nochmals Ausdruck verlieh.³⁷⁸ Ein weiteres, vom Herzog selbst verfasstes Schriftstück dieser Art ist in den Beständen der Relationen zum Friedenskongress nicht enthalten.

Die letzte Version der Forderungen Langenbecks und Lampadius'

Noch während dieser Brief in Hannover konzipiert wurde, liefen in Osnabrück die Entschädigungsverhandlungen für die beiden welfischen Gesandten mit großer Intensität weiter. Als sich Lampadius am 21. Mai 1647 erneut mit Oxenstierna darüber unterhielt, gab der schwedische Gesandte zu bedenken, die Vertreter des Grafen zu Schaumburg-Lippe hätten der welfischen Forderung nach den zwischen Welfen und dem Grafen strittigen Güter widersprochen. Während Oxenstierna nun erstmals zögerte, einen Anspruch der Welfen zu unterstützen, stand Salvius in dieser Frage ganz auf ihrer Seite. Daher bat Lampadius nun Salvius, den Entschädigungspunkt ganz abzuhandeln, bevor Oxenstierna und er sich nach Münster begaben, da er andernfalls Hindernisse durch die französischen Gesandten befürchtete.³⁷⁹ War zuvor Oxenstierna Hauptansprechpartner der welfischen Vertreter in dieser Sache, zeichnete sich jetzt ein Wechsel ab.

Salvius war es auch, der die Forderungen Langenbecks und Lampadius' formal überarbeitete und den beiden welfischen Gesandten die leicht veränderte Version nochmals zurückspielte, um ihnen Gelegenheit zur Verbesserung zu geben. Den entstandenen Aufsatz approbierte Salvius dann und ließ ihn den Kaiserlichen am 21. Mai 1647 übergeben.³⁸⁰ Darin wurden die welfischen Forderungen präzisiert: Neben der inzwischen vereinbarten Alternation im Stift Osnabrück zugunsten Herzog Ernst Augusts wollten Langenbeck und Lampadius das Kloster Walkenried, als dessen Administrator Christian Ludwig bereits fungierte, nun „perpetuo feudi iure“ für das Haus Braunschweig-Lüneburg erhalten.³⁸¹ Zudem verlangten sie die Restitution des Klosters Grönningen samt des Anwesens Schauen sowie eine Bestätigung der Rechte der Herzöge an Burg Wester-

³⁷⁷ Ebd., fol. 2'.

³⁷⁸ Ebd., fol. 3.

³⁷⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 52. Die beiden schwedischen Gesandten berichteten nichts darüber. Sie schrieben zwar nach Stockholm, es gebe Probleme wegen der Entschädigung für Braunschweig-Lüneburg, doch berichteten sie lediglich, Brandenburg widersetzte sich wegen des Klosters Walkenried: Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Juni 3, APW II C 3, Nr. 231, S. 437.

³⁸⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 54. Darüber berichteten die Schweden nichts.

³⁸¹ Entschädigungsforderungen Lampadius' und Langenbecks im Namen der Welfenherzöge, Osnabrück 1647 Mai 21, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 67-68, Zitat fol. 68.

burg.³⁸² Die dortigen Belehnungen der Grafen Tettenbach und Schenk von Winterstedts durch die Herzöge sollten bestehen bleiben.³⁸³ Außerdem sollte ein Vertrag, den die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg 1643 infolge des Goslarer Friedens mit dem Bischof von Hildesheim abgeschlossen hatten, in Kraft bleiben. Alle darüber hinausgehenden Forderungen des Bischofs oder des Stifts sollten fallen gelassen werden.³⁸⁴ Die zwischen den Welfenherzögen und dem Grafen zu Schaumburg-Lippe umstrittenen Güter sollten den Herzögen restituiert werden.³⁸⁵ Die Tillysche Forderung an die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg sollten ein für alle Mal abgewiesen werden.³⁸⁶ Im Falle des Aussterbens der Herzöge von Mecklenburg sollte das Stift Ratzeburg wieder an die cellische und calenbergische Linie der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg zurückfallen.³⁸⁷ Die beiden jüngeren Söhne Herzog Augusts schließlich, Anton Ulrich und Ferdinand Albert, sollten zwei vakante Pfründe im Bistum Straßburg bekommen.³⁸⁸ Auch sie wurden somit zu guter Letzt von Lampadius und Langenbeck noch in ihren Entschädigungsforderungen berücksichtigt.

Am Tag nach der Übergabe ihrer aktuellen Forderungen an die Kaiserlichen versuchten Langenbeck und Lampadius, mögliche Bedenken Volmars gegen die Einsetzung eines evangelischen Administrators im Stift Osnabrück zu zerstreuen. Allerdings zeigte sich, dass dies nicht mehr nötig war. Wie Volmar bestätigte, waren seine Kollegen und er ohnehin gewillt, den Welfenherzögen das Stift Osnabrück mit der Alternation zu geben. Das größere Problem war, dass er diese Zusage erneut von der Zustimmung der Welfen zur kaiserlichen Position hinsichtlich der Autonomie in den kaiserlichen Erblanden abhängig machte.³⁸⁹

Nach ihrem Gespräch mit dem kaiserlichen Vertreter gingen Langenbeck und Lampadius nochmals zu den Schweden. Dieses Mal gerieten Lampadius und Oxenstierna wegen des Einspruchs der Gräflich-Schaumburger gegen die Forderungen der beiden welfischen Gesandten in Streit.³⁹⁰ Die Schaumburger hatten dem schwedischen Gesandten inzwischen Teile eines alten Vertrages gezeigt, mit denen sie jedoch aus Lampadius' Sicht ihren Einspruch nicht stützen konnten.³⁹¹ Er argumentierte daher detailliert gegen die Position der Schaumburger, konnte Oxenstierna damit aber nicht überzeugen. Der schwedische Gesandte wollte sich aus der Angelegenheit heraus-

³⁸² Ebd., fol. 68.

³⁸³ Ebd., fol. 68-68'.

³⁸⁴ Ebd., fol. 68'.

³⁸⁵ Ebd., fol. 68'-69.

³⁸⁶ Ebd., fol. 69.

³⁸⁷ Ebd., fol. 69-69'.

³⁸⁸ Ebd., fol. 69'.

³⁸⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 52, Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1647 Mai 22, APW II A 6/1, Nr. 119, S. 425. Siehe dazu auch Kap. 7, S. 298f.

³⁹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 53. Darüber berichteten die Schweden nichts.

³⁹¹ Ebd.

halten und empfahl den Welfen einen gütlichen Vergleich. Während Salvius sich deutlich aufgeschlossener zeigte, blieb Oxenstierna bei dieser Haltung.³⁹²

Obwohl also noch einige wenige Einzelfragen offen waren, sah es so aus, als würde es bereits am 22. Mai 1647 zu einem Abkommen zwischen Schweden und Kaiserlichen in der welfischen Entschädigungsfrage kommen. Lampadius und Langenbeck hatten an diesem Tag einen Termin bei den Schweden, bei denen sich bereits die Kaiserlichen eingefunden hatten.³⁹³ Doch während die beiden welfischen Gesandten im Garten warteten, stritten sich im Haus Kaiserliche und Schweden wegen anderer Fragen so sehr, dass Oxenstierna und Salvius sogar ihre geplante Reise nach Münster absagen wollten. Von einer Klärung der welfischen Satisfaktion am selben Tag konnte also auch nicht mehr die Rede sein. Langenbeck und Lampadius wurden vom schwedischen Gesandtschaftssekretär darüber in Kenntnis gesetzt und nach Hause geschickt.³⁹⁴

Da der Abschluss dieses Punktes nun doch noch auf sich warten ließ, überlegte Lampadius, wie Langenbeck und er ihren Forderungen weiter Nachdruck verleihen könnten. Dabei fiel ihm erneut das Schenken als förderliches Mittel ein. Volmar, konstatierte Lampadius, hätten sie bereits durch die Zusage der 1.000 Reichstaler auf ihre Seite gezogen. Er schlug vor, sich nun die schwedischen Gesandten durch das unverzügliche Schenken von Kleinodien zu verpflichten.³⁹⁵

Diese Geschenke sollten gewissermaßen die inhaltliche Argumentation unterstützen. Eine solche, zweckgerichtete Beschenkung erschien ihm nicht problematisch, sondern als reguläres Mittel, um die eigenen Interessen zu wahren und gute Beziehungen zum beschenkten Gegenüber herzustellen. Kein Wunder, war das Schenken doch ein übliches Mittel frühneuzeitlicher Politik und darüber hinaus ein Zeichen freundschaftlicher Beziehungen.³⁹⁶

Ende Mai erfuhr Lampadius zudem, wie die Verhandlungen der welfischen mit den gräflich-schaumburgischen Vertretern am 21. Mai 1647 in Lauenau verlaufen waren. Bereits kurz nach dem Austausch der ersten Dokumente hatten die Schaumburger die Verhandlungen abgebrochen. In Hannover wuchs der Verdacht, die Schaumburger hätten sich nur auf die direkten Gespräche eingelassen, um Zeit zu gewinnen und die Sache bei den Friedensverhandlungen in ihrem Sinne zu entscheiden.³⁹⁷ Daher erhielt Lampadius jetzt doch die Originaldokumente, um Kaiserliche und Schweden von der Restitution der strittigen Orte an Braunschweig-Lüneburg zu überzeugen.³⁹⁸

Am 1. Juni 1647 ging Lampadius dann auf die Kritik seines Herrn vom 22. Mai ein. Zunächst erläuterte er, wie Langenbeck und er zu ihren Forderungen für das Äquivalent gekommen waren.

³⁹² Ebd., fol. 53'. Die Schweden berichteten darüber nichts.

³⁹³ Ebd., fol. 52'-53.

³⁹⁴ Ebd., fol. 53. Die Schweden berichteten darüber nichts.

³⁹⁵ Ebd., fol. 54.

³⁹⁶ FALCKE: Studien, passim, STOLLBERG-RILINGER: Vermittler, S. 134.

³⁹⁷ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1647 Mai 31, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 76.

³⁹⁸ Ebd., fol. 76-76'.

Dabei belegte er mit mehreren Kopien von Briefen seiner Kollegen, dass er in Absprache mit der Regierung Christian Ludwigs gehandelt hatte.³⁹⁹

Danach ging er auf einzelne Punkte ein: Allein der Hof Schauen, den Friedrich Ulrich dem Stift Halberstadt geschenkt hatte, sei 65.000 Taler wert. Er sei daher der Ansicht, ein solch wertvolles Gut dürfe man nicht ablehnen, zumal die Kaiserlichen es Langenbeck und ihm bereits zugesprochen hatten. Die Lage dieses Gutes in fremdem Territorium könne kein Hindernis sein, traf dies doch auch auf die von Christian Ludwig begehrten hildesheimischen Ämter zu. Hinsichtlich Letzteren fügte er hinzu, gern hätte er versucht, sie zurückzuerlangen, was bei rechtzeitiger Instruktion wohl auch zu erreichen gewesen wäre. Doch sei ihm von seinen Kollegen in Hannover geradezu verboten worden, sie zu fordern.⁴⁰⁰ Später hätten seine Kollegen dies revidiert, doch mit der Auflage, die Forderung dürfe dem 1643 geschlossenen Vergleich mit dem Bischof zu Hildesheim nicht zuwiderlaufen. Es sei jedoch unschwer zu ermessen, dass eine solche Forderung diesem Vertrag schnurstracks widerspreche. Im Nachhinein aber sei es nahezu unmöglich, die hildesheimischen Ämter zu erhalten.⁴⁰¹ Lampadius machte also hauptsächlich seine Kollegen in Hannover für die Misere in diesem Punkt verantwortlich. Seinen Herrn bezog er nicht so deutlich in die Kritik ein, wies aber auf das Fehlen der Instruktion hin.

Wegen der schauburgischen Stücke, so Lampadius weiter, mache ihnen die Landgräfin von Hessen-Kassel Schwierigkeiten. Von den Kaiserlichen erhielten sie zwar Unterstützung, die Schweden hingegen entschuldigten sich, weil sie aufgrund des bestehenden Bündnisses zwischen der Königin und der Landgräfin in diesem Punkt nicht helfen könnten.⁴⁰² Lampadius fügte hinzu, Kopien von Schreiben Christian Ludwigs und der Landgräfin hätten die Verhandlungen über die strittigen schauburgischen Stücke in Osnabrück nicht wenig gestört, da die Kasseler damit erweisen konnten, dass es Versuche zu einer gütlichen Beilegung zwischen den Welfenherzögen und dem Grafen zur Lippe gab.⁴⁰³ Lampadius schlug vor, der Landgräfin die Originalurkunden wegen dieser Gebiete von einer Gesandtschaft vorzeigen und sie ersuchen zu lassen, Christian Ludwig in dieser Sache keine Schwierigkeiten mehr zu bereiten.⁴⁰⁴ Nun stand für ihn fest, woher der Widerstand Oxenstiernas in der Frage resultierte.

Auch auf die Geschenke kam Lampadius noch einmal zu sprechen und rechtfertigte sich erneut für die Volmar versprochenen 1.000 Reichstaler. Er war überzeugt, Langenbeck und er hätten ohne diese Zusage in Sachen Entschädigung niemals so schnell so viel erreicht. Darüber hinaus sei auch bei den Verhandlungen in Münster alle Unterstützung der Kaiserlichen vonnöten, die

³⁹⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Juni 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 79.

⁴⁰⁰ Ebd.

⁴⁰¹ Ebd., fol. 79'.

⁴⁰² Ebd. Die Schweden berichteten darüber nichts.

⁴⁰³ Ebd., fol. 80.

⁴⁰⁴ Ebd., fol. 82.

man nur bekommen könnte, um das Erreichte nicht doch noch zu verlieren.⁴⁰⁵ Daher wollten Langenbeck und er nun auch Krane etwas schenken. Zudem erinnerte er daran, bereits die Beschenkung Oxenstiernas und Salvius' mit Kleinodien vorgeschlagen zu haben. Die beiden schwedischen Gesandten hätten genug Geld, freuten sich aber sicher über Schmuckstücke.⁴⁰⁶

Ausgerechnet in der materiell bedeutsamen Frage der Entschädigung hatte die Kommunikation somit weder zwischen Christian Ludwig und Lampadius noch zwischen Lampadius und seinen Kollegen in Hannover reibungslos funktioniert. Stattdessen hatte es dabei gleich mehrere Pannen gegeben, welche eine von Anfang an strukturierte und vor allem des eigenen Ziels sichere Verhandlungsführung durch Lampadius und Langenbeck nicht zuließen.

Anfang Juni 1647 standen den Forderungen der welfischen Gesandten somit noch verschiedene Widersacher entgegen: Wegen der schauburgischen Stücke widersetzten sich weiterhin der Graf von Schaumburg und die Landgräfin zu Hessen-Kassel. Hinzu kam für Langenbeck und Lampadius noch weiterer Gegenwind von zunächst unerwarteter Seite. Die Kurbrandenburger begannen, ihnen Schwierigkeiten wegen der Klöster Walkenried und Gröningen sowie wegen des Gutes Schauen zu bereiten. Lampadius ging zunächst davon aus, diese Opposition resultiere lediglich aus falschen Informationen der Kurbrandenburger.⁴⁰⁷ Dieses Problem schien sich somit leicht beheben zu lassen. Tatsächlich sagten sowohl Wesenbeck als auch Graf Sayn-Wittgenstein Langenbeck und Lampadius in Gesprächen zu, die Sache bei ihrem Kurfürsten richtigzustellen.⁴⁰⁸

In der Zwischenzeit, empfahl Sayn-Wittgenstein, sollten Langenbeck und Lampadius die Angelegenheit etwas ruhen lassen. Lampadius dachte sich wohl nichts weiter dabei und befand, man müsse nun die Klärung der genannten Punkte in Münster abwarten. Dort sollte der kaiserliche Legationssekretär Schröder auch das Privileg *De electione fori* für die Welfenherzöge aufsetzen, das sie zur Wahl des Gerichts ermächtigte. Lampadius sagte zu, seinem Herrn wenn möglich eine Kopie davon zukommen zu lassen, um eventuelle Korrekturwünsche anmelden zu können, gab aber zu bedenken, die Ausstellung des Originals werde ohnehin am Kaiserhof erfolgen.⁴⁰⁹

Am 6. Juni 1647 brach Oxenstierna schließlich doch nach Münster auf und sowohl Langenbeck als auch Lampadius folgten ihm bald.⁴¹⁰ In Münster angekommen, erhielt Lampadius rasch weitere Kenntnisse über mögliche Ursachen des neu hinzugekommenen Widerstandes der kurbrandenburgischen Vertreter. Die Schweden brachten ihn auf den Gedanken, es könnten persönliche Gründe dahinterstecken und Lampadius sah diesen Verdacht bestätigt, als er erfuhr, der Kurfürst

⁴⁰⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Juni 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 115.

⁴⁰⁶ Ebd., fol. 115^r.

⁴⁰⁷ Ebd., fol. 114.

⁴⁰⁸ Ebd., fol. 114-114^r.

⁴⁰⁹ Ebd., fol. 114^r.

⁴¹⁰ Ebd., fol. 115^r, Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1647 Juni 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 120.

zu Brandenburg wolle Graf Sayn-Wittgenstein unter anderem das Amt Klettenberg verpfänden, das sich sehr nahe am Kloster Walkenried befand.⁴¹¹ Damit lag die Mutmaßung nahe, der Graf habe selbst Interesse am Erwerb des Klosters.

Für die Durchsetzung ihrer Forderungen mussten sich Lampadius und Langenbeck in Münster aber erst einmal gedulden. Unter anderem wollten sie sich hier weiter der Erlangung der strittigen schaumburgischen Güter widmen. Seinem Herrn riet Lampadius nun, für die Dauer des Friedenskongresses jegliche eigenen Aktivitäten in der Sache ruhen zu lassen, da er andernfalls einen negativen Eindruck bei den Vertretern am Kongress befürchtete.⁴¹² Sollte Langenbeck und ihm kein Erfolg beschieden sein, habe Christian Ludwig nach Friedensschluss jederzeit Gelegenheit, die strittigen Güter mittels Exekution zu besetzen und es sei nicht mehr zu befürchten, dass sich ihm jemand in einer solch gerechten Sache mit der Waffe in der Hand widersetze. Dank des erteilten Privilegs *De electione fori* könne sein Herr sich nach dem Krieg zudem getrost an die Justiz wenden.⁴¹³

Erst am 14. Juni 1647 konnten sie bei Trauttmansdorff und Volmar wieder wegen der Entschädigung für ihre Herren vorsprechen. Die Kaiserlichen erboten sich dabei zur Unterstützung und wollten dazu beitragen, die Widerstände abzubauen. Trauttmansdorff erzählte zudem, sie hätten bereits die Anweisung erteilt, das Privileg zu verfassen, welches sie den beiden welfischen Gesandten danach zur Prüfung vorlegen wollten.⁴¹⁴

Die Unterstützung der Kaiserlichen schien sich auszuzahlen, denn bald war Lampadius optimistisch, zumindest die Alternation im Stift Osnabrück werde dem Haus Braunschweig-Lüneburg bald zu den ausgehandelten Bedingungen zugesprochen werden, zumal der Widerstand der französischen Gesandten geringer ausfiel als erwartet.⁴¹⁵ Ein gewisses Bestreben der Kaiserlichen, sich die welfischen Gesandten nunmehr gewogen zu stimmen, wurde auch am 16. Juni 1647 offenbar, als Langenbeck und Lampadius beim kaiserlichen Gesandten Graf Nassau zum Essen eingeladen waren. Seinem Herrn berichtete Lampadius danach, der kaiserliche Gesandte habe sie so humaniter behandelt, wie es besser nicht hätte sein können.⁴¹⁶

Damit erwiesen sich die Kontakte der beiden welfischen Gesandten zu den Kaiserlichen zu dieser Zeit als ergiebiger als diejenigen zu den Schweden, die aufgrund des Widerstands des Landgräfin zu Hessen-Kassel und der Kurbrandenburger bei den letzten noch offenen Punkten

⁴¹¹ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1647 Juni 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 120^r. Die Schweden berichteten nichts über ein entsprechendes Gespräch.

⁴¹² Ebd., fol. 120.

⁴¹³ Ebd., fol. 120^r.

⁴¹⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1647 Juni 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 125. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

⁴¹⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1647 Juni 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 126^r.

⁴¹⁶ Ebd., fol. 127. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

nicht im Sinne der Welfenherzöge tätig werden konnten. Lampadius war überzeugt, dass Langenbeck und er ohne diesen Widerstand die Entschädigung längst erzielt hätten.⁴¹⁷ Doch so schwelte der Streit erst einmal weiter.⁴¹⁸

Noch bis Ende Juni kamen Langenbeck und Lampadius in der Frage kaum voran.⁴¹⁹ Ein Vermittlungsversuch Volmars und Salvius' zwischen den welfischen und den kurbrandenburgischen Gesandten scheiterte am 29. Juni 1647.⁴²⁰

Einigung mit Problemen

Statt zu einer Annäherung kam es zwischen welfischen und kurbrandenburgischen Vertretern zu einer weiteren Entfremdung, als die Kurbrandenburger Anfang Juli 1647 ein Schriftstück überreichten, in dem sie die Rechte der Welfenherzöge an den im Bistum Halberstadt gelegenen Klöstern Walkenried und Gröningen, der Grafschaft Honstein und dem Gut Schauen bestritten.⁴²¹ Lampadius kommentierte erbost, es sei nicht ohne Befremden festzustellen, dass der Kurfürst von Brandenburg zwar die Sukzessionsrechte der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg in den Stiftern Magdeburg und Halberstadt als Entschädigung akzeptiere und sie damit von zwei vornehmen Fürstentümern abschneide, sich aber gleichzeitig einer Entschädigung der Herzöge selbst dort widersetze, wo er gar nicht betroffen sei.⁴²²

Gleich nach einem unerfreulichen Gespräch mit Wesenbeck am 6. Juli 1647 berichteten Langenbeck und Lampadius Oxenstierna vom – wie sie es empfanden – unverschämten Widerstand der Kurbrandenburger.⁴²³ Der schwedische Gesandte antwortete, die Königin habe Salvius und ihm selbst geschrieben, Kurbrandenburg habe ein gutes Geschäft gemacht und Vorpommern wohl zweifach ersetzt bekommen. Die Kurbrandenburger hätten daher keinen Grund, die Entschädigung für die Welfenherzöge zu erschweren. Damit signalisierte Oxenstierna nun doch noch seine Bereitschaft, die welfischen Ansprüche zu unterstützen. Langenbeck und Lampadius beschritten daher den Weg, ihre Forderungen direkt bei den Kaiserlichen und Schweden geltend zu machen und die Kurbrandenburger außen vor zu lassen. Mit dieser Strategie hatten sie schließlich auch Erfolg: Bereits zwei Tage später erwirkten sie eine Resolution der Kaiserlichen und Schweden in

⁴¹⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1647 Juni 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 128.

⁴¹⁸ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Münster 1647 Juni 24, APW II C 3, Nr. 257, S. 472f.

⁴¹⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1647 Juni 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 128^v-129.

⁴²⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1647 Juli 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 139, Trauttmansdorff, Nassau, Lamberg, Krane, Volmar an Ferdinand III., Münster 1647 Juli 2, APW II A 6/1, Nr. 173, S. 582f. Darüber berichteten die Schweden nichts.

⁴²¹ Gutachten der Kurbrandenburger, überreicht Münster 1647 Juli 4, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 155-158.

⁴²² Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1647 Juli 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 153.

⁴²³ Ebd., fol. 153-153^v.

dieser Sache. Einige Änderungswünsche der welfischen Gesandten wurden darin auch noch aufgenommen. Oxenstierna, stellte Lampadius danach fest, habe ihnen gegen die Kurbrandenburger gut geholfen, sie jedoch bei den schaumburgischen Gütern nicht unterstützt, da die Hessen-Kasseler Christian Ludwig diesbezüglich an die Justiz verwiesen sehen wollten. Andernfalls, glaubte er, wären die Kaiserlichen auch in diesem Punkt zu Zugeständnissen bereit gewesen.⁴²⁴

Wegen des Erhalts der schaumburgischen Güter blieb Lampadius dagegen skeptisch. Er berichtete, die Kaiserlichen und viele andere seien der Meinung, Christian Ludwig habe inzwischen ein ausreichendes Äquivalent erlangt. Einige meinten sogar, Kurbrandenburg und das Haus Braunschweig-Lüneburg bekämen zu viel.⁴²⁵ Doch gar so viel Skepsis war den Kaiserlichen gegenüber nicht gerechtfertigt. Als Lampadius am 13. Juli 1647 bei Volmar allein Audienz hatte, einigten sich die beiden Männer nicht nur auf die letzten noch offenen Formulierungen im Entschädigungsabkommen für Braunschweig-Lüneburg. Der welfische Gesandte hatte zudem ein Dokument wegen der strittigen schaumburgischen Güter aufgesetzt, das er nun Volmar übergab. Der kaiserliche Gesandte wollte mit Trauttmansdorff über beides sprechen und zeigte sich zuversichtlich, alles würde zur Zufriedenheit der Welfen geregelt werden. Volmar hielt Wort und Lampadius erhielt noch am selben Tag zwei von den Kaiserlichen ausgefertigte Resolutionen bezüglich der Entschädigung und der schaumburgischen Güter, die ganz im Sinne der Welfen ausfielen.⁴²⁶ Seinen Herrn bat Lampadius eindringlich, die zweite Urkunde, die den welfischen Anspruch auf die fraglichen Güter kaiserlicherseits bestätigte, vorerst streng geheim zu halten. Selbst die Schweden durften nichts davon erfahren. Mit Volmar war abgesprochen worden, dass sich Christian Ludwig während der Dauer des Friedenskongresses der kaiserlichen Resolution nicht bedienen würde, um seine Ansprüche durchzusetzen. So wollte Lampadius vermeiden, neue Unruhe zu erregen oder die Schweden und die Landgräfin zu verärgern. Stattdessen, gab er zu bedenken, könne eine günstigere Gelegenheit abgewartet werden, da Christian Ludwig nun den entsprechenden Rechtstitel in Händen hielt, mittels dessen er später entweder am kaiserlichen Hof die Exekution erwirken oder die strittigen schaumburgischen Güter selber okkupieren konnte.⁴²⁷

Gegen den kurbrandenburgischen Bericht hatte Lampadius zwar einen Gegenbericht aufgesetzt, diesen aber nicht veröffentlicht, als er von den Kaiserlichen die beiden Resolutionen erhielt.⁴²⁸

⁴²⁴ Ebd., fol. 153'. Darüber berichteten die Schweden nichts.

⁴²⁵ Ebd., fol. 154.

⁴²⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1647 Juli 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 184. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

⁴²⁷ Ebd., fol. 184'.

⁴²⁸ Ebd., fol. 187.

Zwar ließen die Kurbrandenburger die Sache noch nicht auf sich beruhen, wurden aber von den Kaiserlichen und Schweden abgewiesen.⁴²⁹

Daher ergriff der kurbrandenburgische Primargesandte Graf Sayn-Wittgenstein nun andere Mittel. Er ließ Lampadius mitteilen, sein Herr habe ihm die Rechte der Grafschaft Honstein am Kloster Walkenried übertragen. Da diese Rechte nun Christian Ludwig zugestanden worden waren, hoffe er, Christian Ludwig als ein vornehmer, reicher Fürst, der große Länder habe, werde ihm das Kloster als Ergötzlichkeit zukommen lassen. Lampadius wies diese Forderung brüsk zurück: Sein Herr werde nicht einen einzigen Teil der Grafschaft abtreten, zumal die kurbrandenburgischen Abgesandten aufgrund ihres Widerstands keinen sonderlichen Dank verdient hätten. Drohend fügte er hinzu, was immer die Kurbrandenburger künftig gegen die Entschädigung des Hauses Braunschweig-Lüneburg unternehmen würden, werde er ihnen bei ihren eigenen Forderungen auf die Stifter Magdeburg und Halberstadt heimzahlen.⁴³⁰

Trotz der von den Kaiserlichen erwirkten geheimen Resolutionen versuchte Lampadius weiterhin, auch die Schweden in Sachen schaumburgische Güter auf seine Seite zu bringen. Für Lampadius war dies der letzte noch nicht geklärte Punkt in der Frage der welfischen Entschädigung. Am 21. Juli 1647 sprach er deshalb nochmals mit Salvius, der erklärte, er für seine Person sei damit einverstanden, sie Christian Ludwig zuzugestehen, doch hätten sich die Gräflisch-Schaumburger an Oxenstierna gehängt und stünden aus ihm nicht bekannten Gründen in dessen Gunst. Um ihn, Salvius, kümmerten sie sich hingegen kaum.⁴³¹ Anknüpfend an seinen Bericht über dieses Gespräch befand Lampadius erneut, es würde der Sache sehr förderlich sein, wenn möglichst bald die vorgeschlagenen Kleinodien für Oxenstierna und Salvius einträfen.⁴³²

Blieb eine tatkräftige Unterstützung der Schweden in dieser Frage auch weiter aus, war auf die Kaiserlichen nun Verlass. Am 24. Juli 1647 ließ Volmar den welfischen Gesandten die Resolution der Kaiserlichen in Bezug auf das Privileg *De electione fori* überreichen. Volmar hatte sich damit in Lampadius' Augen ebenfalls ein Kleinod verdient. Der welfische Gesandte war der Ansicht, dieses Privileg sei weit mehr wert als alle Rechte, welche die Welfen am Bistum Ratzeburg aufgegeben hatten.⁴³³ Doch auch dieses musste, wie er seinen Herrn mahnte, vorläufig streng geheim gehalten werden. Selbst die Schweden waren von den welfischen Gesandten nicht eingeweiht worden, damit niemand vorzeitig vom Privileg erfuhr, denn abgesehen von Schweden verfügte niemand im Reich über etwas Vergleichbares, weshalb Lampadius mit Widerstand seitens anderer

⁴²⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1647 Juli 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 211.

⁴³⁰ Ebd.

⁴³¹ Ebd., fol. 211'. Darüber berichteten die Schweden nichts.

⁴³² Ebd., fol. 212.

⁴³³ Ebd., fol. 213. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

Reichsstände rechnete. Die welfischen Gesandten wollten nun auf eine möglichst rasche Ausstellung des Originalprivilegs am kaiserlichen Hof dringen.⁴³⁴

An den beiden Welfenhöfen in Hannover und Celle schätzte man die frisch erlangten kaiserlichen Zusagen deutlich weniger hoch ein. Die internen Beratungen gingen diesmal sehr schnell vonstatten: Nachdem sich Vertreter Friedrichs und Christian Ludwigs in Celle beraten hatten, ließ man Lampadius bereits am 3. August von den Ergebnissen wissen. Die fürstlichen Regierungen befürchteten, die kaiserliche Resolution werde nicht ausreichen, um den Herzögen die strittigen schaumburgischen Güter zu sichern, insbesondere, falls sie der Landgräfin von Hessen-Kassel im Friedensvertrag zugesprochen werden sollten.⁴³⁵ Zudem zweifelte man daran, ob die kaiserlichen Gesandten überhaupt befugt waren, ohne expliziten Befehl des Kaisers eine solche Resolution auszustellen.⁴³⁶ Falls nicht, sei sie ohnehin wirkungslos. Darüber hinaus empfanden die Räte in Celle und Hannover den geheimen Nebenrezess als problematisch und glaubten, er werde auf wenig Zustimmung bei den anderen Reichsständen stoßen. Explizit verwiesen sie auf das Negativbeispiel des Prager Friedens, bei dem der Nebenrezess zugunsten des Kurfürsten von Sachsen auf ähnliche Art zustande gekommen und deshalb heftig bekämpft worden sei. Nicht zuletzt, gaben sie zu bedenken, konnten auf diese Weise auch gegen das Haus Braunschweig-Lüneburg gerichtete Abkommen getroffen werden.⁴³⁷ Daher beschlossen die Räte, eine Gesandtschaft an die Landgräfin zu Hessen-Kassel zu entsenden und herauszufinden, ob sie bereit wäre, von ihrem bisherigen Widerstand abzulassen.⁴³⁸ In der Zwischenzeit sollte Lampadius am Kongress eine Aufnahme der schaumburgischen Güter in das Äquivalent für Hessen-Kassel verhindern.⁴³⁹

Zum Privileg *De electione fori* für das Haus Braunschweig-Lüneburg hatte man befunden, es solle darin ausdrücklich bedingt werden, dass die Herzöge auch vor dem kaiserlichen Hofgericht oder dem Reichskammergericht bereits anhängige Prozesse jederzeit an das jeweils andere Reichsgericht verlegen lassen dürften.⁴⁴⁰ Für diese Änderung sollte sich Lampadius gemeinsam mit Langenbeck einsetzen.⁴⁴¹

Am 12. August 1647 antwortete Lampadius auf die Bedenken seiner Kollegen in den fürstlichen Regierungen. Langenbeck und er hätten große Mühen auf sich genommen, um wegen der schaumburgischen Güter eine eindeutige Entscheidung von kaiserlichen und schwedischen Ge-

⁴³⁴ Ebd., fol. 215.

⁴³⁵ Kanzler und Räte zu Hannover an Lampadius, Hannover 1647 August 3, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 231.

⁴³⁶ Ebd., fol. 231-231'.

⁴³⁷ Ebd., fol. 231'.

⁴³⁸ Ebd., fol. 231'-232.

⁴³⁹ Ebd., fol. 232.

⁴⁴⁰ Ebd., fol. 232'.

⁴⁴¹ Ebd., fol. 233.

sandten zugunsten des Hauses Braunschweig-Lüneburg zu erhalten. Weil aber die Schweden dem nicht zugestimmt hätten, „[s]o haben wir mit sonderbahrem fleiß unnd sorgfaldt der herrn Kaiserlichen Resolution erhoben, Und angenommen was wir erlangen können“. ⁴⁴² Zwar seien sie ebenfalls nicht der Meinung, eine solche Resolution allein sei ausreichend, doch sei sie auch nicht undienlich. Sei das Privileg De electione fori erst in Kraft und ergebe sich die Gelegenheit zur Besetzung der strittigen Güter, könne man diese am kaiserlichen Hofgericht mit der Resolution der kaiserlichen Gesandten rechtfertigen. Die beiden welfischen Gesandten hatten sich ganz offenkundig nicht ohne Hintergedanken auf die kaiserlichen Angebote eingelassen. Sicherlich, fügte Lampadius hinzu, sei es noch besser, wenn man die entsprechenden Stücke mit Zustimmung der Landgräfin von Hessen-Kassel erhalten könnte. Dies lag seiner Ansicht nach durchaus im Bereich des Möglichen, da die hessischen Gesandten die fraglichen schaumburgischen Güter nicht als Teil ihrer Entschädigung haben wollten. ⁴⁴³

Auch auf die Aufforderung seiner Kollegen, im Privileg De electione fori einen Passus einfügen zu lassen, damit die Welfenherzöge auch in alten Rechtsstreitigkeiten das Gericht wechseln könnten, ging Lampadius ein. Langenbeck und er hätten intensiv darüber nachgedacht, ob eine solche Erweiterung durchsetzbar wäre und befunden, dies sei nicht der Fall und halte die Erteilung des Privilegs nur unnötig auf. ⁴⁴⁴ Sie wollten nun aber bei Volmar noch einmal vertraulich nachfragen, sobald dieser in Osnabrück eingetroffen sein würde. Bei den beiden anderen kaiserlichen Gesandten Graf Lamberg und Krane, die sich schon in Osnabrück aufhielten, wollten sie deshalb nicht vorsprechen, da sie im Gegensatz zu Volmar nichts für das Haus Braunschweig-Lüneburg tun würden. Die beiden welfischen Gesandten waren sich ganz sicher, bei welchem der kaiserlichen Gesandten sie am meisten Aussicht auf Erfolg haben würden. Insgesamt, befand Lampadius, hätten die schwedischen und kaiserlichen Gesandten ihre gute Intention gegenüber dem Haus Braunschweig-Lüneburg bereits durch ihre Zugeständnisse bei der Entschädigung bewiesen. Die Kaiserlichen hätten Christian Ludwig anfangs gar kein Äquivalent zugestehen wollen und dafür große Zustimmung gehabt. „Die Herrn Schwedische aber haben statlich assistiret und gar nicht weichen wollen.“ ⁴⁴⁵ Die schaumburgischen Güter seien der einzige Punkt, bei dem Oxenstierna sie nicht direkt unterstützt habe, weil er keiner Seite habe vorgreifen wollen. Trauttmansdorff und Volmar hätten danach auch ihre guten Absichten gezeigt, ebenso Graf von Lamberg und Krane, „unnd werden wir, was albereit durch ihre operation erhalten, durch Sie conserviren müßen. Bin demnach für meine persohn in den unvorgreiflichen gedancken, man solte die Herrn Kayl unnd Schwedische Legatos ingesambt durch würckliche regalirung

⁴⁴² Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Osnabrück 1647 August 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 294.

⁴⁴³ Ebd.

⁴⁴⁴ Ebd., fol. 294-294^r.

⁴⁴⁵ Ebd., fol. 294^r.

fürderlich obligiren“.⁴⁴⁶ Eine Beschenkung sollte also nicht nur dazu dienen, sich den Helfern dankbar zu erweisen, sondern auch das Erreichte vor Zugriffen durch Dritte absichern. Lampadius schätzte zudem die erzielte Entschädigung angesichts des vorhandenen Widerstandes als deutlich größer ein als die Herzöge und ihre Regierungen. Waren in Celle und Hannover die Erwartungen erheblich gewesen, hatten sich Lampadius und Langenbeck schnell mit den Realitäten am Kongress konfrontiert gesehen und äußerten sich dementsprechend zufrieden mit dem Ergebnis, das sie nun auch ihren Herren schmackhaft machen mussten.

Neue Tauschvorschläge und weitere Regelungen

Wie richtig Lampadius und Langenbeck mit der Einschätzung liegen sollten, vor Friedensschluss sei das letzte Wort in der Entschädigungsfrage möglicherweise noch nicht gesprochen, zeigte sich Ende 1647. Am 29. Dezember 1647 erfuhren Lampadius und Langenbeck von Oxenstierna, der Paderborner Kanzler und Gesandte des Kurfürsten von Köln, Buschmann, habe vorgebracht, die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg sollten auf die Alternation im Stift Osnabrück verzichten und stattdessen ein anderes Äquivalent annehmen. Dem Kurfürsten von Köln schwebten als Alternative entweder das Stift Minden mit der für Osnabrück vereinbarten Alternation oder die vier schaumburgischen Ämter Bückeburg, Schaumburg, Stadthagen und Sachsenhagen vor, die Hessen-Kassel als Satisfaktion zugestanden worden waren.⁴⁴⁷ In der Folge sahen sich die Kaiserlichen bewogen, neue Verhandlungen über die Entschädigung für das Haus Braunschweig-Lüneburg vorzuschlagen. Oxenstierna lehnte dies nach eigenen Angaben jedoch ab und erklärte, es müsse bei dem bleiben, was einmal abgehandelt worden sei.⁴⁴⁸ Auch Langenbeck und Lampadius waren nicht bestrebt, neue Verhandlungen darüber zuzulassen und bedankten sich bei Oxenstierna daher erneut für die Unterstützung.⁴⁴⁹

Doch am 8. Januar 1648 unterbreiteten schließlich auch die Kaiserlichen Lampadius und Langenbeck den Vorschlag, statt der Alternation im Stift Osnabrück eine andere Entschädigung anzunehmen. Einige Katholische, unter ihnen Franz Wilhelm von Wartenberg, seien mit der erzielten Einigung nicht einverstanden. Sie boten den Welfen daher den erblichen Besitz der vier schaumburgischen Ämter an, die der Landgräfin von Hessen-Kassel zuvor als Satisfaktion zugesagt worden waren.⁴⁵⁰ Langenbeck und Lampadius bemühten sich darauf, die Hoffnung der Kaiserlichen und Katholischen auf Neuverhandlungen im Keim zu ersticken. Sie entgegneten, weder

⁴⁴⁶ Ebd.

⁴⁴⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 334. Darüber berichteten die Schweden nichts.

⁴⁴⁸ Ebd., fol. 334^r.

⁴⁴⁹ Ebd., fol. 335. Darüber setzten Oxenstierna und Salvius die Königin erst in der zweiten Januarhälfte in Kenntnis: Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1648 Januar 20, APW II C 4/1, Nr. 115, S. 203.

⁴⁵⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 11, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 1^r, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 Januar 9, APW II A 7, Nr. 78, S. 255.

wolle das Welfenhaus den Frieden durch Neuverhandlungen weiter aufhalten, noch mit der Landgräfin und den Schweden in Konflikt geraten.⁴⁵¹ Da ihre Herren das Angebot ablehnen würden, könnten sie zudem keine Vollmacht für neue Verhandlungen bekommen.⁴⁵²

Die Kaiserlichen nahmen die Weigerung der welfischen Gesandten unterschiedlich zur Kenntnis, wie Lampadius vermerkte. Bei Volmar hatte er den Eindruck, er sei ohnehin nicht überzeugt gewesen und habe den Vorschlag nur deshalb mit unterbreitet, um Franz Wilhelm von Wartenberg zu gefallen. Krane hingegen sei eifriger gewesen und habe geantwortet, es möchte die Zeit kommen, in der sich die Welfen gern auf einen solchen Tausch einlassen würden.⁴⁵³

Volmar war es allerdings, der erneut die Privatforderung Graf Sayn-Wittgensteins nach dem Kloster vorbrachte. Auch der Graf hatte sein Ansinnen also noch nicht ganz aufgegeben. Doch auch jetzt stellten Langenbeck und Lampadius ihre Position klar. Auf ihre erneut deutlich ausfallende Ablehnung reagierte Volmar lachend und mit den Worten, wenn sie keine anderen als solche Antworten zu geben hätten, wolle er die Mühe sparen.⁴⁵⁴ Wirklich ernst war es dem kaiserlichen Gesandten also mit einem Ergebnis im Sinne der Grafen nicht.

Dennoch betrachteten die beiden welfischen Gesandten es als notwendig, sich auch bei den Schweden noch einmal rückzuversichern. Am 9. Januar 1648 berichteten Langenbeck und Lampadius Oxenstierna von ihrem Besuch bei den Kaiserlichen und baten ihn erneut um seine Unterstützung, die er auch zusagte. Mehr noch, Lampadius hatte den Eindruck, ihr Bericht habe Oxenstierna insbesondere deshalb gut gefallen, weil sich die welfischen Gesandten nicht auf das Angebot der Kaiserlichen eingelassen hatten. Oxenstierna äußerte denn auch, Salvius und er hätten Neuverhandlungen selbst dann nicht zustimmen können, wenn die Welfenherzöge darauf gern eingegangen wären. Die Kaiserlichen beabsichtigten seiner Ansicht nach lediglich, durch verschiedene Anlässe wie diesen den Friedensschluss zu verzögern.⁴⁵⁵

In diesem Fall aber ließen sich die Kaiserlichen relativ bald überzeugen, den Neuverhandlungsvorschlag nicht weiter zu unterstützen. Gut zwei Wochen später, am 24. Januar 1648, teilte Volmar Lampadius und Langenbeck mit, es solle bei dem einmal abgehandelten Äquivalent für Braunschweig-Lüneburg bleiben. Dazu ersuchte er sie um ihre Unterstützung bei den weiteren Friedensverhandlungen. Es sei Kaiserlichen und Katholischen wohl bekannt, dass die Gesandten des Hauses Braunschweig-Lüneburg viel bei den Evangelischen ausrichten könnten.⁴⁵⁶ Durch

⁴⁵¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 11, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 2, Protokoll, Beilage 2 zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 Januar 9, APW II A 7, Nr. 78, S. 258.

⁴⁵² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 11, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 2'.

⁴⁵³ Ebd. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

⁴⁵⁴ Ebd. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

⁴⁵⁵ Ebd., fol. 3. Darüber berichteten die Schweden nichts.

⁴⁵⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 62'. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

ihre schnelle Zusage wollten sich die Kaiserlichen Lampadius und Langenbeck also verpflichten. Möglichen Verzögerungsabsichten standen hier andere Interessen entgegen. Auch Ferdinand III. wünschte keine Neuverhandlungen über die Entschädigung mehr.⁴⁵⁷

Obwohl damit die Wahrscheinlichkeit von Nachverhandlungen über die Entschädigung eingedämmt war, fragte Lampadius Ende Januar bei seinem Herrn an, was er gegebenenfalls wegen der angebotenen schaumburgischen Ämter tun oder lassen solle.⁴⁵⁸ Die Regierung zu Hannover antwortete ihm darauf am 1. Februar 1648, man habe in der schaumburgischen Sache inzwischen einen gütlichen Vergleich mit der Landgräfin von Hessen-Kassel und Graf Philipp zu Schaumburg und Lippe getroffen, dessen Umsetzung bereits begonnen habe.⁴⁵⁹ Sollte die Landgräfin zu Hessen-Kassel bei den Friedensverhandlungen die vier schaumburgischen Ämter erhalten, bleibe es bei den Regelungen dieses Vertrages. Falls dies jedoch nicht geschah, sollte Lampadius die Rechte des Hauses Braunschweig-Lüneburg vorbehalten und sich bemühen, mittels der Urkunden die strittigen Stücke zugesprochen zu bekommen. Sollte es in diesem Fall möglich sein, anstatt der Alternation im Stift Osnabrück die vier Ämter erblich übertragen zu bekommen, sollte Lampadius dafür seinen höchsten Fleiß anwenden. Er sollte darüber aber erst verhandeln, wenn unzweifelhaft feststünde, dass die Landgräfin sie als Satisfaktion nicht erhalten würde, da die Herzöge sie auf keinen Fall verärgern wollten.⁴⁶⁰ Obwohl Christian Ludwig tatsächlich die vier schaumburgischen Ämter einer Alternation in Osnabrück vorgezogen hätte, hatten Langenbeck und Lampadius am Kongress richtig gehandelt. Es blieb bei der vereinbarten Entschädigung.

Allerdings gab es auch danach noch einige Dinge zu regeln, die mit der Entschädigung in Zusammenhang standen. Zum einen versuchte Graf Sayn-Wittgenstein noch einmal auf andere Weise, in Besitz des gewünschten Klosters zu kommen. Gegen Mitte April 1648 erfuhr Lampadius, dass Christian Ludwig einen Brief vom Kurfürsten zu Brandenburg selbst erhalten hatte, in welchem der Kurfürst nicht nur das Kloster Walkenried für den Grafen forderte, sondern darüber hinaus das ganze Amt Westerborg für sich selbst.⁴⁶¹ Diese Forderung des Kurfürsten rief bei Lampadius eine entrüstete Reaktion hervor. Seinem Herrn schrieb er, er habe nicht ohne Befremden vernommen, wie der Kurfürst von Brandenburg Christian Ludwig diese neue Forderung zumuten wolle, obwohl seine Gesandten dem Haus Braunschweig-Lüneburg hinterrücks die Sukzessions-

⁴⁵⁷ Ferdinand III. an Lamberg, Krane und Volmar, Prag 1648 Januar 29, APW II A 7, Nr. 102, S. 329.

⁴⁵⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 64.

⁴⁵⁹ Kanzler und Räte zu Hannover an Lampadius, Hannover 1648 Februar 1, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 81.

⁴⁶⁰ Ebd., fol. 81'-82.

⁴⁶¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 April 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 270-271. Zum Klientelverhältnis Graf Johanns VIII. von Sayn-Wittgenstein zum Kurfürsten zu Brandenburg s. NEUGEBAUER: Klientelpolitik, S. 98-105.

rechte an Magdeburg und Halberstadt entzogen hätten.⁴⁶² Da die Kurbrandenburger ihre Entschädigung ohne jede Absprache mit ihnen verhandelt hatten, so Lampadius, hätten auch seine Kollegen und er wegen des Äquivalents für Braunschweig-Lüneburg mit ihnen kein Wort reden wollen. Als die kurfürstlichen Vertreter erfuhren, dass Christian Ludwig unter anderem das Stift Walkenried zugesprochen werden sollte, hätten sie erneut die viel gerühmte Freundschaft ihres Kurfürsten zum Herzog hintangesetzt und sich der Entschädigung für Braunschweig-Lüneburg heftig widersetzt. Insgesamt hätten sie damit mehr Schwierigkeiten verursacht als Franz Wilhelm von Wartenberg wegen des Stifts Osnabrück. Dies sei auch der Grund gewesen, weshalb seine Kollegen und er wenig Korrespondenz mit den Kurbrandenburgern gepflogen hätten.⁴⁶³ Sein Herr habe daher insgesamt wenig Grund, dem Kurfürsten die uralte Erbgerechtigkeit des Hauses Braunschweig-Lüneburg am Amt Westerborg abzutreten.⁴⁶⁴

Auf die danach erteilte Anweisung, den Kontakt zu den Kurbrandenburgern zu intensivieren, antwortete Lampadius Anfang Mai 1648, mit den Kurbrandenburgern wolle er gern gute Freundschaft pflegen und Kontakt halten, solange sie seinen Herrn nicht unter diesem Vorwand schädigten. In einem solchen Fall werde er Christian Ludwigs hohen Status und sein fürstliches Wohlergehen allen anderen Erwägungen vorziehen, zumal ihm dies die Erfahrung rate: „Ich habe numehr sub auspiciis des Hauses Braunschweig Lüneburg fast 30. Jahr publica negotia tractiret, und inmithels zeit gnug gehabt die politische gramatic zustudiren.“⁴⁶⁵ Auch wenn Kurbrandenburg Vorderpommern unrechtmäßig verloren habe, so seien Christian Ludwig und das Haus Braunschweig-Lüneburg doch nicht schuldig, diesen Verlust zu erstatten.⁴⁶⁶ Die Auseinandersetzungen um die Entschädigung für die Welfenherzöge hatten für Lampadius also fast die gesamten Beziehungen zu den Kurbrandenburgern am Kongress überschattet. Der Kurfürst hatte zumindest bei ihm durch seine Politik viel Ansehen und Vertrauen verspielt.

Neben dieser Auseinandersetzung mit Kurbrandenburg beschäftigten Lampadius hinsichtlich der Entschädigung zudem auch die künftige Wahlkapitulation für Osnabrück sowie die Gestaltung des Privilegs *De electione fori*. Am 25. April 1648 sandte Lampadius einen Entwurf des Osnabrücker Domkapitels für die künftige Wahlkapitulation als Beilage nach Hannover und bat um weitere Instruktionen.⁴⁶⁷ Bereits vier Tage später verfasste man in Hannover darauf eine Antwort. Christian Ludwig befand, die Kapitulation schränke die künftigen evangelischen Administratoren

⁴⁶² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 April 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 270.

⁴⁶³ Ebd., fol. 270^r.

⁴⁶⁴ Ebd., fol. 271.

⁴⁶⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 327.

⁴⁶⁶ Ebd.

⁴⁶⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 April 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 279.

Osnabrücks aus dem Haus Braunschweig-Lüneburg sowohl in kirchlichen als auch weltlichen Dingen zu sehr ein.⁴⁶⁸ Es sei aus Gründen des Rechts und der Billigkeit nicht einzusehen, warum ein künftiger evangelischer Administrator anders behandelt werden sollte als ein katholischer Bischof. Daher sollte Lampadius die aktuelle Wahlkapitulation überschicken, die für Franz Wilhelm von Wartenberg mit dem Osnabrücker Domkapitel vereinbart worden war.⁴⁶⁹ Darüber hinaus sollten auch die evangelischen Untertanen ebenso abgesichert werden wie die katholischen.⁴⁷⁰ Schließlich sollte alles, was im Entwurf des Domkapitels zur Erhöhung der katholischen und Verminderung der evangelischen Konfession beitrug, gestrichen werden. Keine der beiden Konfessionen sollte gegenüber der anderen bevorzugt werden.⁴⁷¹ Der Grundsatz der Gleichheit wurde also auch hier eingefordert. Zumindest auf dem Papier sollte dieser Anspruch schließlich auch durchgesetzt werden.⁴⁷²

Am 16. Mai 1648 überschickte Lampadius als Beilage zu seiner Relation den Entwurf Volmars für das Privileg *De electione fori*, das er an den kaiserlichen Hof weiterleiten wollte. Lampadius äußerte sich dabei sehr lobend über Volmar, der den Entwurf nach Langenbecks und seinen Vorgaben gestaltet habe, und empfahl eine Belohnung, zumal man die Hilfe des kaiserlichen Gesandten auch bei der Kapitulation für Osnabrück noch benötige. Zwar wolle er seinem Herrn keine Vorgaben machen, doch betrachteten es alle welfischen Gesandten als geraten, Volmar bei Übergabe des ausgefertigten Privilegs Kleinodien im Wert von 1.000 Reichstalern zu schenken.⁴⁷³ Lampadius formulierte seinen Vorschlag zur Beschenkung diesmal also sehr vorsichtig und bezog sich ausdrücklich auf die Meinung seiner Kollegen am Kongress.

In Hannover hatte man allerdings zunächst noch einen Änderungswunsch für das Privileg: Vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil man einen vorwurfsvollen Brief vom Domkapitel des Erzbistums Magdeburg erhalten hatte, wollte man den Passus gestrichen haben, der die Ausstellung des Privilegs mit der Abtretung der Rechte der Herzöge an den Stiftern Magdeburg, Bremen, Halberstadt und Ratzeburg begründete.⁴⁷⁴ Man wollte nicht, dass diese Formulierung für einen dauerhaften Beleg dafür gehalten werden konnte, im Tausch für das Privileg in die Säkularisierung geistlicher Güter eingewilligt zu haben.⁴⁷⁵ Lampadius wandte sich in seiner Antwort vom

⁴⁶⁸ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1648 April 29, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 321.

⁴⁶⁹ Ebd., fol. 321'.

⁴⁷⁰ Ebd., fol. 321'-322.

⁴⁷¹ Ebd., fol. 322.

⁴⁷² ROHM: Osnabrück, S. 143f, SEEGRÜN: Münster, S. 59f. Zu den Verhandlungen über die Kapitulation und die zugehörigen Fragen, die sich noch bis Mitte des Jahres 1650 hinzogen, s. SEEGRÜN: Münster, S. 67-87. Zur Umsetzung der Alternation s. etwa FELDKAMP: Bedeutung, S. 85-90, STEINWASCHER: Folgen, S. 54-80.

⁴⁷³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 377.

⁴⁷⁴ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1648 Juni 3, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 446-446'.

⁴⁷⁵ Ebd., fol. 447.

13. Juni 1648 allerdings gegen diesen Wunsch. Das Privileg *De electione fori* gehöre zum Äquivalent für das Haus Braunschweig-Lüneburg und sei aus keinem anderen Grund zu erhalten gewesen. Da es auf künftigen Reichstagen und bei anderen Zusammenkünften nur dadurch gerechtfertigt und behauptet werden könne, sei es gefährlich, diesen Grund im Privileg zu verschweigen.⁴⁷⁶ Eine Auslassung des Passus könne daher nur zum Nachteil des Hauses Braunschweig-Lüneburg geschehen, was Christian Ludwig bei fleißiger Betrachtung selbst erkennen werde.⁴⁷⁷

Am 20. Juni 1648 erhielten die welfischen Gesandten die Bestätigung von den Kaiserlichen, der Kaiser selbst habe nun das Äquivalent für die Herzöge und allen voran das Privileg *De electione fori* wie versprochen bestätigt und ratifiziert.⁴⁷⁸ Am 18. Dezember 1648 schließlich konnte Lampadius seinem Herrn einen weiteren Erfolg vermelden. Die Kaiserlichen gestanden dem Haus Braunschweig-Lüneburg neben dem Privileg *De electione fori* auch die Erhöhung der Appellationssumme im Privileg *De non appellando* zu, sodass diese sich von 1.000 auf 2.000 Goldgulden verdoppelte.⁴⁷⁹ Mit einer solch hohen Appellationssumme waren selbst einige Kurfürsten nicht privilegiert.⁴⁸⁰ Lampadius hatte vor der festen Zusage der Kaiserlichen nicht darüber berichten wollen, um eine mögliche Enttäuschung bei den Welfenherzögen zu vermeiden. Beim Privileg *De electione fori* und der Erhöhung der Appellationssumme, stellte Lampadius fest, handele es sich um solche Regalien, wie sie außer Schweden kein Fürst im Reich besitze. Das Privileg *De electione fori* betreffe zwar nur das Haus Braunschweig-Lüneburg selbst, aber die Erhöhung der Appellationssumme komme ihrem ganzen Land zugute, könne doch künftig viel Geld gespart werden, das sonst für Botenlöhne und die Prozessführung in Wien und Speyer aufgebracht werden müsste. Für beide Privilegien, die Erhöhung der Appellationssumme und die freie Wahl des Gerichtsstands, mussten die Herzöge dem kaiserlichen Taxamt 3.400 Goldgulden bzw. 6.800 Gulden bezahlen.⁴⁸¹ Außerdem hatten die welfischen Gesandten am Kongress befunden, dem kaiserlichen Sekretär Schröder, der das Privileg *De electione fori* ausstellen sollte, müsse bei der

⁴⁷⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juni 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 2.

⁴⁷⁷ Ebd., fol. 2'.

⁴⁷⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juni 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 30.

⁴⁷⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Dezember 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 328.

⁴⁸⁰ Nur Kursachsen und Kurbrandenburg besaßen zu diesem Zeitpunkt eine unlimitierte Appellationsfreiheit. Kurpfalz, Kurköln und Kurmainz erhielten diese erst 1652 und verfügten zuvor über Privilegien mit deutlich geringeren Appellationssummen, als sie nun Braunschweig-Lüneburg gewährt wurde, bzw. – im Falle Kurmainz' – sogar über kein solches Privileg. Braunschweig-Lüneburg erhielt 1716 schließlich ebenfalls ein unbeschränktes Appellationsprivileg: WEITZEL: Minderungen, S. 322-325.

⁴⁸¹ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Dezember 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 350.

Übergabe eine Summe von nicht unter 200 Dukaten geschenkt werden.⁴⁸² Beide Privilegien sollten in Münster gegen Bezahlung der Kanzleigebühr übergeben werden. Lampadius empfahl seinem Herrn daher, sich darüber mit den anderen beiden regierenden Welfenherzögen abzusprechen und alles in die Wege zu leiten.⁴⁸³ Georg Wilhelm, der im Winter 1648/1649 die Regierung des Fürstentums Calenberg von seinem Bruder Christian Ludwig übernahm,⁴⁸⁴ sagte kurz darauf zu, gemeinsam mit August und Christian Ludwig auch Schröder beschenken zu wollen.⁴⁸⁵ Damit war Lampadius' Beschäftigung mit diesen Fragen am Kongress beendet.

⁴⁸² Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Dezember 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 265.

⁴⁸³ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Dezember 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 346'.

⁴⁸⁴ S. oben, Kap. 1, S. 55.

⁴⁸⁵ Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Januar 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 3857, fol. 6.

7. Die Verhandlungen über die Reichssachen

Obwohl insbesondere schwedische und französische Vertreter die Satisfaktionsfragen den Reichssachen schon seit Anfang 1646 offenkundig vorzogen,¹ bemühten sich die evangelischen Reichsstände weiterhin, auch Letztere parallel zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. Deshalb hatten sie, wie geplant,² ihre von ihrem allgemeinen Gutachten abgetrennten Gravamina am 25. Dezember 1645 offiziell Schweden und Kaiserlichen übergeben.³ Darin hatten sie ihre bereits lange bekannten Forderungen noch einmal aufgeführt, von denen die wichtigsten die Abschaffung des Geistlichen Vorbehalts und aller Beschränkungen für evangelische Administratoren, die volle Anerkennung der Declaratio Ferdinanda und des Religionsfriedens als Vertrag zwischen Gleichberechtigten, die Ablehnung von Mehrheitsbeschlüssen in konfessionellen Fragen, die Überlassung auch der nach 1552 säkularisierten Mediatstifter, die volle Anerkennung des landesherrlichen Reformationsrechtes sowie insgesamt die volle Gleichstellung beider Konfessionen vorsahen.⁴ Lampadius hatte diese Punkte ja bereits in seinem ersten Gutachten über die Verhandlungsgegenstände aufgegriffen.⁵ Gewissermaßen handelte es sich dabei um das evangelische „Maximalprogramm“.⁶

Nach der Übergabe warteten die Evangelischen zunächst auf die Antwort der Katholischen.⁷ Währenddessen sondierte zumindest Lampadius schon einmal die Konzessionsbereitschaft bei den Katholischen in privaten Gesprächen.

Kontakte zu katholischen Gesandten und gemeinsame Beratungen in Osnabrück

Zwar hatte Lampadius den ihm im November 1645 anbefohlenen Kurs einer deutlichen Annäherung an die Katholischen bei gleichzeitiger Distanzierung von den Schweden abgelehnt,⁸ doch führte auch er nun Gespräche mit ausgewählten katholischen Vertretern. Dies allerdings mit nur mäßigem Erfolg.

Dem Abgesandten des Bischofs von Würzburg, Johann Philipp von Vorburg, bescheinigte Lampadius nach ihrem Treffen am 9. Dezember 1645 insgesamt gute Absichten, befand jedoch zu-

¹ S. Kap. 6, S. 179-181.

² S. Kap. 5, S. 165.

³ MAY: Entstehung, S. 444, REPGEN: Hauptprobleme, S. 414. Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 2, S. 522-537.

⁴ DICKMANN: Frieden, S. 349.

⁵ S. Kap. 3, S. 99-103.

⁶ MAY: Entstehung, S. 443, REPGEN: Hauptprobleme, S. 414.

⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Januar 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 17^r.

⁸ S. oben, Kap. 5, S. 164.

gleich, auch Vorburg wolle die Klärung der Gravamina vertagen.⁹ Zusammen mit Vorburg hatte Langenbeck bereits auf dem Deputationstag zu Frankfurt gegen die kaiserliche Position das reichsständische Mitbestimmungsrecht bei den Friedensverhandlungen eingefordert.¹⁰ Zumindest eine gemeinsame Grundüberzeugung teilten sich damit auch Vorburg und Lampadius, was den Würzburger in Lampadius' Augen umso eher als Gesprächspartner qualifizieren mochte. Er scheint von Vorburg auch grundlegende Informationen zur katholischen Position erhalten zu haben, denn nach dem Gespräch sah Lampadius seine Auffassung bestätigt, die Mehrheit der Katholiken wolle die Gravamina von den Friedensverhandlungen trennen und deren Erledigung so lange aussetzen, bis sie die Protestanten besser als in Münster und Osnabrück unter Kontrolle halten könnten.¹¹ Vorburg erbot sich zur weiteren vertraulichen Korrespondenz und signalisierte damit die Gesprächsbereitschaft seines Herrn.¹² Lampadius selbst war der Überzeugung, das Misstrauen zwischen den Reichsständen verschiedener Konfession könne nicht behoben werden, solange die Gravamina nicht ausgeräumt würden.¹³

Mit dem kurkölnischen Gesandten Peter Buschmann sprach Lampadius elf Tage später über dasselbe Thema.¹⁴ Buschmann erklärte, die Katholiken wünschten eine Einigung mit den Evangelischen, doch sei unklar, wer der Richter bei den Gravaminaverhandlungen sein könne. Lampadius erwiderte, man müsse gewillt sein, sich gütlich zu einigen, dann brauche man keine Richter. Der rechte Verstand und die rechten Prinzipien müssten sie leiten und was auf guten Gründen beruhe, müsse von beiden Seiten akzeptiert werden. Dafür ertete er von Buschmann Zustimmung und die Zusage, zur Beilegung der Gravamina beizutragen. Buschmann hinterließ einen äußerst positiven Eindruck bei Lampadius, der ihn für einen der qualifiziertesten katholischen Vertreter hielt, mit denen er je gesprochen hatte.¹⁵ Mit seiner Ablehnung von Mehrheitsentscheidungen in allen konfessionellen Streitfragen knüpfte Lampadius an die von den meisten Evangelischen geteilte Forderung an, für solche Fragen künftig allein den Weg einer gütlichen Einigung zu beschreiten.¹⁶ Lampadius hatte diese bereits in seinem ersten Gutachten zu den Verhandlungsgegenständen am Kongress aufgegriffen.¹⁷ Doch was die prinzipiell vom Kurkölnener signalisierte

⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 388.

¹⁰ S. Kap. 4, S. 122.

¹¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 388-388'.

¹² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Januar 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 500-500'.

¹³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 388'.

¹⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1645 Dezember 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501, fol. 455.

¹⁵ Ebd., fol. 455'.

¹⁶ DICKMANN: Frieden, S. 327, 348.

¹⁷ S. Kap. 3, S. 105.

Gesprächsbereitschaft der Katholiken bedeutete, wenn erst einmal die umstrittenen Einzelfragen thematisiert wurden, musste sich noch zeigen.

Ein Gespräch mit einem französischen Vertreter endete für Lampadius längst nicht so vielversprechend. Am 27. Januar 1646 erklärte der französische Resident de La Barde, seine Kollegen und er wollten sich nun zwar auch der Gravamina annehmen – allerdings schränkte er dies gleich wieder ein. La Barde befand unter anderem, die Evangelischen hätten kein Recht, die gleiche Anzahl an Richtern und Assessoren zu verlangen wie die Katholischen. Als Lampadius diese Forderung daraufhin verteidigte, entschuldigte sich de La Barde, den Punkt überhaupt angesprochen zu haben und wechselte das Thema.¹⁸ Die Kommunikationsfähigkeit zwischen französischem Vertreter und Lampadius als Repräsentant der Evangelischen war hinsichtlich der Gravamina offenbar nicht sehr ausgeprägt, weshalb de La Barde es vorzog, schnell über die Differenzen hinwegzugehen. Es zeichnete sich bereits ab, wie unwahrscheinlich es war, französische Hilfe zumindest für einen bestimmten Teil der evangelischen Forderungen zu erhalten.

Ließ neben diesen informellen Gesprächen der Beginn von Verhandlungen über die Reichs-sachen weiter auf sich warten, so entschieden die Evangelischen in Osnabrück doch im Vorfeld immerhin bereits über einige formale Fragen: Am 27. Dezember 1645 legten sie fest, wer aus ihrer Mitte zu den Verhandlungen mit den Katholischen über die Gravamina deputiert werden sollte. Neben Lampadius fiel die Wahl auf die Vertreter Sachsen-Altenburgs und Sachsen-Coburgs, Brandenburg-Kulmbachs, Hessen-Kassels, Mecklenburgs, der Wetterauer Grafen sowie auf einige reichsstädtische Gesandte.¹⁹ Damit gehörte Lampadius für die Dauer des Kongresses zu den regulären Deputierten der fürstlich-evangelischen Gesandten und erlebte die Verhandlungen unmittelbar mit.

Außerdem planten die Evangelischen ihr Vorgehen hinsichtlich der gemischt-konfessionellen Sitzungen im Fürstenrat Osnabrück, die absehbar beginnen würden. Sie entschieden am 27. Januar 1646 nicht nur, ihr gemeinsames Gutachten nach dem Modell der neuen schwedischen Replik umzuarbeiten und dabei die veränderte Reihenfolge der Verhandlungspunkte zu übernehmen.²⁰ Sie kamen zwei Tage später auch überein, wie sie den Katholischen ihr umgeschriebenes Gutachten kundtun wollten. Sie entschlossen, es solle statt als Gutachten als Einzelvotum gefasst werden, welches vom ersten evangelischen Votanten im Fürstenrat – in der Regel also von Mag-

¹⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Februar 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 48^r. So detailliert berichtete de La Barde nicht von dem Gespräch. Er berichtete lediglich, Lampadius habe die Franzosen darin bestärken wollen, sich für eine gütliche Beilegung der Gravamina zwischen Protestanten und Katholiken einzusetzen: La Barde an Longueville, d'Avaux und Servien, Osnabrück 1646 Januar 29, APW II B 3/1, Nr. 90, S. 310.

¹⁹ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 38), Osnabrück 1645 Dezember 27, APW III A 3/2, Nr. 68, S. 379-383.

²⁰ Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 44), Osnabrück 1646 Januar 27, APW III A 3/2, Nr. 82, S. 490.

deburg²¹ – abgelegt werden sollte. Die anderen Evangelischen sollten sich diesem Votum anschließen, dabei aber den Eindruck vermeiden, man bilde eine geschlossene Faktion. Daher sollte es jedem freistehen, Ergänzungen in eigener Sache hinzuzufügen.²² Dieses Anliegen, den Katholischen gegenüber nicht zu sehr als ‚Block‘ aufzutreten, mochte Lampadius tatsächlich wichtig sein. Als der Brandenburg-Kulmbacher die Sachsen-Altenburger, Sachsen-Weimarer und ihn um offene Unterstützung in den gemeinsamen Sitzungen mit den Katholischen bat,²³ beschied Lampadius diesem *privatim*, es diene der Sache nicht, wenn man durch solcherlei Hilfestellungen oder auf andere Weise als Parteitung aufträte.²⁴ Damit erreiche man nichts, als sich in den Reichsräten verdächtig und zum Votieren untüchtig zu machen.²⁵ Vielleicht war Lampadius darüber hinaus nicht sehr daran gelegen, sich für die Privatanliegen des Kulmbachers sonderlich einzusetzen. Um die Inhalte ihres Gutachtens besser durchsetzen zu können, wollten die Fürstlich-Evangelischen auf die Propositionen der Kronen verweisen: Darin seien gewisse Punkte als Grundbedingungen des Friedens gesetzt, bei denen man keine andere Wahl habe, als ihnen zuzustimmen.²⁶ Auch eines der grundlegenden Argumente zur Durchsetzung evangelischer Anliegen war damit schon formuliert: Die Evangelischen wollten sich auf die französischen und schwedischen Forderungen berufen, zu denen auch die Aufhebung der Gravamina am Friedenskongress gehörte.²⁷ Bereits kurz nach diesen Festlegungen begannen die gemeinsamen Beratungen von katholischen und evangelischen fürstlichen Gesandten im Fürstenrat Osnabrück. Diese Sitzungen sind hinsichtlich der Beziehungen zwischen den Vertretern der verschiedenen Konfessionen aufschlussreich. Allerdings weniger deshalb, da die Fronten der politischen Auseinandersetzung – wenig überraschend – oftmals zwischen ihnen verliefen, sondern eher, weil sich in den Sitzungen abzeichnete, welche der katholischen Vertreter zu den kompromissbereiteren gehörten²⁸ und wo es auch bei den Evangelischen Konflikte innerhalb des konfessionellen Lagers gab. Die erste Sitzung des Fürstenrates in Osnabrück, die unter österreichischem Direktorium und mit Beteiligung mehrerer katholischer Vertreter stattfand, tagte am 3. Februar 1646 im Rathaus.²⁹ Zuvor war der Fürstenrat in Osnabrück als rein evangelisch besetztes Gremium unter magdeburgischem Direktorium zusammengetreten.³⁰ Den insgesamt dreißig am Friedenskongress vertretenen evangelischen Reichsfürstenvoten – von denen nicht alle in Osnabrück geführt wurden –

²¹ BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/3, S. XLVI.

²² Protokoll Sitzung fürstlicher Gesandter (sessio 46), Osnabrück 1646 Januar 29, APW III A 3/2, Nr. 86, S. 511-515.

²³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Februar 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 50.

²⁴ Ebd., fol. 50-50^r.

²⁵ Ebd., fol. 50^r.

²⁶ Ebd., fol. 48.

²⁷ DICKMANN: Frieden, S. 344.

²⁸ Zu den Parteiungen innerhalb des katholischen Lagers s. auch WOLFF: Corpus, S. 50-76.

²⁹ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica I), Osnabrück 1646 Februar 3, APW III A 3/3, Nr. 95, S. 1.

³⁰ BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/1, S. LXXVIII, BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/3, S. XLV.

standen in der Zeit zwischen Februar und April 1646 in Osnabrück nun bis zu elf katholische gegenüber. Die meisten der insgesamt achtundvierzig am Friedenskongress geführten fürstlich-katholischen Voten wurden weiterhin in Münster abgelegt. „Die evangelischen Fürstenratsmitglieder waren somit insgesamt auf dem Westfälischen Friedenskongreß deutlich in der Minderheit, verfügten aber in Osnabrück über eine sehr starke Mehrheit.“³¹ Die erste gemeinsame Sitzung verlief jedoch noch weitgehend ohne Meinungsverschiedenheiten zwischen katholischen und protestantischen Vertretern, da es zunächst einmal galt, das Vorgehen des Münsteraner Fürstenrates zu ahnden, von dem sich die Osnabrücker übergangen fühlten. Ansonsten beschloss der Fürstenrat Osnabrück in dieser Sitzung per (evangelischer) Mehrheit, künftig bei seinen Beratungen der Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände in der schwedischen Replik zu folgen,³² wie die Evangelischen es schon in ihrer Sitzung vom 27. Januar festgelegt hatten.

Die anwesenden fürstlichen Vertreter votierten in den folgenden Sitzungen dieser Reihenfolge entsprechend über die Punkte der ersten Klasse der schwedischen Replik, welche die Reichs-sachen betraf.³³ Zu einer Auseinandersetzung kam es schon in der Sitzung vom 6. Februar 1646, als über die Frage diskutiert wurde, wer genau Gegner der Kronen sei. Österreich und Bayern vertraten dabei denselben Standpunkt, wie ihn der österreichische Vertreter in seinem Votum darlegte: Es sei bekannt, dass Schweden gegen den Kaiser, das Reich und alle Kurfürsten, Fürsten und Stände Krieg führe.³⁴ Nach dieser Ansicht waren die Schweden nicht nur Feinde des Kaisers und seiner Anhänger, sondern aller Reichsstände. Dem widersprachen die evangelischen Stände, allen voran die Magdeburger, die als erste Evangelische votierten.³⁵ Die Meinung, wie sie Lampadius seinen Herren diesbezüglich bereits dargelegt hatte,³⁶ war somit Konsens bei den Evangelischen. Eine Mittelstellung nahm der Gesandte des Bischofs von Würzburg ein, der befand, es handele sich um eine überaus heikle Frage, weshalb er ebenso wie die Evangelischen dafür stimmte, sie nicht eindeutig zu beantworten.³⁷ In der Frage, ob ein Frieden ohne Spanien geschlossen werden dürfe, stand wiederum Österreich allein, das die Frage im Sinne des Kaisers mit einem klaren Nein beantwortet sehen wollte. Die anderen Reichsstände stimmten allerdings wieder für ein Auslassen der Frage.³⁸ Hier erhielt der österreichische Vertreter also keine Unterstützung vom bayrischen, der sonst meist genauso wie Österreich votierte. Stattdessen herrschte

³¹ BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/3, S. LIII.

³² Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica I), Osnabrück 1646 Februar 3, APW III A 3/3, Nr. 95, S. 5, 26.

³³ Die Beratungen darüber begannen am 6. Februar 1646 und endeten am 23. Februar 1646. Protokolle Sitzungen des Fürstenrats (sessiones publicae III-XIII), Osnabrück 1646 Februar 6 bis Februar 23, APW III A 3/3, Nr. 97-107, S. 37-187.

³⁴ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica III), Osnabrück 1646 Februar 6, APW III A 3/3, Nr. 97, S. 38, 40.

³⁵ Ebd., S. 42-45.

³⁶ S. Kap. 5, S. 146f.

³⁷ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica III), Osnabrück 1646 Februar 6, APW III A 3/3, Nr. 97, S. 40f.

³⁸ Ebd., S. 46f.

Einigkeit zwischen den Reichsständen gegen den Kaiser. Auch bei weiteren Sitzungen, in denen der Österreicher hinsichtlich dieser Frage doch noch ein Stimmergebnis in seinem Sinne zu erzielen versuchte, war dieses Anliegen nicht von Erfolg gekrönt.³⁹ Die Mehrheit weigerte sich, den Frieden mit auswärtigen Angelegenheiten aufhalten zu lassen und vertagte eine Antwort.⁴⁰ Noch ein weiteres Moment der Kommunikation im Fürstenrat wird damit offenbar: Statt eine Konfrontation mit den Kaiserlichen hervorzurufen und dadurch möglicherweise frühzeitig die Beratungen durch einen Streit zu belasten, entschied man sich für eine Dissimulation dieses Konfliktpotenzials durch das Verweigern einer klaren Stellungnahme.

Ähnliche Einigkeit zwischen den fürstlichen Vertretern in Osnabrück herrschte auch bei anderen Punkten, welche auswärtige Angelegenheiten betrafen. Weder wollten sie den Friedensschluss mit der von Frankreich aufgeworfenen Frage aufhalten, ob den portugiesischen Gesandten Geleitbriefe ausgestellt werden sollten,⁴¹ noch mit der von den kaiserlichen, ob Lothringen militärische Unterstützung erhalten solle.⁴²

Bei der Frage, ob es einen Waffenstillstand geben sollte, waren sich die meisten fürstlichen Vertreter in Osnabrück ebenfalls einig. Nur Österreich und Bayern sprachen sich dafür aus. Die Hauptsorge der anderen Votanten war, Waffenstillstandsverhandlungen würden die eigentlichen Friedensverhandlungen verzögern, zumal die kriegführenden Parteien nach Abschluss eines Waffenstillstands weniger motiviert sein würden, Frieden zu schließen.⁴³

Die Reichsangelegenheiten verursachten hingegen Schwierigkeiten, die nicht durch Dissimulation allein gelöst werden konnten, prallten hier doch die verschiedenen Interessen unmittelbar aufeinander. In der Sitzung vom 8. Februar 1646 sprach man über die Amnestie. Dabei lehnten Österreich und Bayern den von den Schweden genannten Termin 1618 für die Amnestie ab.⁴⁴ Würzburg fand den Termin 1618 zwar auch zu generell, wollte sich jedoch nicht näher dazu äußern⁴⁵ und vermied also auch hier die Konfrontation. Die Evangelischen votierten für ihren Wunschtermin 1618 mit dem Argument, die Kronen seien in dieser Sache nicht kompromissbereit, wes-

³⁹ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica VII), Osnabrück 1646 Februar 13, APW III A 3/3, Nr. 101, S. 107, Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica X), Osnabrück 1646 Februar 16, APW III A 3/3, Nr. 104, S. 150.

⁴⁰ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica VII), Osnabrück 1646 Februar 13, APW III A 3/3, Nr. 101, S. 109-119, Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica X), Osnabrück 1646 Februar 16, APW III A 3/3, Nr. 104, S. 151-153.

⁴¹ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica VI), Osnabrück 1646 Februar 10, APW III A 3/3, Nr. 100, S. 94-103.

⁴² Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica VIII), Osnabrück 1646 Februar 14, APW III A 3/3, Nr. 102, S. 127-132.

⁴³ Ebd., S. 132-137.

⁴⁴ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica IV), Osnabrück 1646 Februar 8, APW III A 3/3, Nr. 98, S. 52, 57.

⁴⁵ Ebd., S. 58.

halb man den Frieden nicht mit dieser Frage aufhalten solle.⁴⁶ Sie folgten also ihrer am 29. Januar festgelegten Strategie, sich auf die Forderungen der Kronen zu berufen. Aus dieser Linie der Evangelischen scherte allerdings Hessen-Darmstadt aus, das sein Votum suspendierte und die Sache den kriegführenden Parteien anheimstellte.⁴⁷ Auch Hessen-Darmstadt wollte eine Festlegung somit vermeiden. Dieses Votum erzürnte neben Lampadius jedoch auch andere evangelische Gesandte. Seinen Herren gegenüber bemängelte Lampadius, es scheine, als wolle Hessen-Darmstadt andere evangelische Reichsstände zu kriegführenden Parteien erklären oder behaupten, es dürfe niemand votieren, der sich nicht zu einer von ihnen bekannte. So würde man jedoch niemals einen zuträglichen Frieden schließen können.⁴⁸ Hier gab sich Hessen-Darmstadt gewissermaßen erneut als Anhänger des Kaisers zu erkennen.

Damit aber war das Thema Amnestie im Fürstenrat noch nicht erledigt. Am 13. Februar 1646 berichtete das österreichische Direktorium, die Stände in Münster hätten erneut darüber beraten und beschlossen, es bei der vom Kaiser publizierten Amnestie zu belassen und damit in weltlichen Sachen den Termin 1630 und in geistlichen den Termin 1627 bestätigt. Diejenigen Reichsstände, welche sich dadurch benachteiligt fühlten, sollten einzeln angehört werden.⁴⁹ Damit war man terminlich wieder beim Prager Frieden angelangt.⁵⁰ Magdeburg votierte, da das Konklusum zu Münster ganz anders ausgefallen sei als das zu Osnabrück, solle auch das Osnabrücker Gutachten explizit in das Reichskonklusum eingefügt oder getrennt übergeben werden.⁵¹ Die meisten evangelischen Vertreter schlossen sich dem an.⁵² Sachsen-Weimar berief sich dabei erneut auf die Kronen, die sich ohnehin nicht an die Mehrheit binden ließen.⁵³ Österreich setzte dagegen, es dürfe nur ein Konklusum des Fürstenrats geben. Lampadius antwortete darauf, es gehe nicht darum, Mehrheitsentscheidungen ganz zu verwerfen, da dies die Auflösung der Reichskollegien bedeuten würde. Da aber die Meinungen sehr diskrepant ausgefallen seien und seit mehr als hundert Jahren über die Mehrheit gestritten werde, solle die Entscheidung der Osnabrücker hinzugesetzt werden. Andernfalls wollten die Evangelischen sie selbst übergeben.⁵⁴ Er bestand also auf der evangelischen Forderung, in konfessionellen Fragen keine Mehrheitsentscheidungen gelten zu lassen.

⁴⁶ So Magdeburg als erster evangelischer Votant: Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica IV), Osnabrück 1646 Februar 8, APW III A 3/3, Nr. 98, S. 59. Die anderen Evangelischen schlossen sich mehrheitlich an: Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica IV), Osnabrück 1646 Februar 8, APW III A 3/3, Nr. 98, S. 63-77.

⁴⁷ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica IV), Osnabrück 1646 Februar 8, APW III A 3/3, Nr. 98, S. 69.

⁴⁸ HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 79.

⁴⁹ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica VII), Osnabrück 1646 Februar 13, APW III A 3/3, Nr. 101, S. 105.

⁵⁰ DICKMANN: Frieden, S. 71f.

⁵¹ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica VII), Osnabrück 1646 Februar 13, APW III A 3/3, Nr. 101, S. 108.

⁵² Ebd., S. 107-118.

⁵³ Ebd., S. 111.

⁵⁴ Ebd., S. 113.

Insgesamt blieb eben diese Frage, welches Gewicht den evangelischen Voten zukommen sollte, eine der umstrittensten. Insbesondere der österreichische Vertreter Richtersberger, der nun als Direktor des Fürstenrates Osnabrück fungierte, erwies sich für die Evangelischen als schwieriger Partner. Sie mussten immer wieder auf der Berücksichtigung ihrer Voten durch den Österreicher bestehen. Dies zeigte sich etwa am 21. Februar 1646, als Richtersberger seine Zusammenfassung der Osnabrücker Fürstenratsvoten über die erste Klasse der schwedischen Replik verlas.⁵⁵ Magdeburg stellte als erster evangelischer Votant fest, „daß der evangelischen angeführte rationes ganz ubergangen, der catholischen aber gar genaw und eigentlich beygebracht und alles uf die maiora gesetzt“ worden sei.⁵⁶ Deshalb „hette er zu bitten, daß der aufsatz per dictaturam communiciret werden müchte.“⁵⁷ Obwohl sich die anderen evangelischen Gesandten dieser Forderung anschlossen, weigerte sich Österreich, den von ihm verfassten Entwurf schriftlich ausstellen zu lassen und argumentierte, dies sei gegen das Herkommen.⁵⁸ Es kam zu einer Diskussion, in deren Verlauf etwa Lampadius vorbrachte, Gewohnheiten dieser Art würden nicht allzu streng befolgt, doch beharrte der österreichische Vertreter auf seiner Position.⁵⁹ Lampadius schilderte diese Episode ausführlich seinen Herren.⁶⁰

Auch eine Einigung über das Verfahren, wie die Voten des Osnabrücker Fürstenrates mit denjenigen der anderen Reichsräte verknüpft werden sollten, gestaltete sich schwierig. Österreich und Bayern stimmten in der Sitzung vom 23. Februar 1646 dafür, erst am Schluss aller Beratungen die üblichen Re- und Correlationen abzuhalten, also die Einigung auf ein Reichsgutachten zwischen Kurfürsten-, Fürsten- und Städterat herbeizuführen.⁶¹ Die meisten Evangelischen stimmen wie Magdeburg dafür, die Voten des Fürstenrates Osnabrück zunächst mit den in Osnabrück anwesenden kurfürstlichen und reichsstädtischen Gesandten abzustimmen. Das so zusammengetragene Gutachten sollte dann weiter nach Münster geschickt und von den dortigen Ständen vernommen werden, ob sie sich anschließen würden. Sollte dies nicht der Fall sein, sollten die Osnabrücker und Münsteraner Voten getrennt übergeben werden.⁶² Schon gegen das von Österreich und Bayern als selbstverständlich vorausgesetzte Vorhaben, ein einheitliches – und einziges – Reichsgutachten abzufassen, richtete sich also der Einwand der Evangelischen. Dieses Votum der Evangelischen löste eine Diskussion zwischen dem österreichischen Direktor

⁵⁵ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica XII), Osnabrück 1646 Februar 21, APW III A 3/3, Nr. 106, S. 165-170.

⁵⁶ Ebd., S. 170.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Ebd., S. 170-171.

⁵⁹ Ebd., S. 174f.

⁶⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 151.

⁶¹ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica XIII), Osnabrück 1646 Februar 23, APW III A 3/3, Nr. 107, S. 177f.

⁶² Ebd., S. 178-185.

und den evangelischen Ständen, insbesondere Lampadius, aus. Der österreichische Vertreter argumentierte, die Kaiserlichen und die Kronen könnten nicht eher verhandeln, bis sie das Gutachten der Reichsstände zu allen Verhandlungspunkten vorliegen hätten. Lampadius und andere Evangelische wandten dagegen ein, bereits nach einer Übergabe eines Gutachtens der Reichsstände zur ersten Klasse könnten die Kaiserlichen und die Vertreter der beiden Kronen mit ihren Verhandlungen beginnen. Der von Österreich vorgeschlagene Modus verzögere die Verhandlungen nur.⁶³ Ein Beginn der Verhandlungen über die erste Klasse, welche die Reichssachen enthielt, wäre den Evangelischen nur Recht gewesen. Bei dem Streit um diesen Punkt handelte es sich also keineswegs um nebensächliche Detailfragen. Insbesondere für die Evangelischen war mit der Frage, wie weiter mit den abgelegten Voten verfahren werden sollte, das Ausmaß verbunden, in dem sie sich Hoffnung machen konnten, mit ihren Anliegen am Kongress Gehör zu finden. Deshalb bestanden sie auch auf der notfalls getrennten Übergabe ihrer Voten an die Kaiserlichen und die Vertreter der Kronen.

Die Auseinandersetzung über diesen Punkt ließ sich dementsprechend nicht so einfach lösen. Am 7. März 1646 sprachen Richtersberger und Lampadius unter vier Augen darüber, wie man die Re- und Correlation gestalten sollte. Der österreichische Gesandte monierte, viele reichsständische Vertreter wollten ihre Einzelvoten berücksichtigt haben. Lampadius ersuchte Richtersberger darauf, dies nicht zu behindern. Bei den anstehenden Verhandlungen könnten die einzelnen Punkte nicht durch Mehrheitsentscheidungen, sondern nur durch Konsens aller Parteien beigelegt werden. Eine Re- und Correlation aller Reichsstände sei zu diesem Zeitpunkt vergeblich, weshalb dem Kaiser die einzelnen Gutachten übergeben werden müssten. Richtersberger solle daher die bisherigen Konklusa des Fürstenrates Osnabrück noch einmal neu zusammenfassen.⁶⁴

Doch so einfach ließ sich Richtersberger nicht umstimmen. Stattdessen schrieb er nach Münster, in Osnabrück sei beschlossen worden, mit den Beratungen über die Satisfaktionen zu beginnen und später alle Punkte in ein einziges Reichsgutachten zu bringen. Zwar widersprachen dem einzelne evangelische Vertreter, die in Münster anwesend waren, doch ohne Erfolg. Aufgrund dieser Fehlinformation begannen die fürstlichen Gesandten zu Münster, ohne weitere Konsultation der Osnabrücker über die zweite Klasse der Verhandlungsgegenstände zu beraten, also über die Satisfaktionen.⁶⁵

Auch in der Folgezeit erwies sich Richtersberger aus Sicht der Evangelischen als wenig verlässlich. Nach den Beratungen im Fürstenrat Osnabrück über die französische Satisfaktion gegen

⁶³ Ebd., S. 182-183.

⁶⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 208.

⁶⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 165.

Mitte März wollte der Österreicher die Voten aus Münster und Osnabrück stillschweigend zusammenziehen und so ein Mehrheitsvotum erstellen, welches inhaltlich den österreichischen Vorstellungen zupassgekommen wäre.⁶⁶ Es kam daher zu einer weiteren Diskussion mit dem Österreicher, der sich zunächst nicht auf die Einwände einlassen wollte.⁶⁷ Seinem Herrn schrieb Lampadius später, man habe viel mit Richtersberger diskutieren müssen, bis dieser bereit gewesen sei, sein Konzept den tatsächlich in Osnabrück abgelegten Voten anzupassen.⁶⁸ Die Auseinandersetzung um die Mitbestimmungsmöglichkeiten der (evangelischen) Reichsstände wurde auch nach der Zulassung der Reichsstände durch den Kaiser gewissermaßen innerhalb der Reichsgremien fortgesetzt.

Parallel zu diesen gemeinsamen Beratungen von evangelischen und katholischen Ständen im Fürstenrat Osnabrück, in welchen die allgemeinen Verhandlungspunkte besprochen wurden, nahmen die Evangelischen ihre internen Beratungen über die Gravamina wieder auf.

Reichsständische Verhandlungen über die konfessionellen Gravamina

Ursache für diese Wiederaufnahme war die Übergabe der Gravamina der Katholischen am 8. Februar 1646 als Antwort auf die Gravamina der Evangelischen.⁶⁹ Darin widersprachen die Katholischen grundsätzlich den Forderungen der Evangelischen, womit sich die Gegensätze erneut „[s]charf und unerbittlich“ gegenüberstanden.⁷⁰ Beide Seiten hatten sich positioniert und es zunächst dabei belassen, ihre schon bekannten und unvereinbaren Standpunkte noch einmal darzulegen. Nun erfolgte gleich mehrfach in relativ kurzer Zeit der weitere Austausch von Stellungnahmen und Angeboten beider Seiten: Am 17. Februar berieten die Evangelischen bei den Magdeburgern, wie sie weiter verfahren wollten. Sie beschlossen, zunächst nochmals im Plenum über ihre Gravamina abzustimmen und das Ergebnis danach von ihren Deputierten – neben Lampadius den Vertretern Sachsen-Altenburgs, Sachsen-Weimars, Mecklenburgs, Hessen-Kassels, der Wetterauer Grafen und der Stadt Straßburg – zusammenfassen zu lassen. Diese Deputierten sollten zudem eine Antwort an die Katholischen entwerfen.⁷¹

Zwei Tage nach der gemeinsamen Abstimmung am 18. Februar 1646 begannen die Gravamina-Deputierten, ihrerseits über die Punkte zu beraten.⁷² Bereits am 24. Februar konnten erste Ergebnisse den Schweden überreicht werden. Von der geplanten Übergabe an Trauttmansdorff

⁶⁶ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica XIX), Osnabrück 1646 März 13, APW III A 3/3, Nr. 113, S. 282-283, 307.

⁶⁷ Ebd., S. 308-311.

⁶⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 209^v.

⁶⁹ MAY: Entstehung, S. 445, REPGEN: Hauptprobleme, S. 414. Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 2, S. 539-565.

⁷⁰ DICKMANN: Frieden, S. 350.

⁷¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Februar 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 140.

⁷² Ebd., fol. 140-140^v.

riet Oxenstierna allerdings mit dem Hinweis ab, die Evangelischen würden dadurch keine Vorteile erzielen, sondern eher Anlass bieten, die Verhandlungen nach Münster zu transferieren.⁷³ Da die Deputierten sich davon nicht überzeugen ließen, erklärte sich Oxenstierna schließlich doch mit der Übergabe einverstanden und erbot seine Hilfe.⁷⁴ Die evangelischen Deputierten übergaben unmittelbar nach dieser Zusage Oxenstiernas ihre ersten Teilergebnisse auch an die Kaiserlichen und widmeten sich danach den noch fehlenden Punkten. Erneut mahnte Lampadius nun seine Herren, es sei höchste Zeit, dass Langenbeck mit der Generalinstruktion erscheine, da er in diesem wichtigen Punkt noch immer nicht im Geringsten instruiert sei.⁷⁵ Trotzdem dauerte es – wie oben dargestellt – noch einige Monate, bis Langenbeck tatsächlich am Kongress eintraf.⁷⁶ Auch eine Instruktion ließ weiter auf sich warten. Lampadius war einmal mehr auf Vermutungen angewiesen, welche Lösungen seine Herren im Detail bevorzugen mochten, denn die Sache drängte sehr. Am 3. März trafen sich die Deputierten in Sachen Gravamina bei den Magdeburgern, um die letzten Punkte zu besprechen.⁷⁷ Bereits fünf Tage später wurden der so erstellte Forderungskatalog der Evangelischen übergeben.⁷⁸ Darin wahrten die Evangelischen grundsätzlich ihre Interessen und machten erst einmal nur geringe Zugeständnisse: Sie zeigten sich bereit, auf die Säkularisierung der evangelisch gewordenen Stifter zu verzichten, die damit ihren geistlichen Charakter behalten sollten. Dem Kaiser sollte das Recht erhalten bleiben, eigene Kandidaten als künftige Administratoren der großen Stifter zu präsentieren, sofern es sich bei diesen um Protestanten handelte.⁷⁹

Schon am 17. März 1646 erhielten die evangelischen Deputierten von den Kaiserlichen Lamberg und Krane eine weitere Antwort der Katholischen mit ihren Gegenvorschlägen.⁸⁰ Bereits bei deren Übergabe forderten die evangelischen Deputierten die Kaiserlichen auf, bei den Katholischen in Münster auf Entsendung von Deputierten nach Osnabrück zu dringen, da sie weitere schriftliche Verhandlungen mit den Katholischen nicht für sinnvoll hielten. Die beiden kaiserlichen Gesandten zeigten sich dazu bereit.⁸¹

⁷³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 151, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 März 12, APW II C 2, Nr. 70, S. 193.

⁷⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 151-151'.

⁷⁵ Ebd., fol. 151'.

⁷⁶ S. Kap. 6, S. 187f.

⁷⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 164.

⁷⁸ MAY: Entstehung, S. 448. Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 2, S. 568-572.

⁷⁹ DICKMANN: Frieden, S. 351.

⁸⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 229, MAY: Entstehung, S. 450, Extractus protocolli, Beilage 1 zu Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1646 März 19, APW II A 3, Nr. 219, S. 428. Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 2, S. 579-584.

⁸¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 229, Extractus protocolli, Beilage 1 zu Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1646 März 19, APW II A 3, Nr. 219, S. 428.

Bei der Besprechung des übergebenen Gutachtens sahen sich die Evangelischen in ihrem Eindruck bestätigt, mit einem bloßen Austausch von weiteren Schriftstücken sei nichts zu erreichen.⁸² Die Katholischen waren bei ihren vorherigen Positionen geblieben, hatten auf den Prager Frieden verwiesen und keinerlei Konzessionen gemacht.⁸³ Mehr noch, aus Sicht der Evangelischen stellten einige der angebotenen Bedingungen sogar eine Verschlechterung gegenüber dem Prager Frieden dar. Daher beauftragten sie ihre Deputierten, bei den Kaiserlichen noch einmal wegen der gewünschten Abordnung katholischer Vertreter nach Osnabrück vorzusprechen.⁸⁴ Die Kaiserlichen wiederum ersuchten am 18. März 1646 ihrerseits die Schweden, die Evangelischen zur Annahme der katholischen Bestimmungen zu überreden.⁸⁵ Mit der gleichen Absicht besuchten auch der Kurmainzer und der Kurbayrische die Schweden zwei Tage später und wollten ihnen darüber hinaus die Interposition in dieser Frage andienen. Lampadius erfuhr dies direkt von Oxenstierna und Salvius und hielt Rücksprache mit den anderen Evangelischen, was davon zu halten sei. Diese befanden insgesamt, die Schweden könnten zwar die Interposition annehmen, doch nur unter der Bedingung, sich dabei nicht ‚neutral‘ zu verhalten, sondern die evangelischen Gravamina als ihr eigenes Interesse zu behandeln und sich von den evangelischen Reichsständen nicht trennen zu lassen.⁸⁶ Die Vermutung, die Evangelischen hätten die schwedische Interposition gewünscht und die Kaiserlichen diese erfolgreich verhindert,⁸⁷ stimmt so nicht; die Evangelischen reagierten stattdessen skeptisch auf den von Außen an sie herangetragenen Vorschlag, da sie dadurch eine Schwächung ihrer Position befürchteten. Um sicherzustellen, dass die Katholischen keinen ihrer weiteren Entschlüsse und damit ihre Verhandlungstaktik in Erfahrung brächten, beschlossen die Evangelischen darüber hinaus, bis zur Ankunft katholischer Deputierter nicht einmal mehr unter dem Siegel der Verschwiegenheit zu beraten. Allerdings teilten sie den Schweden schon einmal mit, weshalb sie die Berufung der Katholischen auf den Prager Frieden nicht zu gestatten gedachten. Zum einen habe der Kaiser selbst erklärt, er wolle beim Friedenskongress die Ursachen des Krieges so ausräumen lassen, dass kein Keim für einen neuen Krieg zurückbleibe.⁸⁸ Zum anderen hätten die Kronen und die evangelischen Stände bereits klargestellt, der Prager Frieden müsse aufgehoben werden, weshalb er keine Grundlage des neuen Friedens sein könne. Es sei daher seltsam, „*ipsum morbum pro remedio*

⁸² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 229.

⁸³ DICKMANN: Frieden, S. 352, MAY: Entstehung, S. 449.

⁸⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 229.

⁸⁵ Ebd., fol. 229-229'.

⁸⁶ Ebd., fol. 229', Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 März 26, APW II C 2, Nr. 76, S. 210.

⁸⁷ HAUG-MORITZ: Friedenskongresse, S. 163.

⁸⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 229'.

zuwenditiren.“⁸⁹ Sicherlich sollte dieser Beschluss, vorläufig auf weitere Beratungen zu verzichten, den Druck auf die Katholischen erhöhen, Deputierte zu gemeinsamen Verhandlungen nach Osnabrück zu senden.

Trotz dieses allgemeinen Beschlusses der Evangelischen, die Beratungen über ihre Positionierung bis nach der Ankunft der katholischen Deputierten zu vertagen, fanden darüber jedoch Gespräche im kleinen Kreis statt. Am 27., 28. und 29. März 1646 stellten Lampadius, die Sachsen-Altenburger, Sachsen-Weimarer und Magdeburger vertrauliche Überlegungen an. Um deren vorzeitiges Bekanntwerden zu vermeiden, wollten sie diese den anderen Evangelischen zunächst nicht kundtun. Diese Unterredungen dienten einem sehr pragmatischen Zweck. Seinen Herren schrieb Lampadius, „[s]o können wir leichtlich die maiora machen und die nachsizende an Uns ziehen, Sie pflegen doch gemeiniglich unsere vota zurepetiren.“⁹⁰ Lampadius und die anderen eingeweihten Gesandten bereiteten damit nicht nur inhaltlich die Verhandlungen mit den Katholischen vor, sie legten auch schon eine gemeinsame Linie fest, die sie den anderen Evangelischen gegenüber vertreten wollten, um dadurch eine Art Meinungsführerschaft zu erringen. Damit umgingen sie nicht nur den gemeinsamen Beschluss der Evangelischen, die Beratungen bis zum Eintreffen der katholischen Vertreter auszusetzen, sie übergingen in gewissem Maße auch die anderen evangelischen Stände in der Entscheidungsfindung. Beides erschien ihnen offenkundig nicht problematisch. Vertrauliche Gespräche im ‚privaten‘ Rahmen waren üblich und die Stimmrechte der anderen Evangelischen bei den kommenden gemeinsamen Beratungen blieben gewahrt. Die Beziehungen zwischen Lampadius und den genannten Evangelischen dürften zu der Zeit besonders intensiv und vertrauensvoll gewesen sein, was ein vorzeitiges Bekanntwerden ihrer Überlegungen verhinderte.

Denn in der Tat waren die Katholischen sehr daran interessiert, eine Stellungnahme der Evangelischen zu ihren letzten Vorschlägen zu erhalten. Bereits zwei Tage nach deren Übergabe fragten die Kaiserlichen deshalb nach. Die evangelischen Deputierten weigerten sich jedoch, Auskünfte zu erteilen.⁹¹ Lampadius erhielt daraufhin am 25. März 1646 Besuch vom österreichischen Gesandten Richtersberger, der allerdings bei ihm auch nichts weiter in Erfahrung brachte.⁹² Stattdessen gerieten die beiden Gesandten in einen Disput über die bisher vergeblichen Versuche, die Gravamina zwischen Katholiken und Protestanten beizulegen und die Frage, welche der beiden Seiten ihre Zusagen dabei weniger eingehalten hatte.⁹³

⁸⁹ Ebd., fol. 230.

⁹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 265ʳ.

⁹¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 229.

⁹² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 März 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 264.

⁹³ Ebd., fol. 264-264ʳ.

Ähnlich verlief Lampadius' Gespräch mit dem kaiserlichen Gesandten Krane am selben Nachmittag. Krane wollte etwas über die weitere Positionierung in der Gravaminafrage erfahren und Lampadius überreden, die Evangelischen zum Einlenken zu bewegen. Er bemühte sich daher um einen versöhnlichen Ton und hob die Vorteile der Eintracht hervor. Lampadius sah sich daraufhin bemüßigt, einen kleinen Vortrag zu seinem Verständnis von Eintracht zu halten. Er entgegnete, grundsätzlich sei er mit der diesbezüglichen Aussage Kranes einverstanden.⁹⁴ Doch verstünden Krane und er mit demselben Wort zwei verschiedene Dinge. Während Krane damit meine, die Evangelischen sollten ihre Waffen mit dem Kaiser verbinden und die Franzosen vom Reichsboden und insbesondere aus dem Elsass vertreiben, strebe er eine Eintracht an, die in Aufhebung der Streitpunkte zwischen Kaiser und Reichsständen bestünde und auf Frieden und Ruhe gegründet sei. Krane ließ dies unkommentiert.⁹⁵ Damit kam es zwar nicht zu einem offenen Streit, doch lagen die Meinungsverschiedenheiten klar zutage.

Nicht lange danach trafen katholische Deputierte in Osnabrück ein, sodass die direkten Verhandlungen zwischen Evangelischen und Katholischen über die Gravamina am 12. April 1646 beginnen konnten.⁹⁶ Mit dem Auftakt der Verhandlungen war Lampadius allerdings nicht sehr zufrieden. Seinen Herren schrieb er, Wesenbeck, der als Vertreter des Kurfürsten von Brandenburg für Pommern votierte, habe nach der Darlegung der katholischen Position durch den Kurmainzer eine lange, verwirrte Rede gehalten.⁹⁷ Offenbar war dieser Vortrag Wesenbecks mit den anderen evangelischen Deputierten nicht abgestimmt gewesen, denn die meisten von ihnen zeigten sich verärgert und wollten sich bei Wesenbeck beschweren. Unter anderem auf Lampadius' Anraten, der einen solchen Streit für schädlich hielt, sahen sie aber davon ab.⁹⁸

Tags darauf setzten die Evangelischen ihre Beratungen bei den Magdeburgern fort. Dabei beschlossen sie, nicht auf Grundlage des katholischen Gutachtens verhandeln zu wollen, sondern ihren eigenen, den Katholischen schon früher unterbreiteten Vorschlägen zu folgen.⁹⁹ Doch auch die Katholischen waren in dieser Frage nicht kompromissbereit und bestanden ebenfalls darauf, ihr Gutachten müsse als allgemeine Verhandlungsgrundlage anerkannt werden.¹⁰⁰ Beide Seiten wollten damit ihr eigenes Gutachten zur Basis der weiteren Gespräche machen. Darüber hinaus ließen die Katholischen die Evangelischen am dritten Verhandlungstag wissen, sie erstrebten nur ein temporäres Abkommen, da ihnen ihr Glaube eine dauerhafte Übereinkunft mit den Evange-

⁹⁴ Ebd., fol. 264'. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

⁹⁵ Ebd., fol. 265.

⁹⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 April 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 197.

⁹⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 April 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 305.

⁹⁸ Ebd., fol. 305'.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ Ebd., fol. 305'-306.

lischen verbiete.¹⁰¹ Zwar waren die Katholischen bereit, die im Prager Frieden enthaltene Frist, während derer das Restitutionsedikt ausgesetzt werden sollte, von vierzig auf fünfzig oder sechzig Jahre auszudehnen.¹⁰² Doch von der Konzessionsbereitschaft, welche die Katholischen 1555 an den Tag gelegt hatten, indem sie den Evangelischen bestimmte geistliche Güter auf ewige Zeiten abtraten, war man weit entfernt.¹⁰³

Die Ausgangslage sah damit nicht sehr vielversprechend aus. Zwar rückten die evangelischen Deputierten einen Tag später von den schriftlichen Gutachten als Verhandlungsgrundlage ab und wollten unabhängig von diesen über die Inhalte reden.¹⁰⁴ Sie bestanden somit auch nicht mehr strikt auf den von ihnen vorgebrachten Vorschlägen. Doch von den Kaiserlichen war dafür zunächst keine Unterstützung zu erhalten. Trauttmansdorff erklärte, die Behandlung der Gravamina solle vertagt werden, damit man erst einmal Frieden mit den Kronen schließen könne. Er fügte hinzu, die Evangelischen würden sicherlich nicht den Eindruck erwecken wollen, die Situation auszunutzen und den Katholischen mithilfe der Schweden einen Vergleich aufzuzwingen.¹⁰⁵ Zwar wiesen die anwesenden evangelischen Deputierten dies zurück und erwiderten, ein beständiger Frieden sei ohne Aufhebung der wahren Kriegsursachen – der Gravamina – unmöglich. Doch Trauttmansdorff beharrte auf seinem Standpunkt.¹⁰⁶ Ob Trauttmansdorff tatsächlich die Verhandlungen mit den beiden Kronen vorziehen wollte, oder ob er nicht eher den Druck auf die Evangelischen erhöhen wollte und sein Verweis auf die Verhandlungen mit den Kronen somit taktischer Natur war, ist allerdings fraglich. Denn ursprünglich hatte Trauttmansdorff ja ein Vorziehen der Gravamina angestrebt; inzwischen peilte er zumindest parallele Verhandlungen an und wollte die Gravaminafrage eigentlich keineswegs vertagen.¹⁰⁷

Jedenfalls erbrachte auch ein weiteres Nachgeben der Evangelischen in dieser Situation keine Fortschritte.¹⁰⁸ Und dies, obwohl die von den Evangelischen am 24. April 1646 unterbreiteten Vorschläge im Vergleich zu ihren früheren deutliche Zugeständnisse enthielten: Sie nahmen den Geistlichen Vorbehalt grundsätzlich an, sofern den zur evangelischen Konfession übertretenden Geistlichen ihr Amt auf Lebenszeit überlassen bliebe, und boten ein Normaljahr 1618 ohne wesentliche Ausnahmen an, womit sie de facto auf eine weitere Ausbreitung ihrer Konfession

¹⁰¹ Ebd., fol. 306-306^r.

¹⁰² DICKMANN: Frieden, S. 71, 352.

¹⁰³ Ebd., S. 353.

¹⁰⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 April 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 306^r.

¹⁰⁵ Ebd., fol. 307. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts. Stattdessen ließen sie den Kaiser knapp wissen, sie wollten sich für eine Einigung zwischen Protestanten und Katholiken einsetzen: Trauttmansdorff, Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1646 April 16, APW II A 3, Nr. 276, S. 515. Ob sie diese Zusage tatsächlich wie von Lampadius berichtet einschränkten, lässt sich nicht belegen.

¹⁰⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 April 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 307.

¹⁰⁷ S. oben, S. 174.

¹⁰⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 April 27, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 334.

verzichteten.¹⁰⁹ Am Nachmittag des 28. April stellten die katholischen Deputierten ihre Antwort dazu vor, der zufolge sie weiterhin am Prager Frieden festhielten.¹¹⁰ Damit scheiterten die ersten ‚offiziellen‘ Direktverhandlungen zwischen Evangelischen und Katholischen.

Bei ihren Beratungen drei Tage später interpretierten die Evangelischen das Verhalten der Katholischen als Versuch, die Klärung der Gravamina so lange zu verzögern, bis die Verhandlungen in den übrigen Punkten abgeschlossen wären. Sie beschlossen deshalb, Kaiserliche und Schweden vom Stand der bisherigen Verhandlungen in Kenntnis zu setzen und sie zu bitten, sich der Sache anzunehmen, da sie keine Hoffnung sahen, sich mit den Katholischen direkt zu einigen. Kaiserliche und Schweden sollten über die Gravamina nach Vorstellung der Evangelischen parallel zu den anderen Punkten beraten, doch ohne Vorwissen und Zustimmung der Evangelischen nichts beschließen.¹¹¹

Kaiserliche und schwedische Vermittlung

Nach diesem raschen Ende der Direktverhandlungen kehrten die katholischen Deputierten nach Münster zurück. Lampadius hörte gegen Mitte Mai 1646, sie würden sich dort bemühen, die Franzosen auf ihre Seite zu ziehen.¹¹² In Osnabrück blieben allerdings auch die Sachsen-Altenburger, Sachsen-Weimarer und Lampadius nicht untätig, übergaben den Schweden vertraulich weitere Vorschläge zur Beilegung der Gravamina und baten sie, diese in ihr nächstes Friedensinstrument einzufügen und zu behaupten.¹¹³ Außerdem versuchten sie gemeinsam mit weiteren evangelischen Vertretern, Oxenstierna zu überzeugen, einen Erfolg der allgemeinen Friedensverhandlungen nicht von einem Friedensschluss zwischen Spanien und Frankreich abhängig zu machen. Oxenstierna war damit einverstanden, da er Schweden in dieser Sache nicht durch den Bündnisvertrag mit Frankreich gebunden sah. Immerhin in diesem Bemühen wussten sich die Evangelischen zudem einig mit den Katholischen.¹¹⁴ Lampadius, die Sachsen-Altenburger und Sachsen-Weimarer setzten damit ihre Tätigkeit unabhängig von den allgemeinen Beschlüssen der Evangelischen fort.

¹⁰⁹ DICKMANN: Frieden, S. 352. Ein Protokoll mit den evangelischen Angeboten ist gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 2, S. 611-615.

¹¹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Mai 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 352. Ein Protokoll mit der katholischen Antwort ist gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 2, S. 616-618.

¹¹¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Mai 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 352. Darüber berichteten weder Schweden noch Kaiserliche.

¹¹² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Mai 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 20^r.

¹¹³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Mai 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 50^r-51, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Juni 4, APW II C 2, Nr. 121, S. 296f.

¹¹⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 170^r. Oxenstierna und Salvius berichteten an die Königin, sie hätten erklärt, darüber zunächst mit ihren französischen Verbündeten sprechen zu müssen: Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Juni 18, APW II C 2, Nr. 130, S. 330-332.

Am 11. Juni 1646 erhielten die evangelischen Deputierten von Trauttmansdorff eine weitere Erklärung der Katholischen zu den Gravamina.¹¹⁵ Trauttmansdorff selbst war Anfang Mai vom Kaiser angewiesen worden, sich für eine Einigung der beiden Parteien einzusetzen und in diesem Sinne gewisse Zugeständnisse an die Evangelischen zu machen, da der Kaiser sich danach die Unterstützung aller Reichsstände gegen Frankreich und Schweden erhoffte.¹¹⁶ Demgemäß hatte Trauttmansdorff den Schweden die Verlängerung der Frist zur Rückgabe der geistlichen Güter auf hundert Jahre angeboten. Außerdem war er bereit, den evangelischen Stiftsadministratoren Sitz und Stimme auf dem Reichstag zuzugestehen. Bei konfessionellen Angelegenheiten wollte er auf Mehrheitsentscheidungen verzichten. Auch die Berufung weiterer protestantischer Assessoren an die beiden höchsten Reichsgerichte hielt er für gerechtfertigt. Er hatte sich damit in vielem der Forderung der Evangelischen nach durchgehender Gleichheit angenähert.¹¹⁷ Die meisten Katholischen hatten sich in der nun übergebenen Erklärung diesen Angeboten Trauttmansdorffs – wenn auch erst nach heftigen Auseinandersetzungen – angeschlossen.¹¹⁸ Für Lampadius sah es nun, da Trauttmansdorff sich in Osnabrück aufhielt, so aus, als könnten die Verhandlungen über die Gravamina konstruktiv fortgesetzt werden.¹¹⁹

Die Evangelischen beschlossen, ebenfalls eine schriftliche Erklärung zu verfassen und beließen es darin – möglicherweise nicht zuletzt angesichts der Zugeständnisse Trauttmansdorffs – beim aktuellen Verhandlungsmodus: Kaiserliche und Schweden sollten stellvertretend weiter über die Gravamina verhandeln und nur mit Vorwissen und Zustimmung der Betroffenen Übereinkommen abschließen.¹²⁰ Inhaltlich blieben die Evangelischen weiter bei ihrer Forderung nach absoluter Gleichstellung der beiden Konfessionen in allen Bereichen. So waren sie etwa bereit, den Geistlichen Vorbehalt mit wechselseitiger Wirkung anzuerkennen. Doch weder von ihrer Forderung, mindestens die private Andacht von Evangelischen auch in katholischen Territorien zu gestatten – ausdrücklich genannt wurden unter anderem die kaiserlichen Erblände – noch von ihrem Normaljahrstermin wollten die Evangelischen abrücken.¹²¹

Da half es auch nichts, dass sich die evangelischen Deputierten bei Übergabe ihrer Erklärung¹²² an Kaiserliche und Schweden am 18. Juni 1646 bereit zeigten, parallel weiter eine direkte Einigung mit den katholischen Ständen zu versuchen. Als die Evangelischen dies einen Tag später auch dem Kurmainzer gegenüber wiederholten, entgegnete dieser, die Katholischen hätten

¹¹⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 171, MAY: Entstehung, S. 452. Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 3, S. 153-155.

¹¹⁶ DICKMANN: Frieden, S. 354, REPGEN: Maximilian, S. 216f, 221.

¹¹⁷ DICKMANN: Frieden, S. 356.

¹¹⁸ Ebd., S. 356f.

¹¹⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 171.

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ DICKMANN: Frieden, S. 357.

¹²² Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 3, S. 160-168.

keine Vollmacht, unmittelbare Gespräche mit den Evangelischen zu führen und sollten nur den Kaiserlichen Assistenz leisten.¹²³ Für Lampadius war diese Ablehnung wohl keine Überraschung. Bereits zuvor hatte er sich mit dem Kurkölnner Buschmann unterhalten und den Eindruck gewonnen, die Katholischen wollten nicht von Gleich zu Gleich mit den Evangelischen verhandeln, sondern die Oberhand behalten, damit sie „die Evangelische für und für trücken, und entlich zu ereugender occasion gar unterdrücken können.“¹²⁴ Die Ablehnung direkter Verhandlungen erzeugte bei ihm also erneut Misstrauen gegenüber den Katholischen, obwohl die Evangelischen selbst ebenfalls von den Direktverhandlungen abgerückt waren und eine Einigung zwischen Schweden und Kaiserlichen bevorzugten. Es schien noch ein weiter Weg bis zur Wiedererlangung einer gemeinsamen Vertrauensbasis.

Weitere Hindernisse wurden aus Lampadius' Sicht auch von anderer Seite aufgeworfen. Ende Juni übergaben die kursächsischen Gesandten den Kaiserlichen einen eigenen Vorschlag zur Beilegung der Gravamina,¹²⁵ obwohl sie sich, wie Lampadius empört berichtete, erst wenige Tage zuvor der letzten Erklärung der Evangelischen angeschlossen hatten. Entsprechend waren die anderen evangelischen Stände im Vorfeld nicht offiziell vom Vorschlag der Kursachsen informiert worden.¹²⁶ Ohnehin verweigerte der vornehmste evangelische Reichsstand weitgehend die Zusammenarbeit mit den anderen evangelischen Reichsständen; Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen war und blieb ein treuer Anhänger des Kaisers, der vor allem die Bewahrung des Prager Friedens anstrebte und der eine ‚Einmischung‘ der Schweden in die Reichssachen ablehnte.¹²⁷ Inhaltlich sprachen sich die kursächsischen Gesandten nun unter anderem für eine Annahme der von Trauttmansdorff angebotenen hundertjährigen Frist aus, die um weitere hundert Jahre verlängert werden sollte, falls zuvor eine Einigung über die geistlichen Güter scheiterte. Von einer dauerhaften Überlassung der geistlichen Güter an die Evangelischen nahmen sie also Abstand.¹²⁸ Außerdem schlugen sie als Termin für das Normaljahr 1624 vor und rückten auch hier von der evangelischen Forderung nach Wiederherstellung des Vorkriegszustands mit dem Stichjahr 1618 ab.¹²⁹ Als weiteres, wesentliches Zugeständnis formulierten sie das Ansinnen nach Wiederherstellung der evangelischen Religionsausübung in den kaiserlichen Erblanden nur noch als Bitte, nicht mehr als Forderung.¹³⁰ Die Sachsen-Altenburger übernahmen es, die Kursächsischen im

¹²³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 156.

¹²⁴ Ebd., fol. 156'.

¹²⁵ Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 3, S. 188f.

¹²⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 197, FUCHS: Medium, S. 171.

¹²⁷ S. oben, Kap. 1, außerdem SCHRECKENBACH: Kursachsen, S. 1f, 4f, 28-33, 44, 51, 60, 83, WOLFF: Corpus, S. 78f.

¹²⁸ DICKMANN: Frieden, S. 358, SCHRECKENBACH: Kursachsen, S. 38f, FUCHS: Medium, S. 172.

¹²⁹ DICKMANN: Frieden, S. 358f, SCHRECKENBACH: Kursachsen, S. 39f, FUCHS: Medium, S. 171.

¹³⁰ DICKMANN: Frieden, S. 359, SCHRECKENBACH: Kursachsen, S. 45f.

Namen der Evangelischen unter Hinweis auf den Prager Frieden zu ermahnen. Sollten sie trotz der Anwesenheit von Vertretern der vornehmsten evangelischen Stände Geheimverhandlungen führen wollen, würden sie damit nichts erreichen, außer etliche zu verärgern und die Verhandlungen zu erschweren.¹³¹ Doch diese Mahnung beeindruckte die Kursächsischen nicht. Sie setzten ihr Vorhaben fort, erreichten mit ihren Vorschlägen jedoch auch bei Trauttmansdorff nicht viel.¹³² Lampadius glaubte, mehr noch als das erklärte Missfallen der anderen Evangelischen habe dies zum Entschluss der Kursächsischen beigetragen, sich nach Münster zu begeben und sich vorläufig von den Gravaminaverhandlungen zurückzuziehen. Dabei aber ließen es die Evangelischen in Osnabrück noch nicht bewenden. Am 28. Juni 1646 beschlossen sie, die Kursächsischen noch einmal von dem aus ihrer Sicht anmaßendem Verhalten abzumahnern. Außerdem wollten sie ihnen darlegen, sie könnten eine kursächsische Interposition nicht zulassen. Denn die Evangelischen vermuteten inzwischen, die Aktionen der Kursächsischen zielten darauf, eine solche herausgehobene Vermittlerposition einzunehmen und auf diese Weise die Beschlüsse der Evangelischen zu lenken.¹³³ Deutlich tritt auch hier das reichsständische Selbstverständnis zutage, bei Entscheidungen, welche die Allgemeinheit betrafen, nicht übergangen werden zu dürfen. Die Sachsen-Altenburger und Lampadius übernahmen es zudem, den beiden Schweden die Unzumutbarkeit des kursächsischen Vorschlags darzulegen.¹³⁴

Die Verhandlungen zwischen Trauttmansdorff und den Schweden waren unterdessen in Osnabrück zunächst einmal wieder an ein Ende gekommen. Trauttmansdorff und die meisten katholischen Vertreter waren bereits am 25. Juni 1646 wieder nach Münster abgereist. Von den Katholischen blieb einzig der Würzburger Vorburg in Osnabrück zurück. Lampadius gegenüber drückte dieser nun seine Unzufriedenheit mit bestimmten Positionen anderer Katholischer aus und berichtete, die Katholischen seien sich untereinander keineswegs einig. Österreich und Bayern aber hätten bislang mit ihren Anhängern die allgemeine Linie bestimmt, weshalb er und andere Katholische viele Dinge nicht ändern könnten.¹³⁵ Damit signalisierte Vorburg noch einmal deutlich Gesprächsbereitschaft, doch änderte dies zunächst nichts an der Unterbrechung der Verhandlungen über die Gravamina in Osnabrück. Den Katholischen folgte am 3. Juli auch Oxenstierna nach Münster, ebenso plante Salvius seinen Aufbruch. Die Evangelischen hielten es daher für sinnvoll, ebenfalls Vertreter nach Münster zu senden und bestimmten als solche die Sachsen-

¹³¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 197, SCHRECKENBACH: Kursachsen, S. 41.

¹³² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 197, DICKMANN: Frieden, S. 359.

¹³³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 197.

¹³⁴ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Juni 25, APW II C 2, Nr. 132, S. 339.

¹³⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 197.

Altenburger und Sachsen-Weimarer. Diese sollten nicht nur auf die Katholischen ein Auge haben, sondern auch auf die Kursächsischen, die aus Lampadius' Sicht den evangelischen Anliegen mit ihrem eigenmächtigen Vorgehen bereits geschadet hatten.¹³⁶

Interne Absprachen und Briefe des Kaisers und des Kurfürsten zu Sachsen

Immerhin kamen Langenbeck und Lampadius nun, da die Verhandlungen über die Gravamina in Osnabrück erst einmal ruhten, dazu, sich miteinander zu besprechen. Nach achttägiger Beratung mit Langenbeck berichtete Lampadius seinem Herrn jedoch, Langenbeck und er hielten es zu diesem Zeitpunkt für unmöglich, eine endgültige Instruktion zu verfassen. Zum einen seien bezüglich der Gravamina nun die Katholischen am Zuge, deren Erklärung man abwarten müsse. Zum anderen bedürfe es des weiteren Befehls der Herzöge, welche Lösungen sie in den einzelnen Punkten bevorzugten.¹³⁷

Hinsichtlich gewisser Punkte jedoch war sich Lampadius seiner Sache ganz sicher: Bereits Ende Juni hatte er ein weiteres Schreiben mit Anweisungen Christian Ludwigs erhalten. Darin ließ der Herzog seinen Gesandten wissen, man habe bei Hofe über die von den Katholischen angebotene hundertjährige Frist nachgedacht, für deren Dauer ein Abkommen zwischen Evangelischen und Katholischen gelten sollte.¹³⁸ Der Herzog befand, er würde bei den Friedensverhandlungen zwar gern die endgültige Klärung der Gravamina sehen, doch sei es dem Vaterland zuträglicher, die Frist von hundert Jahren zu akzeptieren, statt länger im Krieg zu bleiben.¹³⁹ Lampadius sollte daher in seinem Votum zu erkennen geben, dass sein Herr zur Annahme dieser Frist bereit sei, wenn die Katholischen sich im Gegenzug zu einer gütlichen Beilegung nach Ablauf der hundert Jahre verpflichteten. Auch Langenbeck wurde entsprechend instruiert.¹⁴⁰ Damit stand man an den Welfenhöfen zumindest hinsichtlich der Hundertjahresfrist dem kursächsischen Angebot näher als der Position der meisten evangelischen Gesandten in Osnabrück.

Anfang Juli ging Lampadius dezidiert auf diese Anweisung ein. Er schrieb, es sei zwar zu wünschen, dass die Katholischen diese Frist unter dieser Bedingung zugestehen würden. Doch selbst dann sei es nötig, sich darüber zu einigen, wie man während der hundert Jahre in einzelnen Fragen verfahren wollte.¹⁴¹ So müsse etwa geklärt sein, was geschehe, wenn ein Bischof zu einer

¹³⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juli 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 205.

¹³⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juli 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 205'.

¹³⁸ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1646 Juni 23, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 195', Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juni 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 170'.

¹³⁹ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1646 Juni 23, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 195'.

¹⁴⁰ Ebd., fol. 196.

¹⁴¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juli 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 205'.

anderen Konfession übertrete.¹⁴² Werde dies nicht festgelegt, sei der Keim für einen neuen Krieg gelegt. Sobald jedoch dieser und andere Punkte mehr geklärt seien, bedeute es keinen Unterschied mehr, ob man sich für zehn Jahre, hundert Jahre oder für immer einigte. Unter diesen Umständen, so die logische Konsequenz, konnte man auch gleich einen zeitlich unbeschränkten Vertrag abschließen. Darüber hinaus weigerten sich die Katholischen ohnehin, sich auf eine gütliche Einigung nach Ablauf der Frist zu verpflichten.¹⁴³ Daher, schloss Lampadius, verursachten die Katholischen mit ihrem Angebot der hundertjährigen Frist zwar viel Aufmerksamkeit am Kongress, doch löse diese allein das Problem nicht, da eben auch für die hundert Jahre eine Regelung gefunden werden müsse. Auch den Evangelischen am Kongress habe er zu bedenken gegeben, man müsse dieses Angebot von der praktischen Seite der Umsetzung her betrachten.¹⁴⁴ Neben diesen Erwägungen beschäftigten Lampadius und die Welfenherzöge während der entstandenen Verhandlungspause im Sommer 1646 auch Briefe des Kaisers und des Kurfürsten zu Sachsen, die zum Einlenken mahnten.

Der Kaiser beschwerte sich in einem Schreiben vom 14. Juni 1646 bei allen drei regierenden Herzögen von Braunschweig-Lüneburg über das Verhalten ihrer Gesandten am Kongress. Der Vorwurf Ferdinands III. lautete, diese hätten zusammen mit anderen evangelischen Gesandten ohne Wissen der anderen Evangelischen eine Deputation gebildet und pflegten weitreichende Handlungen mit den Schweden.¹⁴⁵ Zu seinem großen Befremden hätten sie damit seiner friedliebenden Intention und dem Reichsherkommen zuwider Neuerungen vorgenommen und unterhielten mit den Reichsfeinden enge Kontakte.¹⁴⁶

Trotz dieser schweren Vorwürfe unterließ es der Kaiser dezidiert, die Herzöge direkt zu beschuldigen: Ferdinand III. ließ wissen, er glaube nicht, dass die Herzöge von diesem Verhalten gewusst, es gebilligt oder gar Anweisungen dazu gegeben hätten. Daher würden sie ihren Gesandten gewiss die Unbilligkeit ihres Verhaltens vor Augen führen und sie ernstlich ermahnen, die Beratungen dem Herkommen gemäß zu befördern.¹⁴⁷ Selbst dieser Brief, durch welchen die Herzöge sich unmissverständlich aufgefordert fühlen mussten, ihre politische Linie zu verändern, war in sehr konzilianter, deeskalierender Sprache abgefasst. Dadurch ließ der Kaiser den Herzögen Raum, gesichtswahrend seiner Aufforderung nachzukommen. Dies entsprach dem höflichen Umgang, wie er selbst zwischen Kriegsgegnern in der Frühen Neuzeit üblich war. Die Strategie,

¹⁴² Ebd., fol. 205'-206.

¹⁴³ Ebd., fol. 206.

¹⁴⁴ Ebd., fol. 206'.

¹⁴⁵ Ferdinand III. an Friedrich, August d. J. und Christian Ludwig, Linz 1646 Juni 14, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 201.

¹⁴⁶ Ebd., fol. 201'-202.

¹⁴⁷ Ebd., fol. 202.

nicht die Herren direkt zu beschuldigen, sondern ihre Diener für unliebsames Verhalten verantwortlich zu machen, war ein schon lange gebräuchliches Mittel, um Vorwürfe abzumildern.¹⁴⁸

Interessant ist darüber hinaus, dass alle drei regierenden Welfenherzöge zugleich angesprochen wurden, obwohl sich der Inhalt nur auf Lampadius' Aktivitäten als Mitglied der evangelischen Deputierten beziehen konnte. Die drei regierenden Welfenherzöge wurden offenkundig nicht individuell wahrgenommen, sondern als Repräsentanten des welfischen Gesamthauses. Dem Bestreben der Herzöge, nach außen eine möglichst geschlossene Front herzustellen, entsprach zumindest in diesem Fall auch das Bild, das ihre Umgebung sich von ihnen machte.

Dieses Bild hatte sich für Ferdinand III. zunehmend so dargestellt, dass die welfischen Gesandten – allen voran Lampadius – am Kongress aufs Engste mit den Schweden zusammenarbeiteten. So hatten Lamberg und Krane etwa bereits im April 1645 berichtet, Lampadius erwecke den Eindruck, er sei „fast den passionibus gegen der Schweedischen seiten ergeben“ und es stünde zu befürchten, er werde „noch grossen undienst bey der handlung thuen“.¹⁴⁹ Lampadius galt den Kaiserlichen als „pensionarius bey den Schweedern und Franckhreich“.¹⁵⁰ So ganz falsch war dies nicht; Lampadius erhielt mindestens einmal Gelder von den Franzosen, die Scheffer ihm übermittelte.¹⁵¹ Ob er tatsächlich regelmäßig Einkünfte von den Kronen bezog, lässt sich nicht nachweisen. Festzuhalten ist jedoch, dass diese Geldzahlungen für seine Positionierung nicht ausschlaggebend gewesen sein dürften: Lampadius war persönlich von seinem Engagement zugunsten der reichsständischen Rechte überzeugt und hatte ja bereits früh eine enge Anlehnung an die Schweden gesucht, um die Interessen seiner Herren auch in dieser Hinsicht besser durchsetzen zu können. Dies konnte man – wenn man diese Position nicht teilte – natürlich auch zum Nachteil des welfischen Gesandten auslegen. So äußerte der Hessen-Darmstädter Wolff etwa gegenüber den Kaiserlichen, „das keinem von allen abgesandten, so hier [in Osnabrück, Anm. T. B.] sein, zu trawen; es weren die gefehrlichste, frechiste, boßhafftigste leuthe alß ie, die man aus den vier eckhen des Römischen reichs zusammen möchte bringen, darunder aber der vornemster redtlingführer der gefehrlichster, verbitterister und giffutigster der doctor Lampadius sey, der fomentiere und dirigiere dise consilia, guberniere in effectu das Magdeburgische directorium und sey steets bey denen Schweedischen, und was dieselbe nur haben wollen, werde durch den Lampadium angebracht und befördert. Der habe kein gewissen, verstehe die Römische reichssachen nit, ob sich zwar derselbe dafür außgebe“.¹⁵² Bei den Kaiserlichen mag nicht zuletzt aufgrund solcher Bekundungen die Überzeugung gewachsen sein, man müsse etwas gegen diese

¹⁴⁸ TISCHER: Gegner, S. 104f.

¹⁴⁹ Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1645 April 20, APW II A 2, Nr. 134, S. 263f, Zitate S. 264.

¹⁵⁰ Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1645 August 31, APW II A 2, Nr. 219, S. 452.

¹⁵¹ Nämlich 800 Reichstaler: La Barde an Longueville, d'Avaux und Servien, Osnabrück 1646 März 19, APW II B 3/1, Nr. 179, S. 625.

¹⁵² Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1645 August 17, APW II A 2, Nr. 208, S. 429.

Kooperation zwischen Schweden und Lampadius unternehmen. Nach Trauttmansdorffs Ankunft ließen solch extrem negative Äußerungen zwar nach¹⁵³ – der kaiserliche Gesandte sollte eine Einigung mit den Protestanten herbeiführen, für welche eine allzu negative Sicht auf die evangelischen Gesprächspartner wohl abträglich gewesen wäre.¹⁵⁴ Doch Lamberg und Krane bestätigten schließlich im Mai 1646, Lampadius arbeite neben dem Magdeburger sowie den Sachsen-Altenburgern und dem Sachsen-Weimarer so eng mit den Schweden zusammen, dass selbst andere evangelisch-reichsständische Gesandte ihr Missfallen darüber äußerten.¹⁵⁵ Der kaiserliche Sekretär Schröder assistierte dieser Darstellung.¹⁵⁶ Diese Berichte dürften Ferdinand III. veranlasst haben, nun zu intervenieren.

An Lampadius wurde das kaiserliche Schreiben samt der zugehörigen Korrespondenz zwischen den Herzögen am 5. Juli 1646 weitergeleitet. Er sollte sein Gutachten dazu abgeben, wie man den Brief Ferdinands III. beantworten sollte.¹⁵⁷

In seiner Antwort vom 9. Juli 1646 legte Lampadius zunächst allgemein seinen Eindruck vom bisherigen Kongressgeschehen dar und beschwerte sich dabei über Kaiserliche und Katholische: Das kaiserliche Schreiben nahm er als weiteres Zeichen, dass die seit vielen Jahren üblichen Intrigen im Reich unaufhörlich fortgesetzt würden. Alles werde heimtückisch und durch Intrigen verhandelt, fast nichts offen und auf Grundlage solider Prinzipien. Wer sich durch Bestechung und Versprechen nicht überzeugen lasse, bei dem versuche man es mit Einschüchterungen und Drohungen. Die Aktionen der Katholischen seien noch diese Stunde darauf ausgerichtet, die Evangelischen auf diese Weise in den Griff zu bekommen.¹⁵⁸ Obwohl die Evangelischen ihnen etwa beim Geistlichen Vorbehalt schon weiter entgegengekommen seien als jemals zuvor, seien die Katholischen kaum zu Zugeständnissen bei den Gravamina bereit.¹⁵⁹

Der welfische Gesandte warnte seine Herren dagegen, was jetzt nicht erreicht werde, könne niemals durchgesetzt werden.¹⁶⁰ Ohne die Unterstützung der Schweden könnten die Evangelischen keine Gleichstellung oder gerechte Vereinbarung mit den Katholischen erlangen, weshalb man auf die Kommunikation mit Salvius und Oxenstierna angewiesen sei. Die Papisten sähen sich da-

¹⁵³ S. etwa Trauttmansdorff an Ferdinand III., Osnabrück 1645 Dezember 25, APW II A 3, Nr. 55, S. 80, Trauttmansdorff an Ferdinand III., Osnabrück 1645 Dezember 28, APW II A 3, Nr. 61, S. 86, Trauttmansdorff an Ferdinand III., Osnabrück 1646 Februar 1, APW II A 3, Nr. 128, S. 209. Trauttmansdorff äußerte sich in allen genannten Berichten neutral oder sogar positiv über die welfischen Gesandten.

¹⁵⁴ S. oben, S. 257.

¹⁵⁵ Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1646 Mai 31, APW II A 4, Nr. 142, S. 258f.

¹⁵⁶ Schröder an Kurz, Münster 1646 Juni 1, APW II A 4, Nr. 148, S. 269.

¹⁵⁷ Kanzler und Räte zu Hannover an Lampadius, Hannover 1646 Juli 5, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 199.

¹⁵⁸ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Osnabrück 1646 Juli 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 218.

¹⁵⁹ Ebd., fol. 218^r.

¹⁶⁰ Ebd.

durch der Gelegenheit beraubt, den Evangelischen ein für alle Mal das Joch aufzuerlegen.¹⁶¹ Lampadius brachte also noch einmal ganz deutlich den bereits früh von ihm formulierten Gedanken zum Ausdruck, nur in sehr enger Anlehnung an die Schweden am Friedenskongress für die Evangelischen überhaupt etwas Positives erwirken zu können. Damit widersprach Lampadius auch implizit der Anweisung, durch das Akzeptieren der angebotenen Frist die endgültige Aufhebung der Gravamina zugunsten eines rascheren Friedensschlusses auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Er argumentierte weiter, die Katholischen würden es nicht unterlassen, gegen die Hilfe der Schweden dort, wo sie es könnten, zu intrigieren. Dabei sei der Versuch der Katholischen, die Kommunikation der Evangelischen mit den Schweden zu blockieren, insofern befremdlich, als mit ihrer Zustimmung beschlossen worden sei, den Kaiserlichen und Schweden die Verhandlungen im Punkt Gravamina aufzutragen.¹⁶² Ebenso sei der Vorwurf, die evangelischen Deputierten hätten ohne Wissen der anderen evangelischen Abgesandten Kontakte mit den Schweden gepflogen, eine offensichtliche Unwahrheit. Die Deputierten hätten ganz öffentlich mal mit den Kaiserlichen, mal mit den Schweden und mal mit den Franzosen im Namen aller evangelischen Stände Gespräche geführt.¹⁶³

Nach dieser nahezu leidenschaftlichen Zurückweisung der Vorwürfe unterbreitete Lampadius dezidierte Vorschläge, wie eine Antwort der Herzöge an den Kaiser gestaltet werden könnte. Zunächst sollten sie darauf verweisen, die Evangelischen bäten schon seit langer Zeit auf allen Reichstagen unaufhörlich darum, die Gravamina beizulegen und in allen Bereichen eine Gleichstellung zu erhalten. Da dies aber ausgeblieben sei, sei es schließlich zum aktuellen Krieg gekommen.¹⁶⁴ Die Gravamina sollten also als Hauptgrund für den Krieg benannt werden. Zwar, so die Argumentation weiter, möge man wünschen, eine Einmischung der fremden Kronen in die Reichsangelegenheiten wäre vermieden worden. Doch gehöre die Beilegung der strittigen Reichssachen nun zu einer ihrer Hauptforderungen, wie aus ihren Propositionen zu entnehmen sei.¹⁶⁵

Wie es schon die Evangelischen miteinander vereinbart hatten, wollte Lampadius als Argument für die Behandlung der Gravamina bei den Friedensverhandlungen den erklärten Willen der beiden Kronen ins Feld führen, der nicht abgelehnt werden könne. Die aktive Rolle der Evangelischen etwa bei der Aufnahme ihrer Forderungen in die schwedische Proposition sollte naturgemäß nicht thematisiert werden. Da, so Lampadius' Textvorschlag weiter, die Schweden mit Zustimmung aller Stände beauftragt worden seien, über die strittigen Reichssachen mit den Kaiserlichen zu verhandeln, könnten die Evangelischen es nicht umgehen, mit ihnen über ihre Rechte

¹⁶¹ Ebd., fol. 219^r.

¹⁶² Ebd., fol. 218^r.

¹⁶³ Ebd., fol. 219.

¹⁶⁴ Ebd., fol. 219^r.

¹⁶⁵ Ebd., fol. 219^r-220.

zu sprechen. Zu diesem Zweck seien Deputierte von allen evangelischen Ständen ernannt worden, unter ihnen auch ein Vertreter des Hauses Braunschweig-Lüneburg. Es sei also falsch, dass diese ohne Wissen der anderen Evangelischen handelten. Auch den Katholischen verdenke man es nicht, wenn sie über ihre Anliegen mit den französischen Gesandten sprachen.¹⁶⁶

So weit waren die Darlegungen eher defensiven Charakters. Dabei beließ es Lampadius in seinem Vorschlag jedoch nicht. Er wollte dem Kaiser zu bedenken geben, es sähe seltsam aus, sollte den freien Reichsfürsten bei dieser Versammlung von Vertretern fast aller christlichen Könige vorgeschrieben werden, mit wem ihre Gesandten Konversation pflegen und wo sie ihre Anliegen vorbringen dürften.¹⁶⁷ Der Erklärung sollte also ein Verweis auf Freiheit und Rechte der Reichsfürsten angehängt werden, der signalisierte, dass die Herzöge deren Einschränkung keinesfalls hinnehmen wollten. Hier mag erneut Lampadius' Grundüberzeugung sichtbar geworden sein, mit Betteln und Bitten allein bei öffentlichen Vorgängen nichts ausrichten zu können und stets auch Stärke zeigen zu müssen.¹⁶⁸ Im Zeichen derselben Überzeugung könnte auch sein Vorschlag zu verstehen sein, seine Herren möchten den Kaiser ersuchen, die Katholischen zu Zugeständnissen bei den Gravamina zu ermahnen und so gewissermaßen den Spieß umzudrehen.¹⁶⁹

Seinen Herren gab er abschließend zu bedenken: Wenn man sich durch diese gewöhnlichen Einschüchterungsversuche der Katholischen schrecken lasse, müsse man zugleich mit der Freiheit der evangelischen Kirche auch diejenige des politischen Gemeinwesens aufgeben, was der Allhöchste verhindern und stattdessen tapferen Mut verleihen möge.¹⁷⁰ Lampadius rief also zu einem stärkeren und entschiedeneren Eintreten für die evangelisch-reichsständischen Belange auf.

Bei dieser Rückmeldung an die fürstliche Regierung allein beließ es Lampadius nicht. Neben Langenbeck hielt er auch mit anderen evangelischen Gesandten in Osnabrück über den kaiserlichen Brief Rücksprache. Dabei stellte sich heraus, dass auch die Fürsten von Sachsen-Altenburg, Sachsen-Weimar sowie der Administrator von Magdeburg gleichlautende Schreiben vom Kaiser erhalten hatten, ebenso einige Stände im Süden des Reiches.¹⁷¹

Bei der Antwort im Namen der drei Herzöge Friedrich, August und Christian Ludwig an den Kaiser hielt man sich weitgehend an die von Lampadius unterbreiteten Vorschläge. Dabei ließ man allerdings die an den Kaiser selbst gerichtete Mahnung, nicht weiter in Rechte und Frei-

¹⁶⁶ Ebd., fol. 220.

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Münster 1648 Oktober 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 106^r.

¹⁶⁹ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Osnabrück 1646 Juli 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 220^r.

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juli 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 224.

heiten der Reichsstände einzugreifen, außen vor.¹⁷² Die kaiserlichen Gesandten sollten später durchschauen, dass diese Antwort am Kongress konzipiert worden war.¹⁷³

Damit war diese Angelegenheit allerdings noch nicht erledigt, denn auch der Kurfürst von Sachsen schaltete sich im Auftrag des Kaisers ein.¹⁷⁴ In einem Brief vom 20. Juli 1646 bemühte sich Johann Georg, Christian Ludwig ins Gewissen zu reden. Zwar habe er nicht vor, anderen Reichsfürsten Ziel und Maß vorzugeben, doch habe man sich am Reichswohl zu orientieren.¹⁷⁵ Es sei offenkundig, dass den Reichsständen das Suffragium – also das Mitspracherecht – bei den Friedensverhandlungen nur zugestanden worden sei, um dem Kaiser und seinen Bevollmächtigten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, nicht aber, um mit den Gesandten fremder Kronen geheime Verhandlungen zu führen.¹⁷⁶ Mit den von den Katholischen angebotenen Zugeständnissen könne man zufrieden sein, weshalb die Hauptursachen des Krieges zwischen den Reichsständen beider Konfessionen als ausgeräumt zu gelten hätten.¹⁷⁷ Die noch nicht beigelegten Gravamina müssten warten, bis die fremden Kronen nicht mehr im Reich stünden und bald evangelische, bald katholische Stände heimsuchten.¹⁷⁸ Dies zumal, da es kein Mittel gäbe, die Katholischen zu Zugeständnissen zu bewegen, wenn diese sich nicht freiwillig dazu bereit erklärten.¹⁷⁹ Sollten die Evangelischen darauf aus sein, den Druck auf die Katholischen durch die Schweden zu erhöhen, sollten sie auch überlegen, ob sie zum weiteren Unterhalt der schwedischen Truppen genügend Mittel hätten.¹⁸⁰ Der Kurfürst redete also einer sofortigen Einigung mit Kaiser und katholischen Reichsständen zu den angebotenen Bedingungen das Wort und zeigte sich mit dem Erreichten zufrieden. Außerdem sollten die anwesenden reichsständischen Vertreter am Kongress seiner Ansicht nach eine deutlich untergeordnetere Rolle spielen als bisher, indem sie sich lediglich als Ratgeber des Kaisers betätigten. Eine eigenständige Politik, gar im Verbund mit Schweden oder Frankreich, gestand der Kurfürst ihnen nicht zu. Wesentlich divergenter hätten die Haltungen des Kurfürsten zu Sachsen und Lampadius' zu wichtigen Fragen der Friedensverhandlungen kaum sein können.

¹⁷² Friedrich, August d. J. und Christian Ludwig an Ferdinand III., o. O. 1646 [Juli/August], Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 1'-4.

¹⁷³ Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1646 November 12, APW II A 5, Nr. 116, S. 199-201.

¹⁷⁴ Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen an Christian Ludwig, Dresden 1646 Juli 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 239, Ferdinand III. an Johann Georg, Linz 1646 Juni 14, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 242-242'.

¹⁷⁵ Johann Georg an Christian Ludwig, Dresden 1646 Juli 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 239.

¹⁷⁶ Ebd., fol. 239-239'.

¹⁷⁷ Ebd., fol. 239'-240.

¹⁷⁸ Ebd., fol. 240.

¹⁷⁹ Ebd., fol. 240'.

¹⁸⁰ Ebd., fol. 241.

Lampadius erhielt auch diesmal eine Kopie des Schreibens und wurde aufgefordert, seine Anmerkungen beizusteuern, falls er welche hätte.¹⁸¹ Sein Kommentar fiel denkbar kurz und trocken aus. Bezüglich der Person des Kurfürsten zu Sachsen formulierte er das Wortspiel, „quod saxi sit sui similis“.¹⁸² Der Kurfürst meine wohl, wenn er gemäß den Bestimmungen des Prager Friedens die Lausitz und die vier erlangten magdeburgischen Ämter würde behalten können, sei der Stand der Evangelischen ausreichend gesichert.¹⁸³ Er unterstellte also, der Kurfürst folge nur seinen eigenen Interessen und verhalte sich denjenigen der anderen evangelischen Stände gegenüber abweisend und ungerührt wie ein Stein.

Da das Schreiben Johann Georgs auch diesmal nicht ausschließlich an Christian Ludwig gegangen war, sondern an alle drei regierenden Welfenherzöge, verfassten diese ebenfalls an den Kurfürsten eine gemeinsame Antwort. Am 16. September 1646 schickte man aus Celle den Entwurf weiter nach Hannover.¹⁸⁴ Darin wurden ausführlich Anlass und Umstände der Deputation dargelegt und der Kurfürst ersucht, seinen Teil dazu beizutragen, eine Gleichheit der Konfessionen herzustellen.¹⁸⁵ Der Entwurf wurde fünf Tage später weiter nach Wolfenbüttel geschickt,¹⁸⁶ wo ihn August, der keine Änderungswünsche hatte, ausfertigen ließ und unterzeichnete, bevor er ihn am 26. September zur Unterzeichnung wieder nach Hannover bringen ließ.¹⁸⁷ Am 30. September 1646 hatte dann auch Friedrich die Antwort aller drei Welfenherzöge unterschrieben.¹⁸⁸

Die in den Schreiben an den Kaiser und den Kurfürsten zu Sachsen gezeigte Haltung brachte den Welfenherzögen zumindest bei einigen Gesandten am Kongress Respekt ein. Oxenstierna äußerte sich Lampadius gegenüber sehr lobend. Und auch von vielen Evangelischen wurde die Antwort der Herzöge freudig begrüßt.¹⁸⁹

¹⁸¹ Kanzler und Räte zu Hannover an Lampadius, Hannover 1646 August 14, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 296-296^v.

¹⁸² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 339^v.

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1646 September 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 399.

¹⁸⁵ Friedrich, August d. J. und Christian Ludwig an Johann Georg, o. O. 1646, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 402-404.

¹⁸⁶ Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Wolfenbüttel, Hannover 1646 September 21, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 407.

¹⁸⁷ Kanzler und Räte zu Wolfenbüttel an Kanzler und Räte zu Hannover, Wolfenbüttel 1646 September 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 422.

¹⁸⁸ Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1646 September 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 452.

¹⁸⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Oktober 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 17.

Verhandlungen im Sommer 1646

Derweil war am Friedenskongress in Osnabrück auch in der ersten Julihälfte wenig geschehen.¹⁹⁰ Am 12. Juli 1646 übergaben die Kaiserlichen den Evangelischen in Münster im Namen der Katholiken ihre ‚endlichen Kompositionsvorschläge‘ zur Beilegung der Gravamina.¹⁹¹ Lampadius und der Hessen-Darmstädter erhielten sie drei Tage später in Osnabrück von den kaiserlichen Gesandten Lamberg und Krane.¹⁹² Treibende Kraft hinter dieser neuerlichen Übergabe von Einigungsvorschlägen waren auch jetzt die Vertreter des Kaisers, allen voran Trauttmansdorff, wünschte man in Wien doch dringend die Aussöhnung beider Konfessionen.¹⁹³ Als wichtigstes Zugeständnis an die Evangelischen wurde nun der kursächsische Vorschlag eines kirchlichen Normaljahrs mit dem Termin 1624 aufgegriffen.¹⁹⁴ Zunächst sahen die Evangelischen in Osnabrück es jedoch als nötig an, weiter abzuwarten. Sie befanden, sie könnten über die neuen Vorschläge nicht beraten, solange sie nicht wussten, was Oxenstierna und die Franzosen diesbezüglich in Münster vereinbart haben mochten.¹⁹⁵ Deutlich betrachteten sie es also als Notwendigkeit, die Vertreter Schwedens und Frankreichs auch inhaltlich in die Verhandlungen über die Gravamina einzubinden. Dies war die Folge ihrer Strategie, sich in diesem Punkt nach außen auf die beiden Kronen zu berufen: man konnte diese nun auch bei den internen Beratungen schlecht übergehen. Dabei mochten sich die Evangelischen insgesamt größere Unterstützung von den Franzosen versprochen haben.

Die Ergebnisse von Oxenstiernas Gespräch mit den Franzosen waren allerdings erneut ernüchternd. Der schwedische Gesandte berichtete nach seiner Rückkehr aus Münster, die Franzosen hätten sich mit der befristeten Beilegung der Gravamina für hundert Jahre einverstanden erklärt. Nach Ablauf dieser Frist sollten die Gravamina auf gütlichem Wege ausgeräumt werden. Im Einzelnen aber hätten sie sich kaum zu den Gravamina geäußert.¹⁹⁶

Seinem Herrn schrieb Lampadius darauf, er glaube nicht, dass die Franzosen an der Beilegung aller offenen Punkte interessiert seien. Stattdessen wäre es ihnen nur recht, wenn weiterhin Anlass für Streit zurückbliebe. Offenbar war Lampadius der Ansicht, die Franzosen beabsich-

¹⁹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juli 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 224^r.

¹⁹¹ Trauttmansdorff, Nassau und Volmar an Ferdinand III., Münster 1646 Juli 13, APW II A 4, Nr. 257, S. 436f, MAY: Entstehung, S. 454. Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 3, S. 193-199.

¹⁹² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juli 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 254^r, Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1646 Juli 16, APW II A 4, Nr. 259, S. 441.

¹⁹³ DICKMANN: Frieden, S. 360f, MAY: Entstehung, S. 454, FUCHS: Normaljahrsverhandlungen, S. 136.

¹⁹⁴ DICKMANN: Frieden, S. 361, MAY: Entstehung, S. 454, FUCHS: Medium, S. 173, FUCHS: Normaljahrsverhandlungen, S. 136.

¹⁹⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juli 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 254^r.

¹⁹⁶ Ebd. Die beiden Schweden berichteten, sie hätten die evangelischen Deputierten am 21. Juli von den Vorgängen in Münster unterrichtet: Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Juli 30, APW II C 2, Nr. 155, S. 387f. Vielleicht stattete Lampadius den beiden Schweden schon zuvor einen Besuch ab.

tigten eine dauerhafte Schwächung des Reiches durch einen intern weiter schwelenden Konflikt, der es für Frankreich zu einem verhältnismäßig ruhigen Nachbarn gemacht hätte. Er befand, man habe deshalb eine umso größere Veranlassung, sorgfältig zu vereinbaren, wie es in den strittigen Fragen die hundert Jahre über gehalten werden sollte.¹⁹⁷ Hier tritt deutlich Lampadius' Misstrauen bezüglich der Absichten der Franzosen zutage, während er den Schweden ähnliche Motive nicht unterstellte – oder diese zumindest nicht formulierte.

Als die Evangelischen daraufhin am 24. Juli 1646 zu ihren Beratungen zusammentrafen, beschlossen sie, die Verhandlungen über die Gravamina von Kaiserlichen und Schweden fortsetzen zu lassen. Direkte Verhandlungen mit den Katholischen wurden erst einmal nicht gesucht. Die schwedischen Gesandten erklärten sich bereit, diese Aufgabe weiterhin zu übernehmen, forderten die Evangelischen jedoch auf, zunächst ihre Positionen in den einzelnen Punkten zusammenzufassen und ihnen zu übergeben. Diese Forderungen der Evangelischen wollten Oxenstierna und Salvius in ihr nächstes Friedensangebot aufnehmen, das sie den Kaiserlichen als ihren letzten Vorschlag präsentieren wollten.¹⁹⁸

Dieser Charakter des angekündigten schwedischen Friedensangebots als Ultimatum bereitete Lampadius Sorgen. Seinem Herrn schrieb er, etliche Evangelische hätten dies in ihren Voten befürwortet. Er selbst lehnte es jedoch prinzipiell ab, Ultimaten zu stellen, wofür er sich die Zustimmung Christian Ludwigs erhoffte.¹⁹⁹ Für sich selbst wünschte er sich allerdings schnellstmöglich Auskunft, wie weit sein Herr in den einzelnen Punkten zum Nachgeben bereit wäre.²⁰⁰ Lampadius war somit kein ‚Hardliner‘, der im Zweifelsfall eine Fortsetzung des Krieges riskiert hätte, um seine Forderungen durchzusetzen. Stattdessen, das zeigt sich auch hier, war er Pragmatiker, der zwar versuchte, möglichst viel für die Evangelischen zu erreichen, doch nicht auf Kosten des Friedens. Deshalb lehnte er das Formulieren eines Ultimatus ab, da dies die künftigen Verhandlungsspielräume beschränkte und im ungünstigsten Fall zum Abbruch des Friedenskongresses führen konnte. Lampadius erachtete jedoch, wie gesehen, eine Einigung auf dem Friedenskongress als – insbesondere für die Evangelischen – unabdingbar.

Nach ihrer neuerlichen Festlegung auf einen Verhandlungsmodus berieten die Evangelischen in Osnabrück einige Tage über die ‚endlichen Kompositionsvorschläge‘ der Katholischen.²⁰¹ Am 27. Juli 1646 erklärte dann eine Mehrheit, sie könne sich bei den kirchlichen Gravamina mit dem Normaljahr 1620 arrangieren, wenn die Anliegen derjenigen Reichsstände, die sich dadurch benachteiligt fühlten, gesondert berücksichtigt würden. Ansonsten solle man es bei der Amnestie

¹⁹⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juli 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 254'.

¹⁹⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Juli 27, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 231. Darüber berichteten die Schweden nichts.

¹⁹⁹ Ebd.

²⁰⁰ Ebd., fol. 231'.

²⁰¹ Ebd., fol. 231'-232.

beim Normaljahr 1618 belassen, da sich auch die Kronen darauf festgelegt hatten. Allerdings war man bereit, in Einzelfällen mit sich reden zu lassen.²⁰² In ihren nächsten Vorschlägen sollten die Evangelischen schließlich sogar ein Normaljahr 1621 für die konfessionelle Verteilung anbieten.²⁰³ Damit rückten sie nicht nur von ihrer Forderung nach einem generellen Normaljahr 1618 ab, sie signalisierten auch „ihre Bereitschaft [...], die gegenreformatorischen Maßnahmen in den Erblanden grundsätzlich nicht mehr in Frage zu stellen“ und kamen dem Kaiser damit ein gutes Stück entgegen.²⁰⁴ Man ging weiterhin den Weg der kleinen und mittelgroßen Zugeständnisse, mit denen man Gesprächsbereitschaft signalisierte und sich dem Gegenüber nach und nach annäherte. Von einem neuerlichen „Maximalprogramm“, wie MAY befindet, kann daher nicht die Rede sein.²⁰⁵

In der folgenden Zeit beschäftigten Lampadius vor allem drei Fragen: Wie würden sich Kaiserliche und Katholische in den Verhandlungen weiter positionieren? Wie sollte die Antwort der Evangelischen auf die katholischen Gravamina ausfallen? Und wie musste die Instruktion, die Langenbeck und er entwerfen sollten, eingerichtet werden? Anfang August verzeichnete Lampadius zunächst eine Erschwerung der Friedensverhandlungen, die er von den Kaiserlichen ausgehen sah. Er hörte, der Kaiser habe seine Gesandten angewiesen, nicht ohne Spanien Frieden zu schließen, woraufhin diese in Münster zwei Schriftstücke übergeben hatten, in denen sie den Friedensschluss des Kaisers mit Schweden und Frankreich von einem französisch-spanischen Frieden abhängig machten.²⁰⁶ Der Würzburger teilte darauf dem Sachsen-Weimarer in Münster seinen Eindruck mit, die Kaiserlichen würden auch eine Einigung zwischen Evangelischen und Katholischen bei den Gravamina so lange verhindern, bis die spanischen Interessen ganz und gar berücksichtigt worden wären.²⁰⁷ Dabei handelte es sich allerdings um eine Fehlinformation. Die Fortschritte in den Gravaminaverhandlungen waren, wie gesehen, im Sommer 1646 nicht unwesentlich auf den Einsatz Trauttmansdorffs im Auftrag des Kaisers zurückgegangen. Das Stocken der Verhandlungen im Spätsommer war eher auf andere Beteiligte zurückzuführen: Zum einen auf die Schweden, die angesichts der bevorstehenden Einigung über die französische Satisfaktion nun die Abhandlung ihrer eigenen Entschädigung auch auf Kosten der Reichssachen beschleunigt wissen wollten.²⁰⁸ Zum anderen auf die Katholischen, die sich nach einer kaiserlich-französischen Einigung handfeste Unterstützung gegen die Forderungen der Evangelischen er-

²⁰² Ebd., fol. 232.

²⁰³ DICKMANN: Frieden, S. 359.

²⁰⁴ RUPPERT: Politik, S. 259.

²⁰⁵ MAY: Entstehung, S. 455.

²⁰⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 10, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 265.

²⁰⁷ Ebd., fol. 265-265^r.

²⁰⁸ KOHL: Einleitung, in: APW II C 2, S. XXXVII-XXXIX, RUPPERT: Politik, S. 259, SALM; WÜBBEKE-PFLÜGER: Einleitung, in: APW II A 4, S. LXXII.

hofften und die daher nicht bereit waren, vorher substanzielle Zugeständnisse zu machen.²⁰⁹ Dass Lampadius der Unterstellung des Würzburgers offenkundig Glauben schenkte, ohne diese weiter zu hinterfragen, weist einmal mehr darauf hin, wie wenig Vertrauen er dem Kaiser und dessen Vertretern nach wie vor entgegenbrachte. Möglicherweise stand er noch ganz unter dem Eindruck des kaiserlichen Briefes, auf den er nicht lange zuvor eine Antwort formuliert und der seinen ganzen Widerspruch hervorgerufen hatte. Dieses Schreiben hätte sich – wünschte der Kaiser eine rasche Einigung mit den Reichsständen – so gesehen zumindest bei Lampadius als ganz und gar kontraproduktiv erwiesen. Zwar hatten sich die kaiserlichen Gesandten – obgleich von Ferdinand III. dazu angewiesen²¹⁰ – dagegen entschieden, auch noch Lampadius und die anderen betroffenen protestantischen Gesandten persönlich von der Kooperation mit Schweden abzumahnern. Ausdrücklich begründeten sie dies damit, dass eine solche Abmahnung „mehr schaden alsß fruchten dörrfte“.²¹¹ Doch der befürchtete Schaden war bereits durch das kaiserliche Schreiben verursacht worden. Von bayrischer und würzburgischer Seite wurde nun erneut das Angebot von Direktverhandlungen an die Evangelischen herangetragen,²¹² das angesichts seiner Zweifel am Einigungswillen der Kaiserlichen für Lampadius zunehmend interessanter erscheinen mochte.

Lampadius beschloss, aufgrund der seiner Ansicht nach gewandelten Lage nun doch die weiteren Verhandlungen zwischen Kaiserlichen und Schweden nicht mehr abzuwarten, sondern so bald wie möglich gemeinsam mit Langenbeck eine Instruktion zu entwerfen.²¹³ Dies stand schon länger an, war es beiden Gesandten doch bereits in den Anweisungen für Langenbeck vom April befohlen worden.²¹⁴ Christian Ludwig hatte seinen Vizekanzler am 23. Juni 1646 sogar noch einmal daran erinnert und ermahnt, den Entwurf unverzüglich nach Hannover zu senden, damit die Punkte erwogen und autorisiert werden könnten.²¹⁵

Dementsprechend begab sich Lampadius am 16. August 1646 schließlich nach Lengerich. Sein Aufenthalt dort diente zwei Zielen: Zum einen wollte er helfen, die neue Erklärung der Evangelischen fertigzustellen, zum anderen beabsichtigte er, mit Langenbeck über die gemeinsame Instruktion zu konferieren.²¹⁶ Nach der Absprache mit Lampadius in Lengerich reiste Langenbeck nach Celle, wo er am 21. August eintraf, um ausführlich zu berichten.²¹⁷ Friedrich schlug

²⁰⁹ RUPPERT: Politik, S. 260, SALM; WÜBBEKE-PFLÜGER: Einleitung, in: APW II A 4, S. LXXII.

²¹⁰ Ferdinand III. an Lamberg und Krane, Linz 1646 Juni 14, APW II A 4, Nr. 183, S. 318f.

²¹¹ Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1646 Juli 5, APW II A 4, Nr. 238, S. 395.

²¹² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 10, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 265^r.

²¹³ Ebd., fol. 268.

²¹⁴ Instruktion Friedrichs für Langenbeck, Celle 1646 April 18, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502, fol. 328.

²¹⁵ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1646 Juni 23, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 195.

²¹⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 309^r.

²¹⁷ Friedrich an Christian Ludwig, Celle 1646 August 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 337.

Christian Ludwig daraufhin vor, geheime Räte über die Vorschläge der beiden Gesandten beraten zu lassen und stellte ihm anheim, wann er zu diesem Zweck Vertreter nach Celle schicken wollte.²¹⁸ Herzog August wollte er erst einmal nicht einbinden.²¹⁹

Bis Ende August wurde Lampadius davon abgehalten, Christian Ludwig seine Ansichten zu einer neuen Instruktion auch schriftlich zu übermitteln. Die neue Erklärung der Evangelischen zu den Gravamina musste seiner Ansicht nach dringend fertiggestellt werden und wurde Kaiserlichen und Schweden schließlich am 24. August 1646 überreicht.²²⁰ Lampadius war zufrieden mit dieser Gegenerklärung der Evangelischen und befand, inhaltlich könne kaum etwas davon zurückgewiesen werden.²²¹

Währenddessen warb der Gesandte des Bischofs von Würzburg in Osnabrück weiter für eine direkte Verständigung zwischen den Reichsständen, indem er von der Haltung einiger Katholischer berichtete. Er erzählte, nicht nur sein Herr wolle unbedingt Frieden schließen, auch den Katholischen in Franken und Schwaben sei längst bewusst, dass der Krieg nicht zum Wohlergehen des Reiches, sondern zur Erhöhung des Hauses Österreich und zur Unterdrückung der Reichsstände geführt werde. Würzburg, Bamberg und andere hätten sich am liebsten schon früher aus dem Krieg zurückgezogen, doch wären sie vom Kurfürsten zu Bayern daran gehindert worden. Dieser ordne alles dem Erhalt seiner Kurwürde unter, die ihm überaus wichtig sei.²²² Stelle man ihn in dieser Sache aber zufrieden, trenne er sich gewiss von Österreich und Spanien und helfe, den Frieden zu befördern.²²³ Der Würzburger bekundete somit nicht nur die Kriegsmüdigkeit einiger katholischer Stände, sondern gab sich gesprächsbereit und zeigte einen Weg auf, wie auch der Kurfürst von Bayern zur aktiven Unterstützung der Friedensverhandlungen motiviert werden konnte. Gemeinsame Basis der Reichsstände schien vor allem die Opposition zu den Habsburgern zu sein, die der Würzburger sehr in den Vordergrund stellte. Dies war genau das Argument, für das Lampadius nach der Lektüre der kaiserlichen und kursächsischen Schreiben besonders empfänglich gewesen sein dürfte. Nicht nur gegen den Kaiser, auch gegen den Kurfürsten zu Sachsen richtete sich gerade sein ganzer Unmut, zumal er zeitgleich die Antwort auf das kursächsische Schreiben vorformulieren sollte. Seinem Herrn schrieb er denn auch, der Kurfürst könne sich rühmen, durch seinen Prager Frieden den Status der Evangelischen ganz geschwächt zu haben und dürfe sich nun wahrlich nicht mehr in die Beratungen der Evange-

²¹⁸ Ebd., fol. 337-337^r.

²¹⁹ Ebd., fol. 337^r.

²²⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 339, Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1646 August 27, APW II A 4, Nr. 320, S. 535, MAY: Entstehung, S. 455. Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 3, S. 330-340.

²²¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 339.

²²² Ebd.

²²³ Ebd., fol. 339-339^r.

lischen einmischen. Die kursächsische Instruktion sei wohl am kaiserlichen Hof entworfen worden.²²⁴ Lampadius unterstellte der kaiserlichen und der kursächsischen Politik ein und dasselbe Ziel, nämlich die weitere Schwächung der Protestanten. Gewissermaßen übertrug er sein unter anderem durch den Prager Frieden geprägtes und durch die beiden Briefe reaktiviertes Bild nun in die Gegenwart. Die negativen Erfahrungen aus der Vergangenheit wirkten nach. Dabei wäre eine stärkere Differenzierung angebracht gewesen. Der Kurfürst von Sachsen hielt in der Tat nicht nur am Prager Frieden fest, sondern lehnte jede ‚extreme‘ Forderung der Evangelischen ab und suchte erneut eine äußerst enge Anlehnung an den Kaiser, weshalb er seinen Gesandten am Kongress die Übernahme einer aktiven Rolle aufseiten der Evangelischen verbot.²²⁵ Demgegenüber waren jedoch wesentliche Zugeständnisse von katholischer Seite im Sommer 1646 gerade dem kaiserlichen Gesandten Trauttmansdorff zu verdanken und bewusst in Wien vorbereitet worden.²²⁶ Hier verhinderte Lampadius’ vorgefasste Meinung eine klarere und objektivere Bewertung der aktuellen kaiserlichen Bemühungen. Dies mag allerdings auch deshalb nicht überraschen, da eine wesentliche kaiserliche Bedingung, wie sie etwa im Brief Ferdinands III. an die Herzöge offenbar geworden war – nämlich eine Trennung der Evangelischen von den Schweden –, Lampadius früh gefassten Grundsätzen des Verhandelns am Kongress diametral widersprach.

Insgesamt tat sich Lampadius im Sommer 1646 erklärtermaßen schwer mit einer allgemeinen Einschätzung. Er befand es aufgrund der vor sich gehenden Veränderungen als unmöglich, das Kongressgeschehen weiter abzusehen.²²⁷ Dennoch erfüllte er nun seine Pflicht und übersandte den längst überfälligen Entwurf einer Instruktion in Form eines Gutachtens für seinen Herrn nach Hannover.

Lampadius’ Gutachten vom Sommer 1646

In seinem am 31. August 1646 überschickten Gutachten rekapitulierte Lampadius zunächst, die Evangelischen hätten ihre Forderungen in ihrem letzten Schriftsatz an die Katholischen etwas abgemildert, weshalb man seiner Meinung nach kaum weitere Zugeständnisse werde machen können, wenn man den Status der evangelischen Konfession für die Zukunft absichern wollte. Insbesondere vom Grundsatz der Gleichheit der Konfessionen solle man nicht abweichen.²²⁸

Er glaubte, die Kaiserlichen würden vor allem bei drei Punkten aus der evangelischen Gegenerklärung Schwierigkeiten machen, nämlich bei der Einrichtung eines dritten hohen Reichsge-

²²⁴ Ebd., fol. 339’.

²²⁵ SCHRECKENBACH: Kursachsen, S. 29-32.

²²⁶ DICKMANN: Frieden, S. 360f.

²²⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 339’.

²²⁸ Gutachten Lampadius’ für Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 31, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 368.

richtes, bei der Abschaffung der Konkurrenz des Reichshofrates mit anderen Reichsgerichten – also der Möglichkeit des Kaisers, nach Belieben am Reichskammergericht anhängige Prozesse vor seinen Reichshofrat zu ziehen und als oberster Gerichtsherr ein ihm genehmes Urteil zu veranlassen²²⁹ – und bei der Autonomie der Untertanen in den kaiserlichen Erblanden, also der Frage, ob und inwieweit die evangelischen Untertanen des Kaisers ihre Konfession ausüben durften. Das geforderte dritte Reichsgericht für die beiden sächsischen und den Westfälischen Kreis, befand Lampadius, habe vermutlich größere Chancen auf Zulassung, wenn man sich mit der Konkurrenz des Reichshofrates einverstanden erklärte. Letzteres aber, warnte er, könne die welfischen Herzöge unter anderem wegen der Tillyschen Forderung teuer zu stehen kommen.²³⁰ Sollte Christian Ludwig zur Bezahlung dieser Forderung gezwungen werden, würden der Landschaft Braunschweig-Calenberg alle Mittel genommen. Daher wollte Lampadius gemeinsam mit anderen Reichsständen beharrlich auf die Einrichtung des dritten Reichsgerichts für den Obersächsischen, Niedersächsischen und den Westfälischen Kreis sowie die Abstellung der Konkurrenz des kaiserlichen Hofgerichts dringen.²³¹ Er berichtete in diesem Zusammenhang, auch die Fürsten des sächsischen Hauses bestünden fest auf dieser Forderung, wie sie sich insgesamt von der Politik des Kurfürsten zu Sachsen emanzipiert hätten.²³² Die Zusammenarbeit mit den Sachsen-Altenburgern und Sachsen-Weimarern funktionierte also zu dieser Zeit noch gut. Die Forderung nach Einrichtung eines dritten hohen Reichsgerichtes entsprach ganz den Interessen der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg und war keineswegs uneigennützig. Gleiches darf man wohl den Fürsten von Sachsen-Altenburg und Sachsen-Weimar unterstellen. Was den dritten Punkt und die Untertanen in den kaiserlichen Erblanden betraf, so musste man nach Lampadius' Ansicht zwischen den kaiserlichen Untertanen in Böhmen und den österreichischen Erblanden unterscheiden.²³³ Das Königreich Böhmen gehöre nicht zum Reich, weshalb die Reichsstände wegen der Untertanen dort nicht mehr tun könnten, als Fürsprache bei Kaiserlichen und Schweden für sie zu halten.²³⁴ Die österreichischen Untertanen aber stünden nicht weniger als andere Reichsuntertanen unter dem Schutz des Religionsfriedens und hätten zudem hohe Summen Geldes aufgewendet, um das Recht der öffentlichen Religionsausübung zu erhalten.²³⁵ Dennoch müssten auch hier die Kronen – und nicht die Reichsstände – das meiste tun. Allerdings habe Gott der Macht der weltlichen Obrigkeit gewisse Grenzen gesetzt und ihr die Gewissensfreiheit der Untertanen und den privaten Kult nicht unterworfen. Man könne da-

²²⁹ DICKMANN: Frieden, S. 19f, JAHNS: Reichsjustiz, S. 456.

²³⁰ Gutachten Lampadius' für Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 31, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 368'.

²³¹ Ebd., fol. 369.

²³² Ebd., fol. 369'.

²³³ Ebd.

²³⁴ Ebd., fol. 369'-370.

²³⁵ Ebd., fol. 370-370'.

her den österreichischen Untertanen die Freiheit nicht nehmen, die Gott ihnen verliehen habe.²³⁶ Hier griff Lampadius auf einen bereits in seiner *Dissertatio* formulierten Gedanken zurück.²³⁷

Die übrigen Punkte der *Gravamina* würden, so hoffte Lampadius, ohne größere Schwierigkeiten abgehandelt werden, zumal die Schweden gerade die kürzlich übergebene Erklärung der Evangelischen wörtlich in ihr Friedensinstrument einfügten. Lampadius hatte die lateinische Version bereits gesehen.²³⁸ Die Schweden hatten außerdem zugesagt, Reichssachen wie die pfälzische Sache und die *Gravamina* neben den Satisfaktionen parallel zu verhandeln.²³⁹ Damit konnte Lampadius einverstanden sein. Zwar war er ursprünglich dafür eingetreten, die Reichsangelegenheiten als Erste abzuhandeln, doch diese Forderung war durch die Ereignisse längst überholt worden. Nun konnte es nur noch darum gehen, den Schaden zu begrenzen und die *Gravamina* wenigstens parallel zu den Satisfaktionen – und nicht erst zum Schluss – bei den Verhandlungen berücksichtigen zu lassen.

Die Folgen der aktuellen Kriegsereignisse, welche die kaiserliche und bayrische Armee in Bedrängnis gebracht hatten, schätzte Lampadius noch als unabsehbar für das Kongressgeschehen ein: Im August hatten sich die schwedische Armee unter Wrangel mit der von Turenne befehligten französischen Armee vereint; Versuche der kaiserlichen Armee, diesen Zusammenschluss aufzuhalten, waren kläglich gescheitert. Im September sollte die französisch-schwedische Armee in Bayern einfallen und sich dort ihr Winterquartier nehmen.²⁴⁰ Doch schon jetzt ließen sich viele Gesandte von den Ereignissen beeinflussen, wie Lampadius berichtete: „*Aliqui sunt ob subitam rerum mutationem suspensi, alii metu, alii spe, alij gaudio distrahuntur.*“²⁴¹

Kurz nachdem Lampadius' Gutachten in Hannover eingetroffen war, ersuchte die dortige Regierung die Regierung zu Celle, Tag und Ort für ein Treffen zu benennen, bei dem sich die geheimen Räte weiter abstimmen könnten. Aus Hannover schlug man Burgdorf oder Burgwedel vor.²⁴² In Celle war man jedoch gegen ein Treffen an einem dritten Ort, wie man die Regierung Christian Ludwigs Mitte September wissen ließ. Die Frage, wie die Gesandten am Friedenskongress weiter instruiert werden sollten, sei zu umfangreich und wichtig, als dass man sie rasch besprechen könne. Deshalb wollte man zu Celle zunächst eine Zusammenfassung als Beratungs-

²³⁶ Ebd., fol. 370'.

²³⁷ S. Kap. 1, S. 24f.

²³⁸ Gutachten Lampadius' für Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 31, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 370'.

²³⁹ Ebd., fol. 371.

²⁴⁰ ALBRECHT: Maximilian, S. 1055-1057, KAMPMANN: Europa, S. 154.

²⁴¹ Gutachten Lampadius' für Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 31, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 371.

²⁴² Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Celle, Hannover 1646 September 7, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 377.

grundlage schreiben und nach Hannover senden, um sich danach vertraulich und ausgiebig darüber abstimmen zu können.²⁴³

Schwierige Verhandlungen im Herbst 1646

Während die Regierungen in Sachen Instruktion langsam aktiv wurden, geschah in Osnabrück nach der Übergabe der letzten Erklärung der Evangelischen zu den Gravamina erneut wenig. Lampadius hatte lediglich von einigen Privatbesuchen zu berichten.²⁴⁴ So hatten sich die Sachsen-Altenburger erneut mit dem Würzburger Vorburg getroffen, der sich zuversichtlich gezeigt hatte, man werde bald eine Übereinkunft finden, wenn es bei den von den Evangelischen genannten Forderungen bliebe.²⁴⁵

Derweil warteten die Schweden auf das Eintreffen der Franzosen in Osnabrück, deren Verhandlungen mit den Kaiserlichen in Münster sich hinzogen. Zur Unzufriedenheit der Schweden standen diese Verhandlungen unter solcher Geheimhaltung, dass nicht einmal der schwedische Resident Rosenhane und die Hessen-Kasseler als Verbündete Frankreichs etwas über die Einzelheiten erfuhren.²⁴⁶ Die Schweden schlossen sich dieser Geheimhaltungspolitik nicht an. Am 15. September 1646 zeigte Salvius Lampadius die neuen schwedischen Friedensvorschläge. Der weltliche Gesandte war angetan und fand die Reichssachen darin sehr gut gefasst.²⁴⁷

Drei Tage später kamen schließlich die französischen Gesandten nach Osnabrück und konferierten danach täglich mit den Schweden. Lampadius zögerte, sie zu besuchen, da er die Gesandten der Kronen bei ihren Unterredungen nicht stören wollte. Doch war inzwischen die Nachricht zu ihm durchgedrungen, Kaiserliche und Franzosen hätten sich bereits über die französische Satisfaktionsfrage geeinigt.²⁴⁸

Am 22. September 1646 erfuhr Lampadius von Oxenstierna mehr über die Absichten, welche die Franzosen mit ihrem Aufenthalt in Osnabrück verfolgten. Er war nicht sehr angetan, als er hörte, die französischen Gesandten wollten vor allem die Verhandlungen um die schwedische Satisfaktion zum Abschluss bringen. Er schätzte diese Entwicklung als gefährlich für die Evangelischen ein. Seinem Herrn schrieb er, auf den ersten Blick sei diese Absicht der Kronen zwar verständlich, doch hänge der Frieden letztlich von den Evangelischen ab, wenn die anderen Punkte erst geklärt wären. Er befürchtete, insbesondere die stark bedrängten evangelischen Stände im Süden

²⁴³ Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1646 September 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 406.

²⁴⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 September 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 380.

²⁴⁵ Ebd., fol. 381.

²⁴⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 September 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 392.

²⁴⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 September 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 416'. Die Schweden berichteten darüber nichts.

²⁴⁸ Ebd.

des Reichs würden dem so verursachten Druck nachgeben. Er stand nicht allein mit dieser Einschätzung, weshalb die Evangelischen am 23. September beschlossen, Deputierte zu den Vertretern der beiden Kronen zu schicken, die sie bitten sollten, gleichzeitig zur schwedischen Satisfaktion auch die Gravamina zu besprechen und abzuschließen.²⁴⁹ Zwei Tage später setzten die evangelischen Deputierten diesen Auftrag um.²⁵⁰ Lampadius war unter den Deputierten, die bei den Franzosen vorsprachen.²⁵¹ Vom Gespräch nahm er einen sehr positiven Eindruck mit, da sich die französischen Vertreter grundsätzlich zur Unterstützung der evangelischen Anliegen bereit erklärten.²⁵²

Von diesem positiven Eindruck blieb allerdings nicht viel übrig, als Lampadius nach der Abreise der französischen Gesandten nach Münster am 28. September 1646 von Salvius hörte, dass die Gesandten beider Kronen zwar auch über die Gravamina gesprochen hätten, die Franzosen aber nicht bereit gewesen wären, den Evangelischen dabei nennenswerte Unterstützung zu leisten. Die französischen Gesandten hätten sich stattdessen entschuldigt, sie müssten Rücksicht auf ihren König und ihre Konfession nehmen und dürften bei den Katholischen nicht in üble Nachrede geraten.²⁵³ Die Sachsen-Altenburger und Lampadius sahen sich daher veranlasst, die beiden schwedischen Gesandten eindringlich dazu aufzufordern, sich bei den Franzosen um die gleichzeitige Behandlung der Reichssachen – allen voran der Gravamina – zu bemühen.²⁵⁴

Erwiesen sich ihnen die Franzosen somit als wenig hilfsbereit, sah Lampadius den Evangelischen durch die Kaiserlichen weitere Hindernisse in den Weg gelegt. Am 24. September 1646 informierten die Kaiserlichen die Evangelischen in Osnabrück, die Katholischen zu Münster hätten die letzte evangelische Erklärung zu den Gravamina fleißig erwogen und darin viele Widersprüche festgestellt, weshalb sie diese nicht als Verhandlungsgrundlage betrachten könnten. Stattdessen beließen sie es bei ihren eigenen Vorschlägen vom Juni.²⁵⁵ Diese Bekanntgabe der Kaiserlichen trug dem während des Sommers gewachsenen Widerstand auch der gemäßigten Katholischen Rechnung, die wesentlich von Trauttmansdorff in ihrem Namen gemachten Zugeständnisse zu akzeptieren. Die von den Kaiserlichen am 12. Juli übergebenen ‚endlichen Kompositionsvorschläge‘ wollten sie gar nicht mehr anerkennen. „Das hieß nun aber alles Zugestandene wieder in Frage stellen und Trauttmansdorff desavouieren, dessen Vorschläge den Protestanten

²⁴⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 September 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 426. Die Schweden berichteten von dem Gespräch nichts.

²⁵⁰ Ebd., fol. 428^r.

²⁵¹ Ebd., fol. 426.

²⁵² Ebd., fol. 428^r.

²⁵³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Oktober 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 454. Von dem Gespräch berichteten die Schweden nichts.

²⁵⁴ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Oktober 8, APW II C 2, Nr. 198, S. 490.

²⁵⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 September 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 426^r, Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1646 September 24, APW II A 5, Nr. 20, S. 37.

bisher als solche der katholischen Partei gegolten hatten.“²⁵⁶ Zu Recht wandte der Sachsen-Altenburger Thumbshirn als Sprecher der evangelischen Deputierten bei der Bekanntgabe ein, damit werde von den Katholischen auf einen Schlag alles das wieder zurückgenommen, was in drei Monaten verhandelt worden war.²⁵⁷ Der kaiserliche Gesandte Lamberg, schilderte Lampadius seinem Herrn später die Situation, habe darauf zwar kein Wort erwidert, aber deutlich bemerkt, wie empört die evangelischen Deputierten waren.²⁵⁸ Zu Lamberg sagte Lampadius angeblich beim Hinausgehen, „er seie offft bey denen Kayserlichen gesandten gewest, aber niemaln mit so betrübten gemüth zurückgangen alß itzo.“²⁵⁹

Doch da die Kaiserlichen die Evangelischen nicht über den maßgeblichen Einfluss der Katholischen auf diesen Bescheid aufklärten, galten bald sie den Evangelischen als dessen Urheber. Dies zumal, da die Evangelischen entsprechende Auskünfte von Katholischen erhielten: Die Sachsen-Altenburger sprachen im Namen der Evangelischen kurz danach mit dem Würzburger Vorburg, der alle Verantwortung für diese Erklärung explizit den Kaiserlichen beimaß und die Katholischen davon ausnahm. Da Vorburg in Lampadius' Augen ein guter, ehrlicher Mann war, erschien dem welfischen Gesandten diese Aussage glaubhaft. Die Evangelischen zu Osnabrück kamen schließlich insgesamt zu dem Schluss, die unnachgiebige Erklärung der Kaiserlichen vom 24. September 1646 sei ihr Versuch gewesen, die Verhandlungen weiter zu verzögern, um Spanien und Frankreich mehr Zeit für ihren Friedensschluss zu verschaffen.²⁶⁰ Dieser Vorgang war nicht dazu angetan, das Vertrauen der Evangelischen in die Kaiserlichen zu stärken. Bis Ende September bekamen die Kaiserlichen mit, wie negativ ihre Bekanntgabe von den Evangelischen aufgenommen worden war. Sie versuchten sich den Sachsen-Altenburgern gegenüber zu entschuldigen, ihre Erklärung sei nicht so gemeint gewesen, wie sie die Evangelischen verstanden hätten.²⁶¹ Doch der Vertrauensverlust war bereits geschehen.

Dementsprechend wurde nun jede weitere Regung der Kaiserlichen von den Evangelischen mit Argusaugen wahrgenommen. In der ersten Oktoberhälfte 1646 sahen sich die Evangelischen in Osnabrück von den Kaiserlichen aufgefordert, nicht weiter auf ihren Forderungen zu beharren, sondern eine neue Erklärung mit weiteren Zugeständnissen zu verfassen und einige Deputierte damit nach Münster zu schicken, um dort mit den Katholischen darüber zu verhandeln. Alternativ sollten sie den dort bereits anwesenden Evangelischen den Auftrag erteilen, in ihrem

²⁵⁶ DICKMANN: Frieden, S. 361.

²⁵⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 September 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 426'-427'.

²⁵⁸ Ebd., fol. 427'.

²⁵⁹ Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1646 September 24, APW II A 5, Nr. 20, S. 37.

²⁶⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 September 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 427'.

²⁶¹ Ebd., fol. 428.

Namen mit den Katholischen zu sprechen.²⁶² Trauttmansdorff versuchte, in Münster direkte Gespräche mit den Evangelischen ohne Beteiligung der Schweden aufzunehmen.²⁶³ Die evangelischen Deputierten lehnten dies jedoch mit dem Argument ab, sie hätten bereits viel größere Zugeständnisse gemacht als jemals ihre Voreltern.²⁶⁴

Diese Absicht der Kaiserlichen, die Gravaminaverhandlungen nach Münster zu ziehen und damit von den Schweden zu separieren, weckte unmittelbar das Misstrauen der Evangelischen in Osnabrück. Nicht nur Lampadius beurteilte die Schweden als unverzichtbare Unterstützer der evangelischen Sache, weshalb dieser Vorschlag schon aus diesem Grund nicht auf Gegenliebe stoßen konnte. Hinzu kam die Befürchtung der Evangelischen, diese Verhandlungen würden für sie umso schlechter ausgehen, sollten in Münster auch noch die Kursächsischen das Direktorium über die Evangelischen übernehmen. Daher ergriffen die evangelischen Deputierten nun zwei Gegenmaßnahmen: Sie setzten direkt nach ihrem Gespräch mit den Kaiserlichen Oxenstierna von diesem Vorschlag in Kenntnis.²⁶⁵ Und sie unternahmen einen weiteren Versuch, die Kursächsischen doch noch auf die Linie der evangelischen Mehrheit zu bringen – oder zumindest dazu, sich nicht mehr einzumischen. Die Sachsen-Altenburger und Sachsen-Weimarer reisten am 18. Oktober 1646 nach Lengerich, um dort das Gespräch mit ihnen zu suchen. Sie wollten den Kursächsischen dabei erweisen, wie sehr sie als Werkzeug missbraucht würden, um die Beschlusskraft der Evangelischen zu lähmen und Zwietracht unter ihnen zu stiften.²⁶⁶ Außerdem wollten sie sie ermahnen, sich künftig wenigstens still zu verhalten und nicht mehr im Sinne der Katholischen zu verhandeln. Um diesem Begehrt größeren Nachdruck zu verleihen, wollten sie auf einen drohenden Ehrverlust des Kurfürsten bei Zuwiderhandlung verweisen.²⁶⁷ Das Ergebnis dieses Gesprächs war kaum nennenswert. Zwar versprachen die Kursächsischen, sich in einigen Punkten den Evangelischen zu Osnabrück anzupassen und eine entsprechende Instruktion von ihrem Kurfürsten zu erbitten. Doch zeigten sie sich zugleich grundsätzlich einverstanden mit den

²⁶² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Oktober 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 18', Protokoll, Beilage 1 zu Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1646 Oktober 4, APW II A 5, Nr. 49, S. 90-92, Protokoll, Beilage 1 zu Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1646 Oktober 15, APW II A 5, Nr. 71, S. 126.

²⁶³ DICKMANN: Frieden, S. 361.

²⁶⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Oktober 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 18', Protokoll, Beilage 1 zu Lamberg und Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1646 Oktober 15, APW II A 5, Nr. 71, S. 126.

²⁶⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Oktober 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 19, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christine, Osnabrück 1646 Oktober 15, APW II C 2, Nr. 203, S. 500f.

²⁶⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Oktober 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 19'-20.

²⁶⁷ Ebd., fol. 20.

Aktionen der Kaiserlichen und übergingen den Einwand mit Stillschweigen, sie würden von diesen nur missbraucht.²⁶⁸

Die Bemühungen der Kaiserlichen, die Verhandlungen mit den Evangelischen in Münster fortzusetzen, führten zunächst nur zu einer Verhärtung der Fronten. Beide Seiten beharrten auf ihren Standpunkten. Während die Evangelischen darauf bestanden, nicht ohne die Schweden über die Gravamina verhandeln zu wollen, brachten die Kaiserlichen vor, die Schweden hätten nichts mit den Gravamina zu tun, weshalb sie an deren Beilegung auch nicht beteiligt werden sollten. Dementsprechend wurde auch in der zweiten Oktoberhälfte 1646 wenig ‚öffentlich‘ in Osnabrück weiterverhandelt.²⁶⁹

Erste Geheimverhandlungen zwischen Protestanten und Katholiken

Mit dem Stocken der ‚öffentlichen‘ Verhandlungen kamen die Bemühungen um eine Einigung in der Gravaminafrage jedoch nicht zum Erliegen. Nun suchten einige Vertreter katholischer und evangelischer Reichsstände engeren Kontakt zueinander. Gegen Mitte Oktober 1646 hatten Lampadius und die Sachsen-Altenburger eine vielversprechende Unterredung mit dem Würzburger. Dabei stellte der katholische Gesandte fest, die Hauptintention der Kaiserlichen sei, die Gravamina nicht gründlich aufzuheben, um katholische und evangelische Reichsstände nicht zu einer Vertrauensbasis zurückfinden zu lassen. Stattdessen wollten sie die schwedische Satisfaktion abhandeln und Frankreich und Spanien Zeit geben, Frieden zu schließen. Dann sei die Chance umso größer, dass die verbleibenden Gravamina unberücksichtigt blieben.²⁷⁰ Erneut unterstellte der Würzburger den Kaiserlichen also eine Verzögerungstaktik, die einem kaiserlichen Machtgewinn auf Kosten der Reichsstände dienen sollte. Er knüpfte damit an seine frühere Argumentation an, in der er die gemeinsame Opposition gegen die Habsburger bereits als einende Basis dargestellt hatte.

Als Maßnahme gegen das von ihm diagnostizierte kaiserliche Machtstreben schlug der Würzburger ein konkretes Mittel vor: Die Sachsen-Altenburger, Lampadius und einige andere ausgewählte Evangelische sollten mit ihm und einigen anderen gesprächsbereiten Katholischen geheime Verhandlungen über die Gravamina führen, um sie aus der Welt zu schaffen.²⁷¹ Die Schweden sollten das so erzielte Abkommen in ihre weiteren Friedensvorschläge aufnehmen, welche die eingeweihten Katholischen dann öffentlich unterstützen wollten.²⁷² Der Würzburger warnte allerdings davor, allen Evangelischen zu vertrauen, da etliche von ihnen den Kaiserlichen

²⁶⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Oktober 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 32’.

²⁶⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 November 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 45.

²⁷⁰ Ebd., fol. 45’.

²⁷¹ Ebd.

²⁷² Ebd., fol. 45’-46.

alles zutragen. Dies geschehe bei den Katholischen ebenso. Mit Mainz dürfe er kein Wort reden. Seine Vertrauten aber seien Salzburg, Bamberg, Konstanz, Eichstätt und Fulda und sie hofften, auch Kurtrier für ihre Seite zu gewinnen. Nach Beilegung der pfälzischen Sache sei sicherlich auch Bayern zur Unterstützung bereit, sodass man sogar ohne Kaiser und Spanien Frieden schließen könne.²⁷³

Bemerkenswerterweise setzte Lampadius Christian Ludwig davon erst am 2. November 1646 in Kenntnis, drei Wochen nach dem Vorschlag des Würzburger und dem Beginn der geheimen Verhandlungen, die inzwischen weiter gediehen waren.²⁷⁴ Er erklärte, er habe zwecks Geheimhaltung vorher nichts darüber berichten dürfen und bat seinen Herrn eindringlich, die Geheimhaltung auch an seinem Hof zumindest bis nach der Übergabe der neuen schwedischen Friedensvorschläge zu gewährleisten.²⁷⁵ Der Würzburger hatte zwar allein mit ihnen verhandelt, sich aber mit dem Bamberger und Konstanzer zu Lengerich getroffen und schriftlich mit seinen anderen Vertrauten korrespondiert. Bei den Evangelischen waren neben Lampadius die Gesandten Magdeburgs, Sachsen-Altenburgs, Sachsen-Weimars, Braunschweig-Wolfenbüttels und Straßburgs beteiligt. Diese hatten am 1. November 1646 beschlossen, auch die Hessen-Kasseler, Württemberger und Sachsen-Anhaltiner einzuweihen. Der Straßburger wollte darüber hinaus auch noch weitere reichsstädtische Abgesandte teilhaben lassen.²⁷⁶

Diese geheimen Direktverhandlungen reichsständischer Vertreter ließen sich in der Tat sehr gut an. Bereits am 9. November 1646 waren nur noch vier Punkte offen, wie Lampadius vermeldete. Die einzelnen Übereinkünfte zu den abgehandelten Gravamina waren bereits in einem schriftlichen Entwurf ausgearbeitet worden, der in die neuen schwedischen Friedensvorschläge aufgenommen werden sollte. Aus Gründen der Geheimhaltung kannten diesen außer Lampadius nur die Sachsen-Altenburger, Sachsen-Weimarer, Magdeburger, Wolfenbütteler und Straßburger. Die Sachsen-Altenburger und Sachsen-Weimarer waren am 5. November nach Münster gereist, um Salvius dieses Dokument zu überreichen. Alle beteiligten Evangelischen legten größten Wert darauf, es so aussehen zu lassen, als ob Salvius auch diesen Teil des künftigen schwedischen Vorschlags eigenständig und ohne ihre Hilfe verfasst hätte. Selbst der Würzburger wurde nicht eingeweiht.²⁷⁷ Der Straßburger war den Altenburgern und Weimarern am 6. November nach Münster gefolgt, auch er offiziell ohne jeden Auftrag anderer evangelischer Gesandter. Lampadius und die Wolfenbütteler hingegen blieben der Absprache gemäß in Osnabrück. Der Sachsen-Altenburger Thumbshirn wollte mit Lampadius über die Vorgänge in Münster

²⁷³ Ebd., fol. 46.

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ Ebd., fol. 46-46'.

²⁷⁶ Ebd., fol. 46'.

²⁷⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 November 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 82.

korrespondieren, wobei Lampadius auch die Eingeweihten in Osnabrück auf dem Laufenden halten sowie die Ergebnisse ihrer Beratungen wieder an Thumbshirn zurückspielen sollte.²⁷⁸ Über Lampadius und Thumbshirn sollte also maßgeblich die Kommunikation zwischen den eingeweihten Evangelischen laufen. Für Lampadius kam es dabei vor allem darauf an, dass die kaiserlichen Vertreter nichts davon erfuhren.²⁷⁹ Er nahm die Kaiserlichen zu dieser Zeit offenkundig als Hauptgegner wahr.

In Münster entwickelten sich die Dinge zunächst auch vielversprechend: Die Kursächsischen erklärten, von ihrem Kurfürsten keinen Befehl zur Übernahme des Direktoriums über die Evangelischen zu haben, wodurch ihr Störpotenzial eingegrenzt schien.²⁸⁰ Und auch vom Würzburger Vorburg erhielt Lampadius positive Nachrichten aus Münster, weshalb er sich Christian Ludwig gegenüber wieder sehr angetan über Vorburg äußerte, der ein redlicher Katholischer und den Österreichern sehr verhasst sei.²⁸¹

Auf offene Verhandlungen über die Gravamina setzte Lampadius dagegen wenig Hoffnung. Nicht nur führte die österreichische Partei bei den Katholiken das Direktorium, auch sah er den Kurfürsten von Bayern nicht bereit, vor Abhandlung der pfälzischen Frage die Aufhebung der Gravamina zu gestatten. Rational nachvollziehbar war dieses Verhalten durchaus, denn auch Lampadius glaubte, die Katholiken würden für die bayrischen Angelegenheiten keinen Krieg mehr führen, sobald es erst zu einer Übereinkunft zwischen Katholiken und Protestanten gekommen wäre.²⁸² Deshalb waren sich auch die eingeweihten Evangelischen einig, die pfälzische Frage müsse möglichst rasch gelöst werden, um den bayrischen Kurfürsten für ihre Sache zu gewinnen.²⁸³

Allerdings wandelte sich Lampadius' positiver Eindruck von der geheimen Mission in Münster sehr schnell ins Negative. Bereits am 1. Dezember 1646 berichtete er nach Hause, die dortigen Verhandlungen seien nun in ein anderes Fahrwasser geraten, wofür er die kursächsischen Gesandten verantwortlich machte.²⁸⁴ Er führte es auf ihren Einfluss zurück, dass die nach Münster gereisten Evangelischen nun dort weiter über den gemeinsam mit den eingeweihten Katholischen erarbeiteten Vorschlag zur Lösung der Gravamina, den Salvius als seinen eigenen ausgab, verhandeln wollten. Thumbshirn und die anderen forderten deshalb die Evangelischen zu Osnabrück auf, ihnen ihre ‚Ultima‘ mitzuteilen und damit kundzutun, wie weit sie in den einzelnen Punkten

²⁷⁸ Ebd., fol. 82'.

²⁷⁹ Ebd., fol. 83'.

²⁸⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 November 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 119'.

²⁸¹ Ebd., fol. 119'-120.

²⁸² Ebd., fol. 119'.

²⁸³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 November 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 82'.

²⁸⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Minden 1646 Dezember 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 155.

maximal zu Zugeständnissen bereit wären. Für Lampadius war dies ein heikles Begehren, waren die ‚Ultima‘ doch unmittelbar verknüpft mit der Entscheidung über Krieg und Frieden. Ohne eindeutige Anweisung seines Herrn wollte er sich keinesfalls auf ein solches Ultimatum festlegen.²⁸⁵ Schon gar nicht, fügte er hinzu, wolle er die ‚Ultima‘ seines Herrn den Evangelischen in Münster mitteilen, damit diese sich aus ihren eigenmächtigen Aktionen herauswinden und den Evangelischen in Osnabrück die Verantwortung zuschieben könnten.²⁸⁶ Lampadius zeigte sich deutlich verärgert über diese Entwicklungen. Sein Kollege Langenbeck, der vielleicht im Sinne der getroffenen Absprachen auf die Handlungen der Sachsen-Altenburger und Sachsen-Weimarer hätte Einfluss nehmen können, war noch nicht wieder aus Celle nach Münster zurückgekehrt.²⁸⁷ Selbst der schwedische Gesandte Salvius hatte sich von den Kursächsischen überreden lassen, in Trauttmansdorffs Unterkunft den nun doch angeknüpften Verhandlungen beizuwohnen. Auch Oxenstierna äußerte sich damit unzufrieden.²⁸⁸

Sehr schnell waren die von Lampadius zunächst hoffnungsvoll begleiteten Kontakte zu den Katholiken für ihn auf gefährliches Terrain geraten. Weitere Verhandlungen sollten aus seiner Sicht in Münster gar nicht stattfinden. Bevor er sich jedoch weiter damit auseinandersetzen konnte, standen zunächst interne Beratungen über eine neue Instruktion für ihn und Langenbeck an.

Weitere Absprachen im Welfenhaus im Herbst und Winter 1646

An den Welfenhöfen waren derweil die Beratungen über eine gemeinsame Instruktion Friedrichs und Christian Ludwigs fortgesetzt worden, allerdings wieder einmal mit langen Unterbrechungen. Zwar hatte die Meldung, die französische Satisfaktion sei fertig abgehandelt worden, Christian Ludwig bewogen, sich am 28. September 1646 an Herzog Friedrich zu wenden. Er drang darauf, das Abfassen der gemeinsamen Instruktion zu beschleunigen und Langenbeck damit möglichst bald wieder nach Münster zu entsenden.²⁸⁹ Tatsächlich kündigte Friedrich darauf das Eintreffen Langenbecks in Hannover für den 4. Oktober an, wo er sich mit den Geheimen Räten Christian Ludwigs über die in Celle angestellten Überlegungen beraten sollte. In der Woche darauf sollte Langenbeck dann an den Friedenskongress zurückkehren.²⁹⁰ Doch trotz der Eile, die an den bei-

²⁸⁵ Ebd., fol. 155ʳ.

²⁸⁶ Ebd., fol. 155ʳ-156.

²⁸⁷ Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1646 Oktober 17, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 14.

²⁸⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Minden 1646 Dezember 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 156. Oxenstierna berichtete außerdem seinem Kollegen Salvius davon: Johan Oxenstierna an Salvius, Osnabrück 1646 November 24, APW II C 3, Nr. 37, S. 62.

²⁸⁹ Christian Ludwig an Friedrich, Hannover 1646 September 28, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 424.

²⁹⁰ Friedrich an Christian Ludwig, Celle 1646 Oktober 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 453.

den Fürstenhöfen nun zunächst an den Tag gelegt wurde, sollte es auch dieses Mal länger dauern, bis die Instruktion fertig war.

Erst etwa einen Monat später, am 7. November 1646, sandte die Regierung Herzog Friedrichs den Entwurf einer Instruktion für Langenbeck nach Hannover. Dort sollte man sich auf weitere Beratungen von Geheimen Räten beider Herzöge vorbereiten können.²⁹¹ In diesem Entwurf bezog Herzog Friedrich unter anderem Stellung zu den Gravamina und der Frage der Verhandlungsweise. Auch für Friedrich war die Beilegung der Gravamina am Friedenskongress eines der wichtigsten Anliegen. Er schlug jedoch ein zurückhaltendes und insgesamt sehr auf einen raschen Ausgleich bedachtes Vorgehen vor: Schon bezüglich der kirchlichen Gravamina warnte Friedrich vor zu großen Erwartungen. Die Gelegenheit möge günstig erscheinen, doch müsse man das wandelbare Glück in Rechnung stellen.²⁹² Kaum ein evangelischer Stand sei noch in Waffen und die Durchsetzung der Gravamina daher vom Interesse der fremden Kronen abhängig, weshalb keine geringe Gefahr für Freiheit und politischen Status des Reichs bestünde.²⁹³ Auf fremde Waffen und Zusagen dürfe man sich nicht allzu sehr verlassen.²⁹⁴ Das Welfenhaus habe zudem keinen Grund, sich in die vorderste Reihe zu stellen und besonders stark auf die Aufhebung der Gravamina zu dringen. Dies sollte vielmehr den hauptsächlich Betroffenen überlassen werden.²⁹⁵ Sobald die Hauptdifferenzen beigelegt wären, sei es an der Zeit, Frieden zu schließen.²⁹⁶ Friedrich plädierte damit um eines schnellen Friedensschlusses willen für eine nur teilweise Aufhebung der Gravamina, auf deren wichtigste man sich beschränken sollte.

Im Einzelnen bedeutete dies inhaltlich für ihn Folgendes: Bei der von den Evangelischen geforderten Gleichheit zwischen den Konfessionen sollte es zwar prinzipiell bleiben.²⁹⁷ Immer vorausgesetzt, mehr sei nicht zu erreichen, sollte allerdings der Termin des 1. Januar 1624 für die Amnestie akzeptiert werden.²⁹⁸ Die hundertjährige Frist sollte angenommen werden und nach deren Ablauf ein gütlicher Vergleich angestrebt oder, wenn bis dahin die rechtlichen Grundlagen verändert worden wären, auch der Rechtsweg beschritten werden.²⁹⁹ Die geforderte Autonomie sollte zwar nicht aufgegeben, doch einer künftigen Klärung überlassen werden. Bis dahin sollte das Auswanderungsrecht der Untertanen mit verschiedenen Bedingungen behauptet werden.³⁰⁰

²⁹¹ Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1646 November 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 50.

²⁹² Instruktion Friedrichs für Langenbeck, Celle 1646 [November 7], Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 53'.

²⁹³ Ebd., fol. 53'-54.

²⁹⁴ Ebd., fol. 54.

²⁹⁵ Ebd., fol. 54-54'.

²⁹⁶ Ebd., fol. 54'.

²⁹⁷ Beilage A zur Instruktion Friedrichs für Langenbeck, Celle 1646 [November 7], Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 72-72'.

²⁹⁸ Ebd., fol. 73.

²⁹⁹ Ebd., fol. 74-74'.

³⁰⁰ Ebd., fol. 78'.

Auch die Reform der Justiz sollte nach Meinung Friedrichs auf einen anderen Zeitpunkt vertagt werden.³⁰¹ Lediglich die Aufhebung der Hauptgravamina der Justiz sollte weiterhin verlangt werden. Darunter gehörte für ihn auch die Forderung nach einem dritten hohen Reichsgericht für den Obersächsischen, Niedersächsischen und Westfälischen Kreis sowie die Abschaffung der Konkurrenz mit dem kaiserlichen Hofgericht.³⁰² Doch auch bei diesen Forderungen sollte bei Bedarf graduell nachgegeben werden.³⁰³ Damit erklärte sich Friedrich mit den im Namen der Katholischen übergebenen Angeboten vom 12. Juli 1646 prinzipiell einverstanden.

Auch bezüglich der Verhandlungsweise vertrat man in Celle Ansichten, die Lampadius nur eingeschränkt teilen konnte. Mit der Anweisung im Namen Herzog Friedrichs, es dürfe kein Ultimatum gestellt werden,³⁰⁴ stimmte er selbst überein. Ebenso mit der Einschätzung, die Evangelischen täten gut daran, nicht von ihrer letzten Erklärung abzuweichen, sondern die Antwort der Katholischen darauf einzufordern und sich vorher nicht mehr zu äußern. Doch den weiteren Bestimmungen Friedrichs konnte Lampadius kaum zustimmen. Der Herzog war der Meinung, die Reichsstände sollten die Verhandlungen so lange wie möglich in ihren eigenen Händen behalten und nicht den fremden Kronen anheimgeben.³⁰⁵ Erst nach einem endgültigen Scheitern der Direktverhandlungen zwischen den Reichsständen wollte der Herzog gestatten, dass die Schweden einen entsprechenden Passus in ihre Friedensvorschläge einfügten, jedoch nur, wenn es den Ständen freigestellt bliebe, weiter selbst über die Gravamina zu verhandeln.³⁰⁶ Diese Forderung stand nicht nur in Widerspruch zu dem, was Evangelische und Katholische gerade bei ihren Geheimverhandlungen in Osnabrück abgesprochen hatten. Sie lief auch der Linie der Anlehnung an die Schweden zuwider, welche Lampadius bereits sehr früh eingeschlagen hatte. In diesem Punkt waren und blieben die Regierung Herzog Friedrichs und Lampadius unterschiedlicher Meinung.

Mehr noch, Friedrich sprach sich ausdrücklich gegen eine Verhandlungsweise aus, die auf eine offene Separation zwischen evangelischen und katholischen Ständen sowie eine Abhängigkeit von Schweden hinauslief. Auf eine solche sollten sich die Gesandten des welfischen Hauses nicht ohne ausdrücklichen Befehl einlassen.³⁰⁷ Allerdings sollten die Gravamina nur mit Vorwissen der Schweden beigelegt und möglichst gleichzeitig mit ihrer Satisfaktion abgehandelt werden, um ihr Vertrauen zu bewahren.³⁰⁸

³⁰¹ Instruktion Friedrichs für Langenbeck, Celle 1646 [November 7], Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 59-59'.

³⁰² Ebd., fol. 59'.

³⁰³ Ebd., fol. 60-61.

³⁰⁴ Ebd., fol. 55'-56.

³⁰⁵ Ebd., fol. 55.

³⁰⁶ Ebd., fol. 55'.

³⁰⁷ Ebd., fol. 56.

³⁰⁸ Ebd., fol. 56-56'.

Die Abstimmung über gemeinsame Anweisungen Friedrichs und Christian Ludwigs hatte sich aus verschiedenen Gründen verzögert. Zunächst bestand in Celle das Bedürfnis, sich über den neuesten Stand der Verhandlungen zu informieren, bevor man eine Instruktion entwarf. Langenbeck hielt sich seit der zweiten Augushälfte 1646 nicht mehr in Münster auf, weshalb in Celle Informationen über die letzten Ereignisse fehlten.³⁰⁹ Als dieses Informationsdefizit behoben war und die Regierung zu Celle in der zweiten Oktoberhälfte in Hannover anfragte, wann eine gemeinsame Konferenz möglich sein würde,³¹⁰ musste die Regierung Christian Ludwigs erst einmal um Aufschub bitten. Der Herzog weilte nicht an seinem Hof, sondern begleitete den Kurfürsten von Brandenburg, der gerade durch seine Territorien reiste, bis nach Hameln.³¹¹ Erst Ende Oktober bat die Regierung zu Hannover in Celle um die Übersendung der entworfenen Instruktion.³¹² Als die Regierung zu Celle schließlich am 7. November 1646 die Instruktion überschickte, schlug sie ein Treffen in Minden vor, bei dem sich auch Langenbeck und Lampadius noch einmal besprechen sollten.³¹³ Zuvor bereits, am 12. November, sollten nach der Vorstellung der Regierung Herzog Friedrichs geheime Räte beider Seiten in Burgwedel zusammenkommen.³¹⁴ Für Friedrich sollten sein Kanzler und Langenbeck teilnehmen.³¹⁵ In Celle legte man nun erneut Eile an den Tag. Zwischen dem Eintreffen der entworfenen Instruktion in Hannover und dem anberaumten Treffen sollte nicht viel Zeit vergehen.

Planmäßig wurde die Zusammenkunft abgehalten. Bereits am 15. November 1646 unterrichtete Christian Ludwig Lampadius von einigen Ergebnissen: Man habe sich mit Herzog Friedrich auf eine Gesamtinstruktion geeinigt, die allerdings noch den veränderten Bedingungen am Friedenskongress, von denen Lampadius berichtet hatte, angepasst werden sollte. Außerdem bestehe Friedrich darauf, auch in Osnabrück durch seinen Gesandten Langenbeck vertreten zu werden.³¹⁶ Da man es für nötig befände, über beide Punkte auch Lampadius zu vernehmen, sollte dieser sich am 28. November in Minden einfinden, wo vertrauliche Gespräche mit Langenbeck sowie Christian Ludwigs Statthalter, Friedrich Schenk von Winterstedt, und seinem Kanzler, Justus Kipius, stattfinden sollten.³¹⁷

³⁰⁹ Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1646 Oktober 17, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 14.

³¹⁰ Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1646 Oktober 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 27.

³¹¹ Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Celle, Hannover 1646 Oktober 23, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 29.

³¹² Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Celle, Hannover 1646 Oktober 30, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 44.

³¹³ Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1646 November 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 50-50^r.

³¹⁴ Ebd., fol. 50^r-51.

³¹⁵ Ebd., fol. 51.

³¹⁶ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1646 November 15, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 114.

³¹⁷ Ebd., fol. 114-114^r.

Nun blieb es weder beim angekündigten Termin noch durchweg bei den angekündigten Protagonisten. Die geplante Zusammenkunft wurde auf den 1. Dezember 1646 verschoben und statt des Kanzlers Justus Kipius sollte nun der Hofrat Johann Wissel für Christian Ludwig nach Minden gehen.³¹⁸ Der ranghöhere Kanzler blieb also in Hannover.

Für das Treffen in Minden ließ Christian Ludwig am 28. November 1646 eine Instruktion erstellen. Lampadius sollte zunächst zu seiner Einschätzung des aktuellen Stands der Friedensverhandlungen und zu Umständen, die er aus Gründen der Geheimhaltung in seinen Relationen nicht hatte berichten können, befragt werden.³¹⁹

Dann sollten die beiden Regierungsmitglieder Lampadius die neue Instruktion Christian Ludwigs, die sich in allen Punkten mit derjenigen Herzog Friedrichs für Langenbeck deckte, übergeben.³²⁰ Lampadius sollte dazu seine Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge vortragen können. Bei Punkten, die von keiner großen Wichtigkeit waren, sollten sich die Anwesenden in Minden einigen, doch in den wesentlichen Fragen behielt sich der Herzog die Entscheidung vor. In allem sollten Schenk von Winterstedt und Wissel darauf achten, zwischen den Anweisungen für Langenbeck und denen für Lampadius die Einheitlichkeit zu wahren und sich deshalb auch mit Langenbeck besprechen.³²¹ Geschlossenheit war erklärtes Ziel.

Da Friedrich seinen Gesandten Langenbeck absehbar nach Osnabrück senden wollte, sollte sich Lampadius darauf einstellen, Friedrich dort bald nicht mehr zu vertreten.³²² Er sollte künftig die ihm nach der Rangfolge gebührende Session einnehmen und Voten führen, die er so weit wie möglich vorher mit Langenbeck abzustimmen hatte, damit keine Diskrepanzen entstünden.³²³ Dies hätte der im Haus Braunschweig-Lüneburg geltenden Rangordnung des Seniorats gemäß den letzten Platz für Lampadius hinter den Gesandten Herzog Friedrichs und Herzog Augusts bedeutet. Da Christian Ludwig Schwierigkeiten verhüten wollte, die aus dieser veränderten Stellung seines Gesandten resultieren konnten, sollten die Abgesandten Herzog Augusts überredet werden, Lampadius den Platz nach dem Primargesandten Herzog Augusts, Heinrich Schrader, zu überlassen. Falls sich Lampadius darüber beschwerte, sollten ihm Schenk von Winterstedt und Wissel bescheiden, es müsse bei dieser Sitzordnung und Übereinstimmung in den Voten bleiben.³²⁴ Sie sollten sich Lampadius gegenüber also nicht kompromissbereit zeigen. Dies barg, wie sich zeigen sollte, einiges an Konfliktpotenzial.

³¹⁸ Instruktion Christian Ludwigs für Friedrich Schenk von Winterstedt und Johann Wissel, Hannover 1646 November 28, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 150.

³¹⁹ Ebd., fol. 151^v-152.

³²⁰ Ebd., fol. 150^v-151.

³²¹ Ebd., fol. 151.

³²² Ebd.

³²³ Ebd., fol. 151-151^v.

³²⁴ Ebd., fol. 151^v.

Nach Lampadius' Eintreffen in Minden am 1. Dezember 1646 fanden an den folgenden zwei Tagen die Beratungen der welfischen Vertreter statt.³²⁵ Am ersten Tag sprachen Schenk von Winterstedt und Wissel mit Lampadius über die in ihrer Instruktion enthaltenen Punkte. Dabei traten prompt die zu erwartenden Diskrepanzen auf: Lampadius verließ zunächst erneut seiner Überzeugung Ausdruck, die Forderungen der Evangelischen nur mithilfe der Schweden durchsetzen zu können. Des Weiteren zeigte er sich erzürnt über die Regelung, die ihm unter den welfischen Gesandten den letzten Rang zuschrieb und somit in seinen Augen schimpflich für ihn war.³²⁶

Dieser zweite Punkt sollte die Beratungen zu Minden bestimmen, sah sich Lampadius dadurch doch persönlich betroffen und in seiner Ehre gekränkt: Über die vorgesehene Regelung kam es am zweiten Tag auch zum Konflikt zwischen Schenk von Winterstedt und Wissel mit Langenbeck, da Letzterer auf der geplanten Rollenverteilung bestand. Auch vom Vorschlag der beiden Vertreter Christian Ludwigs, Langenbeck solle das Votum für Lüneburg und Lampadius dasjenige für Grubenhagen führen, war zwar Lampadius schnell zu überzeugen, Langenbeck hingegen nicht.³²⁷ Zwischen Langenbeck und Lampadius bestand zumindest in dieser Situation eine gewisse Konkurrenz.

Um seine Ehre gewahrt zu sehen, setzte Lampadius bei der Besprechung in Minden sogar das letzte Mittel ein, das ihm zu Gebote stand: Er drohte mit seiner Abreise, sollte es bei der angekündigten Rollenverteilung bleiben.³²⁸ Dieses Mittel erwies sich als wirksam. Da die Regierung Christian Ludwigs die Abreise ihres Vizekanzlers nicht riskieren wollte, unterbreitete sie nun auch Herzog Friedrich den Vorschlag, Langenbeck solle für Lüneburg und Lampadius für Grubenhagen votieren.³²⁹ Auf diese Weise erhalte Langenbeck den ersten Platz in der welfischen Gesandtschaft und Lampadius verhandle weiter in Herzog Friedrichs Namen. Bei Deputationen sollten beide Gesandten gleichermaßen zum Einsatz kommen.³³⁰

Die Regierung zu Celle unterrichtete die Regierung zu Hannover am 8. Dezember 1646 von Friedrichs Haltung in der Frage. Friedrich könne nicht befinden, dass die Entscheidung, Langenbeck als seinen alleinigen Vertreter einzusetzen und nach Osnabrück zu schicken, Lampadius zu

³²⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Minden 1646 Dezember 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 158, Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Celle, Hannover 1646 Dezember 6, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 267.

³²⁶ Protokoll Ratssitzung Kanzler und Räte zu Hannover, Hannover 1646 Dezember 6, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 264.

³²⁷ Ebd., fol. 264'.

³²⁸ Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Celle, Hannover 1646 Dezember 6, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 267'.

³²⁹ Ebd., fol. 267'-268.

³³⁰ Ebd., fol. 268.

Schimpf gereiche.³³¹ Dennoch war der Herzog mit der vorgeschlagenen Aufteilung der Voten für die Dauer des Friedenskongresses unter der Bedingung einverstanden, dass Lampadius sich in seinem Votum für Grubenhagen in allem ganz dem von Langenbeck abgelegten lüneburgischen Votum anschloss und eventuelle eigene Anmerkungen erst im calenbergischen Votum – also im Namen Christian Ludwigs – äußerte.³³² So sollte der Eindruck vermieden werden, Friedrich lasse für Lüneburg anders votieren als für Grubenhagen.³³³ Beide Gesandten sollten sich gegenseitig vertreten können, um nach außen Geschlossenheit zu demonstrieren. Sie sollten dabei jederzeit eine einheitliche Linie beibehalten.³³⁴

Offensichtlich hatte Lampadius nach dem Eingang dieses Bescheides das Bedürfnis, sich seinem Herrn gegenüber zu rechtfertigen. Er schrieb Christian Ludwig einen umfangreichen Brief, in dem er unter anderem darlegte, wie die Absprache zu Gifhorn im Vorfeld der Friedensverhandlungen aus seiner Sicht verlaufen war. 1643 waren in Gifhorn Vertreter der drei regierenden Welfenherzöge zusammengekommen, um unter anderem über die Absendung zu den Friedensverhandlungen zu beraten. Bei dieser Gelegenheit war Lampadius von den anwesenden Geheimen Räten aus Celle ersucht worden, zunächst auch im Namen Herzog Friedrichs am Friedenskongress zu verhandeln, jedoch mit der Ankündigung, Friedrich werde einen eigenen Gesandten nachschicken. Lampadius hatte nach eigener Auskunft diesen Auftrag nur unter der Bedingung übernommen, dass ihm auch bei späterer Anwesenheit von Friedrichs eigenen Vertretern das Mandat für den Herzog nicht wieder entzogen würde.³³⁵ Nun jedoch habe er zu Minden hören müssen, Friedrich habe seine Vertretung durch ihn, Lampadius, bislang nur stillschweigend geduldet, ihm aber nie eine entsprechende Vollmacht erteilt. Christian Ludwig solle sich aus den mitgesandten Abschriften vom Gegenteil überzeugen. Schließlich verhandle er seit drei Jahren auf Basis der auch von Friedrich erteilten Vollmacht. Der Entschluss, Langenbeck nun ebenfalls nach Osnabrück zu senden, sei ihm nicht nur sehr recht, sondern entspreche seinen schon in Gifhorn geäußerten Wünschen. Wegen der Präzedenz habe er kein Wort gesagt und wisse sehr gut, dass Friedrich und daher auch seinem Gesandten aus Gründen des Seniorats der Vortritt gebühre. Es sei allein die Frage, ob er nun von der Vertretung Friedrichs ausgeschlossen werden sollte, was er schon in Gifhorn abgelehnt habe.³³⁶ Er wolle es bei der nun getroffenen Regelung belassen, doch würden ihn die Celler Räte künftig schwerlich überreden können, ihre Aufgaben

³³¹ Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1646 Dezember 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 284.

³³² Ebd., fol. 284-284ʳ.

³³³ Ebd., fol. 284ʳ.

³³⁴ Ebd., fol. 285.

³³⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Dezember 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 361.

³³⁶ Ebd., fol. 361ʳ.

für sie zu übernehmen, wenn sie ihn derart mit Beschimpfung und Undank entlohten.³³⁷ Lampadius' Empörung ließ sich mit Händen greifen.

Dabei traf nicht nur die ihm zuerst zugedachte Position auf Lampadius' erbitterten Widerstand. Auch die in Celle formulierte Bedingung, er solle für Grubenhagen lediglich das von Langenbeck abgelegte Votum wiederholen, veranlasste Lampadius zu einem bissigen Kommentar. Nach Hannover schrieb er, er wisse nicht recht, warum man in Celle der Auffassung sei, er sei weniger als Langenbeck in der Lage, sich nach seinen Anweisungen zu richten und ihn daher zum Schweigen verdammen wollte. Seine Stellungnahme in eigener Sache schloss Lampadius mit den Worten, er habe dies seinem Herrn um seiner Ehre willen schreiben müssen und bitte, Christian Ludwig möge ihm seinen Ärger nachsehen und der Regierung in Celle ausrichten lassen, sie möge künftig ihre Aufgaben selbst verrichten oder ihn anders behandeln.³³⁸ Die Antwort aus Celle hatte also – obwohl Lampadius darin als weiterer Vertreter Friedrichs bestätigt worden war – vor allem Ärger bei ihm verursacht.

Doch damit nicht genug. Noch gegen eine weitere Anweisung, welche die interne Zusammenarbeit im Haus Braunschweig-Lüneburg betraf, wandte sich Lampadius. Ihm war unmittelbar nach der Konferenz zu Minden ausdrücklich befohlen worden, die Wolfenbütteler nicht in die Instruktion einzuweihen. Christian Ludwig hatte dekretiert, man könne es zwar geschehen lassen, wenn sich die Wolfenbütteler ihren Voten anschlossen, wie sie es bislang getan hatten. Doch die Instruktion selbst sollten sie nicht kennen und auch nicht das Ultimatum, bis zu dem zu gehen Friedrich und er maximal bereit waren, da sie sich in ihren Voten nicht auf sie berufen können sollten.³³⁹ Die Trennung zwischen den welfischen Linien sollte zumindest auf der Ebene der Verantwortlichkeit aufrechterhalten werden.

Lampadius gab nun zu bedenken, die Wolfenbütteler hätten im Fürstenrat und bei den Evangelischen öffentlich das Einverständnis Herzog Augusts mit dem erklärt, was er, Lampadius, bisher verhandelt habe. Und obwohl er von August kein Kreditiv und keine Vollmacht in Händen halte, habe doch das Haus Braunschweig-Lüneburg eine einmütige Instruktion erstellen und ihm in Gifhorn aushändigen lassen, die er auch noch bei sich habe. Auch hätten die Wolfenbütteler seit ihrer Ankunft redlich verhandelt. Schrader sei ein kluger Mann, der die Verhandlungen und die anwesenden Gesandten gut durchschaut habe.³⁴⁰ Zwar wisse er, warum Christian Ludwig in dieser Sache nicht ohne Grund Bedenken trage und wolle daher diese Anweisung befolgen.³⁴¹

³³⁷ Ebd., fol. 361^v-362.

³³⁸ Ebd., fol. 362.

³³⁹ Protokoll Ratssitzung Kanzler und Räte zu Hannover, Hannover 1646 Dezember 6, Mitschrift, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 264^v, Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1646 Dezember 6, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 274-274^v.

³⁴⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Dezember 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 359.

³⁴¹ Ebd., fol. 359-359^v.

Doch habe sein Schwiegersohn, Chrysostomus Coeler, seinem Kollegen Schrader bereits vorgeschlagen, im Namen Herzog Augusts eine Abordnung zu Christian Ludwig schicken zu lassen, um eine Gesamtinstruktion zu erstellen. Eine solche sei hochnötig, da es bei derartigen Verhandlungen besonderen Nachdruck erzeuge, wenn das Haus Braunschweig-Lüneburg öffentlich geschlossen auftrete. Er mahnte daher, die Privatfragen und Diskrepanzen ganz und gar von den öffentlichen Anliegen zu trennen.³⁴² Lampadius äußerte sich zwar vorsichtig, doch die Stoßrichtung war klar: Er trat sogar für eine noch stärkere Geschlossenheit nach außen auf als Friedrich und Christian Ludwig, indem er auch Herzog August einbinden wollte.

Am 5. Dezember 1646 kam Lampadius nach der Konferenz zu Minden abends wieder in Osnabrück an.³⁴³ Langenbeck war derweil über Lengerich zunächst zurück nach Münster gereist, um dort die nötigen Dinge für seine Abreise vorzubereiten.³⁴⁴ Er traf schließlich am 12. Dezember in Osnabrück ein.³⁴⁵

Der Magdeburger brachte Lampadius auf den neuesten Stand, was die Aktivitäten der Evangelischen in Münster betraf. Dort hatten die Gespräche der Evangelischen mit Trauttmansdorff seiner Auskunft nach keinerlei Fortschritte gebracht, weshalb Salvius bereits nach zwei Treffen wieder nach Osnabrück zurückgekehrt war.³⁴⁶ Die inzwischen am 1. Dezember 1646 von Trauttmansdorff im Namen der Katholischen übergebene ‚endliche Erklärung‘³⁴⁷ war in seinen Augen also kaum der Erwähnung wert und jedenfalls nicht als Fortschritt zu betrachten. Dabei war darin erstmals die Rede von einer dauerhaften Überlassung von geistlichen Gütern an die Evangelischen, allerdings nur bezüglich einiger genau benannter Stifter, die sich de facto schon lange im Besitz der Protestanten befanden. Die von den Evangelischen dringend verlangte Gleichstellung hingegen wurde nicht berücksichtigt. Die Erklärung stand noch unter dem Prinzip, ihnen nur das ausdrücklich Erwähnte zugestehen zu wollen.³⁴⁸

In der zweiten Dezemberhälfte trafen sich die Evangelischen in Osnabrück mehrfach zu Beratungen. Dabei blieben sie sowohl inhaltlich als auch in Bezug auf ihren präferierten Verhandlungsmodus bei ihren vorherigen Beschlüssen.³⁴⁹

³⁴² Ebd., fol. 359’.

³⁴³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Dezember 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 288.

³⁴⁴ Ebd., fol. 288’.

³⁴⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Dezember 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 315.

³⁴⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Dezember 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 288.

³⁴⁷ DICKMANN: Frieden, S. 362, MAY: Entstehung, S. 462. Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 3, S. 435-442.

³⁴⁸ DICKMANN: Frieden, S. 362.

³⁴⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Dezember 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 365-365’, Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 Dezember 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 389.

Die Verhandlungen über die Reichssachen im Frühjahr und Sommer 1647

Die Gravaminaverhandlungen behielten für Lampadius auch im Frühjahr und Sommer 1647 ihre große Bedeutung, doch schenkte er ihnen in diesem Zeitraum – zumindest in seinen Berichten – weniger Aufmerksamkeit als den parallel laufenden Entschädigungsverhandlungen für das Haus Braunschweig-Lüneburg. Letztere schoben sich in den Relationen deutlich in den Vordergrund. Dennoch widmete er sich auch den Verhandlungen über die Reichssachen mit persönlichem Einsatz.

Bereits Anfang des Jahres 1647 sah es danach aus, als würde wieder Bewegung in die Gravaminaverhandlungen in Osnabrück kommen. In den ersten Januartagen kamen die beiden kaiserlichen Gesandten Volmar und Trauttmansdorff sowie der kurbayrische Gesandte Krebs nach Osnabrück und auch d’Avaux kündigte sich an.³⁵⁰ Am 8. Januar 1647 übergaben die Evangelischen den Schweden nun doch eine leicht überarbeitete Fassung ihrer Forderungen.³⁵¹ Sie baten Oxenstierna und Salvius, sich dieser anzunehmen und darüber mit den Kaiserlichen direkt zu verhandeln, jedoch in Anwesenheit evangelischer Deputierter.³⁵² Die Evangelischen waren bereit, eine auf vier Personen verkleinerte Deputation zur Teilnahme an den Verhandlungen zu bilden, falls die Kaiserlichen dies wünschten.³⁵³ Diese sollte aus dem Sachsen-Altenburger Thumbshirn, Langenbeck sowie einem Vertreter der Grafen und einem der Reichsstädte bestehen.³⁵⁴ Auch bei den Kaiserlichen ersuchten die Evangelischen um Wiederaufnahme der Gravaminaverhandlungen, wozu diese sich bereit erklärten.³⁵⁵ Dabei deuteten die Kaiserlichen zwar an, einige der Gravamina seien erst bei künftigen Reichszusammenkünften zu klären.³⁵⁶ Aber immerhin signalisierten sie ihre Gesprächsbereitschaft.

Tatsächlich wurden am 7. Februar 1647 die Gespräche über die Gravamina zwischen Kaiserlichen und Schweden fortgesetzt. Während die Kaiserlichen dabei allein im Namen der Katholischen verhandelten, war für die Evangelischen neben Salvius auch der engere Ausschuss der evangelischen Deputierten anwesend. Bei der Zusammensetzung dieser Gruppe hatte es allerdings noch eine Veränderung gegeben: Auf Drängen der Schweden wurde auch Lampadius aufgenommen, weshalb die Deputation statt der vorgeschlagenen vier nun fünf Evangelische um-

³⁵⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 11, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 269.

³⁵¹ Ebd., fol. 269’, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Januar 14, APW II C 3, Nr. 111, S. 201.

³⁵² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 11, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 270, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Januar 14, APW II C 3, Nr. 111, S. 201.

³⁵³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Januar 11, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 270-270’.

³⁵⁴ Ebd., fol. 270’.

³⁵⁵ Ebd., fol. 271-271’, Protokoll, Beilage 1 zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Januar 10, APW II A 5, Nr. 206, S. 385f.

³⁵⁶ Protokoll, Beilage 1 zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Januar 10, APW II A 5, Nr. 206, S. 386.

fasste.³⁵⁷ Der explizite Wunsch der Schweden nach Lampadius' Teilnahme darf wohl als Zeichen ihrer besonderen Wertschätzung für den welfischen Gesandten gedeutet werden.

Lampadius konnte seinem Herrn daher in der Regel aus erster Hand berichten, wie die Verhandlungen mit den Kaiserlichen verliefen.³⁵⁸ Zunächst ließen sich diese aus Sicht der Evangelischen gut an, da mehrere Punkte zu ihrer Zufriedenheit geregelt wurden.³⁵⁹ Trauttmansdorff gestand die Aufnahme einer Antiprotestklausel sowie der künftigen Vereinbarungen über die Gravamina in den Friedensvertrag zu, wodurch diese unter Garantie des Kaisers und der Kronen gestellt wurden, was den Widerstand von Gegnern erschwerte.³⁶⁰ Außerdem akzeptierte der kaiserliche Gesandte grundsätzlich das Prinzip der Gleichheit von Katholischen und Evangelischen.³⁶¹ Als regelrechten „Wendepunkt der Religionsverhandlungen“, wie DICKMANN schreibt,³⁶² empfand Lampadius dies allerdings nicht. Er nahm die Zugeständnisse zwar erfreut zur Kenntnis, sah jedoch vor allem, was noch zu tun war.³⁶³ In der folgenden Zeit verzeichnete er statt eines Durchbruchs dann eher weitere Hindernisse. Aufgrund einer Erkrankung konnte Lampadius gegen Mitte Februar 1647 die weiteren Ereignisse nur vom Bett aus verfolgen, hatte aber auch nicht den Eindruck, viel zu verpassen. Über die Gravamina wurde zwar weiter gesprochen, doch kam es aus seiner Sicht zu keiner Einigung in den wichtigeren Fragen.³⁶⁴ Im Gegenteil fasste Lampadius einen Aufsatz, den die Kaiserlichen am 22. Februar 1647 übergaben, als Rückschritt auf. Er befand, dessen Inhalt widerspreche fast allem, was bei den letzten Konferenzen vereinbart worden war.³⁶⁵ In der Tat beruhte dieser Aufsatz auf der ‚endlichen Erklärung‘, welche die Kaiserlichen bereits am 1. Dezember 1646 übergeben hatten³⁶⁶ und die von den Evangelischen schon zu diesem Zeitpunkt nicht als nennenswerter Beitrag zu einer Einigung empfunden worden war.

In der folgenden Zeit berichtete Lampadius nur sporadisch von den weiteren Gravaminaverhandlungen. Zum einen war er vollauf mit der welfischen Entschädigung beschäftigt, zum anderen mangelte es aus seiner Perspektive auch an wesentlichen Fortschritten.³⁶⁷ Dabei fehlte es

³⁵⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 8, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 383-383'. Die beiden schwedischen Gesandten berichteten nichts darüber.

³⁵⁸ Ebd., fol. 384'-385.

³⁵⁹ Ebd., fol. 384'.

³⁶⁰ DICKMANN: Frieden, S. 363.

³⁶¹ Ebd., S. 363f.

³⁶² Ebd., S. 364.

³⁶³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 8, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 384'-385.

³⁶⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 22, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 461.

³⁶⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Februar 25, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517, fol. 491. Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 4, S. 78-86.

³⁶⁶ MAY: Entstehung, S. 466.

³⁶⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 März 29, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 75, Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 April 5, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 87', Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 April 12, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 110.

nicht an weiteren Vorschlägen, die zwischen den Parteien ausgetauscht wurden.³⁶⁸ Mehr noch, „[d]er März und April 1647 brachten den Protestanten die größten Erfolge, die sie bisher in den Religionsverhandlungen erzielt hatten.“³⁶⁹ Warum vermitteln seine Relationen den Eindruck, Lampadius habe dies nicht so gesehen? Erstens waren die weiteren Konzessionen von März und April 1647 eine Folge der den Evangelischen von Trauttmansdorff bereits im Februar 1647 zugestandenen Gleichstellung, welche eine dauerhafte Überlassung von Kirchengut und eine wirkliche Normaljahresregelung nach sich ziehen musste, die jetzt ‚nur noch‘ auf die Verhältnisse im Reich übertragen wurden. Die Evangelischen erhielten nun das Stift Minden zugesprochen, außerdem die Mehrzahl der württembergischen Klöster und das paritätische Regiment in den gemischtkonfessionellen Reichsstädten.³⁷⁰ Es wurde also nur geregelt, was prinzipiell ohnehin bereits vereinbart worden war. Zweitens betrafen diese Fragen die Welfenherzöge nicht direkt, sie hatten so gesehen selbst keinen unmittelbaren Nutzen von diesen Regelungen. So mag Lampadius’ Zurückhaltung, diese Erfolge als solche zu vermelden, nicht so sehr verwundern.

Des Weiteren biss man sich zunehmend an den noch offenen Fragen fest,³⁷¹ denen Lampadius größere Aufmerksamkeit widmete: Statt der Fortschritte stellte er auch jetzt eher die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen heraus, die er erneut von den Kaiserlichen verursacht sah. So kam es etwa am 9. April 1647 zum offenen Streit zwischen Kaiserlichen und Schweden, als die evangelischen Deputierten den Kaiserlichen erklärten, den kaiserlichen Untertanen in den Erblanden müssten ihre konfessionellen Rechte erhalten bleiben.³⁷² Trauttmansdorff drohte mit seiner Abreise, sollten die Evangelischen dem Kaiser keine Zugeständnisse in dieser Frage machen.³⁷³ Tatsächlich waren die Kaiserlichen in jedem anderen Punkt eher zu Konzessionen bereit als in diesem. Am kaiserlichen Hof bestand höchstes Interesse daran, in den Erblanden keine andere als die katholische Konfession zu gestatten.³⁷⁴ Dennoch gewann Lampadius den Eindruck, die Kaiserlichen würden mit ihrer mangelnden Kompromissbereitschaft in dieser Frage vor allem taktieren, um Spanien und Frankreich mehr Zeit für ihren Friedensschluss zu verschaffen.³⁷⁵ Er betrachtete somit die Weigerung der Kaiserlichen als vorrangig nicht inhaltlich begründet.

³⁶⁸ MAY: Entstehung, S. 467-473.

³⁶⁹ DICKMANN: Frieden, S. 365.

³⁷⁰ Ebd.

³⁷¹ Ebd., S. 401f.

³⁷² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 April 12, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 110^v-111. Über die Gespräche, die sie am 9. April mit Schweden und evangelischen Deputierten führten, verfassten die Kaiserlichen umfangreiche Protokolle: Protokoll, Beilage 1 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1647 April 11, APW II A 6/1, Nr. 21, S. 108-112, Protokoll, Beilage 3 zu Trauttmansdorff, Lamberg, Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1647 April 11, APW II A 6/1, Nr. 21, S. 115-120.

³⁷³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 April 19, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 160^v-161. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

³⁷⁴ DICKMANN: Frieden, S. 366, AUER: Ziele, S. 172, ARNDT: Kaiser, S. 73, REPGEN: Maximilian, S. 217, 221.

³⁷⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 April 19, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 161.

Aus Lampadius' Sicht erhöhten die Kaiserlichen gegen Mitte April 1647 den Druck auf die Evangelischen weiter. Sie taten ihre Absicht kund, den Schweden ihre Friedensvorschläge und ihre Erklärung zu den Gravamina zu überreichen, was am 17. April 1647 auch geschah.³⁷⁶ Lampadius' Unmut erweckte weniger der Inhalt dieses Vorschlags als die Einschränkung, welche die Kaiserlichen damit verknüpften: Sie erklärten, diejenigen unter den Evangelischen, welche ihren Vorschlag annähmen, sollten in den Frieden aufgenommen werden, doch den anderen wollten sie zu nichts verbunden sein. Seinem Herrn gegenüber kommentierte Lampadius diese Einschränkung, allen vernünftigen Leuten müsse klar sein, dass sie nicht nur auf eine Entzweigung der Evangelischen, sondern auch auf den Ausschluss der Schweden von den Gravaminaverhandlungen ziele.³⁷⁷ Auch hier nahm Lampadius die Kaiserlichen vor allem als Gegner wahr.

Lampadius war nicht der einzige evangelisch-reichsfürstliche Vertreter, der diese Einschränkung kritisch beurteilte. Allerdings spielten nun ausgerechnet die Sachsen-Altenburger, mit denen Lampadius zuvor am Kongress sehr eng und auch mit Erfolg zusammengearbeitet hatte, aus seiner Sicht aufs Neue – wie schon Ende 1646 in Münster – eine unrühmliche Rolle. Obwohl ihnen nicht nur der Magdeburger die Gefahren vor Augen stellte und sich selbst weigerte, die Evangelischen zu Beratungen über den kaiserlichen Vorschlag zusammenzurufen, übernahmen die Sachsen-Altenburger genau dies am 22. April 1647.³⁷⁸ Die Vertreter Magdeburgs, Braunschweig-Lüneburgs, Mecklenburgs, Hessen-Kassels, Württembergs, Pfalz-Veldenz' und Baden-Durlachs weigerten sich, zu erscheinen, die Brandenburg-Kulmbacher und Hessen-Darmstädter nahmen hingegen teil. Auch der Pommersche war bei der Versammlung anwesend, jedoch nur, um ebenfalls zu warnen, die Zusammenkunft schade den Evangelischen und verursache Zwist unter ihnen.³⁷⁹ Tags darauf unterrichteten der Magdeburger, Langenbeck und Lampadius die Schweden von diesen Vorgängen.³⁸⁰ Oxenstierna äußerte dabei, seit die Sachsen-Altenburger sich mit den Kursächsischen in Lengerich getroffen und danach in Münster mit den Kaiserlichen verhandelt hatten, sei der kursächsische Einfluss auf ihre Handlungen spürbar.³⁸¹ Seitdem war es offenkundig auch zu einer Entfremdung zwischen den Sachsen-Altenburgern und Lampadius gekommen.

³⁷⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 April 27, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 184, MAY: Entstehung, S. 474. Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 4, S. 180-190.

³⁷⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 April 27, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 184. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

³⁷⁸ Ebd., fol. 184-185.

³⁷⁹ Ebd., fol. 185.

³⁸⁰ Ebd., fol. 185', Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 April 22, APW II C 3, Nr. 197, S. 389f.

³⁸¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 April 27, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 185'-186. Die beiden Schweden berichteten, dies sei eine Erwägung der welfischen Gesandten: Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 April 22, APW II C 3, Nr. 197, S. 389.

Tatsächlich vertrat Thumbshirn inzwischen die Meinung, man solle auf Basis der bisher von den Kaiserlichen gemachten Zugeständnisse Frieden schließen.³⁸² Alle offenen Punkte wollte er einem künftigen Reichstag oder Gesprächen zwischen den Schweden und Trauttmansdorff ohne weitere Beteiligung der Evangelischen anheimstellen.³⁸³ Die Evangelischen selbst sollten also nicht weiter für eine Berücksichtigung ihrer noch offenen Forderungen eintreten, was de facto deren Vertagung auf einen unbestimmten Termin bedeutete. Diese Position musste Thumbshirn in direkten Gegensatz zu Lampadius bringen, der nicht zuletzt etwa die Entschädigung seiner Herren mit dem Stift Osnabrück durchzusetzen wünschte, während Thumbshirn sich damit zufrieden zeigte, Osnabrück den Katholischen zu belassen.³⁸⁴ Der ehemals feste Zusammenhalt zwischen Lampadius und den Sachsen-Altenburgern zeigte erkennbare Risse. Dies blieb selbst Außenstehenden wie den Franzosen nicht verborgen. Am 29. April berichteten d’Avaux und Longueville nach Paris, es habe sich gerade „un schisme“ unter den Evangelischen ereignet, wobei Magdeburg, Braunschweig-Lüneburg, Mecklenburg und Baden-Durlach die eine Seite, alle anderen Evangelischen die andere bildeten. Oxenstierna habe sich offen zugunsten der größeren Gruppe positioniert, Salvius Partei für die kleinere genommen.³⁸⁵ Wenngleich diese Darstellung insbesondere hinsichtlich der Zuordnung der beiden schwedischen Gesandten etwas holzschnittartig erscheint, so trifft sie doch den Kern: die protestantische Partei war spätestens seit dem Frühjahr 1647 in sich gespalten.

Die Evangelischen kamen schließlich nicht in die Verlegenheit, sich groß zum kaiserlichen Angebot positionieren zu müssen. Durch die Übergabe ihrer neuen Friedensvorschläge am 24. April 1647³⁸⁶ setzten die Schweden aus Lampadius’ Sicht dem kaiserlichen Druck erst einmal ein Ende. Trauttmansdorff reiste noch am selben Tag wieder nach Münster ab und überließ es Lamberg, Volmar und Krane, weiter mit den Schweden zu verhandeln.³⁸⁷ Auch die Schweden, die ihre Forderungen insbesondere hinsichtlich ihrer Satisfaktion noch nicht erfüllt sahen, konnten zu dem Zeitpunkt kein Interesse an einer Einigung auf Grundlage der bisherigen kaiserlichen Angebote oder an einer offenen Entzweiung der Evangelischen haben.³⁸⁸ So verwundert es nicht, dass Lampadius und die anderen Evangelischen, die mit der von Thumbshirn repräsentierten Haltung unzufrieden waren, Unterstützung bei ihnen suchten und fanden.

Aus Lampadius’ Perspektive wirkte sich der inzwischen vollzogene Abfall des Kurfürsten von Bayern vom Kaiser durch den Ulmer Waffenstillstand somit nicht erkennbar positiv auf die Ver-

³⁸² DICKMANN: Frieden, S. 402.

³⁸³ Ebd., S. 402f.

³⁸⁴ Ebd.: Frieden, S. 402.

³⁸⁵ Memorandum Longuevilles und d’Avaux’ für Ludwig XIV., Münster 1647 April 29, APW II B 5/2, Nr. 247, S. 1177. Die Schweden berichteten davon nichts.

³⁸⁶ Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 5, S. 457-468.

³⁸⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 April 27, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 186.

³⁸⁸ DICKMANN: Frieden, S. 402f.

handlungen aus. Der Ulmer Waffenstillstand war am 14. März 1647 zwischen den Kurfürsten von Bayern und Köln auf der einen und Schweden, Frankreich und der Landgräfin von Hessen-Kassel auf der anderen Seite abgeschlossen worden.³⁸⁹ Der Kurfürst von Bayern erzielte auf diese Weise den Abzug der feindlichen Truppen aus seinen Territorien, während sich der Kaiser im Reich nahezu jeder nennenswerten Unterstützung beraubt sah.³⁹⁰ Trauttmansdorff befürchtete daher auch gravierende Konsequenzen für den Kaiser und war umso mehr Willens, eine Einigung mit Schweden und den Evangelischen herbeizuführen.³⁹¹ Doch für Lampadius standen, wie gesehen, eher die Probleme im Vordergrund, die nun nicht zuletzt aufgrund der divergierenden Interessen im evangelischen Lager vermehrt auftraten. Hinzu kam, dass er sich noch immer mit vollem Einsatz um eine Entschädigung für die Welfenherzöge bemühen musste und die welfischen Gesandten die Kaiserlichen in dieser Frage zunächst als reservierte Verhandlungspartner erlebten. Auch hier sah Lampadius keine Verbindung zwischen der nach dem Ulmer Waffenstillstand prekären Situation des Kaisers und den erzielten Fortschritten. Und das, obwohl Trauttmansdorff den Welfenherzögen kurz nach Abschluss des Waffenstillstands erstmals überhaupt eine Entschädigung zugestand und die Konzessionen von seiner Seite sogar ausdrücklich mit der Absicht erklärte, die Herzöge dem Kaiser gewogen zu erhalten. Lampadius aber schrieb diese Zugeständnisse nahezu ausschließlich der Hilfe der Schweden zu.³⁹² Lediglich die ‚Beschenkung‘ Volmars rief aus seiner Sicht später eine gewisse Unterstützung der welfischen Anliegen durch diesen einen kaiserlichen Gesandten hervor.³⁹³ Diese Unterstützung eines Kaiserlichen sah er damit eben nicht politischen Erwägungen entsprungen, sondern der erkaufte Verbundenheit Volmars. Insgesamt war Lampadius’ Haltung den Kaiserlichen gegenüber somit weiter von Misstrauen bestimmt.

Immerhin wurden die Gespräche über die Gravamina Ende April 1647 zwischen den in Osnabrück verbliebenen kaiserlichen Gesandten und den Schweden auch ohne Trauttmansdorff fortgesetzt.³⁹⁴ Und dies mit gewissem Erfolg, denn Anfang Mai 1647 konnte Lampadius vermelden, Kaiserliche und Schweden hätten es inzwischen so weit gebracht, dass nur noch drei strittige Punkte übrig blieben. Diese betrafen die Autonomie der Untertanen im Reich, die Autonomie der Untertanen in den österreichischen Erblanden und die Justiz.³⁹⁵ Lampadius’ Voraussage vom August 1646, in diesen Fragen am wenigsten mit einem Nachgeben aufseiten der Kaiserlichen

³⁸⁹ Ebd., S. 397, ALBRECHT: Maximilian, S. 1063.

³⁹⁰ DICKMANN: Frieden, S. 397, RUPPERT: Politik, S. 272f ALBRECHT: Maximilian, S. 1064f.

³⁹¹ DICKMANN: Frieden, S. 398, RUPPERT: Politik, S. 274f.

³⁹² S. Kap. 6, S. 213f.

³⁹³ S. Kap. 6, S. 221f, 226.

³⁹⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 April 27, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 186, Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 4, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518, fol. 235’.

³⁹⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 11, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 16.

rechnen zu können, hatte sich damit grundsätzlich bewahrheitet.³⁹⁶ Die Beilegung dieser drei Punkte beschäftigte die Gesandten in Osnabrück auch die folgende Zeit intensiv. Die Kaiserlichen riefen am 10. Mai 1647 die Sachsen-Altenburger, Sachsen-Weimarer, Langenbeck und Lampadius zu sich und ersuchten sie, die Schweden zur Kompromissbereitschaft aufzufordern, da sie keine weiteren Zugeständnisse machen könnten.³⁹⁷

Noch am selben Tag wurde diese Erklärung der Kaiserlichen auch in den Reichsräten erwogen.³⁹⁸ Lampadius glaubte, die Kaiserlichen bezweckten mit der geforderten Stellungnahme erneut, Streit und Uneinigkeit unter den (evangelischen) Reichsständen zu säen. Dies vereitelten seine Kollegen und er aus seiner Sicht erfolgreich durch ihre Voten im Fürstenrat Osnabrück, denen sich eine Mehrheit anschloss. Die welfischen Gesandten verweigerten bei der Abstimmung eine inhaltliche Positionierung, indem sie vorbrachten, die Reichsstände wüssten nicht, wie weit die Verhandlungen zwischen Kaiserlichen und Schweden genau gediehen seien. Deshalb wäre es ungebührlich, ihnen vorzugreifen und möglicherweise über bereits abgehandelte Punkte abzustimmen.³⁹⁹ Dieser Einwand der Braunschweig-Lüneburger wurde auch ins Konklusum des Fürstenrates aufgenommen.⁴⁰⁰ Damit wurden die Kaiserlichen wieder an die Schweden zurückverwiesen, die daraufhin für die Evangelischen weiter mit den Kaiserlichen verhandelten. Hinsichtlich der Autonomie im Reich – unberücksichtigt blieben zunächst die kaiserlichen Untertanen in den Erblanden – kam es Mitte Mai 1647 dann auch zu einer deutlichen Annäherung. Das *Ius reformandi* wurde prinzipiell an die territoriale Oberhoheit geknüpft, doch erzielten die Evangelischen für ihre Glaubensgenossen darüber hinaus auch das Recht der privaten Konfessionsausübung in katholischen Territorien und einen Auswanderungsschutz.⁴⁰¹ Umstritten blieb zunächst nur noch, wie mit jenen Untertanen umgegangen werden sollte, die erst nach dem Friedensschluss zur evangelischen Konfession wechselten. Erst später sollte diese Frage mittels einer Fristenlösung geregelt werden.⁴⁰²

Doch auch die Frage, welche Rechte die Untertanen in den kaiserlichen Erblanden künftig hinsichtlich der Ausübung ihrer Konfession haben sollten, beschäftigte Lampadius gegen Ende Mai 1647 unmittelbar. Am 22. Mai machte Volmar ihm und Langenbeck gegenüber seine Zustimmung zur Alternation im Stift Osnabrück ausdrücklich abhängig von der Bereitschaft der

³⁹⁶ S. oben, S. 273f.

³⁹⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 11, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 16, Lamberg, Krane, Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1647 Mai 10, APW II A 6/1, Nr. 81, S. 333f.

³⁹⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 11, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 18-18'.

³⁹⁹ Ebd., fol. 18'.

⁴⁰⁰ Protokoll Sitzung des Fürstenrats (sessio publica XXXIX), Osnabrück 1647 Mai 10, APW III A 3/4, Nr. 134, S. 243.

⁴⁰¹ DICKMANN: Frieden, S. 405, MAY: Entstehung, S. 476f.

⁴⁰² DICKMANN: Frieden, S. 405, MAY: Entstehung, S. 477.

Welfenherzöge, die Verhältnisse in den Erblanden ganz im Sinne des Kaisers zu regeln.⁴⁰³ Volmar fügte hinzu, er habe ohnehin gehört, die Evangelischen wollten sich der Untertanen in den österreichischen Erblanden zwar annehmen, aber deshalb den Krieg nicht fortsetzen.⁴⁰⁴ Seinem Herrn erläuterte Lampadius, diese von Volmar genannte Einschränkung stamme von den sächsischen, hessen-darmstädtischen und anderen Gesandten. Diese hätten nicht auf die von ihm und seinen Kollegen vorgebrachten Einwände hören wollen, dass diese Entscheidung über Krieg und Frieden von ihnen als Gesandten gar nicht getroffen werden könne und eine Äußerung darüber zudem die evangelische Verhandlungsposition untergrabe.⁴⁰⁵ Auch hier machte sich die Gruppe derjenigen Evangelischen bemerkbar, die bereit waren, den Frieden zu den angebotenen Bedingungen zu schließen.

Lampadius maß diesen bereits zufriedengestellten Evangelischen daher auch zumindest eine Teilschuld an der anschließenden Verhärtung der Fronten bei. Denn nun beharrten die Kaiserlichen auf ihrer Forderung bezüglich der kaiserlichen Untertanen und waren außerdem nicht bereit, andere Verhandlungspunkte vorzuziehen. Daraufhin erklärten die Schweden, sie wollten es angesichts der Unnachgiebigkeit der Kaiserlichen ebenfalls bei ihren Positionen bewenden lassen. So gingen Kaiserliche und Schweden am 22. Mai 1647 unter gegenseitigen Protesten auseinander.⁴⁰⁶

Vom schwedischen Sekretär Mylonius erfuhren Langenbeck und Lampadius danach, Oxenstierna und Salvius sähen sich unter diesen Umständen außerstande, weiter mit den Kaiserlichen zu verhandeln.⁴⁰⁷ Auch der engere Ausschuss der evangelischen Deputierten wurde vom Entschluss der Schweden in Kenntnis gesetzt, die Verhandlungen mit den Kaiserlichen erst einmal auszusetzen.⁴⁰⁸ Doch zu einer längeren Pause sollte es nicht kommen. Bereits am 25. Mai 1647 gab Volmar den welfischen Gesandten im Vertrauen zu verstehen, er habe von Trauttmansdorff die Anweisung bekommen, mit Oxenstierna und Salvius weiterzuverhandeln und den Punkt bezüglich der kaiserlichen Untertanen erst einmal ruhen zu lassen.⁴⁰⁹ Die Kaiserlichen gaben also zumindest in diesem Punkt nach. Langenbeck und Lampadius vermittelten daraufhin an diesem und am folgenden Tag zwischen Kaiserlichen und Schweden, die bereits am zweiten Tag ihre

⁴⁰³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 52, Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1647 Mai 22, APW II A 6/1, Nr. 119, S. 425.

⁴⁰⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 52', Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1647 Mai 22, APW II A 6/1, Nr. 119, S. 425.

⁴⁰⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 52'.

⁴⁰⁶ Ebd., Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Mai 27, APW II C 3, Nr. 224, S. 424-426, Lamberg, Krane, Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1647 Mai 22, APW II A 6/1, Nr. 117, S. 420-422.

⁴⁰⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 53. Dies ließen die Schweden auch die Kaiserlichen wissen: Lamberg, Krane, Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1647 Mai 22, APW II A 6/1, Nr. 117, S. 422f.

⁴⁰⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Mai 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 55.

⁴⁰⁹ Ebd., fol. 56, Lamberg, Krane, Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1647 Mai 26, APW II A 6/1, Nr. 128, S. 441f. Dies geschah auf Vorschlag Volmars: Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1647 Mai 24, APW II A 6/1, Nr. 123, S. 434f, Trauttmansdorff an Volmar, Münster 1647 Mai 24, APW II A 6/1, Nr. 124, S. 435f.

Verhandlungen wieder aufnehmen. Dabei zogen die beiden welfischen Gesandten, wie Lampadius nach Hause schrieb, kurz vor der Einigung noch die Sachsen-Altenburger hinzu, um Verdacht und Nachrede zu vermeiden.⁴¹⁰ Langenbeck und Lampadius sicherten sich durch die Einbeziehung der Sachsen-Altenburger ab, die wie sie am engeren Ausschuss der evangelischen Deputierten beteiligt waren. Möglicherweise bezogen sie diese zudem nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer Zugehörigkeit zu den unmittelbar friedensbereiten Evangelischen ein, um mit demonstrativer Zusammenarbeit den Riss zumindest nach außen wieder zu verkleinern. Persönliche Animositäten, die durch die veränderte Positionierung der Sachsen-Altenburger entstanden sein mochten, wirkten sich offenbar nicht auf diese Entscheidung aus. Damit stand eine rational kalkulierende, gewissermaßen ‚professionelle‘ Einstellung im Vordergrund, welche die Sachebene im Fokus behielt und das Handeln in ihren Dienst stellte. Es war die gleiche Haltung, die Lampadius nicht lange zuvor – gegen Ende 1646 – seinem Herrn anempfohlen hatte, als er mahnte, man solle Herzog August stärker einbeziehen und die persönlichen Differenzen zugunsten der gemeinsamen Interessen in den Hintergrund stellen.

Nun, da Kaiserliche und Schweden wieder miteinander sprachen, keimte in Lampadius die Hoffnung, die Verhandlungen über die Gravamina würden in Münster, wohin sich das Kongressgeschehen abschbar verlagerte, rasch zu einem Abschluss gelangen. Mit den bisher erzielten Regelungen äußerte er sich jetzt insgesamt zufrieden.⁴¹¹ Diesmal betonte Lampadius also nicht die möglichen Schwierigkeiten, denen noch zu begegnen sein mochte, glaubte er doch an einen schnellen Abschluss der Verhandlungen. Die bisher von Trauttmansdorff gemachten Zugeständnisse wurden immerhin kurz darauf, am 13. Juni 1647, auch noch einmal in einem kaiserlichen Friedensvorschlag zusammengefasst, der später als ‚Trauttmansdorffianum‘ bezeichnet werden sollte und der hinsichtlich der Gravamina die künftigen Regelungen des schwedisch-kaiserlichen Friedensvertrages vorwegnahm.⁴¹²

Doch entgegen der von Lampadius geäußerten Hoffnung führte das etwa zweimonatige Intermezzo in Münster in Sachen Gravamina kaum weiter. Lampadius, der am 7. Juni 1647 in Münster eintraf,⁴¹³ musste wie die anderen angereisten Gesandten feststellen, dass Franzosen und Spanier ihrerseits noch mit ihren bilateralen Friedensverhandlungen beschäftigt waren.⁴¹⁴ Zudem hatten

⁴¹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Juni 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 79^v; Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Mai 27, APW II C 3, Nr. 224, S. 426f; Lamberg, Krane, Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1647 Mai 26, APW II A 6/1, Nr. 128, S. 441-444.

⁴¹¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Juni 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 114^r.

⁴¹² DICKMANN: Frieden, S. 401, 406f, RUPPERT: Politik, S. 295-298, MAY: Entstehung, S. 479f, REPGEN: Maximilian, S. 214. Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 4, S. 557-590.

⁴¹³ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1647 Juni 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 120.

⁴¹⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1647 Juni 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 124.

es die Franzosen nicht sonderlich eilig, die Verhandlungen über die Gravamina fortzusetzen, wie es Lampadius schien.⁴¹⁵ In der Tat war Frankreich nicht an einer Einigung des Kaisers mit Schweden und Protestanten interessiert, solange seine eigenen Forderungen noch nicht erfüllt waren: Vor allem die endgültige Regelung zur Abtretung des Elsass' an Frankreich und eine Zusage des Kaisers, Spanien künftig nicht mehr zu unterstützen, waren aus französischer Sicht vorrangig.⁴¹⁶ Hinzu kam der Widerstand der katholischen Reichsstände gegen die im ‚Trauttmansdorffianum‘ festgehaltenen kaiserlichen Zugeständnisse an die Evangelischen, denen die Katholischen in dieser Form nicht zustimmen wollten.⁴¹⁷ So kamen auch die Gravaminaverhandlungen wieder ins Stocken. Für Langenbeck und Lampadius mochte diese Verzögerung zunächst nicht allzu sehr ins Gewicht fallen, waren sie doch selbst noch immer vollauf mit der Entschädigung für ihre Herren beschäftigt.⁴¹⁸ Doch insgesamt geriet der Kongress seit dem Sommer 1647 in eine Phase der Krise.⁴¹⁹ Am 16. Juli 1647 reiste Trauttmansdorff unter diesem Eindruck vom Kongress ab.⁴²⁰

Anfang August 1647 verlagerten sich die Verhandlungen für Langenbeck und Lampadius wieder nach Osnabrück. Nachdem Salvius und der schwedische Legationssekretär Mylonius am 28. Juli 1647 nach Osnabrück abgereist und ihnen die Vertreter Magdeburgs, Sachsen-Altenburgs und Sachsen-Weimars einen Tag später gefolgt waren, begaben sich auch die beiden welfischen Gesandten am 1. August zurück.⁴²¹ Am 4. August trafen auch Oxenstierna und zwei Tage später Lamberg und Krane ein. Volmar,⁴²² mit dessen tatkräftiger Hilfe Langenbeck und Lampadius im Juli die Entschädigung für die Welfenherzöge abgehandelt hatten,⁴²³ blieb dagegen noch in Münster. Im Gegensatz zu seinen Hoffnungen kurz vor seiner Abreise nach Münster Ende Mai waren Lampadius' Erwartungen an die bevorstehenden Verhandlungen nun nicht mehr allzu hoch. Er glaubte, vor Eintreffen weiterer Instruktionen würden die am Kongress verbliebenen Kaiserlichen nichts Wesentliches verhandeln.⁴²⁴ Trauttmansdorffs Kollegen verfügten offenkundig nicht über die gleichen Befugnisse wie der abgereiste kaiserliche Prinzipalgesandte.⁴²⁵ Dementsprechend kam man auch im August 1647 in Sachen Gravamina nicht voran. Zwar trafen sich

⁴¹⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1647 Juni 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 128.

⁴¹⁶ DICKMANN: Frieden, S. 406-410.

⁴¹⁷ Ebd., S. 410f, RUPPERT: Politik, S. 297f, MAY: Entstehung, S. 480f.

⁴¹⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1647 Juni 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 125.

⁴¹⁹ DICKMANN: Frieden, S. 406.

⁴²⁰ Ebd., S. 412, REPGEN: Maximilian, S. 214f.

⁴²¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 August 3, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 237.

⁴²² Volmar avancierte nach der Abreise Trauttmansdorffs de facto zum neuen Haupt der kaiserlichen Delegation: FERBER: Graf, S. 241, 245f.

⁴²³ S. oben, Kap. 6, S. 228-231.

⁴²⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 August 10, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 272.

⁴²⁵ DICKMANN: Frieden, S. 424, FERBER: Graf, S. 241-243.

Kaiserliche und Schweden weiterhin, verzeichneten jedoch zunächst nur ihre noch bestehenden Differenzen.⁴²⁶

Aufregung verursachte allerdings die nun vehement von den Schweden vorgebrachte Forderung nach einer Militärsatisfaktion.⁴²⁷ Außerdem wurde im August 1647 die sogenannte ‚pfälzische Frage‘ weitgehend im Sinne Maximilians von Bayern abgeschlossen. Nachdem Letzterem von den Reichsständen bereits im Frühjahr 1647 die pfälzische Kurwürde sowie die Oberpfalz zugestanden worden waren, stimmten auf Drängen der Franzosen schließlich gegen Mitte August 1647 auch die schwedischen Gesandten dieser Regelung zu.⁴²⁸ Lampadius befand, dies zeige, wie sehr die beiden Kronen beflissen seien, dem Kurfürsten zu Bayern zu gefallen, um ihn im Waffenstillstand zu halten.⁴²⁹ Damit beurteilte Lampadius die Auswirkungen des Waffenstillstands auf die Verhandlungen als eher negativ, sah er dadurch doch die beiden Kronen an Bayern gebunden und gewissermaßen zu Zugeständnissen an den Kurfürsten verpflichtet. Dies mochte er als Schwächung der evangelischen Position empfinden. Die Überlegung, die Zufriedenstellung des bayrischen Kurfürsten könnte sich etwa auf die Lösung der noch offenen Gravaminafragen positiv auswirken, formulierte Lampadius hingegen nicht. Und dies, obwohl der Würzburger ihm gegenüber mehrfach diese Auffassung vertreten hatte und Lampadius zudem von der schwedischen Waffenstillstandsbedingung wusste, der Kurfürst dürfe sich den evangelischen Forderungen bei den Gravaminaverhandlungen nicht länger widersetzen.⁴³⁰ Lampadius scheint dem Kurfürsten von Bayern wenig Vertrauen entgegengebracht zu haben. Er könnte sich in seiner Skepsis bestätigt gesehen haben, als er Ende August 1647 hörte, es bestünden ernste Zweifel, ob der Kurfürst den Waffenstillstand ratifizieren würde.⁴³¹ Nach der abschließenden Regelung der ‚pfälzischen Sache‘ trat Maximilian von Bayern am 7. September 1647 tatsächlich wieder zum Kaiser über.⁴³² Dieser erneute Seitenwechsel des Kurfürsten von Bayern sollte Lampadius vor allem im Oktober 1647 beschäftigen, da ihm die weiteren Folgen zunächst unklar waren. Seinem Herrn schrieb er, gewiss sei einzig, dass der Kurfürst durch den Waffenstillstand die schwedische und die französische Armee aus seinen Ländern entfernt habe,

⁴²⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 August 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 303, Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 August 31, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 318.

⁴²⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 August 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 303.

⁴²⁸ DICKMANN: Frieden, S. 399f. Möglicherweise erfolgte die schwedische Zustimmung auch schon früher: ALBRECHT: Bayern, S. 466-468.

⁴²⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 August 17, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 298.

⁴³⁰ Ebd., fol. 298-298^r.

⁴³¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 August 31, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 318.

⁴³² DICKMANN: Frieden, S. 424, 426, ALBRECHT: Maximilian, S. 1073f, GOETZE: Bündnispraxis, 264f.

was ihm mit den Waffen nie gelungen wäre.⁴³³ Zwar beteuerte der Würzburger Vorburg Lampadius und Langenbeck gegenüber, der Kurfürst von Bayern werde trotz dieser Entscheidung die Friedensverhandlungen befördern, konnte Lampadius damit aber nicht überzeugen.⁴³⁴ Erst als Lampadius in der zweiten Oktoberhälfte aus Münster hörte, der kurbayrische Vertreter bemühe sich emsig um den Frieden und dränge Volmar, nach Osnabrück zu gehen, gewann er mehr Zutrauen zur bayrischen Friedensabsicht. Größeren Ausschlag gab für ihn jedoch die Überlegung, Maximilian von Bayern trete deshalb für den Erhalt der bislang erzielten Übereinkünfte ein, um den in seinem Sinne erzielten Kompromiss in der ‚pfälzischen Sache‘ nicht zu gefährden. Schließlich, kommentierte Lampadius gegenüber seinem Herrn, könnte andernfalls auch diese Frage wieder neu aufgerollt werden.⁴³⁵ Er traute dem Kurfürsten von Bayern ein Eintreten für einen raschen Friedensschluss letztlich nur aus eindeutig eigennützigen Motiven zu, die nichts mit dem ‚gemeinen Wohl‘ zu tun hatten. Grundsätzlich behielt Lampadius damit auch sein Misstrauen gegenüber der Politik des Kurfürsten. Anhaltend betrachtete er neben Ferdinand III. auch Maximilian von Bayern eher als (potenziellen) Gegner denn als möglichen Partner zur Beschleunigung des Friedensschlusses – wenngleich Gelegenheiten zur Zusammenarbeit durchaus genutzt wurden, wenn sie sich boten. Diese änderten allerdings nichts an Lampadius’ negativem Bild von Kaiser und Kurfürst, das sich durchaus als konstantes Feindbild bezeichnen lässt.

Doch noch vor diesen Erwägungen vom Oktober beschäftigten Lampadius Ende August 1647 weitere Hindernisse, die sich den Evangelischen aufzutürmen schienen. Aus Münster bekam er die Nachricht, die Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien würden dort mit breiter Unterstützung der Katholischen fortgesetzt.⁴³⁶ Über die Sorgen, die Lampadius dies bereitete, sprach er unter anderem mit Salvius. Der welfische Gesandte befürchtete große Nachteile für die Verhandlungsposition der Evangelischen, sollte der Frieden zwischen Spanien und Frankreich vor dem Frieden zwischen Kaiser, Reich und den beiden Kronen geschlossen werden.⁴³⁷ Die beiden schwedischen Gesandten berichteten anschließend ganz allgemein über die Sorgen der

⁴³³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 20.

⁴³⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 65^r.

⁴³⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 84. Dass Lampadius mit dieser Einschätzung wohl nicht falsch lag, dazu etwa GOTHARD: Säulen, S. 101, LANZINNER: Maximilian I., S. 86, 89, GOETZE: Bündnispraxis, S. 261.

⁴³⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 August 31, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 318^r.

⁴³⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 September 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 332^r.

evangelischen Reichsstände wegen der Folgen eines solchen Friedensschlusses zwischen Frankreich und Spanien, von dem sie sich für die evangelische Sache nur Nachteile erwarteten.⁴³⁸

Der schlechten Nachrichten nicht genug, erzählte Salvius Lampadius am 31. August 1647, er habe mit Krane das Friedensinstrument durchgeschaut und feststellen müssen, dass der kaiserliche Gesandte viele Punkte neu verhandeln wollte, die während Trauttmansdorffs Anwesenheit bereits abgehandelt worden waren. Salvius spezifizierte nicht, um welche Punkte es sich dabei handelte, Lampadius hörte jedoch im Nachhinein, die Schweden hätten zugunsten ihrer Armee die völlige Restitution der Exulanten aus den kaiserlichen Erblanden gefordert, worüber Krane entrüstet gewesen sei.⁴³⁹ Da viele österreichische Exulanten in der schwedischen Armee dienten, vertraten die Schweden diese Forderung in der Tat keineswegs uneigennützig.⁴⁴⁰ Zunächst mochte es Lampadius aufgrund dieser Auskunft so scheinen, als sei hier vor allem über die künftige Stellung der Exulanten gestritten worden. Allerdings sollte sich im Herbst erweisen, dass nicht nur viele Katholische bei den von Trauttmansdorff gemachten Zugeständnissen nachverhandeln wollten, wenn sie diese überhaupt anerkannten. Auch die Kaiserlichen selbst wollten den Evangelischen diese nicht mehr in vollem Umfang gewähren: Salvius' Mitteilung entsprach den Tatsachen.⁴⁴¹

Erneuerte evangelische Kooperation

Angesichts der gleich an mehreren Stellen auftretenden Schwierigkeiten nahmen die Evangelischen ihre enge Zusammenarbeit nun verstärkt wieder auf. Im Herbst 1647 fand sich eine breite Mehrheit der evangelischen Stände zusammen, zu denen sich sogar die Vertreter des Kurfürsten von Sachsen gesellten. Diese Kooperation wurde unter anderem durch die Tatsache erleichtert, dass die Entschädigungen etwa für Kurbrandenburg und Braunschweig-Lüneburg inzwischen im Wesentlichen abgehandelt waren. Nun konnte man wieder an einem Strang ziehen, lag das gemeinsame Ziel doch fortan in einem raschen Friedensschluss zu den bereits von Trauttmansdorff zugestandenen Bedingungen.⁴⁴² Auch jetzt standen früher aufgetretene Divergenzen der neu aufgenommenen Zusammenarbeit der evangelischen Gesandten nicht im Wege, zumal sie aufeinander angewiesen waren. Gewisse Aktivitäten der Kurbrandenburger fanden jedoch deshalb nicht unbedingt die Zustimmung von Lampadius: Diese überzeugten Anfang September 1647 die Katholischen zu Münster, Deputierte nach Osnabrück zu senden, um die Direktverhandlungen ohne Vermittler wieder aufzunehmen. Lampadius war jedoch äußerst skeptisch, ob die Umsetz-

⁴³⁸ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 August 26, APW II C 3, Nr. 299, S. 553.

⁴³⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 September 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 332. Über Lampadius' Gespräch mit Salvius berichteten die Schweden nichts.

⁴⁴⁰ DICKMANN: Frieden, S. 423.

⁴⁴¹ Ebd., S. 430, 444.

⁴⁴² Ebd., S. 431.

ung dieser Idee Gutes für die Evangelischen zu bedeuten hätte. Er glaubte, die Katholischen würden versuchen, über die mit Trauttmansdorff abgehandelten Punkte erneut zu verhandeln und vorbringen, die Kaiserlichen wären nicht zu den gemachten Zugeständnissen bevollmächtigt gewesen.⁴⁴³ Er war auf den Widerstand von katholischer Seite also bereits gefasst.

Seine geringen Erwartungen an Direktverhandlungen bestärkten Lampadius in dem Vorhaben, im Verbund mit anderen Evangelischen die Verhandlungen zwischen Schweden und Kaiserlichen über die noch übrigen Reichssachen zu reaktivieren. Er besprach sich mit den Kursächsischen, Kurbrandenburgern, Sachsen-Altenburgern und Sachsen-Weimarern über das Vorhaben, zu diesem Zweck den kaiserlichen Gesandten Volmar nach Osnabrück zu holen und von der Wiederaufnahme der Gespräche mit den Schweden zu überzeugen. Zugleich sollten auch die Schweden motiviert werden, wieder mit den Kaiserlichen zu verhandeln.⁴⁴⁴ Lampadius war dabei vor allem daran gelegen, einem möglichen Friedensschluss zwischen Frankreich und Spanien zuvorzukommen.⁴⁴⁵

Zwar veränderte sich bis Ende September 1647 erst einmal nicht viel an der Situation in Osnabrück. Vom Sachsen-Altenburger Thumbshirn aber erhielt Lampadius am 23. September 1647 aus Münster die Nachricht, Volmar sei entschlossen, nach Osnabrück zu kommen, sobald die Katholischen ihr Bedenken über die Gravamina übergeben hätten. Auch sei der kaiserliche Gesandte gewillt, den Frieden zur Not gegen den Widerstand Franz Wilhelms von Wartenberg und seiner Anhänger zu schließen, wozu auch der Kurfürst von Bayern bestrebt sei.⁴⁴⁶

Nachdem die enge Zusammenarbeit in diesem kleineren Kreis der evangelisch-reichsständischen Vertreter reaktiviert worden war, banden die Kursächsischen, Sachsen-Altenburger, Sachsen-Weimarer und Braunschweig-Lüneburger anschließend auch die anderen Evangelischen ein, die das Vorhaben befürworteten. Daher konnten die evangelischen Deputierten den Schweden am 25. September 1647 im Namen aller Evangelischen vorbringen, die Verhandlungen in Osnabrück müssten beschleunigt und die Kaiserlichen ersucht werden, auf die Ankunft ihres Kollegen Volmar in Osnabrück zu dringen. Da sich die Schweden damit einverstanden zeigten, sprachen die Deputierten am Tag darauf in diesem Sinne auch bei den Kaiserlichen vor.⁴⁴⁷ Letzteren gegenüber argumentierten sie für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Schweden

⁴⁴³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 September 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 333ʳ.

⁴⁴⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 September 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 1, Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 September 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 10.

⁴⁴⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 September 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 1.

⁴⁴⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 September 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 10.

⁴⁴⁷ Ebd., Lamberg, Krane an Nassau, Volmar, Osnabrück 1647 September 26, APW II A 6/2, Nr. 235, S. 843. Die beiden Schweden berichteten, die Deputierten seien am 26. September bei ihnen gewesen: Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 September 30, APW II C 3, Nr. 328, S. 598f.

damit, der Krieg könne nicht durch die Waffen gewonnen werden.⁴⁴⁸ Tatsächlich erklärten sich die kaiserlichen Gesandten in Osnabrück bereit, Volmar zum baldigen Aufbruch aufzufordern und äußerten sich zuversichtlich, dies werde bald geschehen.⁴⁴⁹

Trotz dieser vielversprechenden Auskunft ließ Volmar zunächst weiter auf sich warten. Lampadius suchte daher auch allein die Nähe der Kaiserlichen in Osnabrück, um dem Ansinnen der Evangelischen weiter Nachdruck zu verleihen. Dabei war er um eine versöhnliche Atmosphäre bemüht. So führte er etwa am 3. und 14. Oktober 1647 Gespräche mit Krane, bei denen er sich Mühe gab, die bestehenden Differenzen zu dissimulieren.⁴⁵⁰ Die unterschiedlichen Absichten waren ihm dabei sehr bewusst: Zwar, schrieb er seinem Herrn, wolle Krane ebenfalls die Gravamina beilegen und dadurch das Vertrauen zwischen Kaiser und Evangelischen wiederherstellen, doch nur, damit danach der Krieg gegen die beiden Kronen mit vereinten Kräften fortgesetzt werden könne. Krane gegenüber äußerte sich Lampadius in den Gesprächen so, dass der kaiserliche Gesandte glauben konnte, er betrachte dieses Vorhaben als annehmbar.⁴⁵¹ Lampadius erkannte bei den Kaiserlichen inzwischen also durchaus die Absicht, die Stände untereinander und mit dem Kaiser zu versöhnen, allerdings mit einem Ziel, das er nicht teilte. Doch diesen Versöhnungswillen der Kaiserlichen wollte er sich im Sinne der Evangelischen zunutze machen.

Die einflussreicheren evangelischen Vertreter versuchten außerdem weiter gemeinsam, die Kaiserlichen zur raschen Einigung über die Reichssachen zu bewegen. Nach Absprache mit Lampadius und den Kurbrandenburgern beschwerten sich die Kursächsischen, Sachsen-Altenburger und Sachsen-Weimarer am 7. Oktober 1647 bei den Kaiserlichen, dass insbesondere die drei katholischen Vertreter Franz Wilhelm von Wartenberg, Adam Adami und Johann von Leuchselring die Gravaminaverhandlungen aufhielten.⁴⁵² Diese drei katholischen Vertreter, die von anderen Gesandten am Kongress bald als „Triumvirn“ bezeichnet wurden, waren die Anführer der radikalen katholischen Partei und verfügten über eine Stimmenmehrheit im katholischen Fürstenrat.⁴⁵³ Die Kursächsischen, Sachsen-Altenburger und Sachsen-Weimarer fügten den Kaiserlichen gegenüber hinzu, sie seien ebenso wie andere Evangelische nicht länger gewillt, die Blockade durch diese drei katholischen Gesandten hinzunehmen und forderten die Kaiserlichen auf, die Verhandlungen mit den Evangelischen und friedliebenden Katholischen auch ohne Wartenberg

⁴⁴⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 September 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 10-10'. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

⁴⁴⁹ Ebd., fol. 10', Lamberg, Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1647 September 26, APW II A 6/2, Nr. 236, S. 845.

⁴⁵⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 20'-21', Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 65-65', Lamberg, Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Oktober 3, APW II A 6/2, Nr. 242, S. 883.

⁴⁵¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 65', Lamberg, Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Oktober 3, APW II A 6/2, Nr. 242, S. 883.

⁴⁵² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 31, Lamberg, Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Oktober 7, APW II A 6/2, Nr. 245, S. 889f.

⁴⁵³ DICKMANN: Frieden, S. 416f, Zitat S. 416. Ebenso WOLFF: Corpus, S. 51f, 55f, 59f, 69f.

und seine Anhänger fortzusetzen.⁴⁵⁴ Lampadius erwartete sich von dieser einzelnen Aufforderung zwar kein direktes Ergebnis, doch immerhin eine Erhöhung des Drucks auf Kaiserliche und Katholische. Wie die Evangelischen in Osnabrück sollte in Münster der Kurbrandenburger Fromhold den Kaiserlichen Volmar und die gesprächsbereiten Katholischen zur Fortsetzung der Verhandlungen in Osnabrück animieren.⁴⁵⁵ Man wollte dieses Ziel also durch konzertierte Aktionen an beiden Kongressorten erreichen, hinter denen offenbar die Überzeugung stand, dem eigenen Anliegen umso eher Gehör verschaffen zu können, je häufiger man dieses vorbrachte. Ähnlich waren Lampadius und Langenbeck bereits in Sachen Entschädigung für ihre Herren vorgegangen. Ihre häufigen Gespräche mit den Schweden etwa dürften nicht nur der Absicht geschuldet gewesen sein, sich wiederholt der schwedischen Zustimmung zu den je einzelnen Forderungen zu versichern, sondern auch, ihr Anliegen bei Oxenstierna und Salvius in frischem Gedächtnis zu erhalten. Dies entsprach durchaus den Gepflogenheiten der Zeit.⁴⁵⁶

Die enge Zusammenarbeit der welfischen Gesandten mit denjenigen der Häuser Sachsen und Brandenburg sowie das Bemühen um die Kaiserlichen zeitigte für Lampadius nun jedoch auch negative Folgen. In der zweiten Oktoberhälfte 1647 sorgten sich die Schweden wegen eines möglichen Seitenwechsels der Welfen: Der Kaiser hatte die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg sowie die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg inzwischen aufgefordert, gemeinsam mit ihm den Kampf gegen Schweden fortzusetzen.⁴⁵⁷ Das offenkundig abgesprochene, gemeinsame Bemühen der Gesandten dieser drei evangelischen Fürstenhäuser um die Kaiserlichen am Kongress erschien den Schweden als Indiz für ihren Verdacht, die Welfen könnten sich darauf eingelassen haben.⁴⁵⁸ In der Tat waren die Schweden diesmal wirklich besorgt. Erste Überlegungen über ein solches Zusammengehen stellte Mylonius gegen Mitte September an, als er Johan Oxenstierna berichtete, Langenbeck habe nur sehr zögerlich zugegeben, dass der Kaiser das Haus Braunschweig-Lüneburg inzwischen zum gemeinsamen Kampf gegen die Kronen aufgefordert habe.⁴⁵⁹ Scheffer dürfte Oxenstierna und Salvius in einem Gespräch gegen Ende September zusätzlich sensibilisiert haben: der Hessen-Kasseler richtete den beiden Schweden dabei von seiner Herrin aus, das Haus Braunschweig-Lüneburg sei wegen seines Einflusses nicht zu unterschätzen. Viele, unter ihnen der Kaiser und auch katholische Stände, würden versuchen, die

⁴⁵⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 31-31', Lamberg, Krane an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Oktober 7, APW II A 6/2, Nr. 245, S. 889f.

⁴⁵⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 31'.

⁴⁵⁶ WAQUET: Verhandlen, S. 123f.

⁴⁵⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 84'.

⁴⁵⁸ Ebd., fol. 84-84'.

⁴⁵⁹ Biörenklou an Johan Oxenstierna, Osnabrück 1647 September 16, APW II C 3, Nr. 316, S. 582.

Welfenherzöge deshalb auf ihre Seite zu ziehen.⁴⁶⁰ Kurz darauf sprachen Scheffer, Oxenstierna und Salvius im Zusammenhang mit der Weigerung Kurbrandenburgs, Hessen-Kassel Kontributionen zu zahlen, über ein ihnen verdächtiges Treffen Herzog Christian Ludwigs mit sächsischen Herzögen. Diese Entwicklung schien ihnen sehr bedenklich.⁴⁶¹ Mitte Oktober schrieb Salvius an Johan Oxenstierna, die Gesandten der drei Häuser Sachsen, Brandenburg und Braunschweig-Lüneburg hielten insgeheim zusammen und der Kaiser würde sich sehr bemühen, diese Häuser auf seine Seite zu ziehen. Auch unterhielten die Welfen Kontakte zu Dänemark. Nicht nur die Durchsetzung der schwedischen Militärsatisfaktion am Kongress erschien dadurch gefährdet, sondern auch die Stellung Schwedens selbst.⁴⁶² Über ihre Besorgnis sprachen die Schweden sogar mit den Franzosen.⁴⁶³ Mylonius konfrontierte Lampadius schließlich in der zweiten Oktoberhälfte im Auftrag der schwedischen Gesandten mit diesem Gerücht und ihrer Sorge, dieses entsprechen den Tatsachen.⁴⁶⁴ Lampadius reagierte alarmiert auf diese Nachricht. Er sah nicht nur die schwedische Unterstützung der evangelischen Anliegen am Kongress gefährdet, sondern aufgrund der aktuellen Stellung der schwedischen Armee auch die welfischen Territorien.⁴⁶⁵ Seit der neuerlichen Verbindung des Kurfürsten von Bayern mit dem Kaiser waren der kaiserlich-bayrischen Armee große Erfolge beschieden gewesen. Bis zum Herbst 1647 waren die Truppen des schwedischen Feldmarschalls Wrangel bis nach Westfalen zurückgedrängt worden, wodurch sich das Kriegsgeschehen wieder in den Nordwesten des Reiches verlagerte⁴⁶⁶ – und damit gefährlich nah an die welfischen Territorien.

Lampadius suchte daher umgehend das Gespräch mit Oxenstierna. Dieser erklärte, zwar von einer möglichen Verbindung der Welfenherzöge mit dem Kaiser gehört zu haben, daran jedoch nicht zu glauben, zumal er bislang einen positiven Eindruck vom redlichen Agieren des Hauses Braunschweig-Lüneburg erhalten habe. Lampadius war dennoch weiter bemüht, die Gefahr für die welfischen Territorien abzuwenden. Er bat Oxenstierna, die schwedischen Generäle um deren Verschonung zu ersuchen, zumal die schwedische Armee die Herzöge von Braunschweig-

⁴⁶⁰ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 September 30, APW II C 3, Nr. 328, S. 600f.

⁴⁶¹ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Oktober 7, APW II C 3, Nr. 333, S. 608.

⁴⁶² Salvius an Johan Oxenstierna, Münster 1647 Oktober 15, APW II C 4/1, Nr. 14, S. 18.

⁴⁶³ Memorandum Longuevilles, d'Avaux' und Serviens [für Ludwig XIV.], Münster 1647 Oktober 14, APW II B 6, Nr. 203, S. 577. Auch am französischen Hof machte man sich im Oktober Gedanken über einen Seitenwechsel der Welfenherzöge und des Kurfürsten von Brandenburg zum Kaiser bzw. generell ins feindliche Lager: Brienne an Longueville, d'Avaux und Servien, Fontainebleau 1647 Oktober 18, APW II B 6, Nr. 209, S. 601, Lionne an Servien, Fontainebleau 1647 Oktober 18, APW II B 6, Nr. 212, S. 610.

⁴⁶⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 84', Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Oktober 28, APW II C 4/1, Nr. 34, S. 59.

⁴⁶⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 84'.

⁴⁶⁶ DICKMANN: Frieden, S. 427, LAHRKAMP: General, 29.

Lüneburg sicherlich nicht durch unfreundliche Aktionen irritieren wolle.⁴⁶⁷ Um seinem Ansuchen größeren Nachdruck zu verleihen, argumentierte Lampadius dezidiert mit dem Grundsatz „amicitiam esse in praedicamento Relationis, et eum qui amari desideret, amabilem esse oportere.“⁴⁶⁸ Er forderte also von Oxenstierna eine freundschaftliche Behandlung seiner Herren ein und zeigte sich keineswegs unterwürfig. Damit folgte Lampadius erneut seiner später formulierten Überzeugung, mit Bitten allein nichts ausrichten zu können, sondern stets auch Stärke demonstrieren zu müssen.⁴⁶⁹ Sein Auftreten dem schwedischen Gesandten gegenüber lässt zudem erkennen, wie Lampadius die Beziehung seiner Herren zur schwedischen Krone einordnete. Dem Anspruch nach begegnete man sich freundschaftlich und damit auf Augenhöhe. Aufseiten der Schweden wurde diese Auffassung offenbar geteilt. Oxenstierna erwiderte, dieser Grundsatz sei wahr, weshalb er seinem besten Vermögen nach dazu beitragen wolle, den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg zu Diensten zu sein.⁴⁷⁰ Oxenstierna zeigte sich also verständnisvoll und bestritt, sich jemals über ein Zusammengehen des Welfenhauses mit dem Kaiser Gedanken gemacht zu haben, obgleich dies die Schweden in der Tat sehr beschäftigt hatte. Oxenstierna und Salvius berichteten der Königin auch ausführlich über die Reaktionen der mit dem Verdacht konfrontierten Gesandten der Häuser Sachsen, Brandenburg und Braunschweig-Lüneburg.⁴⁷¹ Trotz dieser positiven Bekundung Oxenstiernas sorgte sich Lampadius weiter wegen eines möglichen Einmarschs der schwedischen Armee in die welfischen Lande. Er zog am 23. Oktober 1647 deshalb weitere Erkundigungen beim Hessen-Kasseler Scheffer ein. Scheffer beschwichtigte, er habe nichts von einem geplanten Einmarsch der schwedischen Armee in die welfischen Territorien gehört und sei sich sicher, die Schweden wollten das Haus Braunschweig-Lüneburg nicht verärgern. Allerdings müssten sich die Herzöge auf umherstreifende Truppenteile gefasst machen.⁴⁷²

Lampadius beschloss aufgrund dieser Erfahrung, insgesamt wieder engeren Kontakt zu den Schweden zu suchen.⁴⁷³ Er war bemüht, das Vertrauen der schwedischen Gesandten möglichst vollständig wiederherzustellen. Währenddessen blieb die Situation für die welfischen Lande weiterhin angespannt. Anfang November 1647 sah sich Lampadius veranlasst, die schwedischen

⁴⁶⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 84ʳ.

⁴⁶⁸ Ebd., fol. 85.

⁴⁶⁹ S. unten, Kap. 9, S. 385.

⁴⁷⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 85.

⁴⁷¹ Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1647 Oktober 28, APW II C 4/1, Nr. 34, S. 59f.

⁴⁷² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 85.

⁴⁷³ Ebd., fol. 85ʳ.

Gesandten erneut bei den Generälen um Verschonung des Hauses Braunschweig-Lüneburg ansuchen zu lassen. Und auch Scheffer bat er nochmals um Hilfe.⁴⁷⁴

Die Sorgen waren eindeutig begründet: Schon vor dem 20. Oktober 1647 wussten Johan Oxenstierna und Salvius von einem Vorschlag Erskeins, dem zufolge sich diejenigen Teile der schwedischen Reiterei, die über keine Pferde mehr verfügten, in den welfischen Landen versorgen sollten.⁴⁷⁵ Gleichzeitig wurden die beiden Schweden von Königin Christina zwar angewiesen, sich mit den Reichsständen generell gut zu stellen, um ihre Unterstützung nicht zu verlieren: Auch Schweden war wegen des neuerlichen Übertritts Maximilians von Bayern zum Kaiser sehr verunsichert.⁴⁷⁶ Die schwedischen Verdächtigungen sind sicherlich vor diesem Hintergrund zu sehen, waren die Schweden doch durch den bayrischen Seitenwechsel gerade für entsprechende Vorgänge sensibilisiert. Die aktuellen Umschwünge erschienen kaum berechenbar, weshalb man nun besonders bestrebt war, sich in alle Richtungen weitestmöglich abzusichern und deshalb auch die Aktivitäten der Reichsstände kritisch verfolgte. Das generelle Bemühen um reichsständische Unterstützung am Kongress bedeutete denn auch keine Rücksichtnahme auf die welfischen Territorien. Königin Christina kündigte Salvius am 19. Oktober den Einmarsch Wrangels in die welfischen Ländereien an. Dieses Vorgehen stand allerdings wohl nicht in direktem Zusammenhang mit den Gerüchten über eine mögliche Vereinigung der Welfenherzöge mit dem Kaiser: Königin Christina begründete den Einmarsch auch intern mit der Notwendigkeit, die Truppen Wrangels schützen, sich ausruhen und versorgen lassen zu müssen.⁴⁷⁷ Das Gerücht über eine Verbindung des Welfenhauses mit dem Kaiser war also wohl nicht ausschlaggebend für die Entscheidung, die schwedischen Truppen unter Wrangel in die welfischen Territorien einrücken zu lassen. Aber es minderte möglicherweise die Bereitschaft der Schweden, auf die Welfen Rücksicht zu nehmen.

Daher blieben die Versuche, am Kongress Unterstützung gegen mögliche Übergriffe der schwedischen Armee zu mobilisieren, ohne Erfolg. Zeitgleich mit Lampadius' Bemühungen rückte die schwedische Armee in das welfische Fürstentum Göttingen ein. Auch die benachbarten Fürstentümer wurden von den umherstreifenden Truppen in Mitleidenschaft gezogen. Christian Ludwig sah sich davon völlig überraschend und unverdient getroffen und wies Lampadius an, seiner Empörung auch am Kongress Ausdruck zu verleihen und – soweit möglich – Abhilfe zu schaffen.⁴⁷⁸ Lampadius zeigte sich seinem Herrn gegenüber sehr betrübt von diesen Vorgängen. Er schrieb, auch die schwedische Krone führe ihre Kriege ohne Unterscheidung zwischen Richtig und

⁴⁷⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 November 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 102'. Darüber berichteten die Schweden nichts.

⁴⁷⁵ Johan Oxenstierna an Salvius, Osnabrück 1647 Oktober 17, APW II C 4/1, Nr. 16, S. 22.

⁴⁷⁶ Königin Christina an Johan Oxenstierna und Salvius, Stockholm 1647 Oktober 19, APW II C 4/1, Nr. 19, S. 26f.

⁴⁷⁷ Königin Christina an Salvius, Stockholm 1647 Oktober 19, APW II C 4/1, Nr. 20, S. 28.

⁴⁷⁸ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1647 November 6, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 101.

Falsch, wie er nun mit Herzeleid habe erfahren müssen. Zwar hätten die schwedischen Gesandten ihr Missfallen über diese Entwicklung geäußert und sich erneut erboten, an Feldmarschall Wrangel zu schreiben. Doch habe die Erfahrung bisher gezeigt, dass sie bei der Armee kaum etwas ausrichten könnten.⁴⁷⁹ Das Herzeleid, das Lampadius angesichts des schwedischen Einmarschs befallen hatte, war durchaus auch persönlicher Betroffenheit geschuldet, denn auch sein eigenes Hab und Gut war geplündert worden.⁴⁸⁰ Die Chancen, am Kongress einen Abzug der schwedischen Truppen zu erwirken, schätzte Lampadius also als äußerst gering ein. Stattdessen zog er die Schlussfolgerung, es gebe kein anderes Mittel zur Rettung des Vaterlandes, als die Schweden und den Kaiser aus den Waffen zu bringen, was nur durch die Fortsetzung der Friedensverhandlungen erreicht werden könne.⁴⁸¹ Er plädierte angesichts der erneuten militärischen Bedrohung des Hauses Braunschweig-Lüneburg dafür, die Friedensverhandlungen nun erst recht fortzusetzen.

Verhandlungen mit Volmar

Am 14. November 1647 traf endlich der lange ersuchte kaiserliche Gesandte Volmar in Osnabrück ein.⁴⁸² Fünf Tage später erläuterten die Kaiserlichen den Evangelischen, sie hätten die Katholischen in Münster aufgefordert, nach Osnabrück zu kommen, um mit den Evangelischen die Verhandlungen weiterzuführen, wobei sie, die Kaiserlichen, sich interponieren wollten. Die Evangelischen lehnten die dieserart vorgeschlagenen Direktverhandlungen mit den Katholischen nun jedoch unter dem Hinweis ab, die Erfahrung erweise deren Vergeblichkeit.⁴⁸³ Stattdessen sollten die Kaiserlichen nach ihrem Willen wie bisher mit den Schweden verhandeln. Die bereits abgehandelten Punkte sollten dabei nicht erneut aufgegriffen werden und nur dasjenige Gegenstand der Verhandlungen sein, was Trauttmansdorff und die Schweden noch nicht geklärt hatten. Es sei deswegen auch nicht nötig, die Ankunft der Katholischen in Osnabrück abzuwarten, stattdessen sollten die Kaiserlichen die Verhandlungen mit den Schweden unmittelbar wiederaufnehmen.⁴⁸⁴

⁴⁷⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 November 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 114ʳ.

⁴⁸⁰ De La Court teilte dies im Januar 1648 Servien mit und zeigte sich in diesem Zusammenhang wenig angetan vom Vorgehen der schwedischen Armee: La Court an Servien, Osnabrück 1648 Januar 13, APW II B 7, Nr. 100, S. 378.

⁴⁸¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 November 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 114ʳ.

⁴⁸² Ebd., fol. 116ʳ.

⁴⁸³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 November 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 143, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 November 21, APW II A 7, Nr. 6, S. 13f.

⁴⁸⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 November 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 143ʳ, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 November 21, APW II A 7, Nr. 6, S. 14.

Zwar hatte Lampadius den Eindruck, die Kaiserlichen hätten die vorgeschlagenen Direktverhandlungen lieber gesehen, da so die Schweden ausgeschlossen worden wären. Aber immerhin ließen Volmar und seine Kollegen sich auf den Wunsch der Evangelischen ein, sodass am 21. November 1647 Schweden und Kaiserliche zum Gespräch zusammenkamen. Sie vereinbarten dabei, die bisherigen Friedensvorschläge gemeinsam durchzusehen und die unstrittigen Punkte schon einmal zu unterschreiben, damit es bei den gefundenen Lösungen bliebe. Über die dann noch offenen Punkte wollten sie das Gutachten der Reichsstände einholen.⁴⁸⁵

Auch das erste Gespräch, das die welfischen Gesandten am 23. November 1647 allein mit Volmar führten, begann relativ vielversprechend. Der kaiserliche Gesandte beklagte ebenfalls die durch die katholischen Vertreter hervorgerufenen Verzögerungen und erklärte, er wolle die Verhandlungen nun beschleunigen. So weit schien der kaiserliche Gesandte ganz die Interessen der welfischen Gesandten zu teilen. Dem fügte Volmar jedoch eine Einschränkung hinzu, mit der Lampadius und die anderen welfischen Gesandten schwerlich einverstanden sein konnten. Er äußerte, der Kaiser wolle zwar die bereits erzielten Vereinbarungen nicht wieder rückgängig machen, doch hätten einige vornehme katholische Stände allerhand Änderungswünsche eingebracht. Sie als kaiserliche Gesandte müssten diese Wünsche aufgreifen.⁴⁸⁶ In der Tat hatten die Katholischen bereits am 11. Oktober 1647 ein Gutachten zu Trauttmansdorffs Zugeständnissen an die Evangelischen vorgelegt, das ganz von den radikalen Katholischen bestimmt worden und dementsprechend unnachgiebig ausgefallen war.⁴⁸⁷ Volmar und die gemäßigten Katholischen zogen dieses Gutachten denn auch nicht ernsthaft als Verhandlungsgrundlage in Erwägung, da alles bisher Erreichte – und letztlich eine Lösung des Konflikts um die Reichssachen überhaupt – damit infrage gestellt worden wäre. Der kaiserliche Gesandte forderte die Katholischen stattdessen zur Abfassung einer mildereren Erklärung auf.⁴⁸⁸ Zugleich war Volmar im Auftrag des Kaisers darum bemüht, doch noch einige Verbesserungen für die Katholischen im Vergleich zum Trauttmansdorffianum zu erwirken und demgemäß einige Bestimmungen neu zu verhandeln.⁴⁸⁹ Die welfischen Vertreter wandten Volmar gegenüber zwar ein, es würde den kaiserlichen Gesandten zu besonderem Verweis und insgesamt zur Schmälerung der kaiserlichen Autorität gereichen, wenn über die verglichenen Punkte erneut verhandelt werden müsste.⁴⁹⁰ Sie argumentierten also mit der Ehre des Kaisers und seiner Gesandten, die Schaden erlitt, sollte das von

⁴⁸⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 November 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 144. Schweden und Kaiserliche berichteten darüber nichts.

⁴⁸⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 November 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 163. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

⁴⁸⁷ DICKMANN: Frieden, S. 417, 449. Der Inhalt wird referiert bei MEIERN: Acta, Bd. 4, S. 767f.

⁴⁸⁸ DICKMANN: Frieden, S. 449.

⁴⁸⁹ Ebd., S. 448.

⁴⁹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 November 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 163.

Trauttmansdorff gegebene Wort nicht gehalten werden. Doch Volmar ging darauf nicht ein und kündigte die Fortsetzung der Verhandlungen nach dem Eintreffen weiterer katholischer Vertreter an.⁴⁹¹ Recht bald nach der erhofften Ankunft Volmars zeichneten sich damit neue Hindernisse ab, welche die Verhandlungen in der folgenden Zeit bestimmen sollten.

Zwar trafen am 24. und 25. November 1647 die Kurmainzer, Kurtrierer, Bamberger, Pfalz-Neuburger sowie die beiden ‚Hardliner‘ Leuchselring und Adami ein,⁴⁹² sodass neben dem bereits am 21. November angekommenen kurbayrischen Gesandten⁴⁹³ einige der einflussreichsten katholischen Vertreter in Osnabrück anwesend waren. Am 26. November fand auch ein weiteres Treffen zwischen Schweden und Kaiserlichen statt. Doch konnten sich die beiden Parteien dabei nicht einmal auf die Verhandlungsgegenstände einigen. Die Kaiserlichen wollten mit der Amnestie fortfahren, wogegen die Schweden vorbrachten, dieser Punkt sei bereits abgehandelt worden. Die Schweden wiederum verlangten, die Frage ihrer Militärsatisfaktion müsse gleichzeitig mit den anderen Punkten berücksichtigt werden. Dagegen wandten die Kaiserlichen ein, die Militärsatisfaktion könne schwerlich vor dem eigentlichen Friedensschluss besprochen werden.⁴⁹⁴ Mit keiner der beiden Forderungen konnte Lampadius einverstanden sein. Weder wollte er die getroffenen Vereinbarungen erneut infrage gestellt, noch einen solch heiklen Punkt wie die schwedische Militärsatisfaktion mit den Reichssachen verknüpft sehen.⁴⁹⁵

Angesichts der Schwierigkeiten suchten die welfischen Gesandten auch auf katholischer Seite wieder nach Gesprächspartnern. Da der Kurfürst zu Bayern nach der Regelung der pfälzischen Sache ebenfalls erkennbar dem Frieden zustrebte, wandten sie sich an dessen Vertreter und erklärten ihre Hoffnung, er werde all das erhalten helfen, was bereits abgehandelt worden war.⁴⁹⁶ Andernfalls, gaben sie zu bedenken, könnten die Schweden sich veranlasst sehen, auch den Vergleich in der pfälzischen Sache aufs Neue zu verhandeln.⁴⁹⁷ Beim kurbayrischen Gesandten verfiel dieses Argument allerdings nicht. Er erklärte, es solle bei dem gelassen werden, was bereits von den Legationssekretären unterschrieben worden war. Die Evangelischen sollten den Änderungswünschen der Katholischen jedoch entgegenkommen. Seinem Herrn erläuterte Lampadius diese Aussage, die Satisfaktionen der Kronen sowie die davon abhängigen Entschädigungen seien von den Legationssekretären unterschrieben worden, die bislang behandelten Punkte bezüglich Amnestie und Gravamina hingegen nicht. Der Kurfürst von Bayern wolle demnach gern gehalten

⁴⁹¹ Ebd., fol. 163’.

⁴⁹² Ebd.

⁴⁹³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 November 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 144’.

⁴⁹⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 November 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 163’. Darüber berichteten Schweden und Kaiserliche nichts.

⁴⁹⁵ S. auch unten, Kap. 8, S. 336f, 343f.

⁴⁹⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 November 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 163’.

⁴⁹⁷ Ebd., fol. 163’-164.

sehen, was zu seinem Nutzen geschlossen worden sei, beim Übrigen aber abwarten, ob die Katholischen nicht noch mehr für sich herausschlagen könnten. Kurbayern werde nur mit ihnen zusammenarbeiten, um eine Vermischung der Reichsangelegenheiten mit den französisch-spanischen Friedensverhandlungen zu verhindern.⁴⁹⁸ Lampadius scheint zu diesem Zeitpunkt nur die Basis für einen Minimalkonsens mit Kurbayern gesehen zu haben, war er doch selbst nicht bereit für Nachverhandlungen. Dafür war der Weg frei für eine Zusammenarbeit in einem durchaus wesentlichen Punkt. Denn hinter der genannten Vermischung von Reichsangelegenheiten und französisch-spanischem Frieden, die es aus Sicht der welfischen wie der kurbayrischen Gesandten zu verhindern galt, stand eine zentrale Frage: Würde sich der Kaiser von Spanien trennen und den Habsburgern auf dem spanischen Thron damit die weitere Unterstützung gegen Frankreich versagen? Bislang war der Kaiser nicht bereit, einen Frieden ohne Spanien zu schließen. Allerdings wuchs nun insgesamt die Zahl der Reichsstände auf katholischer wie protestantischer Seite, die nicht gewillt waren, für Spanien länger auf den ‚deutschen‘ Frieden zu verzichten. Diese unterschiedliche Prioritätensetzung stellte das größte Hindernis für eine Verbindung zwischen Kaiser und Reichsständen dar.⁴⁹⁹

Dieses Thema blieb daher auch für die Evangelischen zentral. Sie mahnten die Kaiserlichen in der folgenden Zeit verschiedentlich, bei den bereits getroffenen Vereinbarungen zu bleiben und den spanisch-französischen Krieg nicht mit den Reichssachen zu vermischen. Am 28. November 1647 begaben sich deshalb neben den welfischen auch sächsische und kurbrandenburgische Gesandte zu den Kaiserlichen.⁵⁰⁰ Am 2. Dezember sprachen sämtliche Evangelische deshalb bei ihnen vor. Die Kaiserlichen erwiderten, sie hätten zwar die noch offenen Differenzen mit den Katholischen durchlaufen, müssten aber auf den Gesandten Kurkölns warten.⁵⁰¹

Vier Tage später versuchte Lampadius dann noch einmal sein Glück beim kurbayrischen Gesandten. Er brachte vor, die Evangelischen hätten mit großer Verwunderung gehört, dass die Katholischen viele wichtige Punkte neu verhandeln wollten, die doch bereits durch langwierige Bemühungen von den Kaiserlichen und Schweden abgeschlossen worden wären. Sollte nicht gehalten werden, was einmal vereinbart worden war, so wisse er nicht, „qua fide publica et quo vinculo“ die Verhandlungen überhaupt fortgesetzt werden könnten.⁵⁰² Lampadius veränderte nun also

⁴⁹⁸ Ebd., fol. 164.

⁴⁹⁹ DICKMANN: Frieden, S. 445, 448.

⁵⁰⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 November 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 165, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 November 28, APW II A 7, Nr. 16, S. 41. Die Kaiserlichen berichteten nur von der Aufforderung der reichsständischen Gesandten, die Verhandlungen mit Schweden fortzusetzen.

⁵⁰¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Dezember 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 179, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Dezember 2, APW II A 7, Nr. 22, S. 78f.

⁵⁰² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Dezember 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 179’.

seine Argumentation, um den Kurbayrischen zum Einlenken zu bewegen. Er verwies nicht mehr auf die materiellen Interessen des Kurfürsten, sondern machte sich den erklärten Wunsch Maximilians von Bayern nach einem raschen Friedensschluss zunutze und warnte vor dem drohenden Vertrauensbruch durch Neuverhandlungen. Doch auch damit hatte er keinen Erfolg. Der kurbayrische Vertreter wollte sich noch immer nicht bereit erklären, das einhalten zu helfen, was bereits verhandelt worden war.⁵⁰³

Am 7. Dezember 1647 forderten die Kaiserlichen die Evangelischen auf, zu den von den Katholischen eingebrachten Änderungswünschen Stellung zu beziehen.⁵⁰⁴ Erst am folgenden Tag gaben die Evangelischen darauf eine Antwort. Erneut beschwerten sie sich über die Verzögerungen und weigerten sich, Änderungen bei den abgehandelten Punkten zuzulassen. Sie wollten zu Letzteren deshalb auch keine weiteren eigenen Vorschläge unterbreiten.⁵⁰⁵ Zwar machten die Kaiserlichen darauf erneut die Katholischen für den Verzug und die Forderung nach Neuverhandlungen verantwortlich. Doch auch die Kaiserlichen gerieten für Lampadius einmal mehr in den Verdacht, die Evangelischen in direkte Verhandlungen mit den Katholischen verwickeln zu wollen, um sie von den Schweden zu trennen und zudem Streit zwischen den Reichsständen zu provozieren.⁵⁰⁶ Auf diese Weise, schrieb er seinem Herrn, könnten die Kaiserlichen den Reichsständen die Schuld für weitere Verzögerungen zuschieben und verschafften Frankreich und Spanien mehr Zeit für eine Einigung.⁵⁰⁷ Noch immer also, resümierte er, richteten die Kaiserlichen ihre Beschlüsse ganz nach dem spanischen Staatswohl ein.⁵⁰⁸

Diesen Verdacht sah Lampadius am 17. Dezember 1647 bestätigt. An diesem Tag übergaben die Kaiserlichen den Schweden und Evangelischen eine Erklärung,⁵⁰⁹ welche die Punkte enthielt, die sie neu verhandeln wollten. Lampadius befand, dass die Kaiserlichen einen größeren Anteil an den Verzögerungen hatten, als sie selbst zugaben. Denn wie er nun erfuhr, hatten die Kaiserlichen die strittigen Änderungsvorschläge selbst aufgesetzt und die Katholischen darüber beraten lassen, als sich Volmar schon zwei Wochen in Osnabrück aufhielt.⁵¹⁰ Tatsächlich hatte Volmar sich, als er im Sinne größerer Kompromissbereitschaft auf die Katholischen einzuwirken versuchte, mit den gemäßigten Katholischen über die Vorschläge abgestimmt.⁵¹¹ Die nun

⁵⁰³ Ebd., fol. 180.

⁵⁰⁴ Ebd., Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Dezember 9, APW II A 7, Nr. 33, S. 153f.

⁵⁰⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Dezember 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 202, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1647 Dezember 9, APW II A 7, Nr. 33, S. 153f.

⁵⁰⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Dezember 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 202.

⁵⁰⁷ Ebd., fol. 202-202ʳ.

⁵⁰⁸ Ebd., fol. 202ʳ.

⁵⁰⁹ Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 4, S. 821-825.

⁵¹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Dezember 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 223.

⁵¹¹ DICKMANN: Frieden, S. 449.

übergebene kaiserliche Erklärung enthielt im Vergleich zur Position der radikalen Katholischen allerdings nur einige wenige Änderungswünsche, von denen die Wichtigsten wie folgt lauteten: Hinsichtlich der Amnestie wollten auch die gemäßigten Katholischen diejenigen Fälle, in denen auf juristischem Wege bereits Urteile ergangen waren, von der Restitution ausnehmen.⁵¹² Auch lehnten sie das paritätische Regiment in den konfessionell gemischten Reichsstädten ab. Die Einigung über die Justizfragen sollte auf einen künftigen Reichstag verschoben werden. Die Autonomie schließlich sollte ganz und gar an das landesherrliche Reformationsrecht geknüpft werden, wenn auch unter Berücksichtigung der Normaljahresregelung. Wenn also Untertanen im Stichjahr 1624 ihre Konfession frei ausgeübt hatten, sollte ihnen dies künftig unbenommen bleiben. Die Erhaltung von Verträgen, welche Landesherren und Untertanen diesbezüglich abgeschlossen hatten, sollte jedoch im Friedensvertrag nicht garantiert werden. Außerdem sollte die bisher auf fünfzehn Jahre festgelegte Frist zur Auswanderung andersgläubiger Untertanen verkürzt werden.⁵¹³ Spiegelten diese Vorschläge den allgemein auf katholischer Seite vorhandenen Nachbesserungswillen wider und sollten aus katholischer Perspektive als Grundlage für einen Kompromiss dienen, nahm Lampadius sie vor allem als Friedenshindernis wahr, das er erneut als von den Kaiserlichen verursacht betrachtete. Waren Kaiserliche und gemäßigte Katholische auch zunehmend bereit, über den Widerstand der katholischen ‚Hardliner‘ hinwegzugehen, so blieben doch noch immer die Differenzen zwischen Kaiser und Reichsständen wegen Spanien.⁵¹⁴ Dieser Rücksichtnahme auf Spanien sah Lampadius schließlich die kaiserliche Politik in jeder Hinsicht untergeordnet, weshalb er den Verständigungswillen mit den Evangelischen in der kaiserlichen Erklärung umso weniger erkennen konnte.

Lampadius mochte mit dieser Einschätzung nicht allein sein. Das Ansinnen, überhaupt Nachverhandlungen anzustellen, traf bei Evangelischen und Schweden insgesamt auf breiten Widerstand.⁵¹⁵ Mit Billigung der Schweden beschwerten sich die Evangelischen denn darüber auch am 19. Dezember 1647 bei den Kaiserlichen. Lampadius fand, der kursächsische Gesandte, der das Anliegen in ihrem Namen vortrug, habe sich entschieden und deutlich gezeigt und seine Sache gut gemacht.⁵¹⁶ Die Kaiserlichen hätten wenig zu entgegnen gewusst. Allerdings kamen sie den Evangelischen inhaltlich trotzdem nicht entgegen.⁵¹⁷

⁵¹² Ebd., S. 451.

⁵¹³ Ebd., S. 452.

⁵¹⁴ Ebd., S. 449f.

⁵¹⁵ Ebd., S. 448.

⁵¹⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Dezember 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 223. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

⁵¹⁷ Ebd., fol. 223'.

Die Evangelischen stellten ihre Position mit Nachdruck klar. Damit trugen auch sie zur weiteren Verzögerung bei: Absehbar kamen die ‚offiziellen‘ Verhandlungen über die Reichssachen kaum einen Schritt voran.⁵¹⁸

Mit parallelen Verhandlungen zum Erfolg

Angesichts der Tatsache, dass sich die Verhandlungen in Osnabrück erneut festgefahren hatten, nahmen einige reichsständische Vertreter ihre geheimen Gespräche wieder auf. Paradoxerweise verursachte das Stocken der Verhandlungen in gewisser Hinsicht also das, was die Kaiserlichen aus Lampadius’ Sicht schon länger herbeiführen wollten: Evangelische und Katholische setzten ihre direkten Verhandlungen fort – allerdings geheim, was die Kaiserlichen wiederum nicht gern sehen sollten. Es war erneut der Würzburger Vorburg, der den Gesandten der Häuser Sachsen, Kurbrandenburg und Braunschweig-Lüneburg vorschlug, sich mit dem Kurbayrischen und anderen ähnlich gesinnten Katholischen zu unterreden, um heimlich gemeinsam einen Vergleich in den Reichssachen zu erzielen.⁵¹⁹ Die Zusammenarbeit sollte also im bewährten, kleinen Kreis vonstattengehen. Auch die vertraulichen Kontakte der Gesandten der beteiligten drei evangelischen Häuser mussten dafür erhalten bleiben.

Zunächst reagierten die beteiligten evangelischen Vertreter skeptisch auf den Vorschlag des Würzburgers. Da sie allerdings keinen Weg wussten, wie sich die ‚offiziellen‘ Verhandlungen wieder in Gang bringen ließen, gingen sie darauf ein. Sie wollten jedoch im Vorfeld genau wissen, mit wem auf katholischer Seite sie es zu tun haben würden und verlangten die Zusage, dass diese Katholischen später öffentlich für dasjenige eintreten würden, was man gemeinsam beschließen würde. Im Zweifelsfall sollten sie sich damit von den radikalen Katholischen separieren.⁵²⁰

Der Würzburger Vorburg präsentierte daraufhin eine ganze Liste kompromissbereiter Katholischer. Dazu gehörten Kurmainz, Kurtrier, Kurbayern, Salzburg, Bamberg, Würzburg, Basel, Konstanz, Eichstätt, Speyer, Fulda und Weißenburg. Trient und Brixen, glaubte Vorburg, würden wohl auch hinzukommen, außerdem möglicherweise auch der Kurfürst von Köln.⁵²¹ Sehr schnell fanden sich damit die Vertreter der einflussreichsten Stände zusammen. Sollte dazu eine Überzeugungsarbeit Vorburgs vonnöten gewesen sein, so dürfte ihm diese durch die Tatsache erleichtert worden sein, dass sein Herr im Sommer 1647 auch zum Kurfürsten von Mainz gewählt worden war und damit das einflussreiche Amt des Reichserzkanzlers besetzte. Durch diese

⁵¹⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Dezember 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 275-276, Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 333-335’, Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 11, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 1-1’.

⁵¹⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 23-23’.

⁵²⁰ Ebd., fol. 23’.

⁵²¹ Ebd.

Wahl des um Aussöhnung mit den Evangelischen bemühten Johann Philipp von Schönborn war die Seite der gemäßigten Katholischen deutlich gestärkt worden.⁵²²

Es begannen somit unter größtmöglicher Geheimhaltung erneut direkte Verhandlungen zwischen den genannten reichsständischen Vertretern. Seinen Herrn weihte Lampadius erst in der zweiten Januarhälfte 1648 ein, als diese Gespräche bereits seit einiger Zeit geführt wurden und erste Erfolge erbracht hatten. Am 18. Januar 1648 berichtete er, der Punkt Amnestie und die Gravamina böten bereits einen guten Anblick. Außerdem hatten die Vertreter der drei evangelischen Häuser dem Würzburger ihre Positionen zu allen offenen Punkten kommuniziert und erklärt, größere Zugeständnisse könnten sie nicht machen.⁵²³ Wie schon bei den ersten geheim geführten Direktverhandlungen hatte Lampadius auch jetzt einige Zeit abgewartet, bevor er darüber nach Hannover berichtete. Ein Grund dafür mochte die angestrebte Geheimhaltung sein. Andererseits hielt er Christian Ludwig auch in Bezug auf das Privileg *De electione fori* auf dem Laufenden, das vorläufig ebenfalls geheim gehalten werden musste. Ein weiterer Grund für die späte Benachrichtigung mag daher auch in Lampadius' Skepsis zu finden sein, ob die Direktverhandlungen nicht doch wieder scheiterten, bevor sie Ergebnisse produzieren konnten. Vielleicht wollte er in Hannover keine Hoffnungen wecken, die sich nicht erfüllten.

Diese Gruppe aus friedenswilligen und verständigungsbereiten katholischen und evangelischen Reichsständen wurde schon von ihren Zeitgenossen als ‚Dritte Partei‘ bezeichnet, da sie sich relativ unabhängig von Kaiser und Kronen für den Frieden einsetzte.⁵²⁴ Die Forschung geht davon aus, dass sich diese ‚Dritte Partei‘ im Wesentlichen seit dem Herbst 1647 gebildet habe.⁵²⁵ Dies ist insofern zu korrigieren, als es sich aus Lampadius' Sicht nicht um eine ‚Neugründung‘ handelte, sondern um die Wiederaufnahme der früheren Zusammenarbeit. Wenngleich diese aufgrund der inzwischen erfolgten Klärung wesentlicher Verhandlungspunkte nun bessere Aussichten auf Erfolg haben mochte, so betrachtete Lampadius sie doch mit einer gewissen Skepsis. Die beteiligten reichsständischen Gesandten setzten schließlich auch nicht alles auf eine Karte; man suchte weiterhin auf allen sich bietenden Wegen, den Ausgleich zu erzielen. Die

⁵²² DICKMANN: Frieden, S. 430, 458, WOLFF: Corpus, S. 54, 62. Davon, dass die Verhandlungen im Winter 1647/48 weitgehend geruht hätten, wie GOETZE behauptet, kann also nicht die Rede sein: GOETZE: Bündnispraxis, 271.

Diese Behauptung zeugt von einem sehr engen Verhandlungsbegriff und unterschlägt die vielfältigen reichsständischen Bemühungen um einen Friedensschluss gerade auch zu dieser Zeit. Die Partei der kompromissbereiten Katholischen wurde zudem nicht erst im März (so GOETZE: Bündnispraxis, S. 271), sondern – wie hier gezeigt – bereits im Winter bedeutend gestärkt.

⁵²³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 23'.

⁵²⁴ Von einer „tiers party“ sprach schon d'Avaux und meinte damit die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg sowie das Haus Braunschweig-Lüneburg, denen sich weitere Fürsten anschließen würden: d'Avaux an Mazarin, Münster 1647 Dezember 30, APW II B 7, Nr. 76, S. 296. D'Avaux erwartete sich von dieser Gruppe nichts Gutes für Frankreich und befürchtete einen Zusammenschluss gegen die beiden Kronen: ebd. Dieses negative Bild wurde im Februar 1648 von de La Court insofern korrigiert, als der französische Vertreter berichtete, die Aktivitäten der Reichsstände richteten sich hauptsächlich gegen den Kaiser, der zum Frieden gezwungen werden solle: La Court an Lionne, Münster 1648 Februar 11, APW II B 8, Nr. 12, S. 101f.

⁵²⁵ DICKMANN: Frieden, S. 401, KAMPMANN: Europa, S. 168.

Zusammenarbeit der ‚Dritten Partei‘ ist – dies sei hier schon gesagt – somit als verdienstvoll für den Frieden zu werten, doch wurde sie flankiert von anderen Bemühungen, in die durchaus etwa auch die Kaiserlichen und die Schweden eingebunden waren.

Parallel neben den geheimen Verhandlungen der ‚Dritten Partei‘ wurden auch die ‚offiziellen‘ Gespräche zwischen Schweden und Kaiserlichen fortgesetzt, bewegten sich in der zweiten Januarmälfte aber weiter auf der Stelle. Nicht nur blieben Fortschritte weiterhin aus; Kaiserliche, Schweden und Evangelische gerieten darüber hinaus in eine Pattsituation. Am 17. Januar 1648 berichteten die Schweden den evangelischen Deputierten, die Kaiserlichen hätten ihr Satisfaktionsangebot für die Landgräfin von Hessen-Kassel wieder zurückgezogen. Vor der endgültigen Bewilligung dieser Satisfaktion könnten sie jedoch die Verhandlungen nicht fortsetzen.⁵²⁶ Tags darauf äußerten die Kaiserlichen dazu, der Kaiser lasse sich nicht zur Zusage drängen, zumal man beschlossen habe, zuerst die Reichssachen abzuhandeln und erst danach die Privatsachen.⁵²⁷ Sie forderten die Evangelischen auf, ihnen für die Amnestie und die Gravamina ihre Ultima mitzuteilen, also zu erklären, wie weit sie in den Einzelfragen maximal zu Zugeständnissen bereit wären. Dazu erklärten sich die Evangelischen zwar prinzipiell bereit, doch erst, nachdem ihnen die Kaiserlichen zuvor ihrerseits ihre Ultima übergeben hätten. Dies verweigerten wiederum die Kaiserlichen.⁵²⁸ Die Verhandlungen waren nun in nahezu allen Richtungen blockiert. Zwischen Schweden und Kaiserlichen gab es kein Fortkommen, ebenso wenig zwischen Kaiserlichen und Evangelischen.

Blieben also noch die Direktverhandlungen zwischen den Gesandten der drei evangelischen Häuser und den gesprächsbereiten Katholischen. Aber auch die Antwort, die der Würzburger schließlich am 19. Januar 1648 überbrachte, stellte sich für die beteiligten Evangelischen als enttäuschend heraus. Sie befanden, die Katholiken hätten ihre Forderungen nur in einigen Nebensachen abgemildert, während sie in den Hauptpunkten, der Justiz und der Autonomie, dabei geblieben seien. Lampadius war von diesem Ergebnis nicht nur enttäuscht. Auch sein Misstrauen erwachte nun, Vorburg und die anderen katholischen Gesprächspartner könnten in Wahrheit beabsichtigen, die Evangelischen auszuhorchen, um die katholische Verhandlungsposition zu verbessern.⁵²⁹ Hier kam die Kooperation der ‚Dritten Partei‘ also an ihre Grenzen.

⁵²⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 25, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1648 Januar 20, APW II C 4/1, Nr. 115, S. 197f.

⁵²⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 25-25', Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 Januar 20, APW II A 7, Nr. 92, S. 298.

⁵²⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 25'. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

⁵²⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 60.

Nicht nur Lampadius dürfte diese Antwort der Katholischen mit entsprechender Skepsis aufgenommen haben. Die direkten Gespräche mit den Katholischen wurden von den eingeweihten Evangelischen jedenfalls erst einmal nicht fortgesetzt. Um nicht in Untätigkeit zu verfallen, suchten sie stattdessen erneut den Weg über die ‚öffentlichen‘ Verhandlungen. Am 20. Januar 1648 berieten sie mit den anderen Evangelischen über die beiden Punkte Amnestie und Gravamina und kamen zu einem einmütigen Beschluss. Zuvor hatten sich die Gesandten der Häuser Sachsen, Kurbrandenburg und Braunschweig-Lüneburg bereits vertraulich über alle Punkte geeinigt, weshalb diese Beratungen in großer Runde fast ohne abweichende Voten vonstattengingen.⁵³⁰ Auch jetzt erschien es den Gesandten dieser drei Häuser keineswegs als problematisch, auf diese Weise im Vorhinein ihre Meinungsführerschaft sicherzustellen. Diese Vorbesprechungen im kleinen Zirkel mochten ihnen als gängiges Verfahren gelten, durch das die reichsständischen Mitbestimmungsrechte in den ‚offiziellen‘ Gremien nicht tangiert wurden. Dieses Vorgehen wurde dabei nicht als Besonderheit empfunden, weshalb man davon ausgehen kann, dass Absprachen im kleinen Kreis auch vor regulären Zusammenkünften der Reichsstände üblich waren. Auf diese Weise konnte von den Beteiligten eine konsensuale Entscheidung vorbereitet werden, die ihren Interessen entsprach und die damit ihre volle Unterstützung in den Reichsgremien finden konnte.

Tags darauf überreichten die evangelischen Deputierten diesen Beschluss den Schweden und erläuterten, die Evangelischen hätten einige Punkte etwas abgeändert, um das Wesentliche zu retten. Als die Schweden sich damit einverstanden zeigten, setzten die evangelischen Deputierten sie von ihrer Absicht in Kenntnis, diesen Beschluss noch am selben Tag den Kaiserlichen und Katholischen zu überreichen. Nun kam ihnen möglicherweise der Zufall zu Hilfe, jedenfalls hatte Lampadius nach diesem Gespräch mit den Schweden den Eindruck, Oxenstierna habe seine Zustimmung etwas voreilig erteilt. Schließlich hatten die Schweden zuvor erklärt, erst die Satisfaktion für die Landgräfin von Hessen-Kassel sicherstellen zu wollen.⁵³¹

Die evangelischen Deputierten zögerten nicht und übergaben ihre Resolution umgehend auch Kaiserlichen und Katholischen.⁵³² Als die evangelischen Deputierten den Schweden anschließend berichteten, wie diese Übergabe verlaufen war, sah Lampadius seinen Eindruck bestätigt. Er hatte das Gefühl, Oxenstierna und Salvius passe es gar nicht, dass sie mit ihrer Erlaubnis zur Übergabe auch einer anderen Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände als der von ihnen intendierten zugestimmt hatten. Doch hätten sie im Nachhinein nichts mehr dagegen einwenden können.⁵³³

⁵³⁰ Ebd., fol. 60’.

⁵³¹ Ebd.

⁵³² Ebd., fol. 61.

⁵³³ Ebd., fol. 61’. Solches berichteten die Schweden zwar nicht, doch gab es in der Tat einen Disput mit den Deputierten: Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1648 Januar 27, APW II C 4/1, Nr. 121, S. 209-213.

Noch ein weiterer Umstand missfiel den schwedischen Gesandten deutlich. Am 22. Januar 1648 berichtete der Hessen-Kasseler Scheffer Lampadius, Oxenstierna und Salvius seien wegen der direkten Verhandlungen zwischen Evangelischen und Katholischen misstrauisch geworden. Sie sorgten sich, keine Satisfaktion für ihr Militär mehr zu erhalten, wenn katholische und evangelische Reichsstände sich erst geeinigt hätten.⁵³⁴ Auch hinsichtlich der Unterstützung des Hauses Braunschweig-Lüneburg seien sie sich unsicher geworden.⁵³⁵ Lampadius zeigte sich in seiner Antwort selbstbewusst. Zwar war er bestrebt, auch das aufkeimende Misstrauen der Schweden zu zerstreuen, doch vermied er erneut einen unterwürfigen Ton: Den Schweden ergehe es nun nach der alten Regel, man habe denjenigen zu fürchten, den man verletzt habe. Oxenstierna und Salvius seien demnach der Meinung, die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg hielten es für keinen sonderlichen Freundschaftsbeweis, dass die schwedische Armee unlängst ihre Lande besetzt und ausgeplündert habe und sie die Truppen nunmehr zu ihrem unersetzlichen Schaden zum dritten Mal hätten ausrüsten müssen.⁵³⁶ Versöhnlicher fügte er hinzu, zwar hätten seine Herren dies tatsächlich nicht zum Besten vermerkt, doch seien sie nicht gewillt, neue Unruhe zu erregen, sondern wollten dieser ein für allemal durch den Frieden abhelfen. Wären sie gewillt gewesen, sich an den Schweden zu rächen, so hätten sie sich mit dem kaiserlichen General Melander verbinden und die schwedischen Truppen aus ihren Landen vertreiben können, womit sie sich beim Kaiser großen Dank verdient hätten.⁵³⁷ Lampadius verwies also noch einmal auf das Unrecht, das den Herzögen in ihren Augen durch den Einmarsch der schwedischen Armee zugefügt worden war. Indem er diesen Anlass, den Schweden zu zürnen, ins Gedächtnis rief und zugleich auf eine konkrete Situation verwies, in der die Welfenherzöge eine Gelegenheit zur Rache hatten verstreichen lassen, stellte er das Misstrauen als unbegründet dar.

Scheffer gab denn auch zu, die Herzöge hätten in der Tat eine gute Möglichkeit, sich zu rächen, ungenutzt gelassen. Damit war dieses Thema beendet.⁵³⁸ Lampadius konnte es damit vermeiden, auf die Geschehnisse am Kongress einzugehen, die laut Scheffer eigentlicher Ausgangspunkt des schwedischen Misstrauens gewesen waren. Dem welfischen Gesandten dürfte dies entgegengesprochen sein, waren die Sorgen der schwedischen Gesandten doch nicht unbegründet: Die Bereitschaft der Reichsstände, Schweden eine üppige Militärsatisfaktion zu bewilligen, war in der Tat nicht sehr ausgeprägt.⁵³⁹

⁵³⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 61'.

⁵³⁵ Ebd., fol. 61'-62. Darüber berichteten die Schweden nichts.

⁵³⁶ Ebd., fol. 62. Wrangel soll von den Herzögen 3000 Kavalleriepferte samt Ausrüstung oder eine Summe von 100.000 Reichstalern Bargeld gefordert haben: LAHRKAMP: General, S. 29 mit Anm. 57.

⁵³⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 62.

⁵³⁸ Ebd.

⁵³⁹ S. unten, Kap. 8. S. 354f.

Wurden die Beziehungen zu den Schweden durch die aktuellen Ereignisse etwas überschattet, ergaben sich für Lampadius und Langenbeck nun engere Kontakte auf zunächst unerwarteter Seite. Volmar ließ die beiden welfischen Gesandten am 24. Januar 1648 zu sich rufen und läutete damit Gespräche neuer Art ein. Zunächst brach er das Eis, indem er Langenbeck und Lampadius mitteilte, es solle bei der einmal abgehandelten Entschädigung für das Haus Braunschweig-Lüneburg bleiben. Da, so Volmar weiter, diese Zusage erst bei Friedensschluss in Kraft trete, hoffe er auf ihre Unterstützung, um einen raschen Abschluss der Verhandlungen zu erzielen. Seinen Kollegen und ihm sei bekannt, welch großen Einfluss Langenbeck und Lampadius auf die Evangelischen hätten.⁵⁴⁰ Mit dem Hinweis auf die Entschädigung erinnerte Volmar an die den Welfen schon einmal zuträglich zusammenarbeitende und erwies ihnen durch seine Bestätigung des Abkommens erneut einen Gefallen. Eindeutig wollte er sich die beiden welfischen Vertreter gewogen stimmen. Danach begann Volmar, mit Langenbeck und Lampadius noch einmal alle Differenzen in den Punkten Amnestie und Gravamina zu besprechen. Seinem Herrn berichtete Lampadius später angetan, der kaiserliche Gesandte habe ihre Gedanken dabei nicht nur gern angehört, sondern auch ihre Vorschläge im Punkt Amnestie fast durchgängig beliebt.⁵⁴¹ Volmar selbst berichtete über dieses Treffen nichts, hatte aber wenige Tage zuvor Trauttmansdorff gegenüber seine Absicht bekundet, mit einigen ganz speziell ausgesuchten Evangelischen zu konferieren: er schrieb am 16. Januar, „[i]ch hab daß instrumentum nunmehr auff daßienige, waß ihr Kayserlicher majestät instruction außweiß, einrichten lassen, werde aber vordrist mit Saxen, Brandenburg und Braunschweig ad singulos passus absonderlich conferirn müessen, dann solten die solche bedenken darwider finden, daß mans hernach besorglich weder bei denn protestierenden noch bei denn Schweden manutenirn köndt, so würdet wol ze considerirn sein, ob mans vergeblich außlifern soll.“⁵⁴²

Bei diesem einen Treffen blieb es nicht. Schon am folgenden Tag setzten Langenbeck, Lampadius und Volmar ihre Besprechungen fort und durchliefen die noch offenen Differenzen bei den Gravamina. Auf diese Weise handelten sie diese in relativ kurzer Zeit ab. Volmar zeigte sich auch hier sehr offen für die Vorschläge der welfischen Gesandten und äußerte, ginge es nach ihm, würde man sich in diesen Fragen auch öffentlich rasch einigen, doch könne er nicht so frei handeln wie Trauttmansdorff.⁵⁴³ In der Tat hatte sich Volmar bereits im September 1647 den Katho-

⁵⁴⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 62ʳ.

⁵⁴¹ Ebd.

⁵⁴² Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1648 Januar 16, APW II A 7, Nr. 89, S. 287.

⁵⁴³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 83. Auch davon berichteten die Kaiserlichen nichts.

lischen gegenüber für einen Friedensschluss unter Anerkennung der von Trauttmansdorff gemachten Zugeständnisse eingesetzt.⁵⁴⁴ So mag diese rasch erzielte Einigung weniger verwundern. Nach außen jedoch erschienen die Kaiserlichen Lampadius weiter unnachgiebig. Mehr noch, er unterstellte ihnen auch aufgrund der Auskünfte katholischer Gesprächspartner, die Verhandlungen über die Reichssachen mit der Übergabe einer Erklärung absichtlich zu behindern. Denn am 3. Februar 1648 erhielten die Evangelischen von den Kaiserlichen ein neues Gutachten mit katholischen Einigungsvorschlägen.⁵⁴⁵ Im Anschluss beschwerten sich viele Katholische gegenüber den Evangelischen, die Kaiserlichen hätten die von ihnen vorgenommenen Zugeständnisse an die Evangelischen vor der Übergabe daraus getilgt. Bei den Evangelischen wuchs daraufhin erneut die Skepsis, ob die Kaiserlichen tatsächlich den Frieden beförderten und nicht im Gegenteil versuchten, ihn weiter aufzuhalten. Die kompromissbereiten Katholischen, am Kongress inzwischen ‚Prinzipalisten‘ genannt, boten den eingeweihten Evangelischen daher die Wiederaufnahme der Direktverhandlungen an.⁵⁴⁶

Bei ihrer Zusammenkunft am 7. Februar 1648 beschlossen die Vertreter Kursachsens, Kurbrandenburgs, Sachsen-Altenburgs, Sachsen-Weimars, Braunschweig-Lüneburgs und Straßburgs, dieses Angebot anzunehmen, davon jedoch die anderen Evangelischen sowie die Schweden in Kenntnis zu setzen, um Verdacht zu vermeiden.⁵⁴⁷ Weitere Alleingänge waren ihnen nun offenkundig doch zu heikel. Daneben wollten sie die Hoffnung auf die Verhandlungen zwischen Kaiserlichen und Schweden nicht ganz aufgeben, sondern sich offen halten, auf diese zurückzukommen. Vor allem schien es ihnen geboten, Kaiserliche und Katholische insgesamt zum Einhalten ihrer Zusagen zu verpflichten. Der Kaiser und das Haus Österreich müssten auch ohne Zustimmung der Katholischen all dasjenige erfüllen, was Trauttmansdorff Kraft kaiserlicher Vollmacht versprochen hatte. Auch die Katholischen sollten im Namen ihrer Herren zusagen, sich an die künftigen Abkommen zu halten. Gleiches wollten die Evangelischen tun. Grundlage der weiteren Verhandlungen sollte die letzte Resolution der Evangelischen sein.⁵⁴⁸ Die eingeweihten Evangelischen versuchten nun, Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen, um einen Erfolg der Direktverhandlungen zu gewährleisten.

Diesen Beschluss stellten die Sachsen-Altenburger, Langenbeck und Lampadius am folgenden Tag Oxenstierna vor, der sich damit einverstanden zeigte.⁵⁴⁹ Also konnten sich mit seiner Zustimmung noch am selben Vormittag der Kursächsische, der Kurbrandenburger Löben, die Sachsen-

⁵⁴⁴ DICKMANN: Frieden, S. 446, 448.

⁵⁴⁵ Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 4, S. 925-930.

⁵⁴⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 90.

⁵⁴⁷ Ebd., fol. 90-90'.

⁵⁴⁸ Ebd., fol. 90'.

⁵⁴⁹ Ebd., Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1648 Februar 10, APW II C 4/1, Nr. 132, S. 234.

Altenburger, Langenbeck, Lampadius und der Straßburger bei den Kurmainzern einfinden. Dort traten ihnen von katholischer Seite der Kurmainzer Raigersperger, der Kurtrierer, der Kurbayerische, der Bamberger und der Würzburger gegenüber. Man besprach zunächst die Punkte, welche die Evangelischen beschlossen hatten, wobei die Katholischen zusagten, sich später an die Vereinbarungen zu halten.⁵⁵⁰ Außerdem kam man überein, als Verhandlungsgrundlage doch nicht auf die bisherigen Erklärungen zurückzugreifen, sondern sich mit den noch offenen Gravamina als solchen zu befassen, welche die Evangelischen vortragen sollten.⁵⁵¹

Nun allerdings griffen die Kaiserlichen ein. In der Mittagspause drohte Volmar den beteiligten Katholischen mit seiner Abreise nach Münster, sollten die Gespräche fortgesetzt werden. Als Evangelische und Katholische nachmittags wieder zusammenkamen, herrschte daher eine ganz andere Stimmung, wie Lampadius vermerkte.⁵⁵² Als die Evangelischen nun die noch offenen Punkte benannten, erklärten die Katholischen unter Bezugnahme auf ihre Resolution, es gäbe noch mehr offene Punkte, worüber die Anwesenden in Streit gerieten.⁵⁵³ Beide Seiten konnten sich schließlich darauf einigen, zuerst die Reichsangelegenheiten und danach die ‚Privatsachen‘ zu behandeln und verabredeten sich für den 10. Februar 1648 für eine weitere Sitzung. Doch vor dem anberaumten Termin übergaben die Kaiserlichen den Schweden und den Evangelischen eine Resolution, von der sie behaupteten, sie enthalte die kaiserlichen „Ultima Ultimata“, über die sie nicht ein Jota hinausgehen könnten.⁵⁵⁴ Sollten Schweden und Evangelische diese nicht annehmen, wollten sich die Kaiserlichen nicht an die bisherigen Absprachen gebunden fühlen. Dazu erzählten die Kaiserlichen den evangelischen Deputierten bei der Übergabe, Kursachsen und Kurbrandenburg seien mit ihrer Erklärung einverstanden.⁵⁵⁵ In der Tat hatten sich kursächsische und kurbrandenburgische Gesandte den Kaiserlichen gegenüber zuvor entsprechend geäußert.⁵⁵⁶ Wie Lampadius berichtete, störte die Übergabe der kaiserlichen Erklärung die Unterhandlungen zwischen gesprächsbereiten Katholischen und Evangelischen nicht wenig. Der kursächsische Gesandte sei zudem von den Kaiserlichen so verschreckt worden, dass er Bedenken bekommen habe, an den Zusammenkünften überhaupt weiter teilzunehmen. Die Katholischen sagten die

⁵⁵⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 90ʳ.

⁵⁵¹ Ebd., fol. 91.

⁵⁵² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 100ʳ, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 Februar 10, APW II A 7, Nr. 118, S. 377f. Die Kaiserlichen berichteten nichts von einer Drohung, Volmar werde abreisen.

⁵⁵³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 100ʳ-101.

⁵⁵⁴ Ebd., fol. 101. Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 4, S. 948-966.

⁵⁵⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 101.

⁵⁵⁶ Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 Februar 10, APW II A 7, Nr. 118, S. 379-382.

Fortsetzung der Verhandlungen am 10. Februar 1648 schließlich sogar ab.⁵⁵⁷ Lampadius betrachtete die Eingriffe der Kaiserlichen somit als erhebliche Störungsversuche, welche die Direktverhandlungen unterbinden sollten. Sicherlich nicht ganz zu Unrecht, schien es den kaiserlichen Gesandten doch ein Anliegen zu sein, bei allen Zugeständnissen die Verhandlungen in der Hand zu behalten.⁵⁵⁸

Die Evangelischen wandten sich nun wieder an die Schweden, die sich anschließend mit den Kaiserlichen trafen. Dabei kam es jedoch zum Streit über den Standpunkt der Kaiserlichen, die Zusagen Trauttmansdorffs nicht halten zu können, da die Katholischen ihre Zustimmung verweigerten.⁵⁵⁹ Bei den Evangelischen sahen sich derweil die evangelisch-kurfürstlichen Gesandten durch die Anmerkung der Kaiserlichen, sie seien mit der kaiserlichen Resolution einverstanden, unter Rechtfertigungsdruck gesetzt. Sowohl Kursächsische als auch Kurbrandenburger stritten dies vehement ab.⁵⁶⁰

Am 13. Februar 1648 riefen die Kaiserlichen dann noch einmal die Evangelischen zu sich und wiederholten, sie seien nicht verpflichtet, das zu halten, was Trauttmansdorff versprochen habe, da die Katholischen ihre Zustimmung versagt hätten. Daher hofften sie, die Evangelischen würden sich mit ihrer Deklaration einverstanden zeigen.⁵⁶¹ Als die Evangelischen dies ablehnten, gaben die Kaiserlichen zu bedenken, sie hätten die Erklärung auf ausdrücklichen Wunsch der Katholischen ausgestellt und damit die Konferenzen zwischen Evangelischen und Katholischen nicht stören wollen. Allerdings hätten sie gehofft, diese würde unter ihrer Direktion stattfinden, sei der Kaiser doch Kaiser sowohl über Katholische als auch über Evangelische.⁵⁶² Die Evangelischen wandten darauf ein, sie achteten den Kaiser zwar als höchstes Oberhaupt, doch sei der Kaiser bei den Gravamina nicht unparteiisch.⁵⁶³ Entsprechend hätten sie, die Kaiserlichen, als seine Vertreter bislang das Wort nur aufseiten der Katholischen geführt. Die Kaiserlichen, berichtete Lampadius nach Hause, seien darauf konsterniert gewesen. Volmar habe vor sich niedergesehen und wenig zu antworten gewusst. Schließlich ließen die Kaiserlichen die direkten Verhandlungen wieder zu „und war ihr Jota am ende“, wie Lampadius formulierte.⁵⁶⁴

⁵⁵⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 101.

⁵⁵⁸ DICKMANN: Frieden, S. 458f.

⁵⁵⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 101.

⁵⁶⁰ Ebd., fol. 101ʳ.

⁵⁶¹ Ebd., fol. 102, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 Februar 13, APW II A 8, Nr. 3, S. 13.

⁵⁶² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 102, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 Februar 13, APW II A 8, Nr. 3, S. 13.

⁵⁶³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 102-102ʳ. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

⁵⁶⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 102ʳ. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

Trotz dieses letztendlich erteilten Einverständnisses der Kaiserlichen stellte sich den Evangelischen nun die Frage, ob die direkten Verhandlungen fortgesetzt werden sollten. Zunächst sahen die Evangelischen die Notwendigkeit, die Situation mit den Katholiken zu klären. Die Sachsen-Altenburger, Langenbeck, Lampadius und der Straßburger begaben sich mit Zustimmung der Schweden und der anderen Evangelischen in die Unterkunft der Kurmainzer, wo bereits Raigersperger und andere Katholische auf sie warteten. Dort konfrontierten sie die Katholischen mit der Aussage der Kaiserlichen, die Übergabe der Erklärung, die sich so störend ausgewirkt hatte, sei auf ihr Ersuchen erfolgt. Zwar leugneten die Katholischen dies zunächst, gaben es dann aber doch zu.⁵⁶⁵ In der Tat waren zumindest Gesandte Kurmainz' und Kurbayerns von den Kaiserlichen gefragt worden, ob sie eine Übergabe der kaiserlichen Vorschläge für sinnvoll hielten. Die katholischen Vertreter hatten sich daraufhin für eine Übergabe an die Protestanten ausgesprochen, von denen die Kaiserlichen eine Stellungnahme verlangen sollten.⁵⁶⁶ Dabei stand die Erwägung im Hintergrund, eine Mehrheit der Evangelischen sei zu weiterem Nachgeben bereit – als hartnäckig würden sich nur einige wenige, vor allem die Sachsen-Altenburger und Braunschweig-Lüneburger, erweisen.⁵⁶⁷ Im Gespräch mit den Protestanten versuchten die Katholischen nun, zu beschwichtigen, doch die Evangelischen reagierten verärgert. Sie wandten ein, es sei mit den Katholischen vereinbart worden, bei den Verhandlungen keine weiteren Erklärungen zu berücksichtigen, sondern über die noch offenen Punkte direkt zu sprechen. Daher wollten sie nun wissen, wie die Katholischen eine Art Ultimatum durch die Kaiserlichen übergeben lassen konnten und zugleich kompromissbereit sein wollten. Darüber kam es zum Streit, sodass das Treffen ohne Ergebnisse endete.⁵⁶⁸ Neben den Kaiserlichen erwiesen sich für die Evangelischen somit auch die Katholischen als unberechenbare Verhandlungspartner.

Aufgrund der erneut negativen Erfahrung mit den Katholischen beschlossen die Evangelischen in der folgenden Woche, die direkten Verhandlungen mit ihnen abubrechen. Nun sollten wieder Kaiserliche und Schweden miteinander über die noch offenen Reichssachen verhandeln, wobei sich Evangelische und Katholische im selben Gebäude aufhalten sollten, um bei Unklarheiten jederzeit um ihre Meinung gefragt werden zu können.⁵⁶⁹

Beide Seiten kamen überein, die Evangelischen die noch vorhandenen Differenzen zusammentragen zu lassen. Das Ergebnis überreichten die Evangelischen den Kaiserlichen und den Schweden am 21. Februar 1648. Außerdem wurde vereinbart, die das Reich betreffenden Punkte, nämlich Justiz und Autonomie, zuerst abzuhandeln, bevor man sich den ‚Privatangelegenheiten‘ wid-

⁵⁶⁵ Ebd.

⁵⁶⁶ Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 Februar 13, APW II A 8, Nr. 3, S. 10.

⁵⁶⁷ Ebd., S. 10f.

⁵⁶⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 102^r.

⁵⁶⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 141.

mete. Oxenstierna war davon zwar nicht sehr angetan, da er dadurch nach wie vor Schwierigkeiten für die Verhandlungen über die schwedische Militärsatisfaktion und die Satisfaktion für die Landgräfin von Hessen-Kassel befürchtete. Die Kaiserlichen hingegen zeigten sich damit einverstanden.⁵⁷⁰ Begeistert waren sie von diesem Schriftstück allerdings nicht. Vor allem wegen der kaiserlichen Erblände sahen sie weiteren Klärungsbedarf.⁵⁷¹

Am 28. Februar 1648 trafen sich die Kaiserlichen sowie die katholischen und evangelischen Deputierten dann wieder zu Verhandlungen bei den Schweden.⁵⁷² Die Kaiserlichen und die anwesenden Katholischen versprachen zunächst, die künftigen Abkommen auch gegen mögliche Widerstände einhalten zu wollen. Danach fing man an, über die Justiz zu verhandeln, und zwar zunächst über die paritätische Besetzung der Reichsgerichte.⁵⁷³ Da die Schweden sich in dieser Frage nicht auskannten, wurden am folgenden Tag mit Zustimmung der Kaiserlichen einige evangelische Deputierte in das Zimmer geholt, in dem Kaiserliche und Schweden verhandelten, nämlich die Sachsen-Altenburger, Langenbeck, Lampadius und der Straßburger.⁵⁷⁴ Lampadius erlebte die Verhandlungen also erneut unmittelbar mit. Zunächst versuchten die Kaiserlichen, die Justizfrage damit abzuwenden, die Katholischen hätten keine Mandate von ihren Herren, darüber am Friedenskongress zu verhandeln. Dagegen wandten die Evangelischen ein, dieses Gravamen sei bereits seit vielen Jahren bekannt.⁵⁷⁵ Diese wichtige Sache erneut an einen Reichstag zu verweisen bedeute zudem, dort eine Lösung zu suchen, wo das Problem entstanden sei. Des Weiteren sei der Missbrauch der Justiz die vornehmliche Quelle des Krieges, weshalb kein beständiger Frieden ohne die Klärung dieses Problems geschlossen werden könne. Die Kaiserlichen wollten sich zunächst mit den Katholischen unterreden, bevor sie darauf antworteten.⁵⁷⁶

Am selben Abend ließ Volmar Langenbeck zu sich rufen und besprach mit ihm, wie man diesen Punkt abhandeln könnte. Als Langenbeck erklärte, die Evangelischen würden von ihrer Forde-

⁵⁷⁰ Ebd., fol. 141', Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1648 Februar 24, APW II C 4/1, Nr. 146, S. 264-266.

⁵⁷¹ Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 Februar 24, APW II A 8, Nr. 19, S. 60.

⁵⁷² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 150', Protokoll, Beilage A zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 2, APW II A 8, Nr. 25, S. 79f.

⁵⁷³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 156, Protokoll, Beilage A zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 2, APW II A 8, Nr. 25, S. 83-85. Kaiserliche und Katholische bestanden darauf, nichts für verbindlich zu halten, bis der Frieden geschlossen wäre: Protokoll, Beilage A zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 2, APW II A 8, Nr. 25, S. 81, 83.

⁵⁷⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 156-156', Protokoll, Beilage A zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 2, APW II A 8, Nr. 25, S. 85f.

⁵⁷⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 156', Protokoll, Beilage A zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 2, APW II A 8, Nr. 25, S. 86.

⁵⁷⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 156', Protokoll, Beilage A zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 2, APW II A 8, Nr. 25, S. 87.

rung der unparteiischen Justiz mit paritätisch besetzten Gerichten nicht abrücken, war Volmar endlich zum Nachgeben bereit.⁵⁷⁷ Der kaiserliche Gesandte sagte zu, einen Entwurf aufsetzen und darüber mit den Sachsen-Altenburgern, Langenbeck und Lampadius im Vertrauen beraten zu wollen. Volmar beabsichtigte, den Justizpunkt auf diese Weise vollständig abzuhandeln, bevor er wieder in die öffentlichen Beratungen gebracht würde. Dies, berichtete Lampadius später, habe er tatsächlich auch erfüllt.⁵⁷⁸ Wieder also fanden neben den ‚offiziellen‘ Verhandlungen Gespräche im kleineren Rahmen statt, um zu Lösungen zu kommen. Damit wurde gewissermaßen die schon in der Entschädigungsfrage sehr gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen Langenbeck, Lampadius und Volmar – erweitert um die Sachsen-Altenburger – fortgesetzt. Diese Zusammenarbeit sowie die nötige Bereitschaft zu Zugeständnissen wurden für Volmar deutlich erleichtert durch den Umstand, dass er zur selben Zeit die Erlaubnis aus Wien erhielt, ein bereits im Dezember 1647 an ihn übersandtes Schreiben mit einem Geheimbefehl zu öffnen. Darin wurde Volmar vom Kaiser ermächtigt, nun doch zu den von Trauttmansdorff gemachten Zusagen zurückzukehren.⁵⁷⁹ Dennoch sind diese Gespräche zwischen Volmar, den Sachsen-Altenburgern sowie Langenbeck und Lampadius bemerkenswert. Denn die Kaiserlichen hatten die Sachsen-Altenburger und die welfischen Gesandten als diejenigen unter den Protestanten ausgemacht, „von welchen alle diese widerspännigkeiten herfließen und underhalten werden“ und die sich bislang als unzugänglich für kaiserliche Ermahnungen erwiesen hatten.⁵⁸⁰ Volmar hatte erst wenige Tage vor den vertraulichen Gesprächen, am 24. Februar 1648, in Bezug auf Thumbs-hirn, Langenbeck und Lampadius konstatiert, diese „rädelfüerer machen noch vil ungelegenheit.“⁵⁸¹ Sie seien diejenigen, die bislang eine mildere Erklärung der Protestanten verhindert hätten.⁵⁸² Diese Einschätzungen sind also deutlich negativ. Die Sachsen-Altenburger und die welfischen Gesandten erschienen den Kaiserlichen eher als Gegner denn als Partner. Die Gespräche Volmars mit diesen ‚Rädelsführern‘ – über die Volmar übrigens selbst zunächst kein Wort berichtete – sind somit als Nachgeben der Kaiserlichen zu verstehen. Volmar sah die Einbindung dieser Wortführer wohl als einziges Mittel, in den Verhandlungen zu Ergebnissen zu kommen, die auch von den Protestanten angenommen werden würden. Die zu diesem Zeitpunkt gemachten kaiserlichen Zugeständnisse waren somit in der Tat ein Produkt der Hartnäckigkeit der Sachsen-Altenburger und Braunschweig-Lüneburger, die dem Druck nicht gewichen waren und die offenkundig bei den Evangelischen über einen solchen Rückhalt verfügten, dass die

⁵⁷⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 156^v-157.

⁵⁷⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 157.

⁵⁷⁹ DICKMANN: Frieden, S. 459.

⁵⁸⁰ Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 Februar 24, APW II A 8, Nr. 19, S. 60f.

⁵⁸¹ Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1648 Februar 24, APW II A 8, Nr. 20, S. 64.

⁵⁸² Ebd.

Kaiserlichen sie nicht einfach übergehen konnten. Anders, als die Äußerungen der kaiserlichen Gesandten teilweise nahelegten, müssen Sachsen-Altenburger und welfische Gesandten daher durchaus im Interesse einer Mehrheit der Protestanten gehandelt haben, denn anders lassen sich weder dieser Rückhalt bei den Protestanten noch ihr Einfluss auf die Verhandlungen erklären. Erklärtes Ziel Volmars war es daher, die welfischen Gesandten auf seine Seite zu ziehen, um sich ihrer künftig nach Möglichkeit zu bedienen.⁵⁸³

Nachdem Langenbeck den versprochenen Aufsatz von Volmar erhalten hatte, kamen die Sachsen-Altenburger, Langenbeck und Lampadius am 1. März 1648 zu Beratungen zusammen. Zwischen Volmar und diesen evangelischen Gesandten war zuvor größtmögliche Geheimhaltung vereinbart worden. Am folgenden Tag ging Langenbeck morgens allein zu Volmar, um ihn über die Ergebnisse zu unterrichten. Dabei wurde zwischen Volmar und Langenbeck als Repräsentanten dieses engen Kreises der Punkt Justiz nahezu vollständig geklärt.⁵⁸⁴

Anschließend trafen sich Kaiserliche, Katholische und Evangelische erneut bei den Schweden, wo der Punkt dann schließlich auch ‚offiziell‘ abgehandelt wurde. Das Schema der Präsentationen von evangelischen Assessoren blieb dabei so, wie die Sachsen-Altenburger, Langenbeck und Lampadius es vorgeschlagen hatten. Lampadius schrieb seinem Herrn, die Sache sei insgesamt derart beglichen worden, dass alle Evangelischen Gott dafür ewig Dank sagen müssten.⁵⁸⁵ Beide Seiten hatten noch einmal geringe Konzessionen gemacht, um zu dieser Einigung zu gelangen. Dies bedeutete, dass die Evangelischen fortan vierundzwanzig von fünfzig Assessoren am Reichskammergericht stellen durften, wobei dem Kaiser die Ernennung des Kammerrichters anheimgegeben wurde. Die Parität war annähernd hergestellt, zumindest am Reichskammergericht.⁵⁸⁶

Am folgenden Tag, dem 3. März 1648, nahmen sich Schweden und Kaiserliche die Autonomie vor.⁵⁸⁷ Die Autonomie war ein Punkt, dem sowohl Schweden als auch Kaiserliche besondere Aufmerksamkeit entgegenbrachten: Die Schweden waren daran interessiert, den (evangelischen) Untertanen eine möglichst umfassende konfessionelle Autonomie angedeihen zu lassen, sahen sie sich doch den vielen österreichischen und böhmischen Exulanten in der schwedischen Armee verpflichtet.⁵⁸⁸ Den Kaiserlichen wiederum war sehr daran gelegen, die Autonomie zumindest für

⁵⁸³ Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1648 März 2, APW II A 8, Nr. 27, S. 91.

⁵⁸⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 157.

⁵⁸⁵ Ebd., Protokoll, Beilage A zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 2, APW II A 8, Nr. 25, S. 87f.

⁵⁸⁶ DICKMANN: Frieden, S. 460, JAHNS: Reichsjustiz, S. 461f, JAHNS: Ringen, S. 407-410, 468-472.

⁵⁸⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 157, Protokoll, Beilage 1 zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 5, APW II A 8, Nr. 29, S. 97-100.

⁵⁸⁸ DICKMANN: Frieden, S. 460f.

die kaiserlichen Erblände weitestmöglich einzuschränken.⁵⁸⁹ Im ‚offiziellen‘ Rahmen kamen Kaiserliche und Schweden denn auch nicht weit, da die Kaiserlichen erklärten, in diesem Punkt an ihrer letzten Erklärung festhalten zu wollen.⁵⁹⁰ Die Kaiserlichen riefen nachmittags erneut die Sachsen-Altenburger, Langenbeck und Lampadius zu sich, die sie zur Annahme ihrer letzten Erklärung überreden wollten. Demgegenüber bestanden die evangelischen Vertreter darauf, es müsse bei dem bleiben, was mit Trauttmansdorff vereinbart worden war.⁵⁹¹ Die Katholischen hätten den Kaiserlichen nicht nur ihre Vollmacht übertragen, in ihrem Namen zu verhandeln, sondern auch die ganze Zeit von den Gegenständen der Unterhandlungen gewusst und nie Einspruch erhoben.⁵⁹² Damit hätten sie zumindest stillschweigend ihre Zustimmung zu den erzielten Vereinbarungen gegeben.⁵⁹³ Da sich Kaiserliche und die evangelischen Vertreter nicht einigen konnten, schlug Volmar schließlich vor, gemeinsam ein neues Gutachten zu diesem Punkt abzufassen.⁵⁹⁴ Die Kaiserlichen berichteten an den Kaiser darüber etwas anders: sie schrieben, sie hätten die genannten evangelischen Gesandten dazu aufgefordert, sich zum Punkt Autonomie zu positionieren.⁵⁹⁵ Von einer Zusammenarbeit Volmars mit ihnen war keine Rede. Entsprechend fanden sich die Sachsen-Altenburger, Langenbeck und Lampadius am 4. März 1648 erneut bei den Kaiserlichen ein und erhielten dort einen von Volmar verfassten Entwurf zur Beratung. Am Nachmittag gaben sie den Kaiserlichen darauf ihre Antwort.⁵⁹⁶ Auch jetzt berichteten die Kaiserlichen nichts von einem Entwurf Volmars und der Kooperation mit den genannten Protestanten. Stattdessen vermerkten sie in ihrem Protokoll für den Kaiser, die Sachsen-Altenburger und Braunschweig-Lüneburger hätten, wie tags zuvor abgesprochen, ihre Erklärung übergeben.⁵⁹⁷ Möglicherweise wollte Volmar seine Zusammenarbeit mit den Sachsen-Altenburgern und den welfischen Gesandten selbst dem Kaiser gegenüber nur ungern zugeben. Vielleicht ließ es sich Ferdinand III. nicht so leicht erklären, wie man nun ausgerechnet mit denjenigen unter den Protestanten kooperieren konnte, die Volmar und seine Kollegen kurz zuvor noch als gegnerische Rädelsführer und Querulanten beschrieben hatten. Vermutlich hätte Volmar

⁵⁸⁹ Ebd., S. 461.

⁵⁹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 157^r, Protokoll, Beilage 1 zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 5, APW II A 8, Nr. 29, S. 97-100.

⁵⁹¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 157^r, Protokoll, Beilage 1 zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 5, APW II A 8, Nr. 29, S. 100.

⁵⁹² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 157^r-158. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

⁵⁹³ Ebd., fol. 158. Darüber berichteten die Kaiserlichen nichts.

⁵⁹⁴ Ebd., fol. 158^r.

⁵⁹⁵ Protokoll, Beilage 1 zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 5, APW II A 8, Nr. 29, S. 100f.

⁵⁹⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 158^r.

⁵⁹⁷ Protokoll, Beilage 1 zu Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 5, APW II A 8, Nr. 29, S. 101.

dafür mit einer kaiserlichen Rüge rechnen müssen, bedeutete doch schon die Zusammenarbeit mit den Sachsen-Altenburgern und Braunschweig-Lüneburgern ein deutliches Nachgeben Volmars. Ob alle Kollegen Volmars von dessen Aktivitäten wussten, ist ebenfalls fraglich.

Am folgenden Tag gab es eine weitere Zusammenkunft zwischen Kaiserlichen und Schweden. Nur über die Präliminarien des Punktes Autonomie wurde dabei eine Einigung erzielt. Danach besprachen sich Schweden und Evangelische über das kaiserliche Konzept. Lampadius schrieb seinem Herrn, bei der Abstimmung darüber hätten sich die nachsitzenden Evangelischen den Voten der Sachsen-Altenburger und der Welfen angeschlossen. Inhaltlich waren die Evangelischen bereit, etwas von ihren Positionen abzurücken.⁵⁹⁸ Über diese Antwort der Evangelischen berieten wiederum die Kaiserlichen am 6. März 1648 mit den Katholischen.⁵⁹⁹

Bis Mitte März dann auch der Punkt Autonomie abgehandelt war, bedurfte es weiterer Bemühungen neben den ‚offiziellen‘ Verhandlungen:⁶⁰⁰ Nachdem eine Konferenz zwischen Schweden und Kaiserlichen über die Autonomie am 9. März 1648 mehr oder weniger ergebnislos endete,⁶⁰¹ waren Lampadius, Langenbeck und die Sachsen-Altenburger überzeugt, es müssten nun auch wieder die kompromissbereiten Katholischen ins Boot geholt werden, ehe man ‚öffentlich‘ mit Erfolg weiterverhandeln könnte.⁶⁰² Daher wollten sie – diesmal mit Vorwissen der Schweden, aber ohne Einbeziehung der Kaiserlichen – die kurbayrischen und würzburgischen Gesandten befragen, wie man ihrer Meinung nach diesen Punkt beilegen könnte.⁶⁰³ Der Kurbayrische hatte seinen Einigungswillen bereits am Tag zuvor den Sachsen-Altenburgern bekundet. Die Sachsen-Altenburger, Langenbeck und Lampadius gingen nun auf dieses Gesprächsangebot ein. Da die Zusammenkunft jedoch höchst geheim ablaufen musste, trafen sich nur Thumbshirn und Langenbeck mit dem Bayrischen und Würzburger in einer Kutsche und sprachen dort miteinander. Dieses ‚Treffen‘ war auch recht ergiebig.⁶⁰⁴ Die Kaiserlichen wurden trotz dieser Geheimhaltung bereits am 10. März von nicht näher bezeichneten katholischen Gesandten über das Treffen informiert.⁶⁰⁵

Am 11. März 1648 benachrichtigten die Sachsen-Altenburger, Langenbeck und Lampadius die Schweden vom Stand der Dinge. Nachdem die Schweden erneut ihr Einverständnis gegeben hatten, trafen sich Thumbshirn und Langenbeck wieder mit den beiden katholischen Vertretern

⁵⁹⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 159, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 5, APW II A 8, Nr. 29, S. 94-96.

⁵⁹⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 7, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 159^r.

⁶⁰⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 175.

⁶⁰¹ Ebd., fol. 175-175^r, Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1648 März 9, APW II A 8, Nr. 33, S. 111.

⁶⁰² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 175-175^r.

⁶⁰³ Ebd., fol. 175^r-176.

⁶⁰⁴ Ebd., fol. 176.

⁶⁰⁵ Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März [12], APW II A 8, Nr. 34, S. 113f.

und brachten die Sache zu einer Einigung. Der Kurbayrische und der Würzburger erboten, auch die Zustimmung der Kaiserlichen und der kompromissbereiten Katholischen einzuholen.⁶⁰⁶ Sie informierten die Kaiserlichen noch am selben Abend.⁶⁰⁷

Umgehend ließen die Kaiserlichen daraufhin die Sachsen-Altenburger, Langenbeck und Lampadius für den folgenden Morgen zu sich einladen.⁶⁰⁸ Als die vier evangelischen Gesandten dieser Einladung folgten, erklärte Volmar, seine Kollegen und er könnten zwar damit einverstanden sein, wenn dieser schwere Punkt durch private Zusammenkünfte ausgeräumt würde. Doch nahmen andere katholische Abgesandte es dem Kurbayrischen und dem Würzburger sehr übel, ihnen in dieser Weise vorzugreifen. Da der Kurbayrische den vier evangelischen Gesandten allerdings zuvor hatte mitteilen lassen, die vornehmsten Katholischen – mit Ausnahme des Kurfürsten von Köln – seien mit der erzielten Einigung einverstanden, verfehlte der Vortrag des kaiserlichen Gesandten zumindest bei Lampadius seine Wirkung. Der welfische Gesandte schloss stattdessen, es seien in Wahrheit die Kaiserlichen, denen der Kompromiss sowie der Weg, wie er zustande gekommen war, missfielen. Während des Gesprächs versuchten die Kaiserlichen dies allerdings nach bestem Können zu überspielen. Graf Lamberg und Volmar waren sehr freundlich, wie Lampadius bemerkte. Einzig Krane erlebte er als sichtlich unzufrieden über die von den Evangelischen erzielten Zugeständnisse.⁶⁰⁹ Dies war in der Tat richtig. Die Kaiserlichen wussten ebenfalls bereits vom Einverständnis der katholischen Mehrheit mit den erzielten Regelungen und haderten vor allem mit dem Umstand, selbst übergangen worden zu sein.⁶¹⁰ Erneut reagierten die Kaiserlichen sehr empfindlich auf ihren Ausschluss vom Einigungsprozess. Zum einen war dies dem Umstand geschuldet, dass der Kaiser sich von möglichen Regelungen bezüglich der Autonomie selbst betroffen sehen musste.⁶¹¹ Zum anderen kam die Sorge hinzu, endgültig die Unterstützung der mächtigeren katholischen Reichsstände zu verlieren und daher auch künftig übergangen zu werden: mehrfach war Volmar und seinen Kollegen von katholischen Gesandten bereits im höchsten Vertrauen berichtet worden, die Kurmainzer, der Kurbayrische und der Würzburger hätten entsprechende Befehle, sollten die Kaiserlichen den Anschein erwecken, die Verhandlungen wegen Spanien weiter verzögern zu wollen. Dies war auch der Grund, weshalb die Kaiserlichen diesmal nicht in die geheimen Verhandlungen eingegriffen hatten – sie wollten den katholischen Beteiligten nicht noch mehr Anlass gegen, sich vom Kaiser zu trennen.⁶¹²

⁶⁰⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 176.

⁶⁰⁷ Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März [12], APW II A 8, Nr. 34, S. 116.

⁶⁰⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 176-176^v.

⁶⁰⁹ Ebd., fol. 176^v.

⁶¹⁰ Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März [12], APW II A 8, Nr. 34, S. 113-118.

⁶¹¹ Ebd.

⁶¹² Ebd., Nr. 34, S. 114f.

Am 21. März 1648 schließlich konnte Lampadius seinem Herrn verkünden, die Gravamina seien nun dergestalt verglichen worden, dass man Gott dafür ewig zu danken habe.⁶¹³ Die Sachsen-Altenburger und Braunschweig-Lüneburger hatten die ganze Woche zuvor zwischen Kaiserlichen und Schweden gleichsam privat verhandelt und fast alles abgehandelt, ehe die Punkte am 21. März in die öffentlichen Beratungen gebracht und die Regelungen dort bestätigt wurden.⁶¹⁴ Die Kaiserlichen hatten zum Schluss doch noch eingelenkt, um zumindest für die kaiserlichen Erblände eine Regelung ganz im Sinne des Kaisers zu erzielen: Hier besaßen die Evangelischen fortan keine Rechte mehr, eine Autonomie der Untertanen in den Erblanden wurde abgewehrt.⁶¹⁵ Anders sah die Situation im Rest des Reiches aus. Hier wurde zwischen drei Gruppen von andersgläubigen, meist evangelischen Untertanen unterschieden: Einer ersten, die im Normaljahr 1624 ihre Konfession privat oder öffentlich ausgeübt hatte, einer zweiten, die sich bei Friedensschluss zu einer anderen Konfession bekennen würde, und einer dritten, die dies erst in fernerer Zukunft tun würde.⁶¹⁶ Die erste Gruppe erhielt nun volle Autonomie, sie durfte nach Maßgabe des Normaljahres ihre Konfession weiter ausüben. Der zweiten und dritten Gruppe wurde dies nicht zuteil. Diesen Untertanen wurde nur eine Frist von fünf bzw. drei Jahren zugestanden, binnen derer sie einen Schutz vor Ausweisung durch den Landesherrn hatten. Dennoch stellte diese Regelung für die Evangelischen, die davon hauptsächlich betroffen waren, einen bedeutenden Erfolg dar, da nun eine grundsätzliche Gewissensfreiheit anerkannt wurde.⁶¹⁷

Die Regelungen der Gravaminafragen wurden schließlich am 24. März 1648 von den Kaiserlichen, den Schweden, für die Katholischen von Raigersperger und für die Evangelischen von Thumbshirn unterschrieben. Zur Einhaltung des Unterschriebenen, teilte Lampadius seinem Herrn mit, seien der Kaiser, die Krone Schweden, die vornehmsten Katholischen sowie alle Evangelischen verpflichtet und es würde wenig geachtet, was Franz Wilhelm von Wartenberg und seine katholischen Mitstreiter dagegen einwenden würden.⁶¹⁸ Damit war auch „der Kampf der beiden großen Konfessionen um die Ausbreitung im Reich geschlichtet.“⁶¹⁹ So gesehen ist „[d]er Westfälische Frieden [...] auch ein Zweiter Religionsfrieden.“⁶²⁰ Die sachsen-altenburgi-

⁶¹³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 193.

⁶¹⁴ Ebd., fol. 193-193'. Darüber berichteten die Schweden nichts, die Kaiserlichen nur sporadisch: Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 19, S. 139, Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 März 23, APW II A 8, Nr. 46, S. 149f.

⁶¹⁵ DICKMANN: Frieden, S. 462f.

⁶¹⁶ Ebd., S. 460.

⁶¹⁷ Ebd., S. 462, SCHMIDT: Freiheit, S. 342f.

⁶¹⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 203.

⁶¹⁹ DICKMANN: Frieden, S. 464.

⁶²⁰ GOTTHARD: Religionsfrieden, S. 479.

schen und welfischen Gesandten hatten dabei in besonderem Maße zum Gelingen der Verhandlungen beigetragen.⁶²¹

Am 25. März 1648 wurden die Entschädigungen für Kurbrandenburg und Braunschweig-Lüneburg sowie die Regelung in der pfälzischen Sache vom Kurmainzer und Sachsen-Altenburger für die Stände unterzeichnet.⁶²² Damit war aus Lampadius' Sicht bereits ein wesentlicher Teil der Verhandlungen abgeschlossen. Allerdings sollte sich zeigen, dass der Rest noch immer ein hartes Stück Arbeit bedeutete.

⁶²¹ Die herausgehobene Rolle insbesondere von Thumbshirn und Lampadius ist bereits früher erkannt worden: ASCH: Deutschen, S. 123-130.

⁶²² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 März 28, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 203'.

8. Die schwedische Militärsatisfaktion

Die Frage der schwedischen Militärsatisfaktion beschäftigte den Kongress und somit auch Lampadius bereits, bevor darüber im Jahr 1648 schließlich intensiv verhandelt und eine Lösung erzielt wurde. Schon Anfang August 1646 berichtete Lampadius nach Hannover, Salvius habe einige Male versucht, mit ihm darüber zu sprechen, wie die schwedische Armee zu befriedigen wäre. Lampadius war zunächst bemüht, einer Antwort darauf unter Hinweis auf seine mangelnde Instruktion auszuweichen. Auf das weitere Drängen des schwedischen Gesandten brachte er jedoch schließlich privatim einen Vorschlag vor. Er äußerte, er gehe davon aus, die schwedische Krone werde eine gute Anzahl ihrer Truppen behalten. Diejenigen, welche in Diensten der Schweden blieben, müssten keine Entschädigung erhalten, außerdem würden einige Reichsstände sowie Frankreich und Venedig voraussichtlich einige der von den Schweden nicht mehr benötigten Söldner übernehmen. Was von den schwedischen Truppen dann noch übrig sei, könne leicht befriedigt werden, indem jeder Reichskreis eine Tonne Gold bezahle. Mit zehn Tonnen Gold sei also das Ziel zu erreichen.¹ Lampadius versuchte gewissermaßen zunächst, das Problem als ein nur geringes darzustellen. Er wollte lediglich diejenigen Soldaten mit einer Satisfaktion versehen wissen, die endgültig entlassen werden würden und schlug eine Summe von insgesamt einer Million Gulden als Entschädigung vor.

Lampadius hatte den Eindruck, sein Vorschlag sage Salvius zu, denn der schwedische Vertreter sprach auch mit anderen Gesandten darüber, ohne Lampadius als Urheber zu benennen.² Der welfische Gesandte errechnete daher schon einmal, wie viel Christian Ludwig anteilig würde bezahlen müssen, sollte es bei diesem Vorschlag bleiben. Er kam für das Fürstentum Calenberg auf eine Summe von etwa 13.000 Talern. Von seinem Herrn wünschte Lampadius dringend Anweisungen zu diesem Punkt zu erhalten, da er glaubte, es werde bald darüber verhandelt werden.³

Es sollte jedoch noch bis zur Konferenz in Minden Anfang Dezember 1646 dauern, bis Lampadius dazu tatsächlich eine Stellungnahme Friedrichs – und indirekt auch Christian Ludwigs – erhielt. Bei diesem Treffen setzte man Lampadius von der Linie in Kenntnis, die in Celle bis Anfang November 1646 in der Instruktion für Langenbeck formuliert worden war und der man in Hannover zugestimmt hatte.⁴ Dabei zeigte sich ähnlich wie schon zu Anfang des Kongresses, wie unterschiedlich Lampadius auf der einen und die beiden Herzöge bzw. deren Regierungen auf der

¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 3, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 245. Darüber berichteten die Schweden nichts.

² Ebd., fol. 245-245'. Darüber berichteten die Schweden nichts.

³ Ebd., fol. 245', Gutachten Lampadius' für Christian Ludwig, Osnabrück 1646 August 31, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503, fol. 371'.

⁴ S. oben, Kap. 7, S. 287f.

anderen Seite die Möglichkeiten am Kongress beurteilten, sich zu bestimmten Fragen zu positionieren – oder auch, eine Positionierung zu vermeiden. Diese verschiedenen Perspektiven sollten während der gesamten Verhandlungen über die schwedische Militärsatisfaktion zu Kommunikationsproblemen und Missverständnissen⁵ zwischen Lampadius und den Welfenhöfen führen.

Inzwischen hatten die Franzosen auf eine Militärsatisfaktion verzichtet, während die Schweden daran festhielten.⁶ Friedrich nun betrachtete in seiner Instruktion für Langenbeck – angesichts der großen Satisfaktion, welche die schwedische Krone für sich selbst forderte – einen harten und unnachgiebigen Kurs der Reichsstände bezüglich der Militärsatisfaktion als angebracht.⁷ Er wies Langenbeck an, sich keinesfalls in irgendeiner Weise zustimmend zur Militärsatisfaktion zu äußern. Stattdessen sollte er sich mit anderen Gesandten aufs Äußerste bemühen, die Schweden zum Abrücken von dieser Forderung zu bewegen.⁸ Letztendlich wollte Herzog Friedrich zwar nicht auf dieser Haltung beharren, sollte der Frieden davon abhängen. In seiner Instruktion für Langenbeck benannte er jedoch verschiedene Bedingungen, die erfüllt sein sollten, bevor sich das Haus Braunschweig-Lüneburg entsprechend erklärte: Ein Abwenden der Forderung nach einer Militärsatisfaktion müsse endgültig gescheitert, die Summe erträglich und die Zustimmung anderer Reichsstände erfolgt sein, sich an der Bezahlung zu beteiligen. Dieser Zusatz war nur für die welfischen Gesandten bestimmt und geheim zu halten.⁹ Zunächst sollten sich die welfischen Gesandten in dieser Frage unnachgiebig zeigen. Lampadius war, indem er Salvius einen eigenen Vorschlag unterbreitet hatte, bereits weit über diese Anweisung hinausgegangen.

Diese Divergenzen blieben unmittelbar jedoch ohne Folgen, zumal die Frage der schwedischen Militärsatisfaktion zurückgestellt wurde. Erst im Sommer 1647 spielte dieses Thema überhaupt wieder eine Rolle bei den Verhandlungen, als die Kaiserlichen die Schweden am 13. August 1647 aufforderten, diesbezüglich ihre Forderungen zu übergeben.¹⁰ Die daraufhin präsentierten Wünsche der Schweden riefen am Kongress erschrockene Reaktionen hervor. Der inzwischen an den Kongress angereiste schwedische Kriegsrat Alexander Erskine forderte für das schwedische Militär die Summe von zwanzig Millionen Reichstalern.¹¹

Lampadius äußerte sich nach Bekanntwerden dieser Forderung nicht nur bestürzt über die Höhe der Summe, sondern auch erbost über das Verhalten einiger evangelischer Gesandter. Er schrieb

⁵ Dies belegt eindrücklich, dass Missverständnisse in der Tat ein untersuchenswerter Gegenstand bei Friedensverhandlungen sein können, wie schon Peters darlegt: PETERS: „Missverständnis“, passim.

⁶ Instruktion Friedrichs für Langenbeck, Celle 1646 [November 7], Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 66-66', DICKMANN: Frieden, S. 422.

⁷ Instruktion Friedrichs für Langenbeck, Celle 1646 [November 7], Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504, fol. 66'-67.

⁸ Ebd., fol. 67.

⁹ Ebd., fol. 67-67'.

¹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 August 17, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 298'.

¹¹ DICKMANN: Frieden, S. 423.

nach Hause, stets habe er befürchtet, die Schweden würden solch unerschwingliche Forderungen benennen. Deshalb habe er verschiedenen Gesandten eindringlich geraten, sich vor Friedensschluss nicht zur Militärsatisfaktion zu äußern. Lampadius war also bemüht gewesen, dieses Thema soweit möglich zu vertagen und so auch einer weiteren eigenen Stellungnahme zu entgehen. Dennoch, so Lampadius weiter, hätten neben den Kaiserlichen und einigen katholischen Gesandten auch die Sachsen-Altenburger und Sachsen-Weimarer die Schweden immer wieder um Übergabe ihrer Forderungen ersucht, wozu Erskein mehr als bereit gewesen sei. Nun aber seien diejenigen, die darauf gedrängt hatten, ganz erstaunt, lamentierten und wüssten sich keinen Rat.¹² Auch in dieser Frage betrachtete Lampadius das Verhalten der fürstlich-sächsischen Gesandten als nicht sehr zuträglich für die gemeinsamen Interessen. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihnen, die sich in einem einheitlichen Auftreten nach außen manifestierte, wurde ja auch erst kurz danach im Herbst 1647 wieder aufgenommen.¹³ Aktuell war Lampadius zur Zeit des Bekanntwerdens der Forderung nicht in der Verfassung, aktiv an den Verhandlungen teilzunehmen, da ein Husten ihn ans Bett fesselte. Er hörte jedoch, dass sich Österreich, Burgund und Bayern weigerten, etwas zur schwedischen Militärsatisfaktion beizusteuern. Er selbst wollte sich vor Eintreffen weiterer Anweisungen nicht zu diesem Thema äußern.¹⁴

Dieser Entschluss betraf jedoch offenbar nur die Stellungnahme gegenüber anderen Reichsständen. Zumindest hielt sich Lampadius bei den Schweden keineswegs daran, Äußerungen zur Militärsatisfaktion zu unterlassen. Bereits am 31. August 1647 unterhielt er sich mit Salvius darüber.¹⁵ Dabei bekundete er erstaunlich offen Kritik am schwedischen Vorgehen: Er bemängelte, die Schweden hätten viel besser daran getan, wenn sie diese Forderung bis nach Friedensschluss zurückgehalten hätten, da nun eine Erschwerung der Verhandlungen und ein Verhärten der Fronten zu befürchten seien. Wollte man eine ausreichende Summe zusammenbekommen, müssten sich viele daran beteiligen, doch hätten unter anderem Österreich, Burgund, Bayern und Hessen-Kassel erklärt, nichts bezahlen zu wollen. Ließe man solche Ausnahmen zu, würde die Summe geringer ausfallen, was eher zur Meuterei der Soldateska als zu ihrer Befriedigung führen würde. Möglicherweise sah sich Salvius von Lampadius unter Rechtfertigungsdruck gesetzt. Der schwedische Gesandte gestand jedenfalls zu, kein Reichsstand solle von den Zahlungen ausgenommen werden. Wie dies erreicht werden sollte, wusste er aber nicht zu sagen. Sich selbst und Oxenstierna verteidigte Salvius, die Forderungen seien von den schwedischen Offizieren aufge-

¹² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 August 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 303.

¹³ S. oben, Kap. 7, S. 304f.

¹⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 August 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 303ʳ.

¹⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 September 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506, fol. 332-332ʳ. Darüber berichteten die Schweden nichts.

bracht worden, denen sie sich nicht hätten widersetzen können.¹⁶ Auch mit dem Vertreter des schwedischen Militärs, Alexander Erskein, sprach Lampadius am 20. September 1647 offen über die schwedische Militärsatisfaktion. Erskein gegenüber hielt sich Lampadius nicht mit Vorwürfen auf, sondern verfuhr nach einer anderen Taktik, indem er die Militärsatisfaktion grundsätzlich als gerechtfertigt erklärte. Darüber hinaus sagte er auch schon eine Beteiligung der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg zu.¹⁷ Dafür verlangte er als Gegenleistung eine freundschaftliche Behandlung der Herzöge und ihrer Lande durch das schwedische Militär, also eine Abstellung und künftige Vermeidung aller durch sie verursachten Behelligungen.¹⁸ Diese klare Stellungnahme im Sinne der Schweden mochte also dem Versuch geschuldet sein, die welfischen Territorien vor der aktuell drohenden Besetzung durch die schwedischen Truppen zu bewahren.¹⁹ Andere Erwägungen, auch die früher in Celle formulierte Anweisung, ordnete Lampadius diesem Ziel nach.

Erst nach diesen Gesprächen erhielt Lampadius eine Rückmeldung Christian Ludwigs zur Frage der schwedischen Militärsatisfaktion, die auf den 23. September 1647 datierte. Dabei handelte es sich allerdings nur um die Ankündigung weiterer Beratungen im Welfenhaus über diese Frage.²⁰ Eine entsprechende Konferenz fand tatsächlich fünf Tage später in Hannover statt. Daran nahmen Geheime Räte sowohl Christian Ludwigs und Friedrichs als auch Augusts teil.²¹

Man beschloss dabei ein gemeinsames Vorgehen der welfischen Gesandten am Kongress, das allerdings nur die Beratungen zwischen den Reichsständen betraf und nicht das Verhalten gegenüber den Schweden selbst: Hinsichtlich der Frage, ob überhaupt eine Militärsatisfaktion zu zahlen sei, sollten die welfischen Gesandten die Voten derjenigen abwarten, die vor ihnen im Fürstenrat abstimmten.²² Bejahten diese die Frage, sollten auch die Braunschweig-Lüneburger zustimmen, dabei aber mögliche Ansprüche der Truppen des Kaisers, Frankreichs und der Landgräfin von Hessen-Kassel zurückweisen.²³ Während Lampadius den Schweden gegenüber nicht nur die Frage, ob überhaupt eine Satisfaktion für ihr Militär bezahlt werden sollte, bereits positiv beschied, sondern darüber hinaus auch schon die Beteiligung der Welfenherzöge in Aussicht gestellt hatte, sollten die welfischen Gesandten im Fürstenrat in diesen Fragen Zurückhaltung an den Tag legen. Damit könnte man hier von einer Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen sprechen. Die Positionierung gegenüber den Schweden scheint man an den Welfenhöfen gar nicht in den Blick

¹⁶ Ebd., fol. 333. Darüber berichteten die Schweden nichts.

¹⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 September 21, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 255^v. Darüber berichtete Erskein nichts.

¹⁸ Ebd., fol. 255^v-256.

¹⁹ S. oben, Kap. 7, S. 308f.

²⁰ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1647 September 23, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 8^r.

²¹ ‚Fernere Instructio‘ Christian Ludwigs für Lampadius, Hannover 1647 Oktober 7, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 16.

²² Ebd.

²³ Ebd., fol. 16-16^v.

genommen zu haben, sie war quasi ein ‚blinder Fleck‘. Stattdessen dachte man ganz in den Bahnen des üblichen Entscheidungsfindungsprozesses in den Reichsgremien. Dabei verkannte man möglicherweise, dass es sich bei der Zusammenkunft in Münster und Osnabrück nicht um einen gewöhnlichen Reichstag, sondern um einen international besetzten Friedenskongress handelte, der schon durch die Beteiligung der beiden Kronen anderen Regeln und einer ganz eigenen Dynamik unterlag.

Sollte, so der gemeinsame Beschluss aus Hannover weiter, im Fürstenrat hingegen zunächst darüber beraten werden, welche Stände die Militärsatisfaktion bezahlen würden, sollten die welfischen Gesandten auf einer Beteiligung aller Stände bestehen.²⁴ Immerhin in diesem Punkt war Lampadius ganz auf der Linie der welfischen Regierungen, hatte er Salvius doch vor Ausnahmen in dieser Frage gewarnt und dafür die Zustimmung des schwedischen Gesandten erhalten.

Hinsichtlich des Quantums, kamen die welfischen Räte überein, solle gar nicht erst auf die von Erskein genannte, unerschwinglich hohe Summe von zwanzig Millionen Reichstalern eingegangen werden. Stattdessen solle darüber abgestimmt werden, was jeder Reichsstand zu geben fähig und willens sei.²⁵ Zuvor jedoch müsse festgelegt werden, wie genau die Abdankung der Soldateska vonstattengehen sollte, da man sich andernfalls nicht zur Bezahlung einer größeren Summe bereiterklären könnte.²⁶ Da kaum genügend Bargeld aufzutreiben sei, müsse ein Teil der Satisfaktion allemal auf Assekuration geschehen.²⁷ Man stellte sich offenbar vor, den Schweden auch eine Art Schuldverschreibung zukommen lassen zu können, um das fehlende Bargeld zu ersetzen. Ob sich die Schweden darauf einlassen würden, war jedoch fraglich. Möglicherweise war man sich dessen nicht bewusst, dass eine Assekuration absehbar die Zuweisung von schwedischen Truppen in die Territorien derjenigen Reichsstände bedeuten würde, die nicht auf Anhieb bar bezahlen konnten. Vielleicht machte man sich auch Hoffnungen, davon selbst nicht betroffen zu sein.

Auch über die mögliche Höhe des eigenen Anteils beriet man in Hannover. War Christian Ludwig zuvor der Ansicht gewesen, das fürstliche Haus solle die Zahlung einer spezifischen Summe – etwa in Höhe von 100.000 Talern – anbieten, beschloss man nun gemeinsam, es sei besser, wenn sich die reichsständischen Gesandten am Kongress auf eine bestimmte Zahl an Römermonaten einigten.²⁸ In Hannover wollten die Räte noch keine genaue Anzahl spezifizieren, sondern abwarten, was die welfischen Gesandten diesbezüglich von anderen Ständen berichten würden. Bei den Beratungen darüber sollten Lampadius und seine Kollegen am Kongress ausdrücklich

²⁴ Ebd., fol. 16^v-17.

²⁵ Ebd., fol. 17^v.

²⁶ Ebd., fol. 18.

²⁷ Ebd., fol. 17^v-18.

²⁸ Ebd., fol. 18-18^v.

bedingen, ihre Herren würden lediglich die Quote für ihr Haus bezahlen oder per Assekuration zusichern, keinesfalls aber Verpflichtungen für andere Stände übernehmen.²⁹

Lampadius hatte diese Anweisungen noch nicht in der Hand,³⁰ als er am 3. Oktober 1647 Salvius vor allem deshalb besuchte, um sich die Schweden gewogen zu erhalten. Bei der Gelegenheit legte er noch einmal knapp dar, warum das Festlegen einer Gesamtsumme unmöglich sei, solange nicht feststünde, wer überhaupt etwas bezahlen würde.³¹ Während er mit Salvius über dieses Thema sprach, kamen nacheinander auch Erskein und Oxenstierna zu ihnen.³² Lampadius ging davon aus, dies sei im Vorfeld von den schwedischen Gesandten verabredet worden und machte sich auf eine Auseinandersetzung gefasst. Zunächst sprachen die vier Männer jedoch über den aufgekündigten Waffenstillstand zwischen Schweden und Bayern. Obwohl die schwedischen Gesandten dessen Ende selbst ungern vermerkten, scherzten sie auf Kosten Frankreichs, das sie von Bayern betrogen sahen. Lampadius machte dabei auch kritisch auf die Rolle der Schweden aufmerksam und äußerte, sie hätten ihre Truppen mit bloßen Worten aus den Territorien des bayerischen Kurfürsten hinausweisen lassen und darüber hinaus in der Pfalzfrage alles bewilligt, was Bayern hätte haben wollen. Die schwedischen Gesandten verwiesen darauf, sie seien von den Franzosen dazu überredet worden, weshalb sie sich bei ihnen beschweren wollten. Salvius las Lampadius darauf den schwedischen Beschwerdebrief an die Franzosen vor.³³ Auch bei dieser heiklen Frage war ein offenes Wort zwischen Lampadius und den schwedischen Gesandten möglich, ohne dass dies dem welfischen Gesandten übel genommen worden wäre. In dieser Situation waren Oxenstierna und Salvius im Gegenteil bemüht, ihre ‚Unschuld‘ zu erweisen und ihrem Ärger über ihren Bündnispartner Frankreich Ausdruck zu verleihen.

Anschließend kamen Oxenstierna und Erskein aber doch auf die Militärsatisfaktion zurück. Lampadius fühlte sich in die Enge getrieben, über dieses unangenehme Thema gegen seinen Willen sprechen zu müssen, und wiederholte zunächst seine vorherigen Äußerungen zu der Angelegenheit: Die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg seien bereit, einen Anteil beizutragen, doch müsse zunächst die Beteiligung aller Reichsstände sichergestellt sein. Erskein war mit dieser Antwort nicht zufrieden und wollte zuerst über die Höhe der Militärsatisfaktion verhandeln, wofür er Unterstützung von Oxenstierna erhielt, während Salvius schwieg.³⁴ Lampadius rechtfertigte seine Position nun damit, die Katholischen würden vor Friedensschluss keinen Heller zur

²⁹ Ebd., fol. 18’.

³⁰ Sie wurden erst am 7. Oktober 1647 im Namen Christian Ludwigs für Lampadius festgehalten. ‚Fernere Instructio‘ Christian Ludwigs für Lampadius, Hannover 1647 Oktober 7, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 19.

³¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 21’. Darüber berichteten die Schweden nichts.

³² Ebd., fol. 21’-22. Darüber berichteten die Schweden nichts.

³³ Ebd., fol. 22.

³⁴ Ebd. Darüber berichteten die Schweden nichts.

Militärsatisfaktion bewilligen, zumal sie nach der Aufkündigung des Waffenstillstands durch den Kurfürsten zu Bayern das Haupt hoch erhoben trügen. Und auch die meisten Evangelischen seien vorher wohl nicht dazu bereit.³⁵ Argumentativ schob er die Hauptverantwortung für die intransigente Haltung der Reichsstände in dieser Frage somit den Katholischen zu und verwies noch einmal auf den gescheiterten Waffenstillstand, über den sich die Schweden seines Wissens ohnehin ärgerten. Die Evangelischen nahm er insofern in Schutz, als er ihre Einstellung relativierte. Er bemühte sich damit, seine Herren aus der Schusslinie herauszuhalten und trotzdem in ihrem Sinne für eine Vertagung der Militärsatisfaktionsfrage zu plädieren.

Dieses Kalkül schien aufzugehen, denn nun assistierte Salvius ihm und äußerte, die von Lampadius vorgebrachten Gründe seien vernünftig, weshalb er nicht ersehen könne, was dagegen einzuwenden sei. Daraufhin lenkte auch Oxenstierna ein und selbst Erskein brachte keine Gegenargumente mehr vor. Lampadius traute sich daher sogar, als Konsequenz aus dem Gesagten vorzubringen, vor Friedensschluss könne nicht weiter über die Militärsatisfaktion verhandelt werden.³⁶

Erst am 26. Oktober 1647 ging Lampadius auf die Anweisungen in der Frage der Militärsatisfaktion ein, die ihn inzwischen aus Hannover erreicht hatten. Dabei gab er zu bedenken, die vorsitzenden, fürstlich-evangelischen Häuser hätten die Frage, ob dem schwedischen Militär überhaupt eine Entschädigung gezahlt werden sollte, den Schweden gegenüber bereits bejaht.³⁷ Lampadius war also nicht der einzige Gesandte, der sich schon in diesem Sinne geäußert hatte. Ob man sich auf eine bestimmte Summe oder auf Römermonate festlegte, so Lampadius weiter, sei egal, da sich auch bei der Angabe von Römermonaten schnell errechnen ließe, welche Summe sich dahinter verberge. Da man in den Reichsanlagen schon lange in Römermonaten rechne, könne man aber dabei bleiben.³⁸

Lampadius' Hauptanliegen bestand darin, nun rasch Auskunft darüber zu erhalten, welche Anzahl an Römermonaten Christian Ludwig maximal zu bezahlen bereit wäre. Er brachte vor, sollten seine Kollegen und er sich mangels Instruktion bei der Abstimmung der Reichsstände dazu nicht erklären können, würde dies zu ihrem Unglimpf und Verweis gereichen. Auch könnten andere Gesandte aufgrund des hohen Respekts des Hauses Braunschweig-Lüneburg zuerst hören wollen, was die Welfenherzöge beitragen wollten, bevor sie sich selbst äußerten. Außerdem gebe es keine Gesandten, deren Herren näher am Kongress residierten als seine Kollegen und er. Daher würde es ihnen von den Schweden und vielen anderen erst recht übel genommen werden, wenn sie nach so langer Zeit keine Entscheidung ihrer Herren in dieser Sache

³⁵ Ebd., fol. 22'.

³⁶ Ebd.

³⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 Oktober 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 82.

³⁸ Ebd., fol. 82'.

vorweisen könnten.³⁹ Lampadius wies also auf eine Reihe von Gründen hin, um seinen Herrn doch noch zu einer schnellen Festlegung zu überreden. Der Absicht der Welfenherzöge, zuvor etwas über die Haltung anderer Reichsstände in Erfahrung zu bringen, widersprach Lampadius von Anfang an.

Um Christian Ludwig alle mit einer Festlegung verbundenen Befürchtungen zu nehmen, schlug Lampadius zudem vor, wie seine welfischen Kollegen und er sich im Fürstenrat weiter verhalten wollten: Sollten diejenigen reichsständischen Vertreter, die vor ihnen abstimmten, weniger geben wollen als die von den Welfenherzögen definierte Maximalsumme, wollten seine Kollegen und er sich dem anschließen. Sollten sie aber mehr bewilligen, wollte er dies berichten und ohne ausdrücklichen Befehl Christian Ludwigs keinen Heller über die zuvor festgelegte Summe hinaus anbieten.⁴⁰

Lampadius' Bitte, ihm möglichst schnell Auskunft über die Maximalsumme zu erteilen, wurde in Hannover nicht entsprochen. Am 6. November 1647 antwortete Christian Ludwig seinem Vizekanzler, er belasse es bei dem, was er zuvor dekretiert habe. Er könne nicht nachvollziehen, aus welchen Gründen er sich auf eine bestimmte Summe festlegen sollte, bevor in den Reichsräten beschlossen worden wäre, dass die Reichsstände den Schweden überhaupt eine Militärsatisfaktion bezahlen würden.⁴¹ Lampadius' Einwand, die vorsitzenden Evangelischen hätten den Schweden diese schon zugesagt, ließ der Herzog nicht gelten: Auch wenn einige Stände dies privatim bereits für sich entschieden hätten, müsse darüber doch ein Konklusum in den Reichsräten beschlossen werden, in welchem zudem auch verschiedene andere Fragen beantwortet werden müssten.⁴² Hierzu zählten unter anderem die Fragen, ob alle Reichsstände einen Beitrag leisten müssten, ob die Schweden bei ihrer unerschwinglich hohen Forderung bleiben würden und wie die Abdankung der Truppen vonstatten gehen sollte, ohne die Reichsstände weiter zu belasten.⁴³ Vor der Klärung all dieser Fragen lehnte Christian Ludwig es ausdrücklich ab, sich selbst auf eine Summe festzulegen.⁴⁴ Die Erwägung, eine solche nachträgliche Festlegung könnte sich nachteilig für ihn auswirken, spielte für den Herzog offenbar keine Rolle. Der ‚blinde Fleck‘ in Hinsicht auf das Geschehen am Friedenskongress blieb bestehen. Christian Ludwig bestand stattdessen auf dem bei Reichstagen üblichen formalen Verfahren zur Entscheidungsfindung in den Reichsräten, wobei er selbst dieses anders einschätzte als Lampadius. Christian Ludwig machte seinem Gesandten lediglich das Zugeständnis, er dürfe die entsprechenden Abstimmungsergebnisse aus den Reichsräten durch einen Eilboten zustellen lassen, um den Zeitverlust etwas zu minimieren. Ab-

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Ebd., fol. 83.

⁴¹ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1647 November 6, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 100.

⁴² Ebd., fol. 100-100'.

⁴³ Ebd., fol. 100'.

⁴⁴ Ebd., fol. 100'-101.

schließlich äußerte der Herzog die Befürchtung, ein frühzeitiges Festlegen auf eine Maximalsumme könnte ihm sogar Misstrauen und unverdienten Hass von anderen Reichsständen einbringen.⁴⁵

Diese letzte Äußerung gab Lampadius Anlass zu der Vermutung, sein Ersuchen, eine Summe zu spezifizieren, sei in Hannover falsch verstanden worden. Er bemühte sich daher, dieses Missverständnis aufzuklären und antwortete, er sei nie der Meinung gewesen, man solle vor den Beratungen in den Reichsräten irgendeinem Menschen von einer durch Christian Ludwig festgelegten Summe erzählen. Es gehe ihm stattdessen darum, vorbereitet zu sein, wenn die Vorsitzenden im Fürstenrat öffentlich über diese Frage votierten. Es würde seinem Herrn übel genommen werden, wenn seine welfischen Kollegen und er dann auf diese Frage nichts zu sagen wüssten und durch ihre Rücksprache mit den Herzögen die Friedensverhandlungen aufhalten würden. Die Frage, ob etwas gegeben werden sollte, hätten die Kaiserlichen bereits bejaht. Ob sie dabei bleiben und die Katholischen bereit sein würden, etwas beizusteuern, wisse er noch nicht.⁴⁶ Lampadius versuchte also, doch noch eine Stellungnahme zu erwirken, indem er erneut auf negative Konsequenzen hinwies, sollte die Instruktion in dieser Frage zu spät erfolgen.

Allerdings schränkte Lampadius dieses Ersuchen aufgrund eines aktuellen Ereignisses zugleich selbst wieder ein: Die Nachricht vom Einmarsch schwedischer Truppen in das Herzogtum Göttingen hatte ihn gerade erreicht. Lampadius zeigte sich davon tief betroffen und äußerte, sein Herr habe keinen Grund, die schwedische Armee mit einer Satisfaktion gleichsam für die Plünderung seiner Lande zu belohnen.⁴⁷ Seine Schlussfolgerung lautete, sich dafür einsetzen zu wollen, dass vor Friedensschluss zumindest in den Reichsräten nicht weiter über die Militärsatisfaktion beraten würde.⁴⁸ Lampadius sah zwar die Notwendigkeit, von seinem Herrn Auskunft über die zu bewilligende Summe bekommen zu müssen. Doch gab er sich jetzt vorläufig damit zufrieden, zu einer Vertagung dieser Frage in den Reichsräten beizutragen.

Das Thema spielte tatsächlich in der folgenden Zeit eher eine untergeordnete Rolle. Immer wieder versuchten die Schweden zwar, die Militärsatisfaktion auf die Tagesordnung zu bringen, zunächst jedoch vergeblich, da sich Kaiserliche und Reichsstände einig waren, die Frage noch nicht zu behandeln.⁴⁹ Als die Schweden etwa am 27. Januar 1648 in einer Konferenz mit den Kaiserlichen erneut über ihre Militärsatisfaktion sprechen wollten, beriefen sich die Kaiserlichen auf einen Beschluss der Reichsstände, über diese Sache nicht vor Friedensschluss verhandeln zu

⁴⁵ Ebd., fol. 101.

⁴⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1647 November 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 115'.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Ebd., fol. 116.

⁴⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507, fol. 335', Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Januar 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, 25-25'.

lassen.⁵⁰ Tatsächlich setzten sich Reichsstände und Kaiserliche damit durch. Erst einmal wurden weiter die Reichssachen abgehandelt, bevor man erneut auf die Militärsatisfaktion zurückkam.

Verhandlungen über die schwedische Militärsatisfaktion

Erst gegen Ende April 1648 zeichnete sich ab, dass bald wieder über die Satisfaktion für das schwedische Militär verhandelt werden würde. Am 23. April 1648 unterbrachen die Kaiserlichen die Verhandlungen und erklärten, sie hätten Befehl erhalten, nicht weiter zu verhandeln, bis der Paragraph Tandem omnes in der von ihnen abgefassten Version in den Friedensvertrag aufgenommen worden wäre.⁵¹ Dieser Paragraph betraf die Amnestie in den kaiserlichen Erbländen. Nachdem die Autonomie für diese Territorien gerade erst ganz im Sinne des Kaisers geregelt worden war, stellte die Amnestiefrage für die Schweden eine Möglichkeit dar, wie sie den zahlreichen Exulanten in ihrer Armee, die aus den kaiserlichen Erbländen stammten, doch noch die Rückkehr in ihre Heimat ermöglichen konnten. Die schwedischen Gesandten forderten denn Ende März 1648 die volle Amnestie und Restitution auch in konfessioneller Hinsicht für die kaiserlichen Untertanen.⁵² „Dies hätte die inzwischen etablierte Ordnung der Erblande von Grund auf verändert und das vom Kaiser in den Autonomieverhandlungen hartnäckig und erfolgreich verteidigte *ius reformandi* für die Erblande durchlöchert.“⁵³ Entsprechend wenig waren die kaiserlichen Vertreter geneigt, dieser Forderung nachzugeben. Allerdings erklärten sie sich bereit, die Amnestie in den kaiserlichen Erbländen zusammen mit der schwedischen Militärsatisfaktion abzuhandeln, zumal diese beiden Punkte tatsächlich aufgrund der vielen Exulanten in der schwedischen Armee inhaltlich miteinander verbunden waren: Je mehr Exulanten restituiert würden, desto geringer konnte die Summe ausfallen, die für die Militärsatisfaktion aufgebracht werden musste.⁵⁴ Bereits Ende März 1648 hatten Kaiserliche und Schweden die Verknüpfung der beiden Fragen vereinbart.⁵⁵ Daher bat Lampadius seinen Herrn – angesichts der gerade erfolgten Erklärung der Kaiserlichen – am 25. April 1648 erneut, ihn nun rasch im Punkt der Militärsatisfaktion zu instruieren. Zwar, fügte er hinzu, sei er von seinen Kollegen in Hannover gebeten worden, zunächst in Erfahrung zu bringen, was andere Stände zu zahlen bereit wären, doch sei kein Mensch willens, sich vor der eigentlichen Abstimmung dazu zu äußern.⁵⁶

⁵⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Februar 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 83.

⁵¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 April 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 278ʳ.

⁵² DICKMANN: Frieden, S. 471.

⁵³ RUPPERT: Politik, S. 338.

⁵⁴ DICKMANN: Frieden, S. 471f, RUPPERT: Politik, S. 338f.

⁵⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 April 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 239.

⁵⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 April 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 278ʳ.

Kurz nach Eintreffen dieser Bitte wurde man auch in Hannover wieder aktiv in der Frage. Bereits am 29. April 1648 leitete die Regierung Christian Ludwigs dieses Gesuch an die Regierung Herzog Friedrichs weiter. Allerdings beschieden Lampadius' Kollegen in Hannover es selbst erneut abschlägig und blieben dabei, vor der Festlegung einer Summe müssten zuerst andere Punkte geklärt werden.⁵⁷ Lampadius und die anderen welfischen Gesandten erhielten nicht nur die Anweisung, in Kenntnis zu bringen, wie weit die Schweden in ihren Forderungen nachzugeben bereit wären, sondern auch nochmals den Befehl, herauszufinden, wie die im Fürstenrat vorsitzenden Gesandten abstimmen würden.⁵⁸ Man unterschätzte damit in Hannover völlig die Eigendynamik der Verhandlungen und überschätzte zugleich die Bereitschaft anderer Reichsstände, Auskunft über ihre Absichten zu erteilen. Die Regierung Christian Ludwigs und Lampadius zeigten weiterhin ein völlig unterschiedliches Herangehen an die Militärsatisfaktionsfrage. Während man sich in Hannover gern weiter absichern wollte, bevor man Anweisungen gab, sah Lampadius die Notwendigkeit, möglichst frühzeitig instruiert zu werden, um auf das Geschehen am Kongress nicht bloß reagieren zu können, sondern sein Vorgehen zu planen.

In Celle teilte man ganz die Ansichten der Regierung Christian Ludwigs. Hier wollte man ebenfalls vor einer eigenen Festlegung bestimmte Bedingungen erfüllt sehen und weitere Informationen erhalten.⁵⁹ Der Zeitfaktor erschien auch in Celle nicht als Problem, denn man glaubte, die meisten anderen Reichsstände würden ebenso handeln wie die beiden welfischen Regierungen: „Ehe man aber hievon mehrere information erlanget, werden die Stände ratione quanti, insonderheit auff die geforderte ohnablangliche Summ, sich schwerlich alßbald heraus laßenn, sondern Zweifels ohn die meisten es anfangs ad referendum nemen.“⁶⁰ Eigentlich im Gegensatz zu dieser Einschätzung stand die zugleich geäußerte Absicht, Langenbeck und Lampadius in Kenntnis bringen zu lassen, wie viel insbesondere die im Fürstenrat vorsitzenden Reichsstände zu geben bereit wären.⁶¹ Man glaubte also, bestimmte reichsständische Gesandte wären bereits auf konkrete Summen instruiert und würden anderen reichsständischen Vertretern darüber Auskunft geben. Zugleich war man überzeugt, dieselben bereits instruierten Gesandten müssten vor der Bewilligung der Summe – trotz vorliegender Instruktion – noch das Einverständnis ihrer Herren einholen. Dass es sich dabei um einen Denkfehler handeln könnte, kam offenbar in Celle und Hannover niemandem in den Sinn.

⁵⁷ Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Celle, Hannover 1648 April 29, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 323.

⁵⁸ Ebd., fol. 324^r-325.

⁵⁹ Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1648 Mai 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 337-337^r.

⁶⁰ Ebd., fol. 337^r.

⁶¹ Ebd., fol. 337^r-338.

Neben der Militärsatisfaktion beschäftigte die Regierung zu Celle die Amnestie in den kaiserlichen Erblanden.⁶² Herzog Friedrich vertrat dabei die Ansicht, man solle den Kaiserlichen nachgeben und für die kaiserlichen Untertanen den Krieg nicht fortsetzen. Letzteren müsse bei einer anderen Gelegenheit geholfen werden.⁶³

Auch Herzog August plädierte Anfang Mai 1648 noch für ein weiteres Abwarten, bevor man den welfischen Gesandten eine Instruktion wegen der Militärsatisfaktion zukommen lassen sollte.⁶⁴ Allerdings hatte er seine Gesandten bereits Monate zuvor angewiesen, mit den Abgesandten Friedrichs und Christian Ludwigs offen über die Militärsatisfaktion zu kommunizieren und sich vorläufig auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen.⁶⁵ August hielt es ebenfalls für gefährlich, sich Dritten gegenüber zur Summe zu äußern, solange man nicht Gewissheit über die damit verbundenen Fragen hatte.⁶⁶ Der dritte regierende Welfenherzog teilte damit grundsätzlich die Bedenken, die an den anderen beiden Welfenhöfen vorherrschten und ein koordiniertes Vorgehen der welfischen Gesandten am Kongress mangels Instruktion de facto fast vollständig blockierten.

Reichsständische Beratungen

Für die Herzöge hätte es auch jetzt durchaus noch Gelegenheit gegeben, ihre Gesandten rechtzeitig auf eine Summe zu instruieren. In Osnabrück waren die Verhandlungen Ende April 1648 mit der Forderung der Kaiserlichen, ihre Fassung des Paragraphen Tandem omnes müsse unverändert übernommen werden, ins Stocken geraten. Die Schweden wiederum blieben dabei, ihre Militärsatisfaktion gleichzeitig mit der Amnestie in den kaiserlichen Erblanden abhandeln zu wollen. Die Evangelischen waren mit diesem Wunsch der Schweden zwar einverstanden, doch mühten sich die Sachsen-Altenburger und Sachsen-Weimarer sowie Langenbeck und Lampadius zunächst vergeblich, die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Gleichzeitig versuchten die Kurmainzer und der Kurbayrische, die fürstlich-sächsischen und welfischen Gesandten von der Annahme des Paragraphen Tandem omnes in der kaiserlichen Version zu überzeugen. Lampadius und die anderen weigerten sich jedoch mit dem Argument, sie könnten den evangelischen Reichsständen insgesamt in der Frage unmöglich vorgreifen, da dies nur zu Widerwillen, Spaltung der Stände und Verzögerung des Friedens führen würde. Außerdem würden sich die Schweden nichts von ihnen vorschreiben lassen.⁶⁷ Nachdem die fürstlich-sächsischen und welfischen Gesandten den anderen Evangelischen von diesem Gespräch mit Kurmainzern und Kurbayrischem berichtet hatten, beschlossen die Evangelischen am 30. April 1648 immerhin schon einmal, die

⁶² Ebd., fol. 338.

⁶³ Ebd., fol. 338'.

⁶⁴ August d. J. an Friedrich, Wolfenbüttel 1648 Mai 8, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 342'.

⁶⁵ Ebd., fol. 342.

⁶⁶ Ebd., fol. 342-342'.

⁶⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 330.

beiden Punkte Militärsatisfaktion und Amnestie in den kaiserlichen Erblanden nun in den Reichsräten gemeinsam abhandeln zu wollen.⁶⁸ Ebenfalls einig waren sich die Evangelischen darin, in der Zwischenzeit auch die anderen noch offenen Punkte nicht ruhen zu lassen. Nach diesem Beschluss bemühten sich die evangelischen Deputierten bei Kaiserlichen und Kurmainzern um die Zustimmung, die beiden Punkte zusammen in die Reichsräte zu bringen.⁶⁹

Tatsächlich fand bald darauf, am 6. Mai 1648, eine Sitzung des Fürstenrats Osnabrück statt, in der über den Paragraphen *Tandem omnes* und die Militärsatisfaktion beraten wurde.⁷⁰ Hinsichtlich des ersten Punktes, der Amnestie in den kaiserlichen Erblanden, beschloss die Mehrheit, zwar bei Schweden und Kaiserlichen nochmals auf einen Kompromiss hinzuwirken, dabei jedoch der kaiserlichen Position nicht vorzugreifen. Sollten sich die Kaiserlichen als nicht weiter konzessionsbereit erweisen, sollte der Frieden wegen dieses Punktes nicht aufgehalten werden.⁷¹ Somit plädierte eine Mehrheit des Fürstenrates Osnabrück für eine Haltung in dieser Frage, wie sie auch Herzog Friedrich von Braunschweig-Lüneburg bereits für sich formuliert hatte. Damit war, soweit es die fürstlichen Vertreter in Osnabrück betraf, der kaiserlichen Position hinsichtlich der Amnestie in den kaiserlichen Erblanden bereits grundsätzlich stattgegeben.

Über wesentliche inhaltliche Fragen der Militärsatisfaktion wurde an diesem Tag allerdings kaum gesprochen. Die Stände im Fürstenrat Osnabrück kamen überein, diesen Punkt zunächst weiter zu unterteilen und dann über die Einzelfragen abzustimmen.⁷² Jedoch kam es bereits zu einer Kontroverse über die Frage, ob sich alle Stände an der Bezahlung der Militärsatisfaktion beteiligen müssten. Während Salzburg und Pfalz-Neuburg erklärten, nichts beisteuern zu wollen, widersprach schon der bayrische Vertreter, der unmittelbar nach dem Direktorium votierte, jedweder Exemption.⁷³ Auch Sachsen-Altenburg als erster evangelischer Votant und diesem nachfolgend die meisten Evangelischen argumentierten gegen eine Befreiung einzelner Stände von der Zahlung der Militärsatisfaktion, es gebe keinen Stand, der sich nicht aus dem einen oder anderen Grund davon befreien lassen könnte.⁷⁴ Die katholischen Gesandten Bambergs und Würzburgs schlossen sich dem an.⁷⁵

Darüber hinaus meldete der bayrische Vertreter Ansprüche auch der Reichsheere – er dachte dabei nicht zuletzt an die Truppen unter bayrischem Kommando – auf eine Satisfaktion an.⁷⁶ Der österreichische Gesandte Goll, der eigentlich ein Interesse daran hatte, den kaiserlichen Truppen

⁶⁸ Ebd., fol. 330-330'.

⁶⁹ Ebd., fol. 330'.

⁷⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 344.

⁷¹ Protokoll Sitzung des Fürstenrats, Osnabrück 1648 Mai 6, APW III A 3/5, Nr. 145, S. 43.

⁷² Ebd., S. 44.

⁷³ Ebd., S. 6f, 27, 9.

⁷⁴ Ebd., S. 29f, 32-34, 36, 38f, 41.

⁷⁵ Ebd., S. 31f.

⁷⁶ Ebd., S. 9.

ebenfalls eine Satisfaktion zukommen zu lassen,⁷⁷ votierte an diesem Tag jedoch recht ungeschickt. Eigentlich wollte Goll mit seinem ausführlichen Vortrag nur erweisen, warum man nicht schuldig sei, dem schwedischen Militär eine Satisfaktion zu zahlen.⁷⁸ Nur tat er dies mit solch allgemein auf alle Armeen übertragbaren Argumenten, dass sich sein Vortrag letztendlich auch gegen die kaiserlichen und bayrischen Forderungen verwenden ließ. Unter anderem führte er an, die Söldner hätten per se keinen Anspruch auf eine regelmäßige Bezahlung. Sie würden stattdessen mit „laufgelt“ und der Aussicht auf Beute gelockt.⁷⁹ Es gäbe unter 1.000 Soldaten nicht einen, der nicht wüsste, „daß ihm weiters nicht wird, als was er selber nimbt“.⁸⁰ „Diesem nach“, resümierte der österreichische Gesandte, „thut die cron Schweden dem Reich gros unrecht, das sie 10 monat soldt für ein knecht begehren darff, dem sie selbst nichts schuldig ist.“⁸¹ Die Sachsen-Altenburger sollten kurz danach fast genüsslich auf diese Argumentation verweisen.

Drei Tage später wurde im Fürstenrat Osnabrück weiter über die schwedische Militärsatisfaktion beraten.⁸² Lampadius und seine Kollegen am Kongress waren zuvor mit den Sachsen-Altenburgern und Sachsen-Weimarnern übereingekommen, den Punkt Militärsatisfaktion in vier Fragen aufzuteilen, nämlich, wer etwas geben, wer etwas bekommen, zu welchen Bedingungen bezahlt und wie viel bezahlt werden sollte. Sie sprachen darüber auch mit dem Kurmainzer und vereinbarten mit ihm, dem Fürstenrat diese Fragen als Nächstes vorzulegen.⁸³ Dies geschah in der Tat am 9. Mai 1648.⁸⁴ Die Berücksichtigung der formulierten Einzelfragen dürfte dem Kurmainzer nicht sehr schwergefallen sein, hatte sich doch bereits zuvor eine Mehrheit im Fürstenrat für die Aufspaltung der Fragen ausgesprochen. Einige reichsständische Vertreter traten nun erneut für die Wahrung ihrer Interessen ein: Während Österreich und Bayern explizit Ansprüche auf Militärsatisfaktionen für ihre Truppen anmeldeten, erklärten sich Salzburg und Pfalz-Neuburg nochmals für exempt von jeder Zahlung.⁸⁵

Die Sachsen-Altenburger votierten der Reihenfolge gemäß als erster evangelischer Reichsstand und nahmen die Meinung der meisten Evangelischen vorweg. Zunächst machten die Sachsen-Altenburger die Kaiserlichen für die Situation verantwortlich, da diese darauf bestanden, vor allen anderen Punkten den Paragraphen Tandem omnes abzuhandeln, was die Schweden wiederum zum Anlass genommen hätten, ihrerseits die Frage der Militärsatisfaktion aufzugreifen.⁸⁶ Bezüg-

⁷⁷ DICKMANN: Frieden, S. 474, RUPPERT: Politik, S. 340.

⁷⁸ Protokoll Sitzung des Fürstenrats, Osnabrück 1648 Mai 6, APW III A 3/5, Nr. 145, S. 14.

⁷⁹ Ebd., S. 16.

⁸⁰ Ebd., S. 16.

⁸¹ Ebd., S. 17.

⁸² Protokoll Sitzung des Fürstenrats, Osnabrück 1648 Mai 9, APW III A 3/5, Nr. 147, S. 58-89.

⁸³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 344'.

⁸⁴ Protokoll Sitzung des Fürstenrats, Osnabrück 1648 Mai 9, APW III A 3/5, Nr. 147, S. 59.

⁸⁵ Ebd., S. 60-62, 64f.

⁸⁶ Ebd., S. 69.

lich der vier Punkte votierten sie, es müsse sich jeder Stand an der Zahlung beteiligen, andernfalls wollten auch sie sich davon für befreit erklären.⁸⁷ Auch bestünde ein großer Unterschied zwischen der schwedischen und den anderen Armeen, da die Militärsatisfaktion von den Schweden bereits früher als Bedingung für den Frieden festgesetzt worden sei.⁸⁸ Eigentlich habe keine Armee eine Satisfaktion verdient, wie der österreichische Vertreter mit seinem Votum stattdlich erwiesen habe. Doch sei man bereit, auch den tapferen Soldaten in den kaiserlichen und bayrischen Armeen etwas zukommen zu lassen, weshalb der kaiserlichen Armee zu diesem Zweck der österreichische und der bayrische Reichskreis zugewiesen werden sollte. Die Frage der Zahlungsmodalitäten beinhaltete für die Sachsen-Altenburger verschiedene Bedingungen: Die Reichsstände sollten zur Zahlung nicht vor Friedensschluss verpflichtet werden, die Abdankung der Soldateska musste zuvor geregelt sein und die Bezahlung sollte nach den Reichsmatrikeln erfolgen, wobei die Summe nicht in Gänze bar bezahlt, sondern erst zu bestimmten Terminen fällig werden sollte.⁸⁹ Zur Höhe der Summe wollten sich die Sachsen-Altenburger erst nach Klärung aller anderen Fragen äußern.⁹⁰ Die Mehrheit im Fürstenrat Osnabrück schloss sich dem an.⁹¹ Der Wunsch der Welfenherzöge, vor der Festsetzung einer Summe erst andere mit der Militärsatisfaktion verbundene Fragen zu klären, wurde also durchaus auch von anderen Reichsständen geteilt. Allerdings zeichnete sich eine Einigung der Reichsstände darüber unmittelbar ab, da sich sofort eine Mehrheit fand. Die reichsständischen Beratungen konnten ohnehin zunächst einmal nur dazu dienen, eine gemeinsame Ausgangsposition zu finden, von der aus man in die Verhandlungen über die Militärsatisfaktion mit den Schweden eintreten konnte. Die endgültige Regelung dieser Fragen im Detail musste jedoch diesen Verhandlungen überlassen bleiben, wodurch sich die rasche Abhandlung dieser drei Fragen im Fürstenrat zusätzlich erklärt. Sehr absehbar musste nun die Frage, wie hoch die Satisfaktion für die schwedischen Truppen ausfallen sollte, bei den reichsständischen Beratungen auf die Tagesordnung kommen.

Lampadius formulierte daher noch am 9. Mai 1648 nach der Fürstenratssitzung eine eindringliche Warnung an Christian Ludwig: „Ew. Frh. Gnd. werden ab obgedachtem verlauf gnedig ersehen, wasmaßen wir Braunsch. Lüneburgische in solche angustias gebracht, daß wir de quanto numehr votiren, oder nihil dicendo uns den majoribus unterwerffen, oder auch mit protestationibus die Tractaten protrahiren müßen. Ich habe diesen Zustand wol absehen können und gebeten mich zuinstruiren. Ich weiß gar wol, daß mir nicht gebühret, Ew. Frh. Gnd. wie auch dero Fürstenthumb und Lande zu einiger Bürde und Zahlung zu obligiren. [...] Wen es keine geldt- sondern Reichssachen weren, oder sonst Ew. Frh. Gnd. Hoheit und Statum betreffen

⁸⁷ Ebd., S. 70.

⁸⁸ Ebd., S. 70f.

⁸⁹ Ebd., S. 71.

⁹⁰ Ebd., S. 72.

⁹¹ Protokoll Sitzung des Fürstenrats, Osnabrück 1648 Mai 11, APW III A 3/5, Nr. 148, S. 91-93.

theten, wolte ich durch Gottes Hülffe also votiren, daß Ew. Frl. Gnd. damit gnedig zufrieden sein könnten. Weil es aber in den Seckel leufft, und ich davon nicht die geringste Instruction habe, So weiß ich nicht, was wir Braunsch. Lüneburgische de quanto votiren sollen, können oder mügen, sondern werden uns den maioribus unterwerffen müssen.“⁹² Neben der fast verzweifelten Dringlichkeit, mit der Lampadius inzwischen um Instruktionen bat, verrät diese Passage viel über sein Selbstverständnis. Der Vizekanzler Christian Ludwigs sah sich in fast allen Angelegenheiten in der Lage, Entscheidungen auch ohne vorherige Anweisungen zu treffen und dennoch zum Gefallen seines Herrn zu votieren. Die Ausnahme stellte der Bereich der Finanzen dar, der ihm als so sensibel galt, dass er sich ohne Instruktion als nahezu handlungsunfähig begriff. Zwar hatte Lampadius mit Langenbeck im Mai 1647 die Beschenkung Volmars ohne vorherige Rücksprache mit seinem Herrn beschlossen.⁹³ Doch mag Lampadius die Militärsatisfaktionsfrage auch ohne die Rüge, die Christian Ludwig ihm für den eigenmächtigen Beschluss über Volmars Beschenkung erteilt hatte, angesichts der anderen finanziellen Dimensionen als zu heikel für eigene Entscheidungen gegolten haben.

Als Reaktion schrieb die Regierung zu Hannover am 11. Mai 1648 zunächst nach Wolfenbüttel, man wolle nun die Entscheidung Herzog Augusts in der Frage der Militärsatisfaktion vernehmen, um Lampadius darauf abgestimmt instruieren zu können.⁹⁴ Am folgenden Tag wurde die Militärsatisfaktion sogar zur ‚Chefsache‘, indem noch einmal Schreiben gleichen Inhalts im Namen Christian Ludwigs an Herzog August und Herzog Friedrich geschickt wurden.⁹⁵ Die Antwort, die Christian Ludwig Lampadius danach zukommen ließ, war jedoch die alte: Er sei gemeinsam mit den Herzögen Friedrich und August der Meinung, man könne sich bezüglich der Höhe der Militärsatisfaktion nicht eher äußern, bis man der von den Evangelischen gestellten Bedingungen versichert wäre.⁹⁶ Lampadius sollte weiterhin in Erfahrung bringen, was andere Reichsstände hinsichtlich des Quantum zu bewilligen beabsichtigten.⁹⁷ Auch Lampadius’ ausdrückliche Warnung hatte an den Welfenhöfen kein Umdenken bewirkt. Dort wurde weder die Dringlichkeit der Angelegenheit erkannt noch der Einwand ernst genommen, vor der eigentlichen Abstimmung in den Reichsräten sei über die Haltung anderer Stände bezüglich der Summe nichts zu erfahren. Dabei hatte in Osnabrück am 11. Mai 1648 bereits die Re- und Correlation zwischen den Reichsräten stattgefunden, um einen gemeinsamen Beschluss hinsichtlich der vier gestellten Fragen her-

⁹² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 344^r-345.

⁹³ S. oben, Kap. 6, S. 221f.

⁹⁴ Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Wolfenbüttel, Hannover Mai 11, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 368-368^r.

⁹⁵ Christian Ludwig an Friedrich, Hannover 1648 Mai 12, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 371, Christian Ludwig an August d. J., Hannover 1648 Mai 12, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 372.

⁹⁶ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1648 Mai 13, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 374-374^r.

⁹⁷ Ebd., fol. 374^r-375.

beizuführen. Kurfürstliche, fürstliche und reichsstädtische Gesandte waren sich schnell einig geworden.⁹⁸ Sie beschlossen dabei auch, die Militärsatisfaktion und die Fragen zur Umsetzung, die sogenannte ‚Exekution‘ des Friedens, parallel abzuhandeln.⁹⁹ Insbesondere Letzteres war Lampadius ein großes Anliegen. Er befand, das Hauptziel des Friedens würde verfehlt, wenn man die Militärsatisfaktion zwar beschließen, dabei aber unberücksichtigt lassen würde, wie genau die Reichsstände schließlich in den Genuss des Friedens gelangen sollten.¹⁰⁰

Ganz ungebrochen war die Einigkeit unter den Reichsständen jedoch nicht. Bayrische und österreichische Gesandte forderten für ihre Truppen größere Satisfaktionen als die zugestandenen. Insbesondere die bayrischen Gesandten zeigten sich mit der Zuweisung einzig des bayrischen Reichskreises für die bayrische Armee unzufrieden und forderten darüber hinaus auch Zahlungen aus dem schwäbischen und fränkischen Kreis.¹⁰¹ Die Kaiserlichen leisteten aus Lampadius’ Sicht zu dem Zeitpunkt deutlich weniger Widerstand gegen den reichsständischen Beschluss als die bayrischen Gesandten.¹⁰²

Als Lampadius seinem Herrn daher am 18. Mai 1648 antwortete, waren dessen Anweisungen bereits größtenteils überholt. Schon zwei Tage zuvor waren die Bedingungen für die Zahlung der Militärsatisfaktion im Fürstenrat festgelegt worden.¹⁰³ Die Reichsräte wollten sich zudem am 19. Mai auf einen gemeinsamen Beschluss einigen, auf dessen Grundlage die reichsständischen Deputierten mit Kaiserlichen und Schweden verhandeln sollten.¹⁰⁴ Fast flehentlich wiederholte Lampadius nun die Hoffnung, umgehend zur Summe instruiert zu werden, um nicht das Falsche zu tun und gab nochmals zu bedenken, es gebe vor der Abstimmung keine Möglichkeit, etwas über die Voten anderer Reichsstände zu erfahren.¹⁰⁵ Er mahnte, sollten seine Kollegen und er keine Anweisungen erhalten, würden sie in dieser Frage ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten einbüßen und müssten sich der Mehrheit anschließen. Die anderen reichsständischen Gesandten würden die Verhandlungen nicht zwei oder drei Wochen aufhalten lassen, damit sich die welfischen Gesandten im Nachhinein Instruktionen einholen könnten.¹⁰⁶ Er widersprach damit auch der an den Welfenhöfen geäußerten Auffassung, die Mehrheit der reichsständischen Gesandten müsse nach

⁹⁸ Protokoll Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Mai 12, APW III A 3/5, Nr. 149, S. 108-117.

⁹⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 376.

¹⁰⁰ Ebd., fol. 376’.

¹⁰¹ Protokoll Deputation der Osnabrücker Reichsstände zu (Kur-)Bayern und Sitzung des Fürstenrats, Osnabrück 1648 Mai 13, APW III A 3/5, Nr. 150, S. 120, Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 376.

¹⁰² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 16, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 376.

¹⁰³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 389, Protokoll Sitzung des Fürstenrats, Osnabrück 1648 Mai 16, APW III A 3/5, Nr. 153, S. 148.

¹⁰⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 389.

¹⁰⁵ Ebd., fol. 389-389’.

¹⁰⁶ Ebd., fol. 389’.

der ersten konkreten Abstimmung über die Höhe der Summe zunächst ebenfalls Rücksprache mit ihren Herren halten.

Um Christian Ludwig die Festlegung auf einen bestimmten Betrag noch weiter zu erleichtern, legte Lampadius dar, wie hoch der durchschnittliche Anschlag eines Römermonats für die Kurfürsten ausfiel. Dazu setzte er die Summe des einfachen Römermonats in Relation, den das Haus Braunschweig-Lüneburg zu bezahlen hatte.¹⁰⁷ Lampadius orientierte sich in seiner Darstellung also am kurfürstlichen Satz und damit nach oben. Schließlich hielt er fest, sein Herr möge überlegen, ob er auf Grundlage dieser Zahlen zwanzig, dreißig, vierzig oder mehr Römermonate bewilligen wolle. Zwanzig Römermonate, rechnete er vor, würden das Haus Braunschweig-Lüneburg knapp 30.000 Reichstaler kosten.¹⁰⁸ Lampadius unterbreitete seinem Herrn nun sogar im Bereich der Finanzen konkrete Vorschläge, obwohl ihm dies als äußerst delikat galt. Daran mag man ermesen, wie dringlich er versuchte, Christian Ludwig doch noch zu einer Stellungnahme zu bewegen.

Für eine rechtzeitige Instruktion in dieser Frage wäre inzwischen auch größere Eile geboten gewesen. Schon bei der von Lampadius angekündigten Re- und Correlation der Reichsräte am 19. Mai 1648 in Osnabrück fragten die Kurfürstlichen an, ob man direkt mit der Festsetzung des Quantums fortfahren wolle.¹⁰⁹ Eine Mehrheit lehnte unmittelbar anschließende Beratungen über diese Frage zwar ab,¹¹⁰ doch geriet dieser Beschluss drei Tage später bereits ins Wanken. Nun erklärten Oxenstierna und Salvius, sie würden vor Festlegung des Quantums nicht weiter über die Bedingungen der Reichsstände zur Militärsatisfaktion verhandeln.¹¹¹

Die Sachsen-Altenburger brachten in der folgenden Fürstenratssitzung zwar ihren Unmut über diese schwedische Stellungnahme zum Ausdruck, schätzten die Chancen eines Widerstands aber als gering ein, weshalb sie der Meinung waren, man müsse sich notgedrungen auf die dieserart vorgebrachte Forderung der Schweden einlassen.¹¹² Lampadius war derjenige unter den fürstlichen Gesandten in Osnabrück, der diesem Votum am eindringlichsten widersprach und es beim vorherigen Beschluss der Reichsstände – die Festlegung der Summe noch zu vertagen – belassen wollte. Allerdings sah er die Möglichkeiten, dafür eine stabile Mehrheit zu gewinnen, wohl schwinden. Deshalb schlug er vor, die Festlegung der Zahlungsbedingungen mit der Höhe der Summe zu verknüpfen. Die Fragen zur konkreten Umsetzung des Friedensschlusses wollte er

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Ebd., fol. 390.

¹⁰⁹ Protokoll Re- und Correlation; Konferenzen der Katholischen und Evangelischen sowie Plenum, Osnabrück 1648 Mai 19, APW III A 3/5, Nr. 154, S. 171.

¹¹⁰ Ebd., S. 172-176.

¹¹¹ Protokoll Sitzung des Fürstenrats, Osnabrück 1648 Mai 22, APW III A 3/5, Nr. 155, S. 193.

¹¹² Ebd., S. 199f.

möglichst noch davor abhandeln.¹¹³ Dieser Vorschlag wurde von vielen anderen Ständen aufgegriffen und mit ins Konklusum übernommen.¹¹⁴

Allerdings wurde in der darauffolgenden Fürstenratssitzung einen Tag später dann doch über das Quantum beraten. Die fürstlichen Gesandten hatten zuvor die Information erhalten, die Kurfürstlichen hätten bereits darüber abgestimmt,¹¹⁵ weshalb sie nun ebenfalls zur Tat schritten. Schon am 23. Mai 1648, nur fünf Tage nach Lampadius' letzter eindringlicher Bitte um Instruktion, kam somit die Höhe der schwedischen Militärsatisfaktion auf die Tagesordnung. Zwar scheuten sich viele der im Fürstenrat Osnabrück anwesenden Katholischen, sich auf eine bestimmte Summe festzulegen.¹¹⁶ Doch konkrete Zahlen wurden trotzdem benannt. Die Sachsen-Altenburger waren die ersten, die sich zur Zahlung einer Summe im Umfang von vierzig bis fünfzig Römermonaten bereit erklärten. Dieses Quantum sollte nach ihrem Willen den Schweden erst genannt werden, wenn hinsichtlich der gestellten Bedingungen eine Einigung erzielt wäre.¹¹⁷ Sie plädierten zudem für eine Festlegung auf Römermonate statt auf eine Gesamtsumme, damit zum einen die Schweden nicht einen Reichsstand bei Zahlungsverzug für den anderen haftbar machen könnten und zum anderen Kurbayern nicht ebenfalls eine konkrete Summe fordern könnte.¹¹⁸ Lampadius schloss sich diesem Votum an und erklärte, sein Herr werde sich nicht entziehen, gleich ob nun vierzig oder fünfzig Römermonate bewilligt würden. Allerdings knüpfte er daran die Bedingung, das Haus Braunschweig-Lüneburg müsse von der Soldateska verschont bleiben.¹¹⁹

Christian Ludwig gegenüber unterließ Lampadius nun alles weitere Lamentieren und rechtfertigte sein Votum mit dem Hinweis, seine Kollegen und er „musten, meinen vielfältigen unterthenigen erinnerungen nach, aliquid aut nihil dicere. Und haben demnach votiren müßen“.¹²⁰ Lampadius orientierte sich dabei an den Voten der fürstlich-sächsischen und brandenburgischen Gesandten, die ebenfalls für vierzig bis fünfzig Römermonate eintraten.¹²¹ Es kam für ihn offensichtlich nicht infrage, sich wie die Katholischen nicht zur Summe zu äußern. Möglicherweise war dies der erneut engen Zusammenarbeit mit den fürstlich-sächsischen und brandenburgischen Gesandten geschuldet. Vielleicht wollte er durch seine Abstimmung auch den Umstand kaschieren, dass ihm keine Instruktion vorlag. Dann hätte sein Votum außerdem der Gesichtswahrung gedient, hatte

¹¹³ Ebd., S. 204.

¹¹⁴ Ebd., S. 207f.

¹¹⁵ Protokoll Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation zwischen Kurfürstenrat und Fürstenrat, Osnabrück 1648 Mai 23, APW III A 3/5, Nr. 156, S. 210.

¹¹⁶ Ebd., S. 211-214.

¹¹⁷ Ebd., S. 216.

¹¹⁸ Ebd., S. 215.

¹¹⁹ Ebd., S. 220.

¹²⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 401'.

¹²¹ Protokoll Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation zwischen Kurfürstenrat und Fürstenrat, Osnabrück 1648 Mai 23, APW III A 3/5, Nr. 156, S. 216-218, 221.

Lampadius doch zuvor mehrfach gewarnt, ein Verweigern der Positionierung würde den Welfenherzögen nicht positiv ausgelegt werden. Lampadius mochte zudem bewusst gewesen sein, dass er durch Schweigen für seinen Herrn nichts hätte retten können. Denn das Konklusum des Fürstenrates Osnabrück hielt an diesem Tag zwar mit fünfunddreißig bewilligten Römermonaten eine geringere Summe als diejenige fest, der auch Lampadius bereits zugestimmt hatte.¹²² Aber eine Summe wurde trotz des Schweigens Einzelner eben doch benannt.

So blieb den Welfenherzögen letztlich nicht viel mehr übrig, als diese Entscheidung zu akzeptieren. Am 3. Juni 1648 ließ Christian Ludwig Lampadius knapp wissen, er habe mit den Herzögen Friedrich und August über die Militärsatisfaktion kommuniziert, sei mit der im Fürstenrat festgelegten Summe von fünfunddreißig Römermonaten zufrieden und hoffe, es werde dabei verbleiben.¹²³ Ganz so, wie Lampadius zuvor gewarnt hatte, konnte er also nur noch im Nachhinein bewilligen, was nicht mehr zu ändern war. Möglicherweise deshalb beschwerte sich der Herzog nicht bei seinem Gesandten über dieses Ergebnis.

Verhandlungen zwischen Schweden und Reichsständen

In Osnabrück waren derweil die Verhandlungen der reichsständischen Vertreter mit Kaiserlichen und Schweden über die Höhe der schwedischen Militärsatisfaktion in vollem Gange, wobei eine Einigung zunächst schwierig schien. Die Kaiserlichen erklärten, sie seien nicht instruiert, vor Friedensschluss über die schwedische Militärsatisfaktion zu verhandeln.¹²⁴ Oxenstierna wiederum zeigte sich wenig angetan von der angebotenen Summe und weigerte sich, weiter über die Umsetzung des Friedens und die Zahlungsbedingungen zu sprechen.¹²⁵ Zwar hatten die schwedischen Gesandten ihre Forderung bereits auf die Hälfte der vom schwedischen Militärvertreter Erskain ursprünglich genannten zwanzig Millionen Reichstaler reduziert.¹²⁶ Oxenstierna und Salvius waren schon im Spätsommer 1647 bemüht gewesen, sich durch dieses Nachgeben insbesondere die evangelischen Reichsstände gewogen zu erhalten.¹²⁷ Dennoch war die Diskrepanz zwischen schwedischer Forderung und reichsständischem Angebot noch immer erheblich: Oxenstierna stellte fest, die Militärsatisfaktion sei von den Ständen auf zwanzig Tonnen Gold, also zwei Millionen Gulden, festgelegt worden.¹²⁸ Das schwedische Militär aber fordere zehn Millionen Reichstaler,¹²⁹ also fünfzehn Millionen Gulden.¹³⁰ Zwar gab er zu erkennen, Salvius und

¹²² Ebd., S. 226.

¹²³ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1648 Juni 3, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 444.

¹²⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 421.

¹²⁵ Ebd., fol. 421-421^v.

¹²⁶ DICKMANN: Frieden, S. 474.

¹²⁷ Ebd., S. 423.

¹²⁸ Protokoll Plenum, Osnabrück 1648 Mai 27, APW III A 3/5, Nr. 159, S. 259.

¹²⁹ Ebd., S. 260.

¹³⁰ BRUNERT: Anm. 26 zu Nr. 160, APW III A 3/5, S. 269.

er seien zum weiteren Nachgeben auf eine moderatere Forderung instruiert, schlug jedoch zugleich vor, die Reichsstände sollten die schwedische Soldateska ohne vorherige Festlegung eines Quantum bezahlen.¹³¹ Die Reichsstände lehnten dies kategorisch ab.¹³² Oxenstierna unternahm daraufhin einen Versuch, von Lampadius etwas über die Beratungen in den Reichsräten zu erfahren, wurde von diesem aber knapp abgewiesen.¹³³ Auf schwedischer Seite sah man die welfischen Gesandten denn auch als besonders harte Gegner einer ergiebigen Militärsatisfaktion.¹³⁴ Dies werteten die Schweden angesichts der bisherigen Unterstützung der welfischen Anliegen durch die schwedische Krone zwar als Undankbarkeit, allerdings war man sich zugleich des großen Einflusses des Hauses Braunschweig-Lüneburg sowie seiner großen Anhängerschaft bewusst und wollte sich die Welfenherzöge deshalb gewogen halten, zumal sich deren Gesandten bislang in allen Sachen als „godhe patrioter“ erwiesen hätten.¹³⁵ In dieser Frage stieß das besonders während der Verhandlungen über die Gravamina von Lampadius intensiv gepflegte Vertrauensverhältnis zu den schwedischen Gesandten an seine Grenzen. Wie schon hinsichtlich der Einquartierungen und Übergriffe schwedischer Truppen in den welfischen Territorien standen sich Lampadius und die Schweden in der Militärsatisfaktionsfrage eher als Widersacher gegenüber. Die schwedische Haltung den Welfen gegenüber war deshalb zu diesem Zeitpunkt von Ambivalenz geprägt. Letztendlich überwogen auf schwedischer Seite allerdings Überlegungen, trotz des welfischen Widerstands besser eine weitere Zusammenarbeit anzustreben.

Dies bedeutete allerdings nicht, dass die Schweden auch von ihren Forderungen abgerückt wären. Nach außen beharrte Oxenstierna auf seiner Position und weigerte sich, über die Zahlungsbedingungen und die Exekution des Friedens zu sprechen, solange die Stände ihr Angebot nicht erhöhten.¹³⁶ Angesichts dessen agierten die Stände in den Reichsräten in Osnabrück zunehmend eher als Getriebene denn als Gestalter. Unter dem Eindruck der Weigerung Oxenstiernas berieten die Stände im Fürstenrat am 30. Mai¹³⁷ und 2. Juni 1648¹³⁸ erneut über die Höhe der Militärsatisfaktion. Während sie bei ihrer ersten Sitzung beschlossen, es zunächst bei der bewilligten Summe zu belassen und den Schweden nochmals gut zuzureden, erbrachte der zweite Beratungs-

¹³¹ Protokoll Plenum, Osnabrück 1648 Mai 27, APW III A 3/5, Nr. 159, S. 260.

¹³² Protokoll Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Mai 28, APW III A 3/5, Nr. 160, S. 277.

¹³³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 421^r.

¹³⁴ Biörenklou an Königin Christina, Osnabrück 1648 Mai 25, APW II C 4/2, Nr. 249, S. 471.

¹³⁵ Ebd., S. 473f, Zitat S. 474.

¹³⁶ Protokoll Plenum, Osnabrück 1648 Mai 29, APW III A 3/5, Nr. 161, S. 282f.

¹³⁷ Protokoll Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Mai 30, APW III A 3/5, Nr. 162, S. 286-301.

¹³⁸ Protokoll Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juni 2, APW III A 3/5, Nr. 164, S. 307-327.

termin bereits eine Erhöhung des Angebots.¹³⁹ Nun einigten sich die Reichsstände darauf, den Schweden drei Millionen Gulden anzubieten. Allerdings forderten sie erneut zunächst verbindliche Zusagen von den Schweden zu den Zahlungsbedingungen und zur Umsetzung des Friedens.¹⁴⁰

Auch Oxenstierna kam den Ständen anschließend entgegen, verlangte jedoch immer noch sechs Millionen Reichstaler, also neun Millionen Gulden. Diese Summe sollten die Reichsstände nach seiner Vorstellung an drei Terminen bezahlen.¹⁴¹ Seinem Herrn berichtete Lampadius, Oxenstierna sei davon unterrichtet gewesen, dass die kurfürstlichen Gesandten in Osnabrück bereits einer Zahlung von vier Millionen Reichsgulden zugestimmt und damit den anderen Ständen vorgegriffen hatten.¹⁴² Obwohl die Fürstlichen sich diesem Angebot anschlossen, zeigte sich Oxenstierna erneut unnachgiebig und erklärte mit Verweis auf seine Instruktion, er könne von der Summe der sechs Millionen Reichstaler nicht abweichen.¹⁴³ Dabei hatten die schwedischen Gesandten bereits im November 1647 die Erlaubnis Königin Christinas erhalten, ihre Forderung bis auf eine Summe von fünf Millionen Reichstaler zu reduzieren.¹⁴⁴ Offensichtlich wollte Oxenstierna seinen Verhandlungsspielraum so schnell nicht aufgeben.

Die Vertreter im Fürstenrat Osnabrück kamen daraufhin am 4. Juni 1648 zunächst zu dem Schluss, unter diesen Umständen sei es vergeblich, weiter über die Höhe der Summe zu verhandeln, da keiner von ihnen auf sechs Millionen Reichstaler instruiert sei. Stattdessen wollten sie nun erst einmal weiter mit den Kaiserlichen verhandeln.¹⁴⁵ Dieser Beschluss wurde zwei Tage später von den Reichsständen in Osnabrück dahingehend modifiziert, als sie nun mit Kaiserlichen und Schweden parallel weiter Gespräche führen wollten. Falls dies nicht funktionierte, sollte erst einmal nur mit einer der beiden Seiten weiterverhandelt werden.¹⁴⁶

Am folgenden Tag erklärte Oxenstierna schließlich, er sei mit fünf Millionen Reichstalern zufrieden, obwohl dies seiner Instruktion zuwiderlaufe. Allerdings sollten die Reichsstände dieses Angebot als sein und Salvius' letztes Wort verstehen und keine weiteren Zugeständnisse verlan-

¹³⁹ Protokoll Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Mai 30, APW III A 3/5, Nr. 162, S. 298, Protokoll Plenum, Osnabrück 1648 Mai 31, APW III A 3/5, Nr. 163, S. 304.

¹⁴⁰ Protokoll Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juni 2, APW III A 3/5, Nr. 164, S. 326.

¹⁴¹ Protokoll Konferenzen Oxenstiernas mit Deputierten der Reichsstände sowie Sitzung des Fürstenrats mit Re- und Correlation durch Deputierte, Osnabrück 1648 Juni 3, APW III A 3/5, Nr. 165, S. 330.

¹⁴² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juni 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 448.

¹⁴³ Protokoll Konferenzen Oxenstiernas mit Deputierten der Reichsstände sowie Sitzung des Fürstenrats mit Re- und Correlation durch Deputierte, Osnabrück 1648 Juni 3, APW III A 3/5, Nr. 165, S. 335, Protokoll Konferenzen Oxenstiernas mit Deputierten der Reichsstände und Sitzungen des Fürstenrats mit Re- und Correlation durch Deputierte, Osnabrück 1648 Juni 4, APW III A 3/5, Nr. 166, S. 338.

¹⁴⁴ BRUNERT: Anm. 33 zu Nr. 151, S. 132, APW III A 3/5, und Anm. 4 zu Nr. 165, S. 330, APW III A 3/5.

¹⁴⁵ Protokoll Konferenzen Oxenstiernas mit Deputierten der Reichsstände und Sitzungen des Fürstenrats mit Re- und Correlation durch Deputierte, Osnabrück 1648 Juni 4, APW III A 3/5, Nr. 166, S. 353.

¹⁴⁶ Protokoll Sitzung des Fürstenrats, Re- und Correlation sowie Deputation der höheren Kurien an den Städterat, Osnabrück 1648 Juni 6, APW III A 3/5, Nr. 168, S. 388.

gen.¹⁴⁷ Zwar versuchten die fürstlichen Gesandten in Osnabrück danach, eine weitere Verringerung der Summe zu erwirken,¹⁴⁸ kamen aber bereits am 10. Juni 1648 in einer weiteren Sitzung überein, vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Herren die geforderten fünf Millionen Reichstaler zu gewähren. Allerdings bedingten sie zugleich verschiedene Punkte: Der Friedensschluss sollte nun möglichst binnen acht Tagen erfolgen. In dieser Zeit sollten die Zahlungsbedingungen und die Exekution des Friedens geregelt, die Verhandlungen zwischen den Reichsständen, Schweden und Kaiserlichen über die noch offenen Punkte wieder aufgenommen und die Zahlung an fünf Terminen vereinbart werden. Kein Reichsstand sollte dabei mit doppelter Last belegt oder für einen anderen haftbar gemacht werden. Hinsichtlich der Festlegung, wer etwas zahlen und wer eine Militärsatisfaktion bekommen sollte, sollte es bei der früheren Entscheidung der Reichsstände bleiben.¹⁴⁹ Nur kurz widersetzten sich die Kurfürstlichen diesem Beschluss.¹⁵⁰ Schon am 13. Juni konnten reichsständische Deputierte zunächst die Kaiserlichen und dann die Schweden von der Einigung der in Osnabrück anwesenden Reichsstände in Kenntnis setzen.¹⁵¹

Am selben Tag berichtete Lampadius auch seinem Herrn von dieser Entwicklung.¹⁵² Dabei sah er für sich nun einen weiteren Anlass zur Unzufriedenheit mit der Kommunikationspraxis seiner Kollegen in Hannover. Er schrieb, während er trotz seiner vielen Anfragen und untertänigen Bitten bis jetzt noch keine Instruktion wegen des Quantum bekommen habe, sei Langenbeck sehr wohl instruiert worden, und zwar auf 120 Römermonate. Und auch die Wolfenbütteler hätten eine Spezialvollmacht erhalten. Aus welchen Gründen ihm aber in solch einem wichtigen Punkt weitere Instruktionen verwehrt worden seien, könne er nicht nachvollziehen.¹⁵³ Lampadius äußerte damit nicht nur deutlich Kritik in der Sache, er zeigte sich darüber hinaus vom Verhalten seiner Kollegen auch persönlich enttäuscht und getroffen. Offenbar hatte er den Eindruck gewonnen, als einziger welfischer Gesandter von den Herzögen und ihren Regierungen nicht ins Vertrauen gezogen worden zu sein.

Die Regierung Christian Ludwigs reagierte darauf eine gute Woche später, am 21. Juni 1648. Lampadius' Kollegen stellten konsterniert fest, es sei bei den diversen Beratungen innerhalb des fürstlichen Hauses stets einmütig befunden worden, man müsse noch abwarten, was andere

¹⁴⁷ Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juni 8, APW III A 3/5, Nr. 169, S. 393.

¹⁴⁸ Ebd., S. 409f, Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juni 9, APW III A 3/5, Nr. 170, S. 418.

¹⁴⁹ Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation zwischen Kurfürstenrat und Fürstenrat, Osnabrück 1648 Juni 10, APW III A 3/5, Nr. 171, S. 455.

¹⁵⁰ Ebd., S. 456, 461, Protokoll Re- und Correlation (Fortsetzung), Osnabrück 1648 Juni 13, APW III A 3/5, Nr. 172, S. 463f, 471f.

¹⁵¹ Protokoll Plenum, Osnabrück 1648 Juni 15, APW III A 3/5, Nr. 173, S. 475f, 479.

¹⁵² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juni 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 4^v-7.

¹⁵³ Ebd., fol. 5^r.

Stände votieren würden, bevor man sich selbst festlegte.¹⁵⁴ Dabei hätten sie es bis jetzt bewenden lassen müssen. Allerdings hatten sie während einer vertraulichen Konferenz welfischer Räte in Braunschweig am 16. Juni nun aufgrund von Lampadius' Kritik bei den Vertretern Herzog Friedrichs und Augusts nachgefragt. Dabei hatte sich ergeben, dass Langenbeck tatsächlich im Namen Herzog Friedrichs auf 120 Römermonate instruiert worden war. Friedrichs Räte hatten sich damit entschuldigt, die letzten Absprachen innerhalb des Welfenhauses entsprechend verstanden gehabt zu haben. Demgegenüber, fügten Lampadius' Kollegen hinzu, hätten sich die Wolfenbütteler korrekt an die Vereinbarung erinnert und ihre Gesandten am Friedenskongress ebenfalls nicht instruiert. Daher möge Lampadius ihnen glauben, dass man ihm nicht aus Misstrauen oder ähnlichen Gründen bislang noch keine weitere Instruktion in der Sache geschickt habe, sondern nur aufgrund der gemeinsamen Beschlüsse.¹⁵⁵ Da das, was geschehen sei, nicht zu ändern wäre, und man in Osnabrück die fünf Millionen Reichstaler zugesagt habe, zweifele man nicht daran, dass Christian Ludwig dieser Summe zustimmen werde.¹⁵⁶ Neben den Kommunikationsproblemen zwischen Lampadius und den Welfenhöfen war es offensichtlich auch noch zu Missverständnissen zwischen den fürstlichen Regierungen gekommen. Die Regierung Christian Ludwigs war sichtlich bemüht, ihr Verhalten zu rechtfertigen und sich damit bei Lampadius implizit zu entschuldigen. Gleichzeitig wurde keinerlei Kritik an der Bewilligung der deutlich höheren Militärsatisfaktion geübt, die Lampadius erklärtermaßen mitgetragen hatte. Stattdessen verfuhr die Regierung nach dem Grundsatz, das Geschehene sei nicht mehr zu ändern, wobei sie allerdings auch mögliche eigene Fehler ausblendete. Ähnlich wie schon bei der Entschädigung für das Haus Braunschweig-Lüneburg¹⁵⁷ hatte es somit auch bei der schwedischen Militärsatisfaktion Kommunikationsprobleme zwischen Lampadius auf der einen und Christian Ludwig bzw. dessen fürstlicher Regierung auf der anderen Seite gegeben, welche Lampadius' Verhandlungsposition am Kongress nicht unwesentlich beeinträchtigten.

Die Zahlungsbedingungen

Mit der Festlegung der Summe allein war die schwedische Militärsatisfaktion noch nicht abgehandelt. Während die Schweden zunächst weiter über die genauen Zahlungsmodalitäten verhandeln und andere Fragen vertagen wollten, plädierten die Reichsstände dafür, nun auch die Frage der Umsetzung des Friedens aufzugreifen.¹⁵⁸ Auch bezüglich der eigentlichen Zahlungsbedingungen sah es nach schwierigen Verhandlungen aus. Als die Stände in Osnabrück am 18. Juni 1648 ihre

¹⁵⁴ Kanzler und Räte zu Hannover an Lampadius, Hannover 1648 Juni 21, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 20.

¹⁵⁵ Ebd., fol. 20'.

¹⁵⁶ Ebd., fol. 20'-21.

¹⁵⁷ S. oben, Kap. 6, S. 221f, 225-227.

¹⁵⁸ Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juni 18, APW III A 3/6, Nr. 176, S. 4f.

Zustimmung zu der Summe noch einmal ausdrücklich von der Bewilligung ihrer Herren abhängig machten und zudem maximal ein Drittel bar bezahlen wollten,¹⁵⁹ zeigten sich die Schweden nicht sehr zufrieden. Sie verlangten eine Zusage der Stände ohne Wenn und Aber sowie eine höhere Barzahlung.¹⁶⁰

Die reichsständischen Deputierten forderten die Schweden zwei Tage später auf, sich konkreter zu äußern.¹⁶¹ Die Schweden erklärten darauf, nach Friedensschluss drei der fünf Millionen Reichstaler der Militärsatisfaktion bar erhalten und für den Rest ein Pfand haben zu wollen. Als Sicherheit wollten sie entweder die Reichsstädte Hamburg, Lübeck und Bremen oder den Niedersächsischen und Obersächsischen Kreis zugewiesen bekommen. Die Deputierten widersprachen diesen Forderungen, womit sie im Sinne der Reichsstände handelten, die im Anschluss nochmals in den Reichsräten festhielten, es solle bei einem Drittel Bargeld und dem Haftungsausschluss der Reichsstände füreinander bleiben.¹⁶²

Da beide Seiten auf ihren Positionen beharrten, gab es in den folgenden Tagen keine Fortschritte. Die Reichsstände in Osnabrück entschlossen sich am 26. Juni 1648 schließlich zum Nachgeben: Zwar sollte den Schweden zunächst noch einmal ein Drittel Bargeld angeboten werden, doch letztendlich wollte man sich bereit erklären, die wohlhabenderen Stände einen höheren Bargeldanteil bezahlen zu lassen. Es sollte aber bei den von den Ständen formulierten Zahlungsbedingungen bleiben. Letzteren fügten die Reichsstände noch weitere hinzu: Bereits nach der Ratifikation des Friedens sollten die besetzten Plätze ihren Eigentümern restituiert und die Soldaten nach Bezahlung der ersten Tranche der Militärsatisfaktion abgedankt werden. Die übrigen Zahlungen wollten die Reichsstände auf drei Jahre strecken. Konnte ein Stand nicht zahlen, sollte er sich von den Schweden eine gewisse Anzahl Truppen zur Assignation zuweisen lassen. Diese zugewiesenen Truppen sollten sich bis zu ihrer Bezahlung in den Territorien des entsprechenden Standes aufhalten. Hinsichtlich der von den Schweden geforderten Sicherheit wollte man darauf bestehen, keinen Stand für einen anderen haften zu lassen.¹⁶³

Trotz dieses Zugeständnisses der Reichsstände bezüglich des Bargeldanteils brachten weitere Gespräche mit den Schweden keine Fortschritte. Oxenstierna und Salvius äußerten sich wiederum enttäuscht und erklärten, Rücksprache mit ihrer Königin halten zu müssen.¹⁶⁴ Sie weigerten sich außerdem, vor Abschluss dieses Punktes die Verhandlungen mit den Kaiserlichen wiederaufzu-

¹⁵⁹ Ebd., S. 36.

¹⁶⁰ Protokoll Plenum, Osnabrück 1648 Juni 19, APW III A 3/6, Nr. 177, S. 39.

¹⁶¹ Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juni 23, APW III A 3/6, Nr. 181, S. 79.

¹⁶² Ebd., S. 80, 105.

¹⁶³ Protokoll Re- und Correlation (Fortsetzung), Osnabrück 1648 Juni 26, APW III A 3/6, Nr. 182, S. 115.

¹⁶⁴ Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Verhandlungen zwischen den schwedischen Gesandten und Deputierten der Reichsstände, Osnabrück 1648 Juni 27, APW III A 3/6, Nr. 183, S. 120, 127.

nehmen.¹⁶⁵ Stattdessen übergaben sie ein Memorial der Landgräfin zu Hessen-Kassel, die ebenfalls eine Militärsatisfaktion forderte.¹⁶⁶

Trotz der stockenden Gespräche errechnete Lampadius auf Ersuchen seiner Kollegen schon einmal die Summe, die Christian Ludwig als Anteil an der schwedischen Militärsatisfaktion für sein Fürstentum Calenberg würde übernehmen müssen. Lampadius stellte seine Berechnungen dabei auf Grundlage von 120 Römermonaten an, doch ging er von einem weiteren Anwachsen der Summe aus, sobald die Reichsmatrikel auf den aktuellen Stand gebracht worden wären.¹⁶⁷ Für Calenberg kam er so auf eine Gesamtsumme von 82.320 Gulden oder 54.880 Reichstalern, von denen als Anteil an den ersten zwei Millionen 21.952 Taler bar bezahlt werden mussten.¹⁶⁸ Hinzu kam für Christian Ludwig noch der Anteil für seine hildesheimischen Ämter, den der Herzog noch mit der Regierung des Bistums Hildesheim aushandeln musste.¹⁶⁹ Lampadius drang darauf, dies unverzüglich zu veranlassen sowie für die Beschaffung von ausreichend Bargeld zur Bezahlung der ersten Tranche zu sorgen, damit Calenberg rasch von Truppen befreit werden könnte.¹⁷⁰ Bis Anfang Juli 1648 kamen sich Schweden und reichsständische Vertreter in Osnabrück nicht näher. Nach mehreren vergeblichen Treffen¹⁷¹ beschlossen die fürstlichen Gesandten schließlich am 4. Juli 1648 mehrheitlich, den Schweden eine Barzahlung von zwei Millionen Reichstalern anzubieten sowie eine dritte auf Assignation zu stellen.¹⁷² Lampadius war einer von wenigen Gesandten, die sich im Fürstenrat explizit gegen die Bewilligung einer solch hohen Bargeldtranche wandten. Er erklärte, zwar würden die Herzöge Friedrich und Christian Ludwig voraussichtlich ihren Anteil an den zwei Millionen bar beschaffen können, doch sei zu bezweifeln, ob auch andere Reichsstände dazu in der Lage wären. Auf keinen Fall aber dürfe man Dinge versprechen, die man unmöglich halten könne.¹⁷³ Dadurch nämlich würde die Umsetzung des gesamten Friedens gefährdet.¹⁷⁴ Da sich trotz dieser Warnung eine Mehrheit im Fürstenrat für die Unterbreitung dieses Angebots entschied, bat Lampadius seinen Herrn noch am selben Tag, ihm schnellstmöglich mitzuteilen, wie viel er zum ersten Termin würde bezahlen können. Sollte, so der weltliche Gesandte, Christian Ludwig seinen Anteil an den drei von den Schweden zum ersten

¹⁶⁵ Ebd., S. 128.

¹⁶⁶ Ebd., S. 122.

¹⁶⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juni 27, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 61^r-62.

¹⁶⁸ Ebd., fol. 65.

¹⁶⁹ Ebd., fol. 62, 65.

¹⁷⁰ Ebd., fol. 62.

¹⁷¹ Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats, Re- und Correlation sowie Verhandlungen zwischen den schwedischen Gesandten und Deputierten der Reichsstände, Osnabrück 1648 Juli 2, APW III A 3/6, Nr. 185, S. 155f, Protokoll Sitzung des Fürstenrats, Re- und Correlation sowie Verhandlungen zwischen Oxenstierna, Salvius, Erskein und Deputierten der Reichsstände, Osnabrück 1648 Juli 3, APW III A 3/6, Nr. 186, S. 188, Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juli 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 97.

¹⁷² Protokoll Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 4, APW III A 3/6, Nr. 187, S. 202.

¹⁷³ Ebd., S. 198.

¹⁷⁴ Ebd., S. 199.

Termin geforderten Millionen direkt bar bezahlen können und nichts assignieren müssen, würde dies dem Herzog nicht nur zu besonderer Reputation, sondern auch zur Beförderung des Friedens gereichen, da die ärmeren Stände damit entlastet würden.¹⁷⁵ Tatsächlich sagte der Herzog zu, eine Barzahlung seines gesamten Anteils an den drei Millionen Reichstalern versuchen zu wollen.¹⁷⁶ In der Tat gelang dies später auch.¹⁷⁷

Da die Reichsräte jedoch zunächst keinen gemeinsamen Beschluss in der Angelegenheit fassten,¹⁷⁸ wurde im Fürstenrat am 6. Juli 1648 darüber beraten, ob man doch erst einmal berechnen sollte, was jeder einzelne Reichsstand zu der Summe beitragen könnte.¹⁷⁹ Die Mehrheit stimmte mit dem Argument dagegen, man würde dadurch nur Zeit verlieren.¹⁸⁰ Lampadius hingegen sprach sich für eine vorherige Berechnung aus und warnte erneut, andernfalls „gehe der friede verlohren“.¹⁸¹ Doch auch diesmal blieb seine Mahnung ohne Wirkung.¹⁸²

Bei der Re- und Correlation in den Reichsräten wurde jedoch erneut kein gültiges Konklusum erzielt, da die Kurfürstlichen nicht beschlussfähig waren.¹⁸³ Weil sich nun auch die Reichsstädte im gleichen Sinne wie Lampadius und andere Gesandte aussprachen, kamen die Stände überein, jetzt zunächst doch die Reichsmatrikel durchzugehen und zu sehen, was jeder Stand bezahlen könnte.¹⁸⁴ Hatte sich diese Ansicht nicht im Fürstenrat direkt durchgesetzt, wurde sie über diesen Umweg somit schließlich doch berücksichtigt.

Die Reichsstände beschäftigten sich nun kreisweise mit den Matrikeln, wobei sich die Vertreter der Stände des Niedersächsischen Kreises getrennt von den anderen versammelten. Da sich Langenbeck bei einem Sturz verletzt hatte und bettlägerig war, kamen die Gesandten bei ihm zusammen und besprachen die Aufstellung für ihren Kreis.¹⁸⁵ Die so zustande gekommenen Ergebnisse stellte der Kurmainzer bereits am nächsten Tag im Fürstenrat vor,¹⁸⁶ doch wollte man sie

¹⁷⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juli 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 97.

¹⁷⁶ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1648 Juli 13, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 186-186'.

¹⁷⁷ Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Januar 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 3857, fol. 3.

¹⁷⁸ Protokoll Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 4, APW III A 3/6, Nr. 187, S. 206.

¹⁷⁹ Protokoll Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 6, APW III A 3/6, Nr. 188, S. 207.

¹⁸⁰ Ebd., S. 218.

¹⁸¹ Ebd., S. 213.

¹⁸² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juli 11, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 154.

¹⁸³ Protokoll Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 6, APW III A 3/6, Nr. 188, S. 219.

¹⁸⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juli 11, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 154'.

¹⁸⁵ Ebd.

¹⁸⁶ Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 7, APW III A 3/6, Nr. 189, S. 225.

den Schweden erst nach Friedensschluss übergeben.¹⁸⁷ Nachdem man am 7. Juli 1648 nochmals über den vom Kurmainzer verfassten Aufsatz bezüglich der Zahlungsbedingungen der Reichsstände beraten hatte,¹⁸⁸ ließ man immerhin diesen am Tag darauf den Schweden zukommen.¹⁸⁹ Die Deputierten konnten die Verhandlungen über die Zahlungsbedingungen mit den Schweden dann am 10. Juli 1648 abschließen.¹⁹⁰ Am folgenden Tag setzte der Kurmainzer auch die anderen Reichsstände vom Abkommen in Kenntnis.¹⁹¹ Zwar blieb es darin bei der von den Schweden geforderten Zahlung von drei Millionen Reichstalern zum ersten Termin, doch mussten davon nur 1,8 Millionen Reichstaler bar bezahlt werden. Der Rest konnte auf Assignation geschehen. Für die restlichen zwei Millionen Reichstaler mussten die Stände allerdings die gemeinsame Haftung übernehmen. Das von den Ständen kreisweise aufgestellte Verzeichnis der Schuldner sollte den Schweden – wie von den Reichsständen vereinbart – erst bei Friedensschluss übergeben werden. Die Auszahlung und Abdankung der Söldner sollte unmittelbar nach Ratifikation des Friedens, die acht Wochen nach Unterzeichnung des Friedens geschehen sollte, beginnen.¹⁹² Die Verhandlungen über die schwedische Militärsatisfaktion waren damit abgeschlossen. Noch offen war die Frage, ob es eine Amnestie für die Untertanen in den kaiserlichen Erblanden geben würde. Dieser Punkt sollte nun als Nächstes abgehandelt werden und gehörte zu den letzten noch offenen Fragen, die überhaupt am Kongress behandelt wurden.

¹⁸⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juli 11, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 155.

¹⁸⁸ Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 7, APW III A 3/6, Nr. 189, S. 224-236.

¹⁸⁹ Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 9, APW III A 3/6, Nr. 190, S. 241.

¹⁹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juli 11, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 155ʹ.

¹⁹¹ Protokoll Plenum, Osnabrück 1648 Juli 11, APW III A 3/6, Nr. 192, S. 274.

¹⁹² DICKMANN: Frieden, S. 476.

9. Die letzten Fragen am Kongress

Nicht nur der Paragraph *Tandem omnes* und mit ihm die Frage, ob es eine Amnestie für die Untertanen in den kaiserlichen Erblanden geben würde, harrte noch der Klärung. Mit der Vorziehung der schwedischen Militärsatisfaktion waren die Verhandlungen zwischen Kaiserlichen und Schweden über die restlichen noch offenen Punkte ins Stocken geraten. Diese Punkte betrafen unter anderem die Exekution und die Assekuration des Friedens, also die Fragen, wie der Frieden genau umgesetzt und wie er abgesichert werden sollte. Außerdem waren noch einige ‚private‘ Angelegenheiten zu regeln, wie etwa die ‚Baden-Durlacher Sache‘.¹

Die Evangelischen hatten angesichts der beginnenden Verhandlungen über die schwedische Militärsatisfaktion bereits am 30. April 1648 beschlossen, die anderen noch zu klärenden Punkte parallel unter der Hand so weit vorzubereiten, dass sie später im Prinzip nur noch unterschrieben werden mussten.² Die Sachsen-Altenburger, Langenbeck und Lampadius hatten anschließend gemeinsam mit dem Kurmainzer, dem Kurbayrischen und dem Würzburger konsensfähige Entwürfe bezüglich der reichsständischen Rechte sowie der Assekurations- und Exekutionsformel ausgearbeitet. Seinem Herrn hatte Lampadius bereits Anfang Mai berichtet, diese Punkte wären sehr bald ohne Probleme erledigt worden, hätten die Kaiserlichen nicht mit ihrem Paragraphen *Tandem omnes* alles aufgehalten.³

Anschließend hatte jedoch – wie gesehen⁴ – die Frage der schwedischen Militärsatisfaktion Vorrang erhalten. Nachdem deren Höhe festgelegt worden war, die Verhandlungen über die Zahlungsmodalitäten aber noch anstanden, hatte eine reichsständische Deputation die Schweden am 22. Juni 1648 aufgefordert, die Verhandlungen mit den Kaiserlichen wieder aufzunehmen.⁵ Eine Zeit des Gezerres war gefolgt. Während die Schweden zunächst die Zahlungsbedingungen festlegen wollten, verlangten die Reichsstände, erst weiter über die Exekution des Friedens zu verhandeln.⁶

Nach der Einigung über die Zahlungsmodalitäten konferierten Kaiserliche und Schweden dann schließlich ab dem 13. Juli 1648 wieder mit reichsständischer Unterstützung miteinander. Schon am ersten Termin erzielten sie eine Einigung in den meisten Einzelfragen des Punktes Amnestie, mit Ausnahme der ‚Baden-Durlacher Sache‘ und des Paragraphen *Tandem omnes*, also der Am-

¹ S. unten.

² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Mai 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508, fol. 330-330^r.

³ Ebd., fol. 330^r.

⁴ S. oben, Kap. 8.

⁵ Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juni 23, APW III A 3/6, Nr. 181, S. 79.

⁶ S. Kapitel über die Schwedische Militärsatisfaktion.

nestie in den kaiserlichen Erbländen.⁷ Bei der ‚Baden-Durlacher Sache‘ ging es um die Frage, ob der evangelische Markgraf Friedrich von Baden-Durlach ebenfalls in den Genuss der Amnestie kommen sollte oder ob ein Hofratsurteil, das 1622 zu seinen Ungunsten ausgefallen war und die katholische Baden-Badener Linie begünstigt hatte, in Kraft bleiben sollte. Markgraf Friedrich forderte die Restitution der ihm durch das Urteil entzogenen Güter, traf hierbei aber auf den entschiedenen Widerstand der Kaiserlichen. Da die Franzosen ebenfalls den katholischen Markgrafen Wilhelm unterstützten, war die Position Markgraf Friedrichs im Vergleich etwa zu derjenigen der Landgräfin von Hessen-Kassel relativ schwach. Markgraf Friedrich wurden schließlich einige Ämter erstattet, jedoch blieb das Hofratsurteil grundsätzlich in Kraft und der Markgraf wurde ansonsten an die Justiz verwiesen.⁸ Priorität für die Kaiserlichen besaß – wie schon gesehen⁹ – zu dem Zeitpunkt allerdings das Bestreben, den Paragraphen Tandem omnes in der von ihnen entworfenen Version durchzusetzen und dadurch eine Amnestie für die Untertanen in den kaiserlichen Erbländen zu verhindern. Wegen der anhaltenden Unnachgiebigkeit der Kaiserlichen in diesem Punkt ersuchten die Schweden die reichsständischen Deputierten noch am 13. Juli um Unterstützung. Dabei ging es jedoch gar nicht mehr um die Sache an sich: Die Vereinbarung über die Satisfaktion für das schwedische Militär erleichterte Oxenstierna und Salvius erheblich die Zustimmung zur Regelung der Amnestiefage in den kaiserlichen Erbländen im kaiserlichen Sinne.¹⁰ Lampadius berichtete seinem Herrn daher auch, Kaiserliche und Schweden seien sich in der Frage bereits grundsätzlich einig; Probleme bereiteten lediglich einzelne Formulierungen.¹¹ Die reichsständischen Deputierten, unter ihnen Lampadius, versuchten vergeblich, die Kaiserlichen diesbezüglich zu kleinen Zugeständnissen zu bewegen.¹²

Tags darauf berieten die Reichsstände zu Osnabrück über ihr weiteres Vorgehen. Der Kurmainzer stellte zur Umfrage, ob die Reichsstände angesichts des Stockens der Verhandlungen über die Amnestie in den kaiserlichen Erbländen nun durch Deputierte oder im Plenum insgesamt die noch vorhandenen Differenzen in den Friedensvertragsentwürfen zusammentragen sollten.¹³ Lampadius beurteilte diesen Vorschlag als durchsichtigen Versuch, die Reichsstände von ihrem eigentlichen Ziel abzulenken und neuen Streit unter ihnen zu provozieren. Als Urheber vermutete er die Kaiserlichen, die – wie Lampadius glaubte – auf diese Weise den Druck auf sich ver-

⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juli 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 197-197^r.

⁸ DICKMANN: Frieden, S. 467.

⁹ S. oben, Kap. 8, S. 344.

¹⁰ DICKMANN: Frieden, S. 476f, RUPPERT: Politik, S. 341.

¹¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juli 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 197^r.

¹² Ebd., fol. 198-198^r. S. dazu auch BRUNERT: Anm. 14 zu Nr. 193, S. 281, APW III A 3/6.

¹³ Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 14, APW III A 3/6, Nr. 193, S. 278.

ringern wollten, Veränderungen beim Paragraphen Tandem omnes zuzulassen.¹⁴ Lampadius konnte auf diesen Gedanken verfallen, da der kurmainzische Kanzler Raigersperger, der den Kaiserlichen treu ergeben war, auch nach der Wahl des neuen Kurfürsten von Mainz noch das Direktorium führte.¹⁵ Ob Raigersperger allerdings explizit im Auftrag der Kaiserlichen handelte, oder Lampadius Letztere vielmehr erneut aufgrund seiner vorgefertigten Meinung verantwortlich machte, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Die kaiserlichen Korrespondenzen schweigen dazu. Gewiss ist allerdings, dass Raigersperger den Kaiserlichen zur selben Zeit als einziger der Mainzer Gesandten am Kongress noch als „gwißlich ein auffrechter diener ir Kayserlicher maiestät“ galt.¹⁶ Möglicherweise bedurfte es also keiner ausdrücklichen Anweisung der Kaiserlichen an Raigersperger.

Anscheinend war Lampadius nicht der einzige reichsständische Vertreter, der den Vorschlag des Kurmainzers negativ beurteilte, denn die fürstlichen Gesandten ließen sich insgesamt nicht darauf ein. Sie stimmten im Fürstenrat Osnabrück stattdessen dafür, die kaiserlichen Gesandten zunächst noch einmal um die Annahme eines Änderungsvorschlags zu ersuchen. Sollten sie darauf nicht eingehen, wollte man sie bitten, sie möchten über andere Punkte weiterverhandeln, den Paragraphen Tandem omnes ruhen lassen und inzwischen darüber mit dem Kaiser kommunizieren.¹⁷ Falls sich die Kaiserlichen auch dazu nicht bereit zeigen sollten, wollte man ihnen, wie der Sachsen-Altenburger formulierte, „glimpflich andeuten, weil sie [die Kaiserlichen, Anm. T.B.] gebundene hände und noch zur zeit nicht könten fortfahren, würden sie den stenden nicht übel ausdeuten, daß sie sich mit den cronen nach der Kaiserlichen capitulation, reichsconstitutionibus und reichspraxin sich verglichen“.¹⁸ Ähnlich fiel danach auch das Konklusum der Reichsräte in Osnabrück insgesamt aus.¹⁹ Man wollte den Kaiserlichen also androhen, zur Not ohne ihre Beteiligung weiterzuverhandeln, um sie doch noch zum Einlenken zu bewegen.

Beim anschließenden Gespräch lehnten die Kaiserlichen auch einen weiteren Kompromissvorschlag der Reichsstände zu Osnabrück ab.²⁰ Stattdessen stellten sie eine Gegenforderung, indem sie eine ergiebigere Militärsatisfaktion für den Kaiser und den Kurfürsten von Bayern verlang-

¹⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juli 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 198^v-199.

¹⁵ DICKMANN: Frieden, S. 458.

¹⁶ Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1648 Juli 9, APW II A 9, Nr. 77, S. 265.

¹⁷ Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 14, APW III A 3/6, Nr. 193, S. 290.

¹⁸ Ebd., S. 283.

¹⁹ Ebd., S. 297.

²⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juli 18, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 199-199^v, Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats mit Re- und Correlation, Deputation zu den Kaiserlichen, Plenum, Osnabrück 1648 Juli 15, APW III A 3/6, Nr. 194, S. 302-305.

ten.²¹ Nun zeigte sich, dass die Erklärung der Reichsstände, gegebenenfalls die Verhandlungen ohne die Kaiserlichen fortzusetzen, zu diesem Zeitpunkt nur auf äußere Wirkung angelegt gewesen war. Die Reichsstände gaben den Kaiserlichen nach und akzeptierten deren Fassung des Paragraphen Tandem omnes. Zwar sollte der Kaiser ersucht werden, bestimmte harte Worte auszulassen, doch sollte der Frieden wegen dieser Frage nicht weiter aufgehalten werden.²² Damit blieben die Reichsstände zu Osnabrück gewissermaßen dem Beschluss treu, der bereits am 6. Mai 1648 im Fürstenrat Osnabrück formuliert worden war und der vorgesehen hatte, in diesem Punkt zwar im Sinne der Untertanen in den Erblanden auf die Kaiserlichen einwirken zu wollen, letztendlich aber nachzugeben, falls die Kaiserlichen nicht kompromissbereit sein sollten.²³ Am 17. Juli 1648 wurde damit diese Frage endgültig zugunsten des Kaisers entschieden.²⁴ Noch am selben Tag fanden wieder Beratungen über die übrigen offenen Punkte zwischen Kaiserlichen und Schweden mit Unterstützung der reichsständischen Gesandten statt.²⁵

Parallel zu den Verhandlungen zwischen Kaiserlichen und Schweden liefen auch die Beratungen in den Reichsräten weiter. Am 23., 24. und 25. Juli 1648 erzielten die Reichsstände in Osnabrück eine Einigung über die beiden Punkte Exekution und Assekuration des Friedens und übergaben ihr Gutachten den Kaiserlichen.²⁶ Nach den vorbereitenden Sitzungen ausgewählter evangelischer und katholischer Vertreter über diese beiden Punkte ab Mai 1648 erfolgte nun also darüber auch die ‚offizielle‘ Einigung der Reichsstände in Osnabrück.

Erneut wollten die Kaiserlichen allerdings andere Fragen vorziehen: Insbesondere interessierte sie, wie sich die Reichsstände hinsichtlich der Forderung nach höheren Militärsatisfaktionen für den Kaiser und den Kurfürsten von Bayern positionieren würden. Zudem verlangten sie die Zusage der Reichsstände zu Osnabrück, dass die Verhandlungen mit Frankreich in Münster stattfinden würden.²⁷ Lampadius vermutete, die Kaiserlichen bezweckten damit, die Verhandlungen zu verzögern und zugleich den Konsens der Reichsstände zu brechen, um ihnen die Schuld

²¹ Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats mit Re- und Correlation, Deputation zu den Kaiserlichen, Plenum, Osnabrück 1648 Juli 15, APW III A 3/6, Nr. 194, S. 306.

²² Protokoll Plenum; Konferenz der kaiserlichen, schwedischen und reichsständischen Gesandten mit Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 17, APW III A 3/6, Nr. 196, S. 331f.

²³ S. oben, Kap. 8, S. 347.

²⁴ Protokoll Plenum; Konferenz der kaiserlichen, schwedischen und reichsständischen Gesandten mit Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 17, APW III A 3/6, Nr. 196, S. 331f, DICKMANN: Frieden, S. 476f, RUPPERT: Politik, S. 342.

²⁵ Protokoll Plenum; Konferenz der kaiserlichen, schwedischen und reichsständischen Gesandten mit Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 17, APW III A 3/6, Nr. 196, S. 332.

²⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juli 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 254^r-255.

²⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juli 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 255. Abgesehen von der Frage, ob dem Kaiser die begehrte Militärsatisfaktion bewilligt würde, nannte Volmar in seinem Bericht an Trauttmansdorff andere Fragen, die die Kaiserlichen zuvor geklärt sehen wollten: Die Reichsstände zu Münster sollten auch in den aktuellen Entscheidungsfindungsprozess einbezogen werden und die Beschwerden derjenigen Reichsstände, die zur Hessen-Kasseler Satisfaktion beitragen mussten, sollten berücksichtigt werden: Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1648 Juli 27, APW II A 9, Nr. 98, S. 334.

für weitere Verzögerungen beimessen zu können.²⁸ Auch in dieser Situation unterstellte er den Kaiserlichen gegen die Reichsstände gerichtete Absichten. Dass die Kaiserlichen – wie alle anderen Beteiligten, die ihre Anliegen jetzt noch berücksichtigt sehen wollten – ein Interesse daran haben konnten, ihre Forderungen vor den anderen noch offenen Punkten auf die Tagesordnung zu bringen, spielte für Lampadius offenbar keine Rolle. Und dies, obwohl angesichts des sich abzeichnenden Endes der Verhandlungen die Wahrscheinlichkeit wuchs, dass die letzten Fragen, die den Friedensschluss noch behinderten, übergangen oder vertagt werden würden.²⁹ Lampadius lud also die Forderungen der Kaiserlichen mit mehr Bedeutung auf, als ihnen tatsächlich zukam und bestätigte damit gewissermaßen selbst sein Feindbild, indem er Opfer seiner selektiven Wahrnehmung und Deutung wurde. Dass dem so ist, legt die Tatsache nahe, dass Volmar Trauttmansdorff gegenüber – also intern – seinerseits wiederum die Evangelischen für die aktuellen Verzögerungen verantwortlich machte.³⁰

Auch jetzt behinderte Lampadius im Verbund mit anderen reichsständischen Vertretern die Behandlung der von den Kaiserlichen gestellten Forderungen. Er verabredete zunächst mit den Kurbrandenburgern, sich nicht auf andere Fragen als die Exekution und die Assekuration des Friedens einzulassen. Welfische und kurbrandenburgische Gesandte besprachen sich darüber anschließend auch mit anderen reichsständischen Vertretern.³¹ Diese Vereinbarung war offenkundig ganz im Sinne einer Mehrheit der Reichsstände zu Osnabrück, denn diese ersuchten die Kaiserlichen daraufhin, mit den von ihnen vorgebrachten Punkten die Verhandlungen über Exekution und Assekuration nicht weiter zu verzögern. Diesmal gaben die Kaiserlichen nach, doch unter der Bedingung, dass die Reichsstände während der Verhandlungen über Exekution und Assekuration über die von ihnen vorgelegten Fragen berieten. Da auch die Schweden sich bereit erklärten, mit den Kaiserlichen weiterzuverhandeln, meldete Lampadius nach Hannover, allem Anschein nach könne mit Gottes Hilfe nun der Frieden mit der Krone Schweden in wenigen Tagen geschlossen werden, falls nicht wieder böse, friedhässige Leute für Verzögerungen sorgten.³² Ob er damit die Kaiserlichen meinte, lässt sich nur vermuten. Sicherlich wird er angesichts seiner sonstigen Äußerungen über die Gesandten Ferdinands III. mit diesem Kommentar aber auch an sie gedacht haben.

Als sich Schweden und reichsständische Deputierte am 29. Juli 1648 bei den Kaiserlichen einfanden, um dort die Punkte Exekution und Assekuration des Friedens abzuschließen, waren es nun

²⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 278-278'.

²⁹ DICKMANN: Frieden, S. 465.

³⁰ Volmar an Trauttmansdorff, Osnabrück 1648 Juli 27, APW II A 9, Nr. 98, S. 334.

³¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 278'.

³² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 Juli 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 255'.

allerdings die Schweden, die dieses Vorhaben aufhielten. Sie verlangten, es müssten zugleich auch die noch offenen Forderungen der Franzosen besprochen werden.³³ Diese französischen Forderungen betrafen hauptsächlich Spanien und Lothringen: Bereits gegen Mitte Juni hatte der französische Gesandte Servien eine Zusage der Reichsstände darüber verlangt, den Burgundischen Reichskreis vom Frieden auszunehmen, da Spanien durch seine dortigen Besitzungen Reichsstand war. Spanien sollte also auch auf diesem Wege vom Frieden ausgeschlossen werden. Zudem forderten die Franzosen, der Kaiser solle auf jegliche Assistenz für Spanien verzichten.³⁴ Darüber hinaus beabsichtigte Frankreich, die Behandlung der Restitutionsforderungen des Herzogs von Lothringen beim Westfälischen Friedenskongress zu unterbinden. Die französische Krone hatte die Territorien des Herzogs eingezogen und war der Ansicht, dass die Frage seiner Restitution eine französisch-lothringische Angelegenheit sei und nicht auf den Kongress gehöre. Dagegen setzte sich der Kaiser für die Restitution des Herzogs ein.³⁵ Das Vorhaben der Schweden, diese französischen Forderungen mit einzubeziehen, war an diesem Tag allerdings nicht von Erfolg gekrönt: Kaiserliche und reichsständische Deputierte weigerten sich, ihrem Ersuchen nachzukommen und nötigten Oxenstierna und Salvius mit vereinten Kräften, weiter über die Exekution des Friedens zu reden.³⁶ Diese Zusammenarbeit von Kaiserlichen und reichsständischen Deputierten, die für Lampadius eine positive Erfahrung hätte sein können, wurde jedoch umgehend vom Verhalten der Kaiserlichen und Katholischen überschattet. Denn als man schließlich über die Umsetzung des Friedens sprach, versuchten Letztere aus seiner Sicht, all diejenigen Klauseln dieses Punktes, die in den Reichsräten zugunsten der Evangelischen beschlossen worden waren, wieder zu tilgen. Seinem Herrn berichtete Lampadius später, wären Thumbshirn und er nicht anwesend gewesen, hätte es diesmal schlecht für die Evangelischen ausgesehen.³⁷ Nun leisteten wiederum die Schweden den beiden evangelischen Vertretern Unterstützung.³⁸ Statt zu einer Annäherung an die Kaiserlichen kam es für Lampadius daher auch jetzt eher wieder zu einer Anlehnung an die Schweden. Bezüglich seines negativen Bildes der Kaiserlichen fühlte er sich offenkundig erneut bestätigt. Darüber hinaus hatte Raigersperger im Vorfeld versucht, neben dem kompromissbereiten Katholiken Vorburg auch Lampadius aus dem Kreis der Deputierten für diesen Termin auszuschließen, worüber sich Lampadius in der Fürstenratssitzung am folgenden

³³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 279'.

³⁴ DICKMANN: Frieden, S. 481, RUPPERT: Politik, S. 344-346.

³⁵ DICKMANN: Frieden, S. 480f, RUPPERT: Politik, S. 343f.

³⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 279'. Lamberg, Krane und Volmar an Ferdinand III., Osnabrück 1648 Juli 30, APW II A 9, Nr. 100, mit Beilage A, S. 338f. Darüber berichteten die Schweden nichts.

³⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 279'.

³⁸ Ebd., fol. 280, Johan Oxenstierna und Salvius an Königin Christina, Osnabrück 1648 August 3, APW II C 4/2, Nr. 320, S. 613f.

Tag ausdrücklich beschwerte.³⁹ Dieser Versuch mochte im Nachhinein angesichts der äußerst schwierigen Verhandlungen an diesem Tag aus protestantischer Sicht umso schwerer wiegen und erst recht zu einem gewissen Misstrauen gegenüber den Kaiserlichen und Katholischen beitragen. Bereits am folgenden Tag berieten die Reichsstände in Osnabrück über einen der von den Kaiserlichen vorgelegten Punkte, nämlich die Militärsatisfaktionen für den Kaiser und Kurbayern. Dabei beschlossen sie unter anderem, dem Kaiser zwar eine Militärsatisfaktion zu zahlen, die Höhe der Summe aber erst auf dem folgenden Reichstag festzulegen.⁴⁰ Lampadius erklärte für das Haus Braunschweig-Lüneburg, die Welfenherzöge seien wegen des Vertrags von Goslar mit dem Kaiser nicht verpflichtet, etwas dazuzugeben.⁴¹

Am letzten Julitag dann wurden auch die Punkte Exekution und Assekuration des Friedens so weit abgehandelt, dass, wie Lampadius seinem Herrn schrieb, die Verhandlungen zwischen Kaiser, Schweden und dem Reich nun abgeschlossen waren. Volmar und Salvius hatten es übernommen, das ganze Vertragswerk noch einmal durchzusehen und zu rektifizieren. Danach sollte der Friedensvertrag provisorisch unterschrieben werden und man wollte sich den Verhandlungen mit dem französischen Gesandten Servien zuwenden.⁴² Die Reichsräte in Osnabrück berieten am selben Tag noch einmal über einige wenige Änderungswünsche.⁴³

Ganz so einfach sollte es allerdings doch nicht werden. Als Volmar und Salvius am 2. August 1648 gemeinsam den Friedensvertrag durchgingen, versuchten die Kaiserlichen entgegen der Absprache vom 31. Juli, allerhand Änderungen durchsetzen. Am folgenden Tag beschlossen die Reichsstände daher, ihre Deputierten zu den Kaiserlichen zu schicken und sie davon abzumahn-⁴⁴ Auch die Schweden beabsichtigten, in letzter Minute eine Sonderregelung zugunsten der Landgräfin zu Hessen-Kassel zu erzielen, die sie von der Zahlung der schwedischen Militärsatisfaktion ausnehmen wollten. Dies ließen die Deputierten ebenfalls nicht zu.⁴⁵ Anschließend wurde

³⁹ Protokoll Sitzung des Fürstenrats mit Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 30, APW III A 3/7, Nr. 208, S. 39f. S. außerdem BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/7, S. LXIV.

⁴⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 280, Protokoll Sitzung des Fürstenrats mit Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 30, APW III A 3/7, Nr. 208, S. 22-53.

⁴¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 280', Protokoll Sitzung des Fürstenrats mit Re- und Correlation, Osnabrück 1648 Juli 30, APW III A 3/7, Nr. 208, S. 41.

⁴² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 280'.

⁴³ Protokoll Sitzung des Fürstenrats mit Re- und Correlation und Plenum, Osnabrück 1648 Juli 31, APW III A 3/7, Nr. 209, S. 54-72.

⁴⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 303-303'. Schon am 1. August sollen die Kaiserlichen den Schweden einen Aufsatz mit Änderungswünschen übergeben haben, der nicht mehr ermittelt werden kann: BRUNERT: Anm. 5 zu Nr. 211, APW III A 3/7, S. 96f.

⁴⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 303'.

in den Reichsräten zu Osnabrück darüber beraten, wie und von wem die Friedensverträge unterzeichnet werden sollten und wie sie zu ratifizieren wären.⁴⁶

Am 6. August 1648 wurde dann schließlich der Friedensvertrag fertiggestellt und öffentlich gelesen.⁴⁷ Dabei versprachen Kaiserliche, Schweden sowie der Kurmainzer und der Kurbayrische für die Reichsstände öffentlich, am Friedensvertrag nichts mehr zu ändern und den Frieden für geschlossen zu halten.⁴⁸ Zwar hätten die Reichsstände am liebsten bereits die Unterzeichnung des Friedens gesehen, doch dazu erklärten sich die Schweden aus Rücksicht auf Frankreich noch nicht bereit.⁴⁹

Verhandlungen mit Frankreich

Am 10. August 1648 reiste Volmar nach Münster, wo er die Verhandlungen mit Frankreich fortsetzen wollte.⁵⁰ Die reichsständischen Deputierten baten ihn vergeblich, mit seiner Abreise noch ein paar Tage zu warten.⁵¹ Dem kaiserlichen Gesandten waren durch kaiserliche Weisung die Hände gebunden.⁵² Vor allem politische Erwägungen hatten den kaiserlichen Hof zu diesem Befehl für Volmar bewogen, machte man sich dort doch keine Hoffnungen, die Verhandlungen zu Osnabrück im Sinne des Kaisers lenken zu können. Schied diese Möglichkeit aus, so wollte man die Situation wenigstens auf andere Weise nutzen: Denn stellten die Reichsstände zu Osnabrück nach der Abreise Volmars „den Kaiser vor vollendete Tatsachen, so hatte man [in Wien, Anm. T.B.] eher eine Rechtfertigung gegenüber Madrid für die schweren Entscheidungen, die auf den Kaiser zukamen.“⁵³ Bereits Ende März 1648 hatte Ferdinand III. einer Forderung Maximilians von Bayern nachgeben müssen, der seine weitere militärische Unterstützung für den Kaiser von dessen Bereitschaft abhängig machte, auch ohne Spanien Frieden zu schließen. Die Trennung von Spanien zeichnete sich in Wien somit bereits deutlich ab, auch wenn man dort die Hoffnung noch nicht aufgab, es werde nicht so weit kommen.⁵⁴

Die Reichsstände zu Osnabrück bestätigten die Erwartungen des Kaiserhofes. Trotz der Abreise Volmars wurde in den Reichsräten beschlossen, mit dem französischen Gesandten Servien über diejenigen Reichsangelegenheiten, bei denen auch Frankreich betroffen war, weiter in Osnabrück

⁴⁶ Ebd., fol. 303^r-304, Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 August 4, APW III A 3/7, Nr. 212, S. 98-113.

⁴⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 304-304^r.

⁴⁸ Ebd., fol. 304^r.

⁴⁹ DICKMANN: Frieden, S. 477, RUPPERT: Politik, S. 347.

⁵⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 305-305^r, Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 353^r.

⁵¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 305^r.

⁵² DICKMANN: Frieden, S. 482.

⁵³ RUPPERT: Politik, S. 348.

⁵⁴ Ebd., S. 351.

zu verhandeln. Die kaiserlichen Vertreter Volmar und Graf Nassau sollten ersucht werden, dazu wieder nach Osnabrück zu kommen.⁵⁵ Dies wurde einen Tag später, am 11. August 1648, auch den noch in Osnabrück anwesenden kaiserlichen Gesandten mitgeteilt.⁵⁶

Ab dem 18. August 1648 verhandelten die reichsständischen Deputierten dann mit Servien über den französischen Friedensvertrag.⁵⁷ Salvius interponierte sich in den folgenden Tagen zwischen den Franzosen und den reichsständischen Vertretern. Lampadius schrieb nach Hannover, wäre Volmar nicht nach Münster abgereist, wäre man bald zum Abschluss der Verhandlungen gekommen; so aber verzögere sich das Geschehen. Die Abreise des kaiserlichen Gesandten rechnete Lampadius dem spanischen Einfluss auf die kaiserliche Politik zu, dem die Reichssachen immer untergeordnet würden.⁵⁸ Grund für Volmars Abreise nach Münster war in seinen Augen somit der Versuch, die Verhandlungen erneut zugunsten Spaniens aufzuhalten.

Die Nachricht von Volmars Abreise und den erneuten Verzögerungen am Kongress wurde auch in Hannover mit Sorge vermerkt. Dort allerdings zog man eine andere Konsequenz als Lampadius. Statt sich über die Kaiserlichen zu beklagen, schlug man eine pragmatische Lösung vor: Die Reichsstände sollten nicht länger darauf bestehen, in Osnabrück mit den Franzosen zu verhandeln. Die drei Regierungen der Welfenherzöge waren sich einig, ihre Gesandten zur Reise nach Münster anzuweisen und sie zudem aufzufordern, auch die anderen reichsständischen Gesandten dazu zu überreden.⁵⁹ Am 29. August 1648 ging ein Brief mit entsprechenden Anweisungen an Lampadius.⁶⁰

Unterdessen berieten die Reichsstände zu Osnabrück weiter über ein „unerwartetes Hindernis“⁶¹ in Form der französischen Satisfaktion, über die bereits 1646 von französischen und kaiserlichen Gesandten unter Mithilfe der Vermittler in Münster verhandelt worden war. Eine noch nicht bindende Übereinkunft zwischen beiden Seiten war am 13. September 1646 verlesen, nicht aber unterzeichnet worden und besaß lediglich begrenzte Gültigkeit.⁶² Dem war allerdings am 11./14.

⁵⁵ Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 August 10, APW III A 3/7, Nr. 215, S. 128-150.

⁵⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 353', Protokoll Plenum, Osnabrück 1648 August 12, APW III A 3/7, Nr. 217, S. 154f.

⁵⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 374-374', BRUNERT: Anm. 5 zu Nr. 221, APW III A 3/7, S. 230.

⁵⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 374'.

⁵⁹ Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Celle, Hannover 1648 August 25, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 406-407, Kanzler und Räte zu Hannover an Kanzler und Räte zu Wolfenbüttel, Hannover 1648 August 26, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 408-409, Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1648 August 27, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 410, Kanzler und Räte zu Wolfenbüttel an Kanzler und Räte zu Hannover, Wolfenbüttel 1648 August 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 429.

⁶⁰ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1648 August 29, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 414-415.

⁶¹ DICKMANN: Frieden, S. 482.

⁶² REPGEN: Satisfaktionsartikel, passim, TISCHER: Diplomatie, S. 286-288. Die ältere Forschung ging fälschlich davon aus, es habe sich dabei bereits um einen gültigen Vorvertrag gehandelt: DICKMANN, S. 300.

November 1647 ein Vorvertrag zwischen Kaiserlichen und Franzosen gefolgt, der im Großen und Ganzen die schon in der Übereinkunft von September 1646 festgehaltenen Klauseln bestätigte.⁶³ Beide Male wurden im Vorfeld die Reichsstände nicht mit einbezogen bzw. ihre Bedenken im Wesentlichen nicht berücksichtigt.⁶⁴ Dies erwies sich nun als hinderlich, denn als sich Lampadius und die anderen reichsständischen Gesandten im Sommer 1648 mit dem Vorvertrag konfrontiert sahen, reagierten viele von ihnen wenig angetan: Sie befanden, es würde dem Reich zu größtem Schaden gereichen, wenn die darin genannten Territorien samt allen Rechten endgültig in französischen Besitz übergingen und dem Reich somit entzogen würden. Der französische Gesandte Servien äußerte sich mehrmals, er sei nicht befugt, an der Satisfaktion irgendetwas zu ändern, während die Reichsstände die betroffenen Territorien nur unter Wahrung aller Rechte an Frankreich abgeben und sie damit im Reichsverband halten wollten. Da Servien ihre diesbezügliche Erklärung nicht einmal annahm, beschlossen die Reichsstände zu Osnabrück, sie direkt an den französischen König zu senden.⁶⁵ Dieser beantwortete dieses Schreiben später nur mit allgemeinen Floskeln, ohne auf den Inhalt einzugehen. Schlussendlich konnten die Reichsstände zu Osnabrück mit ihrer Erklärung bezüglich der französischen Satisfaktion also nichts ausrichten; „[d]ie Streitfragen um das Elsaß wurden ungelöst einer späteren Zeit überlassen“.⁶⁶ Servien war derweil am Kongress zwar darum bemüht, die Reichsstände nicht vor den Kopf zu stoßen, zumal er ihre Unterstützung noch benötigte, um den Kaiser zur Trennung von Spanien zu bewegen, doch war er in der Sache keinen Moment zum Nachgeben gewillt.⁶⁷ Diese Strategie scheint aufgegangen zu sein; wenig später sollte sich Lampadius seinem Herrn gegenüber recht verständnisvoll zu Serviens Haltung äußern: Servien, befand Lampadius, sei bezüglich der französischen Satisfaktion insofern zu entschuldigen, als der Herzog von Longueville und d’Avaux sich ohne Wissen der Stände mit den Kaiserlichen geeinigt und dasjenige unterschrieben hätten, was im französischen Vertrag nun für Aufregung und Streit mit den Reichsständen Sorge. Außerdem sei Servien nicht befugt, Änderungen vorzunehmen. Möglicherweise war Lampadius dem französischen Gesandten gegenüber auch deshalb milde gestimmt, da dieser sich sogar bei ihm entschuldigen ließ, sich den Evangelischen widersetzt zu haben.⁶⁸ Diese Nachsicht war eigentlich unverdient: Zwar gab sich Servien nach außen hin unnachgiebig, hielt

⁶³ TISCHER: Diplomatie, S. 290.

⁶⁴ DICKMANN: Frieden, S. 274, TISCHER: Diplomatie, S. 290.

⁶⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 416. Zur vorangegangenen Diskussion in den Reichsräten in Osnabrück s. APW III A 3/7, Nr. 219-227, S. 196-319.

⁶⁶ DICKMANN: Frieden, S. 485.

⁶⁷ Ebd., S. 483f.

⁶⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 September 17, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 14.

selbst aber Änderungen im Grunde bis zum Friedensschluss im Oktober 1648 noch für möglich, zumindest dann, wenn sie der französischen Krone von Nutzen waren.⁶⁹

Die übrigen Verhandlungen zwischen den Reichsständen zu Osnabrück und dem französischen Gesandten gingen anschließend recht gut voran: Am 27. August 1648 besprachen die Deputierten der Reichsstände mit Servien den französischen Friedensvertrag und einigten sich mit ihm in fast allen Punkten. Offen blieb im Wesentlichen nur die Frage der österreichischen Assistenz für Spanien.⁷⁰ Hierüber berieten am folgenden Tag die Reichsräte zu Osnabrück. Kurbayern drang dabei darauf, den Frieden für geschlossen zu halten und alle Feindseligkeiten einzustellen, sobald sich die Reichsstände in diesem Punkt mit Frankreich geeinigt hätten.⁷¹ Lampadius tat sich zunächst schwer, diese Aussage zu verstehen.⁷² Kurz darauf begriff er sie jedoch als Absichtserklärung des bayrischen Kurfürsten, seine Unterstützung für den Kaiser nach der Einigung der Reichsstände mit Frankreich einzustellen. Dadurch, schrieb Lampadius Christian Ludwig, solle der Kaiser gezwungen werden, sich dem Frieden entweder anzuschließen und die Rücksichtnahme auf Spanien aufzugeben, oder den Krieg auf seine Kosten allein fortzusetzen und den Reichsständen entstehende Schäden zu ersetzen.⁷³ Obwohl Lampadius diese Absicht des bayrischen Kurfürsten guthieß, vermerkte er doch die durch aktuelle Kriegseignisse hervorgerufene Notlage Maximilians von Bayern mit Genugtuung. Schwedische und französische Truppen waren bereits im Mai 1648 in Bayern einmarschiert und hatten das vollkommen geplünderte Land erst gegen Anfang August wieder verlassen.⁷⁴ Lampadius hielt fest, es sei wohl Gottes gerechtes Urteil, dass der Kurfürst in solche Not geraten sei und bei anderen Reichsständen, die er fast dreißig Jahre lang unerhört bedrängt und betrübt habe, nun um Hilfe ersuchen müsse.⁷⁵ Zwar mochten die Gravamina auf dem Papier bereits ausgeräumt sein und gemeinsame Interessen die Zusammenarbeit erleichtern, doch konnte dies für Lampadius die früheren Handlungen des bayrischen Kurfürsten nicht vergessen machen. Er beurteilte neben Ferdinand III. auch Maximilian von Bayern anhaltend negativ.

⁶⁹ TISCHER: Diplomatie, S. 291.

⁷⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 416', Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 August 28, APW III A 3/7, Nr. 228, S. 320f.

⁷¹ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 416', Protokoll Plenum, Sitzung des Fürstenrats sowie Re- und Correlation, Osnabrück 1648 August 28, APW III A 3/7, Nr. 228, S. 322f.

⁷² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 416'-417.

⁷³ Ebd., fol. 417.

⁷⁴ DICKMANN: Frieden, S. 470f, ALBRECHT: Maximilian, S. 1080-1082, GOETZE: Bündnispraxis, S. 266f. ALBRECHT veranschlagt den endgültigen Abzug der schwedischen und französischen Truppen aus Bayern erst für Oktober 1648: ALBRECHT: Maximilian, S. 1082. Dem folgt GOETZE: Bündnispraxis, S. 267.

⁷⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 417-417'.

Auch der französische Gesandte Servien erklärte am 30. August 1648 mit Salvius' Zustimmung, die Feindseligkeiten sollten eingestellt werden, sobald sich die Reichsstände wegen der österreichischen Assistenzfrage mit ihm geeinigt hätten.⁷⁶ Damit zeichnete sich auch mit der französischen Seite eine Einigung ab. In dieser Situation erhielt Lampadius den Befehl Christian Ludwigs, sich mit anderen reichsständischen Gesandten nach Münster zu begeben. Der welfische Gesandte zeigte sich davon wenig überzeugt. In seiner Antwort vom 5. September teilte er seinem Herrn mit, die Verhandlungen mit Servien würden zurzeit in Osnabrück eifrig fortgesetzt, auch sei das ganze kurfürstliche Kollegium in Osnabrück anwesend, ebenso die vornehmsten Fürsten und Reichsstädte. In Münster dagegen säße Franz Wilhelm von Wartenberg mit seinen Konsorten allein. Lampadius warnte daher vor negativen Konsequenzen, sollten seine Kollegen und er sofort nach Münster aufbrechen. Dies würde Christian Ludwig bei den Schweden sehr verdächtig machen und ebenso die anderen Anwesenden auf seltsame Gedanken bringen. Sobald sich aber auch andere reichsständische Vertreter nach Münster begäben, wolle er gern mitgehen, wenn Gott ihm weiter Gesundheit verleihe.⁷⁷ Schien die Anweisung der Welfenherzöge an ihre Gesandten zunächst eine pragmatische Lösung für die Verzögerungen zu sein, war sie aufgrund der Eigendynamik des Kongresses zunächst kaum sinnvoll umzusetzen.

Lampadius blieb dementsprechend erst einmal in Osnabrück, wo die Reichsstände unter Vermittlung von Salvius weiter mit Servien über die österreichische Assistenzklausel verhandelten.⁷⁸ Dabei waren die reichsständischen Vertreter einerseits darum bemüht, sich nicht offen gegen den Kaiser zu positionieren und eine Kränkung des Reichsoberhauptes zu vermeiden. Andererseits war eine Mehrheit von ihnen bereit zu einem Friedensschluss auch ohne den Kaiser. Insbesondere Kurbayern und Kurmainz gingen dabei voran, während sich unter den Kurfürstlichen Kurbrandenburg eher vorsichtig zeigte und Kursachsen wohl noch am meisten zum Kaiser hielt. Insgesamt mochten die Reichsstände zu Osnabrück darauf hoffen, dass der Kaiser sich zumindest im Nachhinein in das Unvermeidliche fügen und dem Frieden beitreten würde.⁷⁹ Am 9. September 1648 beschlossen die Reichsstände zu Osnabrück daher, Servien weiter entgegenzukommen:⁸⁰ Waren sie schon zum Ausschluss des burgundischen Reichskreises aus dem Frieden und zur Zusage bereit gewesen, diesem Kreis jegliche Reichshilfe zu versagen, solange der Krieg zwischen Frankreich und Spanien noch währte,⁸¹ so gaben sie Servien bei der Assistenzklausel

⁷⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 September 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 430, BRUNERT: Anm. 3 zu Nr. 229, APW III A 3/7, S. 344f.

⁷⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 September 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 431.

⁷⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 September 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 1, 3-3'.

⁷⁹ DICKMANN: Frieden, S. 485.

⁸⁰ Protokoll Re- und Correlation, Osnabrück 1648 September 9, APW III A 3/7, Nr. 234, S. 410-412.

⁸¹ DICKMANN: Frieden, S. 486f. Zum Scheitern des Friedensschlusses zwischen Frankreich und Spanien in Münster ROHRSCHEIDER: Frieden, passim.

schließlich noch weiter nach. Sie machten das Zugeständnis, im Vertrag nicht nur Kaiser und Reich, sondern jedem einzelnen Reichsstand die Unterstützung für die Feinde Frankreichs zu verbieten, um so implizit die österreichische Hilfe für Spanien und Lothringen zu unterbinden. Um diese Zusage nicht gar so hart klingen zu lassen, erklärten die Reichsstände zugleich, ihr Beschluss binde nur sie selbst und greife dem Kaiser nicht vor. Dies war letztlich jedoch nur eine „papierne[...] Erklärung“, die am Inhalt nichts änderte.⁸²

Der Friedensvertrag mit Frankreich war somit am 11. September 1648 so gut wie abgeschlossen; die Reichsstände zu Osnabrück kamen daher am folgenden Tag überein, sich bald nach Münster zu begeben.⁸³ Dort wollten sie die Kaiserlichen überzeugen, das Wohl des Reiches allen anderen Erwägungen vorzuziehen und den Frieden wegen der Frage der österreichischen Assistenz für Spanien nicht aufzuhalten.⁸⁴ Da nun auch die anderen Reichsstände nach Münster aufbrechen wollten, konnte Lampadius absehbar den erhaltenen Befehl doch noch umsetzen. Die Verzögerung war nicht allzu groß.

Zunächst widmete man sich in Osnabrück erneut dem kaiserlich-schwedischen Friedensvertrag, der am 14. September 1648 in der Unterkunft Graf Lambergs nochmals von Sekretären und Kanzlisten kollationiert wurde. Eigentlich sollte dieser Vertrag am folgenden Tag im Beisein der Kaiserlichen, Salvius' und der reichsständischen Deputierten versiegelt und beim kurmainzischen Direktorium deponiert werden.⁸⁵ Doch Servien versuchte nun – ähnlich wie Kaiserliche und Schweden zuvor – im letzten Moment noch eine Änderung im Vertrag durchzusetzen und so die Ausübung der katholischen Konfession in der Unterpfalz zu bewahren. Angesichts des Widerstands aller anwesenden reichsständischen Vertreter und der Schweden nahm er allerdings rasch von diesem Unterfangen Abstand.⁸⁶ Am 15. und 16. September konnten daher sowohl das französische als auch das schwedische Friedensinstrument bei den Kurmainzern deponiert werden.⁸⁷ Seinem Herrn vermeldete Lampadius, damit sei nun alles abgehandelt und beschlossen.⁸⁸

⁸² DICKMANN: Frieden, S. 487.

⁸³ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 September 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 3^r-4, Protokoll Sitzung des Fürstenrats mit Re- und Correlation, Osnabrück 1648 September 12, APW III A 3/7, Nr. 236, S. 420-455.

⁸⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 September 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 4, Protokoll Sitzung des Fürstenrats mit Re- und Correlation, Osnabrück 1648 September 12, APW III A 3/7, Nr. 236, S. 451-455.

⁸⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 September 17, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 13.

⁸⁶ DICKMANN: Frieden, S. 488.

⁸⁷ Ebd., S. 487f.

⁸⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 September 17, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 14^r.

Verlegung nach Münster

Die in Osnabrück anwesenden Gesandten verloren danach keine Zeit. Bereits am 16. September 1648 begaben sich Servien, der Kurbayrische und etliche andere von ihnen nach Münster.⁸⁹ Zwei Tage später war auch Lampadius in Münster eingetroffen. Dort erkundigte er sich in den folgenden beiden Tagen gemeinsam mit anderen reichsständischen Gesandten über den Stand der Dinge. Diese brachten dabei in Erfahrung, der spanische Gesandte Brun bemühe sich eifrig, die spanischen Fragen mit dem Friedensschluss im Reich zu verknüpfen. Die Kurmainzer, Kurbayrischen und Kursächsischen widersetzten sich gemeinsam diesem Vorhaben des spanischen Vertreters.⁹⁰

Am 21. September 1648 besuchten einige der aus Osnabrück angekommenen Gesandten erstmals wieder die Kaiserlichen.⁹¹ In den folgenden zwei Tagen geschah öffentlich noch nicht viel, doch hinter den Kulissen drangen Kurmainzer, Kurbayrische, Kursächsische und andere reichsständische Vertreter den Kaiserlichen gegenüber darauf, den Frieden im Reich für Spanien nicht länger aufzuhalten.⁹²

Am 25. September 1648 bestätigten die Kaiserlichen schließlich den Friedensvertrag mit Schweden und zeigten sich auch mit all dem einverstanden, was im französischen Friedensvertrag dem schwedischen gemäß war. Darüber hinaus übergaben sie etliche Änderungswünsche zum französischen Friedensvertrag.⁹³ Diese betrafen – wenig überraschend – die Vereinbarungen über Spanien, den burgundischen Kreis und Lothringen.⁹⁴ Die Stände, die aus Osnabrück angereist waren, kamen jedoch überein, es bei den Beschlüssen bewenden zu lassen, die sie in Osnabrück getroffen hatten und wollten keine weiteren Beratungen mehr anstellen. Die Münsterischen, berichtete Lampadius nach Hause, wandten dagegen nichts ein und stimmten damit stillschweigend dieser Entscheidung der Osnabrücker zu.⁹⁵

In den nächsten Tagen gewannen die reichsständischen Gesandten zwar den Eindruck, die Kaiserlichen würden die Verhandlungen weiter verzögern, doch man war andererseits auch der Meinung, ihnen einen kurzen Aufschub nicht abschlagen zu können. Am 30. September 1648 erhielten die Kaiserlichen Briefe vom Kaiserhof, deren Eintreffen von den Reichsständen zwar verhalten, aber doch erwartungsvoll vermerkt wurde. Die reichsständischen Gesandten, mit denen

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 September 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 20.

⁹¹ Ebd.

⁹² Ebd., fol. 20-20^v, Volmar an Trauttmansdorff, Münster 1648 September 22, APW II A 10, Nr. 26, S. 129.

⁹³ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 September 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 20^v. Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 6, S. 552f.

⁹⁴ DICKMANN: Frieden, S. 489.

⁹⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 September 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 21. Die Protokolle der reichsständischen Beratungen aus diesem Zeitraum sind noch nicht ediert: BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/7, S. LVIII f.

Lampadius sich traf, freuten sich über das Eintreffen der Briefe, trauten der Sache jedoch noch nicht ganz.⁹⁶ Ebenso erging es Lampadius, der meinte, er glaube seit langer Zeit nur das, was er auch sehen könne.⁹⁷ Dabei gab es aus Sicht der Reichsstände durchaus Anlass zur Freude: Am 14. September war am Kaiserhof die Entscheidung gefallen, die kaiserlichen Gesandten am Kongress notfalls zur Unterzeichnung der Friedensverträge zu ermächtigen und somit der Trennung von Spanien stattzugeben, sah Ferdinand III. sich doch im Reich isoliert und in einer verzweifelten militärischen Lage.⁹⁸ Die Schreiben, die am 30. September in Münster eintrafen, sollten die kaiserlichen Gesandten davon in Kenntnis setzen. Volmar und seine Kollegen mussten nun aber feststellen, dass die kaiserlichen Briefe in einer Chiffre verfasst waren, zu der ihnen der Schlüssel fehlte.⁹⁹ Dementsprechend blieb den kaiserlichen Gesandten nichts anderes übrig, als den im Bischofshof zu Münster versammelten reichsständischen Vertretern am 2. Oktober 1648 zu erklären, sie hätten den Schlüssel zur Dechiffrierung der vom Kaiser übersandten Instruktion verloren und müssten um erneute Vertagung bitten.¹⁰⁰ Die versammelten Gesandten reagierten empört auf diese Nachricht. Sie ersuchten die kaiserlichen Gesandten nochmals, den Frieden nicht länger zu verzögern und drohten mit einem Friedensschluss ohne den Kaiser.¹⁰¹ Sie gingen also von einem weiteren Verzögerungsversuch der kaiserlichen Gesandten aus.¹⁰² Da die Kaiserlichen auf diese Erklärung jedoch kleinlaut und sichtlich bestürzt reagierten, gewährten die reichsständischen Vertreter ihnen schließlich vier Tage Aufschub, äußerten aber, nach Ablauf dieser Frist unabhängig von der kaiserlichen Haltung auf jeden Fall Frieden schließen zu wollen.¹⁰³

Erzeugten die reichsständischen Vertreter durch diese Erklärung Druck auf die Kaiserlichen, so waren sie sich doch in Wahrheit noch nicht einig, wie genau sie weiter verfahren wollten. Am folgenden Tag besprachen sich die Sachsen-Altenburger, Sachsen-Weimarer, Langenbeck, Lampadius und der Kurbayrische darüber.¹⁰⁴ Während der Kurbayrische dafür eintrat, unverzüglich Gespräche mit französischen und schwedischen Gesandten aufzunehmen, plädierte eine Mehrheit der anderen Gesandten, unter ihnen Lampadius, für ein Abwarten bis zum angesetzten Termin.¹⁰⁵ Gewissermaßen waren die Seiten damit vertauscht: Während der Gesandte des Kurfürsten von Bayern, dessen Herr lange Jahre mit dem Kaiser verbündet gewesen war, nicht mehr länger ab-

⁹⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 31.

⁹⁷ Ebd., fol. 31'.

⁹⁸ DICKMANN: Frieden, S. 488f, RUPPERT: Politik, S. 352-355.

⁹⁹ DICKMANN: Frieden, S. 489, RUPPERT: Politik, S. 356f.

¹⁰⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 2, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 31'.

¹⁰¹ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 74.

¹⁰² RUPPERT: Politik, S. 357.

¹⁰³ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 74.

¹⁰⁴ Ebd., fol. 74-74'.

¹⁰⁵ Ebd., fol. 74'.

warten wollte, traten Lampadius und die anderen Evangelischen zugunsten des Kaisers für die Wahrung der Frist ein.

Volmar arbeitete derweil unter Hochdruck an der Dechiffrierung der kaiserlichen Briefe, die ihm schließlich doch ohne Schlüssel gelang.¹⁰⁶ Am 6. Oktober 1648 verkündete er den reichsständischen Gesandten, der Kaiser habe sich mit demjenigen, was zu Osnabrück abgehandelt worden war, einverstanden erklärt.¹⁰⁷ Daraufhin ließ Lampadius seinen Herrn am selben Tag durch eine kurze Notiz wissen, der Friede sei nun geschlossen worden.¹⁰⁸

Die Zeit bis zur Unterzeichnung der Friedensverträge

Die Freude war jedoch verfrüht. Die Unterzeichnung der Friedensverträge, die am 9. Oktober 1648 hätte stattfinden sollen, wurde von Schweden und Franzosen zunächst mit dem Hinweis verschoben, man müsse auf Oxenstierna warten, der noch nicht in Münster eingetroffen war. Am 9. Oktober kamen daher die Kurmainzer, der Kurbayrische, die Sachsen-Altenburger, die Sachsen-Weimarer, Langenbeck und Lampadius zusammen und überlegten, wie der Frieden weiter befördert werden könnte.¹⁰⁹

Insbesondere mit den Gesandten der beiden Kronen mussten sich die reichsständischen Vertreter in der folgenden Zeit deshalb weiter auseinandersetzen. Am 12. Oktober 1648 etwa stritten sich Kurmainzer, Kurbayrischer, Kurbrandenburger, Fürstlich-Sächsische, Lübecker und Lampadius – wie Letzterer fand – ziemlich heftig mit Servien. Dafür gab es gleich mehrere Gründe: Die reichsständischen Vertreter lehnten es ab, Frankreich eine von Servien verlangte Garantie zur Abtretung des Elsass' auszustellen, sollte die spanische Zustimmung dazu ausbleiben. Lampadius etwa argumentierte dagegen, die von den Franzosen gewünschte Absicherung sei bereits in Form der Generalgarantie ausreichend gegeben.¹¹⁰ Außerdem forderten Franzosen und Schweden erneut eine Militärsatisfaktion für die Landgräfin zu Hessen-Kassel, was ihnen von den Reichsständen abgeschlagen wurde.¹¹¹ Schon früher, unter anderem am 6. August 1648, hatte Amalie Elisabeth zu Hessen-Kassel ihre Forderung nach einer Militärsatisfaktion für ihre eigenen Truppen vorgebracht, die in den Reichsräten abgewiesen wurde.¹¹² Seinem Herrn hatte Lampadius danach

¹⁰⁶ DICKMANN: Frieden, S. 490, RUPPERT: Politik, S. 357.

¹⁰⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 74'.

¹⁰⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 73.

¹⁰⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 9, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 75.

¹¹⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 110. Die französischen Korrespondenzen aus diesem Zeitraum sind noch nicht ediert.

¹¹¹ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 110'.

¹¹² Lampadius an Christian Ludwig, Osnabrück 1648 August 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509, fol. 303'-304.

geschrieben, die Landgräfin mache sich mit ihrer Gier bei vielen sehr verhasst.¹¹³ Trotzdem verzichtete Amalie Elisabeth nicht darauf, ihre Forderung mit Unterstützung der beiden Kronen aufrechtzuerhalten. Als reichsständische Deputierte Oxenstierna am 13. Oktober 1648 nach seiner Ankunft in Münster um die Unterzeichnung der Friedensverträge baten, weigerte sich der schwedische Gesandte daher mit Verweis auf die Forderung der Landgräfin, dieser Bitte nachzukommen.¹¹⁴

Anschließend kam es im Fürstenrat auch zum Streit zwischen den reichsständischen Gesandten, der sich an der französischen Satisfaktion entzündete. Der österreichische Vertreter klagte, das Haus Österreich müsse den Frieden mit seinen Erblanden erkaufen und forderte eine höhere Entschädigung für die betroffenen österreichischen Erzherzöge.¹¹⁵ Während er dafür Unterstützung von den Münsteraner Ständen erhielt, widersprachen die Osnabrücker, unter ihnen auch Bayern und Bamberg.¹¹⁶ Lampadius wandte ein, die Kaiserlichen hätten mit Frankreich ohne Vorwissen und Bewilligung der Reichsstände über die französische Satisfaktion verhandelt und die Abtretung des Elsass' selbst zugesagt.¹¹⁷ Schließlich wurde gegen den Widerstand der Münsteraner beschlossen, die von Servien gewünschte Garantie wegen des Elsass doch auszustellen.¹¹⁸ Einen Entwurf dieser Garantie übergaben der Kurmainzer Meel, der Kurbayrische, der Kurbrandenburger Fromhold, der Bamberger, Lampadius und der Lübecker am 15. Oktober 1648 Servien, der sich damit zufrieden zeigte.¹¹⁹ Der französische Gesandte erklärte sich bereit, den Friedensvertrag für Frankreich nun jederzeit zu unterzeichnen, worüber sich die Deputierten freuten. Lampadius wurde von Servien vor den Augen aller Anwesenden umarmt und geküsst.¹²⁰ Währenddessen stritten sich jedoch die anderen reichsständischen Deputierten mit den Schweden, die von den Reichsständen den weiteren Unterhalt der schwedischen Truppen forderten.¹²¹ Auch ein Gespräch zwischen Schweden und reichsständischen Gesandten zwei Tage später brachte in dieser Frage keine Annäherung der beiden Seiten. Lampadius sah sich genötigt, Salvius und Oxenstierna von ihrer Forderung abzumahnern. Die beiden Schweden bezichtigten daraufhin die Evangelischen und das Haus Braunschweig-Lüneburg der Undankbarkeit.¹²² Lampadius

¹¹³ Ebd., fol. 304.

¹¹⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 110^r.

¹¹⁵ Ebd., fol. 111. Die Protokolle der reichsständischen Beratungen aus diesem Zeitraum sind noch nicht ediert: BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/7, S. LVIII f.

¹¹⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 111-111^r.

¹¹⁷ Ebd., fol. 111^r.

¹¹⁸ Ebd., fol. 111^r-112.

¹¹⁹ Ebd., fol. 112-112^r, 113. Gedruckt bei MEIERN: Acta, Bd. 6, S. 595 f.

¹²⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 112^r. Die französischen Korrespondenzen aus diesem Zeitraum sind noch nicht ediert.

¹²¹ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 112^r.

¹²² Ebd., fol. 112^r-113.

warnte Oxenstierna schließlich, Salvius und er sollten diese Forderung aufgeben, oder sie würden auf einen Schlag alles bisher erworbene Wohlwollen verlieren. Er hatte den Eindruck, dass diese Drohung auch Wirkung zeigte.¹²³ Nun, unmittelbar vor Unterzeichnung des Friedens, wurde das Verhältnis zwischen Schweden und Lampadius konfliktreicher. Hatte sich Lampadius zu Beginn des Kongresses bewusst für eine enge Anlehnung an die Schweden entschieden, so verhinderten divergierende Interessen jetzt eine weitere Zusammenarbeit. Ähnlich wie schon in früheren Konfliktsituationen¹²⁴ scheute Lampadius den schwedischen Gesandten gegenüber allerdings auch jetzt nicht das offene Wort und dissimulierte den Konflikt nicht. Erneut sprach er Oxenstierna und Salvius dabei auf der Beziehungsebene an, wobei diese direkte Ansprache natürlich über sie hinausging: Durch die Funktion der Gesandten als Stellvertreter war auch die schwedische Krone mitgemeint, ebenso wie Lampadius nicht allein für sich sprach, sondern die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg repräsentierte.

Die Verzögerungen, welche unter anderem die Schweden nun verursachten, führten auch zwischen den reichsständischen Gesandten noch einmal zu Spannungen: die Kurmainzer, der Kurbayrische und andere Gesandte machten den Welfenherzögen jetzt ihre frühen Kontakte zu Gustav II. Adolf gleich nach der Landung des Schwedenkönigs in Deutschland zum Vorwurf. Lampadius und Langenbeck verteidigten ihre Herren damit, man hätte den Welfenherzögen ihren Besitz lassen und die Festung Wolfenbüttel restituieren sollen, dann wären sie nicht gezwungen gewesen, sich mit den Schweden zu verbünden.¹²⁵ Die alten Zwistigkeiten zwischen den Reichsständen kamen aus diesem Anlass also auch noch einmal zutage, obwohl deren Vertreter mittlerweile gemeinsam auf einen raschen Friedensschluss hinarbeiteten. Dies zeigt eindrücklich, wie hoch die nervliche Anspannung der Beteiligten zu diesem Zeitpunkt gewesen sein muss. Denn normalerweise pflegte man untereinander einen äußerst höflichen Umgangston und verzichtete auf Vorwürfe dieser Art.

In den folgenden Tagen versuchten die kaiserlichen und österreichischen Vertreter, die Reichsstände zu bewegen, keine Garantie für die Abtretung des Elsass auszustellen.¹²⁶ Volmar und seine Kollegen waren noch nicht davon in Kenntnis gesetzt worden, dass Serbien sie bereits in Händen hielt.¹²⁷ Lampadius, der vom Österreicher deswegen auch einzeln angesprochen wurde, argumentierte wie schon im Fürstenrat: Die Kaiserlichen hätten Frankreich das Elsass selbst versprochen, weshalb es nicht bei den Reichsständen stünde, diese Zusage rückgängig zu machen.¹²⁸ Von Lam-

¹²³ Ebd., fol. 113.

¹²⁴ S. etwa Kap. 7, S. 321f, Kap. 8, S. 337f.

¹²⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 113.

¹²⁶ Ebd., fol. 113-114.

¹²⁷ DICKMANN: Frieden, S. 490.

¹²⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 113'.

padius wurden die Kaiserlichen also nicht über den tatsächlichen Stand der Dinge informiert; der welfische Gesandte zog es vor, sein Wissen zu dissimulieren und sich auf eine inhaltliche Diskussion einzulassen. Als die Kaiserlichen dann von der Übergabe des Entwurfs erfuhren, verlangten sie, dieser müsse zurückgezogen werden, da sie andernfalls den Friedensvertrag nicht unterschreiben könnten. Letztlich mussten sich Kaiserliche und Österreicher am 21. Oktober 1648 aber mit einem Reichsschluss zufriedengeben, der besagte, die Stände hätten nichts anderes versprochen als das von den Kaiserlichen bereits Zugesagte.¹²⁹ Bis die Garantie schließlich ausgestellt wurde, sollte es jedoch noch dauern. Erst am 27. Januar 1649 wurde sie in eine Formel gebracht, mit der neben Servien und den reichsständischen Deputierten auch die Kaiserlichen einverstanden waren.¹³⁰

Am 24. Oktober 1648 sollte schließlich die ersehnte Unterzeichnung der Friedensverträge erfolgen. Doch am Morgen dieses Tages sah es zunächst so aus, als würde dieser Akt erneut blockiert. Die Vertreter der beiden Kronen erklärten den schon im Bischofshof zur Zeremonie versammelten reichsständischen Gesandten schriftlich, sie würden die Friedensverträge erst dann unterschreiben, wenn Landgräfin Amalie Elisabeth zu Hessen-Kassel eine Militärsatisfaktion erhalten habe.¹³¹ Lampadius machte für diese Erklärung weniger die Schweden und die Franzosen als die Landgräfin selbst verantwortlich. Seinem Herrn gegenüber zeigte er seinen ganzen Ärger und ließ ihn wissen, Amalie Elisabeth habe sich mit ihrem Handeln inzwischen bei vielen so verhasst gemacht, dass er es nicht beschreiben könne. Es sei die Frage, wie dies ihr und ihren Nachfahren bekommen würde, denn es gelte das Sprichwort: Fürchte die Menge, wenn du den Einzelnen nicht fürchtest.¹³² Trotz des sicherlich nicht nur bei Lampadius vorhandenen Ärgers erzielte Hessen-Kassel auf diese Weise in der Tat noch eine Verbesserung seiner Satisfaktion.¹³³ Doch auch diese weitere Störung hielt die Unterzeichnung nicht länger auf, obgleich auch Kaiserliche und Schweden in letzter Minute noch einmal mit ihren Forderungen bezüglich der Elsass-Garantie bzw. der Verpflegung des schwedischen Militärs in Erscheinung traten.¹³⁴ Diese standen für Lampadius jedoch längst nicht so sehr im Fokus wie die Forderung der Landgräfin. Auch in Bezug auf das Gebaren Amalie Elisabeths zu Hessen-Kassel machten sich zu Ende des Kongresses bei Lampadius – ähnlich wie hinsichtlich desjenigen der Schweden – wachsendes Unverständnis und eine gewisse Entfremdung bemerkbar, obwohl auch der Gesandte der Landgräfin,

¹²⁹ Ebd., fol. 114.

¹³⁰ Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Januar 29, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 125^v-126.

¹³¹ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 97, Schriftliche Erklärung im Namen der beiden Kronen, Münster 1648 Oktober 24, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 103.

¹³² Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 97.

¹³³ OSCHMANN: Exekutionstag, S. 80.

¹³⁴ DICKMANN: Frieden, S. 490-493.

Scheffer, zu denjenigen Gesandten gehörte, mit denen Lampadius insbesondere am Beginn der Verhandlungen engen Kontakt gepflegt hatte.

Unter den reichsständischen Vertretern, welche die Friedensverträge zwischen Kaiser, Reich und Schweden bzw. Franzosen am 24. Oktober 1648 gemäß vertraglicher Vereinbarung unterzeichneten, war auch Lampadius.¹³⁵ Diese Vereinbarung sah vor, dass die Unterschriften von ‚nur‘ fünfzehn reichsständischen Deputierten als Repräsentanten aller Stände – neben denjenigen von Kaiserlichen und Schweden bzw. Franzosen – genügten, um die Friedensverträge in Kraft zu setzen. Die Unterzeichnung seitens dieser Deputierten sowie der anschließende Austausch der von ihren Herren vollzogenen Ratifikationen sollte ausreichen, um rechtlich alle Reichsstände an den Frieden zu binden, obgleich nicht alle von ihnen am Friedenskongress vertreten waren oder mit den Vertragsbestimmungen einverstanden sein mochten. Künftigen rechtlich wirksamen Widersprüchen von reichsständischer Seite gegen den Frieden wurde so vorgebaut.¹³⁶ Hinzu kamen weitere Sicherungsmechanismen, unter anderem die von den Vertragspartnern garantierte Erklärung der Verträge zu Reichsgrundgesetzen („perpetua lex et pragmatica Imperii sanctio“).¹³⁷ Als ‚Geburtshelfer‘ des Friedens betrachtete Lampadius vor allem den neuen Kurfürsten zu Mainz, den Kurfürsten von Bayern, die Bischöfe von Bamberg und Würzburg, die fürstlich-sächsischen Linien Altenburg und Weimar sowie das Haus Braunschweig-Lüneburg. Er fügte hinzu, Kursachsen, Kurtrier und Kurköln hätten zuletzt auch geholfen, den Kaiser von Spanien zu trennen. Seinem Herrn schlug er vor, an die von ihm zuerst genannten hauptsächlich Beteiligten zu schreiben, ihnen zum Frieden zu gratulieren, sich für die Zusammenarbeit zu bedanken und sich zu künftiger, beständiger Freundschaft zu erbieten.¹³⁸ Es stünde allen vor Augen, dass die Zwietracht zwischen evangelischen und katholischen Ständen das Reich fast zerstört hätte.¹³⁹ Sobald aber Katholische und Evangelische durch die Aufhebung der Gravamina geeint gewesen seien, hätten die Genannten dem Reich zum Frieden verholfen. Erhielten die kommenden Generationen diese Eintracht gemäß den Friedensverträgen, könnten sie ihren Status und das Reich in Ruhe und Frieden bewahren.¹⁴⁰ Die gerade neu geschaffenen Friedensverträge betrachtete Lampadius somit als tragfähige Grundlage für eine beständige Friedensordnung – zumindest inner-

¹³⁵ Instrumentum Pacis Osnabrugensis (IPO), Art. XVII, 12, [Münster] 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 18, S. 159, 166, Instrumentum Pacis Monasteriensis (IPM), § 120, Münster 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 1, S. 36, 45.

¹³⁶ DICKMANN: Frieden, S. 491, OSCHMANN: Exekutionstag, S. 49.

¹³⁷ Instrumentum Pacis Osnabrugensis (IPO), Art. XVII, 2, [Münster] 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 18, S. 156, Instrumentum Pacis Monasteriensis (IPM), § 112, Münster 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 1, S. 33, OSCHMANN: Exekutionstag, S. 73.

¹³⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 November 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 178^r.

¹³⁹ Ebd., fol. 178^r-179.

¹⁴⁰ Ebd., fol. 179.

halb des Reiches.¹⁴¹ Er war außerdem insgesamt eindeutig mit den erarbeiteten Regelungen der Friedensverträge zufrieden.¹⁴²

Auch für die Zukunft empfahl Lampadius zudem eine engere Zusammenarbeit mit den genannten Reichsständen. Dabei spielte für ihn das frühere Verhalten etwa Maximilians von Bayern in dieser Hinsicht keine Rolle mehr, obwohl sich Kurbayern unter ihnen befand. Erneut gewannen sachlich-politische Erwägungen die Oberhand, wichen persönliche Animositäten einer gewissen ‚professionellen‘ Haltung, die sich in den Diensten nicht nur der eigenen Interessen, sondern auch des allgemeinen Wohls verortete.

Auch die schwedischen Gesandten zeigten sich insgesamt zufrieden mit der Zusammenarbeit mit den welfischen Gesandten. Sie setzten sich kurz nach Friedensschluss beim schwedischen Generalissimus Karl Gustav von Pfalz-Zweibrücken¹⁴³ für eine Entlastung der welfischen Territorien ein, indem die Kontributionen verringert und die besetzten Orte baldmöglichst restituiert werden sollten.¹⁴⁴ Ausdrücklich lobten sie dabei den Eifer und den Nachdruck der welfischen Gesandten, die mit ihren guten und beständigen Konsilia den Friedensschluss sehr befördert hätten. Daher, so Oxenstierna und Salvius, würden sie dazu raten, dem Haus Braunschweig-Lüneburg in dieser und in anderen Sachen nach Möglichkeit zu gratifizieren.¹⁴⁵

Die Zeit bis zum Austausch der Ratifikationen

Mit der Unterzeichnung war das Werk allerdings noch keineswegs getan, wie DICKMANN behauptet.¹⁴⁶ Es folgte noch einmal eine Zeit des Gezerres bis zum Austausch der Ratifikationen, der gemäß den Verträgen acht Wochen nach Unterzeichnung – also am 19. Dezember 1648¹⁴⁷ – zu erfolgen hatte.¹⁴⁸ Innerhalb dieser Frist sollte unter anderem die vollständige Restitution aller Güter im Reich entsprechend der in den Verträgen vereinbarten Regelungen erfolgen.¹⁴⁹ Ebenfalls innerhalb dieser Zeit sollten die Befehlshaber des Militärs Vereinbarungen darüber treffen, wie und zu welchen Terminen genau die Abdankung und Abführung der Truppen geschehen

¹⁴¹ Dies durchaus zu Recht: KAMPMANN: Europa, S. 171.

¹⁴² Auch die mächtigeren katholischen Reichsstände beurteilten dies so. Das Gefühl, die Inhalte der Friedensverträge bedeuteten eine katholische Niederlage, war nur bei relativ wenigen Katholiken vorhanden: SCHINDLING: 1648, S. 260f.

¹⁴³ OSCHMANN: Exekutionstag, S. 47.

¹⁴⁴ Johan Oxenstierna und Salvius an Pfalzgraf Carl Gustav, Münster 1648 Oktober 31, APW II C 4/2, Nr. 414, S. 763.

¹⁴⁵ Ebd., S. 764.

¹⁴⁶ DICKMANN: Frieden, S. 494. Zum langen Weg bis zur Übergabe der Ratifikationen s. auch OSCHMANN: Exekutionstag, S. 124-166.

¹⁴⁷ OSCHMANN nennt fälschlich den 24. Dezember 1648 als festgesetzten Termin zum Austausch der Ratifikationen, da sie von einer Zweimonats- statt von einer Achtwochenfrist ausgeht. OSCHMANN: Exekutionstag, S. 82.

¹⁴⁸ Instrumentum Pacis Osnabrugensis (IPO), Art. XVII, 1, [Münster] 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 18, S. 156, Instrumentum Pacis Monasteriensis (IPM), § 111, Münster 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 1, S. 33.

¹⁴⁹ Instrumentum Pacis Osnabrugensis (IPO), Art. XVI, 2, [Münster] 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 18, S. 151, Instrumentum Pacis Monasteriensis (IPM), § 100, Münster 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 1, S. 30, OSCHMANN: Exekutionstag, S. 74, 81.

sollte.¹⁵⁰ Zudem sollte die Summe von 1,8 Millionen Reichstalern für die schwedische Militärsatisfaktion überall im Reich eingesammelt werden, die nach Austausch der Ratifikationen bei gleichzeitiger Abdankung der Truppen ans schwedische Militär ausgezahlt werden musste.¹⁵¹ Bereits nach Unterzeichnung des Friedens hatten außerdem alle kriegerischen Aktivitäten eingestellt zu werden.¹⁵² Es darf wohl mit Recht gefragt werden, wie realistisch die Umsetzung dieser Vorgaben innerhalb dieser kurzen Frist war, zumal die Friedensverträge diesbezüglich nicht immer klare Regelungen aufwiesen.¹⁵³ Zumindest war mit Schwierigkeiten zu rechnen. Dessen waren sich sowohl Christian Ludwig und seine fürstliche Regierung als auch Lampadius bewusst. So erhielt Lampadius nach der Unterzeichnung des Friedens die Anweisung von seinem Herrn, erst einmal weiter am Kongress zu bleiben.¹⁵⁴ Lampadius benannte die Situation noch konkreter, indem er antwortete, es werde im bevorstehenden Winter wohl noch zu einigen Schwierigkeiten kommen, bis die bewilligten, großen Geldsummen aufgebracht, die Truppen abgedankt und abgeführt und die Festungen und Plätze geräumt sein würden; jedem müsse sein Eigentum zurückgegeben und die Bestimmungen des Friedens damit wirklich umgesetzt werden.¹⁵⁵ Er machte sich vor allem Sorgen, ob die Stände im Süden des Reichs die Gelder für die Militärsatisfaktion aufbringen würden. Weitere mögliche Probleme, fügte er hinzu, seien noch gar nicht abzusehen.¹⁵⁶ Als einziges Mittel zu deren Abhilfe betrachtete er das Zusammenbleiben der Gesandten am Kongress als unabdingbar.¹⁵⁷

In der Tat beschäftigten Lampadius in der folgenden Zeit verschiedene Fragen: Erstens waren die kriegerischen Handlungen mit dem Friedensschluss durchaus noch nicht zum Erliegen gekommen, was nun unter anderem die welfischen Territorien zu spüren bekamen. Zweitens wurde am Kongress von kaiserlicher Seite noch einmal die Forderung nach sofortiger Bewilligung einer Militärsatisfaktion erhoben. Drittens war die Frage nach dem Verbleib der schwedischen Truppen bis zum Austausch der Ratifikationsurkunden ungeklärt. Und viertens erwies sich auch der Weg bis zu diesem Austausch selbst als schwierig, wofür Lampadius vor allem die Schweden verantwortlich machte.

¹⁵⁰ Instrumentum Pacis Osnabrugensis (IPO), Art. XVI, 20, [Münster] 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 18, S. 155, Instrumentum Pacis Monasteriensis (IPM), § 99, Münster 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 1, S. 30, OSCHMANN: Exekutionstag, S. 81.

¹⁵¹ Instrumentum Pacis Osnabrugensis (IPO), Art. XVI, 8, 9, [Münster] 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 18, S. 152, OSCHMANN: Exekutionstag, S. 82.

¹⁵² Instrumentum Pacis Osnabrugensis (IPO), Art. XVI, 1, [Münster] 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 18, S. 150, Instrumentum Pacis Monasteriensis (IPM), § 98 (1), Münster 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 1, S. 29, OSCHMANN: Exekutionstag, S. 81.

¹⁵³ OSCHMANN: Exekutionstag, S. 82-85.

¹⁵⁴ Christian Ludwig an Lampadius, Hannover 1648 Oktober 29, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 91-91ʳ.

¹⁵⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 November 3, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 152ʳ.

¹⁵⁶ Ebd., fol. 153.

¹⁵⁷ Ebd., fol. 153-153ʳ.

In den welfischen Territorien kam es gegen Ende Oktober 1648 zu Übergriffen durch Truppen Lamboys.¹⁵⁸ Wilhelm Lamboy, eigentlich kaiserlicher Feldmarschall, hatte Anfang August 1647 im Zuge des Endes des Ulmer Waffenstillstands und des Rücktritts Kurbayerns und Kurkölns zum Kaiser das Oberkommando über die kurkölnischen Truppen im Westfälischen Kreis übernommen.¹⁵⁹ Im Herbst 1648 hielt sich Lamboy mit kaiserlichen und kurkölnischen Truppen in den Territorien Mindens und Paderborns auf und machte auch die angrenzenden welfischen Gebiete unsicher.¹⁶⁰ In Münster wurde Lampadius deshalb aktiv und mahnte beim hildesheimischen Kanzler, der zu der Zeit auch als kurkölnischer Vertreter fungierte, die Abführung dieser Truppen an. Andernfalls, drohte er, verlange das Haus Braunschweig-Lüneburg die Erstattung der verursachten Schäden vom Kurfürsten von Köln und dessen Territorien.¹⁶¹

Servien und die Schweden sprachen deshalb für die Welfenherzöge bei den Kaiserlichen vor.¹⁶² Für sich selbst lehnte Lampadius es jedoch ab, bei den Kaiserlichen vorstellig zu werden. Dies begründete er dezidiert mit dem Grundsatz, mit Betteln und Bitten sei bei Verhandlungen gar nichts auszurichten. Der Frieden sei durch umsichtige Stärke und unerschrockene Klugheit errungen worden; er müsse auch durch solche Mittel erhalten bleiben.¹⁶³ Stattdessen empfahl Lampadius den Welfenherzögen, gemeinsam unter anderem an die hildesheimische und die paderborner Regierung – sowohl Hildesheim als auch Paderborn gehörten zu den Territorien, über die Kurfürst Ferdinand von Köln gebot¹⁶⁴ – zu schreiben und sie für alle Schäden in Regress zu nehmen. Er war überzeugt, dies werde größere Wirkung haben als alles Bitten.¹⁶⁵ Die Regierung zu Hannover ließ sich von diesen Argumenten überzeugen.¹⁶⁶

Darüber hinaus griffen die welfischen Gesandten nun zum Mittel der Täuschung: Sie verbreiteten überall das Gerücht, ihre Herren würden sich gegebenenfalls mit den Schweden verbinden und die lamboyischen Truppen aus ihren Landen vertreiben. An die Umsetzung dieser Drohung dachten sie dabei keineswegs.¹⁶⁷ Lampadius riet seinem Herrn allerdings, fremde Truppen, die trotz dieser Drohung in seine Territorien einmarschierten, vertreiben oder erschlagen zu lassen.¹⁶⁸

¹⁵⁸ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Münster 1648 Oktober 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 106.

¹⁵⁹ DICKMANN: Frieden, S. 470, FOERSTER: Kurfürst, S. 297f, SALM: Armeefinanzierung, S. 74, OSCHMANN: Exekutionstag, S. 27.

¹⁶⁰ FOERSTER: Kurfürst, S. 371, OSCHMANN: Exekutionstag, S. 27.

¹⁶¹ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Münster 1648 Oktober 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 106.

¹⁶² Ebd., fol. 106-106^r.

¹⁶³ Ebd., fol. 106^r.

¹⁶⁴ FOERSTER: Kurfürst, S. 1-3, 5f.

¹⁶⁵ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Münster 1648 Oktober 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 106^r.

¹⁶⁶ Kanzler und Räte zu Hannover an Lampadius, Hannover 1648 Oktober 24, Kopie, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 157-157^r.

¹⁶⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 November 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 194.

¹⁶⁸ Ebd., fol. 194-194^r.

Der Einsatz von Gewalt sollte nur als letztes Mittel zum Zuge kommen, doch schloss Lampadius ihn trotz der anderslautenden Bestimmungen in den Friedensverträgen nicht aus. Zudem warnte er seinen Herrn mehrfach ausdrücklich, vor Abdankung der fremden Truppen selbst einen einzigen Soldaten zu entlassen.¹⁶⁹

Nach der Unterzeichnung des Friedens wurde zudem noch einmal die Frage der Militärsatisfaktion für die kaiserlichen Truppen aktuell. Am 3. November 1648 erklärten die Kaiserlichen den reichsständischen Gesandten, der Kaiser habe zwar treu und eifrig den Frieden befördert, doch gäbe es nun Schwierigkeiten bei dessen Umsetzung, da dem Kaiser die Mittel fehlten, um seine Soldaten abzdanken.¹⁷⁰ Der Krone Schweden hätten die Reichsstände eine unerschwinglich hohe Summe als Militärsatisfaktion zugesprochen. Es gereiche Kaiser und Reich daher zur Beschimpfung, wenn das Reichsheer, das tapfer für die Freiheit des Reichs gefochten hätte, nun leer ausgehen sollte. Deshalb sollten die Stände 150 Römermonate zur Satisfaktion für die kaiserlichen Truppen bewilligen. Die reichsständischen Vertreter gaben darauf zunächst nur eine Vorantwort. Lampadius besprach sich anschließend mit einigen von ihnen, die wie er der Überzeugung waren, diese Forderung widerspreche den bei Friedensschluss getroffenen Vereinbarungen, laut denen die Frage der kaiserlichen Militärsatisfaktion auf den nächsten Reichstag verwiesen worden war.¹⁷¹ Lampadius wollte sich bei den folgenden Beratungen auf den Friedensvertrag berufen und ansonsten seine mangelnde Instruktion geltend machen.¹⁷²

Am 10. November 1648 proponierte der Kurmainzer in den Reichsräten die Frage, ob der Kaiser für seine Truppen 150 Römermonate von den Reichsständen erhalten sollte.¹⁷³ Während die Kurfürstlichen und die Münsteraner dafür stimmten, dem Kaiser 100 Römermonate anzubieten, widersprachen die fürstlich-evangelischen und die reichsstädtischen Vertreter und verlangten, es müsse bei der im Friedensvertrag festgelegten Regelung bleiben.¹⁷⁴ Sie wollten den Kaiser also schlicht an den Österreichischen Kreis verweisen.¹⁷⁵ Dennoch setzte sich der Kaiser mit seinen Interessen diesmal durch; noch vor dem nächsten Reichstag wurde eine Militärsatisfaktion von immerhin 100 Römermonaten für den Kaiser bewilligt.¹⁷⁶

¹⁶⁹ Lampadius an Kanzler und Räte zu Hannover, Münster 1648 Oktober 30, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 106^v, Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 November 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 172^v.

¹⁷⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 November 3, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 154-154^v.

¹⁷¹ Ebd., fol. 154^v.

¹⁷² Ebd., fol. 154^v-155.

¹⁷³ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 November 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 179-179^v. Die Protokolle der reichsständischen Beratungen aus diesem Zeitraum sind noch nicht ediert: BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/7, S. LVIII.

¹⁷⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 November 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 179^v.

¹⁷⁵ Instrumentum Pacis Osnabrugensis (IPO), Art. XVI, 11, [Münster] 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 18, S. 153.

¹⁷⁶ OSCHMANN: Exekutionstag, S. 146f mit Anm. 225, S. 467.

Des Weiteren war der vorläufige Verbleib der schwedischen Armee ungeklärt. Wie Lampadius seinem Herrn bereits am 24. Oktober 1648 geschrieben hatte, mussten die schwedischen Truppen laut Friedensvertrag in den acht Wochen zwischen Friedensschluss und Ratifikation des Friedens weiter von den Reichsständen verpflegt werden. Von welchen Reichsständen genau dieser Unterhalt der schwedischen Armee geleistet werden musste, war der schwedischen Generalität zur Regelung überlassen worden.¹⁷⁷ Im Friedensvertrag selbst befand sich diesbezüglich gewissermaßen eine Lücke.¹⁷⁸ Letztere beruhte jedoch auf Kalkül: Lampadius etwa hatte die Nichtregelung dieser Frage seinem Herrn gegenüber sehr befürwortet, da er befürchtete, andernfalls würden die zur Zahlung der schwedischen Militärsatisfaktion verpflichteten Reichskreise allein zum Tragen dieser Last herangezogen. Dies wollte er im Sinne seines Herrn vermeiden, wobei ihm die Einstellung der Schweden entgegenkam: Diese verfuhrten aus seiner Sicht stillschweigend nach dem Prinzip, wer bisher etwas zum Unterhalt bezahlen musste, der solle dies weiter tun, wer aber nicht, dem könne dies nicht aufgebürdet werden.¹⁷⁹ Da die schwedischen Truppen zu der Zeit vorrangig im Südosten des Reichs und in angrenzenden Gebieten standen, nämlich hauptsächlich im Fränkischen Kreis sowie in Böhmen,¹⁸⁰ war Lampadius mit dieser Einstellung sehr einverstanden. Er hatte ebenso wie andere reichsständische Gesandte¹⁸¹ kein Interesse daran, dass eine mögliche Verlegung der Truppen am Kongress thematisiert würde, wollte er doch vermeiden, dazu offen Stellung beziehen zu müssen. Gemeinsam mit anderen reichsständischen Vertretern hatte er daher bei Oxenstierna und Salvius vorgesprochen und argumentiert, diejenigen Reichskreise, welche die schwedische Militärsatisfaktion zu bezahlen hatten, müssten so weit wie möglich von neuen Einquartierungen verschont bleiben, damit die benötigten Gelder aufgebracht werden könnten. Die beiden schwedischen Gesandten hatten sich auch erboten, in diesem Sinne an die schwedische Generalität zu schreiben.¹⁸² In der Tat hatte Königin Christina ihre Gesandten am Friedenskongress bereits Anfang Juli 1648 wissen lassen, sie wünsche den Verbleib ihrer Truppen im Süden des Reiches, um diejenigen Reichskreise, welche die schwedische Militärsatisfaktion aufzubringen hatten, möglichst zu entlasten.¹⁸³ Von Solidarität zwischen den Reichsständen konnte somit zumindest in dieser Frage offenkundig nicht die Rede sein. Lampadius und

¹⁷⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 96', Instrumentum Pacis Osnabrugensis (IPO), Art. XVI, 9, 20, [Münster] 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 18, S. 152, 155.

¹⁷⁸ OSCHMANN: Exekutionstag, S. 84.

¹⁷⁹ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 96'.

¹⁸⁰ OSCHMANN: Exekutionstag, S. 26, 107, 128.

¹⁸¹ Lampadius nannte später ausdrücklich neben den anderen welfischen Gesandten nur den Mecklenburger. Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Dezember 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 230. Man wird davon ausgehen dürfen, dass es sich bei den Gegnern einer Truppenverlegung hauptsächlich um reichsständische Gesandte aus dem Norden und Nordwesten des Reiches gehandelt haben wird.

¹⁸² Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Oktober 24, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 96'.

¹⁸³ Königin Christina an Johan Oxenstierna und Salvius, Stockholm 1648 Juli 4, APW II C 4/2, Nr. 296, S. 566.

andere waren im Verborgenen aktiv darum bemüht, ihren heimischen Territorien weitere durch die fremden Truppen verursachte Belastungen zu ersparen – allerdings buchstäblich auf Kosten anderer.

Doch dieses Unterfangen sollte nicht von Erfolg gekrönt werden. Am 16. November 1648 ließ das kurmainzische Direktorium in den Reichsräten über diese Frage beraten. Es erklärte, die Stände im Süden des Reichs, insbesondere im Fränkischen Kreis, würden durch die Einquartierungen derart ruiniert, dass sie ihren Anteil an der schwedischen Militärsatisfaktion nicht bezahlen könnten. Da billig eine Gleichheit zwischen den Ständen hergestellt werden müsse, sei zu überlegen, ob man nicht im Namen aller Reichsstände die schwedische Generalität auffordern sollte, sich mit den kaiserlichen Offizieren über die Quartiere zu einigen.¹⁸⁴ Dieser Vorschlag, kommentierte Lampadius gegenüber seinem Herrn, ziele darauf, die Truppen aus Böhmen und anderen kaiserlichen Landen abzuführen und in die Reichskreise zu verlegen, die für die schwedische Militärsatisfaktion aufkommen mussten.¹⁸⁵ Es trat nun also ein, was er gern vermieden hätte sehen wollen: Über das Thema wurde öffentlich beraten. Lampadius befand, er dürfe nicht direkt darauf verweisen, dass im Friedensschluss zwar bestimmte Reichskreise zur Bezahlung der schwedischen Militärsatisfaktion verpflichtet worden waren, darin aber keineswegs festgelegt worden war, ob die schwedischen Truppen vor Bezahlung der Summe dorthin verlegt werden sollten.¹⁸⁶ Er votierte daher, die Disposition über die Armeen obliege nicht den Abgesandten am Friedenskongress. Der schwedischen Generalität würde es deshalb seltsam erscheinen, wenn sie, die Gesandten, ihnen Befehle erteilen wollten, wo die Truppen einzuquartieren wären.¹⁸⁷ Als am 3. Dezember 1648 in den Reichsräten abermals über diese Frage beraten wurde, sahen sich die Gegner der Truppenverlegung allerdings schon im Fürstenrat überstimmt. Bei der anschließenden Re- und Correlation plädierten auch die Kurfürstlichen für eine Aufteilung, sodass deren Ablehnung durch die Reichsstädte nicht mehr ins Gewicht fiel.¹⁸⁸ Eine Mehrheit hatte sich damit für die Aufteilung der schwedischen Truppen in diejenigen Reichskreise ausgesprochen, welche die schwedische Militärsatisfaktion bezahlen sollten. Es sollte eine entsprechende Aufforderung im

¹⁸⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 November 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 192. Die Protokolle der reichsständischen Beratungen aus diesem Zeitraum sind noch nicht ediert: BRUNERT: Einleitung, in: APW III A 3/7, S. LVII f.

¹⁸⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 November 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 192.

¹⁸⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 November 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 192^v, Instrumentum Pacis Osnabrugensis (IPO), Art. XVI, 8, [Münster] 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 18, S. 152.

¹⁸⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 November 20, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 192^v.

¹⁸⁸ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Dezember 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 230.

Namen der Reichsstände an den schwedischen Generalissimus Karl Gustav von Pfalz-Zweibrücken gesandt werden, wobei Letzterem die genaue Zuteilung überlassen bleiben sollte.¹⁸⁹ Lampadius und die anderen Gegner dieser Truppenverlegung beschlossen, Oxenstierna und Salvius zu ersuchen, dieses Vorhaben beim schwedischen Generalissimus zu hintertreiben. Das sagten die schwedischen Gesandten auch zu.¹⁹⁰ Außerdem drang Lampadius bei seinem Herrn darauf, dieser möge darüber hinaus eigene Gesandte zum Generalissimus schicken, um die Aufteilung der schwedischen Truppen zu verhindern.¹⁹¹ Doch auch Befehlshaber der schwedischen Armee setzten sich inzwischen beim Generalissimus für die Verlegung der schwedischen Truppen in alle zur Satisfaktion zugewiesenen Reichskreise ein.¹⁹²

So blieb denn der Versuch, diese Aufteilung zu verhindern, ohne Erfolg. Ende Dezember 1648 gab der schwedische General Hans Christoph von Königsmarck¹⁹³ den Ständen des Westfälischen Kreises zu verstehen, er habe Befehl, im Westfälischen Kreis insgesamt siebenundzwanzig Regimenter einzuquartieren. Dies schuf ungewohnte Koalitionen: Franz Wilhelm von Wartenberg berief nun im Namen des Kurfürsten zu Köln als kreisausschreibendem Fürsten in Münster die Vertreter der westfälischen Reichsstände ein. Zu diesen gehörte für die beiden Grafschaften Hoya und Diepholz eigentlich auch Langenbeck. Da Langenbeck aber nach dem Tode Herzog Friedrichs noch keine neue Legitimation von dessen Nachfolger, nämlich Christian Ludwig,¹⁹⁴ erhalten hatte, konnte er an der Sitzung nicht teilnehmen. Lampadius vertrat ihn deshalb und gewann dabei einen positiven Eindruck von Franz Wilhelm von Wartenberg und den anwesenden Katholischen, fand er sie seinen Argumenten gegen neue Einquartierungen doch sehr zugänglich. Franz Wilhelm von Wartenberg, berichtete Lampadius später, habe die ganze Zeit bei ihm gestanden und bald dieses, bald jenes gefragt.¹⁹⁵ Abgesehen davon, dass Lampadius auf diese Weise positive Erfahrungen mit Franz Wilhelm von Wartenberg sammeln konnte, hatte dieses Treffen jedoch nicht den von den westfälischen Ständen gewünschten Effekt. Die schwedischen Truppen hatten schon Mitte Dezember mit ihrem Abzug aus Böhmen begonnen und machten sich bereit, in die Reichskreise zu ziehen, die ihre Satisfaktion bezahlen

¹⁸⁹ Ebd., fol. 230-230^r.

¹⁹⁰ Ebd., fol. 230^r. Oxenstierna und Salvius hatten sogar schon vor dieser Bitte an den Pfalzgrafen geschrieben und zum Verbleib in seiner bisherigen Stellung aufgefordert: Johan Oxenstierna und Salvius an Pfalzgraf Carl Gustav, Münster 1648 November 17, APW II C 4/2, Nr. 428, S. 789. Dies entsprach ja auch den Wünschen Königin Christinas.

¹⁹¹ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Dezember 4, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 230^r.

¹⁹² OSCHMANN: Exekutionstag, S. 107.

¹⁹³ Zu Hans Christoph von Königsmarck s. etwa LAHRKAMP: General, passim.

¹⁹⁴ S. oben, Kap. 1, S. 55.

¹⁹⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1649 Januar 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 402.

sollten. Grundlage hierfür war auch eine entsprechende Vereinbarung von schwedischen und kaiserlichen Generälen, die zwischenzeitlich in Prag zusammengekommen waren.¹⁹⁶

Schließlich verzögerte sich sogar die Übergabe der Ratifikationen selbst am Kongress über den festgesetzten Termin hinaus. Insgesamt gewann Lampadius spätestens gegen Ende Dezember 1648 den Eindruck, die beiden Kronen Frankreich und Schweden hätten es nicht sonderlich eilig mit der Übergabe der Ratifikationen sowie mit der anschließend fälligen Abdankung und Abführung ihrer Truppen und beabsichtigten im Gegenteil, diese auf Kosten der Reichsstände im Reich überwintern zu lassen.¹⁹⁷ In der Tat war genau dies Ziel der französischen wie der schwedischen Politik.¹⁹⁸ Königin Christina etwa hatte ihre Gesandten am Friedenskongress bereits Anfang November wissen lassen, die Truppen könnten im Winter unmöglich abgeführt werden.¹⁹⁹ Der Termin zum Austausch der Ratifikationen verstrich daher am 19. Dezember 1648 ereignislos. Dies hatte allerdings noch einen anderen Grund, denn bislang waren am 5. Dezember nur die kaiserlichen Ratifikationsurkunden in Münster eingetroffen.²⁰⁰ Erst am 22. und 23. Dezember kamen auch die Ratifikationsurkunden aus Schweden und Frankreich in Münster an. Nun aber bestand für Lampadius wie auch für die anderen reichsständischen Gesandten keine Ursache mehr zum weiteren Abwarten.²⁰¹ Dementsprechend beschlossen sie, ab dem 26. Dezember die Übergabe der Ratifikationen zu forcieren.²⁰²

Doch erst einmal blieben die Bemühungen der Reichsstände ohne Erfolg. Anfang Januar 1649 hielt Lampadius konsterniert fest, es sei nicht ohne Befremden zu vermerken, dass Schweden und Franzosen sich weigerten, die Ratifikationen zu übergeben und damit die endgültige Verpflichtung aller Seiten auf die Bestimmungen des Friedensschlusses verhinderten, zugleich aber genau diese Bestimmungen zuvor umgesetzt haben wollten.²⁰³ Insbesondere die Schweden betrachtete Lampadius in der folgenden Zeit als Haupthindernis für den Austausch, da Oxenstierna und Salvius zuvor immer weitere Forderungen erfüllt sehen wollten: So bestanden sie etwa auf der Verpflegung der schwedischen Truppen durch die Reichsstände auch nach Friedensschluss,

¹⁹⁶ OSCHMANN: Exekutionstag, S. 111.

¹⁹⁷ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Dezember 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 346, Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1649 Januar 1, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 401'-402.

¹⁹⁸ OSCHMANN: Exekutionstag, S. 103, 133.

¹⁹⁹ Königin Christina an Johan Oxenstierna und Salvius, Stockholm 1648 November 7, APW II C 4/2, Nr. 420, S. 771. Die französischen Korrespondenzen aus diesem Zeitraum sind noch nicht ediert.

²⁰⁰ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Dezember 11, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 269.

²⁰¹ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Dezember 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 348.

²⁰² Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1648 Dezember 25, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 349.

²⁰³ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1649 Januar 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 428'.

was dem Friedensvertrag widersprach.²⁰⁴ Außerdem verlangten sie, vor Übergabe der Ratifikationen die Abtretungsurkunde für Pommern vom Kurfürsten zu Brandenburg zu erhalten.²⁰⁵ Darüber hinaus wollten sie eine Sicherheit bekommen, dass die Gelder für die schwedische Militärsatisfaktion auch gewiss bezahlt werden würden, sowie Auskunft darüber erhalten, was an den jeweiligen Sammlungsorten inzwischen an Geldern vorhanden war.²⁰⁶ Angesichts der nicht fristgemäß erfolgten Umsetzung der in den Friedensverträgen festgelegten Restitutionsbestimmungen forderten sie die Abfassung eines weiteren Rezesses, der die Gültigkeit der Friedensverträge trotz der bislang mangelhaften Exekution bestätigte.²⁰⁷ Schließlich bestanden sie darauf, die Reichsstände sollten ihre Ratifikationsexemplare vor der Übergabe auf Richtigkeit überprüfen lassen. Lampadius und die anderen reichsständischen Gesandten hatten zuletzt den Eindruck, Oxenstierna und Salvius ordneten ihre Handlungen ganz den Interessen des schwedischen Militärs unter.²⁰⁸ Die Entfremdung zwischen schwedischen Gesandten und Lampadius war damit zu diesem Zeitpunkt bereits weit fortgeschritten und nahm weiter zu. Erst in der zweiten Februarhälfte waren die Schweden bereit zum allgemeinen Austausch der Ratifikationsurkunden, der schließlich am 18. Februar 1649 stattfinden konnte.²⁰⁹ Lampadius allerdings war an diesem Termin schon nicht mehr in der Lage, dem feierlichen Akt persönlich beizuwohnen.

Lampadius' Krankheit und Tod

Bereits am 5. Februar 1649 hatte Lampadius seinen neuen Herrn, Georg Wilhelm,²¹⁰ erstmals von seiner Erkrankung in Kenntnis gesetzt. Schon seit einer Weile hatte er sich körperlich nicht wohlgefühlt und konnte inzwischen seit vier Tagen nicht mehr an den öffentlichen Verrichtungen teilnehmen.²¹¹ Seine Erkrankung, die er als „Schorbock“ bezeichnete, führte er auf ungesunde Luft und Getränke zurück.²¹² In seiner Leichenpredigt ist von einem fünf Tage andauernden Durchfall die Rede, als dessen Ursache ein konsultierter Arzt eine Entzündung des Dünndarms vermu-

²⁰⁴ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1649 Januar 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510, fol. 428', Instrumentum Pacis Osnabrugensis (IPO), Art. XVI, 9, [Münster] 1648 Oktober 24, APW III B 1/1, Nr. 18, S. 152, OSCHMANN: Exekutionstag, S. 6f, 84.

²⁰⁵ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1649 Januar 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 2'-3, Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Februar 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 148, 149.

²⁰⁶ Lampadius an Christian Ludwig, Münster 1649 Januar 8, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 3.

²⁰⁷ Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Januar 15, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 22'-23, Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Januar 22, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 63', OSCHMANN: Exekutionstag, S. 130f, 134.

²⁰⁸ Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Februar 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 148'.

²⁰⁹ Ebd., fol. 150'-151, Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Februar 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 173-173', Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Februar 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 202.

²¹⁰ S. oben, Kap. 1, S. 55.

²¹¹ Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Februar 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 151.

²¹² Ebd., fol. 151-151', Zitat 151'.

tete.²¹³ Der Arzt hatte Lampadius zunächst Hoffnungen gemacht, er werde in wenigen Tagen wieder genesen.²¹⁴

Der Durchfall führte jedoch zu einer anhaltenden Schwächung.²¹⁵ Statt einer Besserung musste Lampadius daher am 12. Februar 1649 eine Verschlechterung seines Gesundheitszustands vermelden. Er war inzwischen seit sieben Tagen bettlägerig, nahm aber noch insofern an den Vorgängen am Kongress teil, als er sich täglich mit Langenbeck darüber besprach und diesem sein Votum auftrug.²¹⁶ Dieser Zustand sollte sich nicht mehr bessern.²¹⁷

Die letzte Relation, die Georg Wilhelm am 19. März 1649 in Lampadius' Namen erhielt, war nicht einmal mehr von diesem selbst unterzeichnet. Die Erkrankung des welfischen Vizekanzlers hatte sich inzwischen so verschlimmert, dass er sich von zwei Dienern führen und aufs Bett heben lassen musste.²¹⁸ Zwar hatte Lampadius die Hoffnung auf Genesung noch nicht ganz aufgegeben, doch empfahl er seine Frau, seine Kinder und seine Diener, die bei ihm in Münster anwesend waren, dem Herzog an.²¹⁹

Die Hoffnung auf Genesung erfüllte sich nicht. Einen Tag nach seinem letzten Bericht an Georg Wilhelm verstarb Lampadius am 20. März 1649 morgens um 10 Uhr. Seine Witwe, Katharina Wernecke, unterrichtete den Herzog drei Tage später davon und bat um Unterstützung.²²⁰ Sie hoffte, Georg Wilhelm werde Lampadius' Leiche sowie seine Familie, seine Diener und den vorhandenen Hausrat abholen und ihr darüber hinaus 400 Reichstaler zukommen lassen, damit sie noch offene Privatschulden und die nötige Trauerkleidung für die Familie bezahlen könnte.²²¹ Langenbeck assistierte diesen Bitten in einem eigenen Schreiben an Georg Wilhelm vom 26. März 1649.²²² Georg Wilhelm entsprach diesem Gesuch in vollem Umfang.²²³ Lampadius' Leiche wurde dementsprechend nach Hannover überführt und in der dortigen Schlosskirche bestattet.²²⁴

²¹³ GESENIUS, Buechlein, S. 187.

²¹⁴ Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Februar 5, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 151'.

²¹⁵ GESENIUS, Buechlein, S. 187.

²¹⁶ Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Februar 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 173.

²¹⁷ Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 März 12, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 276'.

²¹⁸ Lampadius [bzw. Paul Julius Körner] an Georg Wilhelm, Münster 1649 März 19, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 316.

²¹⁹ Ebd., fol. 316-317.

²²⁰ Katharina Wernecke an Georg Wilhelm, Münster 1649 März 23, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 342.

²²¹ Ebd., fol. 342-344.

²²² Langenbeck an Georg Wilhelm, Münster 1649 März 26, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 347-347'.

²²³ Georg Wilhelm an Katharina Wernecke, Hannover 1649 März 29, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 345-345'.

²²⁴ HAVEMANN: Geschichte, S. 750, Anm. 2.

Georg Wilhelm ernannte Langenbeck in Absprache mit seinem Bruder Christian Ludwig zu seinem Vertreter am Westfälischen Friedenskongress für dessen restliche Dauer.²²⁵

Lampadius' Tätigkeit am Westfälischen Friedenskongress endete also mit seinem Tod. Es war dem welfischen Gesandten während der Jahre seiner Anwesenheit in Osnabrück und Münster vergönnt gewesen, die wichtigsten Etappen des Friedensschlusses aktiv mitzugestalten. Die Regelung der Umsetzung des Friedensschlusses, die Kaiser, Kronen und Reichsstände noch 1650 in Nürnberg beschäftigen sollte,²²⁶ musste er allerdings anderen überlassen.

Für Lampadius' Familie bedeutete sein Tod einen anhaltenden Verlust auch materieller Sicherheit. Einer seiner Söhne, Christian Lampadius, bat Christian Ludwig sowie Georg Wilhelm im April und Mai 1649 eindringlich um finanzielle Unterstützung, um seine Studien in Helmstedt beenden zu können.²²⁷ Doch bis mindestens Mitte Februar 1651 war der Familie die ausstehende Besoldung noch nicht vollständig bezahlt worden.²²⁸ Immerhin blieben Lampadius' Erben die für die Güter in Heinsen und in den umliegenden Dörfern erzielten Rechte erhalten.²²⁹ Im Vergleich zu Langenbeck jedoch hinterließ Lampadius ein eher mäßiges Vermögen.²³⁰

Die Welfenherzöge selbst betätigten sich zumindest während der beiden Jahrzehnte nach dem Westfälischen Frieden weiter im Sinne der Friedenswahrung, waren sie doch nicht in der Lage, ihre Lande militärisch zu sichern. Sie schlossen sich zu diesem Zweck mit anderen minder mächtigen Reichsständen zusammen und suchten Kontakt auch zu Frankreich.²³¹

Von der historischen Forschung ist Lampadius früh zu einem herausragenden Protagonisten am Westfälischen Friedenskongress erklärt worden. KÖCHER etwa befand 1885, „daß derselbe nicht nur der bedeutendste Staatsmann im Dienste des braunschweig-lüneburgischen Hauses war, sondern ein um die Gesamtinteressen [!] Deutschlands hochverdienter Mann, einer der muthigsten und wirksamsten Vorkämpfer des Protestantismus auf dem Westfälischen Friedenskongress.“²³² Auch wenn in der vorliegenden Arbeit die vielfältigen Bemühungen von Lampadius um den Frieden gezeigt worden sind, die in ihm durchaus einen besonders aktiven Verfechter der evangelisch-reichsständischen Interessen erkennen lassen, so bedarf dieses

²²⁵ Georg Wilhelm an Langenbeck, Hannover 1649 März 29, Konzept, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 512, fol. 1, Kanzler und Räte zu Celle an Kanzler und Räte zu Hannover, Celle 1649 April 6, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 512, fol. 10-10'.

²²⁶ S. etwa OSCHMANN: Exekutionstag, S. 204-417.

²²⁷ Christian Ludwig an Friedrich Schenk zu Winterstedt, Hannover 1649 Mai 7, Konzept, HStA Hannover, Celle Br. 57 Nr. 25, fol. 89-89'. Die finanzielle Situation von Lampadius am Westfälischen Friedenskongress ist bereits vergleichend aufgearbeitet worden: BOSBACH: Kosten, passim.

²²⁸ Katharina Wernecke an Christian Ludwig, Heinsen 1651 Februar 13, Ausfertigung, HStA Hannover, Celle Br. 57 Nr. 25, fol. 92.

²²⁹ Bestätigung Augusts d. J. für Chrysostomus Coeler über den Besitz der von Lampadius erlangten Güter und Gerechtigkeiten im Amt Lauenstein, Wolfenbüttel 1658 Februar 21, Konzept, StA Wolfenbüttel, 1 Alt 30 Nr. 355, fol. 17-18.

²³⁰ HAVEMANN: Geschichte, S. 751, Anm. 1.

²³¹ HOLLENBECK: Europa, S. 367f, 370, 372.

²³² KÖCHER: Lampadius 2, S. 402.

überschwängliche Urteil KÖCHERS der Überprüfung durch weitere Studien zu den Aktivitäten reichsständischer Gesandter, bevor sich valide Vergleiche ziehen lassen. Falls dies überhaupt möglich ist: Es wirkten so viele verschiedene Faktoren beim Entstehen des Westfälischen Friedens zusammen, dass sich der Einfluss eines einzelnen Gesandten darauf kaum bemessen lässt. Die Frage, wer denn nun den meisten Einfluss hatte, ist daher nicht unbedingt eine sinnvolle und wurde deshalb in der vorliegenden Arbeit nicht verfolgt. Lohnenswert hingegen ist es, die vielfältigen Formen der Zusammenarbeit am Kongress zu beleuchten, die schließlich zum Erfolg führten. Schon Lampadius selbst betrachtete die Friedensverträge als Gemeinschaftswerk, zu deren Erhalt er die Kooperation mit bestimmten Reichsständen zu intensivieren wünschte.²³³ So wäre es denn wünschenswert, wenn weitere Studien zu reichsständischen Gesandten – zu denken wäre etwa an die Kurbrandenburger und Sachsen-Altenburger – unter Berücksichtigung dieser Perspektive entstünden, die dieses Ergebnis bestätigen oder gegebenenfalls korrigieren könnten. Daneben wären, wie in der vorliegenden Arbeit unternommen, unter anderem Fremd- und Selbstbilder zu untersuchen, der Handlungsspielraum der Gesandten zwischen Hof, Auftraggeber und Eigenverantwortlichkeit auszuloten sowie die Formen der Kommunikation in den Blick zu nehmen, um die Gesandten – wie Lampadius – als Knotenpunkt sichtbar zu machen und unser Bild der politischen Kultur der Frühen Neuzeit zu ergänzen.

²³³ S. oben, S. 383.

Schluss

Lampadius hat die Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg am Westfälischen Friedenskongress wesentlich mitgeprägt und war in Westfalen überaus aktiv. Er war – wie sonst nur wenige andere reichsständische Gesandte – an bedeutenden Verhandlungen unmittelbar beteiligt und hat sich als Fürsprecher der evangelisch-reichsständischen Interessen mit großem Einsatz um deren Durchsetzung bemüht. Dabei lassen sich verschiedene Phasen seiner Aktivitäten in Osnabrück und Münster unterscheiden.

Ein erster Aufenthalt Lampadius' und des Landdrosten von Hammerstein in Osnabrück im Sommer 1644 sollte dazu dienen, Verhandlungen über die Restitution schwedisch besetzter welfischer Festungen mit Johan Oxenstierna und Salvius aufzunehmen. Die Herzöge Friedrich und Christian Ludwig sahen ihre Territorien durch die anhaltende Präsenz schwedischer Truppen akut gefährdet und wünschten deren Abzug zu erwirken. Weitere Aktivitäten der welfischen Vertreter am eigentlichen Friedenskongress waren hingegen noch nicht vorgesehen.

Diese Mission Lampadius' und von Hammersteins scheiterte jedoch auf mehreren Ebenen: Das eigentliche Ziel – möglichst erfolgreiche Verhandlungen mit Oxenstierna und Salvius in Osnabrück – rückte bereits recht schnell außer Reichweite. Selbst Versuche der welfischen Vertreter, die schwedischen Gesandten etwa durch Bezugnahme auf ihre Ehre auch persönlich anzusprechen, nützten nichts. Oxenstierna und Salvius verweigerten konsequent jede Unterhandlung über die Abschaffung von Kontributionen oder die Restitution der Festungen. Dabei gaben sie verschiedene Gründe für ihre Weigerung an, die sich qualitativ unterschieden: Während Salvius allgemein-formale, äußere Gründe in Form des drohenden Verlusts freien Geleits vorbrachte, verortete Oxenstierna die Ursachen auf der Beziehungsebene zwischen schwedischer Krone und Welfenhaus, indem er auf Gerüchte verwies, die Welfenherzöge wollten sich mit Dänemark verbinden.¹ Diese Beziehung wurde unter anderem geprägt durch das Ausmaß an Vertrauen, das die Gesandten im Namen Königin Christinas in das Welfenhaus zu setzen geneigt waren. Darauf wird unten zurückzukommen sein.

Dies verweist noch auf ein weiteres Scheitern des Aufenthalts von Lampadius und von Hammerstein, das eng mit dem Thema Vertrauen verknüpft ist: Sowohl die schwedische als auch die kaiserliche Seite stellte Spekulationen über die wahren Absichten der Welfenherzöge an und brachte ihnen ein gewisses Misstrauen entgegen, das sich in verschiedenen Gerüchten mani-

¹ Dieses Argument Oxensternas ist wohl instrumentell zu sehen: Der schwedische Gesandte wendete auf diese Weise Ansprüche der welfischen Gesandten von sich ab, die er nicht unterstützen wollte. Raffiniert lenkte er mit dem Verweis auf ein (angebliches) Gerücht von seiner eigenen Weigerung ab und setzte sein Gegenüber seinerseits unter Rechtfertigungsdruck. Es wäre sicherlich lohnenswert, Gerüchte unter diesem Aspekt weiter auf ihren Gehalt und ihre Funktion hin zu untersuchen.

festierte. Unterstellten die Schweden den Herzögen enge Kontakte zum mit Schweden rivalisierenden dänischen König, vermuteten die Kaiserlichen bei ihnen Bündnisbestrebungen in Richtung des dem Kaiser feindlichen Schweden. Anlass für diese Mutmaßungen gaben die Welfenherzöge selbst, die eine möglichst neutrale Stellung zwischen den Parteien anstrebten. Dabei waren sie auf die Aufrechterhaltung einigermaßen guter Beziehungen zu beiden Seiten angewiesen, da sie ihre Interessen nach dem Goslarer Frieden und der Abdankung eines Großteils ihrer Truppen nicht mehr militärisch wahren konnten. Dieses Lavieren zwischen den Fronten leistete Spekulationen über ihre weiteren Absichten Vorschub. Lampadius und von Hammerstein gelang es nicht, ihren schwedischen und kaiserlichen Gesprächspartnern glaubhaft zu vermitteln, dass die den Welfenherzögen unterstellten Absichten nicht den Tatsachen entsprachen. So gesehen scheiterte ihr Aufenthalt auch in dieser Hinsicht. Dabei sind die beiden welfischen Gesandten in zweierlei Hinsicht zu entschuldigen: Zum einen ist nicht klar, ob Oxenstierna nicht nur deshalb mit einem Vorwurf argumentierte, um sich selbst für die verweigerter Unterstützung der welfischen Anliegen nicht weiter rechtfertigen zu müssen. Eine solche instrumentelle Verwendung des Vorwurfs aber konnten die welfischen Gesandten nicht verhindern. Zum anderen sind Lampadius und von Hammerstein auch insofern zu entschuldigen, als sich die bei Schweden und Kaiserlichen zuvor schon entstandenen, realen Vorurteile kaum aufheben ließen, wie die neuere Forschung zur (Fremd-)Wahrnehmung bereits hinlänglich belegt hat. Nicht nur sind solcherart gewonnene Überzeugungen erwiesenermaßen äußerst veränderungsresistent und können selbst durch gegenteilige Erfahrungen kaum ausgeräumt werden; darüber hinaus erlangten die beiden welfischen Vertreter von den Überlegungen auf kaiserlicher Seite keinerlei Kenntnis. So war ihnen erst recht die Möglichkeit genommen, die Kaiserlichen – die vermuteten, die Gesandten der Welfenherzöge sollten als Erfüllungsgehilfen der Schweden am Kongress eine herausragende Rolle in Form einer Mittlerposition übernehmen – eines Besseren zu belehren. Diese kaiserliche Unterstellung stand ganz im Gegensatz zu den tatsächlichen Bestrebungen der Welfenherzöge, denen sehr daran gelegen war, nicht zu sehr in den Fokus der Aufmerksamkeit zu geraten und jede Einzelaktion zu vermeiden. Dies spiegelte sich auf zweierlei Weise deutlich wider: Zum einen bemühten sich Friedrich, August und Christian Ludwig im Spätsommer und Herbst 1644 intensiv um die Beteiligung anderer evangelischer Reichsstände an den Friedensverhandlungen. Mehrfach forderten sie ausgewählte Fürsten und Stände zur Entsendung von Gesandten nach Westfalen auf. Das Bemühen, nicht zwischen die Fronten der Großmächte zu geraten, war dafür nicht der einzige Grund. Daneben ist die Sorge vorhanden, anderen Reichsständen mit nicht abgesprochenen Aktivitäten zu präjudizieren und sich so ihren Zorn zuzuziehen. Dieses Zurückscheuen vor eigenmächtigen Aktionen ist dabei sowohl bei den Welfenherzögen als auch bei einigen ihrer Korrespondenzpartner deutlich zu fassen. Dies beleuchtet

eindrücklich das bereits ausgeprägte reichsständische Selbstverständnis, bei Entscheidungen, die das Reich als Ganzes betrafen, nicht übergangen werden zu dürfen, beruhte das reichsrechtliche Herkommen doch auf Abstimmung und Konsens. Zudem verweist dies auf die Besonderheiten frühmoderner Verfahren der Entscheidungsfindung, die zwar auf den Reichstagen inzwischen in bestimmten Formen – etwa als Beratungen in drei Kollegien – ausgebildet waren, die aber aufgrund der noch nicht alle Bereiche erfassenden Schriftlichkeit offen für Varianzen blieben, was die noch immer häufigen Rang- und Sessionsstreitigkeiten zur Genüge belegen. Gerade deshalb reagierten andere Reichsstände so empfindlich auf mögliche Präjudize, die durch ‚Neuerungen‘ jedweder Art wie durch nicht abgestimmte Handlungen Einzelner verursacht werden konnten. Denn diese beschnitten die übrigen Reichsstände nicht nur in ihren Mitbestimmungsrechten, sondern konnten auch die Form künftiger Entscheidungsfindung verändern. Nicht zuletzt hätten andere Reichsstände Einzelaktivitäten der Welfenherzöge als deren Versuch werten können, ihren Rang auf Kosten ihrer ‚Mitstände‘ zu erhöhen. Hier werden die Ergebnisse, welche die neuere Erforschung symbolischer Kommunikation gezeitigt hat, voll bestätigt. Der Rang bedurfte nicht nur der ständigen symbolischen Darstellung nach außen, sondern wurde erst in dieser Darstellung und deren Akzeptanz durch Dritte generiert. Daher musste in solchen Situationen, die dazu geeignet waren, die Rangordnung nach außen sichtbar zu machen und sie gegebenenfalls verändern konnten – wie etwa während eines international besetzten Friedenskongresses –, mit besonderer Behutsamkeit agiert werden.

Zum anderen erhielt Lampadius die Anweisung, am Kongress erst einmal äußerste Zurückhaltung zu üben. Ganz in diesem Zeichen stand dann auch der Beginn der Vertretung Herzog Friedrichs und Herzog Christian Ludwigs durch Lampadius am Friedenskongress ab Ende November 1644. Lampadius legitimierte sich bis Ende Dezember nur bei Schweden und Kaiserlichen als welfischer Gesandter. Zudem weigerte er sich zunächst, den Kaiserlichen für die Schweden Nachrichten zu übermitteln oder selbst im Geheimen substanziell an der ersten schwedischen Proposition mitzuwirken, obwohl ihn die Schweden sehr dazu drängten. Dabei waren sich Lampadius und seine Herren der einzelnen Punkte durchaus bewusst, die sie am Westfälischen Friedenskongress behandelt haben wollten. Lampadius verfasste im Winter 1644/45 ein umfangreiches Gutachten zu den Verhandlungsgegenständen, die im Kern die allgemein von den Evangelischen vertretenen Forderungen umfassten. Ergänzt wurden diese noch um die ‚Privatinteressen‘ des Welfenhauses, etwa die endgültige Abweisung der Tillyschen Schuld. Lampadius blieb am Kongress allerdings nicht vollständig untätig, sondern suchte unter anderem den Weg über den Hessen-Kasseler Scheffer, etwa um Franzosen und Schweden grundlegende Kenntnisse bezüglich der reichsständischen Rechte zu vermitteln. Selbstredend verfocht er dabei wie schon in seiner juristischen ‚Dissertatio‘ eine Sichtweise auf das Reich, die das aristokratische Prinzip

gegenüber dem monarchischen sehr stärkte: Kaiser und Reichsstände bildeten für ihn gemeinsam das Haupt des Reiches, nicht etwa der Kaiser allein. Demgemäß standen den Reichsständen auch am Friedenskongress Mitbestimmungsrechte *Iure proprio* zu.

Zu diesem Schritt, der Kontaktaufnahme über Scheffer, sah sich Lampadius gedrängt, da er sich zunehmend in der Bredouille wähnte: Einerseits sollte und wollte er am Kongress noch nicht offen in Aktion treten, andererseits befürchtete er den endgültigen Ausschluss der Reichsstände von den Friedensverhandlungen, zumal weitere reichsständische Gesandte nur sehr zögerlich in Osnabrück und Münster eintrafen und ihre Interessen daher noch nicht selbst vertreten konnten. Nach und nach gelangte Lampadius deshalb zu dem Schluss, er müsse nun doch aktiv werden, um die reichsständische Mitbestimmung am Westfälischen Friedenskongress zu sichern. Schließlich handelte es sich dabei um eines der Hauptanliegen seiner Herren in der Frühphase des Kongresses, das auch Lampadius ganz und gar teilte. Die Entscheidung, nun doch vorsichtige Aktivitäten aufzunehmen, traf er dabei noch vor seinen Herren. Erleichtert wurde Lampadius die Umsetzung dieses Entschlusses durch die Ankunft weiterer evangelisch-reichsständischer Gesandter bis April 1645, denn dies ermöglichte ein abgestimmtes, koordiniertes Vorgehen im Verbund mit anderen reichsständischen Vertretern, wie es die Welfenherzöge und Lampadius angestrebt hatten. Das Aufgeben der Linie äußerster Zurückhaltung war im April 1645 auch deshalb geboten, da Lampadius sich nun mit Vorwürfen von schwedischer und evangelisch-reichsständischer Seite konfrontiert sah, seine Herren würden sich nicht für die gemeinsamen reichsständischen Interessen einsetzen wollen. Lampadius musste sein bisheriges Verhalten erklären und sah sich endgültig zum Umlenken hin zu einer aktiveren Beteiligung bewogen. Lampadius und seine Herren hatten offenbar in dem Bemühen, anderen Reichsständen nicht zu präjudizieren, in den Augen einiger von ihnen ‚übersteuert‘. Es brach daher nun eine neue Phase an.

Der nun folgende zeitliche Abschnitt stand für Lampadius im Zeichen der Bemühungen um reichsständische und evangelische Mitbestimmung gegen Widerstände auf kaiserlicher und katholischer Seite, wobei die bereits angereisten evangelisch-reichsständischen Gesandten gemeinsam einen aktiveren Part übernahmen. Für Lampadius stand ein Mittel, die Berücksichtigung ihrer Interessen zu erwirken, schon sehr frühzeitig fest: Er hatte sich wohl bereits im Dezember 1644 bewusst für eine Linie der engen Anlehnung an die Schweden entschieden, die er in der Tat fast den gesamten Kongress über beibehielt. Damit hatte er sich schon zu einem Zeitpunkt eindeutig auf die Schweden festgelegt, als seine Herren noch für eine Mittlertätigkeit der Dänen und eine entsprechende Zusammenarbeit mit ihnen eintraten. Da Schweden und Dänen miteinander rivalisierten, war ein enges Zusammengehen mit beiden gleichzeitig ausgeschlossen. Hier lässt sich sehr deutlich eine eigenständige Positionierung von Lampadius fassen, die er seinen Herren gegenüber durch den Hinweis auf das zunächst vorrangige Ziel, eine Zulassung der Reichsstände

mit Mitbestimmungsrechten zu erwirken, rechtfertigen konnte. Letztlich behielt Lampadius damit auf gewisse Weise recht, denn die Ermöglichung der reichsständischen Partizipation mit vollem Stimmrecht verdankte sich unter anderem der Hartnäckigkeit der Schweden, die auf der Anwesenheit reichsständischer Gesandter in Osnabrück bestanden und etwa eine Verlegung des zu Frankfurt tagenden Reichsdeputationstags nach Münster ablehnten.

Die Frage, ob eine reichsständische Beteiligung mittels der Reichsdeputation erfolgen sollte, stellte dabei einen weiteren Punkt dar, in welchem Lampadius und insbesondere Herzog Friedrich divergierender Meinungen waren. Während Friedrich eine Vertretung der Reichsstände durch die Deputierten für sinnvoll hielt, lehnte Lampadius sie ab, da jeder Reichsstand seiner Meinung nach das Recht haben sollte, seine Interessen am Friedenskongress selbst zu vertreten. In diesem Punkt konnte sich Lampadius jedoch nicht durchsetzen; seine Herren ließen ihre Gesandten in Frankfurt für eine Verlegung des Reichsdeputationstags an den Friedenskongress eintreten. Auch deshalb musste Lampadius anderen reichsständischen Vertretern gegenüber später die Linie seiner Herren rechtfertigen und konnte sich im Nachhinein bestätigt fühlen. Denn diese anderen Reichsstände begriffen – ähnlich wie Lampadius selbst – die letztlich durch den Kaiser verfügte Verlegung des Reichsdeputationstags als Versuch, sie ihrer Mitbestimmungsmöglichkeiten am Friedenskongress zu entheben. Lampadius schwenkte schon vor Eintreffen entsprechender neuer Anweisungen auf die Linie der evangelisch-reichsständischen Mehrheit um, welche die Verlegung ablehnte, da es ihm erstrebenswerter erschien, sich nicht zu isolieren, als auf den Ansichten seiner Herren zu bestehen.

Als dann neue Instruktionen für Lampadius in Osnabrück eintrafen, waren diese bereits überholt. Es sollte nicht selten vorkommen, dass Lampadius auf sich gestellt war, obgleich er weitere Anweisungen erhielt. Denn seine Herren residierten zwar so nah am Kongress wie kein anderer Reichsstand – eine Reise von Hannover nach Osnabrück dauerte nicht länger als drei Tage –, doch hoben die internen Abstimmungen im Welfenhaus diesen Vorteil der Nähe wieder auf. Mindestens zwei der drei regierenden Welfenherzöge, nämlich Friedrich und Christian Ludwig (August wurde wegen innerwelfischer Zwistigkeiten oft außen vor gelassen), mussten sich in wichtigeren Angelegenheiten immer über die künftige Linie verständigen, was vielfachen Briefverkehr, wenn nicht gar Konferenzen fürstlicher Räte notwendig machte. Bis auf diese Weise neue Instruktionen verfasst waren, konnten schnell Wochen ins Land gehen. Zudem unterschätzte man an den Welfenhöfen in bestimmten Situationen die Dringlichkeit, mit der neue Anweisungen vonnöten waren, sollten diese noch rechtzeitig bei Lampadius eintreffen.

Darüber hinaus lösten einige Anweisungen Kontroversen aus, wenn Lampadius mit ihnen nicht einverstanden war. Dies geschah unter anderem, als Lampadius den Befehl erhielt, sich bei den Verhandlungen nicht allzu sehr an die Gesandten der beiden Kronen Frankreich und Schweden

zu halten und stattdessen die Verbindung mit den katholischen Reichsständen zu suchen. Diesen versuchten Eingriff in seine grundlegende Kursentscheidung wies Lampadius zurück. Er äußerte dabei klare Vorstellungen bezüglich der Parteiongen am Kongress und verortete die evangelischen Reichsstände aufseiten Schwedens, die katholischen Reichsstände hingegen, mit denen die Evangelischen einige Anliegen teilten, prinzipiell aufseiten des Kaisers. Auch kam es zu einem Konflikt infolge der Entsendung von Langenbeck als Vertreter Herzog Friedrichs, da Lampadius nicht mit der vorgesehenen Aufgabenteilung zufrieden war. Laut dieser hätte er alle seine für Friedrich übernommenen Voten an Langenbeck abtreten müssen, was Lampadius als ehrabschneidend empfand. Demgemäß beschwerte er sich in eigener Sache, drohte sogar mit seiner Abreise vom Kongress und setzte so eine gemeinsame Vertretung durch, bei der ihm ausdrücklich das Votum für Friedrichs Fürstentum Grubenhagen zugestanden wurde. Auch in dieser Hinsicht lassen sich Feststellungen der neueren Forschung bestätigen, die der Frage der Ehre für Verhandlungen einen hohen Stellenwert einräumen – dies galt eben auch für die Person des ‚Diplomaten‘ selbst, nicht nur für seine Auftraggeber.

Bei einem der Hauptthemen des Kongresses, den Verhandlungen über die Satisfaktionen der beiden Kronen, machte sich eine unterschiedliche Bewertung der Lage an den beiden Welfenhöfen und seitens Lampadius’ am Friedenskongress ebenfalls bemerkbar. Lampadius war sehr darum bemüht, seine Herren in diese Frage nicht hineinziehen zu lassen und vermied jede Positionierung. Demgegenüber erhielt er von den beiden Welfenhöfen die Anweisung, er solle sich im Namen seiner Herren zur Übernahme eines Teils der Satisfaktionskosten bereit erklären. Dies lehnte Lampadius jedoch aus verhandlungstaktischen Erwägungen ab und blieb bei seiner Strategie.

Allerdings sah er sich gezwungen, seinen Kurs der äußersten Zurückhaltung in der Satisfaktionsfrage den Schweden gegenüber zu verlassen, um ihre Unterstützung nicht zu verlieren. Oxenstiernas und Salvius’ Argument, sie würden Auskünfte für ein besonderes Zeichen der Freundschaft halten, gab dafür den Ausschlag. Erleichternd kam hinzu, dass die Schweden Lampadius bereits zuvor zugesichert hatten, die Krone Schweden werde nichts vom Haus Braunschweig-Lüneburg fordern. Außerdem befand sich Lampadius nicht allein in dieser Situation: Der Sachsen-Altenburger Wolf Konrad von Thumbshirn, mit dem Lampadius phasenweise am Kongress sehr eng zusammenarbeitete und der wie Lampadius einen der mächtigeren evangelischen Fürsten vertrat, war ebenfalls involviert. So sprachen die beiden reichsständischen Gesandten schließlich zwar vertraulich, aber sehr offen mit Oxenstierna und Salvius über die schwedischen Satisfaktionsforderungen, von denen eine die am Kongress anwesenden Evangelischen in eine Zwangslage brachte, nämlich die Forderung nach Pommern. Denn der Kurfürst von Brandenburg verweigerte konsequent die Abtretung Pommerns an Schweden und erwartete sich Unter-

stützung von den evangelischen Reichsständen. Lampadius brachte dafür kein großes Verständnis auf und befand, der Kurfürst solle sich mit den von ihm bereits früher widerrechtlich eingezogenen Territorien – dem Herzogtum Preußen sowie den Bistümern Brandenburg, Lebus und Havelberg – trösten; er war nicht der einzige evangelisch-reichsständische Gesandte mit dieser Einstellung. Die Evangelischen schritten daher nur zögerlich und halbherzig zur Unterstützung des Kurfürsten, zumal sie auch den Verlust der schwedischen Unterstützung für die gemeinsamen evangelischen Anliegen befürchteten, sollten sie sich eindeutig aufseiten Kurbrandenburgs positionieren. So baten sie die Schweden nur sehr allgemein, ihre Satisfaktionsforderungen so zu gestalten, dass die gute Freundschaft zwischen dem Kurfürsten von Brandenburg und der Krone Schweden erhalten bliebe.

Zu Beginn des Jahres 1647 sollte es zwischen welfischen und kurbrandenburgischen Gesandten schließlich zum offenen Konflikt um die Satisfaktions- und Entschädigungsfrage kommen. Bereits zuvor hatte es in einigen Fragen Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten gegeben, wie sie Lampadius und seine Kollegen kaum mit anderen evangelisch-reichsständischen Gesandten erlebten: Der für Pommern im Fürstenrat votierende Kurbrandenburger Matthäus Wesenbeck übte im Herbst 1645 nicht nur die umfangreichste inhaltliche Kritik am inzwischen erarbeiteten Gutachten der Evangelischen. Darüber hinaus war Wesenbeck schon mit den Umständen der Entstehung dieses Gutachtens selbst unzufrieden, das nicht gemeinsam im Plenum, sondern von Deputierten – Lampadius und vier weiteren evangelischen Gesandten – verfasst worden war. Lampadius und andere Evangelische lieferten sich deshalb mehrfach Wortgefechte mit Wesenbeck, der es sich dennoch nicht nehmen ließ, weitere Korrekturwünsche anzumelden. Darüber hinaus kam es zwischen Kurbrandenburgern und den evangelisch-fürstlichen Vertretern beim Versuch, weitere Absprachen über das evangelische Gutachten vorzunehmen, im Winter 1645 zum Eklat. Die Kurfürstlichen forderten von den Fürstlichen die Gabe des Exzellenztitels, was die Fürstlichen mit dem Argument ablehnten, dies widerspreche dem Reichsherkommen. So war die direkte Kommunikation zwischen Kurbrandenburgern und evangelisch-fürstlichen Gesandten blockiert; es mussten andere Möglichkeiten des Austauschs gefunden werden. Als daraufhin eine Übergabe des Gutachtens durch die Gesandtschaftssekretäre an der Weigerung der Kurbrandenburger scheiterte, es auf diesem Wege anzunehmen, sahen sich die Fürstlichen offen brüskiert, da ein Kurbrandenburger dieses Vorgehen zuvor selbst vorgeschlagen hatte. Das markierte auch für Lampadius einen bedeutenden Tiefpunkt in den Beziehungen zu Kurbrandenburg. Dabei hatte Lampadius' Herr, Christian Ludwig, im Vorfeld des Kongresses noch die Hoffnung gehegt, insbesondere die Zusammenarbeit mit Kurbrandenburg werde im Sinne der gemeinsamen Interessen am Kongress besonders erfolgreich verlaufen. Diese Hoffnung wurde von Lampadius sicherlich nicht zuletzt deshalb geteilt, da ihn mit dem

Kurbrandenburger Dr. Peter Fritze eine jahrzehntelange Freundschaft verband. Weil Fritze jedoch bereits kurz nach seiner Ankunft aufgrund eines Schlaganfalls ausfiel und durch Wesenbeck ersetzt werden musste, zerschlugen sich diese Erwartungen relativ bald. Nun, Anfang 1647, brach ein ernster Streit zwischen Kurbrandenburg und Welfenhaus um die Entschädigung des Kurfürsten für den Verlust Pommerns aus, denn die Kurbrandenburger stellten Forderungen auf, die den welfischen Interessen zuwiderliefen: Sie erhoben unter anderem Ansprüche auf die Stifter Magdeburg und Halberstadt. Die welfischen Vertreter sahen sich dadurch gegen ihren Willen noch stärker in die Satisfaktions- und Entschädigungsfrage verstrickt und mussten für ihre Herren Stellung beziehen. Denn in Magdeburg war der jüngste Bruder Christian Ludwigs, Ernst August, zum Koadjutor und Nachfolger des amtierenden Administrators gewählt worden, in Halberstadt fungierten zwei weitere welfische Prinzen als Domherren. Sie alle mussten auf ihre Ämter und Einkünfte verzichten, sollten die Stifter Kurbrandenburg zugesprochen und damit säkularisiert werden. Lampadius und Langenbeck bemühten sich daher umgehend um die Abwehr dieser kurbrandenburgischen Forderungen und suchten dazu vor allem die Unterstützung der Schweden. Dieses Bemühen wurde ihnen durch den Umstand erschwert, dass Gerüchte über ein mögliches militärisches Eintreten Christian Ludwigs aufseiten des Kurfürsten von Brandenburg gegen Schweden kursierten, sollte die schwedische Forderung auf Pommern aufrechterhalten werden. Lampadius war sehr daran gelegen, dieses Gerücht bei Oxenstierna und Salvius auszuräumen und verdächtigte die Kurbrandenburger als Urheber. Mehr noch, er glaubte, sein Herr sei vom Kurfürsten von Brandenburg durch einen Besuch absichtlich verdächtig gemacht worden, um die Schweden von Christian Ludwig zu entfremden. In der folgenden Zeit ließ die Hilfe insbesondere Salvius' für die welfischen Interessen – wie Lampadius befand, aufgrund des Gerüchtes – auch zu wünschen übrig, während sich Oxenstierna etwas mehr als sein Kollege für diese einsetzte. Die welfisch-kurbrandenburgischen Beziehungen befanden sich auf einem neuen Tiefpunkt.

Schnell erwiesen sich die Bemühungen um eine Zurückweisung der kurbrandenburgischen Forderungen auf Magdeburg und Halberstadt im Frühjahr 1647 als vergeblich. Nicht nur blieb nennenswerte Unterstützung der Schweden aus; die Liste der Befürworter einer Entschädigung Kurbrandenburgs unter anderem mit den beiden geforderten Stiftern war lang: Diese war Konsens bei Kaiserlichen, Franzosen und vielen Evangelischen, so auch bei den Sachsen-Altenburgern, mit denen Lampadius am Kongress teilweise eng zusammengearbeitet hatte. Langenbeck und Lampadius sahen sich daher bewogen, eigene Entschädigungsforderungen im Namen ihrer Herren zu formulieren, sollten Magdeburg und Halberstadt an Kurbrandenburg fallen. Sie verlangten zunächst die Stifter Hildesheim, Minden und Osnabrück, auf die sie Ansprüche anmelden zu können glaubten, da alle Stifter sich früher bereits ganz oder in Teilen unter

Kontrolle welfischer Landesherren befunden hatten. Das Vorhandensein der aus dem früheren Besitz abgeleiteten älteren Anrechte war Lampadius ein besonderes Anliegen, gab deren Fehlen doch Anlass für einen der Vorwürfe, welche die welfische Seite Kurbrandenburg gegenüber erhob: Der welfische Gesandte empfand die Forderungen Kurbrandenburgs nach Magdeburg und Halberstadt deshalb als besonders ungerechtfertigt, da der Kurfürst solch ältere Rechte an den beiden Stiftern seinerseits eben nicht geltend machen konnte. Lampadius warf den Kurbrandenburgern daher vor, sich in der Entschädigungsfrage ebenso zu verhalten wie die von ihnen für ihre Forderungen kritisierten Schweden: Sie beraubten andere evangelische Stände ohne Rücksicht um deren Rechte. Lampadius und Langenbeck verlangten zudem gar nicht erst die Erbrechte an Hildesheim, Minden und Osnabrück, sondern gaben sich mit der Wahl welfischer Prinzen zu Koadjutoren zufrieden. Sicherlich wollten sie damit die Chancen auf die gewünschte Entschädigung erhöhen, da sich andere evangelische Fürstenhäuser dadurch nicht um die Möglichkeit gebracht sahen, künftig eigene nachgeborene Prinzen in den Stiftern zu versorgen. Auch dies war im Übrigen ein Vorwurf, den die Welfen Kurbrandenburg machten: durch die Säkularisierung der geforderten Stifter anderen fürstlichen Familien die Chance zu nehmen, dort ihre Prinzen an die Regierung zu bringen. Ein weiterer Grund für Lampadius und Langenbeck, entsprechende Forderungen nach erblichem Besitz selbst nicht zu stellen und entsprechende Kritik damit zu vermeiden. Die welfischen Gesandten waren bei der Erstellung ihrer Forderungen zunächst auf sich gestellt und konnten nicht auf Instruktionen zurückgreifen. Langenbeck und Lampadius arbeiteten also auch hier eigenverantwortlich.

Die beiden schwedischen Gesandten erwiesen sich den welfischen nun wieder als gute Unterstützer. Sie erklärten die welfischen Entschädigungsforderungen als gerechtfertigt, griffen sie auf und unterrichteten Lampadius und Langenbeck von den Fortschritten der geheim geführten Verhandlungen über die kurbrandenburgische Entschädigung. Diese Hilfestellung war auch dringend nötig, denn die Entschädigungsforderungen der Welfen trafen bei den Kaiserlichen zunächst auf taube Ohren. Langenbeck und Lampadius mussten sich vom kaiserlichen Gesandten Isaak Volmar sagen lassen, die Welfenherzöge sollten sich glücklich schätzen, dass sie ihre Erbländer behalten dürften. Das Festhalten der Schweden an den welfischen Forderungen war wohl ein wesentlicher Grund für das Nachgeben der Kaiserlichen im März 1647, als sie dem Haus Braunschweig-Lüneburg zumindest grundsätzlich schon einmal das Recht auf eine Entschädigung zusprachen. Auch die weiteren Entschädigungsverhandlungen für Braunschweig-Lüneburg wurden zwischen kaiserlichen und schwedischen Gesandten bestritten, wobei die Schweden die welfischen Anliegen vertraten. Von den Evangelischen erhielten die welfischen Gesandten hingegen kaum Unterstützung. Wie schon bei Kurbrandenburg war die Motivation der Evangelischen gering ausgeprägt, sich für die ‚Privatinteressen‘ eines fürstlichen Hauses einzusetzen, die zudem

das Hauptziel – den Friedensschluss möglichst rasch herbeizuführen – aufhielten. Langenbeck und Lampadius erging es also ähnlich wie schon den Kurbrandenburgern vor ihnen; sie konnten nicht auf viel Verständnis und Hilfe seitens der Evangelischen hoffen. Entsprechend enttäuscht berichtete Lampadius etwa über die Haltung der Sachsen-Altenburger. Allerdings sprachen evangelische Deputierte sich nach anfänglichem Zögern immerhin öffentlich für eine Entschädigung des Welfenhauses mit Osnabrück aus.

Die welfischen Forderungen durchliefen einige Modifikationen, bevor die Verhandlungen abgeschlossen wurden. Die Welfenherzöge erhielten dabei das Stift Osnabrück mit einer Alternation zwischen katholischen Bischöfen und evangelischen Administratoren aus dem Welfenhaus zugesprochen. Ihnen wurden verschiedene Güter übertragen, etwa die Klöster Walkenried und Gröningen, der Hof Schauen sowie einige schaumburgische Territorien, wobei Herzöge aus dem Welfenhaus diese Ländereien bereits früher einmal in ihrem Besitz gehabt hatten. Gewisse Rechte der Herzöge in benachbarten Territorien, etwa an Burg und Amt Westerbürg, sollten garantiert werden. Die Tillysche Schuld wurde endgültig fallen gelassen. Das Haus Braunschweig-Lüneburg bekam auf Vorschlag der Kaiserlichen zudem gleich zwei Privilegien, die zunächst geheim zu halten waren: Die Herzöge durften künftig wählen, vor welchem der beiden obersten Reichsgerichte – dem Reichskammergericht zu Speyer oder dem kaiserlichen Reichshofrat – sie bei Prozessen zu Gericht stehen wollten; außerdem wurde die Appellationssumme von 1.000 auf 2.000 Goldgulden verdoppelt, bis zu der Prozesse in den welfischen Landen stattfinden durften. Christian Ludwig allerdings zeigte sich unmittelbar vor Abhandlung der Entschädigungsfrage von diesem sich abzeichnenden Ergebnis enttäuscht. In der zweiten Maihälfte 1647 wies er Lampadius persönlich zum Stellen neuer Forderungen etwa auf die hildesheimischen Ämter an, die im Zuge des Goslarer Friedens an den Bischof zu Hildesheim restituiert worden waren. Lampadius blieb nichts anderes, als diesen Befehl mit dem Hinweis zurückzuweisen, er komme viel zu spät, zumal ihn seine Kollegen in Hannover zuvor gegenteilig instruiert hatten. In der materiell bedeutsamen Entschädigungsfrage kam es somit zu ernststen Kommunikationsproblemen zwischen Welfenhof und welfischem Gesandten. Eine konsequente Verhandlungsführung von Lampadius und Langenbeck zur vollen Befriedigung Christian Ludwigs war daher kaum möglich. Auch die Beurteilung der erlangten Satisfaktion fiel sehr unterschiedlich aus. Während man in Hannover den erlittenen Verlust beklagte und die Entschädigung dafür als geringen Ausgleich empfand, sah Lampadius angesichts der Widerstände, denen Langenbeck und er am Kongress begegnet waren, das Erlangte positiver. Insbesondere die beiden Privilegien befand er als dem Haus Braunschweig-Lüneburg künftig hilfreiche Mittel und verknüpfte mit ihnen die Hoffnung auf weitere territoriale Gewinne.

Das Entgegenkommen kaiserlicher Gesandter und der Schweden in der Entschädigungsfrage sicherten sich Lampadius und Langenbeck durch ‚Beschenkungen‘: Volmar, der auf kaiserlicher Seite maßgeblich an den welfischen Entschädigungsverhandlungen beteiligt war, versprachen Langenbeck und Lampadius 1.000 Reichstaler, zudem wollten sie Oxenstierna und Salvius Schmuckstücke zukommen lassen. Diese ‚Beschenkungen‘ erleichterten die Durchsetzung der welfischen Entschädigung aus Lampadius’ Sicht erheblich. Vor allem Volmar war Langenbeck und ihm nach der Geldzusage sehr behilflich, teilweise in größerem Ausmaß als die Schweden. Auch mussten die einmal getroffenen Vereinbarungen bis zu ihrem Inkrafttreten bei Friedensschluss gegen Widerstände bewahrt werden, weshalb Lampadius erst recht an der Unterstützung durch Volmar und die Schweden gelegen war. Dieser Wunsch kam nicht von ungefähr: So erhoben die Gesandten des Grafen von Schaumburg wegen der schaumburgischen Territorien und die kurbrandenburgischen Gesandten wegen der beiden Klöster Walkenried und Gröningen sowie wegen des Gutes Schauen Einspruch gegen die Entschädigung. Selbst nach deren Bewilligung durch Schweden und Kaiserliche wurde dieser Widerstand von den Kurbrandenburgern aufrechterhalten, den sich die welfischen Gesandten zunächst nicht erklären konnten und auf Missverständnisse zurückführten. Doch wie sich bald herausstellte, waren die Gründe dafür sehr persönlicher Art: Der kurbrandenburgische Primargesandte Johann Graf von Sayn-Wittgenstein hatte ein starkes Eigeninteresse am Erwerb des Klosters Walkenried und ersuchte Christian Ludwig sogar, ihm dieses zu schenken. Trotz des scharfen Protestes von Lampadius brachte der Graf sein Anliegen mehrfach selbst und durch Dritte bei den welfischen Gesandten und Christian Ludwig vor. In einem Schreiben an Christian Ludwig forderte der Kurfürst von Brandenburg schließlich nicht nur das Kloster für den Grafen, sondern darüber hinaus das ganze Amt Westerbürg für sich selbst. Lampadius war darüber anhaltend empört. Das Gebaren des Kurfürsten und seiner Gesandten führte zu einer Störung der Beziehungen zu den welfischen Vertretern während des Friedenskongresses, da Lampadius und seine Kollegen aufgrund dieser Erfahrungen nicht mehr gewillt waren, enge Kontakte zu den Kurbrandenburgern zu suchen. Darüber hinaus verlor der Kurfürst in Lampadius’ Augen erheblich an Ansehen und Vertrauen.

Auf gewisse Formen der Zusammenarbeit mit den Kurbrandenburgern blieben Lampadius und seine Kollegen jedoch angewiesen, gab es doch Interessen, die sie als evangelische Reichsstände miteinander teilten. Diese waren ja 1645 frühzeitig im gemeinsamen Gutachten der Evangelischen festgehalten worden. Die diesem Gutachten entnommenen, bereits lange bekannten kirchlichen Gravamina übergaben die Evangelischen Ende Dezember 1645 an Schweden und Kaiserliche, um sie zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. Die Evangelischen benannten zudem Deputierte, die in ihrem Namen aktiv werden sollten und zu denen auch Lampadius gehörte. Außerdem verständigten sie sich frühzeitig über ihr weiteres Vorgehen, das vorsah,

den ersten evangelischen Votanten im Fürstenrat – in der Regel Magdeburg – die Inhalte des Gutachtens als Einzelvotum vorbringen zu lassen, dem sich die übrigen Evangelischen anschließen sollten, ohne dabei als geschlossene Faktion aufzutreten. Für die Durchsetzung ihres Anliegens, die Gravamina am Westfälischen Friedenskongress zu behandeln, wollten sie sich auf entsprechende Forderungen der beiden Kronen beziehen. Insgesamt gingen die evangelischen Gesandten sehr koordiniert vor und planten ihre weiteren Schritte, bevor ab Anfang Februar 1646 im Fürstenrat Osnabrück gemeinsame Sitzungen mit katholischen Vertretern stattfanden. Diese gemeinsamen Sitzungen im Fürstenrat ließen bereits erahnen, welche der Vertreter katholischer Reichsstände zu den eher kompromissbereiten gehörten, so etwa der Gesandte des Bischofs von Würzburg, Johann Philipp von Vorburg. Konflikte wurden dabei gemäß der auf Konsens und Gesichtswahrung ausgerichteten Regeln der Zeit nicht immer direkt ausgetragen, sondern dissimuliert. Dies galt insbesondere für die ‚äußeren Angelegenheiten‘, so etwa für die später noch akut werdende Frage, ob ein Frieden ohne Spanien geschlossen werden dürfe, die alle anwesenden fürstlichen Vertreter über die konfessionellen Grenzen hinweg gegen den Widerstand Österreichs vertagen wollten, um eine klare Stellungnahme zu vermeiden. Allerdings traten die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der ‚inneren Angelegenheiten‘ durchaus klar zutage. Hier kam es oft zu konfessionell bestimmten Lagerbildungen, wenngleich Einzelne sich diesen teilweise entzogen. Auch in diesen Fällen verzichteten die Beteiligten jedoch auf persönliche Angriffe, argumentierten ‚sach-‘, und ‚lösungsorientiert‘ und bemühten sich um allseitige Gesichtswahrung. Eine auffallende „Leidenschaftslosigkeit“ in der Sache² ist bereits als Kennzeichen für das Votieren an Reichstagen in den drei frühneuzeitlichen reichsständischen Kurien diagnostiziert worden.² Dies bedarf der leichten Modifikation: Von geringem Engagement des jeweiligen Votanten für die von ihm vertretene Position, das dabei ebenfalls konstatiert wurde,³ kann für die reichsständischen Beratungen am Westfälischen Friedenskongress, soweit sie hier untersucht wurden, nicht die Rede sein. Daher wird der Begriff ‚Sachorientierung‘ – im Sinne eines weitgehenden Verzichts auf persönliche Schuldzuschreibungen, die als beleidigend hätten empfunden werden und konflikteskalierend wirken können – m. E. dem hier entgetretenen Befund besser gerecht. Diese Form der Sachorientierung ging bei vielen Reichsständen zunehmend stärker mit Kompromissbereitschaft einher, ist also nicht zu verstehen als unbedingtes Beharren auf den eigenen Positionen, sondern war letztendlich lösungsorientiert. Insofern diente sie neben der Herstellung eines Konsenses auch demselben, bereits für die „Leidenschaftslosigkeit“ festgehaltenen Zweck, nämlich der (besseren) Integration in die gemeinsame reichsstän-

² KRISCHER: Inszenierung, S. 195.

³ Ebd., S. 195f.

dische Kurie.⁴ Wie bei Reichstagen üblich, ging man auch am Kongress höflich miteinander um: Bei Reichstagen wurden Höflichkeitsbezeugungen als Ausdruck der gegenseitigen Achtung verstanden, die erst das Gefühl einer gewissen Zusammengehörigkeit trotz inhaltlicher Divergenzen und dadurch eine Atmosphäre der Kollegialität schufen.⁵ Inhaltliche Sachorientierung, prinzipielle Kompromissbereitschaft und (zeremonielle) Höflichkeit gehörten auch für die hier betrachteten reichsständischen Beratungen am Friedenskongress zusammen und wirkten auf die Dauer deeskalierend und integrierend. Vielleicht kann man in diesem Zusammenhang – mit aller Vorsicht – von der Entwicklung einer gewissen ‚professionellen‘ Haltung sprechen, die den Umgang bestimmte. Beim Westfälischen Friedenskongress kam noch das eigentliche Ziel des Friedensschließens hinzu, um dessentwillen man in der Regel ebenfalls um eine „konfliktvermeidende Sprache“ bemüht war.⁶ Neueste Befunde zeigen, dass selbst Kriegsgegner in der Frühen Neuzeit „in der Regel in der Form sachlich, maßvoll und höflich blieben“ und einen „freundliche[n] Umgangston“ miteinander pflegten.⁷ TISCHER hat dies treffend formuliert: „Man führte verbal durchaus harte Auseinandersetzungen, aber sie wurden so geführt, dass von Anfang an klar war, dass man irgendwann in der Zukunft, nach Beendigung des Konflikts, wieder freundschaftlichen Umgang miteinander pflegen würde. Die politische Vernichtung des Gegners war kein Ziel, sofern der Gegner grundsätzlich als legitimer Herrscher anerkannt war.“⁸ Dies kann für die hier am Beispiel von Lampadius untersuchten reichsständischen Kommunikationsstrategien bestätigt werden, und zwar auch im Kontakt mit nicht-reichsständischen Gesandten. Höflichkeit ist dabei auch für einen mindermächtigen Reichsstand nicht als Unterwürfigkeit zu verstehen, die Lampadius sogar bewusst vermied. Darauf ist unten zurückzukommen.

Ein höflicher Umgang bedeutete also selbstverständlich nicht, dass keine Konflikte aufgetreten wären: Die Phase der ersten gemeinsamen Fürstenratssitzungen etwa wurde sehr geprägt durch die Frage, in welchem Maße die Voten der evangelischen Stände berücksichtigt werden würden. Der österreichische Gesandte Dr. Leonhard Richtersberger, der im Frühjahr 1646 bei seiner Ankunft in Osnabrück das Direktorium im dortigen Fürstenrat übernahm, war in der folgenden Zeit diejenige Person, mit der sich die Evangelischen am stärksten auseinandersetzen mussten. Die Evangelischen, die insgesamt im Fürstenrat in der Minderheit, im Teilfürstenrat Osnabrück aber in der Mehrheit waren, forderten bei einigen Gelegenheiten die gesonderte Aufnahme ihrer Voten in das Gutachten des Fürstenrates. Richtersberger lehnte dies ab und unternahm Ver-

⁴ Ebd., S. 195f, 203f.

⁵ Ebd., S. 195, 200-204.

⁶ BURKHARDT: Sprachen, S. 21f, Zitat S. 21. TISCHER hat darauf hingewiesen, dass am Friedenskongress in Westfalen auch auf Argumentation mit Geschichte verzichtet wurde, die konflikteskalierend hätte wirken können: TISCHER: Wandel, passim.

⁷ TISCHER: Gegner, S. 101.

⁸ Ebd., S. 106.

suche, die evangelischen Voten ganz zu unterschlagen, indem er die Abstimmungsergebnisse des Fürstenrates Osnabrück mit denen des Fürstenrates Münster zusammenzog und nur die katholische Mehrheitsmeinung ins Gutachten übernahm. Nach ihrer Zulassung zum Friedenskongress durch den Kaiser fand hier die Auseinandersetzung um die Beteiligung der Reichsstände eine gewisse Fortsetzung: Die evangelisch-reichsfürstlichen Gesandten mussten ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten nun in den Reichsgremien gegen eine katholische Mehrheit durchsetzen.

In der zweiten Februarhälfte 1646 nahmen zudem die Verhandlungen zwischen Evangelischen und Katholischen über die kirchlichen Gravamina Fahrt auf. Zunächst erteilten die Katholischen ihre Antwort auf die Ende Dezember übergebenen evangelischen Gravamina. Bei den darauf in kurzer Folge ausgetauschten schriftlichen Antworten zeigte sich jedoch, dass noch keine der beiden Seiten zu wesentlichen Zugeständnissen bereit war. In der Hoffnung, durch direkte Verhandlungen eher Fortschritte zu erzielen, bemühten sich die Evangelischen im März 1646 um die Anreise katholischer Deputierter nach Osnabrück. Bis zum Erreichen dieses Ziels wollten sie im Plenum keine weiteren Entscheidungen treffen, um das vorzeitige Bekanntwerden ihrer Verhandlungsstrategie zu vermeiden. Von diesem Beschluss sah sich eine kleine Gruppe Evangelischer jedoch nicht betroffen: Zwischen Lampadius, den Sachsen-Altenburgern, dem Sachsen-Weimarer und den Magdeburgern fanden gleich mehrere vertrauliche Treffen statt, bei denen sich diese Gesandten auf eine gemeinsame Linie festlegten. Dies diente nicht nur einer einfachen Verständigung über mögliche Ziele und Mittel; darüber hinaus beabsichtigten Lampadius und seine Mitstreiter, bei nächster Gelegenheit die Meinungsführerschaft über die Evangelischen zu übernehmen. Lampadius erwartete sich dabei keinerlei Probleme, zumal die anderen Evangelischen – wie er seinem Herrn gegenüber feststellte – ohnehin zumeist seine sowie die Voten der genannten fürstlich-sächsischen Gesandten wiederholten. Diese kleine Gruppe empfand ihre geheimen Absprachen offenkundig nicht als problematisch, da den anderen Evangelischen ihre Mitbestimmungsrechte bei den ‚offiziellen‘ Zusammenkünften dadurch nicht benommen wurden. Mehrfach sollten ähnliche Treffen im kleinen Kreis und in leicht unterschiedlichen Konstellationen wichtige Entscheidungen am Kongress vorwegnehmen. Lampadius war an vielen von ihnen direkt beteiligt. Man wird davon ausgehen dürfen, dass dies ein durchaus übliches Vorgehen im Sinne reichsständischer Entscheidungsfindung war: Entscheidungen wurden im kleinen Kreis vorbereitet, damit in den ‚offiziellen‘ Sitzungen reichsständischer Gremien umso leichter ein Konsens (im Sinne der eigenen Interessen) hergestellt werden konnte. Dafür spricht die Häufigkeit, bei der ein solches Vorgehen am Kongress nicht nur dann gewählt wurde, wenn in den Verhandlungen zwischen den Parteien Fortschritte erzielt werden sollten. Auch die den Verhandlungen vorausgehenden Beratungen der Reichsstände wurden so vorbereitet, ohne dass dies als Besonderheit thematisiert worden wäre.

Der Zirkel aus welfischen und fürstlich-sächsischen Gesandten – auch der amtierende Administrator von Magdeburg entstammte dem sächsischen Haus – erwies sich über weite Phasen des Kongresses als sehr stabil. Lampadius arbeitete insbesondere mit dem Sachsen-Altenburger Thumbshirn eng zusammen. Als die evangelisch-katholischen Direktverhandlungen im April 1646 schon nach wenigen Sitzungen scheiterten und Kaiserliche sowie Schweden ihre Vermittlungsbemühungen aufnahmen, betrachteten Lampadius, die Sachsen-Altenburger und der Sachsen-Weimarer dies als Anlass für weitere Aktivitäten. Sie übergaben den Schweden vertraulich weitere Vorschläge zur Beilegung der Gravamina und baten sie um deren Aufnahme in ihren Forderungskatalog. Insgesamt suchten Lampadius und seine Mitstreiter enge Kontakte zu Oxenstierna und Salvius, deren Unterstützung sie wie selbstverständlich als essenziell für die Wahrung der evangelischen Interessen ansahen. Hier wurde die von Lampadius frühzeitig skizzierte Linie der engen Anlehnung an die Schweden im Verbund mit anderen Evangelischen fortgesetzt.

Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit wie diese war mit anderen evangelischen Gesandten hingegen nicht möglich. Ausgerechnet die kursächsischen Vertreter, obgleich Gesandte des mächtigsten evangelischen Reichsstands, schieden als Bündnisgenossen nahezu ganz aus. Im Gegenteil unterbreiteten die Kursächsischen in Bezug auf die Gravamina eigene Vorschläge, die Lampadius sehr erzürnten und die er als bedeutende Schwächung der evangelischen Position wertete. Hinzu kam die Parteinahme des Kurfürsten von Sachsen aufseiten des Kaisers gegen die von Lampadius und seinen Kollegen am Kongress verteidigten reichsständischen Mitbestimmungsrechte. Als Ferdinand III. sich im Sommer 1646 bei einigen evangelischen Reichsständen, unter anderem bei den Welfenherzögen, schriftlich über die Kontakte ihrer Gesandten zu den Schweden am Kongress beklagte und sie davon abmahnte, sekundierte ihm Johann Georg I. von Sachsen mit einem eigenen Brief. Der Kurfürst bekundete dabei eine gänzlich andere Sichtweise auf die Rechte der Reichsstände bei den Friedensverhandlungen als etwa Lampadius: Er befand, der Kaiser habe die reichsständischen Gesandten nur an den Kongress eingeladen, damit sie dort den kaiserlichen Vertretern assistierten. Eine eigenständige Politik der Evangelischen, gar im Verbund mit Schweden, lehnte er strikt ab und sprach sich stattdessen für die Beilegung der Gravamina auf Grundlage der von den Katholischen bisher angebotenen Bedingungen aus. Diese beiden Schreiben des Kaisers und des Kurfürsten von Sachsen beschied man an den Welfenhöfen abschlägig, nachdem man Lampadius' Gutachten dazu eingeholt hatte.

Beide Schreiben scheinen Lampadius' Sicht auf die Dinge in der folgenden Zeit mit beeinflusst zu haben. So glaubte er, vor allem die Kaiserlichen und Kursächsischen legten den Evangelischen bei den Verhandlungen über die Gravamina Hindernisse in den Weg. Sowohl die kursächsische Interpretation der Rolle, welche die Reichsstände am Friedenskongress zu übernehmen hatten, als auch die Forderung Ferdinands III. nach Trennung der Evangelischen von den Schweden

musste Lampadius als Versuch werten, die Position der Evangelischen entscheidend zu schwächen. So bestätigten die Briefe alle seine spätestens seit dem Prager Frieden gegen Kaiser und Kursachsen bestehenden Vorbehalte und weckten dazu aufs Neue seinen ganzen Unmut und Widerspruchsgeist. Dabei wäre eine stärkere Differenzierung seinerseits angebracht gewesen: In der Tat suchte der Kurfürst von Sachsen eine äußerst enge Anlehnung an den Kaiser und lehnte Aktivitäten im Sinne der von den Evangelischen aufgestellten Forderungen am Kongress ab. Auch wünschte Ferdinand III. die vertraulichen Kontakte der Reichsstände zu den Schweden zu unterbinden. Doch der kaiserliche Primargesandte, Maximilian Graf von Trauttmansdorff, war vom Kaiser dezidiert dazu instruiert worden, eine Einigung zwischen Evangelischen und Katholischen herbeizuführen und betätigte sich bei der Erstellung neuer Angebote an die Evangelischen gerade im Sommer 1646 als treibende Kraft. Lampadius allerdings hätte dies aber wohl selbst dann nicht objektiv einordnen können, wenn diese Bemühungen noch sehr viel offensichtlicher zutage getreten wären. Die auf den bisherigen Erfahrungen beruhenden Erwartungen prägten sein Bild der Kaiserlichen. Lampadius' Misstrauen den Kaiserlichen gegenüber wurde zudem durch weitere Faktoren bestärkt: So säte der Würzburger Vorburg, der sich Lampadius schon früher als einer der verständigungsbereiten Katholiken präsentiert hatte, bei Lampadius zusätzliche Zweifel über die Absichten der Kaiserlichen. Vorburg äußerte, die Kaiserlichen würden eine Beilegung der Gravamina zwischen Katholischen und Evangelischen so lange verhindern, bis ein Friedensschluss zwischen Frankreich und Spanien erfolgt sei, da sie all ihre Handlungen an den spanischen Interessen ausrichteten. Da Vorburg Lampadius als vertrauenswürdig erschien und der welfische Gesandte zudem selbst von der Abhängigkeit der kaiserlichen Politik von Spanien überzeugt war, fiel es ihm leicht, dieser Auskunft Vorburgs Glauben zu schenken.

Spätestens mit einer weiteren Erklärung, welche die Kaiserlichen den Evangelischen im Namen der Katholischen im Herbst 1646 übergaben, machten sich die Kaiserlichen bei den Evangelischen insgesamt verdächtig. Denn in der Erklärung wurden wesentliche Zugeständnisse vom Sommer wieder zurückgenommen. Dass dies maßgeblich auf Druck der Katholiken geschah, kommunizierten die Kaiserlichen den Protestanten nicht, weshalb ihnen nun Trauttmansdorff und seine Kollegen als Urheber dieser Verschlechterungen galten. Weiteren Verdacht an der Aufrichtigkeit ihrer Bemühungen erweckten die Kaiserlichen bei den Evangelischen zudem mit ihren Versuchen, die Verhandlungen über die Gravamina mit Katholischen und evangelischen Deputierten ohne Beteiligung der Schweden in Münster fortzusetzen. Dies rief eine heftige Gegenwehr der Evangelischen in Osnabrück hervor und trug zu einer Verhärtung der Fronten bei. Lampadius war keineswegs allein mit der Überzeugung, dass nennenswerte Erfolge für die protestantische Seite nur mit Unterstützung der Schweden zu erzielen wären, weshalb der

kaiserliche Vorschlag die Ablehnung vieler evangelischer Gesandter finden musste. Mit ihrer mangelnden Kommunikation über das Zustandekommen von Angeboten und ihrem Bestehen ausgerechnet auf der Trennung von den Schweden – einem neuralgischen Punkt für die Protestanten – verspielten die Kaiserlichen Vertrauen und erschwerten sich nicht unerheblich die Verhandlungen mit den Evangelischen.

Dies alles trug dazu bei, dass sich mit Lampadius zunächst eine kleine Gruppe Evangelischer erneut bereit zu evangelisch-katholischen Direktverhandlungen erklärte, die diesmal im Geheimen geführt werden sollten. Die Aufnahme dieser Verhandlungen ging wesentlich auf die Initiative des Würzburger Vorburg zurück, der seine evangelischen Gesprächspartner geschickt mit dem Verweis auf gemeinsame reichsständische Interessen motivierte. Dazu griff er vor allem auf Ressentiments gegen den Kaiser zurück: Er äußerte nicht nur die Meinung, die kaiserliche Bindung an Spanien sei dem Reich abträglich. Darüber hinaus zeigte sich Vorburg überzeugt, das habsburgische Machtstreben gehe insgesamt sehr auf Kosten der Reichsstände. Die Kaiserlichen hatten Vorburg und seinen katholischen Mitstreitern gewissermaßen in die Hände gespielt, indem sie die katholischen Widerstände gegen die kaiserlicherseits den Evangelischen unterbreiteten Zugeständnisse nicht öffentlich gemacht und zudem mit ihrer Forderung nach Trennung von den Schweden gerade erst neues Misstrauen aufseiten der Protestanten geweckt hatten. So konnten sich Vorburg und seine Mitstreiter nun als die – im Gegensatz zu den Kaiserlichen – wahrhaft gesprächsbereiten Partner für die Evangelischen darstellen, obwohl die Dinge tatsächlich komplizierter lagen. Ab Mitte Oktober 1646 fanden daher insgeheim Direktverhandlungen unter Beteiligung einiger ausgewählter Evangelischer und Katholischer in Osnabrück statt, wobei auf katholischer Seite vor allem bischöfliche Vertreter wie der Würzburger beteiligt waren. Auf evangelischer Seite bildeten neben den welfischen Gesandten wieder die Magdeburger, Sachsen-Altenburger und Sachsen-Weimarer den engsten Kreis, diesmal ergänzt um den Straßburger. Nachdem diese Verhandlungen rasch Ergebnisse gezeitigt hatten, reisten unter anderem Sachsen-Altenburger und Sachsen-Weimarer nach Münster, wo sie Salvius die ausgearbeiteten Kompromissformeln übergaben. Salvius sollte diese gemäß vorheriger Absprachen als seine eigenen Vorschläge ausgeben, welche die eingeweihten Katholischen unterstützen sollten. Doch diese Mission scheiterte, da sich die nach Münster gereisten evangelischen Gesandten dort in weitere Verhandlungen über diese Vorschläge einließen, was wiederum den Zorn Lampadius' und anderer eingeweihter Evangelischer in Osnabrück hervorrief, da dies den Vereinbarungen widersprach. Auch die neuen Direktverhandlungen zwischen Evangelischen und Katholischen kamen daher im November 1646 recht bald an ein Ende.

Im Frühjahr 1647 wurden dafür die Verhandlungen zwischen Schweden und Kaiserlichen über die Gravamina wieder aufgenommen, diesmal ergänzt um fünf evangelische Deputierte, zu denen

auf besonderen Wunsch der Schweden auch Lampadius gehörte. Diese Verhandlungen im Frühjahr brachten einige nennenswerte Ergebnisse. Allerdings war Lampadius' Sicht auf diese Fortschritte durch mehrere Faktoren gewissermaßen verstellt: So war er seit Anfang 1647 vollauf beschäftigt mit der Entschädigung für das Haus Braunschweig-Lüneburg, die daher breiteren Raum in seinen Berichten einnahm als die Gravaminaverhandlungen. Schon bei der Auseinandersetzung um eine Entschädigung erfuhren Lampadius und seine Kollegen wenig Unterstützung von den anderen Evangelischen. Gewisse Divergenzen traten zudem auch bei der Einschätzung des Stands der Gravaminaverhandlungen auf: Mehr Evangelische als zuvor waren im Frühjahr 1647 bereit zum Friedensschluss auf Grundlage der bisherigen katholischen Angebote, unter ihnen der Sachsen-Altenburger Thumbshirn; Lampadius und andere Evangelische gehörten hingegen nicht dazu. Bis zum Sommer 1647 fand somit ausgerechnet zwischen welfischen und fürstlich-sächsischen Gesandten eine gewisse Entfremdung statt, sodass an eine nennenswerte Zusammenarbeit auch hier nicht zu denken war. Stattdessen kam es zu einer zunehmenden Spaltung des evangelischen Lagers in diejenigen, die den direkten Friedensschluss wünschten, und diejenigen, die zuvor noch weitere Forderungen durchsetzen wollten. Hinzu kam, dass Lampadius von den Kaiserlichen eine Zunahme des Drucks auf die Evangelischen ausgehen sah. So betonte Lampadius in seinen Berichten aus dieser Zeit vor allem die noch zu gewärtigenden Hindernisse und offenen Fragen statt die bereits erzielten Erfolge. Dies ist sicherlich auch der anderen Perspektive geschuldet, die Lampadius als Beteiligter zwangsläufig einnahm: Er konnte nicht von den späteren Ergebnissen her berichten, sondern tat dies mitten aus dem noch nicht abgeschlossenen Prozess. Darüber hinaus ist dies aber auch Ausdruck dessen, als wie schwierig Lampadius Frühjahr und Sommer des Jahres 1647 erlebte.

Zwei Momente begünstigten schließlich die Wiederaufnahme der engen evangelischen Kooperation im Herbst 1647: zum einen die Abhandlung der Entschädigungen für Kurbrandenburg und das Haus Braunschweig-Lüneburg, welche nun auch die Welfen auf den Kurs derjenigen einschwenken ließ, die vor allem einen raschen Friedensschluss erzielen wollten. Zum anderen das krisenhafte Geschehen am Kongress vom Sommer 1647, in welchem die Verhandlungen über die ‚Reichssachen‘ kaum vorankamen, diejenigen zwischen Frankreich und Spanien hingegen schon, was Lampadius als sehr bedrohlich für die Evangelischen empfand. Auch reiste der kaiserliche Primargesandte Trauttmansdorff, der den Evangelischen weitgehende Zugeständnisse gemacht hatte, vom Kongress ab und sein Kollege Volmar, mit dem die Evangelischen dringend weiter zu verhandeln wünschten, blieb lange außer Reichweite in Münster. Darüber hinaus verband sich der Kurfürst von Bayern nach seinem zeitweisen Ausscheren im Ulmer Waffenstillstand wieder mit dem Kaiser, was für Lampadius unabsehbare Folgen mit sich brachte. Unter dem Eindruck dieser Entwicklungen kam es nun zu einer Zusammenarbeit der Gesandten der mächtigeren

evangelischen Reichsstände: Neben den welfischen und fürstlich-sächsischen Vertretern waren daran nun auch die Kurbrandenburger, ja sogar die Kursächsischen beteiligt. Hier trat erneut die oben schon skizzierte sachorientierte, gewissermaßen ‚professionelle‘ Haltung der reichsständischen Gesandten zutage, die im Sinne der gemeinsamen Ziele die (früheren) Divergenzen und teils heftigen Auseinandersetzungen zudeckte. Man war und blieb sich dessen bewusst, dass man aufeinander angewiesen war, weshalb der Weg zu neuerlicher Kooperation prinzipiell nie ganz versperrt war. Auf der Sachebene der gemeinsamen Interessen fand man wieder zusammen.

Dies zeigt sich auch deutlich in den wechselnden und sehr unterschiedlichen Konstellationen, in denen etwa die welfischen Gesandten in den folgenden Monaten bis zur Abhandlung der ‚Reichssachen‘ mit anderen Gesandten am Kongress zusammenarbeiteten. Eine davon ist die schon skizzierte Kooperation der welfischen Gesandten mit denjenigen der Häuser Sachsen und Brandenburg, bei der man vereint im engen Kreis Entscheidungen vorbereitete, bevor die übrigen Evangelischen informiert und eingebunden wurden. Auch zu weiteren geheimen Verhandlungen mit verschiedenen Katholischen kam es mehrfach, bei denen Wege einer möglichen Annäherung austariert wurden. Allerdings kamen diese Verhandlungen nie zu einem Abschluss; stattdessen wurden sie schließlich von den Evangelischen beendet, da ihnen der Verdacht kam, die Katholischen wollten vor allem ihre Verhandlungsposition verbessern. Dafür aber begannen auf Initiative Volmars sehr vertrauensvolle und ergiebige Gespräche mit Lampadius und Langenbeck. Auch die Sachsen-Altenburger wurden in diese Runde eingebunden, die ebenfalls wichtige Entscheidungen am Kongress vorwegnahm. Sowohl Kaiserliche als auch Schweden wurden phasenweise nicht in das heimliche Geschehen eingebunden und reagierten immer empfindlich, sobald sie davon Kenntnis erhielten. Sie blieben bemüht, einen gewissen Einfluss auf die Verhandlungen zu behalten, und waren sicherlich auch deshalb bereit, die Verhandlungen über die Reichssachen stellvertretend für Evangelische und Katholische fortzusetzen. Insgesamt zeigen gerade die Verhandlungen über die Reichssachen, wie intensiv, vielfältig und aktiv reichsständische Gesandte in das Geschehen am Friedenskongress eingebunden waren und in welcher unterschiedlichen Konstellationen verfahren wurde, um einen erfolgreichen Abschluss zu erzielen. Die Bemühungen der sogenannten „Dritten Partei“ aus friedenswilligen Reichsständen beider Konfessionen, die sich unabhängig vom Kaiser und den beiden Kronen aktiv für den Friedensschluss einsetzten, stellen davon nur einen Aspekt dar. So kam der „Dritten Partei“ in dieser Phase der Verhandlungen sicherlich eine bedeutende Rolle zu, doch wurden zugleich noch weitere Wege beschritten, die ebenfalls wichtige Beiträge zum Friedensschluss leisteten: diese Bemühungen um den Frieden sind daher in Gesamtschau zu sehen.

Das Misstrauen der Schweden, das immer dann schnell erwachte, wenn sie nicht in Aktionen eingeweiht wurden, war stets wieder ein Grund für Lampadius, rasch engere Kontakte zu Oxen-

stierna und Salvius zu suchen. Lampadius forderte dabei selbstbewusst eine freundschaftliche Behandlung durch die Schweden ein und zeigte sich keineswegs unterwürfig. Dies wurde von den Schweden als gerechtfertigte Position akzeptiert. Dem Anspruch nach begegnete man sich freundschaftlich, also auf Augenhöhe. Zumindest für die Beziehungen zwischen Lampadius und den beiden Schweden als Repräsentanten ihrer jeweiligen Auftraggeber ist somit festzuhalten, dass es sich diesem Anspruch gemäß nicht um ein „disproportionales Verhältnis“⁹ handelte. Wie sich das Verhältnis der Schweden zu anderen evangelischen Reichsständen gestaltete und inwiefern hier Ungleichheit eine Rolle spielte, müsste noch weiter untersucht werden.

Selbst der Einmarsch schwedischer Truppen ins welfische Fürstentum Göttingen im Herbst 1647, der von Christian Ludwig wie von Lampadius als unfreundlicher Akt vermerkt wurde, belastete die Beziehungen zu Oxenstierna und Salvius nicht. Lampadius beschwerte sich zwar bei den schwedischen Gesandten über den Einmarsch, hielt jedoch ausdrücklich fest, dieser beruhe auf Entscheidungen der schwedischen Offiziere, auf die die beiden Schweden am Kongress keinen Einfluss hätten. Neben der Tatsache, dass die schwedischen Gesandten nicht persönlich verantwortlich gemacht werden konnten, spielte für die Entscheidung zur Fortsetzung der engen Kooperation sicherlich auch die von Lampadius sehr frühzeitig formulierte grundlegende Erwägung eine Rolle, ohne schwedische Unterstützung die evangelischen Interessen nicht durchsetzen zu können. Bei dieser Haltung blieb er tatsächlich fast während der gesamten Dauer des Kongresses. Dabei ist festzuhalten, dass sich die Kontakte zu Oxenstierna phasenweise deutlich intensiver als diejenigen zu Salvius gestalteten: die persönliche Freundschaft, welche Lampadius und Salvius über Jahrzehnte verbunden haben soll, wirkte sich – wenn es sie denn wirklich gab – zumindest nicht auf die politische Ebene aus. Erst als die Schweden den Austausch der Ratifikationen aus eigenem Interesse sichtlich verzögerten, veränderte sich das Verhältnis und Lampadius beurteilte die Handlungen Oxenstiernas und Salvius’ kritischer. Kurz vor Lampadius’ Tod lässt sich eine deutliche Abkühlung der Beziehungen feststellen. Davor pflegte Lampadius jedoch in der Tat lange Zeit freundschaftliche Kontakte, die es ermöglichten, dem Partner gegenüber im direkten Gespräch auch offen Kritik zu üben. Sowohl den beiden Schweden als auch seinem erklärten Freund gegenüber, dem Kurbrandenburger Fritze, zeigte Lampadius verschiedentlich

⁹ Ein solches konstatiert zwischen Schweden und Evangelischen BRUNERT: Kommunikation, S. 291. Sicherlich verfügten die Welfenherzöge nicht über die Möglichkeit, militärisch einzugreifen, weshalb in dieser Hinsicht das Kräfteverhältnis ein ungleiches war. Dennoch sollte man angesichts der neueren Forschungsergebnisse hinsichtlich der Erzeugung von Rang stärker den Umgang der Gesandten miteinander berücksichtigen. Gerade in Hinblick auf die feinen Unterscheidungen, derer sich Gesandte der Frühen Neuzeit bedienten, um Rangabstufungen darzustellen, ist die Akzeptanz des welfischen Anspruchs durch die Schweden bemerkenswert. Mit aller Vorsicht sei darauf hingewiesen, dass die Vertretung dieses Anspruchs über den Friedenskongress selbst hinauswies: Die welfischen Gesandten trugen im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit ihrer durchgängig gezeigten Orientierung nach oben auf gewisse Weise dazu bei, den Aufstieg ihres Hauses in den Kreis der Kurfürsten mental mit vorzubereiten, der gegen Ende des 17. Jahrhunderts erfolgte. So fügte sich dies gewissermaßen in den Kampf der altfürstlichen Häuser um ‚Parifiration‘ mit den Kurfürsten ein, in dessen Zuge die elitäre Position der Kurfürsten von einer sich immer stärker formierenden ‚Fürstenpartei‘ insgesamt infrage gestellt wurde: GOTTHARD: Inszenierung, S. 310-324.

deutlich sein Missfallen über bestimmte Haltungen und Handlungen und riet ihnen zur Änderung. Dagegen zog es Lampadius etwa den Kaiserlichen und dem Kurbayrischen gegenüber vor, bei auftretenden Meinungsverschiedenheiten entweder zu schweigen oder diese zu dissimulieren. Grundlage der den Schweden und Fritze gezeigten Offenheit war das Vertrauen, das diese politischen Freundschaften prägte. Dieses Vertrauen brachte Lampadius Kaiserlichen und Kurbayrischem zu keinem Zeitpunkt des Kongresses entgegen, auch nicht in den Phasen teilweise engster Zusammenarbeit. Bestenfalls traute er ihnen das Eintreten für gewisse gemeinsame Interessen aus Eigennutz zu; auch äußerte er sich durchaus schadenfroh etwa über große materielle Verluste des Kurfürsten von Bayern, obgleich dessen Gesandter zur selben Zeit eng mit den welfischen Gesandten auf den Friedensschluss hinarbeitete. Dies bestätigt den Befund HEUSERS, dem zufolge sich auch „[d]ie Grenzen des Streits [...] als abhängig vom Grad der Vertrautheit“ erwiesen.¹⁰ Hier wird außerdem die Dauerhaftigkeit von Fremd- und Feindbildern sichtbar, denn Lampadius mangelte die ‚Objektivität‘, bei Kaiserlichen und Kurbayern selbst dann den Willen zu Zugeständnissen zu erkennen, wenn er deutlich vorhanden war. Umgekehrt scheiterte die welfische Politik bei einem ersten Aufenthalt welfischer Gesandter am Friedenskongress an den Unterstellungen, die sowohl auf kaiserlicher wie auch auf schwedischer Seite bezüglich der Absichten der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg angestellt wurden. Auch die politische Freundschaft zu Schweden war keineswegs dauerhaft stabil, sondern benötigte die ständige Bestätigung. Gewissermaßen scheinen auch hier die Regeln zu greifen, welche die Erforschung der symbolischen Kommunikation bereits für frühneuzeitliche Rangfragen erkannt hat: Die politische Freundschaft wurde erst durch ihre wiederholte, praktische Bekundung überhaupt erzeugt. Hier zeigt sich ein Grundproblem des Vertrauens als Voraussetzung von Freundschaft: Vertrauen kann nur in der Gegenwart gewonnen werden, ist dabei aber auf die Zukunft bezogen, insofern mit Vertrauen die Erwartungshaltung von künftiger Verlässlichkeit einhergeht.¹¹ Dies belegen auch die schon erwähnten empfindlichen Reaktionen Salvius’ und Oxenstiernas, die immer dann erfolgten, wenn sie sich von den welfischen Gesandten nicht genügend informiert und eingebunden fühlten. Lampadius und seine Kollegen waren daraufhin umgehend bemüht, den entstandenen Verdacht aus der Welt zu räumen und den Schweden aufs Neue die Freundschaft zu erweisen. Trotz dieser immer latent vorhandenen Unsicherheit, welche die stetige Wiederholung von Freundschaftsbeweisen nötig machte, war und blieb die Beziehung Lampadius’ zu den Schweden und zu Fritze doch qualitativ eine andere als es diejenige war, die er zu Kaiserlichen und Kurbayern unterhielt. Bezüglich Letzteren behielt er ein anhaltend negatives Bild, ebenso wie hinsichtlich des Kurfürsten von Sachsen. Bemerkens-

¹⁰ HEUSER: Ars, S. 279.

¹¹ LUHMANN: Vertrauen, S. 9-31.

werterweise riet Lampadius seinen Herren nach Friedensschluss dennoch zu einer engeren Kooperation und Freundschaft mit denjenigen Reichsständen, die von ihm als hauptverantwortlich für das Gelingen des Friedensschlusses identifiziert worden waren – unter diesen befand sich auch Kurbayern. Für diese Überlegung spielten die persönlichen Animositäten keinerlei Rolle mehr, stattdessen trat erneut eine gewissermaßen ‚professionelle‘ Einstellung in den Vordergrund, welche vor allem sachlichen Erwägungen gehorchte. Dieselbe Haltung war es ja auch, die – wie oben dargestellt – etwa die Wege für weitere Kooperationen schon am Kongress prinzipiell zwischen allen Reichsständen offenhielt. So wäre denn die Frage, inwieweit Fremd- und Feindbilder die Verhandlungen beeinflussten, differenziert zu beantworten: Ihre Einflüsse lassen sich nachweisen, doch bestimmten sie die Handlungen am Kongress keineswegs zwangsläufig, zumal – nimmt man Lampadius als Beispiel – die reichsständischen Vertreter durchaus in der Lage zum ‚Umschalten‘ hin zu einer sachorientierten Ebene waren. Inwieweit sie in jedem Einzelfall davon Gebrauch machten, kann kaum pauschal beantwortet werden, sondern ist stark individuell geprägt und sowohl von den einzelnen Instruktionen als auch der Persönlichkeit der Gesandten abhängig.

Was Instruktionen betraf, so erhielt Lampadius diese – wie oben bereits dargestellt – häufig erst spät, teilweise auch gar nicht. Für Letzteres sind die Verhandlungen über die schwedische Militärsatisfaktion exemplarisch, bei denen es Lampadius trotz vielfacher Bitten nicht gelang, Anweisungen von seinem Herrn zu erhalten. Hier lassen sich Kommunikationsprobleme zwischen Gesandtem und dem Welfenhof feststellen, die nicht zuletzt auf einer völlig unterschiedlichen Sicht auf den Friedenskongress beruhten. Während man an den Welfenhöfen ganz auf die Entscheidungsfindung in den Reichsräten fixiert blieb, nahm Lampadius darüber hinaus das prozesshafte Geschehen des Friedenskongresses in den Blick, das schon aufgrund der Beteiligung der beiden Kronen anderen Regeln gehorchte als ein regulärer Reichstag. Darüber hinaus wurden die Welfenherzöge hinsichtlich der Militärsatisfaktion Opfer ihrer eigenen Fehleinschätzungen, weshalb Lampadius selbst in dieser aufgrund der finanziellen Dimensionen heiklen Frage auf sich selbst gestellt blieb.

Das relativ eigenständige Agieren von Gesandten bei Zusammenkünften wie dieser war dabei durchaus üblich. So sah sich auch Lampadius in den meisten Fragen ohne vorherige Instruktion in der Lage, Entscheidungen zu treffen, die das Gefallen seines Herrn finden würden. Dies war angesichts der kommunikativen Möglichkeiten der Zeit auch eine Notwendigkeit, musste doch damit gerechnet werden, dass Antworten auf aktuelle Fragen erst Wochen später eintreffen würden. Lampadius fasste diesen Umstand gegen Ende des Kongresses selbst zusammen und befand, er habe grundsätzlich die Mittel, die zur Erlangung der Ziele dienten, aus verschiedenen Gründen oft in einer Woche, ja, an einem Tag ändern müssen. Er habe zwar häufig um Instruk-

tionen gebeten, diese aber aufgrund der knappen Zeit mehrmals nicht erlangen können, weshalb er nach dem Sprichwort die Beschlüsse in der Arena fassen und gleichsam ständig in Bereitschaft stehen musste.¹² Lampadius hat, wie andere Fürstenberater auch, „mitentschieden und mitgestaltet“¹³, wenngleich vielleicht in einem noch besser belegbaren Ausmaß als andere. Mehr noch, er ist ein weiteres eindruckliches Beispiel für das eigenständige Handeln von Diplomaten, wie es in dieser Zeit „selbst in politischen Schlüsselfragen [...] nicht ungewöhnlich und oft schon wegen der ebenso langen wie komplizierten Kommunikationswege auch erforderlich“ war.¹⁴

Ungewöhnlich hingegen ist es, wie sich Lampadius auch über gegebene Befehle hinwegsetzte, denn so etwas ist bislang nur für absolute Ausnahmefälle belegt worden.¹⁵ Lampadius nahm sich die Freiheit, Anweisungen zu hinterfragen und ihnen – wenn ihm dies nötig schien – zu widersprechen. Diese Freiheit wurde ihm von Hannover auch zugestanden. Christian Ludwig war zwar nicht mit all seinen Standpunkten und Handlungen einverstanden, doch wurde Lampadius dafür nicht negativ sanktioniert oder gar abberufen. Darin zeigt sich wohl die Doppelrolle, die Lampadius übernahm, war er doch nicht nur Gesandter Christian Ludwigs, sondern als Vizekanzler zudem ein hohes Mitglied der fürstlichen Regierung. Als solcher bezog er Stellung auch in Belangen, die das Kongressgeschehen nur zum Teil berührten, und wurde so seiner Rolle als Regierungsmitglied gerecht. So riet er etwa dazu, die bestehenden Differenzen mit Herzog August zugunsten der Durchsetzung der gemeinsamen Hausinteressen in den Hintergrund zu stellen. Es bleibt festzuhalten, dass Lampadius aufgrund dieser Doppelrolle über einen relativ großen Handlungsspielraum verfügte, der so bisher in der Forschung selten belegt wurde.¹⁶ Das Urteil DICKMANNs, Graf Trauttmansdorff sei am Westfälischen Friedenskongress der einzige Gesandte gewesen, der „unmittelbaren Einfluß auf die Entschließungen seines Hofes und weitgehende Vollmachten“ hatte,¹⁷ ist bereits für französische¹⁸ und spanische¹⁹ Gesandte widerlegt worden. Definitiv galt dies auch nicht für alle reichsständischen Gesandten, nimmt man Lampadius als Beispiel.

Lampadius lässt sich nicht zuletzt auch in seinen politischen Ansichten sehr gut fassen. Dazu gehört sein Verständnis der Reichsverfassung, wie es schon in seiner *Dissertatio*, aber auch in seinen Gutachten vom Friedenskongress entgegentritt. Dazu gehört auch seine Überzeugung, für

¹² Lampadius an Georg Wilhelm, Münster 1649 Januar 14, Ausfertigung, HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511, fol. 12.

¹³ LANZINNER: Herwarth, S. 334. Ähnlich LANZINNER: Fürsten, S. 70, LANZINNER: Juristen, S. 373f.

¹⁴ KAMPMANN: Europa, S. 98. Ähnlich MEUSSER: Kaiser, S. 13, LANZINNER: Juristen, S. 373f.

¹⁵ KAMPMANN: Europa, S. 98.

¹⁶ Lampadius' bürgerliche Herkunft schränkte diesen Handlungsspielraum nicht ein, anders als dies für den kaiserlichen Gesandten Dr. Isaak Volmar im Vergleich zu Graf Maximilian von Trauttmansdorff konstatiert worden ist: FERBER: Graf, S. 250. Möglicherweise wurde Lampadius das Ausspielen seiner Doppelrolle dadurch erleichtert, dass der welfischen Gesandtschaft keine Adligen angehörten.

¹⁷ DICKMANN: Frieden, S. 193.

¹⁸ TISCHER: Diplomatie, S. 9, 78.

¹⁹ ROHRSCHEIDER: Frieden, S. 143.

die evangelische Sache nur im Verbund mit Schweden nennenswerte Erfolge erzielen zu können. Hinzu kommen grundlegende Überlegungen des politisch erfahrenen Gesandten, etwa diejenige, bei Zusammenkünften wie dem Westfälischen Friedenskongress durch Bitten und Betteln allein nichts ausrichten zu können, sondern stets auch Stärke demonstrieren zu müssen. Auch zeugen seine Beharrlichkeit und Hartnäckigkeit in wichtigen Fragen von der Anerkennung des Prinzips, dass Ansprüche dezidiert aufrechterhalten und immer wieder vorgebracht werden mussten, um schließlich Gehör zu finden. Dabei tritt in den vorhandenen Quellen eine sehr starke Identifikation Lampadius' mit den Anliegen seiner Herren entgegen. Vielleicht ist diese unter anderem auf den Umstand zurückzuführen, dass Juristen bürgerlicher Herkunft wie Lampadius ihren gesamten Status dem Fürstendienst verdankten und daher ein besonderes Interesse am Prosperieren ihres Fürstenhauses haben mussten.²⁰ Dies zumal, da die Beziehungen zwischen Akteuren in der Frühen Neuzeit noch sehr viel stärker personal geprägt waren; man denke nur an die Bedeutung von Patronage- und Klientelbeziehungen, die in neuerer Zeit erforscht worden sind.²¹ Die Identifikation wurde Lampadius zudem sicherlich erleichtert durch seinen Einfluss auf die Politik des Hauses, deren grundsätzliche Linien ohnehin bereits mit seinen eigenen Überzeugungen etwa hinsichtlich der Stellung der Reichsstände korrelierten. So war Lampadius sehr darum bemüht, die Anliegen seiner Herren im Verbund mit anderen reichsständischen Gesandten durchzusetzen. Dies verbesserte nicht nur die Chancen auf einen Erfolg, sondern entsprach – wie oben schon gesagt – auch dem auf Konsens beruhenden Reichsherkommen und den Regeln der (symbolischen) Kommunikation. Wenn abschließend nach einer Bewertung von Lampadius' Rolle am Kongress gefragt wird, so ist auf das zu verweisen, was er schon selbst feststellte: Der Frieden sei in enger Kooperation mit anderen reichsständischen Gesandten errungen worden. Statt der Einzelleistungen, deren Einfluss auf das Gesamtergebnis meist schwer messbar ist, sind somit eher die vielfältigen Formen der (reichsständischen) Zusammenarbeit am Kongress zu würdigen.²² Unter diesem Aspekt wären allerdings in der Tat weitere Studien zu reichsständischen Gesandten am Westfälischen Friedenskongress wünschenswert, die das hier entgegentretende Ergebnis ergänzen und gegebenenfalls modifizieren könnten.

²⁰ REINHARD: Verfassungsgeschichte, S. 125.

²¹ S. oben, Einleitung, S. 6. Außerdem konkret zum Verhältnis ‚Diplomat‘-Dienstherr etwa THIESSEN: Diplomatie, S. 483f.

²² Dafür spricht auch die Relativierung etwa der Rolle Hessen-Kassels bei den Friedensverhandlungen, die WEIAND erst kürzlich vollzogen hat: WEIAND: Hessen-Kassel, S. 139-143, 146f, 162-164, 168-175, WEIAND: Weg, passim. Schon KAMPMANN hat konstatiert, dass die Reichsstände mittels eines koordinierten Vorgehens am Kongress erheblichen Druck auf die Großmächte ausüben konnten: KAMPMANN: Europa, S. 152f. Dies sollte weiter untersucht werden.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalische Quellen

Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover

- Calenberg Briefe 2 Nr. 1514 [HStA Hannover, Cal. Br. 2 Nr. 1514] (Ämtersachen des Fürstentums Calenberg-Göttingen: Entwurf einer Bestätigung über 8 Morgen von Dr. Lampadius erkaufte Weide zu Esbeck)
- Calenberg Briefe 2 Nr. 1527 [HStA Hannover, Cal. Br. 2 Nr. 1527] (Ämtersachen des Fürstentums Calenberg-Göttingen: Schießen und Vogelfangen im Lauensteinischen Holz durch den Schützen der Witwe des Dr. Jakob Lampadius zu Heinsen)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 352 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 352] (Reichssachen: Relationen und Korrespondenzen der Gesandten Herzog Friedrich Ulrichs am Kurfürstenkollegialtag zu Mühlhausen)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 359 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 359] (Reichssachen: Konzepte der Kreditive Herzog Friedrich Ulrichs an den Kaiser und den Vizekanzler von Strahlendorf bei der Sendung des Jakob Lampadius nach Prag)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 451 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 451] (Reichssachen: Relationen und Korrespondenzen des Abgesandten Jakob Lampadius an Herzog Georg vom Kurfürstenkollegialtag zu Nürnberg)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 453 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 453] (Reichssachen: Relationen und Protokolle des Jakob Lampadius bzw. Heinrich Langenbecks vom Reichstage zu Regensburg)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 454 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 454] (Reichssachen: Relationen und Protokolle des Jakob Lampadius bzw. Heinrich Langenbecks vom Reichstage zu Regensburg)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 457 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 457] (Reichssachen: Protokoll der Braunschweig-Lüneburgischen Gesandten vom Kurfürstenkollegialtag zu Nürnberg)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 460 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 460] (Reichssachen: Gravamina der Reichsstände in weltlichen Sachen und Spezialgravamina des Hauses Braunschweig-Lüneburg, Konzepte des Jakob Lampadius vom Kurfürstentag zu Nürnberg)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 472 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 472] (Reichssachen: Konzept eines Reskripts Herzog Georgs an Johann Lewe)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 495 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 495] (Reichssachen: Korrespondenzen zwischen den Herzögen Christian Ludwig und Friedrich bzw. den Regierungen zu Hannover und Celle betreffend die Friedensverhandlungen zu Braunschweig und Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 496 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 496] (Reichssachen: Beilagen zur kaiserlichen Kommunikation an die Reichsdeputation zu Frankfurt)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 497 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 497] (Reichssachen: Korrespondenz Herzog Christian Ludwigs mit dem kaiserlichen Gesandten Auersperg betreffend die Friedensverhandlungen zu Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 499 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 499] (Reichssachen: Akten betreffend die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 500 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 500] (Reichssachen: Akten betreffend die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück)

- Calenberg Briefe 11 Nr. 501 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 501] (Reichssachen: Akten betreffend die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 502 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 502] (Reichssachen: Akten betreffend die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 503 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 503] (Reichssachen: Akten betreffend die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 504 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 504] (Reichssachen: Akten betreffend die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 505 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 505] (Reichssachen: Akten betreffend die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 506 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 506] (Reichssachen: Akten betreffend die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 507 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 507] (Reichssachen: Akten betreffend die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 508 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 508] (Reichssachen: Akten betreffend die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 509 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 509] (Reichssachen: Akten betreffend die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 510 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 510] (Reichssachen: Akten betreffend die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 511 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 511] (Reichssachen: Akten betreffend die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 512 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 512] (Reichssachen: Akten betreffend die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 517 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 517] (Reichssachen: Konzepte der Relationen des Jakob Lampadius vom Friedenskongress zu Osnabrück, Vol. 4)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 518 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 518] (Reichssachen: Konzepte der Relationen des Jakob Lampadius vom Friedenskongress zu Osnabrück, Vol. 5)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 525 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 525] (Reichssachen: Briefe des Hessischen Gesandten beim Friedenskongress zu Münster an Jakob Lampadius)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 538 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 538] (Reichssachen: Korrespondenzen des Jakob Lampadius mit dem hessischen Abgesandten Scheffer)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 552 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 552] (Reichssachen: Konzept eines Reskripts an den Sekretär Körner und dessen Bericht betreffend den Tod des Jakob Lampadius)
- Calenberg Briefe 11 Nr. 3857 [HStA Hannover, Cal. Br. 11 Nr. 3857] Reichssachen: Bericht des Jakob Lampadius aus Münster)
- Calenberg Briefe 14 Nr. 169 [HStA Hannover, Cal. Br. 14 Nr. 169] (Lehnssachen: Klosterrat Dr. Jakob Lampadius und Hofrat Dr. Justus Kipius erhalten Anwartschaften)
- Calenberg Briefe 16 Nr. 421 [HStA Hannover, Cal. Br. 16 Nr. 421] (Kriegssachen: Sendung der Räte Jakob Lampadius und Arnd Pape an Banér nach Halberstadt)
- Calenberg Briefe 22 Nr. 55 [HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 55] (Herzogliches Haus: Die von der Regierung Herzog Friedrich Ulrichs rückständigen Bestallungsgelder)

- Calenberg Briefe 22 Nr. 58 [HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 58] (Herzogliches Haus: Bestellung der Regierung Herzog Christian Ludwigs)
- Calenberg Briefe 22 Nr. 63 [HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 63] (Herzogliches Haus: Bestellung der Regierung Herzog Georg Wilhelms)
- Calenberg Briefe 22 Nr. 173 [HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 173] (Herzogliches Haus: Forderungen des Vizekanzlers Jakob Lampadius an das fürstliche Haus)
- Calenberg Briefe 22 Nr. 950 [HStA Hannover, Cal. Br. 22 Nr. 950] (Herzogliches Haus: Abreise des Herzogs Rudolf von Braunschweig nach Tübingen)
- Calenberg Briefe 24 Nr. 443 [HStA Hannover, Cal. Br. 24 Nr. 443] (Akten Herzog Christian Ludwigs: Korrespondenz mit Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg)
- Celle Briefe 1 Nr. 108 [HStA Hannover, Celle Br. 1 Nr. 108] (Reichstag: Schreiben und Relationen des Jakob Lampadius aus Regensburg)
- Celle Briefe 11 Nr. 239 [HStA Hannover, Celle Br. 11 Nr. 239] (Unruhen in Böhmen, Dreißigjähriger Krieg: Korrespondenzen der Herzöge und der fürstlichen Regierungen)
- Celle Briefe 11 Nr. 242 [HStA Hannover, Celle Br. 11 Nr. 242] (Unruhen in Böhmen, Dreißigjähriger Krieg: Korrespondenzen der Herzöge und der fürstlichen Regierungen)
- Celle Briefe 11 Nr. 252 [HStA Hannover, Celle Br. 11 Nr. 252] (Unruhen in Böhmen, Dreißigjähriger Krieg: Korrespondenzen der Herzöge und der fürstlichen Regierungen)
- Celle Briefe 12 Nr. 4 [HStA Hannover, Celle Br. 12 Nr. 4] (Friedensverhandlungen in Münster und Osnabrück sowie in Nürnberg: Korrespondenzen der Herzöge mit ihren Gesandten sowie verschiedenen anderen Reichsständen)
- Celle Briefe 12 Nr. 39 [HStA Hannover, Celle Br. 12 Nr. 39] (Friedensverhandlungen in Münster und Osnabrück sowie in Nürnberg: Korrespondenzen der Herzöge mit ihren Gesandten)
- Celle Briefe 57 Nr. 25 [HStA Hannover, Celle Br. 57 Nr. 25] (Calenbergische und Grubenhagensche Sachen: Promotorialschreiben betreffend Bestallung, Besoldung und Entlassung fürstlicher Diener)
- Celle Briefe 59 Nr. 55 [HStA Hannover, Celle Br. 59 Nr. 55] (Wolfenbüttelsche Sachen: Ansuchen des Lampadius um Konfirmation der erlangten Freiheiten und Gerechtigkeiten)
- Hannover 93 Nr. 1800 [HStA Hannover, Hann. 93 Nr. 1800] (Geheime Räte: Gesuch um Bestätigung der Privilegien auf Gut Heinsen)
- Hildesheim Briefe 9 Nr. 555 [HStA Hannover, Hildesh. Br. 9 Nr. 555] (Hildesheimische Lehnakten: Anwartschaften für Dr. Kipius und Dr. Lampadius)

Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel

- 1 Alt 30 Nr. 341 [StA Wolfenbüttel, 1 Alt 30 Nr. 341] (Fürstliche Linien und Fürstentümer Calenberg: Anwartschaften für Dr. Wissel und Dr. Lampadius)
- 1 Alt 30 Nr. 344 [StA Wolfenbüttel, 1 Alt 30 Nr. 344] (Fürstliche Linien und Fürstentümer Calenberg: Anwartschaft für Dr. Lampadius)
- 1 Alt 30 Nr. 355 [StA Wolfenbüttel, 1 Alt 30 Nr. 355] (Fürstliche Linien und Fürstentümer Calenberg: Die Lehen des Dr. Lampadius)
- 2 Alt Nr. 8908 [StA Wolfenbüttel, 2 Alt Nr. 8908] (Kanzlei: Gesuche um Benefizien beim Stift St. Blasii in Braunschweig)
- 2 Alt Nr. 9065 [StA Wolfenbüttel, 2 Alt Nr. 9065] (Kanzlei: Die Resignation seines Kanonikats beim Stift St. Blasii durch Dr. Lampadius)
- 2 Alt Nr. 18404 [StA Wolfenbüttel, 2 Alt Nr. 18404] (Kanzlei: Vormundschaftssachen)
- 3 Alt Nr. 362 [StA Wolfenbüttel, 3 Alt Nr. 362] (Bestallungen: Bestallung und Instruktion für Lampadius als Präzeptor Herzog Rudolfs)
- 3 Alt Nr. 411 [StA Wolfenbüttel, 3 Alt Nr. 411] (Bestallungen: Entlassungen einiger Beamter und Besoldungskürzungen aufgrund der Kriegslage)
- 3 Alt Nr. 420 [StA Wolfenbüttel, 3 Alt Nr. 420] (Bestallungen: Bestallungen des Dr. Jakob Lampadius)
- 15 Alt Nr. 8 [StA Wolfenbüttel, 15 Alt Nr. 8] (Gebundene Reichs- und Kreissachen: Korrespondenzen zu den Westfälischen Friedensverhandlungen)
- 15 Alt Nr. 9 [StA Wolfenbüttel, 15 Alt Nr. 9] (Gebundene Reichs- und Kreissachen: Berichte der welfischen Unterhändler von den Westfälischen Friedensverhandlungen)
- 15 Alt Nr. 10 [StA Wolfenbüttel, 15 Alt Nr. 10] (Gebundene Reichs- und Kreissachen: Berichte der welfischen Unterhändler von den Westfälischen Friedensverhandlungen)
- 15 Alt Nr. 110 [StA Wolfenbüttel, 15 Alt Nr. 110] (Diarium vom Westfälischen Friedenskongress in Münster und Osnabrück (Abschrift))
- 27 Alt Nr. 956 [StA Wolfenbüttel, 27 Alt Nr. 956] (Lehnsregistratur: Die Lehen des Heinrich Warnecke)
- 27 Alt Nr. 1280 [StA Wolfenbüttel, 27 Alt Nr. 1280] (Lehnsregistratur: Anwartschaft für Jakob Lampadius)
- 27 Alt Nr. 1732 [StA Wolfenbüttel, 27 Alt Nr. 1732] (Lehnsregistratur: Anwartschaft für Jakob Lampadius und Dr. Justus Kipius)
- 27 Alt Nr. 1774 [StA Wolfenbüttel, 27 Alt Nr. 1774] (Lehnsregistratur: Anwartschaft für Jakob Lampadius)

Gedruckte Quellen und Literatur

ACTA PACIS WESTPHALICAE (APW). Hg. von der Nordrhein-Westfälischen (Rheinisch-Westfälischen) Akademie der Wissenschaften in Verbindung mit der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e.V. durch (Max BRAUBACH † und) Konrad REPGEN und Maximilian LANZINNER, Münster.

- Serie II: Korrespondenzen
 - Abteilung A: Die kaiserlichen Korrespondenzen
 - Band 1: 1643-1644. Bearb. von Wilhelm ENGELS unter Mithilfe von Elfriede MERLA, 1969. [APW II A 1]
 - Band 2: 1644-1645. Bearb. von Wilhelm ENGELS, 1976. [APW II A 2]
 - Band 3: 1645-1646. Bearb. von Karsten RUPPERT, 1985. [APW II A 3]
 - Band 4: 1646. Bearb. von Hubert SALM und Brigitte WÜBBEKE-PFLÜGER unter Benutzung der Vorarbeiten von Wilhelm ENGELS, Manfred KLETT und Antje OSCHMANN, 2001. [APW II A 4]
 - Band 5: 1646-1647. Bearb. von Antje OSCHMANN, 1993. [APW II A 5]
 - Band 6/1 und 6/2: März - November 1647. Bearb. von Antje OSCHMANN und Magnus Ulrich FERBER unter Mithilfe von Christiane NEERFELD und Christina SCHMÜCKER, 2011. [APW II A 6/1 und 6/2]
 - Band 7: 1647-1648. Bearb. von Andreas HAUSMANN, 2008. [APW II A 7]
 - Band 8: 1648. Bearb. von Sebastian SCHMIDT, 2008. [APW II A 8]
 - Band 9: Mai-August 1648. Bearb. von Stefanie Fraedrich-Nowag, 2013. [APW II A 9]
 - Band 10: 1648-1649. Bearb. von Dorothee GOETZE, 2015. [APW II A 10]
 - Abteilung B: Die französischen Korrespondenzen
 - Band 2: 1645. Bearb. von Franz BOSBACH unter Benutzung der Vorarbeiten von Kriemhild GORONZY und unter Mithilfe von Rita BOHLEN, 1986. [APW II B 2]
 - Band 3/1 und 3/2: 1645-1646. Bearb. von Elke JARNUT † und Rita BOHLEN unter Benutzung der Vorarbeiten von Kriemhild GORONZY, 1999. [APW II B 3/1 und 3/2]
 - Band 5/1 und 5/2: 1646/1647. Bearb. von Guido BRAUN unter Benutzung der Vorarbeiten von Kriemhild GORONZY und Achim TRÖSTER, 2002. [APW II B 5/1 und 5/2]
 - Band 6: 1647. Bearb. von Michael ROHRSCHEIDER unter Benutzung der Vorarbeiten von Kriemhild GORONZY und unter Mithilfe von Rita BOHLEN, 2004. [APW II B 6]
 - Band 7: 1647-1648. Bearb. von Christiane NEERFELD unter Mithilfe von Rita BOHLEN und Michael ROHRSCHEIDER, 2010. [APW II B 7]
 - Band 8: Februar - Mai 1648. Bearb. von Peter Arnold HEUSER unter Mithilfe von Rita BOHLEN, 2011. [APW II B 8]
 - Abteilung C: Die schwedischen Korrespondenzen

- Band 1: 1643-1645. Bearb. von Ernst Manfred WERMTER, 1965. [APW II C 1]
- Band 2: 1645-1646. Bearb. von Wilhelm KOHL, 1971. [APW II C 2]
- Band 3: 1646-1647. Bearb. von Gottfried LORENZ, 1975. [APW II C 3]
- Band 4: 1647-1648. Bearb. von Wilhelm KOHL unter Mitarbeit von Paul NACHTSHEIM, 1994. [APW II C 4]
- Serie III: Protokolle, Verhandlungsakten, Diarien, Varia
 - Abteilung A: Protokolle
 - Band 3: Die Beratungen des Fürstenrates Osnabrück. 1. Teil: 1645. Bearb. von Maria-Elisabeth BRUNERT, 1998. [APW III A 3/1]
 - Band 3: Die Beratungen des Fürstenrates in Osnabrück. 2. Teil: 1645-1646. Bearb. von Maria-Elisabeth BRUNERT, 1998. [APW III A 3/2]
 - Band 3: Die Beratungen des Fürstenrates in Osnabrück. 3. Teil: 1646. Bearb. von Maria-Elisabeth BRUNERT und Klaus ROSEN, 2001. [APW III A 3/3]
 - Band 3: Die Beratungen des Fürstenrates in Osnabrück. 4. Teil: 1646-1647. Bearb. von Maria-Elisabeth BRUNERT, 2006. [APW III A 3/4]
 - Band 3: Die Beratungen des Fürstenrates in Osnabrück. 5. Teil: Mai-Juni 1648. Bearb. von Maria-Elisabeth BRUNERT, 2006. [APW III A 3/5]
 - Band 3: Die Beratungen des Fürstenrates in Osnabrück. 6. Teil: Juni-Juli 1648. Bearb. von Maria-Elisabeth BRUNERT, 2009. [APW III A 3/6]
 - Band 3: Die Beratungen des Fürstenrates in Osnabrück. 7. Teil: Juli-September 1648. Bearb. von Maria-Elisabeth BRUNERT, 2013. [APW III A 3/7]
 - Abteilung B: Verhandlungsakten
 - Band 1: Die Friedensverträge mit Frankreich und Schweden. 1. Teil: Urkunden. Bearb. von Antje OSCHMANN, 1998. [APW III B 1/1]
 - Band 1: Die Friedensverträge mit Frankreich und Schweden. 2. Teil: Materialien zur Rezeption. Bearb. von Guido BRAUN, Antje OSCHMANN und Konrad REPGEN, 2007. [APW III B 1/2]
 - Band 1: Die Friedensverträge mit Frankreich und Schweden. 3. Teil: Materialien zur Erschließung und Register. Bearb. von Antje OSCHMANN, 2007. [APW III B 1/3]

ALBRECHT, Dieter: Die Kriegs- und Friedensziele der deutschen Reichsstände, in: REPGEN, Konrad (Hg.): Krieg und Politik 1618-1648. Europäische Probleme und Perspektiven (Schriften des Historischen Kollegs, 8), München 1988, S. 241-273.

DERS.: Bayern und die pfälzische Frage auf dem Westfälischen Friedenskongress, in: DUCHHARDT, Heinz (Hg.); ORTLIEB, Eva (Redakt.): Der Westfälische Friede. Diplomatie – politische Zäsur – kulturelles Umfeld – Rezeptionsgeschichte (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 26), München 1998, S. 461-468.

DERS.: Maximilian I. von Bayern 1573-1651. München 1998.

ALTHOFF, Gerd (Hg.): Frieden stiften. Vermittlung und Konfliktlösung vom Mittelalter bis heute, Darmstadt 2011.

- ANTENHOFER, Christina; REGAZZONI, Lisa; SCHLACHTA, Astrid von (Hg.): Werkstatt Politische Kommunikation. Netzwerke, Orte und Sprachen des Politischen. Officina comunicazione politica. Intrecci, luoghi e linguaggi del „politico“ (Schriften zur politischen Kommunikation, 6), Göttingen 2010.
- ARNDT, Johannes: Das Kaiser und das Reich (1600-1648), in: BUSSMANN, Klaus; SCHILLING, Heinz (Hg.): 1648. Krieg und Frieden in Europa. Textband 1: Politik, Religion, Recht und Gesellschaft, Münster 1998, S. 69-76.
- ASBACH, Olaf; MALETTKE, Klaus; EXTERNBRINK, Sven (Hg.): Altes Reich, Frankreich und Europa. Politische, philosophische und historische Aspekte des französischen Deutschlandbildes im 17. und 18. Jahrhundert (Historische Forschungen, 70), Berlin 2001.
- ASCH, Ronald G.: „Denn es sind ja die Deutschen ... ein frey Volk“. Die Glaubensfreiheit als Problem der westfälischen Friedensverhandlungen, in: Westfälische Zeitschrift 148 (1998), S. 113-127.
- DERS.; VOSS, Wulf Eckard; WREDE, Martin (Hg.): Frieden und Krieg in der Frühen Neuzeit. Die europäische Staatenordnung und die außereuropäische Welt (Der Frieden. Rekonstruktion einer europäischen Vision, 2), München 2001.
- ASCHOFF, Hans-Georg: Die Welfen. Von der Reformation bis 1918, Stuttgart 2010.
- AUER, Leopold: Die Ziele der kaiserlichen Politik bei den Westfälischen Friedensverhandlungen und ihre Umsetzung, in: DUCHHARDT, Heinz (Hg.); ORTLIEB, Eva (Redakt.): Der Westfälische Friede. Diplomatie – politische Zäsur – kulturelles Umfeld – Rezeptionsgeschichte (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 26), München 1998, S. 143-173.
- DERS.: Die Reaktion der kaiserlichen Politik auf die französische Friedensproposition vom 11. Juni 1645, in: BABEL, Rainer (Hg.): Le diplomate au travail. Entscheidungsprozesse, Information und Kommunikation im Umkreis des Westfälischen Friedenskongresses (Pariser Historische Studien, 65), München 2005, S. 43-58.
- AUFGEBAUER, Peter; OHAINSKI, Uwe; SCHUBERT, Ernst (Hg.): Festgabe für Dieter Neitzert zum 65. Geburtstag (Göttinger Forschungen zur Landesgeschichte, 1), Bielefeld 1998.
- BABEL, Rainer (Hg.): Le diplomate au travail. Entscheidungsprozesse, Information und Kommunikation im Umkreis des Westfälischen Friedenskongresses (Pariser Historische Studien, 65), München 2005.
- DERS.; BRAUN, Guido; NICKLAS, Thomas (Hg.): Bourbon und Wittelsbach. Neuere Forschungen zur Dynastiegeschichte (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 33), Münster 2010.
- BACKMANN, Sybille u.a. (Hg.): Ehrkonzepte in der Frühen Neuzeit. Identitäten und Abgrenzungen (Colloquia Augustana, 8), Berlin 1998.
- BÄTE, Ludwig (Hg.): Der Friede in Osnabrück 1648. Beiträge zu seiner Geschichte, Oldenburg 1948.
- BATTENBERG, Friedrich; SCHILDT, Bernd (Hg.): Das Reichskammergericht im Spiegel seiner Prozessakten. Bilanz und Perspektiven der Forschung (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, 57), Köln, Weimar, Wien 2010.
- BAUMANN, Uwe; BECKER, Arnold; STEINER-WEBER, Astrid (Hg.): Streitkultur. Okzidentale Traditionen des Streits in Literatur, Geschichte und Kunst (Super alta perennis, 2), Göttingen 2008.

- BAUMGART, Peter: Kurbrandenburgs Kongressdiplomatie und ihre Ergebnisse, in: DUCHHARDT, Heinz (Hg.); ORTLIEB, Eva (Redakt.): Der Westfälische Friede. Diplomatie – politische Zäsur – kulturelles Umfeld – Rezeptionsgeschichte (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 26), München 1998, S. 469-484.
- BAUSINGER, Hermann: Stereotypie und Wirklichkeit, in: Jahrbuch Deutsch als Fremdsprache 14 (1988), S. 157-170.
- BECKER, Winfried: Der Kurfürstenrat. Grundzüge seiner Entwicklung in der Reichsverfassung und seine Stellung auf dem Westfälischen Friedenskongress (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 5), Münster 1973.
- DERS.; CHROBAK, Werner (Hg.): Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus. Festschrift zum 65. Geburtstag von Dieter Albrecht, Kallmünz 1992.
- BEHR, Hans-Joachim: „Schutzherrscher“ und „Schutzverwandte“. Der welfische Schutz und Schirm über die Stadt Minden, in: NORDSIEK, Hans (Hg.): Vom Heerlager zur Hansestadt. Untersuchungen zur Mindener Geschichte 798-1648, Minden 1998, S. 185-203.
- BEHRINGER, Wolfgang: Im Zeichen des Merkur. Reichspost und Kommunikationsrevolution in der Frühen Neuzeit (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 189), Göttingen 2003.
- BEI DER WIEDEN, Brage (Hg.): Handbuch der niedersächsischen Landtags- und Ständegeschichte. Band 1: 1500-1806 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, 216), Hannover 2004.
- BÉLY, Lucien: L'art de la paix en Europe. Naissance de la diplomatie moderne XVI^e-XVIII^e siècle, Paris 2007.
- BENTHIEN, Claudia; MARTUS, Steffen (Hg.): Die Kunst der Aufrichtigkeit im 17. Jahrhundert (Frühe Neuzeit, 114), Tübingen 2006.
- BETTENHÄUSER, Erwin: Die Landgrafschaft Hessen-Kassel auf dem Westfälischen Friedenskongress 1644-1648, Wiesbaden 1983.
- BIERTHER, Kathrin: Der Regensburger Reichstag von 1640/41 (Regensburger Historische Forschungen, 1), Kallmünz 1971.
- BILHÖFER, Peter: Nicht gegen Ehre und Gewissen. Friedrich V., Kurfürst von der Pfalz – der Winterkönig von Böhmen (1596-1632) (Rhein-Neckar-Kreis. Bausteine zur Kreisgeschichte, 7), Heidelberg 2004.
- BOETTICHER, Manfred von: Der braunschweigische „Vereinigte Kloster- und Studienfonds“ und der „Allgemeine Hannoversche Klosterfonds“. Eine Gegenüberstellung, in: OTTE, Hans (Hg.): Evangelisches Klosterleben. Studien zur Geschichte der evangelischen Klöster und Stifte in Niedersachsen (Studien zur Kirchengeschichte Niedersachsens, 46), Göttingen 2013, S. 39-97.
- BÖHME, Ernst: Calenberg(-Göttingen), Fürstentum (Fürstentümer). Calenberg 1495-1634, in: BEI DER WIEDEN, Brage (Hg.): Handbuch der niedersächsischen Landtags- und Ständegeschichte. Band 1: 1500-1806 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, 216), Hannover 2004, S. 279-287.
- BOOCKMANN, Hartmut u.a. (Hg.): Recht und Verfassung im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. I. Teil (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Philologisch-historische Klasse. Dritte Folge, 228), Göttingen 1998.

- DERS. u.a. (Hg.): Recht und Verfassung im Übergang vom Mittelalter zu Neuzeit. II. Teil (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Philologisch-historische Klasse. Dritte Folge, 239), Göttingen 2001.
- BOSBACH, Franz: Die Kosten des Westfälischen Friedenskongresses. Eine strukturgeschichtliche Untersuchung (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 13), Münster 1984.
- BRAKENSIEK, Stefan; WUNDER, Heide (Hg.): Ergebene Diener ihrer Herren? Herrschaftsvermittlung im alten Europa, Köln, Weimar, Wien 2005.
- BRAUN, Guido: Fremdsprachen als Fremderfahrung: Das Beispiel des Westfälischen Friedenskongresses, in: ROHRSCHEIDER, Michael; STROHMEYER, Arno (Hg.): Wahrnehmungen des Fremden. Differenzverfahren von Diplomaten im 16. und 17. Jahrhundert (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 31), Münster 2007, S. 203-244.
- DERS.: Y avait-il une politique d'Avaux au Congrès de Westphalie? in: BRUNERT, Maria-Elisabeth; LANZINNER, Maximilian (Hg.): Diplomatie, Medien, Rezeption. Aus der editorischen Arbeit der Acta Pacis Westphalicae (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 32), Münster 2010, S. 141-182.
- DERS.: La doctrine classique de la diplomatie française? Zur rechtlichen Legitimation der Verhandlungssprachen durch die französischen Delegationen in Münster, Nimwegen, Frankfurt und Rijswijk (1644-1697), in: KAMPMANN, Christoph u.a. (Hg.): L'art de la paix. Kongresswesen und Friedensstiftung im Zeitalter des Westfälischen Friedens (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 34), Münster 2011, S. 197-259.
- DERS.; STROHMEYER, Arno: Einleitung, in: DERS. (Hg.): Frieden und Friedenssicherung in der Frühen Neuzeit. Das Heilige Römische Reich und Europa. Festschrift für Maximilian Lanzinner zum 65. Geburtstag (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 36), Münster 2013, S. IX-XXVII.
- DERS.; STROHMEYER, Arno (Hg.): Frieden und Friedenssicherung in der Frühen Neuzeit. Das Heilige Römische Reich und Europa. Festschrift für Maximilian Lanzinner zum 65. Geburtstag (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 36), Münster 2013.
- BRAUNGART, Georg: Hofberedsamkeit. Studien zur Praxis höfisch-politischer Rede im deutschen Territorialabsolutismus (Studien zur deutschen Literatur, 96), Tübingen 1988.
- BRENDLE, Franz; SCHINDLING, Anton (Hg.): Religionskriege im Alten Reich und in Alteuropa, Münster 2006.
- DERS.; SCHINDLING, Anton: Religionskriege in der Frühen Neuzeit. Begriff, Wahrnehmung, Wirkmächtigkeit, in: DERS.; SCHINDLING, Anton (Hg.): Religionskriege im Alten Reich und in Alteuropa, Münster 2006, S. 15-52.
- BREUER, Karl: Der Kurfürstentag zu Mühlhausen. 18. Oktober bis 12. November 1627. Diss. Phil. Bonn 1904.
- BROCKHAUS, Heinrich: Der Kurfürstentag zu Nürnberg im Jahre 1640. Ein Beitrag zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges, Leipzig 1883.
- BROCKMANN, Thomas: Dynastie, Kaiseramt und Konfession. Politik und Ordnungsvorstellungen Ferdinands II. im Dreißigjährigen Krieg (Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte, NF 25), Paderborn u.a. 2011.

- BRUNERT, Maria-Elisabeth: Der Mehrfachherrscher und das politische System des Reiches. Das Ringen um Pommern auf dem Westfälischen Friedenskongress, in: KAISER, Michael; ROHRSCHEIDER, Michael (Hg.): *Membra unius capitis. Studien zu Herrschaftsauffassungen und Regierungspraxis in Kurbrandenburg (1640-1688)* (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, NF Beiheft 7), Berlin 2005, S. 147-169.
- DIES.: Zum reichspolitischen Engagement Sachsen-Altenburgs am Ende des Dreißigjährigen Krieges. Die Entstehung der Hauptinstruktion Herzog Friedrich Wilhelms II. für seine Gesandten zum Westfälischen Friedenskongress, in: *Neues Archiv für sächsische Geschichte* 78 (2007), S. 49-92.
- DIES.; LANZINNER, Maximilian (Hg.): *Diplomatie, Medien, Rezeption. Aus der editorischen Arbeit der Acta Pacis Westphalicae* (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 32), Münster 2010.
- DIES.: Reichsständische Protokolle beim Westfälischen Friedenskongress. Form, Inhalt und Möglichkeiten ihrer Auswertung, in: DIES.; LANZINNER, Maximilian (Hg.): *Diplomatie, Medien, Rezeption. Aus der editorischen Arbeit der Acta Pacis Westphalicae* (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 32), Münster 2010, S. 253-313.
- DIES.: Nonverbale Kommunikation als Faktor frühneuzeitlicher Friedensverhandlungen. Eine Untersuchung am Beispiel des Westfälischen Friedenskongresses, in: KAMPMANN, Christoph u.a. (Hg.): *L'art de la paix. Kongresswesen und Friedensstiftung im Zeitalter des Westfälischen Friedens* (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 34), Münster 2011, S. 281-331.
- DIES.: Friedenssicherung als Beratungsthema der protestantischen Reichsstände in der Anfangsphase des Westfälischen Friedenskongresses, in: BRAUN, Guido; STROHMEYER, Arno (Hg.): *Frieden und Friedenssicherung in der Frühen Neuzeit. Das Heilige Römische Reich und Europa. Festschrift für Maximilian Lanzinner zum 65. Geburtstag* (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 36), Münster 2013, S. 229-258.
- BUCKREUS, Simone: *Die Körper einer Regentin. Amelia Elisabeth von Hessen-Kassel (1602-1651)* (Paderborner Historische Forschungen, 16), Köln 2008.
- BURKHARDT, Johannes: Die Friedlosigkeit der Frühen Neuzeit. Grundlegung einer Theorie der Bellizität Europas, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 24 (1997), S. 509-574.
- DERS.; WERKSTETTER, Christine (Hg.): *Kommunikation und Medien in der Frühen Neuzeit* (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 41), München 2005.
- DERS.: Die Entfesselung des Friedens. Für einen Aufbruch der historischen Friedensforschung, in: SCHMIDT-VOGES, Inken u.a. (Hg.): *Pax Perpetua. Neuere Forschungen zum Frieden in der Frühen Neuzeit* (Bibliothek Altes Reich, 8), München 2010, S. 29-48.
- DERS.: Warum hat Gustav Adolf in den Dreißigjährigen Krieg eingegriffen? Der Schwedische Krieg 1630-1635, in: HARTMANN, Peter C.; SCHULLER, Florian (Hg.): *Der Dreißigjährige Krieg. Facetten einer folgenreichen Epoche*, Regensburg 2010, S. 95-107.
- DERS.: Sprachen des Friedens und Friedenssprache. Die kommunikativen Dimensionen des vormodernen Friedensprozesses, in: ESPENHORST, Martin (Hg.): *Frieden durch Sprache? Studien zum kommunikativen Umgang mit Konflikten und Konfliktlösungen* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 91), Göttingen 2012, S. 7-23.

- BUSSMANN, Klaus; SCHILLING, Heinz (Hg.): 1648. Krieg und Frieden in Europa. Textband 1: Politik, Religion, Recht und Gesellschaft, Münster 1998.
- BUTZ, Reinhard; HIRSCHBIEGEL, Jan (Hg.): Informelle Strukturen bei Hof. Dresdner Gespräche III zur Theorie des Hofes (*Vita curialis*, 2), Berlin 2009.
- CARL, Horst u.a. (Hg.): Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen, Berlin 2004.
- CHRIST, Günter: Der Exzellenz-Titel für die kurfürstlichen Gesandten auf dem Westfälischen Friedenskongress, in: *Parliaments, estates and representation* 19 (1999), S. 89-102.
- DAUM, Werner u.a. (Hg.): Kommunikation und Konfliktaustragung. Verfassungskultur als Faktor politischer und gesellschaftlicher Machtverhältnisse (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften, 7), Berlin 2010.
- DICKMANN, Fritz: Der Westfälische Frieden, Münster ⁷1998.
- DIETRICH, Richard; OESTREICH, Gerhard (Hg.): Forschungen zu Staat und Verfassung. Festgabe für Fritz Hartung, Berlin 1958.
- DERS.: Jacobus Lampadius. Seine Bedeutung für die deutsche Verfassungsgeschichte und Staatstheorie, in: DERS.; OESTREICH, Gerhard (Hg.): Forschungen zu Staat und Verfassung. Festgabe für Fritz Hartung, Berlin 1958, S. 163-185. [Lampadius 1]
- DERS.: Landeskirchenrecht und Gewissensfreiheit in den Verhandlungen des westfälischen Friedenskongresses, in: *Historische Zeitschrift* 196 (1963), S. 563-583.
- DERS.: Lampadius, Jakob, in: *Neue deutsche Biographie*, Bd. 13 (1982), S. 454-456. [Lampadius 2]
- DINGES, Martin: Die Ehre als Thema der historischen Anthropologie. Bemerkungen zur Wissenschaftsgeschichte und zur Konzeptualisierung, in: SCHREINER, Klaus; SCHWERHOFF, Gerd (Hg.): Verletzte Ehre. Ehrkonflikte in Gesellschaften des Mittelalters und der Frühen Neuzeit (Norm und Struktur. Studien zum sozialen Wandel in Mittelalter und Früher Neuzeit, 5), Köln, Weimar, Wien 1995, S. 29-62.
- DOTZAUER, Winfried: Die deutschen Reichskreise in der Verfassung des Alten Reiches und ihr Eigenleben (1500-1806), Darmstadt 1989.
- DROSTE, Heiko: Patronage in der Frühen Neuzeit – Institution und Kulturform, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 30 (2003), S. 555-590.
- DERS.: Ein Diplomat zwischen Familieninteressen und Königsdienst: Johan Adler Salvius in Hamburg (1630-1650), in: THIESSEN, Hillard von; WINDLER, Christian (Hg.): Nähe in der Ferne. Personale Verflechtung in den Außenbeziehungen der Frühen Neuzeit (*Zeitschrift für Historische Forschung*, Beiheft 36), Berlin 2005, S. 87-104.
- DERS.: Im Dienst der Krone. Schwedische Diplomaten im 17. Jahrhundert (*Nordische Geschichte*, 2), Berlin 2006.
- DUCHHARDT, Heinz: Das protestantische Herrscherbild des 17. Jahrhunderts im Reich, in: REPGEN, Konrad (Hg.): Das Herrscherbild im 17. Jahrhundert (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 19), Münster 1991, S. 26-42.
- DERS. (Hg.); ORTLIEB, Eva; SCHNETTGER, Matthias (Bearb.): Bibliographie zum Westfälischen Frieden (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 26), Münster 1996.
- DERS.; ORTLIEB, Eva (Redakt.): Der Westfälische Friede. Diplomatie – politische Zäsur – kulturelles Umfeld – Rezeptionsgeschichte (*Historische Zeitschrift*, Beiheft NF 26), München 1998. [Friede 1]

- DERS.; SCHNETTGER, Matthias (Hg.): Reichsständische Libertät und habsburgisches Kaisertum (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Beiheft 48), Mainz 1999.
- DERS.: „Westphalian System“. Zur Problematik einer Denkfigur, in: Historische Zeitschrift 269 (1999), S. 305-315.
- DERS.: Der Westfälische Friede – ein europäischer lieu de mémoire?, in: Westfälische Zeitschrift 154 (2004), S. 399-406. [Friede 2]
- DERS.: Der Westfälische Friede – neue Ansätze der Forschung im kritischen Rückblick, in: SCHMIDT-VOGES, Inken u.a. (Hg.): Pax Perpetua. Neuere Forschungen zum Frieden in der Frühen Neuzeit (Bibliothek Altes Reich, 8), München 2010, S. 21-27. [Friede 3]
- EMICH, Birgit u.a.: Stand und Perspektiven der Patronageforschung. Zugleich eine Antwort auf Heiko Droste, in: Zeitschrift für Historische Forschung 32 (2005), S. 233-265.
- ESPENHORST, Martin: Einführung, in: DERS. (Hg.): Frieden durch Sprache? Studien zum kommunikativen Umgang mit Konflikten und Konfliktlösungen (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 91), Göttingen 2012, S. 3-6.
- DERS. (Hg.): Frieden durch Sprache? Studien zum kommunikativen Umgang mit Konflikten und Konfliktlösungen (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 91), Göttingen 2012.
- EXTERNBRINK, Sven; ULBERT, Jörg (Hg.): Formen internationaler Beziehungen in der Frühen Neuzeit. Frankreich und das Alte Reich im europäischen Staatensystem. Festschrift für Klaus Malettke zum 65. Geburtstag (Historische Forschungen, 71), Berlin 2001.
- DERS.: Internationale Politik in der Frühen Neuzeit. Stand und Perspektiven der Forschung zu Diplomatie und Staatensystem, in: KRAUS, Hans-Christof; NICKLAS, Thomas (Hg.): Geschichte der Politik. Alte und Neue Wege (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 44), München 2007, S. 15-39.
- DERS.: Humanismus, Gelehrtenrepublik und Diplomatie: Überlegungen zu ihren Beziehungen in der Frühen Neuzeit, in: THIESSEN, Hillard von; WINDLER, Christian (Hg.): Akteure der Außenbeziehungen. Netzwerke und Interkulturalität im historischen Wandel (Externa. Geschichte der Außenbeziehungen in neuen Perspektiven, 1), Köln, Weimar, Wien 2010, S. 133-149.
- FALCKE, Jeannette: Studien zum diplomatischen Geschenkwesen am brandenburg-preußischen Hof im 17. und 18. Jahrhundert (Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, 31), Berlin 2006.
- FELDKAMP, Michael F.: Zur Bedeutung der „successio alternativa“ im Hochstift Osnabrück während des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 130 (1994), S. 75-110.
- FERBER, Magnus Ulrich: Graf Maximilian von Trauttmansdorff und Dr. Isaak Volmar. Handlungsmöglichkeiten adliger und bürgerlicher Diplomaten im Vergleich, in: BRUNERT, Maria-Elisabeth; LANZINNER, Maximilian (Hg.): Diplomatie, Medien, Rezeption. Aus der editorischen Arbeit der Acta Pacis Westphalicae (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 32), Münster 2010, S. 231-251.
- FEUCHTER, Jörg: Redekultur als Verfassungskultur. Oratorische Kommunikation und Konfliktaustragung in vormodernen europäischen Parlamenten, in: DAUM, Werner u.a. (Hg.): Kommunikation und Konfliktaustragung. Verfassungskultur als Faktor politischer und gesellschaftlicher Machtverhältnisse (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften, 7), Berlin 2010, S. 183-200.

- FINDEISEN, Jörg-Peter: Gustav II. Adolf von Schweden. Der Eroberer aus dem Norden, Graz, Wien, Köln 1996.
- DERS.: Christian IV. Zwischen Mythos und Wahrheit, Kiel 2014.
- FLEITMANN, Wilhelm: Brandenburgische und braunschweig-lüneburgische Nachrichtenverbindungen für den Westfälischen Friedenskongreß, in: Postgeschichtsblätter Münster 2 (1970), S. 33-35.
- FOERSTER, Joachim: Kurfürst Ferdinand von Köln. Die Politik seiner Stifter in den Jahren 1634-1650 (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 6), Münster 1976.
- FREVERT, Ute: Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen, in: DIES.; HAUPT, Heinz-Gerhard (Hg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung (Historische Politikforschung, 1), Frankfurt am Main 2005, S. 7-26.
- DIES.; HAUPT, Heinz-Gerhard (Hg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung (Historische Politikforschung, 1), Frankfurt am Main 2005.
- FRIEDEBURG, Robert von; SCHORN-SCHÜTTE, Luise (Hg.): Politik und Religion: Eigenlogik oder Verzahnung? Europa im 16. Jahrhundert (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 45), München 2007.
- FRIEDRICH, Manfred: Geschichte der deutschen Staatsrechtswissenschaft (Schriften zur Verfassungsgeschichte, 50), Berlin 1997.
- FRIEDRICH, Susanne: Drehscheibe Regensburg. Das Informations- und Kommunikationssystem des Immerwährenden Reichstags um 1700 (Colloquia Augustana, 23), Berlin 2007.
- FRISCH, Michael: Das Restitutionsedikt Kaiser Ferdinands II. vom 6. März 1629. Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung (Ius Ecclesiasticum. Beiträge zum evangelischen Kirchenrecht und zum Staatskirchenrecht, 44), Tübingen 1993.
- FUCHS, Ralf-Peter: Ein ‚Medium zum Frieden‘. Die Normaljahrsregel und die Beendigung des Dreißigjährigen Krieges (Bibliothek altes Reich, 4), München 2010.
- DERS.: Normaljahrsverhandlungen als moralischer Diskurs, in: SCHMIDT-VOGES, Inken u.a. (Hg.): Pax Perpetua. Neuere Forschungen zum Frieden in der Frühen Neuzeit (Bibliothek Altes Reich, 8), München 2010, S. 123-139.
- DERS.: Über Ehre kommunizieren – Ehre erzeugen. Friedenspolitik und das Problem der Vertrauensbildung im Dreißigjährigen Krieg, in: ESPENHORST, Martin (Hg.): Frieden durch Sprache? Studien zum kommunikativen Umgang mit Konflikten und Konfliktlösungen (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 91), Göttingen 2012, S. 61-80.
- GABRIEL, Manfred: Die Soziologie und ihre Paradigmen. Einleitende Vorbemerkungen, in: DERS. (Hg.): Paradigmen der akteurszentrierten Soziologie, Wiesbaden 2004, S. 9-20.
- DERS. (Hg.): Paradigmen der akteurszentrierten Soziologie, Wiesbaden 2004.
- GARNIER, Claudia: Injurien und Satisfaktion. Zum Stellenwert rituellen Handelns in Ehrkonflikten des spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Adels, in: Zeitschrift für Historische Forschung 29 (2002), S. 525-560.
- GERSTENBERG, Annette: Die Historizität von Bedingungen und Verfahren der Bedeutungsveränderung. Am Beispiel früher romanischer Entlehnungs- und Verwendungskontexte von lat. *amnesia*, in: Romanische Forschungen 122 (2010), S. 457-483.

- GESENIUS, Justus: Buechlein von Aufferstehung der Todten/ Dem Edlen Vesten und Hochgelahrten Herrn Jacobo Lampadio, Hochberuehmten JCTO, Fuerstl. Braunsch. Lueneburg. geheimbten Rath und Vice-Cancellario Seel. zu Einem Christlichen Ehren Gedächtniß herfuere gegeben sampt dem Leich Sermon bey desselben Bestattung in der Fuerstlichen Schloßkirchen zu Hannover gehalten, Rinteln 1650.
- GITTEL, Udo: Die Aktivitäten des Niedersächsischen Reichskreises in den Sektoren „Friedenssicherung“ und „Policey“ (1555-1682) (Quellen und Untersuchungen zur allgemeinen Geschichte Niedersachsens in der Neuzeit, 14), Hannover 1996.
- GLASER, Hubert (Hg.): Um Glauben und Reich. Kurfürst Maximilian I. Beiträge zur Bayerischen Geschichte und Kunst 1573-1657 (Wittelsbach und Bayern II/1), München 1980.
- GOETZE, Dorothee: Kaiserliche und bayerische Bündnispraxis in der Schlussphase des Westfälischen Friedenskongresses, in: BRAUN, Guido; STROHMEYER, Arno (Hg.): Frieden und Friedenssicherung in der Frühen Neuzeit. Das Heilige Römische Reich und Europa. Festschrift für Maximilian Lanzinner zum 65. Geburtstag (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 36), Münster 2013, S. 259-290.
- GOETZE, Sigmund Wilhelm: Die Politik des schwedischen Reichskanzlers Axel Oxenstierna gegenüber Kaiser und Reich. Diss. Phil. Bonn 1971.
- GOTTHARD, Axel: Säulen des Reiches. Die Kurfürsten im frühneuzeitlichen Reichsverband. Teilband 1: Der Kurverein. Kurfürstentage und Reichspolitik, Teilband 2: Wahlen. Der Kampf um die kurfürstliche „Präeminenz“ (Historische Studien, 457/1 und 2), Husum 1999.
- DERS.: Die Inszenierung der kurfürstlichen Präeminenz. Eine Analyse unter Erprobung systemtheoretischer Kategorien, in: STOLLBERG-RILINGER, Barbara (Hg.): Vormoderne politische Verfahren (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 25), Berlin 2001, S. 303-332.
- DERS.: Der Augsburger Religionsfrieden (Reformationsgeschichtliche Studien und Texte, 148), Münster 2004.
- DERS.: Krieg und Frieden in der Vormoderne, in: KRAUS, Hans-Christof; NICKLAS, Thomas (Hg.): Geschichte der Politik. Alte und Neue Wege (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 44), München 2007, S. 67-94.
- DERS.: „Sey ein durchgehend werkh wider die Evangelische“. Bedrohungsszenarien in lutherischen Ratsstuben, in: SCHILLING, Heinz (Hg.); MÜLLER-LUCKNER, Elisabeth (Mitarb.): Konfessioneller Fundamentalismus. Religion als politischer Faktor im Europäischen Mächtesystem um 1600 (Schriften des Historischen Kollegs, 70), München 2007, S. 209-234.
- DERS.: Die Vorgeschichte des Dreißigjährigen Krieges. Ursachen, Anlässe und Zuspitzungen, in: HARTMANN, Peter C.; SCHULLER, Florian (Hg.): Der Dreißigjährige Krieg. Facetten einer folgenreichen Epoche, Regensburg 2010, S. 23-45.
- DERS.: Zur Säkularisierung und Formalisierung des vormodernen Kriegsbegriffs, in: HEDERER, Franz u. a. (Hg.): Handlungsräume. Facetten politischer Kommunikation in der Frühen Neuzeit. Festschrift für Albrecht P. Luttenberger zum 65. Geburtstag, München 2011, S. 297-316.
- GRÄF, Holger Thomas: Konfession und internationales System. Die Außenpolitik Hessen-Kassels im konfessionellen Zeitalter (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, 94), Darmstadt, Marburg 1993.

- GREINDL, Gabriele: Bayerns diplomatische Vertretung beim Westfälischen Friedenskongress 1644-1648. Ein Werkstattbericht, in: GRUNER, Wolf D.; HOSER, Paul (Hg.): Wissenschaft – Bildung – Politik. Von Bayern und Europa. Festschrift für Ludwig Hammermayer zum 80. Geburtstag (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, 38), Hamburg 2008, S. 47-62.
- GREVE, Michael: Die Teilungsgeschichte der Grafschaft Schaumburg. 1640-1647, in: Schaumburg-lippische Mitteilungen 31 (1995), S. 81-88.
- GRUNER, Wolf D.; HOSER, Paul (Hg.): Wissenschaft – Bildung – Politik. Von Bayern und Europa. Festschrift für Ludwig Hammermayer zum 80. Geburtstag (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, 38), Hamburg 2008.
- HAMMERSTEIN, Notker: Universitäten – Territorialstaaten – Gelehrte Räte, in: SCHNUR, Roman (Hg.): Die Rolle der Juristen bei der Entstehung des modernen Staates, Berlin 1986, S. 687-735.
- HANSCHMIDT, Alwin; HUCKER, Bernd Ulrich (Hg.): Persönlichkeit und Zeitgeschehen. Beiträge zur Geschichte des 17. bis 20. Jahrhunderts. Festgabe für Joachim Kuroпка zum 60. Geburtstag (Schriften des Instituts für Geschichte und Historische Landesforschung, 10), Vechta 2001.
- HARTMANN, Anja Victorine: Diplomatie auf Umwegen? Gedanken zu Struktur und Effizienz diplomatischer Beziehungen im Umfeld des Dreißigjährigen Krieges, in: EXTERNBRINK, Sven; ULBERT, Jörg (Hg.): Formen internationaler Beziehungen in der Frühen Neuzeit. Frankreich und das Alte Reich im europäischen Staatensystem. Festschrift für Klaus Malettke zum 65. Geburtstag (Historische Forschungen, 71), Berlin 2001, S. 419-430.
- HARTMANN, Peter C.; SCHULLER, Florian (Hg.): Der Dreißigjährige Krieg. Facetten einer folgenreichen Epoche, Regensburg 2010.
- HAUG-MORITZ, Gabriele: Der Schmalkaldische Bund 1530-1541/42. Eine Studie zu den genossenschaftlichen Strukturelementen der politischen Ordnung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde, 44), Leinfelden-Echterdingen 2002.
- DIES.: Die Friedenskongresse von Münster/Osnabrück (1643-1648) und Wien (1814/15) als „deutsche“ Verfassungskongresse. Ein Vergleich in verfahrensgeschichtlicher Perspektive, in: Historisches Jahrbuch 124 (2004), S. 125-178.
- DIES.: Frieden im Land. Die Sächsisch-brandenburgisch-hessische Erbeinung (1451/57-1555). Zur Kontinuität spätmittelalterlicher Formen der Friedenswahrung im Reich des 16. Jahrhunderts, in: BRAUN, Guido; STROHMEYER, Arno (Hg.): Frieden und Friedenssicherung in der Frühen Neuzeit. Das Heilige Römische Reich und Europa. Festschrift für Maximilian Lanzinner zum 65. Geburtstag (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 36), Münster 2013, S. 3-33.
- HAVEMANN, Wilhelm: Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg. Zweiter Band, Göttingen 1855. ND Hannover 1975.
- HECKEL, Martin: Autonomia und Pacis Compositio. Der Augsburger Religionsfriede in der Deutung der Gegenreformation, in: DERS.: Gesammelte Schriften. Staat, Kirche, Recht, Geschichte, Bd. 1, Hg. von Klaus SCHLAICH (Beiträge zum evangelischen Kirchenrecht und zum Staatskirchenrecht, 38), Tübingen 1989, S. 1-82.
- DERS.: Gesammelte Schriften. Staat, Kirche, Recht, Geschichte, Bd. 1, Hg. von Klaus SCHLAICH (Beiträge zum evangelischen Kirchenrecht und zum Staatskirchenrecht, 38), Tübingen 1989.

- HEDERER, Franz u. a. (Hg.): Handlungsräume. Facetten politischer Kommunikation in der Frühen Neuzeit. Festschrift für Albrecht P. Lutzenberger zum 65. Geburtstag, München 2011.
- HEIL, Dietmar: Der Reichstag des 16. Jahrhunderts als politisches Kommunikationszentrum, in: BURKHARDT, Johannes; WERKSTETTER, Christine (Hg.): Kommunikation und Medien in der Frühen Neuzeit (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 41), München 2005, S. 249-265.
- HEINEMANN, Otto von: Geschichte von Braunschweig und Hannover. Dritter Band, Gotha 1892. ND Hannover 1975.
- HENGERER, Mark: Amtsträger als Klienten und Patrone? Anmerkungen zu einem Forschungskonzept, in: BRAKENSIEK, Stefan; WUNDER, Heide (Hg.): Ergebene Diener ihrer Herren? Herrschaftsvermittlung im alten Europa, Köln, Weimar, Wien 2005, S. 45-78.
- DERS.: Kaiser Ferdinand III. (1608-1657). Eine Biographie (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 107), Wien, Köln, Weimar 2012.
- HERSE, Wilhelm: Die Erwerbung der Braunschweiger Herzöge im Frieden von Osnabrück, in: BÄTE, Ludwig (Hg.): Der Friede in Osnabrück 1648. Beiträge zu seiner Geschichte, Oldenburg 1948, S. 179-184.
- HEUSER, Peter Arnold: *Ars disputandi*: Kunst und Kultur des Streitens frühneuzeitlicher Diplomaten als Aufgabenfeld einer historischen Friedens- und Konfliktforschung. Prolegomena am Beispiel des Westfälischen Friedenskongresses 1643-1649, in: BAUMANN, Uwe; BECKER, Arnold; STEINER-WEBER, Astrid (Hg.): Streitkultur. Okzidentale Traditionen des Streitens in Literatur, Geschichte und Kunst (Super alta perennis, 2), Göttingen 2008, S. 265-315.
- HEUVEL, Christine van den; BOETTICHER, Manfred von (Hg.): Geschichte Niedersachsens. Band 3,1. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von der Reformation bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, XXXVI), Hannover 1998.
- HEUVEL, Gerd van den: Niedersachsen im 17. Jahrhundert (1618-1714), in: HEUVEL, Christine van den; BOETTICHER, Manfred von (Hg.): Geschichte Niedersachsens. Band 3,1. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von der Reformation bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, XXXVI), Hannover 1998, S. 119-218.
- HEY, Bernd (Hg.): Der Westfälische Frieden 1648 und der deutsche Protestantismus (Religion in der Geschichte, 6), Bielefeld 1998.
- HÖBELT, Lothar: Ferdinand III. Friedenskaiser wider Willen, Graz 2008.
- HOFFMANN, Christian: Osnabrück, Hochstift, in: BEI DER WIEDEN, Brage (Hg.): Handbuch der niedersächsischen Landtags- und Ständegeschichte. Band 1: 1500-1806 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, 216), Hannover 2004, S. 61-70.
- HÖING, Herbert (Hg.): Schaumburg und die Welt. Zu Schaumburgs auswärtigen Beziehungen in der Geschichte (Schaumburger Studien, 61), Bielefeld 2002.
- HOKE, Rudolf: Prokaiserliche und antikaiserliche Reichspublizistik, in: DUCHHARDT, Heinz; SCHNETTGER, Matthias (Hg.): Reichsständische Libertät und habsburgisches Kaisertum (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Beiheft 48), Mainz 1999, S. 119-132.

- HOLLENBECK, Meike: Und wo bleibt Europa? Kategorien politischen Handelns mindermächtiger Reichsstände am Beispiel der Braunschweiger Frankreichpolitik nach dem Westfälischen Frieden, in: EXTERNBRINK, Sven; ULBERT, Jörg (Hg.): Formen internationaler Beziehungen in der Frühen Neuzeit. Frankreich und das Alte Reich im europäischen Staatensystem. Festschrift für Klaus Malettke zum 65. Geburtstag (Historische Forschungen, 71), Berlin 2001, S. 367-377.
- HORN, Christoph; NESCHKE-HENTSCHKE, Ada (Hg.): Politischer Aristotelismus. Die Rezeption der aristotelischen Politik von der Antike bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart, Weimar 2008.
- IMMLER, Gerhard: Kurfürst Maximilian I. und der Westfälische Friedenskongreß. Die bayerische auswärtige Politik von 1644 bis zum Ulmer Waffenstillstand (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 20), Münster 1992.
- ISENMANN, Eberhard: Widerstandsrecht und Verfassung in Spätmittelalter und früher Neuzeit, in: NEUHAUS, Helmut; STOLLBERG-RILINGER, Barbara (Hg.): Menschen und Strukturen in der Geschichte Alteuropas. Festschrift für Johannes Kunisch zur Vollendung seines 65. Lebensjahres, dargebracht von Schülern, Freunden und Kollegen, Berlin 2002, S. 37-69.
- JAHNS, Sigrid: Die Reichsjustiz als Spiegel der Reichs- und Religionsverfassung, in: BUSSMANN, Klaus; SCHILLING, Heinz (Hg.): 1648. Krieg und Frieden in Europa. Textband 1: Politik, Religion, Recht und Gesellschaft, Münster 1998, S. 455-463.
- DIES.: Das Ringen um die Reichsjustiz im Konfessionellen Zeitalter – ein Kampf um die *Forma Reipublicae* (1555-1648), in: BOOCKMANN, Hartmut u.a. (Hg.): Recht und Verfassung im Übergang vom Mittelalter zu Neuzeit. II. Teil (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Philologisch-historische Klasse. Dritte Folge, 239), Göttingen 2001, S. 407-472.
- JARCK, Horst-Rüdiger: Der Dreißigjährige Krieg, in: DERS.; SCHILDT, Gerhard (Hg.): Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region, Braunschweig 2000, S. 513-534.
- DERS.; SCHILDT, Gerhard (Hg.): Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region, Braunschweig 2000.
- JUCKER, Michael; KINTZINGER, Martin; SCHWINGES, Rainer Christoph (Hg.): Rechtsformen internationaler Politik. Theorie, Norm und Praxis vom 12. bis 18. Jahrhundert (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 45), Berlin 2011.
- JUNKELMANN, Marcus: Feldherr Maximilians: Johann Tserclaes Graf von Tilly, in: GLASER, Hubert (Hg.): Um Glauben und Reich. Kurfürst Maximilian I. Beiträge zur Bayerischen Geschichte und Kunst 1573-1657 (Wittelsbach und Bayern II/1), München 1980, S. 377-397.
- DERS.: Gustav Adolf (1594-1632). Schwedens Aufstieg zur Großmacht, Regensburg 1993.
- DERS.: Tilly. Eine Karriere im Zeitalter der Religionskriege und der „Militärischen Revolution“, in: HARTMANN, Peter C.; SCHULLER, Florian (Hg.): Der Dreißigjährige Krieg. Facetten einer folgenreichen Epoche, Regensburg 2010, S. 59-79.
- KAISER, Michael: Politik und Kriegführung. Maximilian von Bayern, Tilly und die katholische Liga im Dreißigjährigen Krieg (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 28), Münster 1999.
- DERS.: 1648 – Rückschau auf ein Jubiläum, in: Zeitschrift für Historische Forschung 29 (2002), S. 99-105.

- DERS.: Maximilian I. von Bayern und der Krieg. Zu einem wichtigen Aspekt seines fürstlichen Selbstverständnisses, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 65,1 (2002), S. 69-99.
- DERS.; PECAR, Andreas (Hg.): Der zweite Mann im Staat. Oberste Amtsträger und Favoriten im Umkreis der Reichsfürsten in der Frühen Neuzeit (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 32), Berlin 2003.
- DERS.; ROHRSCHEIDER, Michael (Hg.): Membra unius capitis. Studien zu Herrschaftsauffassungen und Regierungspraxis in Kurbrandenburg (1640-1688) (Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte, NF Beiheft 7), Berlin 2005.
- KALIPKE, Andreas: „Weitläufigkeiten“ und „Bedencklichkeiten“ – die Behandlung konfessioneller Konflikte am Corpus Evangelicorum, in: Zeitschrift für Historische Forschung 35 (2008), S. 406-447.
- KAMPMANN, Christoph u.a. (Hg.): Bourbon – Habsburg – Oranien. Konkurrierende Modelle im dynastischen Europa um 1700, Köln, Weimar, Wien 2008.
- DERS.: Europa und das Reich im Dreißigjährigen Krieg. Geschichte eines europäischen Konflikts, Stuttgart 2008.
- DERS.: Der ehrenvolle Friede als Friedenshindernis. Alte Fragen und neue Ergebnisse zur Mächtepolitik im Dreißigjährigen Krieg, in: SCHMIDT-VOGES, Inken u.a. (Hg.): Pax Perpetua. Neuere Forschungen zum Frieden in der Frühen Neuzeit (Bibliothek Altes Reich, 8), München 2010, S. 141-156.
- DERS. u.a.: Von der Kunst des Friedensschließens: Einführende Überlegungen, in: DERS. u.a. (Hg.): L'art de la paix. Kongresswesen und Friedensstiftung im Zeitalter des Westfälischen Friedens (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 34), Münster 2011, S. 9-28.
- DERS. u.a. (Hg.): L'art de la paix. Kongresswesen und Friedensstiftung im Zeitalter des Westfälischen Friedens (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 34), Münster 2011.
- KIETZELL, Roswitha von: Der Frankfurter Deputationstag von 1642-1645. Eine Untersuchung der staatsrechtlichen Bedeutung dieser Reichsversammlung, in: Nassauische Annalen 83 (1972), S. 99-119.
- KINTZINGER, Martin: Recht und Macht? Eine Einführung, in: JUCKER, Michael; KINTZINGER, Martin; SCHWINGES, Rainer Christoph (Hg.): Rechtsformen internationaler Politik. Theorie, Norm und Praxis vom 12. bis 18. Jahrhundert (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 45), Berlin 2011, S. 9-26.
- KLEINEHAGENBROCK, Frank: Ideen von 1648? Reichsverfassungsrecht als Quelle politischer Ideengeschichte, in: KRAUS, Hans-Christof; NICKLAS, Thomas (Hg.): Geschichte der Politik. Alte und Neue Wege (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 44), München 2007, S. 399-419.
- DERS.: Das Alte Reich als europäisches Schlachtfeld. Der Schwedisch-Französische Krieg (1635-1648), in: HARTMANN, Peter C.; SCHULLER, Florian (Hg.): Der Dreißigjährige Krieg. Facetten einer folgenreichen Epoche, Regensburg 2010, S. 129-145.
- KLINGEBIEL, Thomas: Hildesheim, Hochstift, in: BEI DER WIEDEN, Brage (Hg.): Handbuch der niedersächsischen Landtags- und Ständegeschichte. Band 1: 1500-1806 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, 216), Hannover 2004, S. 230-247.

- KNORRING, Marc von: Der „friedenssichernde“ Reichsdeputationstag zwischen Augsburger Religionsfrieden und Dreißigjährigem Krieg, in: BRAUN, Guido; STROHMEYER, Arno (Hg.): Frieden und Friedenssicherung in der Frühen Neuzeit. Das Heilige Römische Reich und Europa. Festschrift für Maximilian Lanzinner zum 65. Geburtstag (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 36), Münster 2013, S. 93-116.
- KÖCHER, Adolf: Lampadius (Lampe), in: Allgemeine deutsche Biographie, 17 (1883), S. 574-578. [Lampadius 1]
- DERS.: Geschichte von Hannover und Braunschweig. 1648 bis 1714. Erster Teil (1648-1668) (Publicationen aus den k. Preußischen Staatsarchiven, 20), Leipzig 1884.
- DERS.: Jakob Lampadius. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Theorien des 17. Jahrhunderts, in: Historische Zeitschrift 53 (1885), S. 402-429. [Lampadius 2]
- KÖHLER, Matthias: Strategie und Symbolik. Verhandeln auf dem Kongress von Nimwegen (Externa. Geschichte der Außenbeziehungen in neuen Perspektiven, 3), Köln, Weimar, Wien 2011.
- KOHNLE, Armin; ENGEHAUSEN, Frank (Hg.): Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur deutschen Universitätsgeschichte. Festschrift für Eike Wolgast zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2001.
- KÖNIG, Joseph: Landesgeschichte (einschließlich Recht, Verfassung und Verwaltung), in: MODERHACK, Richard (Hg.): Braunschweigische Geschichte im Überblick (Quellen und Forschungen zur Braunschweigischen Geschichte, 23), Braunschweig 1977, S. 61-109.
- KÖRBER, Esther-Beate: Die Frühe Neuzeit der Kommunikationsgeschichte, in: MERZINGER, Patrick u.a. (Hg.): Geschichte, Öffentlichkeit, Kommunikation. Festschrift für Bernd Sösemann zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2010, S. 3-8.
- KRAMPE, Christoph: Qui tacet, consentire videtur. Über die Herkunft einer Rechtsregel, in: SCHWAB, Dieter u.a. (Hg.): Staat, Kirche, Wissenschaft in einer pluralistischen Gesellschaft. Festschrift zum 65. Geburtstag von Paul Mikat, Berlin 1989, S. 367-380.
- KRAUS, Hans-Christof; NICKLAS, Thomas (Hg.): Geschichte der Politik. Alte und Neue Wege (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 44), München 2007.
- KRETZSCHMAR, Johannes: Gustav Adolfs Pläne und Ziele in Deutschland und die Herzöge zu Braunschweig und Lüneburg (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, XVII), Hannover, Leipzig 1904.
- KRISCHER, André: Inszenierung und Verfahren auf den Reichstagen der Frühen Neuzeit. Das Beispiel der Städtekurie und ihres politischen Verfahrens, in: PELTZER, Jörg; SCHWEDLER, Gerald; TÖBELMANN, Paul (Hg.): Politische Versammlungen und ihre Rituale. Repräsentationsformen und Entscheidungsprozesse des Reichs und der Kirche im späten Mittelalter (Mittelalter-Forschungen, 27), Ostfildern 2009, S. 181-205.
- DERS.: Das Problem des Entscheidens in systematischer und historischer Perspektive, in: STOLLBERG-RILINGER, Barbara; KRISCHER, André (Hg.): Herstellung und Darstellung von Entscheidungen. Verfahren, Verwalten und Verhandeln in der Vormoderne (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 44), Berlin 2010, S. 35-64.
- DERS.: Das Gesandtschaftswesen und das vormoderne Völkerrecht, in: JUCKER, Michael; KINTZINGER, Martin; SCHWINGES, Rainer Christoph (Hg.): Rechtsformen internationaler Politik. Theorie, Norm und Praxis vom 12. bis 18. Jahrhundert (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 45), Berlin 2011, S. 197-239.

- KRÜGER, Kersten: Schweden, Mecklenburg, Pommern und Brandenburg auf dem Westfälischen Friedenskongress 1641-1648, in: Mecklenburgische Jahrbücher 114 (1999), S. 65-80.
- KUGELER, Heidrun: „Ehrenhafte Spione“. Geheimnis, Verstellung und Offenheit in der Diplomatie des 17. Jahrhunderts, in: BENTHIEN, Claudia; MARTUS, Steffen (Hg.): Die Kunst der Aufrichtigkeit im 17. Jahrhundert (Frühe Neuzeit, 114), Tübingen 2006, S. 127-148.
- KUNISCH, Johannes (Hg.): Neue Studien zur frühneuzeitlichen Reichsgeschichte (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 19), Berlin 1997.
- LAHRKAMP, Helmut: General Königsmarcks Streifzug von Vechta bis Paderborn und Rheine 1647, in: HANSCHMIDT, Alwin; HUCKER, Bernd Ulrich (Hg.): Persönlichkeit und Zeitgeschehen. Beiträge zur Geschichte des 17. bis 20. Jahrhunderts. Festgabe für Joachim Kuropka zum 60. Geburtstag (Schriften des Instituts für Geschichte und Historische Landesforschung, 10), Vechta 2001, S. 11-33.
- LAMPADIUS, Jakob: Tractatus de Republica Romano-Germanica, gedruckt bei Johannes Maire, Lugduni Batavorum [Leiden] 1642.
- LANZINNER, Maximilian: Zur Sozialstruktur der Geheimen Ratskollegien im 17. Jahrhundert, in: BECKER, Winfried; CHROBAK, Werner (Hg.): Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus. Festschrift zum 65. Geburtstag von Dieter Albrecht, Kallmünz 1992, S. 71-88.
- DERS.: Johann Georg von Herwarth d. Ä. (1553-1622). Territorialpolitik, späthumanistische Gelehrsamkeit und sozialer Aufstieg, in: Archiv für Kulturgeschichte 75 (1993), S. 301-334.
- DERS.: IUD Wilhelm Jocher 1565-1636: Geheimer Rat und „Kronjurist“ Kurfürste Maximilians I. von Bayern, in: KAISER, Michael; PECAR, Andreas (Hg.): Der zweite Mann im Staat. Oberste Amtsträger und Favoriten im Umkreis der Reichsfürsten in der Frühen Neuzeit (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 32), Berlin 2003, S. 177-196.
- DERS.: Kommunikationsraum Region und Reich. Einleitung, in: BURKHARDT, Johannes; WERKSTETTER, Christine (Hg.): Kommunikation und Medien in der Frühen Neuzeit (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 41), München 2005, S. 227-235.
- DERS.; STROHMEYER, Arno (Hg.): Der Reichstag 1486-1613: Kommunikation – Wahrnehmung – Öffentlichkeiten (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 73), Göttingen 2006.
- DERS.: Einleitung, in: DERS.; STROHMEYER, Arno (Hg.): Der Reichstag 1486-1613: Kommunikation – Wahrnehmung – Öffentlichkeiten (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 73), Göttingen 2006, S. 9-25.
- DERS.: Fürsten und Gesandte als politische Akteure beim Reichstag 1566, in: LÖFFLER, Bernd; RUPPERT, Karsten (Hg.): Religiöse Prägung und politische Ordnung in der Neuzeit. Festschrift für Winfried Becker zum 65. Geburtstag (Passauer Historische Forschungen, 15), Köln, Weimar, Wien 2006, S. 55-82.
- DERS.: Die „Acta Pacis Westphaliae“ (APW) seit dem Gedenkjahr 1998, in: SCHMIDT-VOGES, Inken u.a. (Hg.): Pax Perpetua. Neuere Forschungen zum Frieden in der Frühen Neuzeit (Bibliothek Altes Reich, 8), München 2010, S. 49-72. [Acta 1]
- DERS.: Juristen unter den Gesandten der Reichstage 1486-1654, in: BATTENBERG, Friedrich; SCHILDT, Bernd (Hg.): Das Reichskammergericht im Spiegel seiner Prozessakten. Bilanz und Perspektiven der Forschung (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, 57), Köln, Weimar, Wien 2010, S. 351-384.

- DERS.: Maximilian I. von Bayern. Ein deutscher Fürst und der Krieg, in: HARTMANN, Peter C.; SCHULLER, Florian (Hg.): Der Dreißigjährige Krieg. Facetten einer folgenreichen Epoche, Regensburg 2010, S. 81-93.
- DERS.: Die *Acta Pacis Westphalicae* und die Geschichtswissenschaft, in: KAMPMANN, Christoph u.a. (Hg.): L'art de la paix. Kongresswesen und Friedensstiftung im Zeitalter des Westfälischen Friedens (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 34), Münster 2011, S. 31-71. [Acta 2]
- DERS.: Das Editionsprojekt der *Acta Pacis Westphalicae*, in: Historische Zeitschrift 298 (2014), S. 29-60.
- LÖFFLER, Bernd; RUPPERT, Karsten (Hg.): Religiöse Prägung und politische Ordnung in der Neuzeit. Festschrift für Winfried Becker zum 65. Geburtstag (Passauer Historische Forschungen, 15), Köln, Weimar, Wien 2006.
- LORENZ, Gottfried: Die Bremer Koadjutorwahl vom 9. Januar 1644, in: Stader Jahrbuch 59 (1969), S. 124-129.
- DERS.: Die dänische Friedensvermittlung beim Westfälischen Friedenskongreß, in: REPGEN, Konrad (Hg.): Forschungen und Quellen zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 12), Münster 1981, S. 31-61.
- LOTH, Wilfried; OSTERHAMMEL, Jürgen (Hg.): Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten (Studien zur Internationalen Geschichte, 10), München 2000.
- LÖWE, Barbara; HUMMEL, Günter: Wolfgang Conrad von Thumbshirn (1604-1667) und seine Familie. Ein Wegbereiter des Westfälischen Friedens aus dem Altenburger Land (Der kleine sakrale Kunstführer, Beiheft 4 zu Heft 2), Altenburg 2007.
- LUHMANN, Niklas: Legitimation durch Verfahren (Soziologische Texte, 66), Neuwied, Berlin 1969.
- DERS.: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart ⁴2000.
- DERS.: Gesellschaftliche Struktur und semantische Tradition, in: STOLLBERG-RILINGER, Barbara (Hg.): Ideengeschichte (Basistexte Geschichte, 6), Stuttgart 2010, S. 187-223.
- DERS.: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt am Main ¹⁵2012.
- LUNDKVIST, Sven: Die schwedischen Friedenskonzeptionen und ihre Umsetzung in Osnabrück, in: DUCHHARDT, Heinz (Hg.); ORTLIEB, Eva (Redakt.): Der Westfälische Friede. Diplomatie – politische Zäsur – kulturelles Umfeld – Rezeptionsgeschichte (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 26), München 1998, S. 349-359.
- LÜSEBRINK, Hans-Jürgen: Interkulturelle Kommunikation. Interaktion, Fremdwahrnehmung, Kulturtransfer, Stuttgart, Weimar 2005.
- LUTTENBERGER, Albrecht Pius: Zeremonial- und Sessionskonflikte in der kommunikativen Praxis des Reichstages im 16. Jahrhundert, in: NEU, Tim; SIKORA, Michael; WELLER, Thomas (Hg.): Zelebrieren und Verhandeln. Zur Praxis ständischer Institutionen im frühneuzeitlichen Europa (Symbolische Kommunikation und gesellschaftliche Wertesysteme, 27), Münster 2009, S. 233-252.
- MALETTKE, Klaus: Scheffers Gesandtschaft in Osnabrück: „Stände seyn nicht nur Rätthe, die man hören, sondern deren Rätthen man auch folgen müsse“, in: DUCHHARDT, Heinz (Hg.); ORTLIEB, Eva (Redakt.): Der Westfälische Friede. Diplomatie – politische Zäsur – kulturelles Umfeld – Rezeptionsgeschichte (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 26), München 1998, S. 501-522.

- MAY, Georg: Die Entstehung der hauptsächlichen Bestimmungen über das *ius emigrandi* (Art. V §§ 30-43 IPO) auf dem Westfälischen Friedenskongreß, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanon. Abt. 74, 105 (1988), S. 436-494.
- MAY, Nils F.: Zeremoniell in vergleichender Perspektive: Die Verhandlungen in Münster/Osnabrück, Nijmegen und Rijswijk (1643-1697), in: KAMPMANN, Christoph u.a. (Hg.): *L'art de la paix. Kongresswesen und Friedensstiftung im Zeitalter des Westfälischen Friedens* (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 34), Münster 2011, S. 261-279.
- MEIERN, Johann Gottfried von: *Acta Pacis Westphalicae publica. Oder Westphälische Friedens-Handlungen und Geschichte. Band I-VI, Hannover 1734-1736. ND Osnabrück 1969.*
- MELVILLE, Gerd (Hg.): *Institutionalität und Symbolisierung. Verstetigungen kultureller Ordnungsmuster in Vergangenheit und Gegenwart*, Köln, Weimar, Wien 2001.
- MERZINGER, Patrick u.a. (Hg.): *Geschichte, Öffentlichkeit, Kommunikation. Festschrift für Bernd Sösemann zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 2010.
- MEUSSER, Anja: Für Kaiser und Reich. Politische Kommunikation in der frühen Neuzeit: Johann Ulrich Zasius (1521-1570) als Rat und Gesandter der Kaiser Ferdinand I. und Maximilian II. (*Historische Studien*, 477), Husum 2004.
- MODERHACK, Richard (Hg.): *Braunschweigische Geschichte im Überblick (Quellen und Forschungen zur Braunschweigischen Geschichte, 23)*, Braunschweig ²1977.
- MOEGLIN, Jean-Marie: Fürstliche Ehre und verletzte Ehre der Fürsten im spätmittelalterlichen Deutschen Reich, in: SCHREINER, Klaus; SCHWERHOFF, Gerd (Hg.): *Verletzte Ehre. Ehrkonflikte in Gesellschaften des Mittelalters und der Frühen Neuzeit (Norm und Struktur. Studien zum sozialen Wandel in Mittelalter und Früher Neuzeit, 5)*, Köln, Weimar, Wien 1995, S. 77-91.
- MÜLLER, Mario: *Besiegelte Freundschaft. Die brandenburgischen Erbeinungen und Erbverbrüderungen im späten Mittelalter (Schriften zur politischen Kommunikation, 8)*, Göttingen 2010.
- NEU, Tim; SIKORA, Michael; WELLER, Thomas (Hg.): *Zelebrieren und Verhandeln. Zur Praxis ständischer Institutionen im frühneuzeitlichen Europa (Symbolische Kommunikation und gesellschaftliche Wertesysteme, 27)*, Münster 2009.
- NEUBURGER, Andreas: *Konfessionskonflikt und Kriegsbeendigung im Schwäbischen Reichskreis. Württemberg und die katholischen Reichsstände im Südwesten vom Prager Frieden bis zum Westfälischen Frieden (1635-1651) (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, 181)*, Stuttgart 2011.
- NEUGEBAUER, Wolfgang: *Konfessionelle Klientelpolitik im 17. Jahrhundert: Brandenburg-Preußen und Sayn-Wittgenstein*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 51 (2005), S. 91-108.
- NEUHAUS, Helmut: Von Reichstag(en) zu Reichstag. Reichsständische Beratungsformen von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts, in: DUCHHARDT, Heinz; SCHNETTGER, Matthias (Hg.): *Reichsständische Libertät und habsburgisches Kaisertum (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Beiheft 48)*, Mainz 1999, S. 135-149.
- DERS.; STOLLBERG-RILINGER, Barbara (Hg.): *Menschen und Strukturen in der Geschichte Alteuropas. Festschrift für Johannes Kunisch zur Vollendung seines 65. Lebensjahres, dargebracht von Schülern, Freunden und Kollegen*, Berlin 2002.

- NICKLAS, Thomas: Politik zwischen Agon und Konsens. Monarchische Macht, ständische Gegenmacht und der Wille zum Zusammenleben im frühneuzeitlichen Europa, in: KRAUS, Hans-Christof; NICKLAS, Thomas (Hg.): Geschichte der Politik. Alte und Neue Wege (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 44), München 2007, S. 183-200.
- NIEDHART, Gottfried: Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln: internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma, in: LOTH, Wilfried; OSTERHAMMEL, Jürgen (Hg.): Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten (Studien zur Internationalen Geschichte, 10), München 2000, S. 141-157.
- NORDSIEK, Hans (Hg.): Vom Heerlager zur Hansestadt. Untersuchungen zur Mindener Geschichte 798-1648, Minden 1998.
- ÖHMAN, Jenny: Der Kampf um den Frieden. Schweden und der Kaiser im Dreissigjährigen Krieg (Militärgehistorische Dissertationen österreichischer Universitäten, 16), Wien 2005.
- OPEL, Julius Otto: Der niedersächsisch-dänische Krieg. Erster Band. Der niedersächsische Krieg 1621-1623, Halle 1872.
- DERS.: Der niedersächsisch-dänische Krieg. Dritter Band. Der dänische Krieg von 1627 bis zum Frieden von Lübeck (1629), Magdeburg 1894.
- OSCHMANN, Antje: Der Nürnberger Exekutionstag 1649-1650. Das Ende des Dreißigjährigen Krieges in Deutschland (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 17), Münster 1991.
- DIES.: Johann Gottfried von Meiern und die „Acta pacis Westphalicae publica“, in: DUCHHARDT, Heinz (Hg.); ORTLIEB, Eva (Redakt.): Der Westfälische Friede. Diplomatie – politische Zäsur – kulturelles Umfeld – Rezeptionsgeschichte (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 26), München 1998, S. 779-803.
- OTTE, Hans (Hg.): Evangelisches Klosterleben. Studien zur Geschichte der evangelischen Klöster und Stifte in Niedersachsen (Studien zur Kirchengeschichte Niedersachsens, 46), Göttingen 2013.
- OTTMANN, Henning: Geschichte des politischen Denkens. Von den Anfängen bei den Griechen bis auf unsere Zeit. Band 3: Neuzeit. Teilband 1: Von Machiavelli bis zu den großen Revolutionen, Stuttgart, Weimar 2006.
- DERS.: Protestantische Schulphilosophie in Deutschland: Arnisaeus und Conring, in: HORN, Christoph; NESCHKE-HENTSCHEKE, Ada (Hg.): Politischer Aristotelismus. Die Rezeption der aristotelischen Politik von der Antike bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart, Weimar 2008, S. 218-231.
- PELTZER, Jörg; SCHWEDLER, Gerald; TÖBELMANN, Paul (Hg.): Politische Versammlungen und ihre Rituale. Repräsentationsformen und Entscheidungsprozesse des Reichs und der Kirche im späten Mittelalter (Mittelalter-Forschungen, 27), Ostfildern 2009.
- PETERS, Martin: „Missverständnis“ als Kategorie im europäischen Friedensprozess der Vormoderne? Ein Werkstattbericht, in: SCHMIDT-VOGES, Inken u.a. (Hg.): Pax Perpetua. Neuere Forschungen zum Frieden in der Frühen Neuzeit (Bibliothek Altes Reich, 8), München 2010, S. 289-304.
- PFANNKUCHE, Gerhard: Patrimonium – Feudum – Territorium. Zur Fürstensukzession im Spannungsfeld von Familie, Reich und Ständen am Beispiel welfischer Herrschaft im sächsischen Raum bis zum Jahre 1688 (Schriften zur Verfassungsgeschichte, 83), Berlin 2011.

- PIIRIMÄE, Pärtel: Just war in theory and practice: the legitimation of Swedish intervention in the thirty years war, in: *The Historical Journal*, 45, 3 (2002), S. 499-523.
- REHBERG, Karl-Siegbert: Weltrepräsentanz und Verkörperung. Institutionelle Analyse und Symboltheorien – Eine Einführung in systematischer Absicht, in: MELVILLE, Gerd (Hg.): *Institutionalität und Symbolisierung. Verstetigungen kultureller Ordnungsmuster in Vergangenheit und Gegenwart*, Köln, Weimar, Wien 2001, S. 3-49.
- REICHARDT, Sven: Feindbild und Fremdheit – Bemerkungen zu ihrer Wirkung, Bedeutung und Handlungsmacht, in: ZIEMANN, Benjamin (Hg.): *Perspektiven der Historischen Friedensforschung (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung, 1)*, Essen 2002, S. 250-271.
- REIMANN, Michael: *Der Goslarer Frieden von 1642 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, 90)*, Hildesheim 1979.
- REINHARD, Wolfgang: Verfassungsgeschichte als Kulturgeschichte. Historische Grundlagen europäischer politischer Kulturen, in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 1 (2000), S. 115-131.
- DERS.: Frühmoderner Staat und deutsches Monstrum. Die Entstehung des modernen Staates und das Alte Reich, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 29 (2002), S. 339-357.
- REPGEN, Konrad (Hg.): *Forschungen und Quellen zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 12)*, Münster 1981.
- DERS. (Hg.): *Krieg und Politik 1618-1648. Europäische Probleme und Perspektiven (Schriften des Historischen Kollegs, 8)*, München 1988.
- DERS. (Hg.): *Das Herrscherbild im 17. Jahrhundert (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 19)*, Münster 1991.
- DERS.: Die kaiserlich-französischen Satisfaktionsartikel vom 13. September 1646 – ein befristetes Agreement, in: DUCHHARDT, Heinz (Hg.); ORTLIEB, Eva (Redakt.): *Der Westfälische Friede. Diplomatie – politische Zäsur – kulturelles Umfeld – Rezeptionsgeschichte (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 26)*, München 1998, S. 175-216.
- DERS. (Verf.); BOSBACH, Franz, KAMPMANN, Christoph (Hg.): *Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Friede. Studien und Quellen (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, NF 81)*, Paderborn u.a. ²1999.
- DERS.: Die Hauptprobleme der Westfälischen Friedensverhandlungen von 1648 und ihre Lösungen, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 62 (1999), S. 399-438.
- DERS.: Dreißigjähriger Krieg, in: DERS. (Verf.); BOSBACH, Franz; KAMPMANN, Christoph (Hg.): *Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Friede. Studien und Quellen (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, NF 81)*, Paderborn u.a. ²1999, S. 291-318. [Krieg 2]
- DERS.: Ferdinand III. (1637-1657) in: DERS. (Verf.); BOSBACH, Franz; KAMPMANN, Christoph (Hg.): *Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Friede. Studien und Quellen (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, NF 81)*, Paderborn u.a. ²1999, S. 319-343.
- DERS.: Friedensvermittlung und Friedensvermittler beim Westfälischen Frieden, in: DERS. (Verf.); BOSBACH, Franz; KAMPMANN, Christoph (Hg.): *Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Friede. Studien und Quellen (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, NF 81)*, Paderborn u.a. ²1999, S. 695-719.

- DERS.: Krieg und Kriegstypen, in: DERS. (Verf.); BOSBACH, Franz; KAMPMANN, Christoph (Hg.): Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Friede. Studien und Quellen (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, NF 81), Paderborn u.a. 2019, S. 3-20. [Krieg 1]
- DERS.: Über den Zusammenhang von Verhandlungstechnik und Vertragsbegriffen. Die kaiserlichen Elsaß-Angebote vom 28. März und 14. April 1646 an Frankreich, in: DERS. (Verf.); BOSBACH, Franz; KAMPMANN, Christoph (Hg.): Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Friede. Studien und Quellen (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, NF 81), Paderborn u.a. 2019, S. 643-676.
- DERS.: Maximilian Graf Trauttmansdorff – Chefunterhändler des Kaisers beim Prager und beim Westfälischen Frieden, in: BRAUN, Guido; STROHMEYER, Arno (Hg.): Frieden und Friedenssicherung in der Frühen Neuzeit. Das Heilige Römische Reich und Europa. Festschrift für Maximilian Lanzinner zum 65. Geburtstag (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 36), Münster 2013, S. 210-228.
- REUMANN, Klauspeter: Kirchenregiment und Großmachtpolitik. Das Eingreifen Christians IV. als Herzog von Holstein und König von Dänemark in den Dreißigjährigen Krieg, in: HEY, Bernd (Hg.): Der Westfälische Frieden 1648 und der deutsche Protestantismus (Religion in der Geschichte, 6), Bielefeld 1998, S. 41-63.
- RICHTER, Maren: „Prädiskursive Öffentlichkeit“ im Absolutismus? Zur Forschungskontroverse über Öffentlichkeit in der Frühen Neuzeit, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 59 (2008), S. 460-475.
- RÖDDER, Andreas: Klios neue Kleider. Theoriedebatten um eine Kulturgeschichte der Politik in der Moderne, in: Historische Zeitschrift 283 (2006), S. 655-688.
- ROECK, Bernd: Die Wahrnehmung von Symbolen in der Frühen Neuzeit. Sensibilität und Alltag in der Vormoderne, in: MELVILLE, Gerd (Hg.): Institutionalität und Symbolisierung. Verstetigungen kultureller Ordnungsmuster in Vergangenheit und Gegenwart, Köln, Weimar, Wien 2001, S. 525-539.
- ROHM, Thomas: Osnabrück, in: SCHINDLING, Anton; ZIEGLER, Walter (Hg.): Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500-1650. 3. Der Nordwesten (Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung, 51), Münster 1991, S. 131-146.
- ROHRSCHEIDER, Michael: Tradition und Perzeption als Faktoren in den internationalen Beziehungen. Das Beispiel der wechselseitigen Wahrnehmung der französischen und spanischen Politik auf dem Westfälischen Friedenskongress, in: Zeitschrift für Historische Forschung 29 (2002), S. 257-282.
- DERS.: Der gescheiterte Frieden von Münster. Spaniens Ringen mit Frankreich auf dem Westfälischen Friedenskongress (1643-1649) (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 30), Münster 2007.
- DERS.: *Terrible es este congreso*: Wahrnehmungen der Fremde und Verhandlungsdispositionen im Spiegel der Berichte der spanischen Gesandten auf dem Westfälischen Friedenskongress, in: ROHRSCHEIDER, Michael; STROHMEYER, Arno (Hg.): Wahrnehmungen des Fremden. Differenzerfahrungen von Diplomaten im 16. und 17. Jahrhundert (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 31), Münster 2007, S. 245-264.
- DERS.; STROHMEYER, Arno (Hg.): Wahrnehmungen des Fremden. Differenzerfahrungen von Diplomaten im 16. und 17. Jahrhundert (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 31), Münster 2007.

- DERS.: Friedenskongress und Präzedenzstreit: Frankreich, Spanien und das Streben nach zeremoniellem Vorrang in Münster, Nijmegen und Rijswijk (1643/44-1697), in: KAMPMANN, Christoph u.a. (Hg.): Bourbon – Habsburg – Oranien. Konkurrierende Modelle im dynastischen Europa um 1700, Köln, Weimar, Wien 2008, S. 228-240.
- DERS.: Das französische Präzedenzstreben im Zeitalter Ludwigs XIV. Diplomatische Praxis – zeitgenössische französische Publizistik – Rezeption in der frühen deutschen Zeremonialwissenschaft, in: *Francia* 36 (2009), S. 137-179.
- DERS.: Die beargwöhnnte Republik. Die politische Kultur der vereinigten Niederlande in den Gesandtschaftsberichten des französischen Diplomaten Abel Servien (1647), in: BRUNERT, Maria-Elisabeth; LANZINNER, Maximilian (Hg.): Diplomatie, Medien, Rezeption. Aus der editorischen Arbeit der *Acta Pacis Westphalicae* (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 32), Münster 2010, S. 183-209.
- DERS.: Neue Tendenzen der diplomatiegeschichtlichen Erforschung des Westfälischen Friedenskongresses, in: SCHMIDT-VOGES, Inken u.a. (Hg.): *Pax Perpetua*. Neuere Forschungen zum Frieden in der Frühen Neuzeit (Bibliothek Altes Reich, 8), München 2010, S. 103-118.
- DERS.: Reputation als Leitfaktor in den internationalen Beziehungen der Frühen Neuzeit, in: *Historische Zeitschrift* 291 (2010), S. 331-352.
- DERS.: Friedensvermittlung und Kongresswesen: Strukturen – Träger – Perzeption (1643-1697), in: KAMPMANN, Christoph u.a. (Hg.): *L'art de la paix*. Kongresswesen und Friedensstiftung im Zeitalter des Westfälischen Friedens (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 34), Münster 2011, S. 139-165.
- DERS.: Sicherheitskonzeptionen in den spanischen Instruktionen zu die Friedenskongressen von Köln und Münster (1636-1645), in: BRAUN, Guido; STROHMEYER, Arno (Hg.): *Frieden und Friedenssicherung in der Frühen Neuzeit*. Das Heilige Römische Reich und Europa. Festschrift für Maximilian Lanzinner zum 65. Geburtstag (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 36), Münster 2013, S. 183-209.
- RUDOLPH, Harriet: Rechtskultur in der Frühen Neuzeit. Perspektiven und Erkenntnispotentiale eines modischen Begriffs, in: *Historische Zeitschrift* 278 (2004), S. 347-374.
- RUPPERT, Karsten: Die kaiserliche Politik auf dem Westfälischen Friedenskongreß (1643-1648) (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 10), Münster 1979.
- SALM, Hubert: Armeefinanzierung im Dreißigjährigen Krieg. Der Niederrheinisch-Westfälische Reichskreis 1635-1650 (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 16), Münster 1990.
- SCATTOLA, Merio: Jakob Lampadius und die Auseinandersetzung um die Verfassung des Heiligen Römischen Reiches, in: STROHM, Christoph; WALL, Heinrich de (Hg.): *Konfessionalität und Jurisprudenz in der frühen Neuzeit* (Historische Forschungen, 89), Berlin 2009, S. 365-391.
- DERS.: Zu einer europäischen Wissenschaftsgeschichte der Politik, in: ANTENHOFER, Christina; REGAZZONI, Lisa; SCHLACHTA, Astrid von (Hg.): *Werkstatt Politische Kommunikation*. Netzwerke, Orte und Sprachen des Politischen. *Officina comunicazione politica*. Intrecci, luoghi e linguaggi del „politico“ (Schriften zur politischen Kommunikation, 6), Göttingen 2010, S. 23-54.

- SCHILLING, Heinz (Hg.); MÜLLER-LUCKNER, Elisabeth (Mitarb.): Konfessioneller Fundamentalismus. Religion als politischer Faktor im Europäischen Mächtesystem um 1600 (Schriften des Historischen Kollegs, 70), München 2007.
- SCHINDLING, Anton; ZIEGLER, Walter (Hg.): Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500-1650. 3. Der Nordwesten (Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung, 51), Münster 1991.
- DERS.: War ‚1648‘ eine katholische Niederlage?, in: CARL, Horst u.a. (Hg.): Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen, Berlin 2004, S. 257-277.
- SCHLÖGL, Rudolf: Politik beobachten. Öffentlichkeit und Medien in der Frühen Neuzeit, in: Zeitschrift für Historische Forschung 35 (2008), S. 581-616.
- SCHMIDT, Georg: Angst vor dem Kaiser? Die Habsburger, die Erblande und die deutsche Libertät im 17. Jahrhundert, in: DUCHHARDT, Heinz; SCHNETTGER, Matthias (Hg.): Reichsständische Libertät und habsburgisches Kaisertum (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Beiheft 48), Mainz 1999, S. 329-348.
- DERS.: Die „deutsche Freiheit“ und der Westfälische Friede, in: ASCH, Ronald G.; VOSS, Wulf Eckard; WREDE, Martin (Hg.): Frieden und Krieg in der Frühen Neuzeit. Die europäische Staatenordnung und die außereuropäische Welt (Der Frieden. Rekonstruktion einer europäischen Vision, 2), München 2001, S. 323-347.
- SCHMIDT-GLINTZER, Helwig (Hg.): Die Reformuniversität Helmstedt 1576-1810. Vorträge zur Ausstellung „Das Athen der Welfen“ (Wolfenbütteler Hefte, 28), Wiesbaden 2011.
- SCHMIDT-VOGES, Inken; WESTPHAL, Siegrid: Der immerwährende Frieden als immerwährende Herausforderung, in: SCHMIDT-VOGES, Inken u.a. (Hg.): Pax Perpetua. Neuere Forschungen zum Frieden in der Frühen Neuzeit (Bibliothek Altes Reich, 8), München 2010, S. 7-18.
- DIES. u.a. (Hg.): Pax Perpetua. Neuere Forschungen zum Frieden in der Frühen Neuzeit (Bibliothek Altes Reich, 8), München 2010.
- SCHNETTGER, Matthias (Hg.): Imperium Romanum – Irregulare Corpus – Teutscher Reichs-Staat. Das Alte Reich im Verständnis der Zeitgenossen und der Historiographie (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 57), Mainz 2002.
- SCHNUR, Roman (Hg.): Die Rolle der Juristen bei der Entstehung des modernen Staates, Berlin 1986.
- SCHORN-SCHÜTTE, Luise: Politikberatung im 16. Jahrhundert. Zur Bedeutung von theologischer und juristischer Bildung für die Prozesse politischer Entscheidungsfindung im Protestantismus, in: KOHNLE, Armin; ENGEHAUSEN, Frank (Hg.): Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur deutschen Universitätsgeschichte. Festschrift für Eike Wolgast zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2001, S. 49-66.
- DIES. (Hg.): Aspekte der politischen Kommunikation im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts. Politische Theologie – Res-Publica-Verständnis – konsensgestützte Herrschaft (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 39), München 2004.
- DIES.: Einleitung, in: DIES. (Hg.): Aspekte der politischen Kommunikation im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts. Politische Theologie – Res-Publica-Verständnis – konsensgestützte Herrschaft (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 39), München 2004, S. 1-12.

- DIES.: Obrigkeitkritik und Widerstandsrecht. Die *politica christiana* als Legitimitätsgrundlage, in: DIES. (Hg.): Aspekte der politischen Kommunikation im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts. Politische Theologie – Res-Publica-Verständnis – konsensgestützte Herrschaft (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 39), München 2004, S. 195-232.
- DIES.: Eigenlogik oder Verzahnung? Religion und Politik im lutherischen Protestantismus des Alten Reiches (16. Jahrhundert), in: FRIEDEBURG, Robert von; SCHORN-SCHÜTTE, Luise (Hg.): Politik und Religion: Eigenlogik oder Verzahnung? Europa im 16. Jahrhundert (Historische Zeitschrift, Beiheft NF 45), München 2007, S. 13-31.
- SCHRECKENBACH, Hans-Joachim: Kursachsen auf dem Westfälischen Friedenskongreß, Diss. Phil. Leipzig 1952.
- SCHREINER, Klaus; SCHWERHOFF, Gerd (Hg.): Verletzte Ehre. Ehrkonflikte in Gesellschaften des Mittelalters und der Frühen Neuzeit (Norm und Struktur. Studien zum sozialen Wandel in Mittelalter und Früher Neuzeit, 5), Köln, Weimar, Wien 1995.
- SCHRÖDER, Meinhard (Hg.): 350 Jahre Westfälischer Friede. Verfassungsgeschichte, Staatskirchenrecht, Völkerrechtsgeschichte (Schriften zur europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte, 30), Berlin 1999.
- SCHRÖDER, Peter: Reich versus Territorien? Zum Problem der Souveränität im Heiligen Römischen Reich nach dem Westfälischen Frieden, in: ASBACH, Olaf; MALETTKE, Klaus; EXTERNBRINK, Sven (Hg.): Altes Reich, Frankreich und Europa. Politische, philosophische und historische Aspekte des französischen Deutschlandbildes im 17. und 18. Jahrhundert (Historische Forschungen, 70), Berlin 2001, S. 123-143.
- SCHULZE, Winfried (Hg.): Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte (Selbstzeugnisse der Neuzeit. Quellen und Darstellungen zur Sozial- und Erfahrungsgeschichte, 2), Berlin 1996.
- DERS.: Ego-Dokumente: Annäherung an den Menschen in der Geschichte? Vorüberlegungen für die Tagung „Ego-Dokumente“, in: DERS. (Hg.): Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte (Selbstzeugnisse der Neuzeit. Quellen und Darstellungen zur Sozial- und Erfahrungsgeschichte, 2), Berlin 1996, S. 11-30.
- DERS.: Kaiserliches Amt, Reichsverfassung und protestantische Union, in: DUCHHARDT, Heinz; SCHNETTGER, Matthias (Hg.): Reichsständische Libertät und habsburgisches Kaisertum (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Beiheft 48), Mainz 1999, S. 195-209.
- DERS.: Konfessionsfundamentalismus in Europa um 1600: Zwischen discordia und compositio. Zur Deutung des konfessionellen Konflikts im katholischen Lager, in: SCHILLING, Heinz (Hg.); MÜLLER-LUCKNER, Elisabeth (Mitarb.): Konfessioneller Fundamentalismus. Religion als politischer Faktor im Europäischen Mächtesystem um 1600 (Schriften des Historischen Kollegs, 70), München 2007, S. 135-148.
- SCHULZ VON THUN, Friedemann: Miteinander reden 1: Störungen und Klärungen. Allgemeine Psychologie der Kommunikation, Reinbek 1981.
- SCHWAB, Dieter u.a. (Hg.): Staat, Kirche, Wissenschaft in einer pluralistischen Gesellschaft. Festschrift zum 65. Geburtstag von Paul Mikat, Berlin 1989.
- SEEGRÜN, Wolfgang: In Münster und Nürnberg. Die Verteilung der Konfessionen im Fürstentum Osnabrück 1648/50, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 134 (1998), S. 59-94.
- SELLERT, Wolfgang: Zur Rezeption des römischen und kanonischen Rechts in Deutschland von den Anfängen bis zum Beginn der frühen Neuzeit: Überblick, Diskussionsstand und Ergebnisse, in: BOOCKMANN, Hartmut u.a. (Hg.): Recht und Verfassung im Übergang

- vom Mittelalter zur Neuzeit. I. Teil (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Philologisch-historische Klasse. Dritte Folge, 228), Göttingen 1998, S. 115-166.
- STEINWASCHER, Gerd: Die konfessionellen Folgen des Westfälischen Friedens für das Fürstbistum Osnabrück, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 71 (1999), S. 51-80.
- DERS.: Osnabrück und der Westfälische Frieden. Die Geschichte der Verhandlungsstadt 1641-1650 (Osnabrücker Geschichtsquellen und Forschungen, 42), Osnabrück 2000.
- DERS.: Schaumburg und der Westfälische Frieden. Ein verwaistes Territorium als Spielball nicht nur benachbarter Kräfte, in: HÖING, Herbert (Hg.): Schaumburg und die Welt. Zu Schaumburgs auswärtigen Beziehungen in der Geschichte (Schaumburger Studien, 61), Bielefeld 2002, S. 412-429.
- STOLLBERG-RILINGER, Barbara: Zeremoniell als politisches Verfahren. Rangordnung und Rangstreit als Strukturmerkmale des frühneuzeitlichen Reichstags, in: KUNISCH, Johannes (Hg.): Neue Studien zur frühneuzeitlichen Reichsgeschichte (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 19), Berlin 1997, S. 91-132.
- DIES. (Hg.): Vormoderne politische Verfahren (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 25), Berlin 2001.
- DIES.: Die Wissenschaft der feinen Unterschiede. Das Präzedenzrecht und die europäischen Monarchien vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, in: Majestas 10 (2002), S. 125-150.
- DIES.: Die zeremonielle Inszenierung des Reiches, oder: Was leistet der kulturalistische Ansatz für die Reichsverfassungsgeschichte?, in: SCHNETTGER, Matthias (Hg.): Imperium Romanum – Irregulare Corpus – Teutscher Reichs-Staat. Das Alte Reich im Verständnis der Zeitgenossen und der Historiographie (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 57), Mainz 2002, S. 233-246.
- DIES.: Symbolische Kommunikation in der Vormoderne. Begriffe – Thesen – Forschungsperspektiven, in: Zeitschrift für Historische Forschung 31 (2004), S. 489-527.
- DIES. (Hg.): Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 35), Berlin 2005.
- DIES.: Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Einleitung, in: DIES. (Hg.): Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 35), Berlin 2005, 9-24.
- DIES.: Des Kaisers alte Kleider. Verfassungsgeschichte und Symbolsprache des alten Reiches, München 2008.
- DIES.: Einleitung, in: DIES.; KRISCHER, André (Hg.): Herstellung und Darstellung von Entscheidungen. Verfahren, Verwalten und Verhandeln in der Vormoderne (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 44), Berlin 2010, 9-31. [Einleitung 1]
- DIES.: Einleitung. Was heißt Ideengeschichte?, in: DIES. (Hg.): Ideengeschichte (Basistexte Geschichte, 6), Stuttgart 2010, S. 7-42. [Einleitung 2]
- DIES.; KRISCHER, André (Hg.): Herstellung und Darstellung von Entscheidungen. Verfahren, Verwalten und Verhandeln in der Vormoderne (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 44), Berlin 2010.
- DIES. (Hg.): Ideengeschichte (Basistexte Geschichte, 6), Stuttgart 2010.
- DIES.: Politische Partizipation als Inszenierung. Zur symbolisch-rituellen Dimension frühneuzeitlicher Ständeversammlungen am Beispiel des Reichstags von 1653/54, in:

- DAUM, Werner u.a. (Hg.): Kommunikation und Konfliktaustragung. Verfassungskultur als Faktor politischer und gesellschaftlicher Machtverhältnisse (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften, 7), Berlin 2010, S. 201-221.
- DIES.: Verfassungsgeschichte als Kulturgeschichte, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung 127 (2010), S. 1-32.
- DIES.: Parteiische Vermittler? Die westfälischen Friedensverhandlungen 1643-1648, in: ALTHOFF, Gerd (Hg.): Frieden stiften. Vermittlung und Konfliktlösung vom Mittelalter bis heute, Darmstadt 2011, S. 124-146.
- DIES.: Völkerrechtlicher Status und zeremonielle Praxis auf dem Westfälischen Friedenskongress, in: JUCKER, Michael; KINTZINGER, Martin; SCHWINGES, Rainer Christoph (Hg.): Rechtsformen internationaler Politik. Theorie, Norm und Praxis vom 12. bis 18. Jahrhundert (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 45), Berlin 2011, S. 147-164.
- STOLLEIS, Michael: Grundzüge der Beamtenethik (1550-1650), in: SCHNUR, Roman (Hg.): Die Rolle der Juristen bei der Entstehung des modernen Staates, Berlin 1986, S. 273-302.
- DERS.: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Erster Band. Reichspublizistik und Policeywissenschaft 1600-1800, München 1988.
- DERS.: Zur Bedeutung der juristischen Fakultät und insbesondere Hermann Conrings für die Universität Helmstedt, in: SCHMIDT-GLINTZER, Helwig (Hg.): Die Reformuniversität Helmstedt 1576-1810. Vorträge zur Ausstellung „Das Athen der Welfen“ (Wolfenbütteler Hefte, 28), Wiesbaden 2011, S. 173-188.
- STREICH, Gerhard: „Stift und Closter Walkenried“. Die niedersächsischen Zisterzen zwischen Reichsstandschaft und Landsässigkeit, in: AUFGEBAUER, Peter; OHAINSKI, Uwe; SCHUBERT, Ernst (Hg.): Festgabe für Dieter Neitzert zum 65. Geburtstag (Göttinger Forschungen zur Landesgeschichte, 1), Bielefeld 1998, S. 197-228.
- STROHM, Christoph: Calvinismus und Recht. Weltanschaulich-konfessionelle Aspekte im Werk reformierter Juristen in der Frühen Neuzeit (Spätmittelalter, Humanismus, Reformation, 42), Tübingen 2008.
- DERS.; WALL, Heinrich de (Hg.): Konfessionalität und Jurisprudenz in der frühen Neuzeit (Historische Forschungen, 89), Berlin 2009.
- STROHMEYER, Arno: Wahrnehmungen des Fremden: Differenzerfahrungen von Diplomaten im 16. und 17. Jahrhundert: Forschungsstand – Erträge – Perspektiven, in: ROHRSCHEIDER, Michael; STROHMEYER, Arno (Hg.): Wahrnehmungen des Fremden. Differenzerfahrungen von Diplomaten im 16. und 17. Jahrhundert (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 31), Münster 2007, S. 1-50.
- DERS.: Die Theatralität interkulturellen Friedens. Damian Hugo von Virmont als kaiserlicher Großbotschafter an der Hohen Pforte (1719/20), in: BRAUN, Guido; STROHMEYER, Arno (Hg.): Frieden und Friedenssicherung in der Frühen Neuzeit. Das Heilige Römische Reich und Europa. Festschrift für Maximilian Lanzinner zum 65. Geburtstag (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 36), Münster 2013, S. 413-438.
- STRÖLE-BÜHLER, Heike: Das Restitutionsedikt von 1629 im Spannungsfeld zwischen Augsburger Religionsfrieden 1555 und dem Westfälischen Frieden 1648, Regensburg 1991.
- THIESSEN, Hillard von; WINDLER, Christian (Hg.): Nähe in der Ferne. Personale Verflechtung in den Außenbeziehungen der Frühen Neuzeit (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 36), Berlin 2005.

- DERS.; WINDLER, Christian (Hg.): Akteure der Außenbeziehungen. Netzwerke und Interkulturalität im historischen Wandel (Externa. Geschichte der Außenbeziehungen in neuen Perspektiven, 1), Köln, Weimar, Wien 2010.
- DERS.: Diplomatie vom type ancien. Überlegungen zu einem Idealtypus des frühneuzeitlichen Gesandtschaftswesens, in: DERS.; WINDLER, Christian (Hg.): Akteure der Außenbeziehungen. Netzwerke und Interkulturalität im historischen Wandel (Externa. Geschichte der Außenbeziehungen in neuen Perspektiven, 1), Köln, Weimar, Wien 2010, S. 471-503.
- DERS.; WINDLER, Christian: Einleitung, in: DERS.; WINDLER, Christian (Hg.): Akteure der Außenbeziehungen. Netzwerke und Interkulturalität im historischen Wandel (Externa. Geschichte der Außenbeziehungen in neuen Perspektiven, 1), Köln, Weimar, Wien 2010, S. 1-12.
- TISCHER, Anuschka: Französische Diplomatie und Diplomaten auf dem Westfälischen Friedenskongress. Außenpolitik unter Richelieu und Mazarin (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 29), Münster 1999.
- DIES.: Diplomaten als Patrone und Klienten: Der Einfluss personaler Verflechtungen in der französischen Diplomatie auf dem Westfälischen Friedenskongress, in: BABEL, Rainer (Hg.): Le diplomate au travail. Entscheidungsprozesse, Information und Kommunikation im Umkreis des Westfälischen Friedenskongresses (Pariser Historische Studien, 65), München 2005, S. 173-197.
- DIES.: Fremdwahrnehmung und Stereotypenbildung in der französischen Gesandtschaft auf dem Westfälischen Friedenskongress, in: ROHRSCHEIDER, Michael; STROHMEYER, Arno (Hg.): Wahrnehmungen des Fremden. Differenzenerfahrungen von Diplomaten im 16. und 17. Jahrhundert (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 31), Münster 2007, S. 265-288.
- DIES.: Kriegstyp „Dreißigjähriger Krieg“? Ein Krieg und seine unterschiedlichen Typologisierung von 1618 bis zur Gegenwart, in: BRUNERT, Maria-Elisabeth; LANZINNER, Maximilian (Hg.): Diplomatie, Medien, Rezeption. Aus der editorischen Arbeit der Acta Pacis Westphalicae (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 32), Münster 2010, S. 1-20.
- DIES.: Der Wandel der Geschichte und die Kunst des Friedens. Geschichtsbilder und historische Argumentationen im Kontext des Westfälischen Friedens, in: KAMPMANN, Christoph u.a. (Hg.): L'art de la paix. Kongresswesen und Friedensstiftung im Zeitalter des Westfälischen Friedens (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 34), Münster 2011, S. 441-462.
- DIES.: Den Gegner bekämpfen, aber nicht beleidigen: Friedensorientierte Rhetorik in frühneuzeitlichen Konflikten, in: ESPENHORST, Martin (Hg.): Frieden durch Sprache? Studien zum kommunikativen Umgang mit Konflikten und Konfliktlösungen (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 91), Göttingen 2012, S. 97-117.
- DIES.: Offizielle Kriegsbegründungen in der Frühen Neuzeit. Herrscherkommunikation in Europa zwischen Souveränität und korporativem Selbstverständnis (Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit, 12), Berlin 2012.
- TOEPKE, Gustav (Bearb.): Die Matrikel der Universität Heidelberg von 1386 bis 1662. Zweiter Theil. Von 1554 bis 1662, Heidelberg 1886.
- TSCHOPP, Silvia Serena: Das Unsichtbare begreifen. Die Rekonstruktion historischer Wahrnehmungsmodi als methodische Herausforderung der Kulturgeschichte, in: Historische Zeitschrift 280 (2005), S. 39-81.

- URBAN, Helmut: Das Restitutionsedikt. Versuch einer Interpretation, Diss. Phil. München 1968.
- WAQUET, Jean-Claude: Verhandeln in der Frühen Neuzeit: Vom Orator zum Diplomaten, in: THIESSEN, Hillard von; WINDLER, Christian (Hg.): Akteure der Außenbeziehungen. Netzwerke und Interkulturalität im historischen Wandel (Externa. Geschichte der Außenbeziehungen in neuen Perspektiven, 1), Köln, Weimar, Wien 2010, S. 113-131.
- WEBER, Wolfgang E. J.: Interne und externe Dynamiken der frühneuzeitlichen Herrscherdynastie: ein Aufriss, in: BABEL, Rainer; BRAUN, Guido; NICKLAS, Thomas (Hg.): Bourbon und Wittelsbach. Neuere Forschungen zur Dynastiegeschichte (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 33), Münster 2010, S. 61-77.
- WEIAND, Kerstin: Hessen-Kassel und die Reichsverfassung. Ziele und Prioritäten landgräflicher Politik im Dreißigjährigen Krieg (Untersuchungen und Materialien zur Verfassungs- und Landesgeschichte, 24), Marburg 2009.
- DIES.: Auf dem Weg zum Reich als Friedensordnung? Reichsständische Zielkonzeptionen in Münster und Osnabrück am Beispiel Hessen-Kassels, in: SCHMIDT-VOGES, Inken u.a. (Hg.): Pax Perpetua. Neuere Forschungen zum Frieden in der Frühen Neuzeit (Bibliothek Altes Reich, 8), München 2010, S. 157-175.
- WEINFURTER, Stefan: Versammlungen und politische Willensbildung zwischen Inszenierung und Ritual. Zusammenfassende Überlegungen, in: PELTZER, Jörg; SCHWEDLER, Gerald; TÖBELMANN, Paul (Hg.): Politische Versammlungen und ihre Rituale. Repräsentationsformen und Entscheidungsprozesse des Reichs und der Kirche im späten Mittelalter (Mittelalter-Forschungen, 27), Ostfildern 2009, S. 273-279.
- WEITZEL, Jürgen: Minderungen der räumlichen Präsenz des Reichskammergerichts. Exemtionen, Appellationsprivilegien und vergleichbare Erscheinungen, in: BATTENBERG, Friedrich; SCHILDT, Bernd (Hg.): Das Reichskammergericht im Spiegel seiner Prozessakten. Bilanz und Perspektiven der Forschung (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, 57), Köln, Weimar, Wien 2010, S. 317-330.
- WILLOWEIT, Dietmar: Rechtsgrundlagen der Territorialgewalt. Landesobrigkeit, Herrschaftsrechte und Territorium in der Rechtswissenschaft der Neuzeit (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte, 11), Köln, Wien 1975.
- WOLF, Peter u.a. (Hg.): Der Winterkönig Friedrich von der Pfalz. Bayern und Europa im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges, Augsburg 2003.
- WOLFF, Fritz: Corpus Evangelicorum und Corpus Catholicorum auf dem Westfälischen Friedenskongreß. Die Einfügung der konfessionellen Ständeverbindungen in die Reichsverfassung (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e. V., 2), Münster 1966.
- WYDUCKEL, Dieter: Ius Publicum. Grundlagen und Entwicklung des Öffentlichen Rechts und der deutschen Staatsrechtswissenschaft (Schriften zum Öffentlichen Recht, 471), Berlin 1984.
- DERS.: Reichsverfassung und Reichspublizistik vor den institutionellen Herausforderungen des Westfälischen Friedens, in: BUSSMANN, Klaus; SCHILLING, Heinz (Hg.): 1648. Krieg und Frieden in Europa. Textband 1: Politik, Religion, Recht und Gesellschaft, Münster 1998, S. 77-83.
- ZIEGLER, Walter: Braunschweig-Lüneburg, Hildesheim, in: SCHINDLING, Anton; DERS. (Hg.): Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500-1650. 3. Der Nordwesten (Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung, 51), Münster 1991, S. 8-43.

- ZIEMANN, Benjamin (Hg.): Perspektiven der Historischen Friedensforschung (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung, 1), Essen 2002.
- ZIRR, Alexander: Axel Oxenstierna – Schwedens Reichskanzler während des Dreißigjährigen Krieges. Studien zu seiner Innen- und Außenpolitik (Thematische Schriften-Reihe „Historische Studien“ im Meine-Verlag, 3), Leipzig 2008.
- ZWIERLEIN, Cornel: Normativität und Empirie. Denkraum der Präzedenz zwischen Königen auf dem Basler Konzil, am päpstlichen Hof (1564) und in der entstehenden Politikwissenschaft (bis 1648), in: Historisches Jahrbuch 125 (2005), S. 101-132.